

Biblioteka Główna i OINT  
Politechniki Wrocławskiej



100100239024

# Osteuropäische Länderberichte

Band I: Polen • Sovet-Rußland  
Estland • Lettland • Litauen







U 668

m

Osteuropäische  
Länderberichte

Band I: Polen - Sowjet-Russland  
Lettland - Estland - Litauen

Osteuropäische  
Länderberichte  
Band I



# Osteuropäische Länderberichte

Band I: Polen · Sovet-Rußland  
Lettland · Estland · Litauen



Herausgegeben in Verbindung mit der  
Industrie- und Handelskammer Breslau  
vom Osteuropa-Institut in Breslau

Schriften der Industrie- und Handels-  
kammer Breslau · Heft 4, 5, 6 · Mai 1927  
VERLAG VON M. & H. MARCUS, Breslau

Osteuropäische  
Länderberichte

Band I: Polen · Bover-Rubland  
Lettland · Estland · Litauen



2  
• Jms. 25/74.

351666 L/1

## Inhalt.

Vorwort: Professor Dr. A. Hesse-Breslau

### Polen

Dr. Curt Poralla-Berlin . . . . . Seite 1

### Sovet-Rußland

Privatdozent Dr. Hans-Jürgen Seraphim-Breslau . Seite 161

### Lettland und Estland

Privatdozent Dr. Hans-Jürgen Seraphim-Breslau . Seite 273

### Litauen

Dr. Curt Poralla-Berlin . . . . . Seite 403

---



## Vorwort.

Mit vorliegendem Bande beginnt das Osteuropa-Institut die Veröffentlichung von Länderberichten, die einen Überblick über die jüngste Entwicklung und gegenwärtige wirtschaftliche Lage des europäischen Ostens und Südostens bieten sollen. Ein zweiter Band wird in Kürze folgen. Die Untersuchungen gehen auf eine Anregung des Deutschen Industrie- und Handelstages zurück, der für die weltwirtschaftlichen Verhandlungen eine Klärung der handelspolitischen Situation des europäischen Ostens wünschte. Die wissenschaftliche Erforschung der wirtschaftlichen Verhältnisse Osteuropas ist wegen der tiefgehenden Strukturwandlungen, die sich in den letzten zehn Jahren vollzogen haben, dringendes Erfordernis. Auf dem Boden der ehemaligen russischen und österreichisch-ungarischen Monarchien ist das in jahrhundertelangem Wachstum Entstandene zertrümmert worden, und auch dort, wo der Wirtschaftsraum im ganzen erhalten geblieben ist, sind vollkommen neue Gebilde entstanden. Das gilt in erster Linie vom staatskapitalistischen Sovet-Rußland; neben ihm ist eine Reihe völlig neuer wirtschaftlicher Einheiten aus dem europäischen Völkerringen hervorgegangen, einmal Estland, Lettland, Litauen, Polen auf früherem russischen Staatsgebiet, dann die Gesamtheit der österreichisch-ungarischen Nachfolgestaaten.

Gemäß dem gesteckten Ziel liegt der Nachdruck aller Beiträge auf der Analyse der Handelspolitik, sowie der zahlenmäßigen Darstellung des Außenhandels und der internationalen Verflechtung der einzelnen Wirtschaftsgebiete. Doch war es nötig, auch die jene Probleme bedingenden volkswirtschaftlichen Verhältnisse, die Landwirtschaft, die Industrie, den Wohlstand der Bevölkerung, zu berücksichtigen, so daß sich ein anschauliches Gesamtbild ergibt. Dabei muß allerdings betont werden, daß von nivellierendem Schematismus bewußt Abstand genommen ist: je nach der Wichtigkeit bestimmter Wirtschaftszweige für die einzelnen Volkswirtschaften ist bald dieses, bald jenes Gebiet eingehender behandelt worden.

Überaus große Schwierigkeit hat in vielen Fällen die Beschaffung des primären und sekundären statistischen Materials geboten, doch ist es dem Osteuropa-Institut gelungen, der Widerstände Herr zu werden. Nur ein einziger Länderbericht hat nicht von Breslau aus bearbeitet werden können. Das Institut ist Herrn Professor Dr. A. Bilimovič-Laibach zu Dank verpflichtet, daß er die Abhandlung über Jugoslawien übernommen und damit die Vollständigkeit

der Sammlung ermöglicht hat. Alle übrigen Länderberichte sind von den wissenschaftlichen Mitarbeitern des Osteuropa-Instituts bearbeitet worden. Für die Vereinheitlichung der Darstellung hat Privatdozent Dr. H. J. Seraphim gesorgt, der die Redaktion des Werkes geleitet hat.

Es ist dem Institut eine angenehme Pflicht, auch an dieser Stelle jenen Organisationen Dank zu sagen, die den Druck des Sammelwerkes ermöglicht haben: dem Deutschen Industrie- und Handelstag in Berlin und der Breslauer Industrie- und Handelskammer. Ihre tatkräftige Anteilnahme ist ein schönes Beispiel für fruchtbare Zusammenarbeit von Theorie und Praxis, deren Pflege das Osteuropa-Institut von Anfang an als seine Aufgabe betrachtet hat. Alle Wirtschaftspolitik setzt genaue Kenntnis der Tatsachen und Zusammenhänge voraus, auf die eingewirkt werden soll, sowie ein Urteil über die Wirkungen, die von geplanten Maßnahmen zu erwarten sind. Ohne Einsicht in die Ursachen des Bestehenden und die Wirkungen des Geplanten tappt jede Wirtschaftspolitik im Dunklen, ganz gleich, wie sie in ihren Zielen gerichtet ist. Ebenso erfordert jede privatwirtschaftliche Betätigung eingehende Kenntnis der fremden Verhältnisse. Diese vermag sich der einzelne Vertreter der Praxis wohl auf seinem begrenzten Arbeitsgebiet zu verschaffen, er ist jedoch nicht imstande, die wirtschaftliche Gesamtlage so zu übersehen, wie ein wissenschaftliches Institut, das alles vorliegende Material sammelt und verarbeitet. Dabei bleibt aber die Arbeit der Wissenschaft auf die Gewinnung von Erfahrungssätzen beschränkt, die der Praxis Unterlagen für ihre Schlüsse und Entschlüsse geben. Sie kann nicht zu den Zielen und Forderungen der Praxis Stellung nehmen und keine wirtschaftlichen Rezepte verschreiben. Sie wird nur dann allseitiges Vertrauen beanspruchen, gewinnen und sich erhalten können, wenn sie von keinem anderen Interesse geleitet wird, als dem einen: die Erkenntnis zu erweitern und zu vertiefen.

Breslau, den 24. März 1927.

Dr. jur. et phil. Albert Hesse

o. ö. Professor der wirtschaftlichen Staatswissenschaften an der Universität Breslau.

Dr. C. PORALLA-BERLIN

# POLEN

Einzelheft aus dem Band I der  
»Osteuropäischen Länderberichte«

Herausgegeben in Verbindung mit der  
Industrie- und Handelskammer Breslau  
vom Osteuropa-Institut in Breslau

SCHRIFTEN DER INDUSTRIE-  
UND HANDELSKAMMER BRESLAU

HEFT 4 · MAI 1927

VERLAG VON M. & H. MARCUS, BRESLAU



# Inhalts-Verzeichnis.

## Die Bevölkerungsverhältnisse in Polen.

Gebietsumfang — Bevölkerungsbewegung — Bevölkerungsdichte — Berufsgliederung — Nationalitätenstatistik — Auswanderung — Saisonarbeiter — Einwanderung.

## Polens Wirtschaftsstruktur.

### Die Land- und Forstwirtschaft.

Nutzung des Bodens — Bodenergiebigkeit — Gartenbau — Tabakanbau — Viehbestand — Viehzucht — Bienenzucht — Fischfang — Bodenverteilung (Agrarreform) — Meliorationen.  
Forstwirtschaft (Forstpolitik).

### Die Industrie.

Entwicklungsgang.

Bergbau und Hüttenbetrieb — Bodenschätze — Steinkohlenbergbau — Eisenförderung — Eisenindustrie — Zinkindustrie — Bleiindustrie — Silberindustrie — Salzindustrie — Kaliindustrie — Erdölindustrie.

Landwirtschaftliche Industriezweige.

Zuckerindustrie — Brennereiindustrie — Stärkeindustrie.

Lebens- und Genußmittelindustrien.

Fleischindustrie — Konservenindustrie — Brauindustrie — Hefeindustrie — Likörindustrie — Essigindustrie — Obstweinindustrie — Zuckerwarenindustrie — Mühlenindustrie — Tabakindustrie.

Holzindustrie und verwandte Gewerbe.

Holz- und Holzverarbeitungsindustrie — Papierindustrie — Zelluloseindustrie.

Textilindustrie.

Baumwollindustrie — Wollindustrie — Jute- und Wirkwarenindustrie — Seidenindustrie — Kunstseidenindustrie — Konfektionsindustrie.

Industrien der Steine und Erden.

Ziegelindustrie — Zementindustrie — Kalkindustrie — Glasindustrie.

### Metallindustrie.

Sprengstoffindustrie — Kriegsindustrie — Waggonindustrie — Elektroindustrie (Elektrizitätswirtschaft) — Automobilindustrie — Flugzeugindustrie — Radioindustrie.

### Chemische Industrie.

Stickstoffindustrie — Schwefelsäureindustrie — Farbindustrie — Kosmetische und pharmazeutische Industrie.

## Handels- und Verkehrspolitik.

### Außenhandel.

Statistik des Außenhandels — Länderanteil — Warentransit.

### Handelspolitische Richtungen und Maßnahmen.

Reglementierungssystem des Außenhandels — Zollpolitik — Handelsvertragspolitik.

### Verkehrspolitik.

Eisenbahnpolitik — Hafenspolitik — Handelsflotte — Binnenschiffahrtsverhältnisse (Kanalbauten).

## Vorwort.

Von den infolge der Kriegereignisse neugebildeten Staaten Osteuropas kommt der Republik Polen als unmittelbarem Nachbarland des Deutschen Reiches und wichtigem Durchgangsland nach Sowjetrußland die größte Bedeutung zu. Die vorliegende Arbeit soll dazu beitragen, die Kenntnis der Wirtschaftsverhältnisse Polens, deren Studium durch sprachliche Schwierigkeiten und durch den Mangel an geeigneter und ausreichender Literatur im allgemeinen sehr erschwert ist, zu verbreitern und aus dieser für die deutsche Wirtschaft weitestgehenden Nutzen zu ziehen.

Die Bearbeitung des Stoffes ist — soweit es angängig war — nach den Richtlinien erfolgt, die der „Deutsche Industrie- und Handelstag“, Berlin für die Aufstellung von Länderbilanzen zur Vorbereitung für die Weltwirtschaftskonferenz gab und stützt sich — besonders soweit es sich um die Statistik handelt — vornehmlich auf amtliches polnisches Material. Bei der Behandlung der Erwerbszweige und sonstiger Abschnitte der vorliegenden Arbeit konnte in weitgehendem Maße das überaus reiche und vielseitige Archivmaterial des Osteuropa-Instituts in Breslau verwertet werden, das im wesentlichen dazu beigetragen hat, die Arbeit zu einer umfassenden Wirtschaftsenquete über Polen zu gestalten.

Bei dieser Gelegenheit möchte ich vor allem auch Herrn Prof. Dr. Eulenburg von der Handelshochschule in Berlin und Herrn Dr. Meister, dem oberschlesischen Mitarbeiter des Osteuropa-Instituts in Kattowitz für seine freundliche Unterstützung in Fragen der ostoberschlesischen Industrie meinen verbindlichsten Dank aussprechen.

Berlin, im März 1927.

Der Verfasser.



# Die Bevölkerungsverhältnisse in Polen.

## Gebietsumfang.

Unter den östlichen Neustaaten ist Polen in bezug auf Einwohnerzahl und Flächeninhalt der weitaus größte. Das heute zur polnischen Republik gehörige Gebiet umfaßt insgesamt 388 328 qkm. Es stößt über den Korridor und Danzig nördlich an die Ostsee, ist großer Nachbar von Litauen und Lettland und reicht südlich bis nach Rumänien. Polen hat die längste Grenze mit Deutschland und Rußland. Abgesehen von den polnischen West- und Südgrenzen, die auf Grund der Friedensverträge festgelegt worden sind, hat Polen seine Grenzregulierung im Osten und Norden selbständig vorgenommen. Die Grenze zwischen Polen und Rußland wurde als Folge des mit wechselseitigem Glück geführten Krieges im Rigaer Friedensvertrag festgelegt, diejenige zwischen Polen und Litauen durch den Streich des polnischen Generals Zegilowski gezogen. Auf diese Weise eroberte Polen ein ukrainisches Gebiet von 130 000 qkm mit ungefähr fünf Millionen Ukrainern und ein weißrussisches-litauisches Gebiet von rund 100 000 qkm mit 1,6 Millionen weißrussischer und litauischer Bevölkerung. Diese Annexionen haben durch einen Beschluß der Botschafterkonferenz ihre nachträgliche Sanktion gefunden. Die gegenwärtigen Staatsgrenzen Polens haben eine Gesamtlänge von 3960 Kilometern, wovon 37 km ans Meer und 3923 km an andere Staaten stoßen.

## Bevölkerungsbewegung.

Das Gebiet der heutigen Republik Polen hatte im Jahre 1911 eine Gesamtbevölkerung von 30 066 500 Einwohnern<sup>1)</sup>. Die erste Zählung nach Gründung des neuen polnischen Staates, die am 30. September 1921 stattfand, ergab eine Bevölkerungsziffer von 27 177 000 Köpfen. Dabei sind für das Wilnaer Gebiet und für den an Polen gefallen Teil Oberschlesiens — die damals noch nicht mitgezählt worden sind — die Ergebnisse des Jahres 1919 verwertet worden. Im Jahre 1921 betrug der Bevölkerungsrückgang gegenüber der Vorkriegszeit annähernd 10%. Seitdem ist die Einwohnerzahl Polens im Wachsen begriffen und stellte sich annähernd auf 28,2 Millionen Ende des Jahres 1922, auf 28,5 Millionen

<sup>1)</sup> Dr. Weinfeld „La Pologne“, Tableaux Statistiques 1925.

Ende 1923 und auf 28,9 Millionen Ende 1924<sup>1)</sup>. Für das Jahr 1925 wird sie bereits auf 29 000 000 Seelen geschätzt, da sich die Kriegs- und Auswanderungsverluste durch steigende Geburtenüberschüsse inzwischen fast ausgeglichen haben. Von der im Jahre 1921 gezählten Gesamtbevölkerung Polens entfielen 15 353 000 Köpfe auf das ehemalige Kongreßpolen unter Einschluß von Wilna und die Ostgebiete, 4 018 000 auf die ehemals preußischen Provinzen (einschließlich Oberschlesien) und 7 488 000 auf das früher österreichische Teilgebiet. Von den Militärbehörden wurden 1921 318 000 Mann registriert.

## Bevölkerungsdichte

Die Bevölkerungsdichte in den einzelnen polnischen Gebietsteilen ist sehr verschieden. Gering ist sie beispielsweise im Osten, besonders in Polesien und in den Gebirgsgegenden der Karpathen. Nach der amtlichen polnischen Statistik beträgt die Dichtigkeit in der Wojewodschaft Polesien durchschnittlich nur 20,8 Einwohner auf 1 qkm, in der Wojewodschaft Nowogrodek 35,7, im Wilnagebiet 34,6, in der Wojewodschaft Bialystok 40, in Wolhynien 47,5, in Pommerellen 56,9 und in der Wojewodschaft Posen 73,7. Stärker bevölkert ist fast durchweg Kleinpolen (Galizien) und das zentrale Kongreßpolen. In der Wojewodschaft Kielce leben z. B. 98,5, in Tarnopol 88, in der Warschauer 72,1, in der Lemberger 100,6 und in der Krakauer Wojewodschaft 114,2 Einwohner auf 1 qkm. Am stärksten sind naturgemäß die Industriereviere bevölkert; so zählt die Wojewodschaft Lodz 118,2, das Bielitz-Bialaer Industriezentrum 141 und Polnisch-Oberschlesien 265,8 Einwohner auf 1 qkm.

Die schwächstbevölkerten Kreise sind Bialowicze in der Wojewodschaft Bialystok, das bei einer Oberfläche von 1 602 qkm nur 8,9 Einwohner pro qkm zählt, und Kowno in Polesien mit 10,7. Die Kreise in der Nähe größerer Städte und der Industriereviere sind dagegen sehr stark bevölkert. Der Kreis Bendzin in der Wojewodschaft Kielce, der das Dombrowaer Industrierevier umfaßt, hat 283,9 Einwohner, der Kreis Czenstochau 120,5, Biala (Wojewodschaft Krakau) 185,7, Podgorze (die Vorstadt von Krakau) 275,1, Lodz-Land 240,4. Stellenweise, besonders in Galizien, gibt es auch starkbevölkerte Landreviere mit kleinerem und mittlerem Grundbesitz, z. B. Kreis Tarnów mit 147,8, Rzeszów mit 147,6, Stanislaw (Stanislawów) mit 181,9 und Kolomyja mit 156 Einwohnern auf 1 qkm. Für Gesamtpolen stellt sich die Durchschnittsdichte der Bevölkerung auf 70 Einwohner pro qkm.

## Berufsgliederung.

Über die Berufsgliederung enthält die polnische Statistik<sup>2)</sup> folgende Daten (in Tausenden):

<sup>1)</sup> Rocznik Ministerstwa Skarbu 1925.

<sup>2)</sup> „Wiadomości Statystyczne“ 1926, Nr. 4.

|   | Land- und<br>Forst-<br>wirtschaft | Bergbau<br>und<br>Industrie | Handel<br>und<br>Verkehr | Andere<br>Berufe |
|---|-----------------------------------|-----------------------------|--------------------------|------------------|
| Bevölkerung nach der Zählung vom 30. September 1921 . . . . . | 16 856                            | 3 530                       | 2 447                    | 2 872            |
| Ostoberschlesien . . . . .                                    | 282                               | 476                         | 84                       | 137              |
| Wilna-Gebiet . . . . .  | 343                               | 52                          | 37                       | 70               |
| Ganz Polen . . . . .  | 17 481                            | 4 058                       | 2 568                    | 3 079            |

In Prozentziffern der Gesamtbevölkerung stellt sich dieselbe Tabelle wie folgt dar:

| Bevölkerung nach der Zählung vom 30. September 1921 . . . . . | 65,6% | 13,7% | 9,5% | 11,2% |
|---|-------|-------|------|-------|
| Ostoberschlesien . . . . .                                    | 28,8% | 48,6% | 8,6% | 14,0% |
| Wilna-Gebiet . . . . .  | 68,4% | 10,3% | 7,3% | 14,0% |
| Ganz Polen . . . . .  | 64,3% | 14,9% | 9,5% | 11,3% |

Eine nach Landesteilen spezialisierte Tabelle findet sich bei: Konstanty Bzowski „Nauka o Polsce Współczesny“, 4. Ausgabe 1925:

|                                  | Landwirt-<br>schaft und<br>Verwandtes | Handwerk,<br>Industrie und<br>Bergbau | Handel u.<br>Verkehr | Andere<br>Berufe |
|----------------------------------|---------------------------------------|---------------------------------------|----------------------|------------------|
| Mittelpolen (Kongreß-) . . . . . | 57%                                   | 15%                                   | 8%                   | 20%              |
| Ostgebiete . . . . .             | 73%                                   | 9%                                    | 7%                   | 11%              |
| Südpolen (Galizien) . . . . .    | 73%                                   | 9%                                    | 10%                  | 8%               |
| Posen u. Pommerellen . . . . .   | 52%                                   | 23%                                   | 9%                   | 16%              |
| Ostoberschlesien . . . . .       | 29%                                   | 48%                                   | 9%                   | 14%              |
| Tesch. Schlesien . . . . .       | 29%                                   | 47%                                   | 11%                  | 13%              |
| Ganz Polen . . . . .             | 65%                                   | 14%                                   | 8%                   | 13%              |

Mit einem Prozentsatz von rund 65% landwirtschaftlicher Bevölkerung gehört Polen zu den ausgesprochenen Agrarstaaten. Der genannte Prozentsatz ist höher als in irgend einem andern größeren Staate Europas. Nur Finnland hat 71,5% Landwirtschaft treibende Bevölkerung. Am nächsten kommen Polen in dieser Beziehung noch Ungarn mit 64,1%, Rußland mit 58,3%, Österreich mit 56,9%, Spanien mit 56,2%, Italien mit 55,5%, während Frankreich nur 40,7%, Deutschland 35,2% landwirtschaftliche Bevölkerung haben. Das agrarische Polen besitzt jedoch in Polnisch-Oberschlesien einen Landesteil, der aufs stärkste industrialisiert ist und 48% in der Industrie und im Bergbau Beschäftigte aufweist; auch das benachbarte Teschener-Schlesien zählt 47% Industriebevölkerung.

Die Folge dieser verschiedenartigen Zusammenstellung der Bevölkerung aus einem riesigen Agrarkomplex und verhältnismäßig engbegrenzten Industriezentren

sind gewisse wirtschaftliche Spannungen, die auch in der schwankenden Wirtschaftspolitik der polnischen Regierung zum Ausdruck kommen. Je nach der Einstellung der jeweiligen Regierungen ändert sich diese Politik zugunsten der Landwirtschaft oder der Industrie. Diese Spannungen sind infolge der Verständnislosigkeit der bäuerlichen Schichten für die Bedeutung einer eignen Industrie noch lange nicht ausgeglichen.

Für das durch die Volkszählung vom 30. September 1921 erfaßte Gebiet gibt es noch eine spezialisiertere Statistik<sup>1)</sup>, die zwischen Berufszugehörigen und Berufstätigen unterscheidet und eine genaue Berufsgliederung enthält. Von ihr werden 25 385 564 Einwohner Polens erfaßt. (In Tausend:)

| Berufe                                       | Berufs-<br>zugehörige | Prozent-<br>satz | Berufstätige |            |             |
|--|-----------------------|------------------|--------------|------------|-------------|
|  |                       |                  | Insgesamt    | Selbständ. | Arbeitnehm. |
| Land- u. Forstwirtschaft.                    | 16 856                | 66,4             | 10 266       | 2690       | 7576        |
| Bergbau u. Industrie                         | 3 530                 | 13,9             | 1 266        | 448        | 818         |
| Handel und Versiche-<br>rung . . . . .       | 1 612                 | 6,3              | 518          | 518        | 193         |
| Verkehr u. Transport .                       | 835                   | 3,3              | 244          | 23         | 221         |
| Öffentl. Dienst u. freie<br>Berufe . . . . . | 753                   | 3,0              | 327          | 47         | 280         |
| Armee u. Flotte . . .                        | 123                   | 0,5              | 59           | —          | 59          |
| Dienstpersonal . . . .                       | 343                   | 1,4              | 278          | 22         | 256         |
| Arbeits- u. Berufslose .                     | 720                   | 2,8              | 399          | —          | —           |
| Unbekannte Berufe . .                        | 613                   | 2,4              | 245          | 1          | 244         |
| Insgesamt:                                   | 25 385                | 100,0            | 13 602       | 3 556      | 10 046      |

In dieser Tabelle, in der das industrielle Ostoberschlesien — allerdings auch das stark agrarische Wilna-Gebiet unberücksichtigt geblieben sind, tritt der landwirtschaftliche und wenig industrielle Charakter Polens noch stärker hervor. Ganz deutlich wird dies, wenn wir eine Statistik für ganz Polen einschließlich Wilna (außer Polnisch-Oberschlesien) betrachten. Diese, das ganze sog. „Altpolen“ umfassende Statistik zeigt folgendes Verhältnis: Gesamteinwohnerschaft: 26 207 000 Köpfe; davon zugehörig der Land- und Forstwirtschaft: 17 199 000 (65,66%), dem Bergbau und der Industrie 3 582 000 (13,74%), dem Handel und Verkehr 2 484 000 (9,48%), anderen Berufen 2 942 000 (11,22%). Das ist das der Wirklichkeit am nächsten kommende Bild von der Berufsgliederung der Bevölkerung Polens, welches die gänzlich verschiedenartige Struktur des neu hinzugekommenen Teiles von Oberschlesien auffallend hervortreten läßt.

Ein Vergleich der Berufsgliederung Polens mit andern europäischen Staaten zeigt eine große Ähnlichkeit mit Spanien, das 56,6% in der Landwirtschaft tätige Bevölkerung, 14,6% im Bergbau und der Industrie, 5,4% im Handel und Verkehr Erwerbstätige, 10,4% Heeresangehörige, Beamte und freie Berufe und 13,4% sonstige Berufe aufweist. Der höhere Prozentsatz des Handels in Polen ist vor-

<sup>1)</sup> „Wiadomości Statystyczny“ 1926, Heft 5.

nehmlich auf den stärkeren Prozentsatz jüdischer Bevölkerung zurückzuführen, der in Spanien fehlt. Polen hat 3 100 000<sup>1)</sup> (= 11,4%) — Spanien nur 0,2% Juden. Nur in Rußland findet sich noch eine gleichartige Struktur. Dort sind 58,3% in der Landwirtschaft, 17,3% im Bergbau und Industrie und 17,1% im Handel beschäftigt. In fast allen übrigen Staaten (ohne Berücksichtigung Rumäniens und Jugoslawiens) ist der prozentuelle Anteil der in der Industrie Tätigen weit größer — zum Teil auch der des Handels (England, Holland, Norwegen, Schweiz) als in Polen.

### Nationalitätenstatistik.

Die Bevölkerung Polens setzt sich aus verschiedenen Nationalitäten zusammen, die das nationalpolnische Element in manchen Gebietsteilen erheblich zusammenschumpfen lassen. Nach der offiziellen polnischen Statistik, die allerdings unvollständig ist, weil viele ostgalizische Ukrainer die letzte Volkszählung im Jahre 1921 boykottierten, ergab sich in den einzelnen polnischen Gebietsteilen folgende Nationalitätenzusammensetzung (in Prozenten):

|                  | Polen | Ukrainer | Weißrussen | Deutsche | Juden | Andre Nat. |
|------------------|-------|----------|------------|----------|-------|------------|
| Wojewodschaften: |       |          |            |          |       |            |
| zentrale Wojew.  | 85,0  | 0,6      | 1,1        | 1,5      | 11,5  | 0,3        |
| westliche „      | 79,4  | —        | —          | 20,1     | 0,2   | 0,3        |
| südliche „       | 57,9  | 35,8     | —          | 0,5      | 5,7   | 0,1        |
| östliche „       | 35,5  | 27,7     | 22,7       | 0,6      | 9,2   | 4,3        |
| Ganz Polen:      | 69,2  | 14,3     | 3,9        | 3,8      | 7,8   | 1,0        |

Diesen Ziffern entsprechend wird die Republik Polen von 69,2% Nationalpolen und 30,8% Minderheiten bewohnt. Zu einem andern Ergebnis kommen private Berechnungen des Jahres 1922:

|                           |            |       |
|---------------------------|------------|-------|
| Polen . . . . .           | 15 200 000 | 55,5% |
| Ukrainer . . . . .        | 5 000 000  | 18,2% |
| Weißrussen . . . . .      | 1 600 000  | 5,8%  |
| Deutsche . . . . .        | 2 000 000  | 7,3%  |
| Juden . . . . .           | 3 100 000  | 11,4% |
| Litauer . . . . .         | 250 000    | 0,9%  |
| Andere Nationalitäten . . | 250 000    | 0,9%  |

Die beiden Statistiken weisen — wie man ersehen kann — nicht unerhebliche Abweichungen auf. Nach amtlicher Quelle ergibt sich für die Minderheiten in Polen ein Prozentsatz von 30,8%, nach privater Statistik ein solcher von 44,5%. Jedenfalls kann Polen nicht als Nationalstaat gelten, sondern muß als Nationalitätenstaat angesprochen werden.

<sup>1)</sup> Zusammenstellung des Österreichischen Bundesamts für Statistik in den „Basler Nachrichten“.

## Auswanderung.

Die Verschlechterung der allgemeinen Wirtschaftsverhältnisse als Folge des polnisch-russischen Krieges und der darauffolgenden Inflationsjahre haben, ebenso wie die unzulängliche Organisation des polnischen Arbeitsmarktes dazu beigetragen, daß die Emigrationsbewegung in Polen bald nach Beendigung des Krieges wieder stark auflebte, nachdem sie während des Krieges abgeflaut war. Während des Krieges und besonders in Vorkriegszeiten überwog bei der Auswanderung die Zahl der Männer. Es handelte sich größtenteils um junge Leute, die sich der Militärpflicht entzogen. Der Prozentanteil der männlichen Emigranten betrug 1919 fast 75% der Gesamtauswanderung, ging aber im Jahre 1920/21 wieder auf 35,4% und im Jahre 1921/22 bis auf 33,6% zurück.

Über die Richtungen und den Umfang der polnischen Auswandererbewegung enthält die amtliche polnische Statistik folgende Daten:<sup>1)</sup>

| Jahr              | A u s w a n d e r u n g |               |              |                 |
|-------------------|-------------------------|---------------|--------------|-----------------|
|                   | überseische             |               | kontinentale |                 |
|                   | insgesamt               | nach U. S. A. | insgesamt    | nach Frankreich |
| 1919 . . . . .    | 5 901                   | —             | 804          | 804             |
| 1920 . . . . .    | 74 121                  | —             | 26 846       | 13 389          |
| 1921 . . . . .    | 87 334                  | —             | 12 129       | 9 306           |
| 1922 . . . . .    | 38 716                  | 27 723        | 29 527       | 28 927          |
| 1923 . . . . .    | 55 401                  | 24 709        | 72 058       | 69 519          |
| 1924 . . . . .    | 22 511                  | 4 290         | 26 136       | 22 966          |
| 1925 . . . . .    | 38 448                  | 9 088         | 42 768       | 36 393          |
| 1926 (I. Quartal) | 13 688                  | 1 714         | 43 889       | 13 398          |

In den ersten Nachkriegsjahren richtete sich der größte Teil der polnischen Auswanderung nach Nordamerika. Nach Berechnungen Dr. Weinfelds<sup>2)</sup> sind nach den Vereinigten Staaten von Amerika im Jahre 1920/21 (Juli 1920 bis Juni 1921) 95 100 polnische Staatsbürger ausgewandert. Von diesen waren 18 300 Nationalpolen, 800 Deutsche, 400 Weißrussen und 74 800 Juden. Besonders auffallend ist hier der starke Anteil der jüdischen Auswanderer. Nach Palästina sind im gleichen Zeitraum nur 1800 Juden ausgewandert. Die Auswanderungsbewegung der Juden aus Polen ist immer noch ziemlich stark. Die Juden beklagen sich besonders in den Städten über die stark antisemitische Tendenz, die sowohl in polnischen Regierungskreisen wie in der Gesellschaft herrscht. Es macht sich dies vor allem für die Angestellten und Arbeiter jüdischer Nationalität bemerkbar, die in den staatlichen Unternehmungen völlig ausgeschaltet sind. So wurden beispielsweise — Pressemeldungen zufolge — nach der Übernahme der Tabakfabriken durch das staatliche Tabakmonopol alle jüdischen Arbeiter entlassen.

Nach anderen Erdteilen ist die polnische Auswanderung relativ gering. So wanderten im Jahre 1922 nur 2232 Personen nach Asien aus. Am bedeutendsten

<sup>1)</sup> Statystyka Pracy 1926.

<sup>2)</sup> „La Pologne“, Tableaux Statistiques 1925.

ist dagegen die polnische Auswanderung nach Frankreich. Von den im Jahre 1922 nach Frankreich ausgewanderten Personen waren 31,1% Landarbeiter und 68,9% Industriearbeiter. Im Jahre 1923 betrug die Auswanderungsziffer 69 500 Personen und ist — nach vorübergehendem Rückgang 1924 — im Jahre 1925 angesichts der zunehmenden Wirtschaftskrise, die sich besonders stark in den Industriegebieten Ostoberschlesiens und Dombrowa's ausgewirkt hat, wieder angewachsen, so daß sich die Zahl der gegenwärtig in Frankreich befindlichen polnischen Arbeiter mit ihren Familien auf etwa 420 000 Personen stellt. Von den etwa 230—240 000 t ä t i g e n Arbeitern in Frankreich sind 115 000 im Kohlenbergbau, 70 000 in den elsässischen Erzgruben und der Rest in der Landwirtschaft und einigen anderen Industriezweigen beschäftigt. Die materielle Lage der polnischen Industriearbeiter in Frankreich ist günstiger als die der in der Landwirtschaft beschäftigten. Von den ersteren werden schätzungsweise 200 Millionen Francs jährlich in die Heimat gesandt.

Den Schutz und die kulturelle Entwicklung der polnischen Auswanderer in Frankreich sichert die polnisch-französische Emigrationskonvention vom 3. September 1919 und 14. Oktober 1920 mit den Protokollen vom 17. April 1924 und 3. Februar 1926, denen zufolge allen polnischen Arbeitern die Gleichberechtigung mit ihren französischen Kollegen zusteht. Die Polen besitzen in Frankreich etwa 50 eigene Unterrichtsabteilungen in den dortigen Schulen sowie 9 polnische Zeitungen und Wochenschriften. Um ein Aufgehen der polnischen Arbeiterschaft in der französischen Gewerkschaftsbewegung zu verhüten, sind besondere polnische Abteilungen bei der sozialistischen „Confédération générale de travail“ gegründet worden. Seit Mitte des Jahres 1926 ist die polnische Auswanderungsbewegung nach Frankreich im Zusammenhang mit der Besserung der allgemeinen Wirtschaftslage in Polen, besonders aber infolge der günstigen Konjunktur im polnischen Kohlenbergbau (als Folge des englischen Bergarbeiterstreiks) im Rückgang begriffen. Nach amtlichen Daten, die sich auf Registrationskarten beim Grenzübertritt stützen, sind aus der Wojewodschaft Schlesien in den ersten Monaten des Jahres 1926 ausgewandert: Januar 183 Personen, Februar 212 Personen, März 441 Personen, April 245 Personen und Mai 139 Personen. Die Auswanderung polnischer Bergarbeiter nach Frankreich aus der Wojewodschaft Schlesien beträgt augenblicklich nur etwa 5% der polnischen Gesamtmigration, die sich für das erste Halbjahr 1926 auf 110 378 Personen stellte. Von diesen haben sich 39 561 Personen nach Frankreich und 40 937 nach Deutschland (Saisonarbeiter) begeben. Nach außereuropäischen Staaten sind 27 037 Personen ausgewandert, davon nach Palästina 5207 Personen.

### Polen im Auslande.

Infolge der jahrelang anhaltenden starken Auswanderung, besonders nach Amerika befinden sich dort große polnische Kolonien. In den Vereinigten Staaten von Amerika wohnten im Jahre 1920 1 140 000 Polen, d. i. 1,1% der dortigen Be-

völkerung. Am stärksten ist der Prozentsatz der Polen im Staate Buffalo mit 6,2%, in Detroit mit 5,7% und in Chikago mit 5,1%. In Kanada leben 53 400 Polen (0,6% der Bevölkerung). In Frankreich wohnten nach der letzten Volkszählung von März 1921 — 310 000 Polen (augenblicklich etwa 420 000). Darunter befinden sich auch einige Tausend polnische Studenten. Besonders stark sind die polnischen Ansiedlungen in den Norddepartements Frankreichs, wo die polnischen Arbeiter  $\frac{1}{4}$  der im französischen Bergbau Beschäftigten darstellen. Bemerkenswert ist die Existenz einer starken polnischen Kolonie im Fernen Osten (Charbin in der Mandschurei). In Europa gibt es polnische Minderheiten in der Tschechoslowakei, Lettland, Deutschland und Rußland.

### Saisonauswanderung.

Eine bedeutungsvolle wirtschaftliche Erscheinung ist die Saisonauswanderung polnischer Landarbeiter (Sachsengänger) nach Deutschland<sup>1)</sup>. Vor dem Kriege kamen alljährlich etwa 350—400 000 polnische Landarbeiter auf mehrere Monate nach Deutschland und kehrten bei Beginn des Winters in ihre Heimat zurück. Während und nach dem Kriege ist der Zwang zur Rückwanderung nach Polen nicht mehr so streng gehandhabt worden, so daß sich im Laufe der Nachkriegsjahre eine stattliche Anzahl polnischer Wanderarbeiter in Deutschland festgesetzt hat. Im Zusammenhang mit der großen Arbeitslosigkeit in Deutschland hat sich die deutsche Regierung in letzter Zeit mit der Saisonarbeiterfrage wieder lebhaft befaßt und hat in einem provisorischen Abkommen vom 12. Januar 1926 mit Polen das jährliche Gesamtkontingent auf 50 000 polnische Landarbeiter festgesetzt — gegen 150 000 im Jahre 1925. Während im Vorjahre (1925) durch polnische Maßnahmen die festgesetzte Einwanderungsnorm nicht erreicht wurde, ist sie im Verlauf dieses Jahres (1926) dagegen ganz erheblich überschritten worden, da statt 50 000 annähernd 200 000 polnische Landarbeiter zur Saisonarbeit nach Deutschland eingewandert sind, so daß sich augenblicklich etwa 700 000 polnische Landarbeiter in Deutschland — zum größten Teil zu unrecht aufhalten. Um die normale Wanderbewegung wieder in Gang zu bringen und auch einen Teil derjenigen polnischen Landarbeiter nach einem bestimmten Plan in diese Bewegung wieder einzubeziehen, welche die früheren Rückkehrfristen versäumt haben, ist mit der polnischen Regierung am 6. Dezember 1926 ein neues Abkommen für die Dauer eines Jahres getroffen worden, das die Anwerbung und Verpflichtung polnischer Wanderarbeiter und die Frage der Rückwanderung der seit dem Jahre 1925 oder früher in Deutschland verbliebenen polnischen Landarbeiter neu regelt. Danach werden etwa 45 000 Arbeiter ausgewiesen und diese Ausweisung — um individuelle Härten zu vermeiden — auf eine Reihe von Jahren verteilt. Die im Jahre 1927 in Deutschland arbeitenden polnischen Landarbeiter werden auf Grund des erwähnten Abkommens in ihren Ansprüchen aus der Unfallversicherung wie deutsche Reichsangehörige behandelt und von der Beitrags-

<sup>1)</sup> Auch die Auswanderung nach Frankreich trägt teilweisen Saisoncharakter.

pflicht für die Arbeitslosenunterstützung befreit. Ein endgültiges Saisonarbeiter-Abkommen wird zwischen der deutschen und der polnischen Regierung erst im Verlauf des Jahres 1927 abgeschlossen.

Volkswirtschaftlich von Bedeutung ist die Geldeinfuhr seitens der zurückkehrenden Saisonarbeiter bzw. ihre Geldsendungen nach der Heimat. Polnischen Pressemeldungen zufolge werden die Barersparnisse der polnischen Landarbeiter in Deutschland nach dem Kriege immer geringer. Vor dem Kriege pflegte ein jeder bei der Rückkehr nach Polen ungefähr 150—200 Mark mitzubringen, jetzt ist dies eine Seltenheit. Meist besitzen die Zurückkehrenden nur noch 10—20 Mark und bringen dafür in Deutschland erstandene Fahrräder, Grammophone usw. mit. Somit kommt das von ihnen verdiente Geld größtenteils der deutschen Volkswirtschaft wieder zugute.

Um die volkswirtschaftlichen Ursachen der Saisonarbeit klarzustellen, seien einige Zahlen über die Verteilung des polnischen Bodens auf den Großgrundbesitz, den bäuerlichen Mittelbesitz und Kleinbesitz angeführt. In Kongreßpolen befinden sich<sup>1)</sup> 41% des Ackerlandes in Polen in Händen des Großgrundbesitzes und 57,2% in Händen des Kleinbesitzes. Nur 58% der heutigen Bauernschaft besaß schon vor der russischen Bauernbefreiung (1864) eigenes Land, der Rest erhielt es erst durch die Parzellierung. Vom Kleinbesitz in Kongreßpolen entfallen 59 137 Stellen auf Besitz über 15 ha (d. i. 5,8%), 163 000 Stellen umfassen 7,5—15 ha (16,2%). Weit größer ist die Zahl der nicht mehr auskömmlichen Stellen, von denen 238 311 (23,5%) auf solche in der Größe von 4,5—7,8 ha entfallen. Auf diesen kann sich eine Familie nur bei gutem Boden ernähren; auf schlechtem Boden ist sie bereits auf Nebenerwerb angewiesen. Unmöglich ist aber das Auskommen auf Stellen mit 1,5—4,5 ha, die zahlenmäßig am stärksten mit 380 000 (37,5%) vertreten sind, und gar denen unter 1,5 ha, deren Zahl sich auf 171 250 (17%) beläuft.

Zu den beiden letzten Kategorien (bis 4,5 ha) gehören in den Wojewodschaften Kielce und Lublin fast die Hälfte der Bauern. In Galizien waren von jeher nur etwa 25% der Ackerfläche in den Händen des Großgrundbesitzes. Aber auch hier gibt es eine ganze Anzahl von Zwergwirtschaften bis 2 ha (43%) und von Kleinbetrieben bis 5 ha (38%). Ganz anders ist die Besitzverteilung in Westpolen (Pommern und Posen), wo neben einem starken Großgrundbesitz (46% in Posen, 37% im ehemaligen Westpreußen) ein kräftiger mittlerer Bauernstand besteht. Die Besitzverhältnisse entsprechen hier etwa denen im Deutschen Reich.

## Einwanderung.

Als neugebildeter Staat kennt Polen auch die Erscheinung der Rückwanderung von solchen Volksgenossen, die früher ihrem Vaterlande im Zusammenhang mit den politischen Ereignissen fern geblieben sind. Nach der Aufrichtung der polnischen Republik kehrten Jahr für Jahr Tausende der früher nach Amerika, Rußland und nach anderen Staaten ausgewanderten Polen zurück, waren jedoch

<sup>1)</sup> Slowitzki „Wirtschaftliche Lage und Zukunft der Republik Polen“.

meist wenig von den neuen Verhältnissen befriedigt, so daß ein beträchtlicher Teil dieser Rückwanderer zum zweiten Mal ihre Heimat verlassen hat. Nach den vorhandenen statistischen Aufzeichnungen stellt sich die Reemigrationsbewegung folgendermaßen dar<sup>1)</sup>:

| Zahl der Rückwanderer |                     |                      |
|-----------------------|---------------------|----------------------|
| Jahr                  | aus Amerika         | aus dem Osten        |
| 1918                  | —                   | 82 952               |
| 1919                  | —                   | 286 350              |
| 1920                  | 70 000              | 86 037               |
| 1921                  | 78 000              | 482 320              |
| 1922                  | 11 116              | 278 750              |
| 1923                  | 6 693               | 30 835               |
| 1924                  | 6 629               | 5 188                |
| 1925                  |                     | 21 232 <sup>2)</sup> |
| 1926 (Januar bis Mai) | 7 114 <sup>2)</sup> |                      |

Seit dem Jahr 1921 ist die Rückwanderung nach Polen stark im Rückgang begriffen. Die Zahl der Reemigranten fiel seit Ende 1921 bis Mitte 1926 von 560 320 auf 8 291 Personen. Bei den Rückwanderern handelt es sich in der Hauptsache um Nationalpolen; nur ein kleiner Bruchteil bestand aus Juden und Ruthenen.

## Polens Wirtschaftsstruktur.

### Die Land- und Forstwirtschaft.

Seit Erstellen des polnischen Staates hat die Regierung als dringlichste Aufgabe die Hebung der Landwirtschaft als wichtigsten Produktionszweig des Landes und als Fundament des Staates, auf dem sich seine wirtschaftliche Zukunft aufbaut, mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln zu fördern versucht, um die ehemalige Bedeutung Polens als Kornkammer Europas wiederherzustellen. Durch das Hinzu kommen großer, rein agrarischer Gebiete wie Ostpolen und die Provinz Posen und eines Teiles von Westpreußen (Pommerellen) waren die Voraussetzungen hierzu geschaffen. Doch mußte sich die polnische Landwirtschaft in den ersten Nachkriegsjahren erst allmählich in die neuen Verhältnisse einfügen. Besonders die kongreßpolnische Agrarwirtschaft hatte nach dem Kriege eine Periode des Niederganges durchzumachen. Die Reorganisationsarbeiten in der Landwirtschaft, die bereits vor dem Kriege begonnen hatten und in der zunehmenden Anwendung vervollkommener Maschinen und Geräte, der Züchtungsversuche von Rassevieh und der Ertragsteigerung der Milchwirtschaft zum Ausdruck kamen, wurden durch den Krieg jäh unterbrochen. Wie schwer die polnische Landwirtschaft auch

<sup>1)</sup> Nach Daten des polnischen Arbeitsministeriums im „Rocznik Ministerstwa Skarbu“ 1925.

<sup>2)</sup> „Statystyka Pracy“, Heft 6, 1926.

der übrigen Teilgebiete unter den Kriegseinwirkungen litt, ergibt sich aus der Tatsache, daß Polen trotz seines vorwiegend agrarischen Charakters im großen Umfange zum Import von Lebensmitteln übergehen mußte. Besonders stark zurückgegangen waren naturgemäß die Erträge in den vom Kriege unmittelbar heimgesuchten Gebietsteilen; doch auch die frühere Provinz Posen, die in Vorkriegszeiten für eine Korn- und Kartoffelkammer ersten Ranges galt, hatte nach der Inbesitznahme durch Polen bei weitem nicht mehr die gleichen Ernteüberschüsse aufzuweisen wie ehemals. Dieser Umstand findet seine Erklärung in der polnische-seits durchgeführten Änderung der Güterbewirtschaftung, ferner in der unzureichenden Zufuhr von Düngemitteln, der Einführung des Achtstundentages, Erhöhung der Getreidedeputate usw. Als Beispiel hierfür mag ein Vergleich der Weizen- und Roggenerträge der Jahre 1913 und 1920 in den einzelnen Gebietsteilen dienen:

|                         |      |      |
|-------------------------|------|------|
| Ernteertrag in 1000 to: | 1913 | 1920 |
| Westpolen . . . . .     | 1898 | 680  |
| Kongreßpolen . . . . .  | 3980 | 1110 |
| Galizien . . . . .      | 1396 | 630  |
| Insgesamt:              | 7274 | 2420 |

Der beträchtliche Rückgang der Vorkriegsziffern kommt auch in den Hektarerträgen deutlich zum Ausdruck:

| Ernteertrag pro ha:<br>(in Meterzentnern) | 1913   |        | 1920   |        |
|---|--------|--------|--------|--------|
|   | Weizen | Roggen | Weizen | Roggen |
| Westpolen . . . . .                       | 20     | 17     | 14,4   | 9      |
| Kongreßpolen . . . . .                    | 13     | 11     | 10,6   | 7      |
| Galizien . . . . .                        | 12     | 11     | 8,6    | 5,7    |

Zunächst war an eine Erhöhung der Bodenergiebigkeit nicht zu denken, da besonders der große Mangel an Düngemitteln und maschinellen Einrichtungen für die Bodenbearbeitung dem entgegenstand. Die polnische Regierung sah sich daher, um die Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln zu sichern, gezwungen, sich zeitweise das Recht zum Getreideankauf vorzubehalten und die Verteilung der vorhandenen Vorräte besonders auf die durch Mißernten am meisten gefährdeten Gebietsstreifen selbst in die Hand zu nehmen. Durch die Tätigkeit einer amerikanischen Versorgungskommission wurde die polnische Regierung in ihrer Arbeit tatkräftig unterstützt. Diese Kommission hat innerhalb eines halben Jahres etwa 300 000 to Lebensmittel nach Polen eingeführt.

Bedenklich sah es im ersten Jahre nach der Aufrichtung der polnischen Republik auch mit der Fleischversorgung aus, war doch der Rindviehbestand als Folge des Krieges schätzungsweise um 50% in Kongreßpolen und um 80% in Kleinpolen zurückgegangen.

Der Wiederaufbau der Landwirtschaft mußte daher mit der größten Intensität betrieben werden, um sich möglichst bald von der kostspieligen Getreideeinfuhr aus dem Auslande unabhängig zu machen, da die polnische Handelsbilanz

hierdurch stark beeinträchtigt wurde. Dagegen war man in Ermangelung einer ausreichenden Inlandsproduktion nach wie vor auf den Auslandsbezug von **K u n s t d ü n g e r** und **l a n d w i r t s c h a f t l i c h e n M a s c h i n e n** angewiesen, deren Beschaffung zwecks Hebung der landwirtschaftlichen Produktion nicht zu entbehren war. Im allgemeinen kann festgestellt werden, daß sich die polnische Landwirtschaft von den Kriegsfolgen relativ schnell erholt hat. Besonders trifft das bei der polnischen Viehzucht zu, so daß zuerst mit der Ausfuhr von Fleisch und Fett begonnen werden konnte. Im weiteren Verlauf gelang es auch den Getreideexport wieder aufzunehmen, doch zeigt letzterer in Anbetracht der durch Witterungseinflüsse stark schwankenden Ernteerträge in den verschiedenen Jahren keine einheitliche Fortentwicklung.

### Nutzung des Bodens.

Die landwirtschaftliche Nutzung des Bodens in Polen — als Ganzes genommen — stellt sich nach der amtlichen polnischen Statistik<sup>1)</sup> folgendermaßen dar (in Millionen Hektar):

|                                       | Gesamt-<br>oberfl. | Acker-<br>land | Wiesen | Weiden | Wälder | Un-<br>genutzt |
|---------------------------------------|--------------------|----------------|--------|--------|--------|----------------|
| Polen insgesamt                       | 37,7               | 18,3           | 3,8    | 2,5    | 9,0    | 3,9            |
| InProzenten der Ge-<br>samtoberfläche | 100                | 48,6           | 10,2   | 6,7    | 24,1   | 10,4           |

Hieraus ergibt sich, daß annähernd die Hälfte der Gesamtoberfläche Polens Ackerland und ein Viertel der Oberfläche Wald sind. Ungenutztes Land (Baugründe, Wege usw.) besitzt Polen etwa 10%.

In den beiden ersten Nachkriegsjahren 1919 und 1920 war jedoch kaum die Hälfte des Ackerlandes in Polen tatsächlich bebaut, wovon wiederum nur ein Teil Erträge aufweisen konnte, weil infolge des Krieges mit Rußland in großen Ausmaßen bebauts Land verwüstet worden war. Erst das Jahr 1921 ließ eine wesentliche Erhöhung der Anbauflächen zu und ermöglichte dadurch auch bessere Ernten. Die Ergebnisse der landwirtschaftlichen Entwicklung in den Jahren 1919 bis 1924 werden durch folgende Ziffern veranschaulicht:

### Aussaat und Ernte für die wichtigsten Landwirtschaftsprodukte.<sup>2)</sup>

| Jahr                               | Weizen | Roggen | Gerste | Hafer | Kartoffeln | Zuckerrüben |
|------------------------------------|--------|--------|--------|-------|------------|-------------|
| Bestellte Oberfläche (in Mill. ha) |        |        |        |       |            |             |
| 1909/13                            | 1,3    | 5,1    | 1,3    | 2,7   | 2,4        | 0,2         |
| 1919/20                            | 0,7    | 2,9    | 0,8    | 1,7   | 1,6        | 0,1         |
| 1920/21                            | 0,8    | 3,6    | 1,0    | 1,9   | 1,9        | 0,1         |
| 1921/22                            | 1,0    | 4,5    | 1,1    | 2,4   | 2,2        | 0,2         |
| 1922/23                            | 1,0    | 4,6    | 1,2    | 2,5   | 2,3        | 0,1         |
| 1923/24                            | 1,1    | 4,4    | 1,2    | 2,6   | 2,3        | 0,2         |

<sup>1)</sup> Rocznik Statystyczny 1924.

<sup>2)</sup> Rocznik Ministerstwa Skarbu 1924.

Ernteergebnis (in Tausend Tonnen)

|         |      |      |      |      |       |      |
|---------|------|------|------|------|-------|------|
| 1909/13 | 1683 | 5656 | 1499 | 2810 | 24588 | —    |
| 1922    | 1159 | 5066 | 1304 | 2548 | 33759 | 2671 |
| 1923    | 1353 | 5962 | 1656 | 3522 | 26494 | 2575 |
| 1924    | 884  | 3655 | 1208 | 2412 | 26869 | 3210 |

Durchschnittsertrag (pro ha in Doppelzentnern)

|         |      |      |      |      |     |     |
|---------|------|------|------|------|-----|-----|
| 1909/13 | 12,6 | 11,2 | 11,9 | 10,3 | 103 | —   |
| 1922    | 11,1 | 11,0 | 11,4 | 10,6 | 152 | 244 |
| 1923    | 13,3 | 12,8 | 13,8 | 14,0 | 116 | 189 |
| 1924    | 8,2  | 8,3  | 9,9  | 9,3  | 115 | 197 |

Bis zum Jahre 1924 sind — wie aus der ersten Tabelle hervorgeht — die Anbauflächen durchweg noch geringer als in den Vorkriegsjahren. Bei den Ertragsziffern zeigt im Jahre 1921/22 nur die Kartoffelernte ein besseres Ergebnis, während im nächsten Jahre mit Ausnahme von Weizen bereits alle übrigen aufgeführten Landwirtschaftsprodukte die Vorkriegsziffern überschreiten. Die Ernte 1923/24 war dagegen allgemein wieder erheblich schlechter. Eine Ausnahme hiervon macht nur die Zuckerrübenenernte, die sich von 2,57 Millionen auf 3,21 Millionen Tonnen heben konnte. Zur Vervollständigung dieses Bildes mag ein Überblick über die Entwicklung der Anbauflächen und Ernteerträge der letzten beiden Jahre (1925 und 1926) dienen<sup>1)</sup>:

| Jahr                               | Weizen | Roggen | Gerste | Hafer | Kartoffeln | Zuckerrüben |
|------------------------------------|--------|--------|--------|-------|------------|-------------|
| Bestellte Oberfläche (in Mill. ha) |        |        |        |       |            |             |
| 1924/25                            | 1,1    | 4,9    | 1,2    | 2,6   | 2,4        | 0,2         |
| 1925/26                            | 1,1    | 4,8    | 1,2    | 2,6   | —          | 0,2         |

Ernteergebnis (in Tausend to.)

|      |      |      |      |      |       |      |
|------|------|------|------|------|-------|------|
| 1925 | 1573 | 6539 | 1677 | 3312 | 29106 | 3687 |
| 1926 | 1281 | 5011 | 1555 | 3050 | 24600 | —    |

Durchschnittsertrag (pro ha in Doppelzentnern)

|      |      |      |      |      |     |     |
|------|------|------|------|------|-----|-----|
| 1925 | 14,4 | 13,3 | 13,7 | 12,8 | 123 | 214 |
| 1926 | 11,6 | 10,4 | 12,6 | 11,7 | 103 | 215 |

Die Erträge des Jahres 1926 bleiben hinter denen des Jahres 1925 nicht unerheblich zurück. Im Vergleich zu der guten Ernte 1925 beläuft sich die Ernte 1926 auf 81,3% bei Weizen, 76,7% bei Roggen, 92,7% bei Gerste und 91,1% bei Hafer. Besonders auffallend ist der starke Rückgang der Roggenernte; zieht man jedoch das Durchschnittsergebnis der letzten fünf Jahre zum Vergleich heran, so zeigt sich, daß auch die Roggenernte mit 97,8% als mittelgut angesprochen werden kann. Bei Weizen erreicht die Ernte 1926 im gleichen Verhältnis 106,9%, bei Gerste 109,6% und bei Hafer 109%. Ein schlechtes Ergebnis hat dagegen die

<sup>1)</sup> Wiadomości Statystyczny 1926, 1927.

Kartoffelernte zu verzeichnen, die gegenüber 1925 einen Minderertrag von annähernd 5 Millionen Tonnen aufweist. Der im Vergleich zum Jahre 1925 geringere Ernteertrag ist aber bei fast allen Getreidesorten durch Erzielung höherer Preise wieder ausgeglichen worden.

Am besten ausgenutzt ist das Land für die ackerwirtschaftliche Nutzung in Westpolen und im Südosten Polens, wo die nutzbar gemachte Fläche ungefähr 70%, in einigen Kreisen sogar 80% der gesamten Landoberfläche ausmacht. Mehr als die Hälfte befindet sich auch in andern Teilen des westlichen und südlichen Polens unter dem Pfluge. Nur die Ost- und Nordostgebiete (Weißrußland) und die Karpathengegenden haben weniger als die Hälfte bewirtschaftetes Ackerland. Bei einem Vergleich mit andern Agrarländern Europas steht Polen bezüglich der landwirtschaftlich genutzten Fläche nicht viel hinter den intensiv Ackerbau treibenden Staaten zurück.

Bei der Berechnung des Ödlandes werden oft vorübergehend ungenutzte Flächen mitgerechnet; wenn man jedoch nur Sumpfgenden, Dünen, Flugsandgebiete, steinigtes Moränenland und die unbewaldeten Berggipfel unter diesem Begriff versteht, so kann man in West- und Zentralpolen den Prozentsatz des Ödlandes auf 4—5%, in Ostpolen auf 10—16% der Landesoberfläche annehmen.

Von den Getreidearten spielt in Polen die größte Rolle der Roggen, der in den Bauernwirtschaften am meisten angebaut wird, aber auch vom Großgrundbesitz, besonders auf mittlerem Boden (wozu der größte Teil Polens gehört) in großen Mengen produziert wird. Er bildet die Hauptnahrung der ganzen Bevölkerung.

Der Weizenbau überwiegt nur auf fettem Boden in Podolien, Wolhynien, dem Hochland von den Karpathen und der galizischen Hochebene. Am wenigsten wird Weizen vom Großgrundbesitz angebaut. Nur der kleinere Teil des geernteten Weizens wird im Lande verbraucht.

Die dritte Stelle nimmt der Hafer ein, der überall angebaut wird und in den Karpathen und der Tatra auch zur Ernährung der Bevölkerung dient. Gerste wird hauptsächlich im Westen und Süden gebaut. Eine geringere Rolle spielen andere Ackerfrüchte, wie Hirse, Buchweizen und Mais. Hirse wird vor allem auf gutem Boden im Süden und Südosten, auf schlechterem Boden nur in Polesien angebaut. Buchweizen ist in den Gebieten mit höherer landwirtschaftlicher Kultur wenig bekannt. Man trifft diese Getreideart hauptsächlich im Osten. Der Mais, der viel Wärme braucht, kann nur in Podolien (Südosten) reifen.

Der Flachsau ist vor allem im Nordosten an der lettländischen Grenze, im Wilnagebiet und in Weißrußland zu Hause. Im ehemals preußischen Teilgebiet nimmt er nur  $\frac{1}{10}\%$  der Oberfläche im Verhältnis zum Getreide ein.

Von den Hackfrüchten wird die Kartoffel, die in Polen erst seit etwa 100 Jahren bekannt ist, am stärksten in den ehemals preußischen Gebieten sowie in der Nähe der Industriebezirke zur Ernährung der Bevölkerung angebaut. Im Osten, besonders in Weißrußland, findet man sie weniger, doch wird sie in Polesien an Stellen gebaut, wo Sümpfe ausgetrocknet worden sind.

Zuckerrüben werden seit etwa 12 bis 15 Jahren in Polen erzeugt. Ihr Anbau ist überall dort entwickelt, wo das Klima günstig ist. Die Hauptanbaugebiete liegen im Posenschen (Kujawien), teilweise auch in Westpreußen und besonders im westlichen Kongreßpolen, ferner im Süden, vor allem in Wolhynien und Podolien. Im Karpathenlande findet man kaum Zuckerfabriken, ebensowenig in dem klimatisch ungünstigen Nordosten. Die Zuckerrübenfelder nehmen ungefähr 5—10% der Getreideanbaufläche in den genannten Landesteilen ein.

Die Ergiebigkeit des Bodens ist in Polen ziemlich ungleichmäßig. Am günstigsten steht in dieser Beziehung von allen Teilgebieten Posen da. Dort wirtschaften, nach dem Urteil polnischer Sachkenner, nicht nur die Großgrundbesitzer, sondern auch die mittleren und kleinen Wirtschaften gut, was auch von polnischer Seite auf den höheren Bildungsstand der Bevölkerung dieses Gebietes zurückgeführt wird. E. Rommer, den Sosnowski in seiner „Geografja Polski“ zitiert, schreibt sogar folgendes: „. . . So groß ist der Unterschied der Fruchtbarkeit und der Wirtschaftsweise und man muß bekennen, daß die Hebung der landwirtschaftlichen Kultur in den gegenwärtig polnischen Distrikten des ehemals preußischen Gebiets früher stattfand, als in den übrigen Provinzen des heutigen Staates. Im Verlauf von 30 Jahren hob sich die Produktion in der Provinz Posen um 115%, in den übrigen nur um 90%“. Nach der Berechnung von Rommer würde, wenn man die übrigen polnischen Gebiete auf die landwirtschaftliche Stufe Posens heben würde, der Wert der Produktion in Galizien um 40%, in Kongreßpolen um 32, in Wolhynien, Podolien und Ostgalizien um 57%, in Polnisch-Litauen und Weißrußland um 80% wachsen. Rußland ging nämlich in dem von ihnen beherrschten Gebieten ganz entgegengesetzt vor wie Preußen. Dort war man vor allen Dingen bemüht, die landwirtschaftliche Entwicklung zu hemmen. Rußland wollte sich in Polen ein Absatzgebiet für seine eigenen Agrarprodukte sichern und hat daher die landwirtschaftliche Entwicklung dieses Gebiets nach Möglichkeit zu unterdrücken gesucht. Die russischen Preise für alle landwirtschaftlichen Erzeugnisse waren bedeutend niedriger als die polnischen. Die Eigenart der russischen Eisenbahntarife ermöglichte und förderte das Versenden von Getreide und Mehl aus dem Inneren Rußlands nach den Grenzgebieten. Polen, welches keine Zollgrenze gegen Rußland hatte, war nicht in der Lage, sich gegen die Tarifpolitik Rußlands und ihre schädigende Wirkung auf die Landwirtschaft und Mühlenindustrie zu schützen.

### Gartenbau.

Der Gartenbau ist in Polen nicht besonders entwickelt. In den Bauergärten werden nur gewöhnliche Obstsorten gezogen. Edlere Sorten fehlen. Nur in einigen Gegenden, wie Posen und Pommerellen treiben die Kleinbauern gewinnbringende Obstwirtschaft. Auch auf den großen Gütern hat der Obstbau erst seit wenig mehr als 10 Jahren gewisse Fortschritte gemacht. Eine Ausnahme bildet ein großes Obstunternehmen, wie der 250 Morgen große Obstgarten am Weichselufer bei Josefów im Lubliner Gebiet.

Noch schwächer wie um die Obstkultur steht es mit dem Gemüsebau. Nur in der Nähe der wenigen Großstädte gibt es auf Erwerb gerichtete Gemüsegärten.

### Weinbau.

Der Weinbau fehlt in Polen vollständig. Versuche, Wein anzubauen, wurden früher mehrere Male gemacht und zwar im Posener Gebiet sowie an den sonnigen Abhängen des Weichseltals bei Sandomierz, ferner in der Lubliner Gegend — jedoch mit unbefriedigendem Resultat.

### Tabakbau.

Es ist wenig bekannt, daß der Tabakanbau außer im östlichen Kleinpolen auch noch in verschiedenen anderen Gebietsteilen Polens gepflegt wird, darunter in Wolhynien, in der Umgegend von Bialystok, Lublin und in Pommerellen. Die Tabakernten haben sich in den letzten Jahren erheblich gehoben. Die Tabakernte 1926 überstieg beispielsweise die vorjährige um 150%. Sie belief sich auf annähernd 2,5 Millionen kg (10% des Eigenbedarfs). Der Tabakanbau bedarf im Zusammenhang mit dem Bestehen eines staatlichen Tabakmonopols in Polen besonderer Genehmigung durch die Gemeindebehörden. Grundsätzlich zugelassen werden nur Flächen von mindestens 500 Quadratmetern. Im Jahre 1926 umfaßten die Anbauflächen ein Gebiet von 1552 Hektar. Davon entfielen auf Kleinpolen (Galizien) 1191, auf Wolhynien 223 und auf die übrigen Tabakanbaugebiete 138 Hektar. Die Monopolverwaltung beabsichtigt, die Tabakanbaufläche mit Unterstützung der Regierung durch Kreditgewährungen an die Plantagenbesitzer und sonstige Erleichterungen so zu erweitern, daß etwa ein Drittel des Eigenbedarfs im Lande selbst gedeckt werden kann.

### Viehbestand.

Über den polnischen Viehbestand enthält die amtliche Statistik spezialisierte Daten für das Jahr 1921. Nach der Viehzählung dieses Jahres gab es in Polen (in 1000 Stück):

|                            | Pferde | Rindvieh | Schafe | Schweine |
|----------------------------|--------|----------|--------|----------|
| Polen insgesamt: . . . . . | 3290   | 8063     | 2193   | 5287     |
| Zentralpolen . . . . .     | 1307   | 3021     | 725    | 1817     |
| Westpolen. . . . .         | 451    | 1401     | 631    | 1545     |
| Südpolen . . . . .         | 851    | 2310     | 281    | 946      |
| Ostpolen . . . . .         | 681    | 1331     | 556    | 979      |

Es entfielen im Durchschnitt:

|                                    | Pferde | Rindvieh | Schafe | Schweine |
|------------------------------------|--------|----------|--------|----------|
| Auf 100 ha bebautes Land . . . . . | 14,0   | 33,5     | 9,2    | 22,0     |
| Auf 1000 Einwohner . . . . .       | 159    | 358      | 164    | 249      |
| Auf 1 Ouadratkilometer . . . . .   | 11,8   | 27,2     | 10,8   | 19,4     |

## Viehzucht.

Was die Viehzucht anbetrifft, so ergibt sich aus den mitgeteilten Zahlen, daß die Hauptbedeutung dem Rindvieh zufällt. Die Menge des Hornviehs im gegenwärtigen Polen ist bedeutend und beträgt über 9 Millionen Stück. Am stärksten ist das Rindvieh in den westlichen und südlichen Wojewodschaften (ungefähr 40 Stück auf den qkm), schwächer in den zentralen (30 Stück) und östlichen Wojewodschaften (unter 20 Stück) vertreten. Am schlechtesten steht es mit dem Rindviehbestand in Kongreßpolen und Ostoberschlesien. In den südlichen Wojewodschaften erklärt sich die hohe Zahl des Viehs durch das Vorhandensein guter Weiden, besonders im Gebirge.

In der Veredelung der Viehrassen durch ausländisches Zuchtvieh hat der Großgrundbesitz in Posen und Pommerellen den Vorrang. Polen hat drei einheimische Rindvieharten: das rote polnische Rind, das Rindvieh von Swiętokrzysk und das podolische Rind. Die Zucht des erstgenannten hat sich vor allem in Galizien verbreitet und vorzügliche Resultate ergeben. Kongreßpolen folgte zum Teil diesem Beispiel; auch ausländisches Edelvieh wurde zu Zuchtzwecken importiert, besonders holländische, weniger Schweizer Rassen.

Die Butterproduktion wird seit einer Reihe von Jahren von Molkereigenossenschaften betrieben, denen vornehmlich der Großgrundbesitz angehört. Die meisten von diesen bestehen in Kongreßpolen, einige auch in Galizien. Diese Genossenschaften betreiben den Butterexport hauptsächlich nach England. Früher wurden die Großmolkereien in Polen von dänischen Fachleuten geleitet, die die Milchwirtschaft in Polen auf eine beachtliche Entwicklungsstufe gebracht haben.

Das Interesse für das Pferd und seine Aufzucht ist in Polen ziemlich allgemein. Man findet Pferde selbst in den kleinsten Wirtschaften, die sich in anderen Ländern ohne Pferde behelfen, obgleich in sehr kleinen Wirtschaften die Arbeit des Pferdes nicht so viel ergibt, wie sein Unterhalt kostet. In ganz Polen gibt es über 3 Millionen Pferde. Im Verhältnis zur Zahl der Einwohner ist ihre Ziffer am größten in den schwach bevölkerten Ostgebieten, ansehnlich auch in Posen und Pommerellen, im Verhältnis zum Gebietsumfang aber in Galizien am größten, das schon früher der Hauptlieferant guten Pferdmaterials für die österreichisch-ungarischen Armeen war. In Kongreßpolen hat sich die Pferdezucht nicht sonderlich entwickelt; der größte Teil des Bedarfs wurde aus den russischen Steppengebieten eingeführt. Eine angeblich vor mehreren Menschenaltern existierende spezielle polnische Pferderasse ist infolge Vernachlässigung der Zucht ganz ausgestorben. Augenblicklich gibt es keine reinen Pferderassen in Polen mehr. Die polnischen Pferde stellen eine Mischung von englischem und arabischem Blut dar. Es fehlen fast völlig schwere Kaltblütler; nur in Pommerellen werden solche gezüchtet (Kaschubei). In Ostgalizien findet man die kleinen, aber geschickten und ausdauernden Huzulenpferde, die im Weltkriege der österreichischen Armee wertvolle Dienste geleistet haben.

Wie so viele Zweige der Landwirtschaft ist auch die Schweinezucht am höchsten in Posen und Pommerellen entwickelt. Ihre Zucht macht sich besonders

deshalb gut bezahlt, weil das Fleisch in großen Mengen exportiert wird. Am wenigsten von allen Landesteilen Polens züchten die Wojewodschaften Kongreßpolens, wahrscheinlich deshalb, weil sich die meisten dortigen Fleischereien in jüdischen Händen befinden.

Ziegen gibt es nur wenig in Polen, meist nur in den Kleinstädten bei der ärmeren Bevölkerung. Die Schafzucht ist, wie in allen Kulturländern Europas, stark zurückgegangen, da es an ausgedehnten Weiden und Brachfeldern mit fortschreitender Kultur mangelt. Man trifft die Schafzucht fast ausschließlich im Norden, in Pommerellen, Masowien und Weißrußland an und es sind dies Gebiete entweder von Natur weniger ergiebig oder mit minderer landwirtschaftlicher Kultur. Auf dem fruchtbaren Lösboden Südpolens findet sich fast gar keine Schafzucht. Nach Sosnowski war die Zahl der Schafe und Ziegen noch zu Ende des XIX. Jahrhunderts zwei- bis dreimal größer als augenblicklich. Kaninchen werden in Polen fast gar nicht gezüchtet.

Die Geflügelzucht ist dagegen stark verbreitet. Sie wird gewinnbringend durch den Export von Lebendgeflügel und Eiern. Den Großteil von Eiern für Exportzwecke stellen Kleinpolen und Kongreßpolen. Daneben exportieren diese Gebiete auch im großen Umfange Lebendgeflügel, vor allem Gänse. Schon vor dem Kriege entstanden in Polen landwirtschaftliche Eierproduktionsgenossenschaften nach dem Muster der Milchgenossenschaften; sie haben ihre Tätigkeit nach Aufrichtung der polnischen Republik im erweiterten Umfange wieder aufgenommen.

### Bienenzucht.

Besonderes Interesse zeigen die Polen schon von jeher für die Bienenzucht und die Gewinnung von Honig und Wachs. In ganz Polen gibt es nach einem Bericht des „Verbandes der polnischen Bienenzüchter“ 1½ Millionen Bienenstöcke. Nach vorläufigen Berechnungen betrug der Honigertrag im Jahre 1926 etwa 15 000 000 kg. Am verbreitetsten ist die Bienenzucht in Wolhynien, Polesien, im Wilnagebiet und in Kleinpolen.

### Seidenraupenzucht.

Versuche mit der Zucht von Seidenraupen wurden verschiedentlich gemacht, aber infolge des wenig geeigneten Klimas ohne Ergebnis. Von der Tätigkeit der Warschauer Seidenzuchtgesellschaft zeugen noch die hier und da im Lande anzutreffenden Maulbeerbäume.

### Fischfang.

Der Fischfang auf den polnischen Flüssen hat größtenteils den Charakter der Raubwirtschaft, da es keine verpflichtenden Vorschriften und keinen Schutz in der Laichzeit gibt. Am schlimmsten steht es damit im früher russischen Gebiet. Nur in den ehemals preußischen und österreichischen Teilgebieten bestehen von früher Fischereigesetze und Schutzvorschriften, doch werden auch diese wenig beachtet. Besser liegen die Verhältnisse bei der Fischzucht in Teichen und

Weihern. Zahlreiche Karpfenteiche gibt es vornehmlich in Galizien (in der Gegend von Grodek), in Kongreßpolen bei Lowicz und in Podlachien. In Seen und Teichen mit kaltem Wasser, z. B. in Gebirgsgegenden werden Forellen gezüchtet, so z. B. in der Nähe des Tals von Kościeliska in der Tatra und in Zloty-Potok im Jura-gebirge. Der Fischfang in Seen wird auf der ganzen Seenplatte in Pommerellen und am Goplosee gepflegt.

Der polnische Küstenstreifen an der Ostsee ist der Sitz von mehr als 10 000 Seefischern. Hier lebt die Bevölkerung ausschließlich vom Seefischfang. Es werden hauptsächlich Flundern, Heringe, Sprotten und Aale gefangen, die teils frisch, teils geräuchert gehandelt werden. Der Wert des Seefischfangs in den Jahren 1921—1924 und sein Umfang ergibt sich aus folgender Tabelle:

| J a h r          | Ins-<br>gesamt | Flun-<br>dern | Lachse | Dorsche | He-<br>ringe | Sprot-<br>ten | Aale |
|------------------|----------------|---------------|--------|---------|--------------|---------------|------|
| 1921 in 1000 Zl. | 293            | 46            | 69     | 13      | 25           | 113           | 22   |
| „ 1000 t         | 1299           | 358           | 44     | 45      | 131          | 678           | 28   |
| 1922 „ 1000 Zl.  | 1012           | 187           | 407    | 37      | 105          | 192           | 71   |
| „ 1000 t         | 3719           | 909           | 226    | 136     | 11           | 605           | 78   |
| 1923 „ 1000 Zl.  | 841            | 210           | 68     | 72      | 166          | 187           | 93   |
| „ 1000 t         | 4120           | 812           | 49     | 168     | 747          | 2151          | 83   |
| 1924 „ 1000 Zl.  | 1562           | 267           | 299    | 47      | 348          | 241           | 297  |
| „ 1000 t         | 2389           | 401           | 72     | 51      | 702          | 1011          | 119  |

Die Versorgung Polens mit Seefischen erfolgt in der Hauptsache durch den Import aus dem Auslande. Die Einfuhr von Seefischen betrug im Verlauf des Jahres 1924 über 54 000 t, wovon auf den Heringimport allein 46 750 t im Werte von annähernd 50 Millionen Zloty entfielen. Der Inlandsfang von Seefischen erreichte im gleichen Jahr nur etwa 200 000 t bei einem Wert von 1,6 Millionen Zloty. Hieraus ergibt sich die Notwendigkeit eines großen Seefischimports. Frische Seefische kommen für den Absatz in Polen — mit Ausnahme von frischen Heringen — nur relativ wenig in Frage. Der Grund hierfür ist darin zu suchen, daß die Transportkosten eine übermäßige Verteuerung der Fischeinfuhr hervorrufen. Die Versuche auswärtiger Fischexportkreise, größere Mengen anderer Seefische — außer Heringen — sowohl im frischen sowie im gesalzenen und geräucherten Zustande auf den polnischen Märkten abzusetzen, waren nur von geringem Erfolg begleitet. Auch hier liegen die Ursachen in der Preisgestaltung, die den Absatz entscheidend beeinflußt, zumal sich die Seefischpreise in Polen höher stellen als die Fleischpreise.

### Bodenverteilung.

Nach den Besitzverhältnissen verteilt sich die gesamte landwirtschaftlich nutzbare Fläche Polens wie folgt:

Der Großgrundbesitz über 500 ha nimmt 8,6 Millionen ha ein. Diese Fläche verteilt sich auf 6578 Wirtschaften, so daß im Durchschnitt jeder Betrieb 1268 ha groß ist.

Der **Mittelbesitz** (Wirtschaften von 100 bis 500 ha) nimmt eine Fläche von 3,5 Millionen ha ein. Auf dieser Fläche befinden sich 13 435 Wirtschaften. Es entfallen daher im Durchschnitt auf einen Mittelbesitz in Polen 273 ha.

Auf die **Kleinbetriebe** (Wirtschaften unter 100 ha) kommen 14,3 Millionen ha. Auf diesem Areal befinden sich 2 631 000 Wirtschaften. Die Durchschnittsgröße einer solchen Wirtschaft beträgt somit 5,4 ha.

Innerhalb des Kleinbesitzes gibt es wiederum:

|   |                      |     |          |
|---|----------------------|-----|----------|
| 89 000 großbäuerl. Betriebe (20—100 ha) | auf einer Fläche von | 2,9 | Mill. ha |
| 872 000 mittlere Betriebe (5—20 ha)     | „ „ „ „              | 8,9 | „ „      |
| 844 000 Kleinbetriebe (2—5 ha)          | „ „ „ „              | 3,2 | „ „      |
| 826 000 Zwergbetriebe (unter 2 ha)      | „ „ „ „              | 0,8 | „ „      |

### Agrarreform.

In Polen herrschte ursprünglich der Großgrundbesitz vor. Durch die **Agrarreform von 1864**, die vornehmlich gegen den Großgrundbesitz gerichtet war, ging in Russisch-Polen das gesamte bäuerliche Pachtland in den erblichen Besitz der Bauern über. Seitdem hat eine intensive Parzellierung den Grundbesitz weiter verkleinert, besonders seitdem im Jahre 1890 die Bauernbank ihre Tätigkeit aufnahm. Bis zum Kriege hatte der Kleinbesitz bereits 57,2% der gesamten Fläche im Besitz, während sich der Großgrundbesitz ständig weiter verringerte. In der **Nachkriegszeit** ist die Frage der Grundbesitzverteilung zum Ausgangspunkt weittragender sozialer und politischer Bewegungen geworden.

Um die beträchtliche Anzahl landloser Arbeiter anzusiedeln und die Wirtschaft der vielen bäuerlichen Zwergbetriebe durch neue Landzuteilungen rentabel zu machen, hat die polnische Regierung versucht, die Grundbesitzverhältnisse in Polen durch das Agrargesetz vom 15. Juli 1920 umzugestalten. Das Gesetz sieht die Parzellierung des Grundbesitzes, sofern er eine bestimmte Größe, die nach der Örtlichkeit verschieden ist, überschreitet, und die Enteignung des Besitzes fremder Rechts- und Einzelpersonen vor. Dazu gehörten insbesondere die Liegenschaften der Bauernbanken und Ansiedlungsinstitute, die von den Teilungsmächten ins Leben gerufen worden sind.

Eine Ansiedlung im großen Stil ließ sich jedoch angesichts der schwierigen Finanzverhältnisse, in denen sich der polnische Staat seit den ersten Jahren seines Bestehens befindet, nicht durchführen. Es fehlt vor allem an Geld, um den größtenteils völlig mittellosen Neuansiedlern den notwendigen finanziellen Rückhalt zur produktionstechnischen Erschließung des erhaltenen Landes zu geben. Bis zu einem gewissen Grade haben aber auch Befürchtungen mitgesprochen, daß durch eine übereilte Zerschlagung der großen Güter die landwirtschaftliche Produktionskraft des Landes großen Schaden erleiden könnte. So verzögerte sich der Aufteilungsprozeß nicht unerheblich und die Neuansiedlung mußte sich in der Hauptsache auf vertriebene Kolonisten, verdiente Soldaten, Kriegsinvaliden und sonstige durch das Gesetz besonders bevorzugte Personen beschränken.

Der Umfang der Agrarreform in den Jahren 1919 bis 1924 und die Verteilung der Parzellen auf die einzelnen Siedlerkategorien geht aus folgender Zusammenstellung hervor:

Zahl der parzellierten Güter:

|          |      |      |                      |
|----------|------|------|----------------------|
| im Jahre | 1919 | 25   |                      |
| „ „      | 1920 | 92   |                      |
| „ „      | 1921 | 1359 |                      |
| „ „      | 1922 | 1723 |                      |
| „ „      | 1923 | 1908 |                      |
| „ „      | 1924 | 1779 | insgesamt 6886 Güter |

Umfang der parzellierten Güter in 1000 ha:

|          |      |       |                     |
|----------|------|-------|---------------------|
| im Jahre | 1919 | 6,4   |                     |
| „ „      | 1920 | 19,2  |                     |
| „ „      | 1921 | 170,7 |                     |
| „ „      | 1922 | 154,7 |                     |
| „ „      | 1923 | 142,7 |                     |
| „ „      | 1924 | 114,5 | insgesamt 608,2 ha. |

Verteilung der Parzellen auf die einzelnen Kategorien:

| Jahr      | Invalid. u. ver-<br>diente Soldaten | Guts-<br>arbeiter | Bisher.<br>Pächter | Land-<br>lose | Klein-<br>bauern | An-<br>dere | Ins-<br>gesamt |
|-----------|-------------------------------------|-------------------|--------------------|---------------|------------------|-------------|----------------|
| 1919      |                                     |                   |                    |               |                  |             |                |
| 1920      | 583                                 | 1280              | 386                | 3941          | 7810             | 1126        | 15126          |
| 1921      |                                     |                   |                    |               |                  |             |                |
| 1922      | 1446                                | 1577              | 645                | 5738          | 13853            | 2118        | 25377          |
| 1923      | 1194                                | 1045              | 279                | 7671          | 24348            | 2540        | 37077          |
| 1924      | 486                                 | 1007              | 4318               | 5994          | 18838            | 5228        | 30060          |
| 1919—1924 | 3709                                | 4909              | 5628               | 23344         | 64849            | 10912       | 107640         |

Die Ungunst der Verhältnisse, besonders aber die fortschreitende Geldentwertung hielt das Tempo der Agrarreform von Jahr zu Jahr weiter auf, so daß seit 1922 der Umfang der neu parzellierten Fläche im Rückgang begriffen ist. Im Laufe der Jahre ergab sich die Notwendigkeit, das Agrargesetz den neuen Verhältnissen anzupassen. Man schritt also Mitte 1925 zur Ausarbeitung eines neuen Entwurfes, der am 9. Januar 1926 zum Gesetz erhoben wurde. Die Novelle brachte in verschiedenen Punkten bedeutsame Abänderungen des alten Agrargesetzes.

So wird den Enteigneten ein Besitzmaximum belassen, das je nach der Lage des Besitzes zwischen 60 ha (in der Nähe von Industrievierteln) und 180 ha schwankt. Abweichend von den alten Bestimmungen geht die Aufteilung der Güter nach einem bestimmten, im Gesetz festgelegten Plane vor sich. Der Ministerrat bestimmt, wie groß das alljährlich zu besiedelnde Parzellierungskontingent sein soll. Für die nächsten 10 Jahre ist von vornherein ein Areal von 200 000 ha jährlich festgesetzt worden, so daß insgesamt bis zum Jahre 1936 zwei Millionen ha Land

zu parzellieren und zu besiedeln sind. Die Aufteilung des Grundbesitzes darf, wie es in der Novelle lautet, nicht auf Kosten der Bodenkultur und landwirtschaftlichen Produktionsfähigkeit erfolgen. Deshalb werden in erster Linie unrationell bewirtschaftete Güter parzelliert, während die Aufteilung von Großbetrieben erst dann in Angriff zu nehmen ist, wenn die Gewähr dafür besteht, daß die neuen Parzellen auf dem gleichen kulturellen Niveau zu erhalten sind, wie der alte Betrieb. Da diesbezügliche Richtlinien fehlen, so wird dem Gesetzgeber in bezug auf die Beurteilung des Produktionsgrades der Güterbewirtschaftung ein weiter Spielraum gelassen. Von weiteren Bestimmungen des neuen Gesetzes ist noch bemerkenswert, daß es von der freiwilligen Übergabe des Bodens ausgeht und die Zwangsentziehung nur als letztes Mittel zum Zweck vorsieht. Von der zwangsweisen Enteignung sind lediglich ausgeschlossen: Ländereien, die sich im Besitz von Selbstverwaltungskörpern, Tier- und Saatzuchtvereinen befinden; Musterwirtschaften, Forsten und Seen, die dem Fischfang und industriellen Zwecken dienen, schließlich Plantagen und Obstpflanzungen.

Ein vom alten Gesetz abweichender Weg wird bei der *E n t s c h ä d i g u n g* der parzellierten Güter beschritten, indem sich der Staat das Recht vorbehält, die Höhe der Entschädigung individuell nach dem Ertrag und dem Kultur-niveau des aufzuteilenden Gutes festzulegen. Gegen den Entscheid der Schätzungs-kommission läßt das Gesetz den Weg des ordentlichen Gerichtsverfahrens zu, in welchem die Höhe der endgültigen Entschädigung festgesetzt wird. Die Bezahlung erfolgt in 5% igen Rentenpfandbriefen, die im Kurse nicht unter 70% des Nominalwertes stehen dürfen. Diese Pfandbriefe werden vom Staate garantiert.

Im Jahre 1926 ist der Parzellierungsplan nicht ganz durchgeführt worden. Deshalb werden im Laufe des Jahres 1927 neben den für die ersten 10 Jahre festgesetzten 200 000 ha noch 50 000 ha Privatland enteignet, deren Parzellierung bereits im Jahre 1926 vorgesehen war. 14 000 ha entfallen hiervon auf die Westprovinzen, 26 000 ha auf die Ostwojewodschaften und 10 000 ha auf Westgalizien und Zentralpolen. Der Parzellierungsplan für 1927 sieht die Aufteilung von 125 000 ha staatlicher Güter und 75 000 ha Privatgüter vor. Auch in Polnisch-Oberschlesien kommt die Bodenreform im Jahre 1927 zur Durchführung. Zu diesem Zwecke ist ein Siedlungsunternehmen mit einem Kapital von 5 Millionen Zloty gegründet und eine Filiale der staatlichen Agrarbank in Kattowitz errichtet worden. Zur Aufteilung gelangen in Ostoberschlesien 3000 bis 4000 ha jährlich.

## Meliorationen.

Die landwirtschaftlichen *M e l i o r a t i o n e n* in Polen zeigen angesichts der Verschiedenart der ökonomischen Struktur in den einzelnen Teilgebieten keinen einheitlichen Entwicklungsstand. Die günstigsten Bedingungen für die Entwicklung des Meliorationswesens bestanden im ehemals preußischen Teilgebiet, wo durch das tatkräftige Eingreifen des preußischen Staates und der Selbstverwaltungen bis zur Aufrichtung der polnischen Republik insgesamt

772 000 ha melioriert waren. Im früheren österreichischen Teilgebiet zeigt die Entwicklung des Meliorationswesens weniger rasche Fortschritte, trotzdem die staatliche Unterstützung durch Gewährung erheblicher Subventionen ausreichend war. Dies ist darauf zurückzuführen, daß im österreichischen Teilgebiet fast ausschließlich staatliche Meliorationsbureaus die Arbeiten organisierten und die Initiative privater Meliorationsgesellschaften ausgeschlossen war. Insgesamt wurden in diesem Teilgebiet bis zur Gründung der polnischen Republik 98 300 ha melioriert. Erheblich ungünstiger waren die Bedingungen für landwirtschaftliche Meliorationen im ehemals russischen Teilgebiet. Die dort bis in die Neuzeit geltenden Bestimmungen des Wassergesetzes vom Jahre 1818 entsprachen nicht im Entferntesten den Anforderungen und Bedürfnissen der modernen Meliorationswirtschaft. Auch das im Jahre 1902 erschienene neue Wassergesetz hat eine Besserung der Verhältnisse nicht herbeiführen können, weil Kongreßpolen und der Kaukasus als Geltungsbereich des neuen Gesetzes ausgeschlossen waren. Wenn man sich weiter vergegenwärtigt, wie sehr der vernachlässigte Stand der Ströme und Flüsse eine Entwässerung weiter Landflächen zur Unmöglichkeit machte, daß die russische Regierung für Kongreßpolen so gut wie keine Investitionskredite bewilligte, ferner, wie gedrückt die Preise für landwirtschaftliche Produkte und wie niedrig der allgemeine Kulturstand war, so kann man sich leicht einen Begriff von dem überaus ungünstigen Stand des landwirtschaftlichen Meliorationswesens im ehemals russischen Gebiet des heutigen Polens machen. Der Krieg hatte die Meliorationsbewegung in Polen unterbrochen, aber auch in den ersten Nachkriegsjahren war von einer regen Tätigkeit auf diesem Gebiete wenig zu merken. Eine stärkere Belebung der Meliorationstätigkeit ist in Polen erst seit Erlaß der Verordnung vom 22. Juli 1925 über die Errichtung eines staatlichen Kreditfonds für landwirtschaftliche Meliorationen zu bemerken. Sie wirkt sich jedoch in den einzelnen Teilgebieten nicht einheitlich aus. Es läßt sich feststellen, daß sie am intensivsten im vernachlässigten russischen Teilgebiete betrieben wird. Die erhöhte Meliorationstätigkeit in diesem Teilgebiete kommt deutlich in der Zahl der neu entstandenen Wassergesellschaften und in der Höhe der bewilligten Kredite zum Ausdruck. Bis Mitte Juni 1926 stellte die staatliche Agrarbank für Meliorationszwecke folgende Beträge zur Verfügung:

| Teilgebiete               | Meliorations-Gesellschaften |           | Mittel- u. Großgrundbesitz |           | Anderer Mill. Zl. | Insgesamt Mill. Zl. |
|---------------------------|-----------------------------|-----------|----------------------------|-----------|-------------------|---------------------|
|                           | Anträge                     | Mill. Zl. | Anträge                    | Mill. Zl. |                   |                     |
| ehem. preuß. Teilgebiete  | 42                          | 2,5       | 2                          | 0,4       | 0,3               | 2,9                 |
| ehem. österr. Teilgebiete | 5                           | 0,3       | 8                          | 0,7       | 0,04              | 0,9                 |
| ehem. russ. Teilgebiete   | 70                          | 7,2       | 40                         | 2,7       | 0,5               | 9,3                 |
|                           | Insgesamt:                  |           |                            |           |                   | 13,1                |

In Kongreßpolen befassen sich mit der Organisierung von Meliorationsgesellschaften fast ausschließlich: die Zentrale Agrar-Gesellschaft und der Zentralverband der polnischen Landwirtschaftskreise. Bis Ende Juni 1926 waren in

Kongreßpolen bereits 166 Gesellschaften gegründet, die sich mit der Melioration von annähernd 46 000 ha befassen. In der Wojewodschaft Pommerellen (Westpreußen) existierten am 1. Januar 1926 insgesamt 205 und in der früheren Provinz Posen 608 Gesellschaften. In Galizien ist die Meliorationstätigkeit, wie sich schon aus der Zahl der Anträge und der bewilligten Mittel ergibt, noch sehr gering. Dieser Umstand ist wohl in der Hauptsache darauf zurückzuführen, daß die dortigen Landwirtschaftskreise — an große Subventionen von früher gewohnt — den Zeitpunkt für den Beginn größerer Meliorationsarbeiten noch nicht für gekommen halten, da sie damit rechnen, daß ihnen durch die zu erwartende Aufhebung des in diesem Teilgebiet noch geltenden Gesetzes von 1884 und der Novelle von 1909 wesentliche Begünstigungen bevorstehen.

Mit Rücksicht auf den Umfang der in Polen meliorationsbedürftigen Ländereien, der insgesamt auf 18 Millionen ha geschätzt wird, ist die bisherige Belegung auf diesem Gebiete noch durchaus unzureichend. Solange aber die Kreditverhältnisse in Polen keine wesentliche Besserung erfahren, ist nicht damit zu rechnen, daß sich die Meliorationstätigkeit so intensiv gestaltet, wie man es in Polen gern sehen möchte, es sei denn, daß die polnische Regierung Mittel und Wege findet, den Kreditfonds für landwirtschaftliche Meliorationszwecke durch Hinzuziehung ausländischen Kapitals erheblich zu vergrößern.

### Forstwirtschaft.

In der ersten Hälfte des vorigen Jahrhunderts waren noch 30% der Gesamtoberfläche Polens mit Wald bedeckt. Starke Abholzungen infolge der zunehmenden Industrialisierung des Landes verursachten, daß der Waldbestand im Laufe der Jahre auf 21% der Oberfläche zurückging. Nichtsdestoweniger stellen die Wälder in Polen auch heute noch einen großen Wert dar und machen einen wesentlichen Teil des polnischen Volksvermögens aus.

Nach neuen Berechnungen des „Hauptamts für Statistik“ in Warschau stellt sich der Umfang der bewaldeten Flächen gegenwärtig wieder auf 23% der Oberfläche Polens und verteilt sich auf die einzelnen Wojewodschaften wie folgt (in Tausend ha):

| Wojewodschaften       | Staatsforsten | Privatforsten | Wälder insgesamt | Prozentsatz der Bewaldung |
|-----------------------|---------------|---------------|------------------|---------------------------|
| Lemberg . . . . .     | 26            | 650           | 676              | 25                        |
| Stanislaw . . . . .   | 243           | 385           | 628              | 34                        |
| Tarnopol . . . . .    | —             | 274           | 274              | 16                        |
| Krakau . . . . .      | 22            | 386           | 408              | 23                        |
| Posen . . . . .       | 200           | 262           | 462              | 17                        |
| Pommerellen . . . . . | 275           | 80            | 355              | 22                        |
| Lodz . . . . .        | 80            | 199           | 279              | 15                        |
| Warschau . . . . .    | 110           | 233           | 343              | 12                        |
| Kielce . . . . .      | 245           | 379           | 624              | 24                        |
| Zusammen:             | 1201          | 2848          | 4049             | —                         |

| Wojewodschaften      | Staatsforsten | Privatforsten | Wälder insgesamt | Prozentsatz der Bewaldung |
|----------------------|---------------|---------------|------------------|---------------------------|
| Uebertrag:           | 1201          | 2848          | 4049             | —                         |
| Lublin . . . . .     | 93            | 558           | 651              | 21                        |
| Bialystok . . . . .  | 518           | 170           | 688              | 21                        |
| Wolyn . . . . .      | 272           | 574           | 886              | 26                        |
| Nowogrodek . . . . . | 175           | 398           | 573              | 25                        |
| Polesien . . . . .   | 362           | 914           | 1276             | 30                        |
| Wilna . . . . .      | 205           | 512           | 717              | 25                        |
| Schlesien . . . . .  | 10            | 134           | 144              | 34                        |
| Insgesamt:           | 2836          | 6108          | 8944             | 23                        |

Die Wälder in Polen nehmen ein Gebiet von 8 944 000 ha ein. Hiervon entfallen 2 836 000 ha auf Staatsbesitz, der Rest auf Privatforsten. Am stärksten bewaldet sind die Ostgebiete, am schwächsten die Wojewodschaften Warschau und Lodz. Auf den Kopf der Bevölkerung entfallen in Polen 0,33 ha bewaldete Fläche, also nicht wesentlich mehr als beispielsweise in Frankreich (0,25 ha).

Im Verlauf der letzten drei Jahre betrug der Aushieb in Polen durchschnittlich 30 Millionen Festmeter jährlich. Hiervon entfielen die Hälfte auf Nutzholz und die Hälfte auf Brennholz. Der Aushieb war größer als der jährliche Zuwachs, der etwa 21 Millionen Festmeter betrug, und ist in der Hauptsache auf Forstulenschäden und starken Holzexport zurückzuführen. Somit hat sich der polnische Waldbestand in diesem Zeitabschnitt um rund 27 Millionen Festmeter verringert. Die größte Produktion weisen die staatlichen Forstdirektionen in Siedlce, Lemberg, Wlock und Bialowiez auf — letztere im Zusammenhang mit der Erteilung einer Konzession zur Ausbeutung eines Teiles der Bialowiezer Forsten an eine englische Gesellschaft („Century European Timber Corporation Ltd.“). Die Produktion der Privatforsten ist am höchsten in den Wojewodschaften Kielce und Lublin.

Die größten Waldkomplexe stellen der Urwald von Bialowiez mit 115 000 ha und der Urwald von Augustowo mit 111 000 ha dar. Der erstgenannte ist der größte Waldkomplex auf dem europäischen Flachland. Während im Bialowiezer Bezirk neben Kieferwäldern große Eichenwälder vorkommen, herrscht im Urwald von Augustowo Nadelwald vor. Um die charakteristische Naturschönheit des Bialowiezer Urwaldes zu erhalten, ist ein Waldreservat von 5000 ha eingerichtet worden, das in einen Nationalpark umgewandelt werden soll.

### Forstpolitik.

Polen, das — wie wir gesehen haben — keinen übermäßigen Waldreichtum besitzt, muß darauf bedacht sein, eine möglichst sparsame und rationelle Forstpolitik zu treiben. Hierzu ist erforderlich, daß der jährliche Zuwachs der Holzmasse in ein entsprechendes Verhältnis zu dem Bedarf an Brenn- und Nutzholz sowie zu dem mit Rücksicht auf eine ausbalanzierende Handelsbilanz notwendigen

Holzexport gebracht wird. Dieser Ausgleich in der Holzproduktion ist aber nur durch sorgsamem Forstschutz und Hebung der Waldkultur zu erreichen. Es genügt also nicht, wenn die Forstbehörde — wie es in Polen der Fall ist — ihre Tätigkeit in der Hauptsache darauf beschränkt, Erlaubnis zur Exploitation der Wälder zu erteilen. Die Regierungspolitik müßte sich auch energisch für die Abstellung der Waldschäden einsetzen. Hierzu würde in erster Linie ein Verbot der Viehweiden in Wäldern, ferner die Anstellung verantwortlicher Waldhüter, die Verpflichtung zur Aufforstung ausgebeuteter Waldbestände, die Errichtung forstwissenschaftlicher Institute zur Schulung des Nachwuchses usw. gehören. Die polnische Regierung hat es auch noch nicht verstanden, die Waldbesitzer zu größeren Investitionen zu bestimmen; im Gegenteil haben die Befürchtungen einer Enteignung der Forsten durch den Staat im Zusammenhang mit der Agrarform eher zu einer forcierten Raubbauwirtschaft als zu einer planmäßigen Aufbauarbeit in den polnischen Wäldern geführt.

## Die Industrie.

### Entwicklungsgang.

Weit mehr als irgend ein anderes Land hatte Polen unter dem Kriege zu leiden. Der größte Teil der Industrie, das Rückgrad der kongreßpolnischen Wirtschaft, war infolge der auf polnisch-russischem Boden ausgetragenen Kämpfe teils vernichtet, teils beschädigt oder durch Verschleppung der Maschineneinrichtungen außer Betrieb gesetzt. Die Kriegsschäden, die unmittelbar durch Zerstörung, Beschlagnahme der Rohstoffe oder mittelbar durch jahrelangen Stillstand und Verluste an Amortisationskapital entstanden sind, werden auf rund 10 Milliarden Goldfrancs geschätzt<sup>1)</sup>. Die Wiederaufnahme der industriellen Tätigkeit gleich nach Beendigung des Krieges war infolgedessen nicht möglich. Es bedurfte mehrerer Jahre Wiederaufbauarbeit, um die Schäden einigermaßen abzustellen. Ende 1918 beschäftigte die polnische Industrie erst 47 000 Arbeiter, d. i. 14% der Vorkriegsziffer (325 000). Durch den russisch-polnischen Krieg wurde der Wiederaufbau nochmals unterbrochen und verzögerte sich weiter nicht unbeträchtlich durch den Mangel an Kapital. Trotz finanzieller Nöte und sonstiger nachteiliger Einwirkungen machte das Wiederaufbauwerk, unterstützt durch steuerliche Vergünstigungen und schutzzöllnerische Maßnahmen der polnischen Regierung, von Jahr zu Jahr Fortschritte, so daß bis Ende 1923 ein großer Teil der polnischen Industrie wieder in Betrieb genommen werden konnte. Die Entwicklung wird deutlich durch die zunehmende Zahl der Arbeitskräfte charak-

<sup>1)</sup> Auf Grund von Berechnungen einer unter Kontrolle des Hauptliquidationsamts in Warschau stehenden Schätzungskommission machte die polnische Delegation bei den Friedensverhandlungen Reparationsansprüche von 9,9 Milliarden Goldfrancs geltend.

terisiert, die in den wichtigsten Zweigen der Groß- und Mittelindustrie Polens (unter Ausschluß Ostoberschlesiens) Beschäftigung gefunden haben<sup>1)</sup>:

|                                      | 1913    | 1920   | 1921    | 1922    | 1923    |
|--------------------------------------|---------|--------|---------|---------|---------|
| Hüttenindustrie . . . . .            | 19 800  | 10 300 | 14 100  | 17 800  | 18 800  |
| Metall- u. Maschinenindustrie . . .  | 83 700  | 18 900 | 47 100  | 66 000  | 66 800  |
| Textilindustrie . . . . .            | 182 500 | 43 500 | 115 900 | 144 500 | 146 300 |
| Lebensmittelindustrie . . . . .      | 82 100  | 19 900 | 35 900  | 44 000  | 45 100  |
| Tierverarbeitungsindustrie . . . . . | 9 300   | 3 000  | 6 000   | 5 300   | 5 300   |
| Papier- u. polygraph. Industrie . .  | 20 200  | 5 900  | 10 700  | 13 200  | 13 300  |
| Holzindustrie . . . . .              | 41 700  | 12 300 | 19 600  | 36 700  | 37 100  |
| Chemische Industrie. . . . .         | 16 900  | 6 700  | 10 300  | 15 200  | 15 400  |
| Mineralindustrie . . . . .           | 64 700  | 19 600 | 21 200  | 36 200  | 36 700  |
| Insgesamt . . . . .                  | 520 900 | 40 100 | 280 800 | 379 300 | 384 800 |

Dem Wiederaufbau der polnischen Industrie kam im hohen Maße die erste Inflationsperiode bis Ende 1923 zugute, die durch eine künstliche Konjunktur nicht nur den Aufschwung der alten Industrie beschleunigte, sondern auch die Errichtung einer Reihe neuer, vor dem Kriege unbekannter Industriezweige in Polen begünstigt hat. Zu letzteren gehören die Anfänge einer Automobil-Flugzeug- und Radioindustrie, neue Lokomotivfabriken, neue Zweige der chemischen Industrie u. a.

Das Jahr 1924 brachte einen Wendepunkt in der industriellen Entwicklung Polens. Durch die übereilte Einführung einer Goldwährung (Zloty) und die dadurch bedingte Valorisierung von Steuern und Abgaben trat in allen Produktionszweigen ein starkes Ansteigen der Erzeugungskosten ein, das die Exporttätigkeit sehr bald auf ein Minimum zusammenschrumpfen ließ und im Zusammenhang mit dem Rückgang der inländischen Kaufkraft und zunehmender Kreditnot zu einer Depression schwerster Art führte. In dieser Krisenzeit mußte die polnische Industrie zur erheblichen Einschränkung der Produktion und Entlassung von Arbeitskräften — und ein Teil schwach fundierter Unternehmungen zur Liquidation schreiten.

Am 1. Januar 1925 betrug die Zahl der auf dem ganzen Gebiet der polnischen Republik noch im Betrieb befindlichen Industrieunternehmen (mit Einschluß Ostoberschlesiens) auf Grund amtlicher Daten<sup>2)</sup>:

| Industriezweige                   | Zahl der Betriebe | Zahl der beschäft. Arbeiter |
|-----------------------------------|-------------------|-----------------------------|
| Hüttenindustrie . . . . .         | —                 | 48 460                      |
| Textilindustrie . . . . .         | 913               | 136 048                     |
| Metall- u. Maschinenindustrie . . | 676               | 84 513                      |
| Lederindustrie . . . . .          | 96                | 5 472                       |

<sup>1)</sup> „Przemysł i Handel“ 1921 (Heft 1) und „Przewodnik Przemysłu i Handlu Polskiego“, Warschau, 1926.

<sup>2)</sup> Daten des Warschauer Hauptamts für Statistik.

| Industriebranche                          | Zahl der Betriebe | Zahl der beschäft. Arbeiter |
|---|-------------------|-----------------------------|
| Papierindustrie . . . . .                 | 89                | 9 559                       |
| Polygraphische Industrie . . . . .        | 152               | 7 296                       |
| Holzindustrie . . . . .                   | 949               | 47 530                      |
| Chemische Industrie. . . . .              | 258               | 31 275                      |
| Lebensmittelindustrie . . . . .           | 589               | 57 029                      |
| Mineralindustrie . . . . .                | 409               | 33 692                      |
| Konfektionsindustrie . . . . .            | 120               | 7 634                       |
| Bauindustrie . . . . .                    | 134               | 11 587                      |
| Wasserwerke u. Elektroindustrie . . . . . | 47                | 5 030                       |

Eine langsame Besserung in der Lage der polnischen Industrie trat erst nach dem Zusammenbruch der neugeschaffenen Goldwährung um die Mitte des Jahres 1925 ein. Doch bedurfte es einer weiteren Abwärtsbewegung des Zlotykurses (März 1926), um die Produktionskosten der meisten Industriezweige so weit zu ermäßigen, daß eine erfolgreiche Konkurrenzfähigkeit polnischer Industrieprodukte auf dem Weltmarkt möglich wurde. In mancher Beziehung hat auch die im Frühjahr 1926 einsetzende Kohlenausfuhrkonjunktur als Folge des englischen Bergarbeiterstreiks dazu beigetragen, die allgemeine Lage der polnischen Industrie zu bessern. Mit steigender Beschäftigung ist die Zahl der Arbeitslosen im Verlauf des Jahres 1926 von 359 000 auf 208 700 gefallen. Seit Ende 1926 macht sich jedoch mit dem Abflauen der Exportkonjunktur durch die steigende Teuerung wieder ein Anwachsen der Arbeitslosenziffer bemerkbar. Infolge der bedenklichen Aufwärtsbewegung des Grohandelsindex in Polen besteht für die Industrie die Gefahr eines Rückfalls in die alte Absatzkrise. Sehr viel hängt also davon ab, ob es der polnischen Regierung gelingt, diese gefährliche Preistendenz im Sinne einer Verbilligung der industriellen Produktion zu beeinflussen.

## Bergbau und Hüttenbetrieb.

### Bodenschätze.

Die Bodenschätze Polens sind bedeutend. Sie bestehen in der Hauptsache aus Steinkohlen, Braunkohlen, Eisen-, Zink- und Bleierzzen, Salz und Kali. Durch die Zuteilung von Ostoberschlesien haben jene Vorkommen eine wesentliche Bereicherung erfahren. Allein die Kohlenvorräte Oberschlesiens, die an Polen gefallen sind, werden auf 176 Milliarden Tonnen veranschlagt<sup>1)</sup>.

Von den Produktionsziffern allgemein auf die Größe der Bodenschätze zu schließen, ist nicht angängig, da ihr Abbau nicht ohne weiteres einen Beurteilungsgrad bietet und vielfach eine Frage der Intensität ist. Wohl möglich ist dies aber beim Eisenerz- und Bleierzbergbau Oberschlesiens. Hier ist beispielsweise mit Rücksicht auf den starken Rückgang der Eisenerzproduktion, die vom Jahre 1913 bis zum Jahre 1920 von 138 000 t auf 63 000 t gefallen

<sup>1)</sup> Oberschlesien und der Genfer Schiedsspruch, Berlin 1925.

ist — die Feststellung zulässig, daß sich der Eisengehalt der Lagerstätten mehr und mehr erschöpft und daß der Zeitpunkt nicht mehr fern ist, an dem der oberschlesische Eisenerzbergbau zum Erliegen kommt. Eine ähnliche Feststellung läßt sich auch beim oberschlesischen Bleierzbergbau machen, der den Höhepunkt seiner Entwicklung schon überschritten hat und nur noch einige Jahrzehnte bis zur völligen Erschöpfung der Lagerstätten zu betreiben sein wird.

Nimmt man die Vorkriegsziffern weiter zum Ausgangspunkt der Betrachtung, so zeigt auch die Förderung von Zinkerzen und Erdölen (um etwa 30%) und von Stein- und Braunkohlen (um 13% bzw. 61%) einen Rückgang, doch dürfte dieser Rückgang hauptsächlich auf die mangelhafte Intensität des Abbaus zurückzuführen sein. — Dagegen sind erhebliche Steigerungen in der Produktion von Salz und Kali zu verzeichnen. Der Salzbergbau hat gegenüber 1913 seine Erzeugung um 80% erhöht, und die Kaliproduktion hat nicht weniger als das hundertfache der Vorkriegszeit erreicht. Als Ergänzung der obigen Ausführungen mögen folgende Zahlen dienen:

Produktionsziffern des polnischen Bergbaus (in 1000 t):

|                           | 1913   | 1920   | 1924   | 1925   | 1926 <sup>1)</sup> |
|---------------------------|--------|--------|--------|--------|--------------------|
| Steinkohle . . . . .      | 40 727 | 31 049 | 32 225 | 29 040 | 35 766             |
| Braunkohle. . . . .       | 197    | 248    | 88     | 65     | 76                 |
| Erdöl . . . . .           | 1 114  | 765    | 771    | 812    | 796                |
| Salz . . . . .            | 189    | 263    | 275    | 330    | 339                |
| Kali . . . . .            | 2      | 10     | 81     | 179    | 208                |
| Eisenerz . . . . .        | 464    | 184    | 288    | 210    | 297                |
| Blei- und Zinkerz . . . . | 564    | 209    | 289    | 383    | —                  |

Im prozentualen Verhältnis zur Vorkriegszeit erreichte die Produktion (1913 = 100):

|                           | 1920   | 1924    | 1925    | 1926 <sup>1)</sup> |
|---------------------------|--------|---------|---------|--------------------|
| Steinkohle . . . . .      | 76,2%  | 79,1%   | 71,3%   | 87,8%              |
| Braunkohle. . . . .       | 125,8% | 44,6%   | 37,4%   | 38,6%              |
| Erdöl . . . . .           | 68,7%  | 69,2%   | 72,8%   | 71,5%              |
| Salz . . . . .            | 139,7% | 146,0%  | 174,6%  | 181,4%             |
| Kali . . . . .            | 500,0% | 4050,0% | 8940,0% | 10200,0%           |
| Eisenerz . . . . .        | 39,6%  | 62,1%   | 43,0%   | 64,2%              |
| Blei- und Zinkerz . . . . | 33,1%  | 54,1%   | 66,4%   | —                  |

Geht man von der bergbaulichen Produktion des Jahres 1920 aus, so wird das Bild etwas günstiger. Mit Ausnahme der Steinkohlenproduktion, die im Jahre 1925 als Folge der Unterbrechung des Absatzes nach Deutschland einen nicht unerheblichen Rückgang zu verzeichnen hatte, sowie der Braunkohlen- und Eisenerzförderung — zeigen die übrigen Rohprodukte anhaltend steigende Produktionsziffern.

<sup>1)</sup> Vorläufige Daten der „Wiadomości Statystyczne“, Heft 5 (1927).

Im folgenden sollen die einzelnen Produktionszweige und die mit ihrer Verarbeitung beschäftigten Industrien im einzelnen behandelt werden.

### Steinkohlenbergbau.

Polen steht, was die Steinkohlenförderung anbetrifft, an vierter Stelle Europas. Es besitzt drei Kohlenreviere in den Wojewodschaften Schlesien, Kielce und Krakau. Der Hauptteil der polnischen Kohlenenerzeugung entfällt auf die Wojewodschaft Schlesien (Polnisch-Oberschlesien). Dies ergibt sich aus folgender Übersicht in 1000 t):

| Produktionsbezirk   | 1913   | 1921   | 1924   | 1925   | 1926   |
|---------------------|--------|--------|--------|--------|--------|
| Wojewodschaften:    |        |        |        |        |        |
| Schlesien . . . . . | 31 937 | 22 393 | 23 797 | 21 639 | 26 176 |
| Kielce . . . . .    | 6 819  | 5 751  | 6 585  | 5 728  | 7 234  |
| Krakau . . . . .    | 1 971  | 1 672  | 1 843  | 1 691  | 2 356  |
| Insgesamt:          | 40 727 | 29 816 | 32 225 | 29 061 | 35 766 |

In keinem andern Kohlenlande trat nach dem Kriege ein so ausgeprägter Rückgang der Steinkohlenproduktion ein wie in Polen. Die Förderung des Jahres 1925 betrug in Deutschland bereits 93 v. H. des Jahres 1913, in England 80 v. H., in Polen aber nur 71 v. H. An diesem Rückgang der Produktion ist das polnisch-oberschlesische Kohlenrevier am stärksten beteiligt. Wenn man die Fördermenge des Jahres 1913 für jedes der drei Reviere Polens auf 100 ansetzt, so beträgt die Förderung des Jahres 1925 für Polnisch-Oberschlesien 67, für das kongreßpolnische Revier (Kielce mit dem Industriezentrum Dombrowa) 84 und für das Krakauer Revier 85. Diese Entwicklung ist überraschend, wenn man bedenkt, daß das ober-schlesische Kohlenrevier die besten Produktionsbedingungen aufweist und die qualitativ höchstwertige Kohle liefert. Der Grund hierfür liegt zum Teil darin, daß die Dombrowaer Kohlengruben auf dem kongreßpolnischen Markte gut eingeführt sind und den Innenmarkt zum großen Teil beherrschen, während die ober-schlesische Kohle in der Hauptsache Exportprodukt ist, — zum Teil aber auch, weil Dombrowaer Kohlen von den amtlichen Stellen, insbesondere von der Eisenbahnverwaltung bevorzugt werden. Bei der Lieferung der Eisenbahndienstkohle erhalten die Dombrowaer und Krakauer Gruben einen bedeutend höheren Anteil an den Aufträgen, als ihren Produktionsziffern im Verhältnis zum ober-schlesischen Kohlenbergbau entspricht.

Der Kohlenbergbau Polens ist in weit höherem Maße als der anderer Länder auf den **A u s l a n d s a b s a t z** angewiesen, da der Inlandsbedarf an Kohlen etwa nur 20 Millionen t jährlich beträgt. Das Verhältnis des Exports zur Gesamtförderung war in den letzten Jahren (1924 bis 1926) folgendes (in Millionen t):

| Jahr | Förderung | Export | Prozentverhältnis |
|------|-----------|--------|-------------------|
| 1924 | 32,2      | 11,5   | 35,8%             |
| 1925 | 29,1      | 8,2    | 28,3%             |
| 1926 | 35,8      | 14,3   | 40,0%             |

Exportiert wurde zu 90% ostoberschlesische Kohle. Um eine normale Kohlenförderung aufrechtzuerhalten, müßte die polnische Kohlenindustrie jährlich etwa 15 bis 18 Millionen t ausführen können. Der Wettbewerb der polnischen Kohle auf den Auslandsmärkten wird jedoch durch die ungünstige geographische Lage der polnischen Kohlenbezirke außerordentlich erschwert, und es bedurfte einer außergewöhnlichen Konjunktur im Verlauf des Jahres 1926, um diese Menge annähernd zu erreichen.

Die *V e r k e h r s l a g e* Oberschlesiens ist für den polnischen Kohlenexport deshalb besonders ungünstig, weil die Kohlentransporte sehr weite Strecken bis zu den Exporthäfen auf dem teuren Eisenbahnweg zurücklegen müssen. Hierin liegt die ungeheure Überlegenheit des englischen Bergbaus gegenüber dem polnischen, daß die englischen Kohlenreviere teils unmittelbar, teils in naher Entfernung von der Meeresküste liegen, und Exportkohle direkt in Seeschiffe verfrachtet werden kann. Außerdem weist das polnische Eisenbahnnetz große Mängel auf. Seine ganze Anlage ist für den Ost-Westverkehr, nicht aber für den Nord-Südverkehr eingerichtet. Von nachteiligem Einfluß auf die Exportfähigkeit ist ferner der *W a g g o n m a n g e l*. Daher zeigen sich bisher regelmäßig in Zeiten der Hochkonjunktur Verkehrsschwierigkeiten. Zur Durchführung des seewärtigen Kohlenexports, der den größten Teil der polnischen Kohlenausfuhr ausmacht, verfügt Polen über den Danziger Hafen, dessen monatliche Umschlagsfähigkeit nur etwa 300 000 t beträgt, ferner über einen im langsamen Ausbau begriffenen Hafen in Gdingen und einer Reihe kleinerer Hafshäfen an der unteren Weichsel, deren Umschlag zusammen mit Gdingen im günstigsten Falle bis auf 100 000 t zu steigern ist. Während des englischen Bergarbeiterstreiks konnte die Ausfuhrkonjunktur zu einem maßgeblichen Teil nur deshalb ausgenutzt werden, weil ein beträchtlicher Teil der polnischen Kohlentransporte deutsche Eisenbahnen und deutsche Häfen benutzt hat. Die Ausnutzung der deutschen Verkehrseinrichtungen ist naturgemäß nur solange möglich gewesen, wie die Kohlenexportpreise die höheren Transportkosten im Transit durch Deutschland tragen konnten. Unter normalen Verhältnissen bleiben aber der polnischen Kohlenindustrie für den seewärtigen Export nur die polnischen Bahnen und Häfen mit ihrer beschränkten Durchlaß- bzw. Umschlagsfähigkeit übrig. Diese Sachlage weist deutlich darauf hin, daß das Kohlenproblem in Polen in der Hauptsache ein *T r a n s p o r t p r o b l e m* ist, das nur durch Realisierung ein großzügiges Investitionsprogramm zu lösen ist.

Was die *A r b e i t s l e i s t u n g* in den polnischen Kohlengruben anbetrifft, so hat sich diese im Verlauf der letzten Jahre erheblich gebessert. Wenn man die arbeitstägliche Leistung des Jahres 1913 mit 100 ansetzt, so betrug die Leistung im Jahre 1922 noch 49, Ende November 1925 aber bereits 97%. Einer Stundenleistung von 141 t 1913 stand 1925 eine solche von 155 t gegenüber; das bedeutet eine Steigerung im Vergleich zur Vorkriegszeit um 10%. Um diese Steigerung zu verstehen, muß aber berücksichtigt werden, daß die Mechanisierung der Kohlen-gewinnung gegenwärtig auf einer weit höheren Stufe steht als vor einem Jahr-

zehnt, — daß also die Stundenleistung faktisch immer noch hinter der Vorkriegsleistung zurückbleibt.

Der technische und Heizwert der in Polen gewonnenen Kohle ist nicht gleich, trotzdem in geologischer Hinsicht das oberschlesische, das Dombrowaer, das Krakauer und das Teschener Becken einen zusammenhängenden Komplex bilden. Die Oberfläche dieses großen Industriereviers beträgt über 3300 qkm, davon entfallen auf Polnisch-Oberschlesien zirka 2200 qkm, auf das Dombrowagebiet 200, auf das Krakauer Becken 700 und auf das Teschener Revier 200 qkm. In den nördlichen und östlichen Teilen des Gebietes, insbesondere im Dombrowaer Revier enthält die Kohle wenig pechige Bestandteile und eignet sich nicht zur Verkokung und Leuchtgasherstellung; sie ist sog. Magerkohle. Die oberschlesische Kohle ist, was Reinheit, Härte, Entflammbarkeit und Heizeffekt anbetrifft, von vorzüglicher Qualität, ferner hat sie meist einen sehr geringen Aschengehalt, was sie für den Hausbrand besonders geeignet macht. Auch ist sie zum Schweißen und für die Zinkindustrie gut zu verwenden. Nur eine wertvolle Eigenschaft geht ihr ab: die gute Backfähigkeit. Die oberschlesische Kohle ist sehr gasreich, sie enthält reichlich 5% Wasserstoff und 10 bis 20% Sauerstoff. Als Backkohle dürfte sie aber nicht mehr als etwa 5% Wasserstoff und 10% Sauerstoff enthalten, da ein höherer Gasgehalt die Backfähigkeit der Kohle stark beeinträchtigt. Die oberschlesische Kohle liefert daher im Vergleich zu der westfälischen ein geringeres Koks ausbringen und einen weniger festen und tragfähigen Hochofenkoks. Auch entwickelt die ziemlich fette oberschlesische Kohle bedeutend mehr Rauch als die westfälische Magerkohle. Einen tragfähigeren Koks ergibt die Ostrau-Karwiner Kohle in der Tschechoslowakei. Doch nimmt die Backfähigkeit auch bei der oberschlesischen Kohle von Osten nach Westen und von Norden nach Süden sowie auch mit der größeren Tiefe zu. Durch Bearbeitung mit Kohlenstampfmaschinen wird die Kohle zur Verkokung geeigneter und so kann auch der oberschlesische Koks aus dem Rybniker Revier (Kokereien der Emma-grube und Dubenskogrube) vielseitig verwendet werden. Die Gasanstalten in Polen verwenden sämtlich oberschlesische oder Teschener Fettkohle, da die Dombrowakohle sich für diese Zwecke nicht eignet.

Bemerkenswert ist noch, daß auf fast sämtlichen Gruben des gesamten polnischen Reviers schlagende Wetter nicht vorkommen, so daß die Gruben mit offenen Acetylenlampen befahren werden können. Dies stellt eine erhebliche Erleichterung der Arbeit dar und verbilligt die Produktionskosten.

Die Selbstkosten der Gruben für die Förderung von 1 t werden vom Berg- und Hüttenmännischen Verein in Kattowitz mit 17,5 Zloty angegeben, z. T. betragen sie nur 15 Zloty. Es herrscht jedoch bei den Gruben keine einheitliche Berechnung, da z. T. die Amortisationen außer acht gelassen werden.

### Nebenprodukte.

Die Koksproduktion betrug 1913 auf dem Gebiete des heutigen Polens (in Frage kommt nur Polnisch-Oberschlesien) 917 000 t; 1921 stieg sie

auf 1 184 000 t, 1923 auf 1 373 000 t, fiel aber 1924 wieder auf 950 000 und betrug 1925 etwa 960 000 t. Die Verringerung der Förderung in den letzten Jahren verläuft gleichmäßig mit der schlechten Konjunktur für Koks auf dem Weltmarkt, die wieder mit dem allgemeinen Rückgang der Eisenproduktion zusammenhängt. Zum überwiegenden Teil dient die Koksproduktion der Eisenindustrie des eigenen Reviers. Von den neun Koksanstalten sind fünf im Besitz von Eisenwerken, von denen sie in eigener Regie betrieben werden. Außer den Eisenhütten kommen als Konsumenten hauptsächlich noch in Betracht Zentralheizungsanlagen, Schmiedebetriebe, Zuckerfabriken, Zichoriendarren, ferner landwirtschaftliche Betriebe, Sauggas- und Generatorenanlagen. Schon vor dem Kriege war Kongreßpolen mit seiner Eisenindustrie der wichtigste Abnehmer der oberschlesischen Koks-fabrikation, da die Kohle des Dombrowa-Reviers — wie schon gesagt — zur Verkokung völlig ungeeignet ist. Im allgemeinen ist auch die Inlands-Konjunktur für Koks schlecht, da die Aufnahmefähigkeit der Eisenindustrie mit der Produktionssteigerung von Koks, die bis zum Jahre 1923 anhielt, nicht Schritt halten konnte. Die Produktions- und Absatzentwicklung für Nebenprodukte verläuft hingegen günstiger.

| Jahr           | Koksteer | Rohbenzol | Schwefelsaures<br>Ammoniak | Naphtalin |
|----------------|----------|-----------|----------------------------|-----------|
| 1921 . . . . . | 57 637   | 12 781    | 15 780                     | —         |
| 1924 . . . . . | 44 218   | 13 805    | 15 528                     | 192       |
| 1925 . . . . . | 44 000   | 12 000    | 14 400                     | 840       |

An den Produkten der weiterverarbeitenden Kohlenindustrie wird im allgemeinen auch gut verdient.

Für die Brikettfabrikation bestehen in Polnisch-Oberschlesien vier Werke, außerhalb Oberschlesiens nur noch zwei Werke im übrigen Polen. Die gesamte Monatsproduktion an Briketts beträgt gegenwärtig ca. 23 000 t, (1925 durchschnittlich 23 000 t, 1924 28 000 t, 1913 26 000 t). Hauptabnehmer ist die Eisenbahn, die aber wenig günstige Preise zahlt.

### Eisenerzförderung.

Das Eisenerzvorkommen in Polen und seine Förderung beschränkt sich in der Hauptsache auf drei Wojewodschaften (Schlesien, Kielce und Lodz). Es handelt sich um die Förderung von Raseneisen-, Brauneisen- und Toneisenerzen. Die oberschlesischen Brauneisenerze sind eisenarm; sie enthalten nur etwa 30% Eisen. Die Toneisensteine im gerösteten Zustande sind eisenreicher; ihr Eisengehalt beträgt etwa 43 bis 48%. Mit diesem Rohmaterial können bessere Roheisensorten jedoch nicht erblasen werden. Daher müssen höherprozentige Eisenerze aus dem Auslande bezogen werden.

Die kongreßpolnische Eisenhüttenindustrie deckte vor dem Kriege ihren Bedarf überwiegend in russischen Erzen. Auch Roheisen wurde teilweise vor dem Kriege aus Rußland bezogen. Dadurch war die kongreßpolnische Hüttenindustrie

von der russischen Marktkonjunktur abhängig, so daß die Produktion bald erweitert, bald eingeschränkt werden mußte. Die ober-schlesische Hüttenindustrie bezog in Vorkriegszeiten nur bis zum Jahre 1913 Eisenerze aus Rußland. Von diesem Zeitpunkte ab hat Rußland die Erzausfuhr über die trockene Grenze nur auf Grund besonderer Ausfuhrscheine sog. Lizenzen gestattet. Diese Lizenzen wurden nach einiger Zeit nicht mehr ausgegeben, da die im raschen Aufblühen begriffene russische Eisenindustrie die Erze selbst in Anspruch nahm. Außerdem wurden noch Erze aus Schweden, Ungarn und Westdeutschland eingeführt. Die ober-schlesische Eisenindustrie bezog vor dem Kriege jährlich etwa 600 000 t solcher Eisenerze.

In der Nachkriegszeit beschränkt sich die polnische Einfuhr in der Hauptsache auf schwedische und tschechische Erze. Der Bezug russischer Erze ist z. Zt. nicht möglich, weil geregelte Handelsbeziehungen mit Rußland noch nicht bestehen. Doch verhandelte bereits im August 1926 in Warschau ein Vertreter des südrussischen Erztrustes mit dem polnischen Handelsministerium und den Vertretern der polnischen Eisenindustrie bezüglich der Wiederaufnahme der russischen Lieferungen. Außer Erzen werden in den ostoberschlesischen Hochöfen auch große Mengen eisenhaltiger Schlacken und Sinter verschmolzen (1923: 286 000 t). Von diesen Rohstoffen muß ebenfalls reichlich die Hälfte aus dem Auslande bezogen werden. In den letzten Jahren betrug die polnische Erzeinfuhr 1924: 259 000 t, 1925: 293 000 t und 1926: 273 287 t.

Der Umfang der polnischen Eisenerzförderung in den einzelnen Wojewodschaften ergibt sich aus folgender Zusammenstellung:

| Jahr | Wojewodschaft             | Gruben | Eisenerzförderung<br>in 1000 t |
|------|---------------------------|--------|--------------------------------|
| 1913 | Schlesien . . . . .       | 10     | 133                            |
|      | Kielce und Lodz . . . . . | 27     | 331                            |
|      | insgesamt                 | 37     | 464                            |
| 1921 | Schlesien . . . . .       | 7      | 62                             |
|      | Kielce und Lodz . . . . . | 26     | 241                            |
|      | insgesamt                 | 33     | 303                            |
| 1924 | Schlesien . . . . .       | 3      | 27                             |
|      | Kielce und Lodz . . . . . | 14     | 261                            |
|      | insgesamt                 | 17     | 288                            |
| 1925 | Schlesien . . . . .       | —      | 19                             |
|      | Kielce und Lodz . . . . . | —      | 191                            |
|      | insgesamt                 | —      | 210                            |
| 1926 | Schlesien . . . . .       | —      | 30                             |
|      | Kielce und Lodz . . . . . | —      | 284                            |
|      | insgesamt                 | —      | 314                            |

In der polnischen Eisenerzproduktion läßt sich ein starker Rückgang gegenüber der Vorkriegszeit beobachten. Sowohl die Zahl der im Betrieb befindlichen Gruben wie auch die gefördertsten Mengen weisen abnehmende Ziffern auf<sup>1)</sup>. Im Jahre 1921 wurden 65% der Mengen des Jahres 1913 gefördert, im Jahre 1924: 62% und im Jahre 1925: 45% (1926: 68%). Dieser Rückgang hängt bis zu einem gewissen Grade mit der allgemeinen Produktionseinschränkung in der polnischen Eisenindustrie als Folge einer jahrelangen schlechten Konjunktur, in der Hauptsache aber mit der Erschöpfung der Eisenerzlager zusammen. Das trifft besonders auf Ostoberschlesien zu, dessen Lagerstätten fast gänzlich ausgebeutet sind und schätzungsweise nur noch etwa 50 000 t Eisenerze enthalten. Demgegenüber weist die nachkriegszeitliche Ausbeutung der kongreßpolnischen Eisenerzbergwerke vorübergehend beachtliche Steigerungen auf. So hat beispielsweise die Förderung des Jahres 1922 die Friedenshöhe fast erreicht und im folgenden Jahre sogar überschritten (396 000 t). Die kongreßpolnischen Eisenerze sind zwar eisenhaltiger als die ostoberschlesischen Erze, jedoch bei weitem nicht so ergiebig wie die aus dem Ausland bezogenen Eisenerze.

### Eisenproduktion.

Die Hüttenindustrie Polens konzentriert sich in den Wojewodschaften Schlesien (Ostoberschlesien), Kielce (Dombrowa, Radom, Czenstochau) und Krakau. Am stärksten entwickelt ist sie in Ostoberschlesien. In diesem Industriebezirk befinden sich zehn Hütten. Das Dombrowaer Industrieviertel besitzt dagegen nur fünf, das Radomer vier, das Czenstochauer und Krakauer Revier je eine Hütte.

Im Jahre 1913 entfielen von der gesamten polnischen Eisenerzeugung 60% auf die oberschlesischen und 40% auf die Kielcer Hütten. Im Jahre 1925 änderte sich dieses Verhältnis wie 73 : 27. Bei der Stahlproduktion stellte sich der Anteil der Hütten in den einzelnen Wojewodschaften wie folgt: 1913 — oberschlesische Hütten 62,7%, Kielcer Hütten 36,6%, Krakauer Hütte 0,7%; im Jahre 1925: 69,2 — 30,2 — 0,6%. Hieraus ist zu ersehen, daß sich auch das Verhältnis der Stahlproduktion in der Nachkriegszeit zugunsten Oberschlesiens verschoben hat. Trotzdem trägt die Eisen- und Stahlproduktion in Ostoberschlesien — ähnlich wie in den andern polnischen Eisenrevieren — nur etwa 30 bis 50% der Produktionsfähigkeit der Hütten. Die Erzeugung der Eisenhütten in den letzten Jahren 1922—1925 ergibt sich aus folgender Tabelle (in 1000 t):

| Jahr | Roheisen | Prozent-<br>satz | Stahl | Prozent-<br>satz | Walz-<br>erzeugnisse | Prozent-<br>satz |
|------|----------|------------------|-------|------------------|----------------------|------------------|
| 1913 | 1031     | 100              | 1649  | 100              | 1164                 | 100              |
| 1922 | 480      | 46,5             | 998   | 60,5             | 739                  | 63,4             |
| 1923 | 519      | 50,3             | 1123  | 68,1             | 768                  | 65,9             |
| 1924 | 334      | 32,4             | 682   | 41,4             | 472                  | 40,5             |
| 1925 | 315      | 30,5             | 782   | 47,5             | 587                  | 50,4             |

<sup>1)</sup> Eine Ausnahme hiervon macht das Jahr 1926, das als ausgesprochenes Konjunkturjahr die Rückentwicklung vorübergehend unterbrochen hat.

Die angeführten Ziffern beweisen — ähnlich wie in der polnischen Eisenerzförderung — einen Rückgang der Eisen- und Stahlproduktion in der Nachkriegszeit. Die Roheisenproduktion des Jahres 1925 betrug beispielsweise nur 30,5%, die Stahlerzeugung 47,5% und die Menge der Walzerzeugnisse 50,4% des Jahres 1913. Der Rückgang in der Erzeugung tritt besonders augenfällig seit Einsetzen der Stabilisierungskrise (Anfang 1924) in Erscheinung, nachdem die Roheisenerzeugung im Jahre 1923 bereits 50,3% und die Stahlerzeugung 65,9% der Vorkriegsziffern erreicht hatten.

Der Ausbruch des deutsch-polnischen Zollkrieges hat keine polnische Industrie so stark wie die Eisenindustrie geschädigt, da die Stahl- und Feinblechzufuhr nach Deutschland die Hauptstützen des Absatzes waren. Auch im Jahre 1926 hat die polnische Eisenindustrie trotz der beachtlichen Produktions- und Absatzbelebungen die Vorkriegeshöhe der Erzeugung noch nicht erreichen können.

Der Beschäftigungsgrad im polnischen Eisenerzbergbau und in der Eisenindustrie stellt sich folgendermaßen dar: Im Eisenerzbergbau wurden in den letzten Jahren zwischen 2400 und 6600, in der polnischen Eisenindustrie zwischen 33 000 und 40 000 Arbeiter beschäftigt. Die Zahl der Arbeitskräfte im Erzbergbau ist seit 1923 im Sinken begriffen. Eine Ausnahme bildet nur das Konjunkturjahr 1926. Sie betrug in den letzten fünf Jahren: 1922 — 5740; 1923 — 6620; 1924 — 3380; 1925 — 2385; 1926 — 5215. In der polnischen Eisenindustrie waren im Jahre 1925 insgesamt 35 925 Arbeiter tätig. Hiervon entfielen 22 164 auf das ostoberschlesische, 13 641 auf das Kielcer und 120 Arbeiter auf das Krakauer Revier. Die Arbeitszeit ist in den einzelnen Industriebezirken verschieden geregelt. Auf Grund eines zeitlich begrenzten Arbeitsabkommens ist in Ostoberschlesien mit Ausnahme einiger weniger Zweige der Eisenindustrie (Kokereien usw.) der Zehnstudentag mit zwei Schichten eingeführt. In der übrigen polnischen Eisenindustrie gilt der Achtstudentag mit drei Schichten.

Die Verfeinerungsindustrie, die in der Hauptsache die Produktion von Röhren, Eisenkonstruktionen, Brückenkonstruktionen, Draht, Waggons, Maschinen, Kleineisen- und Eisenblechwaren umfaßt, hat eine ähnliche Entwicklung genommen, doch erschließen sich für Verfeinerungsprodukte der ostoberschlesischen Eisenindustrie infolge ihrer hochstehenden Qualität (durch steigenden Absatz auf dem In- und Auslandsmarkt) günstigere Aussichten. Verschiedene Hütten haben demzufolge neue Betriebszweige der Verfeinerungsindustrie eröffnet (z. B. die „Baldonhütte“ eine Drahtfabrik).

Die Zahlen für Puddelluppen, deren Erzeugung von 58 000 t im Jahre 1913 auf 5747 t im Jahre 1924 zurückgegangen ist, zeigen das Absterben dieses kostspieligen, alten Betriebes zugunsten der Flußeisenerzeugung. Seit August 1924 ist der Puddelluppenbetrieb in Ostoberschlesien gänzlich eingestellt.

Das auffallende Sinken der Produktion von Halberzeugnissen der Walzwerke gegenüber der Vorkriegszeit (von 170 000 t auf 23 800 t im Jahre 1925) hängt hauptsächlich mit der fortschreitenden Loslösung der westoberschlesischen von der ostoberschlesischen Eisenindustrie, insbesondere mit der

Abtrennung der Friedenshütte von ihren westoberschlesischen Abnehmern zusammen. Derartige Halbfabrikate waren hauptsächlich Gegenstand des Veredelungsverkehrs mit Westoberschlesien. Seit Beginn des deutsch-polnischen Zollkrieges ist ihre Produktion auf ein Minimum zurückgegangen.

Ein großer Nachteil der polnischen Eisenindustrie ist die ungünstige *F r a c h t l a g e*. Schwedische Eisenerze müssen aus Danzig oder Stettin mehr als 600 km auf dem Schienenwege herangeführt werden. Den gleichen Weg müssen auch Produkte der Eisenindustrie nehmen, soweit sie für den seewärtigen Export bestimmt sind. Dazu kommt noch, daß die Hütten im Radomer Bezirk etwa 250 bis 300 km vom nächsten Kohlenrevier entfernt liegen und die ostoberschlesischen Hütten aus ähnlich großen Entfernungen polnische Eisenerze beziehen müssen. Zwar bemüht sich das polnische Verkehrsministerium, die Frachten für Rohstoffe der Eisenindustrie zu senken, indem es die Anwendung spezieller Ausnahmetarife ermöglicht, doch können diese Vergünstigungen nur unmaßgeblich auf die Gestaltung der Produktionskosten einwirken.

Neben hochwertigen fremden Eisenerzen bedarf die polnische Eisenindustrie für Produktionszwecke auch ausländischer *K o k s s o r t e n*, weil der im Inlande produzierte Koks den Bedürfnissen der Hochöfen nicht entspricht. Die Einfuhr von geeignetem Hochofenkoks erfolgt teils aus Niederschlesien, teils aus der Tschechoslowakei. Auch in bezug auf den *A l t e i s e n b e d a r f* (Schrott) ist die polnische Eisenindustrie vom Auslande, und in diesem Falle besonders von Deutschland abhängig. Die Einfuhr von Schrott geschieht bis zum 15. Juni 1927 auf Grund des Artikels 227 der Genfer Konvention durch einen jährlichen Bezug von 235 000 t. Nach Ablauf dieser Frist erlischt für Deutschland die Verpflichtung zur Lieferung von Alteisen, und Deutschland bleibt es nach diesem Zeitpunkt überlassen, die Ausfuhr von Alteisen nach Polen zu sperren. Sollte dies eintreten, dann ist die Alteisenversorgung der polnischen Hütten äußerst gefährdet, da Deutschlands Einfuhr fast die Hälfte des gesamten Schrottbedarfs deckt. An eine anderweitige Beschaffung der benötigten Schrottmengen unter den gleichen Bedingungen ist nicht zu denken; auch müssen die Bemühungen Polens als Ersatz für diesen Ausfall schwedische oder russische *E i s e n e r z e* einzuführen, an der Kostenfrage scheitern. Neue Abmachungen mit Deutschland über die Schrottbeflieferung der polnischen Hütten werden daher dringend notwendig sein.

Auch in der *A b s a t z f r a g e* der polnischen Hüttenindustrie ergibt sich eine gewisse Abhängigkeit von Deutschland. Solange Deutschland auf Grund der Genfer Konvention gezwungen war, die zollfreie Einfuhr ostoberschlesischer Eisenprodukte zu gestatten (bis 15. Juni 1925), war ein maßgeblicher Teil des Absatzes der polnischen Eisenindustrie gesichert und hat erheblich zur Entspannung der kritischen Lage beigetragen, der sich die ostoberschlesische Eisenindustrie nach der Teilung Oberschlesiens gegenüber sah. Nach Verlust des deutschen Marktes ist eine merkliche Verschlechterung der Lage dieses Industriezweiges eingetreten, denn der Inlandsmarkt ist nicht imstande, den nun offen zu Tage tretenden Produktionsüberschuß aufzunehmen. Die Konsumkraft des polnischen Marktes für

Eisenerzeugnisse ist immer noch sehr gering, wenn sie sich im Verlauf der letzten Jahre auch etwas gehoben hat<sup>1)</sup>. Staatliche Aufträge haben nur zeitweise dazu beitragen können, die Absatzverhältnisse der Eisenindustrie zu bessern. Einen maßgeblichen Einfluß auf die Gestaltung des Absatzes konnten sie jedoch nicht ausüben, weil sie unter Berücksichtigung der Produktionskapazität der Industrie als unzureichend anzusprechen sind. Will die polnische Eisenindustrie aber mit Gewinn arbeiten, so muß sie ihre Produktionsfähigkeit voll ausnutzen und mindestens die Vorkriegsleistungen wieder erreichen. Unter den gegenwärtigen Absatzbedingungen wird dies kaum durchführbar sein. Man braucht sich nur zu vergegenwärtigen, daß beispielsweise alle Formeisenfabriken und alle Produktionsstätten, die Eisenbahnobermaterial herstellen, an Polen gefallen sind. Die Formeisenproduktion betrug 1913 etwa 130 000 t und die Eisenbahnobermaterialerzeugung annähernd 170 000 t jährlich. Ob die polnischen Eisenbahnen jemals auch nur annähernd imstande sein werden, solche Riesenmengen abzunehmen, erscheint sehr zweifelhaft. Ebenso schwierig dürfte es sein, die normale Stabeisenproduktion in Höhe von 457 000 t jährlich im Inlande abzusetzen. — Die Erzeugung von Grobblechen betrug im Jahre 1913 136 000 t. Von den vier oberschlesischen Grobblechwalzwerken fielen drei an Polen. Ferner wurden sämtliche Feinblechfabriken, deren Vorkriegserzeugung eine Höhe von 113 000 t erreicht hat, an Polen abgetreten. Seitdem wurden mehrfach Erweiterungen der Werke vorgenommen, so daß sich die heutige Produktionsfähigkeit an Feinblechen auf etwa 150 000 t stellen dürfte. Auch hiervon kann der polnische Markt allenfalls 40 000 t jährlich konsumieren, so daß für 110 000 t die Sorge anderweitigen Absatzes besteht. Schließlich kann auch die inländische Edelstahlproduktion nur mit einem Inlandsverbrauch von etwa 7% der in Polen erzeugten Mengen rechnen.

Deutschland kann als Großabnehmer polnischer und besonders ostoberschlesischer Eisen- und Stahlprodukte wie früher wegen seiner eignen Expansionsbestrebungen nicht mehr in Frage kommen, so daß die polnische Eisenindustrie in Zukunft noch mehr als bisher auf den Export nach andern Ländern angewiesen sein wird. Im Verlauf des Jahres 1926 ist es Polen zwar gelungen, mit Hilfe der durch die Zlotyentwertung geschaffenen Exportprämie die Ausfuhr seiner Eisenprodukte zu forcieren, doch ist diese Konjunktur im Zusammenhang mit der beschleunigten Anpassung der Inlandspreise an das Weltmarktniveau bereits stark abgeflaut. Die künftige Entwicklung der polnischen Eisenindustrie wird daher seitens der polnischen Regierungs- und Wirtschaftskreise mit größter Besorgnis verfolgt.

### Interessenvertretungen.

Der Kampf, den die polnische Eisenindustrie fortgesetzt um ihre Existenz zu führen hat, war schon in den ersten Jahren nach der Teilung Oberschlesiens dem Zusammenschlußgedanken förderlich und hat im Laufe der Jahre zu Syndikats-

<sup>1)</sup> Im November 1926 betrug der Inlandsabsatz 36 000 Tonnen, im Dezember 1926 etwa 50 000 Tonnen, die Gesamtproduktion der polnischen Hütten aber etwa 100 000 Tonnen monatlich.

bildungen geführt, die je nach der Art der speziellen Interessen zu Berufs-, Einkaufs- oder Absatzorganisationen ausgestaltet worden sind. So haben sich die polnischen Hütten in zwei gleichartigen Berufsverbänden zusammengeschlossen, von denen der eine die ostoberschlesische, der andere die übrigen polnischen Hütten umfaßt. Mitte Januar 1927 erfolgte eine Vereinigung dieser beiden Verbände zum allpolnischen Eisensyndikat unter gleichzeitiger Erweiterung des Aufgabenkreises, insbesondere auf Exportinteressen. Außer diesem Syndikat bestehen noch einige Einkaufsorganisationen für den Ankauf von Rohstoffen (Schrott usw.) und Verkaufsorganisationen zum Zwecke des gemeinsamen Absatzes der Eisenerzeugnisse auf dem Inlandsmarkt.

### Zinkindustrie.

Durch die Teilung Oberschlesiens sind die großen Zinkerzlager, die sich zwischen den Städten Beuthen und Tarnowitz hinziehen, mit fünf bedeutenden Zinkerzgruben an Polen gefallen. Dadurch hat die polnische Zinkindustrie eine wesentliche Vergrößerung erfahren, so daß sie nunmehr hinsichtlich ihrer Produktion nächst Amerika und Belgien als drittgrößte der Welt anzusprechen ist. Von den 975 000 t der Weltproduktion des Jahres 1923 entfielen allein 95 000 t auf Polen, hiervon wieder 84 000 t auf die ostoberschlesische und 11 000 t auf die altpolnische Zinkindustrie. Hieraus ist zu ersehen, daß die polnische Zinkproduktion ohne Oberschlesien ziemlich unbedeutend war. Polen besaß vor der Teilung Oberschlesiens Zinkerzlager in der Gegend von Olkusz und in der Nähe der Ortschaften Boleslawów, Buków, Ujków und Starczynów, die jedoch den ostoberschlesischen an Ergiebigkeit erheblich nachstehen. Während in Ostoberschlesien noch etwa dreimal mehr Galman als Zinkblende gefördert werden, ist das Galmanvorkommen im übrigen Polen nur ganz geringfügig. Unter den ostoberschlesischen Erzgruben weist die im Besitz der „Giesches Erben A. G.“ befindliche „Bleischarleygrube“ in Brzedzinie die größte Produktion auf. Diese Grube ist auch der Hauptproduzent von Galman. Im übrigen geht auch in Oberschlesien die Galmanförderung zurück, ohne daß es gelingt, entsprechend mehr Zinkblende zu fördern, so daß schon heute auf Grund angestellter Berechnungen die inländische Rohstoffversorgung nicht mehr ganz ausreichend wäre, wenn die Leistungsfähigkeit der Hütten auf das Höchstmaß gesteigert würde. Da die Zinkhütten jedoch nicht voll beschäftigt sind, so tritt ein Mangel an Zinkblende noch nirgends in Erscheinung.

Der Übergang von der Gewinnung von Galman zur Exploitation von Zinkblende hat die Einschaltung eines neuen Produktionszweiges innerhalb der Zinkindustrie zur Notwendigkeit gemacht, der auf dem Entschwefelungsverfahren der Zinkblende vor ihrer Weiterverarbeitung zu Rohzink beruht. Um die bei der Entschwefelung freiwerdenden giftigen Gase aufzufangen und sie zu verflüssigen, mußte nämlich unter großem Kostenaufwande die Fabrikation von Schwefelsäure aufgenommen werden, die natürlich zu einer wesentlichen Verteuerung der Zinkerzeugung beigetragen hat. Wenn sich der Absatz von Schwefelsäure günstiger gestalten würde, so hätten sich die kostspieligen Einrichtungen für die

Schwefelfabrikation im Laufe der Zeit sicherlich bezahlt gemacht; aber infolge der Unmöglichkeit, die wachsenden Mengen an Schwefelsäure abzusetzen, ist die Schwefelsäureerzeugung zu einer schweren Belastung der Zinkproduktion geworden. Mit dem Augenblick des Ausbruchs des deutsch-polnischen Wirtschaftskonflikts, der die völlige Einfuhrunterbindung polnischer Schwefelsäure nach Deutschland zur Folge hatte, hat sich die Absatzlage noch weiter kompliziert. Die Anstrengungen Polens, den Exportausfall durch gesteigerte Ausfuhr nach anderen Ländern wieder wett zu machen, sind nur teilweise geglückt. Da die Produktion an Schwefelsäure noch ständig steigt, ist die Lösung des Absatzproblems für die polnische Zinkindustrie eine eminent wichtige Frage; denn so lange es den polnischen Hütten nicht möglich ist, die erzeugten Schwefelsäuremengen abzusetzen, so lange muß selbst angesichts der besten Konjunktoren für Zink die Produktion der Hütten stark gehemmt sein.

Den Schwerpunkt der Zinkproduktion stellt jedoch nicht die Schwefelsäurefabrikation, sondern die Verarbeitung der Erze in den Hütten dar, die in der Destillation und im Schmelzen der Erze besteht. Polen fielen bei der Teilung Oberschlesiens alle im Industriebezirk vorhandenen Zinkhütten zu, so daß im deutschen Teil Oberschlesiens keine einzige Zinkhütte verblieben ist. Die Zinkproduktion zeigt in den Jahren nach Beendigung des Krieges ständige Schwankungen. Nachdem 1922 und 1923 ein geringes Steigen der Produktion zu beobachten war, ist die Erzeugung im Jahre 1924 gefallen, um in den beiden folgenden Jahren (1925 und 1926) wieder anzuziehen. Unter Zugrundelegung der Vorkriegsziffern stellt sich die Produktion des Jahres 1926 noch annähernd um 27% niedriger als im Jahre 1913. Die Entwicklung der Nachkriegserzeugung wird aus folgenden statistischen Ziffern erkenntlich:

#### Zinkproduktion in Tonnen:

|                    | Rohzink | Zinkstaub |
|--------------------|---------|-----------|
| 1913               | 169 439 | 7,1       |
| 1919               | 74 023  | 2,0       |
| 1920               | —       | —         |
| 1921               | 62 930  | 1,9       |
| 1922               | 75 610  | 3,4       |
| 1923               | 84 543  | 4,1       |
| 1924               | 76 732  | 3,8       |
| 1925               | 114 425 | 4,2       |
| 1926 <sup>1)</sup> | 124 000 | —         |

Deutschland war auf Grund der Genfer Konvention verpflichtet, für die Dauer von drei Jahren ein bestimmtes Kontingent von Rohzink und Zinkblech aus Ostoberschlesien zollfrei hereinzulassen. Das Kontingent stellte sich für Rohzink auf 72 557 t und für Zinkblech auf 33 092 t. Tatsächlich ist aber nur etwa die Hälfte des Kontingents ausgenutzt worden. Die Ursache hierfür ist in

<sup>1)</sup> Vorläufige Daten.

der erfolgreichen Konkurrenz belgischen Zinks zu erblicken. Dadurch ist der Bedarf polnischer Zinkerzeugnisse in Deutschland erheblich herabgemindert worden. Die polnische Zinkindustrie sah sich deshalb gezwungen, ihre Produktion einzuschränken. Den Höhepunkt der Absatzkrise stellt jedoch der Zeitpunkt dar, wo Deutschland seiner Verpflichtungen, polnische Zinkerzeugnisse zollfrei ins Land zu lassen, am 15. Juni 1925 ledig wurde. Dadurch verlor die polnische Zinkindustrie ihren größten Abnehmer. Die Bemühungen Polens, den Innenmarkt aufnahmefähiger zu machen und Ersatzmärkte für den Ausfall des deutschen Absatzes zu finden, sind nur zum Teil von Erfolg begleitet gewesen. Welche Rolle Deutschland für den Absatz polnischen Rohzinks gespielt hat, geht aus folgenden Zahlen hervor:

|   | 1923     | 1924     |
|---|----------|----------|
| Poln. Gesamtabsatz an Rohzink . . . . . | 58 983 t | 52 961 t |
| Absatz nach Deutschland . . . . .       | 32 147 t | 31 017 t |
| „ „ allen übrigen Ländern . . . . .     | 32 381 t | 21 869 t |
| „ im Inlande . . . . .                  | 2 462 t  | 79 t     |

Die Weiterverarbeitung des Rohzinks erfolgt in den Walzwerken. Auch von den in Oberschlesien vorhandenen Walzwerken hat Polen die Mehrzahl und zwar fünf der größten und modernsten Betriebe erhalten. Auf deutscher Seite verblieben nur noch einige kleinere Walzwerke. Da aber alle Zinkhütten — wie schon oben angeführt — an Polen abgetreten worden sind, so sind die in Westerschlesien verbliebenen Walzwerke von ihrer Rohstoffbasis gänzlich abgeschnitten worden. Die Produktion der polnischen Walzwerke hat sich in den ersten Jahren nach der Teilung Oberschlesiens auf ziemlich gleicher Höhe gehalten und betrug durchschnittlich etwa 24 500 t jährlich. Im Jahre 1925 erfolgte dann in Verbindung mit dem deutsch-polnischen Zollkonflikt eine merkliche Verschlechterung infolge Absatzschwierigkeiten, die auch noch im Jahre 1926 anhielten.

Die künftigen Aussichten der polnischen Zinkblechfabrikation sind infolge der ungünstigen Absatzmöglichkeiten wenig ermutigend. Die Lösung des Absatzproblems ist aber nicht allein eine Konkurrenzfrage, sondern steht im engsten Zusammenhang mit der Preisgestaltung des Rohzinks auf dem Weltmarkte. Man kann die Beobachtung machen, daß sich das Preisverhältnis zwischen Rohzink und Walzfabrikat im Verlauf der letzten Jahre fortgesetzt zu ungunsten des letzteren verschoben hat, so daß die Preisspanne zwischen beiden Produkten immer geringer wird. Wenn die Entwicklung weiter in dem Maße fortschreitet, so ist der Zeitpunkt nicht mehr fern, wo sich die Verarbeitung von Rohzink zu Zinkblech nicht mehr rentiert. Für Polen liegen die Verhältnisse besonders schlimm, da die meisten anderen zinkproduzierenden Länder angesichts ihrer günstigeren geographischen Lage den Vorzug der billigen Seetransporte genießen. Die Preise dagegen, die die polnische Zinkindustrie bei der Ausfuhr für Zinkblech erzielt, sind nach Abrechnung der hohen Frachtpesen so niedrig, daß der seewärtige Absatz beinahe schon mit Verlusten verknüpft ist. Um so fühlbarer macht sich naturgemäß die Sperrung der deutschen Grenzen bemerkbar, da Deutschland für die polnische Zinkindustrie den einzigen Absatzmarkt darstellte, der die Ausfuhr noch

lohnend gestaltete. Die Liquidierung des deutsch-polnischen Zollkonfliktes ist daher eine wichtige Voraussetzung, die Verhältnisse in der polnischen Zinkindustrie einer wesentlichen Besserung entgegenzuführen.

Die polnische Zinkindustrie ist in der Hauptsache Exportindustrie. Die Menge der ausgeführten Zinkprodukte betrug im Jahre 1925 83 800 t im Werte von 83 Millionen Goldzloty und im Jahre 1926 122 220 t im Werte von 95 Millionen Goldzloty. Den größten Anteil am Export nehmen Rohzink und Halbfabrikate; die Ausfuhr von Zinkblech geht von Jahr zu Jahr zurück. Sie stellte sich im Jahre 1925 auf 24 880 t und fiel im Verlauf des Jahres 1926 auf 8 347 t.

Von amerikanischer Seite ist die Entwicklung der polnischen Zinkindustrie seit langem mit großem Interesse verfolgt worden, denn die wachsende Bedeutung, die Polen als Zinkproduzent durch die Zuteilung Ostoberschlesiens erlangt hat, hat die amerikansche Zinkindustrie von vornherein erkannt und eine günstige Gelegenheit — die sich auch bald aus der schwierigen Lage der auf polnischer Seite gelegenen Zinkgruben und Hütten der Giesche-Gesellschaft ergab — benutzt, sich durch Beteiligung an diesen Werken einen Einfluß auf die polnische Zinkindustrie zu sichern. Es wird damit gerechnet, daß das amerikanische Kapital versuchen wird, seine Einflußsphäre auch noch auf den übrigen Teil der polnischen Zink- und Bleiindustrie auszudehnen, zumal die Zinkproduktion in Polen durch Vorhandensein hochwertiger ostoberschlesischer Erze und die in allernächster Nähe der Produktionszentren vorhandenen Kohlenlager noch sehr entwicklungsfähig und aussichtsreich erscheint.

Zinkgruben und Zinkhütten besitzen außer der Giesche A. G. in Oberschlesien noch: die „Schlesische Bergwerks- und Zinkhütten A. G.“ in Lipine, die „Hohenlohe Werke“ in Welnowiec, der Graf Henckel von Donnersmarck in Karluschowitz und schließlich der Fürst von Donnersmarck in Schwientochlowitz. An letzteren Unternehmungen ist in verschiedenem Umfange bereits fremdes Kapital (englisches, französisches, belgisches und tschechisches beteiligt, so daß die Einflußnahme Amerikas an diesen Werken vorerst noch erschwert ist.

Die Verhandlungen der polnischen Regierung mit dem Harriman-Konzern über den Erwerb und die Finanzierung der ostoberschlesischen Zinkunternehmungen der Giesche A. G. waren sehr langwierig. Durch die Annahme des polnischen Gesetzes, „zum Schutze der polnischen Zinkindustrie“, das der amerikanischen Gruppe die geforderten Steuererleichterungen en bloc sanktionierte, schienen anfänglich die letzten Hemmnisse für den Übergang des ostoberschlesischen Giesche-Besitzes an die Harriman-Anaconda Gruppe beseitigt. In Verbindung mit dem Regierungswechsel in Polen (Mai 1926) sind jedoch Bedenken gegen die in diesem Gesetz fremden Kapital eingeräumten Rechte und die Sicherung der dafür geforderten Gegenleistungen erhoben worden. Die neue polnische Regierung strebte daher eine Revision der Abmachungen mit Harriman an und gab unzweideutig zu verstehen, daß sie den von der alten Regierung getätigten Vertrag nicht anerkenne. Die Regierung stellte nunmehr ihrerseits neue Bedingungen auf, die die Harrimangruppe ohne weiteres nicht akzeptieren wollte. Es hatte bereits

den Anschein, als drohten die Verhandlungen sich zu zerschlagen. Nach zeitweiser Unterbrechung der Verhandlungen entschloß sich die Harrimangruppe aber doch noch, über die neuen Bedingungen in Verhandlungen zu treten, die am 3. Juli d. Js. nach achtmonatiger Dauer zum endgültigen Abschluß geführt haben.

Der neue Vertrag unterscheidet sich in mehreren wichtigen Punkten vom alten Abkommen. Die Unterschiede haben zum Gegenstand: ein garantiertes Minimum an Einkommensteuer, die Leistung von Vorauszahlungen auf diese Steuer, die Präzisierung der Bedingungen, unter denen Obligationen, die zur Finanzierung der Transaktion mit der Giesche-Gesellschaft vorgesehen sind, emittiert werden können, sowie die Vorbehalte hinsichtlich Veränderung des Besitzstandes. Damit die der Harriman-Gruppe zugestandenem Steuer- und Zollvergünstigungen eine annähernd gleichwertige Kompensation in dem Zuzug größerer ausländischer Kapitalien finden, wurde vereinbart, daß die Amerikaner zur Verbesserung der technischen Einrichtungen und Hebung der Erzeugungsfähigkeit der Giesche-Werke mindestens 10 Millionen Dollar investieren müssen. Der Besitzwechsel wurde in der Weise durchgeführt, daß eine neue amerikanische Gesellschaft unter der Firma „Silesian-American Corp. Ltd.“ gegründet worden ist, die den Aktienbesitz der Giesche-Gesellschaft übernommen hat. Die amerikanische Gesellschaft wird neben dem Bau neuer Zinkhütten in Schöppinitz und der Modernisierung der übernommenen Hütten, die eine restlose Verarbeitung von Galman und Zinkblech ermöglichen sollen, auch die Produktion von Chemikalien, Farbstoffen, Kunstseide usw. aufnehmen.

### Bleiindustrie.

Die günstige Konjunktur auf dem Bleimarkt der letzten Jahre hat zu einer Steigerung der Produktion der polnischen Bleiindustrie beigetragen. Die Förderung von Bleierzen und die Verarbeitung dieses Produktes stellte sich in den Jahren 1924 und 1925 wie folgt dar (in Tonnen):

|                               | 1924   | 1925   |
|-------------------------------|--------|--------|
| Bleierze . . . . .            | 11 488 | 19 324 |
| Blei . . . . .                | 16 052 | 20 413 |
| Bleiglätte, Mennige . . . . . | 770    | 638    |

Der Absatz von Bleierzeugnissen im Inlande wuchs von 2470 t im Jahre 1924 auf 4200 t im Jahre 1925, was etwa 20% des ganzen Absatzes der Bleiindustrie darstellt. Von der verbleibenden Menge an Blei wurden über 13 000 t d. s. etwa 63% der Gesamtproduktion nach Deutschland exportiert und 3540 t nach andern Ländern. Von Bleierzeugnissen, wie Blech, Röhren usw. konnten im Laufe des Jahres 1925 infolge des deutschen Einfuhrverbots für diese Produkte (Mitte 1925) erheblich weniger ausgeführt werden als in früheren Jahren.

### Silberindustrie.

Die Silbererzeugung Polens vergrößerte sich im Jahre 1925 im Vergleich zum vorhergehenden Jahre um nahezu 50% und betrug 15 160 Kilogramm. Die

ganze Silberproduktion Oberschlesiens wird in Erfüllung der bestehenden Verträge an den Staatsschatz abgeliefert. Silber und Blei verarbeiten in Polen zwei Hütten. Es sind dies: die staatliche Blei- und Silberhütte in Strybnik (im Kreise Tarnowitz) und die zur Giesche A. G. gehörige „Walter-Croneck-Hütte“ in Kleindombrowa. Die staatliche Hütte ist an eine französisch-polnische Gesellschaft verpachtet, an der der polnische Staat mit 50% beteiligt ist. Die Hütte stellt nur ein kleines Objekt dar; es fehlen ihr auch natürliche Entwicklungsmöglichkeiten, da sie durch die Teilung Oberschlesiens von ihrer Rohstoffbasis abgeschnitten worden ist. Unter Berücksichtigung dessen, daß die Erzeinfuhr sehr kostspielig ist, ist das Unternehmen wenig rentabel.

### Die Salzindustrie.

In der heutigen polnischen Republik gibt es erhebliche Salzlager, sei es in Form reinen Kristallsalzes, sei es in Form von Mergellagern, die 40 bis 90% reines Salz enthalten, oder in Form von Solen. Kleinpolen besitzt Salzschatze in allen drei Formen. In der Wojewodschaft Warschau finden sich nur kleine Solelager, in Schlesien Steinsalze und schließlich in der ehemaligen Provinz Posen größere Salzlager, die sich zwar in horizontaler Lage nur über einige Hektar hinziehen, dagegen eine Tiefe bis zu 1000 Metern erreichen.

Die polnische Salzindustrie blickt auf eine sehr lange Geschichte zurück. Bereits im 11. Jahrhundert wurde in Wieliczka die erste Saline angelegt; in der ersten Hälfte des 13. Jahrhunderts wird eine Salzgrube in Bochnia (Galizien) erwähnt und im Laufe des Mittelalters entstanden eine Reihe weiterer Salzwerke, vorwiegend in Kleinpolen. Verhältnismäßig jüngeren Datums ist die Salzindustrie Großpolens. Die preußische Regierung legte in der Provinz Posen 1872 die Saline Hohensalza (Inowraclaw) an, die auch heute noch das Rückgrat der westpolnischen Salzindustrie ist, wenngleich eine Überschwemmung im Jahre 1907 einen Teil der Lagerstätten unter Wasser setzte. Während das Salz in Kleinpolen (Wielicka und Bochnia) in nicht reinem Zustande zutage gefördert wird und erst im Siedehaus zum Küchensalz verarbeitet wird, enthalten die großpolnischen Salzlager 90% reinen Salzes, so daß die Exploitationskosten hier viel geringer sind. Insgesamt betrug im österreichischen Teilgebiet im Durchschnitt der Jahre 1908 bis 1912 die Salzproduktion 161 250 t jährlich. Für das Jahr 1913 wird sie mit 167 400 t berechnet, während Großpolen im gleichen Jahre 30 671 t und Kongreßpolen 4600 t produzierte.

Schon vor dem Kriege stellte also die polnische Salzindustrie einen stark aufblühenden und bedeutsamen Industriezweig dar, dessen Schwergewicht in Galizien lag. Es mußte naturgemäß als Folge des Weltkrieges und der jahrelangen Verschiebung des Kriegsschauplatzes nach Galizien ein Produktionsrückgang infolge Stilllegung einer Anzahl von Werken eintreten. Nach Errichtung des polnischen Gesamtstaates arbeiteten von den elf galizischen Werken nur acht.

Seither haben sich die Verhältnisse wesentlich gebessert. Es konnte eine sehr erhebliche Produktionssteigerung herbeigeführt werden, die für das gesamte polnische Gebiet durch folgende Tabelle illustriert wird:

Gesamtproduktion in 1000 t

| Jahr           | Kleinpolen | Kongreßpolen | Großpolen | Zusammen |
|----------------|------------|--------------|-----------|----------|
| 1913 . . . . . | 167        | 5            | 31        | 203      |
| 1920 . . . . . | 220        | 4            | 44        | 265      |
| 1921 . . . . . | 232        | 5            | 65        | 302      |
| 1922 . . . . . | 225        | 4            | 67        | 295      |
| 1923 . . . . . | 226        | 4            | 108       | 338      |
| 1924 . . . . . | 169        | 4            | 102       | 275      |
| 1925 . . . . . | 201        | 3            | 126       | 330      |
| 1926 . . . . . | 216        | 5            | 119       | 340      |

Es muß übrigens bemerkt werden, daß die Produktionsstatistiken sehr voneinander abweichen. So wird nach einer anderen Quelle die gesamte Salzerzeugung Polens (einschl. der Solen) z. B. für 1923 auf ca. 440 000 t, nach einer anderen auf nur 200 000 t geschätzt.

Läßt man das verhältnismäßig unbedeutende Produktionsgebiet Kongreßpolsen außerhalb unserer Betrachtung, so zeigt die obige Statistik für das kleinpolnische Gebiet eine beachtenswerte Produktionsvermehrung, die durch folgende Prozentzahlen verdeutlicht wird: 1913 — 100; 1920 — 137; 1921 — 151; 1922 — 147; 1923 — 159; 1924 — 186; 1925 — 211; 1926 — 289. Es ist wesentlich, daß diese Produktionssteigerung fast gleichmäßig erfolgt, sowohl was die Erzeugung von Sudsalz, wie was die Gewinnung von Steinsalz anlangt. Das Vorherrschen der Steinsalzgewinnung in Galizien charakterisieren folgende Zahlen:

Galizische Salzproduktion von 8 Salinen in Tonnen:

|                     | 1913    | 1920    | 1921    | 1922    | 1923    |
|---------------------|---------|---------|---------|---------|---------|
| Steinsalz . . . . . | 108 186 | 150 129 | 168 575 | 168 600 | 175 847 |
| Sudsalz . . . . .   | 36 100  | 47 447  | 49 776  | 43 755  | 53 261  |
| Zusammen            | 144 286 | 197 576 | 218 351 | 212 355 | 229 108 |

In den ersten Jahren der polnischen Verwaltung wurde diese Produktionssteigerung zum Teil auch durch Vermehrung der Zahl der Angestellten und der Arbeiter erzielt, später konnte ihre Zahl jedoch verringert werden, nachdem die technische Modernisierung der Betriebe fortgeschritten war. Von den technischen Verbesserungen sei die Anschaffung von Preßluftwerkzeugen in Wieliczka erwähnt, wo jetzt pneumatische Hämmer usw. Verwendung finden.

Eine verhältnismäßig noch bedeutendere Produktionszunahme zeigt die Salzindustrie Großpolsens. Die hier lagernden sehr bedeutenden Salzschatze haben ein Anwachsen der Erzeugung auf ca. 300% der Vorkriegsproduktion möglich gemacht. Die Entdeckung neuer bis 400 Meter tiefer Lagerstätten bei Hohensalza hat der Abbautätigkeit einen neuen Antrieb gegeben. Zudem werden die Bohrungen in Großpolsen mit Hilfe modernster technischer Hilfsmittel durchgeführt. Wenn

die Förderung im großpolnischen Gebiet in dem gleichen Tempo wie bisher fortschreitet, ist in Zukunft eine Verschiebung des Schwergewichts der polnischen Salzindustrie von Galizien nach Großpolen nicht ausgeschlossen. Es muß aber bemerkt werden, daß gerade die Hebung der großpolnischen Salzindustrie nicht lediglich auf polnische Initiative zurückzuführen ist, sondern daß die Grundlagen der dortigen Industrie von Preußen übernommen und wesentlich unter Beihilfe ausländischen — vor allem belgischen — Kapitals ausgebaut worden sind.

Was das Verhältnis des Staates zur Salzgewinnung und zum Salzverkauf anlangt, so existiert rechtlich ein staatliches Produktionsmonopol nicht. De facto sind die Salzgruben und Salzsiedereien in Polen fast alle Staatseigentum. Es gibt im ganzen zurzeit 16 Betriebe, von denen 13 dem Staate gehören; nur die Salzgrube in Wapno und die Salzsiedereien in Solna (bei Hohensalza) und Barycz (bei Wieliczka) gehören Privatfirmen. Zehn Betriebe werden von der Hauptdirektion der staatlichen Berg- und Hüttenwerke verwaltet, die übrigen drei sind verpachtet. Anders steht es mit dem Salzverkauf. Bis 1924 wurden die Salzpreise vom Finanzministerium in Gemeinschaft mit dem Salzverkaufsbüro festgesetzt. Diese Preise galten sowohl für die privaten Unternehmungen und durften von diesen nicht überschritten werden. Zu den staatlich festgesetzten Preisen aber konnten die Privatunternehmungen wie die staatlichen oder an Private verpachteten Betriebe das Salz selbst verkaufen. Im übrigen galten in den einzelnen Gebietsteilen verschiedene Bestimmungen. In Posen war der Salzverkauf frei, in Galizien bei dem alleinigen Vorhandensein staatlicher Betriebe monopolartig gebunden.

Im Januar 1925 trat dann eine Verordnung vom 30. März 1924 über ein staatliches Speisesalzmonopol in Kraft. Monopolisiert ist auf Grund dieser Verordnung der Ankauf und Verkauf von Speisesalz, sowie die Einfuhr und Ausfuhr desselben. Zum Zwecke der Umstellung der Salzgroßhandlungen und der Regelung des Salzhandels im ehemals preußischen Teilgebiet, wo bis dahin der freie Salzverkauf bestanden hat, wurde ein Übergangszustand geschaffen. Das mit Genehmigung des Finanzministers aus dem Auslande eingeführte Salz unterliegt einem Einfuhrzoll<sup>1)</sup> und einer Verbrauchssteuer, die unter der Bezeichnung „Monopolabgabe“ als Zusatz zum Einfuhrzoll erhoben wird. Der Außenhandelsverkehr mit Salz war besonders in früheren Jahren nicht unbedeutend. So betrug die Einfuhr 1922 etwa 8000 t, 1923 annähernd 4200 t — die Ausfuhr 1922 über 10 000 t, 1923 11 150 t. An der Einfuhr war hauptsächlich Deutschland beteiligt; die polnische Ausfuhr richtete sich früher vornehmlich nach der Tschechoslowakei, Ungarn und Bulgarien, jetzt vor allem nach den Baltischen Staaten, insbesondere nach Lettland. Den tschechischen Markt hat in letzter Zeit fast vollständig deutsches Salz erobert. Etwa 96% der polnischen Ausfuhr bildet Speisesalz, den kleinen Rest stellt Industriesalz dar. Die polnische Salzausfuhr beträgt gegenwärtig nur etwa

<sup>1)</sup> Der Einfuhrzoll beträgt für Kochsalz, Vihsalz und chemisch reines Salz 0,50 Zloty, für gereinigtes Tafelsalz in Packungen 25 Zloty per 100 kg.

5% der inländischen Produktion, der größte Teil der Eigenerzeugung wird also im Lande selbst abgesetzt.

### Kaliindustrie.

Die Entdeckung von Kalilagern in Polen erfolgte um die Mitte des vorigen Jahrhunderts gelegentlich von Erdölbohrungen im Gebiet von Kalusz (Ostgalizien). Die ersten Versuche, die dort aufgefundenen Kalilager abzubauen, wurden von Wiener Industriellen unternommen, doch mußten infolge technischer Schwierigkeiten bei der Verwertung des gewonnenen Produktes die Arbeiten längere Zeit unterbrochen werden. Im Kriege ist die Grube in Kalusz völlig zerstört worden, wurde aber nach Kriegsende bald wieder instand gesetzt, so daß sie im Jahre 1921 wieder in Betrieb genommen werden konnte. Im Jahre 1923 erfolgte dann die Ausbeutung eines zweiten Kalilagers in der Nähe von Stebnik (bei Drohobycz). Auf Grund von Schätzungen enthalten die Lagerstätten in Kalusz 12, in Stebnik 5 Millionen abbaufähige Kalisalze. Die Kalisalze werden dort in großen lehmigen Blöcken zutage gefördert, in denen die Salze hermetisch abgeschlossen ruhen. Außer den genannten Lagern befinden sich noch erheblich, zum größten Teil unerschlossene Kalilagerstätten in einem mehrere Kilometer breitem Gürtel zwischen den beiden Ortschaften, weitere große Lager ferner noch in der Gegend von Hohensalza (Provinz Posen). Von den Besitzern des dortigen Terrains, der Firma „Solway“ werden bereits Anstalten getroffen, an den Abbau dieser Lager heranzugehen. In Ostgalizien beschäftigt sich mit der Gewinnung und Verarbeitung der Kalisalze die Firma „Tesp A.-G.“ in Lemberg, an der bis Ende 1925 der polnische Staat ausschlaggebend beteiligt war. Das dem Staate früher gehörende Aktienpaket (67%) ist jetzt im Besitz der staatlichen „Landeswirtschaftsbank“ (Bank Gospodarstwa Krajowego).

In der Kaliproduktion Polens lassen sich von Jahr zu Jahr erhebliche Fortschritte feststellen. Die Entwicklung dieses Industriezweiges geht aus folgenden Produktionsziffern hervor (in 1000 t):

|                    | Kalusz  | Stebnik | Insgesamt |
|--------------------|---------|---------|-----------|
| 1913               | 2 344   | —       | 2 344     |
| 1921               | 15 511  | —       | 15 511    |
| 1922               | 46 083  | —       | 46 083    |
| 1923               | 52 059  | 9 479   | 61 503    |
| 1924               | 66 595  | 14 825  | 81 420    |
| 1925               | 117 766 | 61 034  | 178 800   |
| 1926 <sup>1)</sup> | 134 332 | 73 368  | 207 700   |

Die beiden Kaligruben in Kalusz und Stebnik liefern gegenwärtig bereits 17 000 t Kalisalze monatlich (Kalusz 11 000 t, Stebnik 6000 t) und beschäftigen zusammen etwa 700 Arbeiter. Durch die starke Forcierung der Produktion ist es der polnischen Kaliindustrie gelungen, einen von Jahr zu Jahr steigenden Anteil des Bedarfs der polnischen Landwirtschaft zu decken. Während im Jahre 1923

<sup>1)</sup> Vorläufige Daten.

noch über 500 000 t (in der Hauptsache aus Deutschland) eingeführt werden mußten, ging der Bezug ausländischer Kalisalze im Verlauf der letzten Jahre bis auf 16 000 t im Jahre 1926 zurück. Da etwa die gleiche Menge an Kaliprodukten auch von der polnischen Industrie exportiert worden ist, so hat sich Polen — theoretisch betrachtet — vom Auslandsbezug bereits unabhängig gemacht.

Die Steigerung der Inlandsproduktion wird weiter mit großer Intensität fortgesetzt, um im größeren Umfange auch zur Kaliausfuhr überzugehen. Exportorganisationen besitzt die polnische Kaliindustrie bereits in Malmö (Handelsbolaget Polonia) und in Wien (Chemikalien- und Metall-A. G.). Die erste Gesellschaft ist mit Unterstützung des schwedischen Zündholztrustes gegründet worden, der an der polnischen Kaliindustrie interessiert ist und sich auch finanziell an der Erschließung der polnischen Kalilager beteiligt.

### Erdölindustrie.

Die Naphthagewinnung in Polen beschränkt sich auf den südlichen Teil Kleinpolens (Galizien) und verteilt sich dort auf vier Bezirke. Es sind dies die Naphthareviere Drohobycz, Stanislawów (Stanislaw), Jaslo und Krakau. Der wichtigste Teil der polnischen Erdölindustrie konzentriert sich im Drohobyczer Bezirk, auf den etwa 85% der inländischen Gesamtproduktion an Erdöl entfallen. In die restliche Erzeugung teilen sich der Jaslo-Krakauer Bezirk mit 9% und der Stanislawer mit 6%. Die polnische Erdölproduktion der letzten Jahre zeigt ziffernmäßig folgende Entwicklung (in Tonnen):

|                    |           |
|--------------------|-----------|
| 1913               | 1 114 000 |
| 1923               | 737 181   |
| 1924               | 770 791   |
| 1925               | 811 910   |
| 1926 <sup>1)</sup> | 796 100   |

Wie aus diesen Zahlen zu entnehmen ist, weist die Naphthagewinnung in Polen im Verlauf der letzten Jahre eine jährliche Steigerung von etwa 5% auf, bleibt aber hinter der Vorkriegserzeugung immer noch um etwa 25 bis 30% zurück. Seit dem Herbst 1926 macht sich jedoch ein Rückgang in der Erdölproduktion bemerkbar, besonders im Zentrum des Drohobyczer Reviers Boryslaw. Die Erzeugung von Rohnaphtha in der Gegend von Boryslaw betrug in den einzelnen Quartalen des Jahres 1926:

|            |           |
|------------|-----------|
| I. Quartal | 132 396 t |
| II. „      | 137 777 t |
| III. „     | 133 781 t |
| IV. „      | 125 232 t |

Die durchschnittliche Tagesproduktion ging in diesem Revier im Dezember 1926 auf 1278 t (November 1926: 1419 t, Dezember 1925: 1462 t) zurück. Wenn

<sup>1)</sup> Vorläufige Daten.

das Sinken der Rohnaphthaproduktion in gleichem Maße anhält, so wird für das Jahr 1927 mit einem Ausfall von 3000 bis 5000 Waggons gerechnet.

Zurückzuführen ist dieser Rückgang in der Hauptsache auf die übermäßig gestiegenen Exploitationskosten der Gruben, die sich nach Berechnung des Verbandes der polnischen Naphthaproduzenten gegenüber 1913 um 300 bis 400% erhöht haben. Polen besitzt die tiefsten Naphthaschächte der Welt. Sie liegen teilweise bis 1700 Meter tief unter der Erdoberfläche. Die Anlage eines jeden neuen Schachtes erfordert Investitionsausgaben von rund zwei Millionen Dollar und dauert nach dem in Polen noch vielfach angewandten, veralteten Bohrsystem durchschnittlich fünf bis sieben Jahre, wodurch die Rentabilität des Anlagekapitals u. U. in Frage gestellt wird, besonders wenn die erbohrten Quellen die erwartete Ergiebigkeit vermissen lassen oder — wie es nicht selten vorkommt — nach kurzer Zeit wieder versiegen. Neuzeitliche Exploitationsmethoden konnten bisher infolge des hierzu notwendigen großen Kapitalaufwandes erst teilweise durchgeführt werden.

Es mag noch hinzukommen, daß auch der mangelnde Rechtsschutz die Initiative des privaten Kapitals für Neuinvestitionen schwächt, der sich aus dem derzeit geltenden Naphthagesetz ergibt und den Bergbau zugunsten der Grundeigentümer noch übermäßig stark belastet. Von nicht geringem Einfluß ist ferner die Steuerpolitik der polnischen Regierung, trotzdem sie im Verlauf des Jahres 1925 zugunsten der Naphthaindustrie wiederholte Änderungen erfahren hat. In diesem Zusammenhange mag die Befreiung der Naphthaproduktenausfuhr von der Umsatzsteuer und die Ermäßigung der Einkommensteuer für die Grubenbesitzer genannt werden. Andererseits ist aber durch die Einführung einer Kommunalabgabe eine neue Belastung der Produktion hinzugetreten. Unter diesen Umständen ist es nicht verwunderlich, daß neue Kapitalinvestitionen im polnischen Naphthabergbau immer seltener werden. Soll aber die polnische Erdölindustrie durch das zu erwartende weitere Sinken der Naphthaproduktion nicht erheblich an Bedeutung verlieren, so ist die Anlage neuer Bohrlöcher eine dringende Notwendigkeit. Darüber scheinen sich Industrie und Staat einig zu sein; nur über die Frage, ob dem Staate oder dem Privatkapital die Pflicht obliege, neue Rohstoffquellen zu erschließen, gehen die Ansichten noch stark auseinander. Von den im Jahre 1925 vorhandenen 2280 Schächten (1924: 2328) waren 194 (gegen 245 im Jahre 1924) in Bohrung und unter Druck<sup>1)</sup>. Die Zahl der in den Gruben beschäftigten Arbeiter betrug im Jahre 1925: 9113.

Günstiger stellt sich die Erdgasgewinnung dar, die sich seit dem Jahre 1920 von 405 Millionen cbm auf 438 Millionen im Jahre 1924 und 535 Millionen cbm im Jahre 1925 gehoben hat. Auf die einzelnen Reviere verteilte sich die Produktion des Jahres 1925 wie folgt: Drohobycz 332,8 Millionen cbm (1924: 298,2 Millionen), Stanislawów 138,4 Millionen cbm (1924: 74,4 Millionen). Die Erdwachs-gewinnung zeigt im Jahre 1925 (722,7 t) gegenüber dem Vorjahre (722,6 t)

<sup>1)</sup> Am 31. 12. 1926 betrug die Zahl der Schächte 2398, wovon sich nach privaten Berechnungen 138 in Bohrung und unter Druck befanden.

kaum eine Veränderung. Die Vorkriegsziffer (1350 t) hat sie jedoch noch nicht erreicht.

Die polnische Raffinerieindustrie hat sich dagegen sehr stark entwickelt. Ihr Bedarf an Rohnapththa ist so groß, daß die inländische Erdölproduktion nicht ausreicht, und zur Streckung der verfügbaren Rohstoffmengen ein Ausfuhrverbot für Rohnapththa erlassen werden mußte. Ein Angebot an Rohnapththa auf dem polnischen Markt besteht so gut wie garnicht. Etwa 80% der Naphthaproduktion verbleibt in den Händen der Bohrgesellschaften, die eigne Raffinerien besitzen. Unter diesen Umständen bleiben die „reinen“ Raffinerien, d. h. solche, die nicht gleichzeitig Naphthaproduzenten sind, in bezug auf die Rohstoffversorgung oft im Nachteil und sind nur zeitweise voll beschäftigt. Die meisten großen Naphthagesellschaften in Polen besitzen aber gleichzeitig Naphthagruben und Raffinerien, sind also von der Marktlage weniger abhängig. Das größte polnische Unternehmen in Polen ist die staatliche „Mineralölfabrik“ in Drohobycz, bekannt unter der Bezeichnung „Polmin“. Dieses Werk verarbeitet 10 bis 12 000 t Naphtha monatlich, d. i. etwa  $\frac{1}{6}$  der Erdölproduktion ganz Polens. Die Polminfabrik ging — 1910 begründet — aus den Händen der österreichischen Regierung nach der Einverleibung Galiziens in den Besitz des polnischen Staates über.

Bald nach Übernahme ging die polnische Regierung an den systematischen Ausbau dieses Betriebes, der erst 1925 beendet worden ist. Das Werk beschäftigt etwa 900 Arbeiter und verarbeitet jährlich annähernd 1000 Waggons Paraffin. Die Polminfabrik deckt in erster Linie den Militärbedarf, ferner den Bedarf der staatlichen Eisenbahnen und Berg- und Hüttenbetriebe. Der noch verbleibende Rest der Produktion wird an die große Kommissionsfirma „Gebrüder Nobel“ verkauft.

Eine ähnlich günstige Entwicklung hat auch die private Raffinerieindustrie genommen, wenn auch der um die Mitte des Jahres 1925 einsetzende deutsch-polnische Zollkonflikt unverkennbare Absatzschwierigkeiten in Erscheinung treten ließ. Wie stark der Export nach Deutschland, einem der wichtigsten Absatzgebiete für polnische Raffinerieprodukte, angesichts der deutschen Einfuhrbeschränkungen gesunken ist, wird durch nachfolgende Tabelle illustriert:

|                  |           | in % der Gesamtausfuhr |
|------------------|-----------|------------------------|
| 1920             | 48 168 t  | 24                     |
| 1921             | 67 590 t  | 20                     |
| 1922             | 129 275 t | 36                     |
| 1923             | 81 139 t  | 26                     |
| 1924             | 104 290 t | 26                     |
| 1925             | 66 115 t  | 20                     |
| 1926 (I. Halbj.) | 8 022 t   | —                      |

Daß es der polnischen Erdölindustrie überhaupt gelungen ist, sich für diesen Ausfall anderwärts etwa gleichwertige Absatzgebiete zu verschaffen, ist fast ausschließlich einer überaus günstigen und unerwarteten Konjunkturperiode zuzu-

schreiben, die im Verlauf des Jahres 1926 in Erscheinung trat und in der Hauptsache auf ein Anwachsen des Weltkonsums bei gleichzeitigem Rückgang der amerikanischen Naphthaproduktion und auf den englischen Bergarbeiterstreik zurückzuführen war. Diese Konjunktur hat zweifellos wieder zu einer Besserung der Absatzverhältnisse in der polnischen Raffinerieindustrie beigetragen. Als vorübergehende Erscheinung darf sie allerdings nicht überschätzt werden. Ebenso würde es den Tatsachen nicht entsprechen, wenn man behaupten wollte, daß die polnische Naphthaindustrie auf den Export ihrer Produkte nach Deutschland gänzlich verzichten könnte. Ist erst mit steigender Preistendenz ein Ausgleich der polnischen Naphthapreise an die Weltmarktpreise erfolgt und die noch teilweise bestehende Exportprämie (als Folge der Zlotyentwertung) fortgefallen, dann wird sich von selbst wieder die Ausfuhrmöglichkeit nach entfernter liegenden Absatzmärkten stark mindern und die Unentbehrlichkeit des deutschen Marktes für polnische Naphthaprodukte umso deutlicher hervortreten lassen. Dazu zwingt auch der ungünstige Standort der polnischen Erdölindustrie, der eine erhebliche Verteuerung der Transporte und eine Herabminderung der Wettbewerbsfähigkeit auf dem Weltmarkt bewirkt und ein starkes Abhängigkeitsverhältnis zu den nächstliegenden nachbarlichen Absatzgebieten schafft.

Der gesamte polnische Export an Raffinerieprodukten stellt sich in den drei letzten Jahren (1924, 1925, 1926) folgendermaßen dar:

|      |           |
|------|-----------|
| 1924 | 402 581 t |
| 1925 | 324 587 t |
| 1926 | 304 819 t |

Die Ausfuhr verteilte sich in den Jahren 1924 und 1925 auf folgende Länder (Tonnen):

|                              | 1924           | 1925           |
|------------------------------|----------------|----------------|
| Tschechoslowakei . . . . .   | 140 749        | 112 885        |
| Österreich . . . . .         | 51 326         | 30 861         |
| Deutschland . . . . .        | 122 209        | 77 328         |
| Schweiz . . . . .            | 13 547         | 21 271         |
| Ungarn . . . . .             | 15 145         | 2 382          |
| Rumänien . . . . .           | 1 749          | 1 965          |
| Frankreich . . . . .         | 4 509          | 6 913          |
| Dänemark . . . . .           | 8 614          | 7 314          |
| England . . . . .            | 12 091         | 5 913          |
| Schweden . . . . .           | 723            | 2 796          |
| Finnland . . . . .           | 7 716          | 3 679          |
| Danzig (Freihafen) . . . . . | —              | 5 598          |
| Andere Länder . . . . .      | 24 203         | 45 682         |
| <b>Insgesamt:</b>            | <b>402 581</b> | <b>324 587</b> |

Der Export des Jahres 1924 betrug 64%, 1925: 50,1% und 1926: 38,5% der Gesamtproduktion. Das Sinken der Ausfuhr im Jahre 1925 und 1926 ist — wie

schon oben erwähnt — hauptsächlich eine Folge des deutsch-polnischen Zollkrieges. Der Wert der Ausfuhr 1925 stellte sich auf 57,9 Millionen Goldzloty (1926: 63,5 Millionen Goldzloty), wovon etwa 25% auf die Paraffinausfuhr und 29% auf die Benzinausfuhr entfielen.

Zur Charakterisierung der polnischen Raffinerieindustrie mögen noch folgende Zahlen dienen: Die jährliche Gesamtverarbeitungsfähigkeit der polnischen Raffinerien beträgt etwa 1,2 Millionen t. Sie kann jedoch nicht voll ausgenutzt werden, weil — wie schon oben erwähnt — die Rohölproduktion im Inlande unzureichend ist. Die Produktion der Raffinerien betrug im Jahre 1924 628 530 t und im Jahre 1925 647 828 t. Sie verteilte sich auf folgende Erzeugnisse (in Tonnen):

|                        | 1924    | 1925    |
|------------------------|---------|---------|
| Benzin . . . . .       | 91 095  | 96 569  |
| Petroleum . . . . .    | 197 290 | 202 760 |
| Gasöl . . . . .        | 113 340 | 116 609 |
| Schmieröl . . . . .    | 119 231 | 128 336 |
| Paraffin . . . . .     | 34 012  | 33 954  |
| Lichte . . . . .       | 510     | 1 325   |
| Vaseline . . . . .     | 369     | 259     |
| Asphalt . . . . .      | 7 836   | 12 569  |
| Koks . . . . .         | 9 038   | 10 758  |
| Halbprodukte . . . . . | 54 694  | 43 174  |
| Schmierfett . . . . .  | 1 115   | 1 515   |
| Insgesamt:             | 628 530 | 647 828 |

Im Jahre 1925 waren in Polen 29 Raffinerien mit 5400 Arbeitern in Betrieb (das ist etwa ein Drittel der gesamten in der polnischen Erdölindustrie beschäftigten Arbeiterzahl). Im Verlauf des Jahres 1926 wurde im Zusammenhang mit den obenerwähnten Schwierigkeiten des Auslandsabsatzes in zwei größeren und sieben kleineren Raffinerien der Betrieb eingestellt. Die Inlands-konsumption an Naphthaprodukten betrug in den gleichen Jahren:

| Raffinerieprodukte     | Inlandsverbrauch |         |
|------------------------|------------------|---------|
|                        | 1924             | 1925    |
| Benzin . . . . .       | 15 797           | 24 826  |
| Petroleum . . . . .    | 99 885           | 128 071 |
| Gasöl . . . . .        | 30 249           | 26 100  |
| Schmieröl . . . . .    | 42 130           | 47 395  |
| Paraffin . . . . .     | 7 670            | 8 536   |
| Lichte . . . . .       | 549              | 1 100   |
| Asphalt . . . . .      | 1 434            | 2 470   |
| Vaseline . . . . .     | 318              | 328     |
| Koks . . . . .         | 1 132            | 2 661   |
| Schmierfette . . . . . | 975              | 1 377   |
| Insgesamt:             | 200 139          | 242 864 |

Im Jahre 1926 hat sich der Inlandsverbrauch angesichts der besseren Beschäftigung vieler Industriezweige weiter heben können. Im Vergleich zur Höhe der Gesamtproduktion ist der Eigenverbrauch aber immer noch relativ gering und beträgt kaum 40% der Erzeugung.

In der polnischen Erdölindustrie nimmt ausländisches Kapital eine dominierende Stellung ein. Sein gegenwärtiger Anteil an der Produktion wird aus folgender Tabelle ersichtlich, die auf der Grundlage der Erzeugung im Juni 1926 aufgebaut ist<sup>1)</sup>:

|  |      |
|--|------|
| Französische Gesellschaften . . . . .                | 53%  |
| Österreichische Gesellschaften . . . . .             | 16%  |
| Schweizerisch-amerikanische Gesellschaften . . . . . | 13%  |
| Amerikanische Gesellschaften . . . . .               | 7%   |
| Polnische Gesellschaften . . . . .                   | 6%   |
| Verschiedene (engl., ital., tschech.) Gesellschaften | 4,5% |

Neue große Kapitalinvestitionen des Auslandes in der polnischen Naphtha-industrie sind in letzter Zeit nicht zu verzeichnen. Dagegen finden fortgesetzt Besitzverschiebungen innerhalb dieses Industriezweiges zur Herbeiführung eines engeren Zusammenschlusses statt, der eine stärkere Interessenvertretung ermöglichen soll. So hat sich die Raffinerie „Limanowa A. G.“ mit der „Silva Plana“ fusioniert. Eine Interessengemeinschaft ist ferner zwischen der Firma „Gebrüder Nobel in Polen A. G.“ und der Naphthagesellschaft „Olej Skalny“ zustande gekommen. Die Gebrüder Nobel A. G.“ ist wiederum in die „Standard Oil Company“ aufgegangen und führt ab 1. Januar 1927 die Bezeichnung „Standard-Nobel in Polen.“ Beabsichtigt ist auch ein Zusammenschluß des Naphthakonzerns „Dombrowa“ mit dem Konzern „Premier“, der ganz unter dem finanziellen Einfluß des „Credit Lyonnais“ in Paris steht. Dieser Konzern hat sich vorher bereits mit der „Kleinpolnischen Naphthaindustrie“ fusioniert und stellt gegenwärtig eine der mächtigsten ausländischen Interessengruppen der polnischen Naphthaindustrie dar. Das Größenverhältnis der bestehenden und neuerstandenen Naphthakonzerne in Polen ergibt sich aus folgender Übersicht, der den Anteil der einzelnen Interessengruppen an der Naphthaproduktion des 1. Halbjahres 1926 zugrunde liegt (in Tonnen):

|   |        |
|---|--------|
| „Dombrowa“ . . . . .                          | 49 123 |
| „Premier“ — „Kleinpolnische Naphthaindustrie“ | 48 400 |
| „Nafta“ . . . . .                             | 36 200 |
| „Fanto“ . . . . .                             | 35 160 |
| „Limanowa“ — „Silva-Plana“ . . . . .          | 44 073 |
| „Galicja“ — „Franco-Polonaise“ . . . . .      | 32 176 |
| „Nobel“ . . . . .                             | 22 191 |

Insgesamt beträgt der ausländische Anteil an der polnischen Erdölindustrie etwa 90%, der rein polnische Anteil dagegen nur etwa 10%.

<sup>1)</sup> Przegląd Gospodarczy 1926, Heft 17.

# Landwirtschaftliche Industriezweige.

## Zuckerindustrie.

Die Zuckerindustrie in Polen verdankt ihre günstige Entwicklung in erster Linie der guten Rohstoffversorgung, die sie vom Auslandsbezug völlig unabhängig macht. Schon vor dem Kriege war sie einer der bedeutendsten Industriezweige Polens. Es bestanden damals auf dem Terrain der heutigen polnischen Republik 87 Zuckerfabriken, die jährlich etwa 560 000 Tonnen Zucker produzierten. Die vorkriegszeitliche Zuckerrübenanbaufläche betrug 173 000 Hektar und verteilte sich auf die einzelnen polnischen Gebietsteile wie folgt: Kongreßpolen 79 000 ha, Großpolen 79 900 ha, Kleinpolen 6000 ha und Ostpolen 8000 ha. Der Krieg hat die günstige Entwicklung der Zuckerindustrie unterbrochen und allein in Kongreß- und Kleinpolen mehr als 30 Fabriken zerstört. Der Wiederaufbau der polnischen Zuckerindustrie begann zwar bald nach Beendigung des Krieges, wurde aber durch den Russeneinfall 1920 nicht unwesentlich verzögert. Erst das Jahr 1921 ermöglichte wieder eine normale Entwicklung. Im gleichen Jahre wurde das Zuckermonopol aufgehoben und für das ganze polnische Gebiet der freie Handel eingeführt.

In der Zuckerkampagne 1921/22 war die polnische Zuckerproduktion infolge Mangel an Rohstoffen noch gehemmt. Die Rübenanbaufläche vergrößerte sich jedoch von Jahr zu Jahr, so daß 1925 die vorkriegszeitliche Anbaufläche bereits überschritten wurde. Die jährliche Zunahme der Rübenanbaufläche geht aus folgender Zusammenstellung deutlich hervor:

### Zuckerrübenanbaufläche in ha:

|      |         |
|------|---------|
| 1913 | 173 000 |
| 1921 | 82 000  |
| 1922 | 108 000 |
| 1923 | 140 000 |
| 1924 | 168 000 |
| 1925 | 174 000 |
| 1926 | 184 000 |

Das Jahr 1926 zeigt ein weiteres Wachsen der Anbaufläche und zwar um 5,8% des Vorjahres und gegenüber 1913 um annähernd 7%. In den einzelnen Wojewodschaften betrug im Jahre 1926 die Zuckerrübenanbaufläche in ha: Warschau 35 195, Lublin 17 453, Lodz 11 654, Kielce 6 313, Posen 71 648, Pommerellen 17 808, Schlesien 2 400, Lemberg 14 288 und Wolhynien 7 784. Im Vergleich zum Vorjahr haben die Wojewodschaften Warschau, Lublin und Wolhynien kleinere Flächen mit Zuckerrüben bebaut (Warschau 1,6%, Lublin 5,3%, Wolhynien 16,3%). Wesentliche Zunahmen weisen dagegen die Wojewodschaften Pommerellen mit + 16,1% und Posen mit + 13,6% des Jahres 1925 auf. Die günstige Entwicklung des Rübenanbaus in Westpolen ist auf den größeren Anreiz für die Landwirtschaft zurückzuführen, der sich aus den erzielten Preisen erklärt.

Auch sind die Hektarerträge im westlichen Teile Polens angesichts der höheren landwirtschaftlichen Kultur erheblich größer. Während der westpolnische Landwirt im Jahre 1925 durchschnittlich 25,5 t Rüben je ha erntete, erzielte der kongreßpolnische nur etwa 17,8 t. Noch größer sind die Ertragsunterschiede zwischen Posen (26,0 t) und Ostpolen (Wolhynien 13,2 t). Von der gesamten Anbaufläche gehörte im Jahre 1925 dem Großgrundbesitz 66,7%, den kleinen Landwirten 31% und den Zuckerfabriken 2,3%. — Der Zuckerrüben ertrag hat allerdings die Vorkriegshöhe noch nicht erreicht; er betrug 1925 erst 85%, ist aber von Jahr zu Jahr im Steigen begriffen. Diese Tatsache beweist, daß die Intensivität der landwirtschaftlichen Kultur den normalen Stand noch nicht wiedererlangt hat. Von größerer Bedeutung ist aber der Zuckergehalt der Rüben. Dieser betrug im Jahre 1926 17,63%, im Jahre 1925 17,38%. Trotz der größeren Anbaufläche und des gestiegenen Zuckergehalts der Rüben bleibt aber die Zuckerproduktion in der Kampagne 1926/27 hinter der vorjährigen um etwa 20 000 t zurück.

Die Entwicklung der polnischen Zuckerproduktion seit 1921/22 sowie die Zahl der in den einzelnen Jahren in Betrieb befindlichen Zuckerfabriken ergibt sich aus folgender Zusammenstellung:

| Jahr    | Zahl der<br>Zuckerfabriken | Produktion<br>in t |
|---------|----------------------------|--------------------|
| 1912/13 | 87                         | 560 000            |
| 1921/22 | 68                         | 160 000            |
| 1922/23 | 70                         | 274 000            |
| 1923/24 | 74                         | 345 000            |
| 1924/25 | 75                         | 440 000            |
| 1925/26 | 72                         | 520 000            |
| 1926/27 | 70                         | 500 000            |

Wie aus diesen Ziffern hervorgeht, weist die Zuckerproduktion seit 1921 ständige Steigerungen auf. Nur die Zuckerkampagne des Jahres 1926/27 läßt einen kleinen Rückgang erkennen. Im Verhältnis zur Erzeugung ist der Inlandsverbrauch gering. Er betrug im Jahre 1925/26 nur etwa 40%, das sind bei einem Konsum von 267 000 t etwas über 9 kg auf den Kopf der Bevölkerung. Er läßt aber von Jahr zu Jahr Steigerungen erkennen (1921/22 130 000 t; 1922/23 179 000 t; 1923/24 183 000 t; 1924/25 252 000 t). Selbst der mäßige Vorkriegsverbrauch (300 000 t) konnte bisher noch nicht erreicht werden. Der relativ geringe Inlandsverbrauch an Zucker ist zum Teil auf Gewohnheiten, zum Teil auf die geschwächte Kaufkraft eines großen Teils der Bevölkerung zurückzuführen und beträgt im Vergleich zum Konsum der mittel- und westeuropäischen Staaten kaum mehr als ein Drittel.

Die Leistungsfähigkeit der Zuckerfabriken in den einzelnen Teilgebieten weist erhebliche Unterschiede auf. Dies hängt bis zu einem gewissen Grade mit dem verschiedenartigen Größenverhältnis der westpolnischen und altpolnischen Betriebe zusammen. Die Fabriken im ehemals preußischen Teilgebiet stellen

in der Hauptsache Großbetriebe dar, während die kongreß- und teilweise auch kleinpolnischen Fabriken eher zu mittleren Betrieben zu rechnen sind. Dadurch wird es auch verständlich, daß die 23 westpolnischen Zuckerfabriken mehr erzeugen, als die 42 kongreßpolnischen. Die ersten produzierten nämlich im Jahre 1925 280 000 t, die letzteren — trotz ihrer erheblich größeren Anzahl — nur 185 000 t Zucker. Die Produktionsfähigkeit eines Betriebes im ehemals preußischen Gebiet beträgt durchschnittlich 12 200 t, die Produktionsfähigkeit eines kongreßpolnischen Betriebes nur 4400 t.

Auch hinsichtlich der Kommunikation stehen letztere erheblich ungünstiger da, weil ihnen vielfach verkehrstechnische Verbindungen und Einrichtungen wie Anschlußgleise an Normalspurbahnen usw. fehlen. Sie müssen sich daher vielfach mit Feldbahnanschlüssen begnügen, die eine nochmalige Umladung des Gutes notwendig machen, oder werden gezwungen, die Zufuhr durch Fuhrwerksbetrieb zu bewerkstelligen, wodurch sich die Transportkosten naturgemäß erheblich verteuern. Auch die technischen Einrichtungen der kongreßpolnischen Zuckerfabriken stehen längst nicht auf der Höhe der westpolnischen Betriebe. Letztere sind dadurch in der Lage, billiger zu produzieren. Da der Preis für Inlandsverbrauchsucker für ganz Polen einheitlich geregelt ist, so fühlen sich die kongreßpolnischen Zuckerfabriken stark benachteiligt. Um ihre Interessen nachdrücklicher zu vertreten, haben sich die kongreß- und kleinpolnischen Zuckerfabriken im Jahre 1926 zusammengeschlossen und die Regierung um Maßnahmen gebeten, um ihre gefährdete Position zu schützen. Als Schutzmaßnahme empfehlen sie die Reduzierung des Ausfuhrkontingents für ihre Fabriken, da der Zuckerexport mit Verlusten verbunden ist. Des Weiteren verlangen sie eine Erhöhung der inländischen Zuckerpreise. Die Regierung ist nun damit beschäftigt, die komplizierten Fragen der Produktionskosten in den einzelnen Teilgebieten zu untersuchen.

Über den Verkehr mit Zucker bestehen in Polen eine Reihe wichtiger Bestimmungen, die sich sowohl auf den Innen- wie Außenhandel beziehen. So erhebt der polnische Staat beispielsweise von der Gesamtproduktion an Zucker eine Verbrauchsabgabe (Akzise) von 35 Zloty per 100 kg. Für Exportzucker fällt diese Akzise fort, dagegen nicht für importierten Auslandszucker. Für letzteren wird außer dem Zoll, der für Rohzucker 50 Zloty und für raffinierten Zucker 60 Zloty per 100 kg beträgt, auch noch die für Inlandszucker in Frage kommende Akzise und zwar in gleicher Höhe erhoben. Auslandszucker ist infolgedessen auf den polnischen Märkten nicht wettbewerbsfähig. Auf Grund einer Verordnung vom 22. Juli 1925 stellt der Finanzminister im Einvernehmen mit dem Minister für Industrie und Handel sowie dem Landwirtschaftsminister alljährlich die Höhe der grundsätzlichen Zuckerkontingente auf, die von den einzelnen Zuckerfabriken auf dem Inlandsmarkt abgesetzt werden dürfen, des Weiteren auch die Höhe der Zuckerreserven für den Fall eines unerwarteten Anwachsens des Inlandskonsums. Die Kontingente werden unter allen Zuckerfabriken proportional zur Höhe ihrer Erzeugung verteilt. Für die Dauer von vier Jahren erhalten diejenigen Fabriken, die weiter als 500 Kilometer Eisenbahnlinie von den Ausfuhrhäfen

Danzig und Gdingen entfernt liegen, eine Zugabe zu ihrem Grundkontingent in Höhe von 2 bis 5% zum Zwecke eines Ausgleichs für Mehrunkosten, die ihnen bei einer evtl. Zuckerausfuhr entstehen. Für die gleiche Dauer, also bis zur Kampagne des Jahres 1928/29 erhalten die kleineren Zuckerfabriken, deren Produktion 40 000 t jährlich nicht übersteigt, auf Kosten der Großbetriebe mit über 50 000 t Jahresproduktion gewisse Überkontingente zugeteilt, bemessen nach einer Prozentkala, die je nach der Größe der Zuckerfabriken zwischen 4 und 12% schwankt. Zucker, der über das festgesetzte Kontingent hinaus auf den Inlandsmarkt geworfen wird, ist mit einer Verbrauchssteuer in Höhe von 75 Zloty per 100 kg belegt.

Die A u s f u h r polnischen Zuckers wird günstig beeinflusst durch den Wegfall des Ausfuhrzolls. Im übrigen ist der Auslandsabsatz von polnischem Zucker so geregelt, daß der Versand größtenteils von Zuckerfabriken ausgeht, die den Auslandsmärkten am nächsten gelegen sind, um teure Transporte aus ungünstiger gelegenen Gegenden möglichst zu vermeiden. Außer kleineren Mengen, die auf dem Schienenwege nach Deutschland, der Tschechoslowakei, der Schweiz, Rumänien und Rußland gehen, vollzieht sich der Export in der Hauptsache auf dem Seewege über den Danziger Hafen. Der Hauptabnehmer für polnischen Zucker ist England, wohin annähernd die Hälfte des ganzen polnischen Exportzuckers abgesetzt wird. Der polnische Zuckerexport ist trotz der ungünstigen Absatzkonjunktur auf dem Weltmarkt von Jahr zu Jahr gestiegen, was aus folgenden Ziffern deutlich zum Ausdruck kommt.

| Polnischer Zuckerexport | t       |
|-------------------------|---------|
| 1920/21                 | 15 000  |
| 1921/22                 | 40 000  |
| 1922/23                 | 93 000  |
| 1923/24                 | 153 000 |
| 1924/25                 | 203 000 |
| 1925/26                 | 266 700 |

Der Zuckerexport ist für die polnischen Zuckerfabriken — wie schon oben kurz erwähnt — ein Verlustgeschäft. Trotzdem bemühen sich die einzelnen Unternehmungen, möglichst viel Zucker zu exportieren, da die Menge des ausgeführten Zuckers für jede Fabrik von Einfluß auf die Festsetzung des Anteils am Inlandsverkauf ist, der allein infolge der künstlichen Hochhaltung der inländischen Zuckerpriese einen Gewinn abwirft. In Ermangelung eines genügenden Inlandsabsatzes muß die Zuckerausfuhr dem Wachsen der Produktion entsprechend gesteigert werden, soll die Zuckerrübenkultur durch Produktionseinschränkungen der Fabriken nicht gefährdet werden. Die Zuckerausfuhr ist aber auch noch deshalb unbedingt erforderlich, weil die Zuckerkampagne in erheblichem Maße mit Hilfe ausländischer Exportkredite geführt wird. Dadurch, daß diese Kredite den Zuckerfabriken schon einige Monate vor Beginn der Kampagne zur Verfügung stehen, ermöglichen sie überhaupt erst die normale Durchführung der Kampagne. Die Kredite werden in der Hauptsache von England gewährt und betragen jährlich etwa drei Millionen Pfund Sterling. Angesichts des eigenen Kapitalmangels der polnischen

Zuckerfabriken und der Kreditnot in Polen haben daher diese Kredite in hohem Maße zu dem Aufschwung beigetragen, den die polnische Zuckerindustrie in den letzten Jahren genommen hat.

Was die Produktion nach Zuckerarten betrifft, so überwiegt die Erzeugung von Kristallzucker, der als Typ P auf den Auslandsmärkten bekannt ist. Außerdem erzeugen die polnischen Zuckerfabriken beträchtliche Mengen Rohzucker, der nur zu einem Teile im Inlande verarbeitet wird, also vor allen Dingen für den Export in Frage kommt. Erklärlich wird der relativ große Export von Rohzucker dadurch, daß sich die ausschließlich Rohzucker produzierenden Fabriken fast durchweg im westlichen Teile Polens befinden, von wo die wichtigsten ausländischen Absatzmärkte am günstigsten zu erreichen sind. Zuckerraffinerien besitzt Polen vornehmlich in den übrigen Teilgebieten, die verschiedene Arten von Raffinade wie Würfelzucker, Zuckerhüte, Puderzucker usw. erzeugen. Auch die Abfälle der Zuckerfabrikation gelangen zum größten Teil zur Ausfuhr, zumal Polen angesichts der reichlich im Inlande vorhandenen Futtermittel auf Rübenschnitzel und sonstige Nebenprodukte aus der Zuckerfabrikation verzichten kann. Nach Kräften wird der Zuckerexport auch durch Regierungsmaßnahmen forciert. Hierzu gehören folgende spezielle Vergünstigungen: Befreiung von der Ausfuhrabgabe, Wegfall der Umsatzsteuer für Exporttransaktionen, Ermäßigung der Eisenbahntarife für den Zuckerexport durch Anwendung besonderer Ausnahmetarife usw. Trotz aller dieser Erleichterungen ist der Zuckerexport eine gefährliche Klippe; denn der entstehende Ausfuhrschaden kann in Anbetracht des niedrigen Inlandsverbrauchs nur mit Mühe und großen Kämpfen durch künstliche Verteuerung des Inlandsabsatzes kompensiert werden. Der Zuckerexport stellt daher einen die gesunde Entwicklung dieses Industriezweiges stark hemmenden Faktor dar, der nur durch eine wesentliche Herabsetzung der Produktionskosten ausgeschaltet werden könnte.

Neben englischem Kapital, das durch Finanzierung des Zuckerexports an der polnischen Zuckerindustrie interessiert ist, ist auch ein starker Einfluß holländischen Kapitals in diesem Industriezweig zu verspüren. Schon seit Aufhebung der Zuckerzwangswirtschaft im Jahre 1921 unterhält Holland besonders mit der westpolnischen Zuckerindustrie ständige Beziehungen und bezieht jährlich eine große Menge polnischen Rohzuckers durch Vermittlung der Posener Zuckerindustriebank („Bank Cukrownictwa“). Auf diese Weise steht Holland unter den polnischen Zuckerabnehmern nächst England an zweiter Stelle. Das Interesse holländischer Wirtschaftskreise geht soweit, daß sich holländische Firmen mit bedeutenden Kapitalien (durch Übernahme von Aktien) in mehreren großen westpolnischen Fabriken festgesetzt haben. Bereits in acht polnischen Zuckerunternehmungen hat sich holländisches Kapital Einfluß gesichert. Es handelt sich um die Fabriken in Sroda, Opalenica, Tuczno, Janikowö, Pakosch, Wierzchoslawice, Wreschen und Borowiczki bei Plock. In den drei kujawischen Zuckerfabriken Tuczno, Janicowo und Pakosch beträgt der Anteil der Holländer etwa 80% des Aktienkapitals. Die Holländer bemühen sich angeblich, ihren Einfluß in den polnischen Zuckerfabriken noch

weiter zu verstärken, so daß die Besorgnis der Rübenanbauer, die ihre Anteile abgestoßen haben, wegen der „zunehmenden Überfremdung“ immer größer wird. Die polnischen Rübenanbauer, die schon an und für sich für ihre Produkte einen relativ niedrigen Preis erhalten, fürchten, auch noch den restlichen Einfluß auf die Gestaltung des Rübenpreises zu verlieren und gezwungen zu werden, die Rüben zu den von den Fabriken festgesetzten Preisen zu liefern. Diese Besorgnisse sind nicht ohne weiteres aus der Luft gegriffen, verfügt doch die polnische Zuckerindustrie über eine mächtige Organisation, die einen großen Einfluß auf die Preispolitik auszuüben imstande ist.

Die Aussichten der polnischen Zuckerindustrie sind nicht ungünstig. Ein weiterer Aufschwung ist durchaus möglich, so daß die polnische Zuckerindustrie unter den Zucker produzierenden Ländern auch weiterhin eine bevorzugte Stellung einnehmen wird. Auch einer weiteren Vergrößerung der Rübenanbaufläche steht kein ernstliches Hindernis entgegen, da sich die Beschaffungsmöglichkeiten der notwendigen Düngemittel in den letzten Jahren durch starke Vergrößerung der inländischen Produktion erheblich erleichtert haben. Bei einer zweckmäßigen Preispolitik ließe sich auch unschwer eine Steigerung des Zuckerverbrauchs im Inlande erzielen, der für das weitere schnelle Aufblühen der polnischen Zuckerindustrie von großer Wichtigkeit ist.

### Brennereiindustrie.

Wie in den meisten Staaten mit vorwiegend landwirtschaftlichem Charakter ist auch in Polen die Brennereiindustrie ein außerordentlich wichtiger Zweig im polnischen Wirtschaftsleben. In der Vorkriegszeit haben die drei Teilgebiete, aus denen sich das heutige Polen zusammensetzt, insgesamt etwa 2,5 bis 2,7 Millionen Hektoliter reinen Alkohol jährlich produziert, eine recht ansehnliche Produktionsziffer, die s. Zt. in der Weltproduktionsstatistik nur durch Amerika und Rußland überboten worden ist. In den ersten Jahren der Nachkriegszeit konnte die Entwicklung der Spiritusindustrie in Polen noch weitere Fortschritte machen, was wohl hauptsächlich damit im Zusammenhang stand, daß noch bis vor einiger Zeit die steuerliche Belastung der Produktion und des Verbrauches verhältnismäßig unbedeutend waren und der Spiritus in Polen in seiner verschiedenen Verarbeitung zu Genußzwecken in Ermangelung einer eignen Weinkultur mehr als anderswo konsumiert worden ist.

Die ständig fortschreitende Erzeugung mußte jedoch in absehbarer Zeit zu einer erheblichen Überproduktion führen, die zur Beschränkung der Inlandsproduktion zwang, zumal sich im weiteren Verlauf infolge der gleichzeitig stark erhöhten steuerlichen Belastung auch eine Verteuerung der Erzeugnisse und damit ebenfalls eine Verringerung des Absatzes ergab.

Durch das Gesetz vom 31. Juli 1924 wurde in Polen ein Spiritusmonopol eingeführt. Seit dem 8. Oktober 1925 hat es für den größten Teil der polnischen Republik **G e s e t z e s k r a f t** erlangt und bestimmt im Einzelnen, daß der Ein- und Verkauf von Spiritus sowie der Verkauf und die Herstellung von reinen Schnäpsen

ausschließlich Monopol des Staates sind. Zur Herstellung und Reinigung von Spiritus sowie zur Fabrikation von Qualitätsschnäpsen, Essig und Hefe und schließlich zum Vertrieb sämtlicher Schnäpse und Liköre ist die Genehmigung des polnischen Finanzministers einzuholen. Als beratendes Organ fungiert beim Finanzministerium ein „Spiritusrat“. Die Direktion des Spiritusmonopols kauft zu einem bestimmten Preis eine vorher festgesetzte Menge Spiritus (für die erste Periode belief sich das Gesamtkontingent auf 1,5 Millionen Hektoliter 100 prozentigen Spiritus, wovon 20% für die neu zu errichtenden und die wiederherzustellenden Brennereien reserviert blieben). Der nach Deckung des Inlandsbedarfs verbleibende Überschuß wird genossenschaftlichen Verbänden für die Ausfuhr freigegeben. Die Reinigung des Spiritus wird in den Schnapsfabriken und Brennereien vorgenommen. Die Monopolverwaltung unterscheidet zwischen reinen Schnäpsen und spezifischen; zu letzteren gehören solche, die mit einer Beimengung von Fruchtsäften, Zucker, aromatischen Essenzen usw. hergestellt sind. Zu diesen werden auch Rum, Arrak und Kognak gerechnet. Die Herstellung von reinen Schnäpsen steht nur der Direktion des polnischen Spiritusmonopols zu, während die übrigen Sorten auf Grund einer Sondererlaubnis wie früher produziert werden dürfen. Von den Brennereien dürfen zur Herstellung von Spiritus nur Kartoffeln, andere Rohmaterialien nur mit vorheriger Genehmigung des Finanzministers verwendet werden. Der Verkauf von Spiritus und reinen Schnäpsen (Trinkbranntwein) erfolgt entweder in eigener Regie oder durch konzessionierte Privatverkaufsstellen. Die Spiritusverbrauchssteuer beträgt 1 Zloty pro Liter. Die vom Ausland eingeführten Spirituserzeugnisse werden mit einer Abgabe belegt, die nicht niedriger sein darf, als die für inländische Erzeugnisse. Die Einfuhr von Spiritus und alkoholhaltigen Getränken ist nur mit Genehmigung des polnischen Finanzministers zulässig. Dem polnischen Exporteur von Spirituosen wird bei der Ausfuhr die Differenz zwischen Einkaufspreis für Spiritus im Rohzustand und seinen Selbstkosten für die Weiterverarbeitung rückvergütet. Außerdem erhält jeder polnische Exporteur die Genehmigung zum freien Ankauf von Spiritus in einer Menge, die er schon früher nach dem Auslande exportiert hat oder die er auszuführen sich verpflichten muß. Soweit die Bestimmungen des Monopolvergesetzes.

Wie sich aus dem Gesetz ergibt, ist die einzige Möglichkeit, eine Verbesserung der Absatzverhältnisse der Produzenten herbeizuführen, die Forcierung des Exports. Im übrigen ist die Betätigung der Industrie in jeder Hinsicht stark eingengt. Infolge der teuren Produktion ist aber an eine wesentliche Hebung der Exporttätigkeit nicht zu denken. Der Spiritusexport ist im Gegenteil erheblich zurückgegangen, was sich dadurch erklären läßt, daß die früheren polnischen Abnehmerstaaten wie Deutschland, England, Spanien, Portugal, Italien, Serbien und Rumänien teils infolge eigener Überproduktion, teils durch Einführung staatlicher Monopole die polnische Ausfuhr sehr erschwert haben. Als Importeure von polnischem Spiritus sind nur noch die Schweiz und die baltischen Randstaaten innerhalb Europas übrig geblieben, deren Bedarf aber verhältnismäßig gering ist. Von

außereuropäischen Ländern beziehen polnischen Spiritus noch Kanada (für Schmuggelzwecke nach den Vereinigten Staaten von Amerika), Ostindien, Neuseeland, West- und Südafrika und andre englische Kolonien, die von englischen Exporteuren nicht ausreichend mit Spiritus versorgt werden können. In letzter Zeit hat sich Polen in der T ü r k e i ein wichtiges Absatzgebiet erschlossen, indem es das türkische Spiritusmonopol gepachtet hat. Der jährliche Bedarf des türkischen Spiritusmonopols stellt sich auf etwa 3 bis 4 Millionen Liter.

Vor dem Kriege befanden sich auf dem Gebiete des heutigen Polens ungefähr 2500 Brennereien. Infolge des Krieges ist aber ein großer Teil von ihnen, besonders in Kongreßpolen und Kleinpolen, vernichtet worden. Von den zerstörten Betrieben wurde ein Teil nicht mehr aufgebaut, weil sich aus Ungewißheit über die Rentabilitätsfrage keine Mittel (besonders für die in Ostkleinpolen zerstörten Brennereien) beschaffen ließen. Demzufolge ist die Zahl der heute in Betrieb befindlichen polnischen Brennereibetriebe erheblich geringer und stellt sich auf etwa 1500. Die weitaus größte Anzahl weist mit etwa 800 Betrieben das ehemals preußische Teilgebiet auf. Für Kongreßpolen dürfte sich die Zahl der Brennereien auf 500 und für Kleinpolen auf etwa 200 belaufen. Nach der Art des verwendeten Rohstoffes kann man in Polen mehrere Arten von Brennereien unterscheiden und zwar Kartoffel-, Melasse-, Obst- und Hefebrennereien. Bei den letzteren ist zu berücksichtigen, daß sie Spiritus nur als Nebenprodukt erzeugen. Die Kartoffelbrennereien führen die Bezeichnung „landwirtschaftliche Brennereien“, die Melasse- und Hefebrennereien „industrielle Brennereien“. Die Obstbrennereien sind größtenteils Betriebe der Hausindustrie. Von den in Polen vorhandenen Brennereibetrieben gibt es nur 52 „industrielle“, die übrigen gehören zu der Kategorie der „landwirtschaftlichen Brennereien“, verarbeiten also ausschließlich Kartoffeln. Diese Brennereien sind fast durchweg Mittelbetriebe. Der aus Kartoffeln erzeugte Spiritus ist sehr hochwertig. Auch die Abfallprodukte der Kartoffelbrennereien geben noch ein nahrhaftes Futtermittel. Die jährliche Produktion der polnischen Brennereien betrug in den letzten Jahren:

|         |                    |
|---------|--------------------|
| 1922/23 | 937 000 Hektoliter |
| 1923/24 | 737 000 „          |
| 1924/25 | 655 000 „          |

Der Rückgang in der polnischen Spiritusproduktion ist — wie schon eingangs erwähnt — teilweise auf das Sinken des Auslandsabsatzes, teilweise aber auch auf den ungenügenden Inlandsverbrauch (im Verhältnis zur Produktionshöhe) zurückzuführen. Auf den Kopf der Bevölkerung entfielen in Vorkriegszeiten etwa 3 ½ Liter 100 prozentiger Alkohol, gegenwärtig nur 2 ½ Liter. Die Monopolabgaben haben den Konsum nicht unwesentlich verteuert. Um den Inlandsabsatz zu heben, bemüht man sich, den Spiritusverbrauch für industrielle Zwecke zu erhöhen. Das Problem der technischen Verwertung von Spiritus ist für die künftige Entwicklung der polnischen Brennereiindustrie eine sehr wichtige Frage. In diesem Zusammenhang sind Versuche im Gange, eine Spiritusverbindung (mit Benzin) herzustellen, die die Verwertung von Spiritus als Motorenantriebskraft ermöglichen soll. Der Lösung

dieser Frage ist man in den letzten Monaten 1926 bereits nahe gekommen und beabsichtigt, zur praktischen Durchführung dieser Erfindung einen neuen polnischen Industriezweig ins Leben zu rufen, der dieses kombinierte Spiritusprodukt in großen Mengen herstellen soll, zumal es infolge seiner Billigkeit auch für Exportzwecke besonders geeignet erscheint. Außerdem besteht noch die Möglichkeit, diese Spiritusverbindung als Rohstoff für die Herstellung von Düngemitteln nutzbar zu machen. Es ist beabsichtigt, die Fabrikation nach dieser Methode im Frühjahr 1927 in einer Rektifizierungsanstalt in Kutno in Angriff zu nehmen. Die Verhandlungen mit der staatlichen Monopolverwaltung über die Sicherung der Produktionsbedingungen und den Rechtsschutz stehen vor dem Abschluß.

### Stärkeindustrie.

Kartoffeln als industrieller Rohstoff kommen in Polen außer in Brennereien, auch noch in einigen anderen Industriezweigen zur Verarbeitung. Ihre Verwertung ist je nach der Art der Betriebe verschiedenartig (Stärke-, Sirup-, Dextrinfabriken usw.). Da Polen über bedeutende Kartoffelmengen verfügt, so ist eine ausreichende Versorgung dieser Fabriken gesichert. Der durchschnittliche Ernteertrag an Kartoffeln betrug in ganz Polen in den Jahren 1922 bis 1925 durchschnittlich 29 Millionen Tonnen jährlich. Von dieser Menge entfielen 45% auf Ernährungs- und Futterzwecke, 15% fanden als Saatgut Verwendung, 6,6% haben die landwirtschaftlichen Brennereien und 1,6% die Kartoffelstärke- und Trocknungsfabriken verarbeitet. 10% kamen als unbrauchbar in Fortfall und der Rest wurde als frische Kartoffeln oder Kartoffelprodukt exportiert.

Die Kartoffelstärkeindustrie hat sich in Abhängigkeit von der Wirtschaftsstruktur der drei Teilgebiete, aus denen sich die heutige Republik Polen zusammensetzt, abweichend entwickelt. In Kongreßpolen entstand die erste Stärkefabrik in den siebziger Jahren des vorigen Jahrhunderts. Im Jahre 1893 bestanden bereits 9 Fabriken, die zusammen etwa 3500 t Stärke fabrizierten. In den folgenden Jahren beginnt die Zahl der Stärkefabriken stark zu steigen, so daß in der Kampagne 1913/14 bereits 53 Stärkefabriken in Kongreßpolen in Tätigkeit waren, deren Produktion sich auf 16 000 t belief. Auch die Stärkeindustrie in den polnischen Ostgebieten entwickelte sich gegen Ende des Jahrhunderts relativ schnell und wies kurz vor Kriegsausbruch 28 Fabriken mit einer Jahresproduktion von 12 000 t Stärke auf. In den jetzigen polnischen Westprovinzen (Posen, Pommerellen) hat sich die Stärkeindustrie erheblich früher entwickelt. Die Zahl der Fabriken betrug im Jahre 1914 56 mit einer Produktion von 45 000 t. Stark zurückgeblieben ist dagegen die Stärkeindustrie in dem ehemals österreichischen Teilgebiet, besonders infolge der starken Entwicklung der Brennereiindustrie, auf Kosten derer die Rohstoffversorgung der Stärkefabriken beschränkt war. So kam es, daß es in diesem Gebietsteile bis zum Ausbruch des Krieges nur 6 Stärkefabriken mit einer jährlichen Produktion von 1300 t gab.

Während des Krieges wurden in Polen 43 Stärkefabriken zerstört. Die übrigen waren gezwungen, ihre Produktion auf etwa ein Drittel der Vorkriegs-

erzeugung einzuschränken. Der Wiederaufbau dieses Industriezweiges vollzog sich verhältnismäßig langsam (in Abhängigkeit von den Kartoffelernteerträgen), machte aber von Jahr zu Jahr bemerkenswerte Fortschritte, so daß Polen augenblicklich bereits 82 Stärkefabriken besitzt, von den sich 42 in Kongreßpolen, 32 im ehemals preußischen und der Rest im ehemals österreichischen Teilgebiet befinden. Die Stärkefabriken Kongreßpolens sind zum größten Teil Kleinbetriebe landwirtschaftlichen Charakters von geringer Produktionsfähigkeit (etwa 300 t jährlich). Großpolen besitzt dagegen außer landwirtschaftlichen Betrieben eine Reihe großer rein industrieller Betriebe. Die jährliche Produktion an Stärkemehl beträgt in ganz Polen etwa 35 000 t. Von dieser Menge entfallen etwa zwei Drittel auf die westpolnischen und ein Drittel auf die übrigen Stärkefabriken. Diese Ziffer stellt etwa 60% der gegenwärtigen Produktionsfähigkeit dar.

Der Inlandsverbrauch an Stärkemehl beläuft sich auf 10 000 t jährlich. Der größte Teil der Erzeugung muß also ausgeführt werden. Der Export macht keine großen Schwierigkeiten und richtet sich in der Hauptsache nach England, Italien, Finnland, Österreich und Norwegen. Nach Deutschland liefern vornehmlich die westpolnischen Fabriken, die noch von früher Beziehungen zu ihren alten Abnehmern unterhalten. Im Jahre 1924 wurden insgesamt 15 800 t und im Jahre 1925 14 200 t exportiert. 1926 ist die Ausfuhr angesichts der ungünstigen Kartoffelernte, die die Produktion beeinflußt hat, zurückgegangen. Ein größerer Export wäre möglich, wenn die polnische Stärkeindustrie besser organisiert wäre. Sie ist aber nur in Kongreßpolen in einer Verkaufsorganisation zusammengeschlossen, die etwa 80% der dortigen Produktion umfaßt. In den übrigen Teilen Polens besitzt die Stärkeindustrie keine Interessenverbände.

Bedeutend kleiner ist die polnische Sirupindustrie. Gegenwärtig sind sechs Fabriken in Betrieb und eine im Bau. Die Dextrinindustrie ist noch unansehnlicher. Diese besteht nur aus einem größeren und mehreren Kleinbetrieben. Die Produktion von Dextrin ist statistisch nicht erfaßt. Die Siruperzeugung stellt sich auf etwa 10 000 t und wird in der Hauptsache an die inländischen Zuckerwarenfabriken abgesetzt. Der Export ist minimal, weil die polnische Sirupindustrie mit dem billigeren amerikanischen Maissirup nicht konkurrieren kann. Die Ausfuhr betrug im Jahre 1924 813 t und im Jahre 1925 304 t Sirup. Die Produktionsfähigkeit der Sirupfabriken beträgt etwa das Doppelte ihrer gegenwärtigen Produktionsmenge.

Als besonderer Zweig der Kartoffelverarbeitungsindustrie wäre schließlich noch die Trocknungsindustrie zu nennen. Die meisten Kartoffeltrocknungsanlagen befinden sich in Westpolen. Im Jahre 1919 gab es dort 177 Betriebe, die 300 000 t frische Kartoffeln zu 75 000 t Kartoffelprodukten verarbeiteten. In Kongreßpolen beträgt die Zahl der tätigen Betriebe 52. Ihre Produktion stellt sich auf etwa 10 800 t. Nach dem Kriege ist ein langsamer Niedergang dieses Industriezweiges zu beobachten und hat bereits zur Schließung einer ganzen Reihe Betriebe geführt, die in der Kriegskonjunktur entstanden waren. Während des Krieges betrug die Produktion der Kartoffeltrocknungsindustrie auf dem heutigen

Gebiet der polnischen Republik 350 000 t. Im Jahre 1923/24 fiel sie auf 38 000 und im folgenden Jahre auf 20 000 t. Der Inlandsverbrauch an getrockneten Kartoffeln als Schnitzel für die Viehfütterung ist gering und eigentlich nur in Westpolen relativ verbreitet. Der größte Teil der Produktion muß also ausgeführt werden. Der Export richtet sich in der Hauptsache nach der Schweiz und nach Dänemark. Im Jahre 1924 belief sich die Ausfuhr von Erzeugnissen der Trocknungsindustrie auf 26 500 und im Jahre 1925 auf 17 300 t.

## Lebens- und Genußmittelindustrie.

### Fleischindustrie.

Unter Berücksichtigung des günstigen Standes der polnischen Viehzucht bestehen in Polen für die Fleischindustrie günstige Entwicklungsmöglichkeiten. Trotzdem ist ihre Bedeutung noch sehr gering. Dies liegt in der Hauptsache an den besonderen Verhältnissen, die in der Organisation des Viehhandels und des Schlächtereibetriebes in Polen herrschen.

Die Zahl des in Polen vorhandenen Hornviehes stellt sich augenblicklich auf etwa 9 Millionen Stück. Nach einer Statistik des polnischen Landwirtschaftsministerium wurden im Jahre 1923 in 973 Schlachthöfen 824 400 Stück ausgewachsenes Rindvieh, 1,1 Millionen Kälber, 380 000 Schafe und 1,16 Millionen Schweine geschlachtet. Die Schlachtungen betragen in Prozenten des Viehbestandes: bei Rindvieh etwa 15%, bei Kälbern 20, bei Schafen 40 und bei Schweinen 30% jährlich. Der Transport des Schlachtviehes aus den Produktionsbezirken nach den Schlachthöfen der Städte erfolgt größten Teils in lebendem Zustande. Der Viehhandel, der die Aufkäufe von Vieh auf dem flachen Lande bewerkstelligt, ist in Polen straff organisiert. Die Umsätze, die außerhalb dieses Viehhandelskartells stattfinden, sind daher ganz minimal. Während des Krieges ist der Viehhandel ausschließlich auf den Großhandel übergegangen, der durch ein Netz von Agenten in der Provinz den Viehhandel nunmehr gänzlich beherrscht. Der kongreßpolnische Viehhandel ist so ausgezeichnet organisiert, daß nicht ein Stück Vieh mehr auf den Markt kommt, als der Bedarf beträgt, um durch Ausgleich zwischen Angebot und Nachfrage die Preise hochzuhalten. Die Viehgroßhändler sind auch gleichzeitig Fleischgroßhändler und dort, wo sie es nicht sind, arbeiten sie mit letzteren in engem Kontakt. Dadurch ist es der Fleischindustrie und dem Kleinhandel (Fleischereien usw.) unmöglich, für eigene Rechnung Vieh zu kaufen oder zu schlachten. Der gesamte Rindviehhandel in Kongreßpolen konzentriert sich in einigen jüdischen Großhandelsunternehmungen. Der Schweinehandel ist noch teilweise, soweit es sich um das Inlandgeschäft handelt, in christlichen Händen.

Der Inlandsverbrauch an Fleisch- und Fleischprodukten betrug im Jahre 1924 7,42 Millionen Tonnen. Hiervon wurden von der inländischen Fleischindustrie 7,38 Millionen Tonnen geliefert, der Rest importiert. Der Import von Fleisch-

produkten, insbesondere von amerikanischem Fett ist infolge erhöhter Einfuhrzölle in den letzten Jahren immer mehr zurückgegangen. Der Einfuhrausfall wird nunmehr durch inländische Produktion gedeckt. Die Zahl der Schlachthöfe in Polen beträgt etwa 1000. Dem Größenverhältnis nach verteilen sich diese auf fünf Kategorien:

|  | Jahresleistung in Stück |
|--|-------------------------|
| 4 Schlachthöfe I. Klasse<br>(2 Warschau, 1 Lemberg, 1 Posen) . . . . .       | 100—150 000             |
| 3 Schlachthöfe II. Klasse<br>(2 Lodz, 1 Kattowitz) . . . . .                 | 75—100 000              |
| 5 Schlachthöfe III. Klasse. . . . .  | 50— 75 000              |
| (2 Kattowitz, 1 Czenstochau, 2 Bromberg) . . . . .                           |                         |
| 11 Schlachthöfe IV. Klasse<br>(2 Krakau, 2 Bromberg, 2 Thorn usw.) . . . . . | 25— 50 000              |
| 147 Schlachthöfe V. Klasse<br>(Kleinbetriebe). . . . .                       | 5— 25 000               |

Außer diesen Betrieben gibt es in Polen noch 830 Schlachthöfe, deren jährliche Produktion etwa nur 100—2000 Stück Vieh beträgt, die aber in bezug auf ihren technischen und sanitären Stand zu Schlachthöfen im eigentlichen Sinne des Wortes nicht gerechnet werden können. Da die Schlachtkosten in den polnischen Schlachthöfen übermäßig hoch sind, so wird Schlachtvieh, soweit es für den Export in Frage kommt, lebend ausgeführt.

Der Vieh- und Fleischexport liegt hauptsächlich in den Händen ausländischer Gesellschaften oder Kommissionsfirmen, die vom Auslande finanziert werden. Selbst die neuerstandenen Fleischverarbeitungsfabriken, die vornehmlich für den Export arbeiten stehen, unter ausländischem Einfluß.

Die polnische Vieh- und Fleischausfuhr ist erst seit dem Jahre 1922 freigegeben. Bis zum Jahre 1921 waren Exportbeschränkungen in Geltung, die die Sicherung des inländischen Fleischbedarfs zum Zwecke hatten. In den Jahren 1922 und 1923 war die Fleischausfuhr noch sehr gering. Sie betrug beispielsweise im Jahre 1923 nur 165 t. Erst seit dem Jahre 1924 beginnt sich der Vieh- und Fleisch-Export zu beleben und betrug in diesem und in den folgenden Jahren:

#### Ausfuhr von Vieh- und Viehprodukten.

|   | 1924    | 1925    | 1926<br>(I. Halbj.) |
|---|---------|---------|---------------------|
| Rindvieh (Stück) . . . . .                                      | 39 300  | 116 680 | 43 100              |
| Schafe „ . . . . .  | 234     | 14 480  | 6 540               |
| Schweine „ . . . . .  | 407 520 | 869 020 | 380 550             |
| Fleisch, frisch, gesalzen und gefroren<br>(in Tonnen) . . . . . | 774     | 32 663  | 20 510              |
| Räucherware und Schinken . . . . .                              | 5       | 182     | 146                 |
| Fette . . . . .   | —       | 40      | 514                 |

Der Export richtet sich in der Hauptsache nach England, der Tschechoslowakei und Österreich. Bis Mitte 1925 (Ausbruch des deutsch-polnischen Zollkonflikts) war auch die Ausfuhr nach Deutschland bedeutend. An der deutschen Grenze entlang entstand im Zusammenhang mit der früheren günstigen Absatzkonjunktur ein starker Schlächtereibetrieb in den polnischen Grenzdörfern und Städten, der das zur Ausfuhr bestimmte Fleisch bereitstellte und es waggonweise nach Deutschland verschickte. Der Export von Lebendvieh war dagegen in Ermangelung einer Veterinärkonvention minimal und beschränkte sich nur auf Kleinvieh (Gänse usw.). Da die Aufnahmefähigkeit des tschechischen und österreichischen Marktes relativ gering ist, so bemüht man sich, die Ausfuhr nach England zu steigern. Der Hauptartikel nach dort sind eingesalzene halbe Schweine, sog. „Bacon“. Die polnische „Bacon“-Ausfuhr nimmt trotz der starken dänischen Konkurrenz von Monat zu Monat zu. Sie könnte noch erheblich gesteigert werden, wenn die Produktionsfähigkeit der polnischen Fleischverarbeitungsfabriken größer wäre.

Augenblicklich besitzt Polen jedoch nur eine geringe Anzahl größerer Betriebe der Fleischindustrie, die für die Baconausfuhr arbeiten. Von diesen wäre die in Czerniewice befindliche Fabrik zu nennen, die zur „Aktiengesellschaft der Vereinigten Fleisch- und Fettprodukten-Fabriken Unicar“ gehört, ferner die ebenfalls an die genannte Gesellschaft angeschlossene „Schlesische Fett- und Margarinefabrik Silesia“ in Ruda, die „Kühlwerke“ in Warschau und die „Schlesische Fleischwarenfabrik“ in Nikolai. Die Fabrik in Czerniewice kann jährlich 100 000 Schweine verarbeiten, was etwa 100 000 Zentnern englischer „Bacon“ gleichkommt und einen gegenwärtigen Marktwert von  $\frac{1}{2}$  Millionen Pfund Sterling ergibt. Die übrigen Fabriken können zusammen allenfalls noch 150 000 Stück Vieh jährlich verarbeiten, daneben  $\frac{1}{2}$  Million Margarine und monatlich  $1\frac{1}{2}$  Millionen Büchsen Fleischkonserven herstellen. Die beiden in Ostoberschlesien befindlichen Fleischfabriken finden den Hauptabsatz in Oberschlesien selbst, wo sie einen wichtigen Faktor in der Fleischversorgung des Industriebezirks darstellen. Die Czerniewicer Fabrik vertreibt dagegen ihre Produkte hauptsächlich in Warschau und Lodz. Der größte Abnehmer der in Polen fabrizierten Fleischkonserven ist die polnische Armee. Die Lage der Konservenfabriken hat sich aber infolge der schon seit langem ausbleibenden Militäraufträge sehr verschlechtert, was sich auch bis zu einem gewissen Grade auf den „Fleischfabrikenkonzern Unicar“ ausgewirkt haben mag, der im Januar 1927 in Konkurs geraten ist.

## Konservenindustrie.

Die polnische Konservenindustrie umfaßt außer der Fleischkonservenindustrie noch die Verarbeitung von Gemüse in getrocknetem Zustande und in geschlossenen Gefäßen, ferner die Herstellung von getrockneten Früchten, Fruchtkonserven in Büchsen oder Glas, Fruchtsäften, Marmeladen und Konfitüren und schließlich — als besonderen Zweig — die Fischkonservenindustrie. Letzterer kommt aber in Polen weniger Bedeutung zu, da sie nur schwach entwickelt ist und an Rohstoff-

mangel leidet. Sie konzentriert sich hauptsächlich in Pommerellen und in der Nähe von größeren Seen. Ihr Absatz ist angesichts der starken Konkurrenz durch hochwertigere Danziger Fischkonserven beschränkt. Und zwar gelangten Danziger Fischfabrikate, mit polnischen Aufschriften versehen, bis Mitte 1925 in großen Mengen auf den polnischen Markt. Seitdem haben sich die Absatzverhältnisse für Danziger Fischkonserven in Polen allerdings verschlechtert, eine Erscheinung, die sich aus der Wertverminderung der polnischen Valuta erklärt.

Im Folgenden soll besonders auf die polnische Gemüse- und Obstkonserverindustrie als die wichtigsten Zweige näher eingegangen werden. In einem Agrarstaat, wie ihn Polen darstellt, hat die Gemüse und Obst verarbeitende Industrie sehr günstige Vorbedingungen für ihre Fortentwicklung — wie auch andererseits die Landwirtschaft und in diesem Falle speziell der Gemüse- und Obstbau von einer gut entwickelten Lebensmittelindustrie profitiert. Man müßte daher annehmen, daß die polnische Landwirtschaft alles versucht, den Wünschen der Konservenindustrie im eigensten Interesse in jeder Hinsicht entgegenzukommen. Doch davon ist bis jetzt noch wenig zu bemerken. Die Landwirtschaft verhält sich in dieser Angelegenheit völlig passiv; ihr fehlt noch der Glaube an die Rentabilität der Gemüse- und Obstkultur, so daß diejenigen landwirtschaftlichen Betriebe, die sich bereits auf die Erfordernisse der Konservenindustrie eingestellt haben, zu den Seltenheiten gehören.

Die Beschaffung geeigneten Rohstoffes stößt daher auf große Schwierigkeiten, zumal sich die Konservenindustrie für ihre Fabrikationszwecke hauptsächlich auf ausgesucht gesunde und gute Sorten von Obst und Gemüse beschränken muß. Infolge der unzureichenden Produktion ist auch der Preis für gutes Gemüse und Obst relativ hoch. Das veranlaßte die polnische Konservenindustrie in früheren Jahren, einen Teil ihres Bedarfs an Rohstoffen im Auslande zu decken. Durch die Erhöhung der Zollsätze im Jahre 1925 ist der Bezug ausländischen Gemüses und Obstes jedoch nicht mehr rentabel, so daß die Einfuhr stark nachgelassen hat.

Die Konservenindustrie gehört, genau so wie die Zuckerindustrie, zu den Saisonbetrieben, die ihr Kapital nur einmal im Jahre umsetzen. Konserven werden in der Zeit von Mai bis Oktober fabriziert und binden für ein halbes Jahr im voraus das zur Verfügung stehende Kapital. Der Verkauf der Erzeugnisse beginnt im Oktober eines jeden Jahres und dauert bis zum Beginn der neuen Kampagne. Die Verwaltungs- und Handelsunkosten verteilen sich dagegen auf das ganze Jahr und belasten dadurch die nur halbjährige Produktion doppelt. Der Absatz von Konserven in Polen ist schleppend und erfolgt in der Regel gegen mehrmonatigen Kredit. Dadurch, daß für Rohstoffe (Gemüse und Obst) sowie für das zur Büchsenherstellung aus England bezogene Weißblech Vorauszahlung verlangt wird, ist eine normale Betriebsführung der Fabriken nicht immer möglich, besonders wenn es nicht gelingt, die erzeugten Fabrikate rechtzeitig abzusetzen.

Unter den wenig günstigen Absatzverhältnissen sind die Aussichten der polnischen Konservenindustrie nicht gerade verlockend. Es fehlt der Industrie vor allem billiger Kredit und eine Berufsorganisation, die ihre Interessen wirksam

vertritt. Durch einen solchen Berufsverband müßten vor allem günstige Lieferungsverträge mit der Landwirtschaft abgeschlossen und einheitliche Verkaufsbedingungen aufgestellt werden.

Von den derzeitigen Unzulänglichkeiten der Produktion und des Absatzes in der polnischen Konservenindustrie sind naturgemäß auch die Hilfsindustrien stark betroffen, so daß auch die Betriebsführung letzterer unter der Krise in diesem Industriezweig sehr zu leiden hat. Es handelt sich in der Hauptsache um Faßfabriken, Tischlereien und Kistenfabriken, Glashütten und Blechfabriken. Schließlich wird von den ungesunden Verhältnissen der Konservenindustrie im hohen Maße auch die Zuckerindustrie betroffen, die unter normalen Verhältnissen in ihr einen Großkonsumenten finden könnte.

### Brauindustrie.

Die nachkriegszeitliche Entwicklung der Brauindustrie in Polen zeigt im Vergleich zum Vorkriegsstand einen gewissen Rückschritt, trotzdem im Inlande alle für die Verarbeitung erforderlichen Rohstoffe in ausreichendem Maße vorhanden sind. Seit der Konstituierung des neuen Polenstaates hat die polnische Brauindustrie ihre Produktion kaum heben können, was sich naturgemäß auch sehr nachteilig auf den Beschäftigungsgrad ausgewirkt hat. Die Zahl der tätigen Brauereibetriebe in Polen geht daher — wenn auch langsam — von Jahr zu Jahr weiter zurück. Der Gang der Entwicklung wird durch folgende Ziffern veranschaulicht:

| Jahr | Zahl der tätigen<br>Brauereien | Jahresproduktion<br>in Millionen Hektoliter |
|------|--------------------------------|---|
| 1913 | 500                            | 8,5   |
| 1919 | 256                            | 2,3   |
| 1920 | 250                            | 1,9   |
| 1921 | 248                            | 2,1   |
| 1922 | 248                            | 2,4   |
| 1923 | 247                            | 1,3   |
| 1924 | 243                            | 1,9   |
| 1925 | 236                            | 1,8   |

Der schwierigen Lage der polnischen Brauindustrie liegen hauptsächlich folgende Ursachen zugrunde: In der Kriegszeit ist — das bezieht sich besonders auf das früher österreichische Teilgebiet Galizien — eine große Anzahl von Brauereibetrieben mehr oder weniger stark in Mitleidenschaft gezogen worden. Der Wiederaufbau der durch den Krieg beschädigten bzw. zerstörten Brauereien erfolgte zwar in verhältnismäßig kurzer Zeit, aber das unerwartet starke Sinken des Bierkonsums in Polen beeinflusste die Geschäftstätigkeit anhaltend ungünstig, so daß vielfach zu Produktionseinschränkungen übergegangen werden mußte. Die überaus schwere steuerliche Belastung, die 25% der unmittelbaren Produktionskosten übersteigt, sowie die auf Grund des polnischen Alkoholgesetzes seit 1920 eingeführten scharfen

Handelseinschränkungen waren gleichfalls Hauptmomente, die das Wiedererstarben dieses Industriezweiges wesentlich gehemmt haben.

Von den vor dem Kriege bestandenen 500 Brauereien in Polen sind gegenwärtig kaum die Hälfte mehr im Betrieb. Die Einstellung des Betriebs in dem größten Teil dieser Fabriken ist im wesentlichen auf die eben erwähnten Umstände zurückzuführen, zu denen sich vielfach noch Schwierigkeiten hinsichtlich der Beschaffung der benötigten Betriebskapitalien hinzugesellten. Diese Situation machte den überwiegenden Teil der in den letzten Jahren noch bestandenen Unternehmen ein längeres Durchhalten zur Unmöglichkeit und zwang sie teils zur Liquidierung, teils zu einem engeren Zusammenschluß durch Verschmelzung mehrerer Betriebe in ein größeres, um die Betriebskosten auf diese Weise zu vermindern. Die gegenwärtig noch im Betriebe befindlichen Brauereien beschäftigen ungefähr 6000 Arbeitskräfte, während man vor dem Kriege in diesem Industriezweig noch mehr als 15 000 Arbeiter zählte.

Zur Zeit beträgt die Bierproduktion in Polen kaum 15% der Leistungsfähigkeit der polnischen Brauereibetriebe. Würde der Verbrauch an Bier die Vorkriegsnorm, d. i. etwa 9 200 000 hl wieder erreichen, so müßte entweder die Zahl der gegenwärtig tätigen Brauereien ganz erheblich erhöht oder ihre technischen Einrichtungen entsprechend vervollkommen werden, denn unter den gegenwärtigen Verhältnissen ist die polnische Brauindustrie allenfalls in der Lage, etwa 6 000 000 hl als jährliche Höchstleistung zu produzieren.

Bei einer näheren Betrachtung der Absatzverhältnisse in den Jahren nach 1918 ergibt sich eine fast ununterbrochene Absatzverringering. Über die einzelnen Jahre liegen folgende Bierverbrauchsfiguren vor (in Litern):

| Jahr                      | Jährlicher Verbrauch<br>auf den<br>Kopf der Bevölkerung | In % der<br>Vorkriegs-<br>produktion |
|---------------------------|---|--------------------------------------|
| 1913 (Vorkriegsverbrauch) | 34  | 100                                  |
| 1919 . . . . .            | 7,67  | 22,3                                 |
| 1920 . . . . .            | 8,33  | 24,5                                 |
| 1921 . . . . .            | 8,67  | 25,5                                 |
| 1922 . . . . .            | 8   | 23,5                                 |
| 1923 . . . . .            | 4,33  | 12,7                                 |
| 1924 . . . . .            | 6,50  | 19,1                                 |
| 1925 . . . . .            | 8   | 22                                   |

Im westlichen Teil von Polen ist der Rückgang des Bierverbrauchs im Vergleich zu den Vorkriegsziffern weniger erheblich als in den übrigen polnischen Teilgebieten. In einzelnen Distrikten Westpolens (Ostoberschlesien) ist die Vorkriegsnorm bereits wieder erreicht. Ob eine allgemeine Konsumptionssteigerung in Polen in absehbarer Zeit zu erwarten ist, bleibt ungewiß, da der Rückgang des Bierverbrauchs in erster Linie auf die verminderte Kaufkraft der

großen Masse zurückzuführen ist, die sich bis jetzt noch nicht merklich gehoben hat. Dazu kommt noch, daß das Bier in Polen ganz erheblich teurer ist als vor dem Kriege. Auf die Steigerung des Bierpreises haben hauptsächlich die nachkriegszeitliche starke Verteuerung von Malz und die hohe Besteuerung eingewirkt, die vor dem Kriege etwa 8 bis 12% des jeweiligen Bierpreises, gegenwärtig aber 25,63% des Preises beträgt. Hiervon stellt sich die Akzise auf 16,25%, die Kommunalsteuer auf 4,88%, die Umsatzsteuer auf 2,5% und auf andere Abgaben entfallen noch 2%. Seit dem 1. Januar 1925 ist auf dem ganzen Gebiete der polnischen Republik eine einheitliche Versteuerungsart, das System der Besteuerung des Fertigfabrikats, eingeführt worden, die zur Erhebung kommt in dem Augenblick, sobald das fertige Bier die Brauereien verläßt.

Die in Polen hergestellten Biersorten haben verhältnismäßig geringen Alkoholgehalt und sind aus dem Grunde nicht besonders beliebt. Eine baldige wesentliche Steigerung des inländischen Bierkonsums würde sicherlich zu erreichen sein, wenn die Qualität des polnischen Bieres gehoben würde, d. h. der Alkoholgehalt über die höchst zulässigen  $2\frac{1}{2}\%$  hinaus erhöht würde. Durch die gesetzlichen Beschränkungen, die die polnische „Antialkoholverordnung“ vorsieht, ist aber ein höherprozentiger Alkoholzusatz nicht gestattet. Der Verkauf hochprozentiger Biere ist in Polen scharfen Beschränkungen unterworfen. Da die Frage des Alkoholgehalts für den Absatz von Bieren eine große Rolle spielt, es ist klar, daß eine baldige Änderung des polnischen „Antialkoholgesetzes“ die wichtigste Forderung der Brauindustrie ist, die sie bei der polnischen Regierung durchzusetzen sucht. Die bereits in Bearbeitung befindliche Novelle zum „Antialkoholgesetz“ kommt den Wünschen der Bierbrauereien entgegen und dehnt den freien, unkonzessionierten Handel auf alkoholische Getränke bis 4% Alkoholgehalt aus.

Bessere Biere wurden bisher in der Hauptsache aus dem Auslande bezogen. Für den Import kommen in erster Linie tschechische Biere und englisches „Porter“ in Frage. Nach vorliegenden statistischen Daten wurden im Jahre 1924 3900 t Bier nach Polen eingeführt. Die polnische Ausfuhr von Bier ist gering. Sie betrug im Jahre 1924 etwa 2000 hl. Exportprodukt ist insbesondere „Grätzer Bier“, das noch vor einiger Zeit in erheblichen Mengen nach Deutschland abgesetzt wurde. Geringe Mengen dieses Bieres gehen noch ins übrige Ausland sogar bis nach China und Indien, wo das Grätzer Bier als Arzneimittel einige Verbreitung gefunden hat.

Außer Bier führt Polen auch noch Hopfen und Malz aus. Die polnischen Brauereien (Malzdörren) können jährlich etwa 8000 Waggons verarbeiten. Davon werden etwa 3000 Waggons im Inlande verbraucht, während rund 5000 Waggons für den Export frei werden. Gegenwärtig ist der polnische Malzexport infolge der ungünstigen Verhältnisse wesentlich kleiner. Dafür wird umsomehr Braugerste ausgeführt, die dann im Auslande zu Malz verarbeitet wird. Für polnischen Hopfen ist hauptsächlich die Tschechoslowakei und Deutschland Abnehmer. Polnischer Hopfen ist von guter Qualität, aber schlecht sortiert. Die tschechischen Importeure, die polnischen Hopfen einführen, sortieren diesen erst und exportieren ihn dann weiter unter tschechischer Marke.

## Hefeindustrie.

Die Hefefabriken in Polen haben in diesem Lande überaus günstige Entwicklungsmöglichkeiten und dies besonders im Zusammenhang mit dem Vorhandensein zahlreicher Zuckerfabriken, die den Hauptrohstoff der Hefefabrikation — die sog. Melasse liefern. Vor dem Kriege gab es auf dem Gebiete des heutigen Polens 17 Hefefabriken. Von diesen wurden im Verlaufe des Krieges 6 Betriebe und zwar 3 in Kleinpolen und 3 in den polnischen Ostgebieten vollständig zerstört. Diese Fabriken wurden nach Beendigung des Krieges zum Teil wieder aufgebaut, zum Teil entstanden einige neue, so daß augenblicklich wieder die gleiche Zahl von Hefefabriken in Polen vorhanden sind wie vor dem Kriege. Von den 17 vorhandenen Betrieben arbeiten 16 Fabriken, eine ist untätig. Die größte polnische Hefefabrik mit einer Produktionsfähigkeit von 4000 t und einer gegenwärtigen Jahresproduktion von 1100 t befindet sich in der Wojewodschaft Posen. (Lubońska Fabryka Drożdzy dawn. G. Sinner, A. G. in Luboń). Die beiden nächstgrößten mit einer jährlichen Produktionsfähigkeit von 2500 t befinden sich in der Krakauer und Lemberger Wojewodschaft. Die Gesamterzeugung der polnischen Hefefabriken beträgt augenblicklich etwa 7000 t Hefe jährlich, eine Menge, die annähernd 30% der Produktionsfähigkeit der Betriebe darstellt. Die Erzeugung von Hefe hält sich in den letzten Jahren auf etwa gleicher Höhe (zwischen 6900 und 7400 t jährlich.) Vor dem Kriege verwendeten die polnischen Hefefabriken bedeutende Rohstoffmengen in Form von Getreide, doch ging schon während des Krieges ein Teil der Betriebe dazu über, in weitgehendem Maße Melasse zu verarbeiten. Von den in Betrieb befindlichen Hefefabriken verarbeiten 13 Melasse und 3 Getreide. Die zweite Gruppe verwendet als Rohstoff neben Getreide auch noch Kartoffel, Bohnen usw. An der Hefeproduktion partizipieren diese beiden Gruppen wie 77 : 23.

Im Verlauf der letzten Jahre ist die Verwendung von Getreide bei der Hefefabrikation um etwa 50% zurückgegangen, eine Erscheinung, die sich durch die Preissteigerung für Getreide erklärt. Demgegenüber steigt der Verbrauch von Melasse von Jahr zu Jahr.

Als Nebenprodukt wird in den Hefefabriken Spiritus erzeugt. Die Menge des erzeugten Spiritus ist abhängig von der Art des verwendeten Rohmaterials. So erhält man beispielsweise bei der Verarbeitung von Melasse mehr Hefe und weniger Spiritus, bei der Verarbeitung von Getreide mehr Spiritus und weniger Hefe, wobei der Spiritus aber auch hochwertiger ist. Unter Berücksichtigung dessen, daß die Hefeindustrie die Hefeerzeugung — und nicht die Spiritusproduktion zum Zwecke hat, entledigen sich die Getreide verarbeitenden Betriebe nur in unvollkommener Weise ihrer Aufgabe. Hinzu kommt noch, daß es diesen Fabriken aus Mangel an modernen Maschinen nicht möglich ist, den Rohstoff rationell auszuwerten.

Der I n l a n d s v e r b r a u c h an Hefe ist im Steigen begriffen. Die wiederholten Preissteigerungen für polnische Hefe sind darauf zurückzuführen, daß die

staatliche Spiritusmonopolverwaltung den in den Hefefabriken erzeugten Spiritus zu einem schlechten Preise abnimmt (20% unter dem Normalpreis für sonstigen Spiritus). Dies bestimmt die Fabriken, sich in der Höherbewertung des Produktes schadlos zu halten. Einen höheren Spirituspreis will die Monopolverwaltung aber nicht zahlen, da der als Nebenprodukt der Hefefabrikation gewonnene Spiritus der Qualität nach minderwertiger ist, als der in den Brennereien erzeugte.

Die Folge einer solchen Preispolitik ist eine Verminderung der Wettbewerbsfähigkeit gegenüber eingeführter Hefe. Die Einfuhr von Hefe beträgt etwa 100 000 kg jährlich. Als ausschließlicher Lieferant kommt die Tschechoslowakei in Frage, die fast 80% ihres gesamten Hefeexports in Polen absetzt. Da die tschechische Hefeindustrie über ausgezeichnete technische Einrichtungen verfügt und auch hinsichtlich der Preise für Melasse günstiger gestellt ist, so kann sie trotz des Zolls erfolgreich mit den polnischen Hefefabriken konkurrieren. Zur Erschwerung der Hefe-einfuhr aus der Tschechoslowakei sind bei der letzten Zolltarifrevision Ende 1925 die Einfuhrzölle für Hefe von 60 auf 85 Groschen per kg erhöht worden, also auf die gleiche Höhe des tschechischen Zolls. Trotzdem ist der Preis der tschechischen Hefe auf dem polnischen Markt noch billiger als die im Inlande produzierte. Die Ausfuhrmöglichkeiten für polnische Hefe sind der hohen Preise wegen gering.

### Likörindustrie.

Die Fabrikation von Branntwein und Likören war in Polen schon vor dem Kriege stark verbreitet und zwar besonders in den ehemals preußischen und österreichischen Gebietsteilen, wo sich die Likörfabrikanten nicht nur mit der Herstellung von Sortenschnäpsen und Likören, sondern auch mit dem Ausschank von reinen Branntweinen befaßten. Im ehemals russischen Teilgebiet beschränkte sich die Likörindustrie auf die Herstellung von Branntweinfabrikaten und Likören, während der Ausschank von reinem Trinkbranntwein der russischen Monopolverwaltung oblag.

Im heutigen Polen ist der Kauf und Verkauf von Trinkbranntwein ebenfalls monopolisiert. Die Einführung eines Monopols für Trinkbranntwein ist jedoch erst neueren Datums (1. 1. 1926). Sie erfolgte stufenweise zuerst in den Ostmarken und wurde im Verlauf des Jahres 1926 auf die übrigen Bezirke ausgedehnt. Gegenwärtig gibt es in ganz Polen annähernd 1000 Betriebe, die gereinigten Spiritus zu Likören und verschiedenen Branntweinsorten verarbeiten. Zu den bedeutendsten gehören die Firmen: Hartwig & Kantorowicz in Posen, B. Kasprowicz in Gnesen, Baczewski in Lemberg und „Winkelhausen“ in Stargard. Die Fabrikation von Likören beschränkt sich in der Hauptsache auf den Inlandsabsatz. Ein Export findet nur im geringen Umfang statt und beschränkt sich vornehmlich auf Fabrikate der genannten Firmen.

Die Interessen der polnischen Likörindustrie werden durch den „Polnischen Berufsverband der Destillateure und Likörfabrikanten“ (Polski Związek Zawodowy Dystylatorów oraz Wytwórców Wódek i Likierów) mit dem Sitz in Warschau vertreten. Die Rektifizierungsindustrie in Polen, die etwa 50 Betriebe umfaßt

(darunter die große Firma „Akwawit“ in Posen) ist in einem besonderen, seit 1925 bestehenden „Verband der Spiritusrektifizierungsanstalten“ zusammengeschlossen.

### Essigindustrie.

Unter die Betriebe, die Spiritus verarbeiten, fallen noch die Essigfabriken. In Polen gibt es 108 Essigfabriken. Ihr Rohstoffbedarf hat in den letzten Jahren stark zugenommen. Er betrug (in 1000 Liter 100° Spiritus):

|      |        |
|------|--------|
| 1922 | 6 580  |
| 1923 | 8 420  |
| 1924 | 10 394 |
| 1925 | 11 800 |

Die größte Zahl von Essigfabriken gibt es in Kongreßpolen. Es sind dies meist Kleinbetriebe, die sich in bezug auf die technische Einrichtung mit den Unternehmungen in Westpolen nicht messen können. Die Produktionsfähigkeit der meisten Betriebe ist kaum bis zur Hälfte ausgenützt. Dies liegt zum Teil an der großen Konkurrenz durch konzentrierte Essigsäure, die aus dem Auslande eingeführt wird, zum Teil an der schwachen Konsumfähigkeit des Inlandsmarktes. Während beispielsweise in Deutschland 1,5 Liter auf den Kopf der Bevölkerung verbraucht wird, beschränkt sich der Essigkonsum in Polen auf 0,22 Liter. In letzter Zeit gehen einzelne Betriebe dazu über, Wein- und Obstessig herzustellen, um dadurch ihren Absatz zu steigern. An großen Betrieben, die Naturoessig produzieren, gibt es in Polen nur einen, und zwar die „Oberschlesische Weinessigfabrik Paetz & Kuznik“ in Schoppinitz. Ein Export kommt mit Rücksicht auf die ungünstigen, stark verteuernenden Frachten für Essig noch gar nicht in Frage.

### Obstweinindustrie.

Für die Entwicklung der Obstweinindustrie bestehen in Polen günstige Voraussetzungen. Neben ausreichenden Vorräten an Obst ist auch die Zuckerzeugung im Lande mehr als ausreichend, um die für die Obstweinbereitung benötigten Mengen selbst bei ungünstigem Ernteausschlag sicher zu stellen. Die Zahl der innerhalb Polens bestehenden Obstweinfabriken beträgt etwa 50, deren Leistungsfähigkeit auf 12 Millionen Liter jährlich geschätzt wird. Infolge der erheblichen Steuerlasten, die die Umsatztätigkeit wesentlich eingeengt haben, ist die Obstweinerstellung in den letzten Jahren in etwa 20 Betrieben eingestellt worden. Diese Betriebe nahmen meistens Produktionsumstellungen vor, indem sie sich auf die lohnendere Fabrikation von Likören und Branntwein warfen. Aber auch die Produktionstätigkeit der noch verbliebenen Obstweinfabriken ist zurückgegangen. Während die Menge des erzeugten Obstweines im Jahre 1923 noch 1,5 Millionen Liter betrug, ging sie im folgenden Jahre auf 1,2 Millionen Liter zurück. Da im gleichen Jahre etwas mehr als 2 Millionen Liter ausländischer Weine importiert worden sind, so läßt sich daraus schließen, daß die jährliche Aufnahmefähigkeit des polnischen Marktes auf etwa 3,5 bis 4 Millionen Liter jährlich anzuschlagen ist. Eine Importverringerung an Auslandsweinen könnte nur durch zollpolitische Maß-

nahmen erreicht werden, die aber, da sie in der Hauptsache Frankreich treffen, auf starken Widerstand stoßen würden. Man versucht daher durch Propaganda (Ausstellungen usw.) eine Absatzsteigerung inländischer Weinerzeugnisse zu erreichen. Ein besonders großes Interesse an der Förderung der Obstindustrie hat naturgemäß die Zuckerindustrie, die dadurch hofft, die große Überproduktion an Zucker, die auf dem Weltmarkt zu stark gedrückten Preisen angeboten werden muß, nach Möglichkeit im Inlande selbst nutzbringender zu verwerten. Bei einer günstigen Fortentwicklung der Obstweinindustrie rechnet man auch mit bedeutenden Exportmöglichkeiten nach den nördlich gelegenen Ländern, wo eine Traubenweingewinnung schon aus klimatischen Gründen unmöglich ist, dann aber auch mit einer allmählichen Einschränkung des Imports ausländischer Weine, die schon mit Rücksicht auf die Gestaltung der Handelsbilanz wichtig erscheint.

### Zuckerwarenindustrie.

Vor dem Kriege war die Zuckerwarenindustrie, wie man aus nachfolgenden Zahlen ersieht, nur sehr schwach entwickelt. Im ehemals preußischen Teilgebiet gab es überhaupt keine Zuckerwarenindustrie. In Kongreßpolen waren in den Jahren 1909/10 6 Fabriken tätig. Der Wert ihrer Produktion belief sich auf 2,5 Millionen Rubel. Im gleichen Zeitraum waren im österreichischen Teilgebiet zusammen 15 Unternehmungen dieser Branche im Betrieb. Sie beschäftigten etwa 700 Arbeitskräfte und stellten Waren im Werte von 4,8 Millionen Kronen jährlich her. In der Nachkriegszeit ist in der polnischen Zuckerwarenindustrie ein starker Aufschwung zu beobachten. Gegenwärtig gibt es in ganz Polen 63 tätige Betriebe, die zum großen Teil mit modernen Maschinen eingerichtet sind. Der Hauptsitz dieser Industrie ist Warschau, wo sich 25 Fabriken befinden. Von den übrigen befinden sich 8 in Krakau, 7 in Posen, 8 in Lemberg und die übrigen in den Provinzstädten. Daneben gibt es noch eine große Anzahl von Kleinbetrieben.

In der polnischen Zuckerwarenindustrie finden etwa 8000 Arbeitskräfte Beschäftigung. Verarbeitet werden jährlich etwa 200 000 Zentner Zucker und 60 000 Zentner Kakaobohnen und -butter. Die meisten Fabriken stellen gemischte Betriebe dar, d. h. sie fabrizieren verschiedene Sorten von Zuckerwaren gleichzeitig. Nur drei Betriebe sind ausschließlich Schokoladenfabriken und zwei ausschließlich Honigkuchenfabriken. Die Zuckerwarenfabriken stellen in Polen eine Industrie mittlerer Größe dar. Die einzelnen Betriebe beschäftigen durchschnittlich etwa 100 bis 200 Arbeitskräfte. Eine Ausnahme hiervon machen nur vier Betriebe, von denen jeder annähernd 500 Leute beschäftigt. Die Produktionsfähigkeit der letztgenannten Fabriken stellt sich auf etwa 60 000 kg täglich. Der Wert der Erzeugung aller polnischen Betriebe der Zuckerwarenindustrie beträgt etwa 50 bis 60 Millionen Zloty jährlich.

Der Hauptlieferant der polnischen Zuckerwarenindustrie in bezug auf Rohstoffe kolonialer Herkunft (Kakaobohnen, Kakaobutter usw.) ist Holland. Vor dem Ausbruch des deutsch-polnischen Zollkonfliktes wurde ein großer Teil des Bedarfs an diesen Produkten über Deutschland bezogen. An Deutschlands Stelle

ist nunmehr Frankreich und Dänemark getreten. Die Einfuhr von Rohstoffen aus den einzelnen Ländern betrug in den Jahren 1924 und 1925 (in Meterzentner) <sup>1)</sup>:

|                         | 1924   | 1925   |
|-------------------------|--------|--------|
| Deutschland . . . . .   | 13 846 | 8 116  |
| Holland . . . . .       | 10 574 | 11 775 |
| Brasilien . . . . .     | 3 764  | 2 293  |
| Dänemark . . . . .      | 3 762  | 2 284  |
| England . . . . .       | 3 603  | 3 959  |
| Andere Länder . . . . . | 8 752  | 9 288  |

Die Einfuhr verteilte sich auf folgende Rohstoffe (in Meterzentner) <sup>1)</sup>:

|                       | 1924   | 1925   |
|-----------------------|--------|--------|
| Kakaobohnen . . . . . | 44 401 | 37 715 |
| Kakaobutter . . . . . | 12 570 | 10 267 |
| Nüsse . . . . .       | 14 104 | 7 524  |
| Mandeln . . . . .     | 5 581  | 6 214  |

Die Einfuhr von Zuckerwaren ist nach Polen verboten. Ausnahmen werden nur bei einzelnen Handelsvertragsstaaten gemacht (Schweiz, Österreich, Frankreich), denen bestimmte Einfuhrkontingente zugebilligt sind. Bis zum Jahre 1925 entwickelte sich der Zuckerwarenimport folgendermaßen (in Meterzentner) <sup>1)</sup>:

|                        | 1922   | 1923   | 1924   | 1925  |
|------------------------|--------|--------|--------|-------|
| Kakaopulver . . . . .  | 13 818 | 19 886 | 13 223 | 9 174 |
| Schokolade . . . . .   | 714    | 426    | 586    | 967   |
| Zuckergebäck . . . . . | —      | —      | 2 216  | 1 808 |
| Bonbons . . . . .      | —      | —      | 179    | 295   |

Bis zum Jahre 1925 war auch die Einfuhr von Zuckerwaren aus Danzig beträchtlich. Sie stellte sich im Jahre 1924 auf 20 375 und im Jahre 1925 auf 15 690 Meterzentner. Seit dem Herbst 1925 wird auf Grund des polnischen Zuckergesetzes die Zucker- und Zuckerwareneinfuhr aus Danzig mit einer Abgabe von 75 Zloty per 100 kg effektiven Zuckergehalts der Waren belastet, wodurch der Import erheblich gesunken ist. Ein Export polnischer Zuckerwaren in größerem Umfange besteht nicht.

### Mühlenindustrie.

Die polnische Mühlenindustrie befand sich vor dem Kriege in einer schwierigen Lage. Die kongreßpolnische Mühlenindustrie litt unter der russischen, die galizische unter der ungarischen Konkurrenz. Günstigere Verhältnisse bestanden in Vorkriegszeiten nur im ehemals preußischen Teilgebiet.

Nach der Größe und der Art ihrer Produktion kann man die Mühlen in Polen in drei Kategorien einteilen. Die kleinen Mühlen (Wind- und Wassermühlen mit einer Tagesproduktion bis 5 Tonnen) verarbeiten Getreide zu Schrotmehl, die

<sup>1)</sup> Przewodnik Przemysłu i Handlu Polskiego, Rocznik I, 1926.

mittleren Mühlen (bis 20 Tonnen Tagesleistung) stellen Mehl mit einer Ausmahlung bis 70% her (30% Kleie), die großen Mühlen (mit Motoren- und Dampftrieb und einer Tagesproduktion über 20 t) produzieren alle übrigen Mehlsorten. Die Zahl der in Polen vorhandenen Mühlenbetriebe ist statistisch nicht erfaßt. Die meisten Kleinbetriebe befinden sich in Kongreßpolen, die größten Mühlen in Westpolen. Die Jahresleistung aller polnischen Mühlen wird auf 5 Millionen Tonnen geschätzt. Hiervon entfallen auf Roggenmehl 4 Millionen und auf Weizenmehl 1 Million Tonnen. Die Verarbeitung anderer Getreidesorten (Gerste, Mais usw.) ist relativ gering. Trotzdem der Inlandskonsum von Grieß, Graupe und Grütze sehr groß ist, ist nur ein kleiner Teil großer Mühlen auf die Herstellung dieser Getreideerzeugnisse eingerichtet. Der größte Teil dieser Produkte wird in besonderen dafür eingerichteten Kleinbetrieben hergestellt.

Die Mühlenindustrie in Polen ist noch nicht auf der Höhe ihrer Entwicklung, besonders hinsichtlich der Qualität ihrer Erzeugung. Dies liegt vor allem daran, daß es in Polen an Elevatoren mangelt, mit deren Hilfe eine einwandfreie Reinigung und Sortierung des Getreides erst möglich wird. Die Regierung hat sich zur Aufgabe gesetzt, diesen Mangel durch Bau einer Reihe großer Getreideelevatoren mit Unterstützung ausländischer Fachkräfte zu beseitigen.

Auf dem Gebiete der polnischen Republik bestehen eine Reihe von Verbänden der Mühlenindustrie, die sich auf die einzelnen Teilgebiete verteilen. Neben reinen Berufsverbänden gibt es in Polen auch solche, die landwirtschaftlichen Organisationen angeschlossen sind. Die Verkaufszentrale letzterer ist die „Aktiengesellschaft für den Handel mit Landwirtschaftsprodukten in Warschau“, mit deren finanzieller Unterstützung ein großer Teil modern eingerichteter großer Mühlenbetriebe in Polen entstanden ist. Überhaupt nimmt die polnische Landwirtschaft großen Einfluß auf die Mühlenindustrie. Das Mißverhältnis zwischen den Preisen für Getreide und Mehl und die für die Landwirte ungünstigen Absatzbedingungen für Getreide lassen das Interesse an der Mühlenindustrie immer stärker werden, um die landwirtschaftliche Kultur dadurch rentabler zu gestalten.

### Tabakindustrie.

Die Tabakindustrie in Polen ist verstaatlicht. Die etwa 100 größeren und kleineren Tabakwarenfabriken sind auf Grund des Gesetzes über die Einführung des Tabakmonopols in Polen vom Jahre 1922 bis Mitte 1924 sämtlich vom Staate aufgekauft worden. Der Inlandsbedarf an Tabakwaren aller Art wird seitdem ausschließlich durch Monopolfabriken befriedigt. Auch der Tabakanbau wurde gleichzeitig geregelt und entsprechende Einkaufs- und Aufsichtämter geschaffen. Seit dem Jahre 1923 wirft das polnische Tabakmonopol bereits Gewinne ab. Der Reinertrag dieses Jahres betrug 42,4 Millionen Zloty. Die Erträge für das Jahr 1924, die mit 70 Millionen Zloty im Budget präliminiert waren, sind allerdings erheblich geringer gewesen und betragen nur 32 Millionen Zloty. Die Jahre 1925 und 1926 haben dagegen die präliminierten Einnahmen nicht unwesentlich überschritten.

Gegenwärtig besitzt der polnische Staat 22 in Betrieb befindliche Tabakwarenfabriken, die auf dem ganzen Territorium der polnischen Republik verstreut liegen. Teilweise sind es ehemals österreichische Fabriken, die durch den Krieg zerstört waren und von Staats wegen wieder aufgebaut worden sind, zum Teil handelt es sich um neu errichtete Betriebe und schließlich — im überwiegenden Umfange — um Privatfabriken aller drei polnischen Teilgebiete. Im ehemals österreichischen Teilgebiet bestehen u. a. folgende größere Unternehmungen der Tabakbranche: eine Fabrik in Krakau, eine zweite in Winniki bei Lemberg und drei weitere Fabriken in Monasterzyski, Zaglotów und Jagielnice. In Kongreßpolen befinden sich Tabakwarenfabriken in Warschau (Noblesse), Bialystok, Grodno, Wilna, Kowel, Radom und Łódz. Im früheren preußischen Teilgebiet gehören dem Staate die Fabrikbetriebe in: Posen (Sarmatia, Bubec-Drost), Graudenz, Hohensalza, Stargard, Kosten und in Ostoberschlesien die Tabakwarenfabrik in Loslau.

## Holzindustrie und verwandte Gewerbe.

### Holzindustrie.

Die Holzindustrie Polens nimmt eine der führenden Plätze in der polnischen Industrie ein. Sie stützt sich auf eine breite Rohstoffbasis und gehört zu den größten Industriezweigen des Landes. Ihre Struktur zeigt in den einzelnen Teilgebieten ein verschiedenartiges Gepräge. Nach amtlichen Daten waren Anfang 1925 auf dem Gebiete der polnischen Republik 778 Werke der Holzindustrie mit etwa 43 000 Arbeitern in Betrieb. Diese Ziffer verteilt sich auf die einzelnen Landesteile: Kongreßpolen 185, Ostpolen 80, Westpolen 284 und Kleinpolen 229 Betriebe, Vorherrschend sind Kleinbetriebe mit 20—50 Arbeitern (548). Von 50 bis 100 Arbeiter beschäftigen 140 Betriebe. Die restliche Anzahl bilden Mittel- und Großbetriebe von 100 bis 1000 Arbeitern. Werke, die über 1000 Arbeiter beschäftigen, existieren in Polen nicht.

Innerhalb der Holzindustrie nimmt die Sägewerksindustrie den ersten Platz ein. Am stärksten ist sie in Westpolen (Bromberg) entwickelt. Andere Sägewerkszentren befinden sich in der Nähe der großen Urwälder Bialowież, Augustowo und am Fuße der Karpathen. Der starke Aufschwung der polnischen Sägewerksindustrie hat die Zahl der in Tätigkeit befindlichen Gatter in den letzten Jahren auf 2000 erhöht. Ihre Verarbeitungsfähigkeit beträgt etwa 10 Millionen Festmeter.

Der Inlandsverbrauch an Nutzholz beträgt jährlich rund 9 Millionen Festmeter, der Verbrauch an Brennholz etwa 7 Millionen Raummeter. Von den neun Millionen Festmeter Nutzholz verarbeiten die Sägewerke 5 Millionen, die Gruben benötigen eine Million, die Eisenbahn und Post 0,53 Millionen, die Zellulosefabriken 0,25 Millionen und die Zündholzindustrie 50 000 Festmeter.

Der Holzexport betrug in den letzten vier Jahren (in Festmetern):

|                    | Rundholz  | Bearbeitetes Holz |
|--------------------|-----------|-------------------|
| 1923               | 2 160 000 | 1 821 000         |
| 1924               | 834 000   | 2 283 670         |
| 1925               | 2 327 000 | 2 572 000         |
| 1926 <sup>1)</sup> | 2 959 000 | 2 120 000         |

Der Holzexport des Jahres 1925 verteilte sich auf die einzelnen Holzsorten folgendermaßen:

|                                      |           |           |
|--------------------------------------|-----------|-----------|
| Brennholz . . . . .                  | 69 000    | Festmeter |
| Papierholz . . . . .                 | 967 000   | Raummeter |
| Grubenholz . . . . .                 | 484 000   | Festmeter |
| Telegraphenstangen . . . . .         | 112 000   | „         |
| Klötze und Langholz . . . . .        | 694 000   | „         |
| Bohlen, Bretter und Latten . . . . . | 1 957 000 | „         |
| Schwellen (Sleeper u. a.) . . . . .  | 614 000   | „         |
| Furniere . . . . .                   | 1 300     | „         |
| Stangen . . . . .                    | 1 500     | „         |

Die Hauptabnehmer polnischen Holzes sind Deutschland und England. 80% des Exports nach Deutschland entfallen auf unbearbeitetes Holz. Seit Mitte 1925 ist die Ausfuhr von bearbeiteten polnischem Holz nach Deutschland durch Einführung erhöhter Einfuhrzölle (als Folge des deutsch-polnischen Zollkonflikts) stark zurückgegangen. Der Absatzrückgang nach Deutschland ist durch verstärkte Ausfuhr von bearbeitetem Holz nach andern Ländern (Belgien, England, Frankreich usw.) im Verlauf des Jahres 1926 größtenteils wieder ausgeglichen worden.

Zur Holzindustrie gehören außer den Sägewerken auch die Zimmerer- und Tischlerwerkstätten, Faß-Möbel-Leisten- und Rahmenfabriken und die Werke zur Verarbeitung von Holzgalanteriewaren, Faßdauben, Kistenfabriken, Holzwohl- und Korbmöbelfabriken. In der Möbelindustrie spielt die Industrie für gebogene Möbel eine große Rolle. Die Entwicklung dieses Industriezweiges ist durch das Vorkommen großer Mengen Buchenholz und anderer Nebenartikel, die zur Fabrikation von gebogenem Möbel besonders geeignet ist, begünstigt. In Polen sind etwa 20 derartige Fabriken tätig, die hauptsächlich für den Export arbeiten. Ihre Produkte werden u. a. nach Nordamerika, Argentinien, Italien, der Tschechoslowakei und Holland ausgeführt.

Die Erzeugung von Holzkohle und Holzdestillaten hat trotz des gewaltigen Holzreichtums des Landes noch keinen bedeutsamen Aufschwung genommen. Die größten Betriebe sind erst während des Krieges von der deutschen Besatzung geschaffen worden. Die Fabrik in Hajnówka ist der größte Betrieb für Holzdestillate. Soweit statistische Daten zu ermitteln sind, belief sich im Jahre

<sup>1)</sup> Vorläufige Daten in Tonnen.

1925 die Produktion von Holzkohle in Polen auf 20 000 t, von Essigsäure auf etwa 20 000 t und die Produktion von Essigessenzen und Essigsäure auf 3000 t. Die Produktion von Holzessig ist geringfügig (520 t). Der Bedarf des Landes ist durch die Produktion reichlich gedeckt. Ein Export dieser Produkte erfolgt nur in unansehnlichen Mengen.

### Papierindustrie.

Die Papierindustrie Polens ist trotz überaus günstiger Rohstoffverhältnisse teilweise noch sehr unzulänglich entwickelt. Die Gründe hierfür sind u. a. in der unterschiedlichen Wirtschaftsentwicklung der drei, das heutige Polen darstellenden Teilgebiete zu suchen. Die ehemals preußische Provinz Posen und Pommerellen hatten bei der Inbesitznahme durch Polen nicht eine einzige Papierfabrik innerhalb ihres Gebiets aufzuweisen. Erst im Jahre 1920 entstand die erste großpolnische Papierfabrik in Bromberg. Gering war ebenfalls die Zahl der Papierfabriken, die Polen in den von Österreich abgetretenen Gebieten vorfand. Von den dort befindlichen vier Fabriken wurden zwei während des Krieges fast vollkommen zerstört, so daß nur zwei Unternehmen im Betriebszustand übernommen wurden. Bei der Teilung Oberschlesiens entfielen zwei Zellulose- und eine Papierfabrik auf den polnisch gewordenen Abschnitt. Das Gros der polnischen Papierindustrie befand sich schon früher in Kongreßpolen. In diesem ehemals russischen Teilgebiet waren zu Vorkriegszeiten bereits 11 Papierfabriken und eine Zellulosefabrik im Betrieb.

Die polnische Papierindustrie, in der gegenwärtig etwa 6500 Arbeitskräfte Beschäftigung finden, ist im „Berufsverband der polnischen Papierfabriken“ zusammengeschlossen. Nur sieben der in Polen befindlichen 21 Papierfabriken stehen außerhalb des Verbandes. Insgesamt besitzen die polnischen Papierfabriken 38 Papiermaschinen. Das größte polnische Unternehmen der Papierindustrie hat sieben Maschinen in Betrieb (T. A. Mirkowskiej Fabryki Papieru). Die A. G. Steinhagen, Wehr & Co. steht mit vier Maschinen an zweiter Stelle.

Im Zusammenhang mit dem starken Papierverbrauch hat die polnische Papierzeugung einen ansehnlichen Aufschwung genommen. Der Beschäftigungsgrad der Fabriken war daher in den letzten fünf Jahren fast ausnahmslos gut. Nur zu Anfang des Jahres 1923 war die polnische Papierindustrie angesichts des vergrößerten Imports zeitweise gezwungen, Arbeitseinschränkungen vorzunehmen. Als aber in der zweiten Hälfte des gleichen Jahres der polnische Währungsverfall ein scharfes Tempo anzunehmen begann, da änderte sich die Situation in kurzer Zeit. Es setzte eine kaum zu befriedigende Nachfrage nach allen verfügbaren Papiersorten ein, welche die Inlandserzeugung wieder stark beleben konnte. Das Jahr 1924 hat allerdings mit der Einführung der Zlotywährung einen Umschwung der Konjunktur mit sich gebracht und auch die polnische Papierproduktion in ungünstiger Weise zu beeinflussen vermocht. Außerdem fielen in den gleichen Zeitraum Lohndifferenzen mit der Arbeiterschaft, die bei einer ganzen Reihe von Betrieben längere oder kürzere Arbeitsunterbrechungen zur Folge hatten.

Daher zeigen die Produktionsziffern des Jahres 1924 im Vergleich zu den vorangegangenen Jahren einen Rückgang der in folgenden Zahlen zum Ausdruck kommt:

|      |          |
|------|----------|
| 1919 | 15 000 t |
| 1920 | 20 000 „ |
| 1921 | 31 000 „ |
| 1922 | 42 000 „ |
| 1923 | 52 340 „ |
| 1924 | 48 800 „ |
| 1925 | 85 340 „ |

Seit dem Jahre 1925 hat die polnische Papiererzeugung — wie man aus den Ziffern ersehen kann — wieder eine Steigerung erfahren, so daß sie nicht nur die Produktion des Jahres 1924 überragt, sondern auch die Vorkriegsproduktion erheblich überschreitet. Von nicht geringem Einfluß auf die günstige Produktionsentwicklung ist der Umstand, daß sich in Verbindung mit dem Aufschwung im polnischen Zeitungswesen die Nachfrage nach Papier ständig verstärkt. Der Gesamtbedarf des Inlandes an Papier und Pappen aller Sorten betrug im Jahre 1925 etwa 108 000 t (3,5 kg pro Kopf der Bevölkerung). Im Zusammenhang mit dem anhaltenden Steigen des Bedarfs hat die polnische Papierindustrie sehr günstige Entwicklungsmöglichkeiten. Da die vorhandenen Betriebe den Bedarf des Landes nicht ausreichend decken können, so werden noch drei weitere Fabriken gebaut. Die fehlenden Mengen werden aus dem Auslande bezogen. Importiert wurden bisher vorwiegend Rotationsdruckpapier, holzhaltige Papiere, Alben, Plakate; in kleineren Mengen fanden auch Lösch- und Filtrierpapiere, bessere Sorten von Packpapier sowie Pergamentpapier Absatz in Polen. Die Entwicklung des polnischen Papier- und Papierwarenimports ergibt sich aus folgender Tabelle:

|      |          |
|------|----------|
| 1920 | 19 042 t |
| 1921 | 30 833 „ |
| 1922 | 22 770 „ |
| 1923 | 25 305 „ |
| 1924 | 11 426 „ |
| 1925 | 46 180 „ |
| 1926 | 41 700 „ |

Obige Zahlen zeigen ein erhebliches Fallen der Papiereinfuhr im Jahre 1924 an, doch tritt dieser Rückgang nur hinsichtlich der Menge in Erscheinung; w e r t m ä ß i g hat sich der Papierimport weiter heben können, woraus man schließen kann, daß der Absatz besserer Papiersorten größer geworden ist. Der Papierimport im Jahre 1925 weist auch mengenmäßig eine Steigerung auf, die so beträchtlich ist, daß sie die Importmenge des Vorjahres um mehr als das Vierfache überragt.

### Zelluloseindustrie.

Die Zelluloseindustrie Polens setzt sich aus drei Betrieben zusammen, von denen zwei Sulfite- und einer Sulfat-Zellulose herstellt. An letzterer ist der Bedarf

in Polen minimal, so daß der größte Teil der Produktion für den Export frei wird. Der Eigenverbrauch an Sulfitzellulose beträgt durchschnittlich etwa 25 000 t jährlich. Ein Mangel an Zellulose verspürte die polnische Papierindustrie in den Jahren 1921 und 1922, so daß ein erheblicher Teil des Bedarfs importiert werden mußte. Durch das Hinzukommen der beiden oberschlesischen Zellulosefabriken ist dieser Mangel nicht mehr so groß. Trotzdem ist mit dem Bau einer neuen Zellulosefabrik in Zastawne-Zagórze bereits begonnen worden, doch ist die baldige Inbetriebnahme dieses Unternehmens durch inzwischen eingetretene finanzielle Schwierigkeiten in Frage gestellt.

## Die Textilindustrie.

Die polnische Textilindustrie zählte vor dem Kriege zu den bedeutendsten ihrer Art in Europa, beschäftigte in den Produktionszentren Lodz und Bialystok über 150 000 Arbeitskräfte und produzierte jährlich Waren im Werte von rund 340 Millionen Rubel. Ein ansehnlicher Teil der Erzeugung wurde nach dem Innern Rußlands abgesetzt, auf dessen Bedürfnisse die polnische Textilindustrie vornehmlich eingestellt war. Der russische Markt forderte angesichts der Verschiedenheit der kulturellen und klimatischen Verhältnisse auch eine Differenzierung der Erzeugung. Da sich das Geschäft mit Rußland vorwiegend in billigen, groben Stoffen abwickelte, so hat besonders die Baumwollindustrie einen großen Aufschwung nehmen können. Durch den Verlust des wichtigen russischen Absatzmarktes entstanden in der Nachkriegszeit naturgemäß Schwierigkeiten bei der Umstellung der Industrie auf die neuen Verhältnisse. Die Inflationsperiode hat aber in Verbindung mit der günstigen Absatzkonjunktur diese Schwierigkeiten herabgemindert und die Umstellung der Produktion begünstigt. Ende 1923 setzte mit der Einführung der Zlotywährung eine Absatzkrise ein, die sich von Monat zu Monat verschärfte. Es zeigte sich, daß die hohen Produktionskosten die Warenpreise weit über das Weltmarktniveau ansteigen ließen, den Export dadurch verhinderten und die Textilwareneinfuhr aus dem Auslande wesentlich begünstigten. Die ungünstige Lage der polnischen Textilindustrie konnte auch durch staatliche Vergünstigungen (Umsatzsteuerbefreiung für Exportwaren, Zollrückerstattung für eingeführte Farbstoffe, Chemikalien usw.) nicht wesentlich beeinflußt werden. Der Zlotyverfall um die Mitte des Jahres 1925 hat die Situation noch weiter verschärft. Die erste Folge war ein Anziehen der Preise. Angesichts der ungeklärten Lage erfolgte eine Verschärfung der Verkaufsbedingungen und damit ein weiteres Zusammenschrumpfen des Absatzes. In Zusammenhang damit ergab sich die Notwendigkeit, die Produktion einzuschränken, was einesteils in der Reduzierung der Arbeitszeit, andernteils in der Schließung von Fabriken zum Ausdruck kam. In der Befürchtung einer weiteren Verschleppung der Krise siedelten eine ganze Reihe polnischer Unternehmungen der Textilbranche in Ermangelung einer Existenzmöglichkeit samt den Maschineneinrichtungen nach dem Auslande über (Rumänien, Jugoslawien). Andere Fabrikanten verkauften ihre Maschinen zu einem Spott-

preise an belgische, französische und italienische Interessenten, die sie ins Ausland exportierten. Bis zu Beginn des Jahres 1926 hielt die kritische Situation in der polnischen Textilindustrie an. Erst seit Februar 1926 läßt sich wieder eine langsame Besserung erkennen, die sich im Rückgang der Arbeitslosigkeit, Verlängerung der Arbeitszeit und in der Wiederaufnahme der Tätigkeit einer Reihe mittlerer und kleinerer Fabriken widerspiegelt. Am deutlichsten trat die Besserung der Lage der Baumwollfabriken in Erscheinung, die angesichts der großen Umsätze zu einer immer intensiveren Tätigkeit übergehen konnten. Auch der Export hat sich als Folge der weiteren Verschlechterung des Zlotykurses, der als Exportprämie wirkte, wieder heben können. Er richtet sich in der Hauptsache nach den Randstaaten, Rußland und dem Balkan.

Die polnische Textilindustrie verteilt sich auf drei Reviere (Lodz, Bialystok und Bielitz). Das Hauptzentrum bildet Lodz und Umgegend (Pabjanice, Tomaszów, Zgierz, Ozorków, Konstantynów, Aleksandrów und Zdunska-Wola). Die Lodzer Industrie umfaßt die ganze polnische Baumwollindustrie und etwa 80% der Wollindustrie. Auf die Bialystoker Textilindustrie entfällt 8% und auf die Bielitzer 12% der Wollindustrie.

Die Baumwollindustrie zeichnet sich insbesondere durch Herstellung gerauhter Waren, Decken, Flanelle und billigen Anzugstoffen aus Abfallgarnen aus und hat sich nach dieser Richtung zu einer Besonderheit entwickelt. Außerdem werden in Lodz aus Baumwolle noch Battiste, Musseline, Piques, Ripse, Zephire, Tisch- und Taschentücher, Schürzen, Stopfwole, Spitzen, Näh- und Stickereigarn, Baumwollposamente u. a. angefertigt. Ein charakteristisches Merkmal der Lodzer Industrie ist seine Konzentration. Fast jede größere Fabrik besitzt eine vollkommene Einrichtung mit eigener Spinnerei, Weberei, Färberei und Appretur.

Die Wollindustrie in Polen hat selbst während der Zeit ihrer größten Beschäftigung (im Inflationsjahr 1923) schwächer gearbeitet als vor dem Kriege und hat sich auch in den folgenden Jahren bei weitem nicht so günstig entwickeln können als die Baumwollindustrie. Die Gründe für den geringeren Beschäftigungsgrad der Wollindustrie liegen zum Teil in dem Rückgang der Nachfrage nach Wollwaren infolge der Verarmung der polnischen Bevölkerung, zum Teil im Kapitalmangel und in der Kreditnot, da die Wollindustrie mit Rücksicht auf die wertvolleren Rohstoffe eines erheblich größeren Betriebskapitals bedarf als die Baumwollindustrie. Dessen ungeachtet ist die polnische Wollindustrie ebenso vielseitig wie die Baumwollindustrie. Erstere fabriziert Bonstons, Covercoats, Anzug- und Mantelstoffe, Woll- und Halbwolltücher, Gabardine, Velours, halbwollene Gewebe, Decken, Hüte und Mützen, Posamente, Schnüre, Bänder usw.

Außer der Baumwoll- und Wollindustrie gibt es in Polen auch noch eine ziemlich gut entwickelte Jute- und Wirkwarenindustrie. Erstere hat zwar noch kaum 50% ihrer Leistungsfähigkeit erreicht, ist aber bereits imstande, den weitaus größten Teil des Inlandsbedarfs an Juteerzeugnissen zu decken. Was

die Wirkwarenindustrie betrifft, so hat dieser relativ hochentwickelte Zweig der Textilindustrie noch mehr als die andern Zweige unter der langjährigen Krise zu leiden gehabt. Mit Rücksicht auf die Besonderheiten der Wirkwarenindustrie steigt ihre Erzeugungsfähigkeit in einem sehr langsamen Tempo.

Schwach entwickelt ist in Polen die Seidenindustrie. Infolge der Teuerung des Seidengarnes, das ausschließlich aus dem Auslande bezogen werden muß, ist dieser Industriezweig nach dem Kriege nur teilweise in Betrieb genommen worden. Die Seidenfabriken beschränken sich in der Hauptsache auf die Herstellung von billigen und halbseidenen Futterstoffen. Erzeugnisse besserer Qualität werden aus dem Auslande eingeführt. Die schwach entwickelte Leinenindustrie erzeugt nur Artikel des täglichen Bedarfs.

Um sich ein Bild von der Größe der polnischen Textilindustrie zu machen, mögen im folgenden einige statistische Daten über die Zahl der in den Fabriken vorhandenen Spindeln und Webstühlen dienen. Die gesamte Textilindustrie in Polen besitzt gegenwärtig:

|           |                          |
|-----------|--------------------------|
| 1 341 151 | Baumwollspindeln         |
| 90 384    | Abfallspindeln           |
| 510 694   | Streichgarn-Wollspindeln |
| 403 392   | Kammgarnwollspindeln     |
| 21 700    | Leinenspindeln           |
| 17 285    | Jutespindeln             |
| 21 000    | Seidenspindeln           |
| 43 384    | Baumwollwebstühle        |
| 17 200    | Wollwebstühle            |
| 1 100     | Leinenwebstühle          |
| 1 260     | Jutewebstühle            |
| 176       | Seidenwebstühle          |

Die Zahl der seit dem Jahre 1921 in den einzelnen Branchen der Textilindustrie beschäftigten Arbeiter ersieht man aus folgender Zusammenstellung:

|             | Baumwolle | Wolle  | Wirkwaren | Flachs | Jute |
|-------------|-----------|--------|-----------|--------|------|
| Anfang 1921 | 31 000    | 12 270 | 643       | 703    | 1440 |
| „ 1922      | 50 000    | 13 700 | 756       | 1455   | 2360 |
| „ 1923      | 74 780    | 18 830 | 1350      | 1692   | 3460 |
| „ 1924      | 72 400    | 17 200 | 770       | 1960   | 2880 |
| „ 1925      | 50 340    | 16 700 | 1500      | 1880   | 4270 |
| „ 1926      | 48 310    | 12 600 | 532       | 2450   | 2790 |

Bis zum Jahre 1923 läßt sich in der Textilindustrie ein anhaltendes Steigen der Arbeiterzahl feststellen. Seitdem ist ein relativ rasches Sinken des Beschäftigungsgrades zu beobachten, das sich bis Februar 1926 fortgesetzt hat. Erst von diesem Zeitpunkt ist ein Anwachsen der Arbeiterzahl wieder eingetreten, das fast das ganze Jahr 1926 angehalten hat.

Trotz des höchst erreichten Arbeiterstandes im Jahre 1923 blieb die Erzeugung hinter derjenigen der Vorkriegszeit noch zurück, was aus folgenden Ziffern hervorgeht:

|                                     | Wochenleistung |            |                             |
|-------------------------------------|----------------|------------|-----------------------------|
|                                     | 1913/14        | 1923       | In Prozenten zum Jahre 1913 |
| <b>Baumwollindustrie:</b>           |                |            |                             |
| Baumwollspindelstunden . . . . .    | 85 430 000     | 93 430 000 | 109,5                       |
| Abfallspindelstunden . . . . .      | 7 817 000      | 5 420 000  | 69,4                        |
| Webstuhlstunden . . . . .           | 1 887 000      | 1 705 000  | 90,5                        |
| Arbeiterstunden . . . . .           | 3 573 000      | 3 287 000  | 92,0                        |
| <b>Wollindustrie:</b>               |                |            |                             |
| Streichgarnspindelstunden . . . . . | 12 602 000     | 6 578 000  | 52,0                        |
| Kammgarnspindelstunden . . . . .    | 32 699 000     | 16 052 000 | 49,0                        |
| Webstuhlstunden . . . . .           | 601 200        | 160 000    | 26,6                        |
| Arbeiterstunden . . . . .           | 1 848 000      | 912 000    | 49,4                        |

Die ganzjährliche Erzeugung der polnischen Textilindustrie beträgt bei einer Arbeitsschicht etwa:

- 54 000 t Baumwollgewebe
- 33 000 t Wollgewebe
- 3 000 t Leinengewebe
- 8 500 t Jutegewebe

Im Jahre 1923 war die Produktion im Zusammenhang mit der Inflationskonjunktur — besonders was Baumwollwaren betrifft — erheblich höher (71 000 t Baumwollwaren). Unter Zugrundelegung der Vorkriegsverhältnisse beträgt der inländische Verbrauch 71 500 t Baumwollgewebe und 38 000 t Wollgewebe. Wenn die polnische Textilindustrie trotz der erheblich kleineren Erzeugung noch an Absatzschwierigkeiten leidet, so beweist dies, wie stark der Verbrauch an Webwaren gegenüber der Vorkriegszeit gesunken ist. Um die Produktion zu heben, bemüht sich die polnische Textilindustrie wieder in Rußland festen Fuß zu fassen. Da Rußland bestrebt ist, die Versorgung mit Textilien durch inländische Fabrikation sicherzustellen, so besteht der einzige Weg, mit Rußland wieder in aussichtsreiche Geschäftsbeziehungen zu treten, in der Verlegung eines Teiles der Fabrikation nach Rußland. Diesen Weg haben bereits zwei polnische Textilfabriken eingeschlagen, die mit der Sowjetregierung einen Konzessionsvertrag für 12 bzw. 15 Jahre abgeschlossen und damit die Verbindung der polnischen Textilindustrie mit ihrem alten Absatzgebiet Rußland wiederhergestellt haben. Weitere Unternehmen dürften diesem Beispiel folgen.

### Kunstseidenindustrie.

Die Anfänge einer Kunstseidenindustrie in Polen gehen auf das Jahr 1910 zurück. In diesem Jahre wurde mit Hilfe belgischen Kapitals der Bau einer Fabrik zur Herstellung von Kunstseide nach dem Kollodiumverfahren in Tomaszów in

Angriff genommen. Dieses Unternehmen nahm bereits im folgenden Jahre (1911) den Betrieb auf und beschäftigte sich mit der Herstellung von Kunstseidengarnen für den Bedarf des inneren (kongreßpolnischen) und russischen Marktes. Bald darauf ging man angesichts des wachsenden Inlandsbedarfs an die Errichtung zweier weiterer Kunstseidenfabriken in Sochaczew und Myszków. Das Werk in Myszków hatte jedoch den Fabrikationsbetrieb noch nicht aufgenommen, als der Krieg ausbrach. Die Kunstseidenfabrikation in der Sochaczewer Fabrik wurde nach Kriegsende nicht wieder in Betrieb genommen, sondern dieses Unternehmen andern Zwecken dienstbar gemacht. Die Fabrik in Myszków wurde dagegen ausgebaut und modernisiert, so daß sie seit Ende 1925 neben der Fabrik in Tomaszów, als zweites Unternehmen dieser Branche, Kunstseide nach dem Viscoseverfahren herstellt. Die Fabrik in Tomaszów nahm in den letzten Jahren außer der Kunstseidenproduktion nach dem Kollodiumverfahren auch die Erzeugung nach dem Viscosystem auf.

Der von Jahr zu Jahr wachsende Bedarf an Kunstseide hat die Produktion verhältnismäßig schnell ansteigen lassen. Die gegenwärtige Erzeugung an Kunstseidengeweben und -garnen beträgt in Polen bereits 1,2 Millionen kg jährlich. Von dieser Menge werden etwa 30% nach dem Kollodium-, der übrige Teil nach dem Viscoseverfahren hergestellt. Im Vergleich zur Kunstseidenerzeugung anderer Staaten, ist die Produktion Polens allerdings noch sehr gering. Sie betrug im Jahre 1925 erst ein hundertstel der Welterzeugung. Die Produktionsziffern des Jahres 1926 haben bereits eine nicht unerhebliche Steigerung der Kunstseidenerzeugung gebracht. Beachtliche Fortschritte läßt das vergangene Jahr auch hinsichtlich der Differenzierung der Qualitäten erkennen. In Kürze soll die Produktion der beiden polnischen Kunstseidenfabriken noch auf die Herstellung von Viscosewolle ausgedehnt werden. Die Zahl der in der polnischen Kunstseidenindustrie beschäftigten Arbeiter beträgt 4000.

Mit Rücksicht auf das ständige Steigen der inländischen Kunstseidenproduktion läßt sich seit dem Jahre 1924 eine sinkende Einfuhrtendenz für Kunstseide feststellen. Im Jahre 1924 wurden noch 175 t nach Polen importiert, während im folgenden Jahre der Auslandsbezug bereits auf 110 t und im Jahre 1926 auf 50 t fiel. Zu den wichtigsten Kunstseidenlieferanten Polens gehören Deutschland Österreich, Belgien und Italien.

Demgegenüber nimmt der polnische Export von Kunstseide von Jahr zu Jahr größere Ausmaße an. Er betrug im Jahre 1924 107 t und stieg in den Jahren 1925 und 1926 auf 220 bzw. 250 t. Der Hauptartikel der polnischen Ausfuhr ist dünnes, nach dem Kollodiumverfahren hergestelltes Kunstseidengarn. Die polnische Ausfuhr von Kunstseidengarn und -geweben verteilt sich in kleinen Posten auf die verschiedensten Länder innerhalb und außerhalb Europas.

### Konfektionsindustrie.

Eine relativ gut entwickelte Konfektionsindustrie besaß Polen im ehemals russischen Teilgebiet schon zu Vorkriegszeiten. Sie deckte zu einem ansehnlichen

Teil den Bedarf des großen russischen Marktes. Das Zentrum dieser Industrie, die eine typische Hausindustrie darstellte, war Warschau. Doch auch in Lodz und Umgegend gab es eine Anzahl von Konfektionsfabriken, die sich vornehmlich mit der Herstellung von Wäsche, Kleidungsstücken, Krawatten, Hüten usw. befaßten. In den übrigen polnischen Teilgebieten (Groß- und Kleinpolen) ist eine Konfektionsindustrie erst in der Nachkriegszeit entstanden, doch hat diese bisher noch keine größere Geltung erlangt.

In den Jahren nach der Errichtung Polens machte die Konfektionsindustrie eine wechselvolle Entwicklung durch. In den Inflationsjahren konnte sie einen beachtlichen Aufschwung nehmen. Zu Beginn des Jahres 1924, etwa gleichzeitig mit der Einführung der Festwährung, trat jedoch ein starker Rückschlag ein. Infolge des Konsumrückganges und der Verschlechterung der Exportkonjunktur mußte die Produktion erheblich eingeschränkt werden. Durch Kreditschwierigkeiten verschärfte sich die Lage der polnischen Konfektionsindustrie im weiteren Verlauf noch mehr und führte zu zahlreichen Konkursen und Liquidationen. Die Produktion fertiger Konfektion und Wäsche betrug Anfang 1926 kaum 15 bis 20% der durchschnittlichen Erzeugung des ersten Halbjahrs 1924, die Herstellung von Kleinkonfektion kaum 30%. Der Wert der Erzeugung fiel seit 1924 von 2,5 Millionen auf 0,7 Millionen Zloty (Anfang 1926). Noch größer als im mechanischen Konfektionsbetrieb war der Produktionsrückgang in der handbetriebenen Konfektion, wo nur periodenweise auf Bestellung gearbeitet wurde. Erst im Sommer 1926 trat wieder eine gewisse Besserung der Lage ein dank der Verbilligung gewisser Produktionskosten in Verbindung mit der Valutasituation, zu einem maßgeblichen Teile aber auch durch die Besserung der allgemeinen Wirtschaftslage und durch die — ebenfalls mit der Zlotyentwertung zusammenhängende Belebung des Ausfuhrgeschäfts.

Die Grundlinien der Einfuhr- und Ausfuhrentwicklung ergeben sich aus folgender Übersicht:

|                      | Einfuhr            |       |       |                    | Ausfuhr |      |      |                    |
|----------------------|--------------------|-------|-------|--------------------|---------|------|------|--------------------|
|                      | in Millionen Zloty |       |       |                    |         |      |      |                    |
|                      | 1923               | 1924  | 1925  | 1926 <sup>1)</sup> | 1923    | 1924 | 1925 | 1926 <sup>1)</sup> |
| Wäsche . . . . .     | 3,66               | 8,44  | 8,42  | 2,11               | 0,66    | 0,67 | 0,68 | 0,58               |
| Kleidung . . . . .   | 16,66              | 19,99 | 28,90 | 5,66               | 5,65    | 1,83 | 3,24 | 0,75               |
| Kleinkonfektion. . . | —                  | —     | 8,70  | 0,82               | —       | 5,12 | 1,95 | 1,34               |
| Wirkwaren . . . . .  | —                  | —     | 14,60 | 6,35               | —       | —    | 1,19 | 0,68               |

Besonders auffallend ist der starke Import von Konfektionswaren in den Jahren 1924 und 1925. Dieser erklärt sich zum Teil aus der erfolgreichen Konkurrenz des Auslandes mit den nach Einführung der Zlotywährung überaus stark gestiegenen inländischen Produktionskosten und Warenpreisen, zum Teil aber auch durch die in der Gestaltung der Zölle sichtbare Konsumtionspolitik der

<sup>1)</sup> Vorläufige Daten.

polnischen Regierung, die versuchte, durch freien Wettbewerb die inländische Industrie zu einer Herabsetzung der Warenpreise auf das Weltmarktsniveau zu zwingen. Diese Politik konnte jedoch das erhoffte Ziel nicht erreichen. Mit der Steigerung des Imports ging in etwa gleichem Verhältnis auch die Inlandsproduktion zurück. Während Polen im Jahre 1923 noch etwa die Hälfte des Eigenbedarfs selbst deckte, erreichte die Einfuhr 1924 schon 60% und im folgenden Jahre sogar 80% des Inlandsverbrauchs.

Seit Mitte 1925 hat mit der Änderung der polnischen Zollpolitik ein starker Rückgang der Konfektionseinfuhr eingesetzt. Eine Ausnahme hiervon machte der Import von Wäsche und Kleidung, der vorübergehend noch etwas anstieg, im letzten Quartal 1925 aber ebenfalls stark zusammenschrumpfte. Außer den hohen Schutzzöllen ist der beträchtliche Einfuhrückgang auch der geschwächten inländischen Kaufkraft zuzuschreiben, die es der Inlandsindustrie nicht ermöglichte, aus dem erheblichen Importausfall entsprechenden Nutzen zu ziehen. Hierdurch lassen sich die scharfen Krisenerscheinungen erklären, die die polnische Konfektionsindustrie um die Wende des Jahres 1925/26 zu überstehen hatte.

Der Export polnischer Konfektionswaren hat die Ziffern der Jahre 1923 und 1924 noch nicht erreicht, zeigt aber seit Mitte 1926 wieder eine bemerkenswerte Belebung. Die wichtigsten Exportartikel sind wollene Steppdecken, Mützen und Hüte. Die polnische Ausfuhr richtet sich in der Hauptsache nach dem Osten und Balkan. Huthalbfabrikate werden auch nach der Schweiz und Österreich ausgeführt.

## Industrien der Steine und Erden.

### Ziegelindustrie.

Polen besitzt über 400 Ziegeleien, die sich mit der Herstellung von gewöhnlichen und Dachziegeln beschäftigen. Zum größten Teil fehlt es den Ziegeleien jedoch an maschinellen Einrichtungen, so daß Ziegeln nur zu einem kleinen Teil auf mechanischem Wege hergestellt werden. Auch das Trocknen erfolgt nur in den wenigsten Fällen künstlich. Das Brennen der Ziegel und Dachziegel erfolgt in Ringöfen, von denen es in Polen ungefähr 500 gibt. Außerdem besitzt Polen noch viele Feldziegeleien. Die jährliche Erzeugung betrug in der Vorkriegszeit durchschnittlich anderthalb Milliarden Ziegel und 100 Millionen Dachziegel jährlich. Die Leistungsfähigkeit bei voller Ausnutzung aller in Polen befindlichen Öfen wird auf das Doppelte an Ziegeln und das Dreifache an Dachziegeln veranschlagt.

In Kleinpolen hat sich nach Behebung der Kriegsschäden die Leistungsfähigkeit der dortigen, besonders im westlichen Teil gelegenen Ziegeleien inzwischen so gehoben, daß sie mehr herstellen, als sie absetzen können. Im östlichen Gebiet von Kleinpolen ist der Verbrauch an Ziegeln als Folge der immer noch in Fluß befindlichen Aufbauarbeit verhältnismäßig groß, doch gestaltet sich der Absatz infolge der weiten und schlechten Wege sehr schwierig. Um die erheblichen Kosten

für den Versand auszuschalten, entstehen allmählich inmitten der Bedarfsgegenden an einzelnen, besonders günstigen Punkten kleinere Ziegeleibetriebe, die den lokalen Bedarf befriedigen. Das gleiche Bild läßt sich auch in den polnischen Ostgebieten beobachten.

Im Vergleich zur Vorkriegszeit haben sich die Herstellungskosten in der Ziegelindustrie mehr als verdoppelt, ohne daß die Qualität der Erzeugnisse die Friedenshöhe erreicht hätte. Da eine Normierung der Ziegelgrößen und -sorten in Polen unbekannt ist, so werden in den Ziegeleien die verschiedensten Größen hergestellt, die vielfach den Erfordernissen des Baubedarfs nicht entsprechen. Geordneter liegen die Fabrikationsverhältnisse in der Dachziegelindustrie.

Im allgemeinen ist die Lage der polnischen Ziegeleien ungünstig, da sie mit Absatzschwierigkeiten (als Folge der geringen Bautätigkeit) zu kämpfen haben. In den letzten Jahren konnten aus den gleichen Gründen Verbesserungen der Einrichtungen nicht vorgenommen werden. Die Mechanisierung der Ziegelindustrie schreitet nur langsam vorwärts.

### Zementindustrie.

Vor dem Kriege hat sich die polnische Zementindustrie gut entwickeln können. Die erste polnische Zementfabrik entstand im Jahre 1867 in der Nähe von Bendzin. Das Unternehmen war auch das erste dieser Art innerhalb des russischen Reiches. Demzufolge diente diese Fabrik nicht nur den Erfordernissen der kongreßpolnischen Bauindustrie, sondern deckte auch einen Teil des russischen Bedarfs. Erst im Jahre 1885 entstand die zweite polnische Zementfabrik „Wysoka“ bei der Station Lazy an der Eisenbahnlinie Warschau—Wien. Im Jahre 1894 wurde unter dem Namen „Klucze“ in der Nähe von Olkusz die dritte Fabrik von der Kohlengesellschaft „Renard“ gegründet. Bald darauf bauten in Anbetracht der guten Entwicklungsaussichten der Zementindustrie in Polen französische Kapitalisten die Fabrik „Rudniki“ bei Czenstochau und kurze Zeit später entstand die bedeutende Zementfabrik „Firley“ in Radom.

Die Produktion dieser Fabriken war in den ersten Jahren nicht sonderlich groß; sie betrug kaum 73 000 t. Erst vom Jahre 1897 an läßt sich eine raschere Produktionssteigerung im Zusammenhang mit dem Aufblühen der polnischen Zementindustrie beobachten.

Im ehemals österreichischen Teilgebiet (Kleinpolen) entstand die erste Zementfabrik im Jahre 1884 in Szczakowa. In Krakau wurde noch Ende des gleichen Jahres die Zementfabrik „Podgórze“ gegründet. Im selben Jahre wurde im Teschener Gebiet die Fabrik „Goseszów“ und in den Jahren 1911/13 die Fabrik „Górka“ in Sieczy errichtet. Insgesamt waren demnach in diesem Teilgebiet 4 Fabriken vor dem Kriege im Betrieb. Im Zusammenhang mit der guten Absatzlage arbeiteten diese Fabriken intensiv.

Im ehemals deutschen Teilgebiet (Posen, Pommerellen) bestand nur eine einzige Zementfabrik in Neustadt (Weiherowo). In der Provinz Posen

fehlen im übrigen die natürlichen Grundlagen für die Zementherstellung, weil der auf diesem Gebiet gewonnene Kalk einen zu niedrigen Gehalt an Magnesium besitzt. In Oberschlesien ist zwar die Zementindustrie sehr stark vertreten, doch sind die dort befindlichen Zementfabriken durchweg im deutschen Teil Oberschlesiens verblieben. Die Zementfabrik in Weiherowo besteht seit dem Jahre 1885 und fabriziert außer Zement auch hydraulischen Kalk. Im übrigen ist diese Fabrik von relativ geringer Bedeutung, denn sie versorgt nur die nahe Umgegend mit ihren Erzeugnissen.

Der Krieg hat die Zementindustrie Polens stark mitgenommen. Eine ganze Reihe von Jahren vergingen, bis der Hauptteil der polnischen Fabriken wieder aufgebaut war. Gegenwärtig arbeiten in Polen 13 Zementfabriken. Die Produktionsfähigkeit dieser Fabriken wird auf 1,2 Millionen t jährlich geschätzt. Nach der Art der Einrichtung (Öfen) verteilt sich die Erzeugung der polnischen Zementfabriken wie folgt:

|                                    |             |
|------------------------------------|-------------|
| Rotationsöfen . . . . .            | 1 010 000 t |
| Automatische Schachtöfen . . . . . | 50 000 t    |
| Gewöhnliche Schachtöfen . . . . .  | 140 000 t   |

Die Nachkriegsproduktion der polnischen Zementindustrie betrug:

|      | Zahl der<br>tätigen Fabriken | 1000 t | %   |
|------|------------------------------|--------|-----|
| 1913 | 13                           | 612    | 100 |
| 1919 | 12                           | 194    | 32  |
| 1920 | 13                           | 231    | 38  |
| 1921 | 13                           | 342    | 56  |
| 1922 | 13                           | 459    | 75  |
| 1923 | 14                           | 505    | 83  |
| 1924 | 14                           | 350    | 57  |
| 1925 | 13                           | 360    | 59  |

Die polnische Zementindustrie hat in den letzten Jahren sehr unter Absatzmangel gelitten. Zurückzuführen ist diese Erscheinung auf die flauere Bautätigkeit in Polen, die eine Reihe polnischer Zementfabriken zwang, ihre Betriebe vorübergehend stillzulegen.

### Kalkindustrie.

Die Kalkindustrie in Polen steht nach wie vor im Zeichen der nachkriegszeitlichen Stagnation. Wenn auch direkte Kriegsereignisse die polnische Kalkindustrie weniger in Mitleidenschaft gezogen haben (mit Ausnahme der östlich gelegenen Kalkgruben) als andere Industriezweige, so fühlt die Kalkindustrie trotzdem die Verkleinerung des Inlandsmarkts sehr, der durch den Stillstand im Baugewerbe und durch den teilweisen Verlust der Auslandsmärkte bedingt ist. Diese Umstände haben es zu Wege gebracht, daß die Produktion von Kalk im

Gebiete der polnischen Republik erst zwischen 15 bis 25% der Vorkriegsproduktion schwankt.

Fachkreise halten diesen wenig günstigen Zustand in der polnischen Kalkindustrie jedoch für einen vorübergehenden, denn die Kalkindustrie Polens hat gesunde Grundlagen, da sie eine große Menge hochwertigen Kalks und einen ausbaufähigen Inlandsmarkt besitzt.

Mit Rücksicht auf die Verschiedenartigkeit der Struktur und der wirtschaftlichen Situation in der Kalkindustrie Polens erscheint es angebracht, die Kalkindustrie nach den einzelnen Teilgebieten getrennt zu behandeln.

In **Kongreßpolen** konzentriert sich die Kalkindustrie in den Bezirken: Czeŝtuchau, Dombrowa, Kielce, Opoczno und Petrikau. Unter Berücksichtigung der Güte des Produktes ist in erster Linie die Industrie im Kielcer Gebiet zu stellen („Kadzielnia“), die über die reinsten und hochwertigsten Kalkgruben verfügt (98 bis 99,3%). Der Kalk in der Nähe von Petrikau ist gleichfalls gut. Im Dombrowaer Gebiet ist der Kalk verschiedenartig. Es überwiegt aber der lehmhaltige Schieferkalk. Zu den schlechteren Kalkarten gehört der Kalk in der Gegend von Czeŝtuchau und Opoczno. Auch in verschiedenen anderen Ortschaften Kongreßpolens gibt es noch Kalkgruben; diese eignen sich jedoch in den meisten Fällen mit Rücksicht auf die erhebliche Menge von Steingemisch nicht zum Brennen. Der Kalk aus solchen Gruben findet dann meistens Verwendung bei der Fabrikation von Zement. Die Produktionstechnik läßt im allgemeinen viel zu wünschen übrig. Lediglich ein einziger Betrieb in ganz Kongreßpolen („Kadzielnia“) ist gänzlich neuzeitlich eingerichtet, d. h. in jeder Hinsicht mechanisiert, während ein anderer (Chenciny) nur teilweise mechanisiert ist. Beide Betriebe besitzen nebenbei Mühlen zum Mahlen des Kalkes für landwirtschaftliche Zwecke.

In **Kleinpolen** kommen Kalkschichten im westlichen Teil vornehmlich in Kreide und Juraformationen und im östlichen Teil nur in Form von Kreide vor. Die Kalkindustrie Kleinpolens deckte vor dem Kriege den ganzen Bedarf Kleinpolens und versandte darüber hinaus ihre Produkte zum größeren Teil nach der Bukowina und in kleineren Partien nach Tschechisch-Schlesien. Der Krieg hat auch die kleinpolnische Kalkindustrie geschädigt. Gegenwärtig bestehen auf dem Gebiet von Westkleinpolen 14 Kalkunternehmungen, die ca. 20 Ringöfen besitzen; im östlichen Kleinpolen gibt es 11 Fabriken mit 16 Öfen. Im allgemeinen beschäftigen die erwähnten Kalkfabriken bei mittlerer Beschäftigung etwa 2000 Arbeiter. Mit einigen wenigen Ausnahmen steht die Einrichtung der meisten kleinpolnischen Fabriken nicht auf neuzeitlicher Stufe, zumal das Fehlen des benötigten Betriebskapitals neue Investitionen zur Mechanisierung der Werke unmöglich macht und dadurch auch eine Produktionsverbilligung nicht zuläßt.

In **Großpolen**, der früheren Provinz Posen, liegen hochprozentige Jurakalkformationen in der Gegend von Hohensalza. Die großpolnische Kalkindustrie zeigt eine andere Entwicklung, als die Betriebe der übrigen Teilgebiete. Auch die Lage dieses Industriezweiges ist erheblich günstiger, und zwar aus

verschiedenen Gründen. Abgesehen davon, daß die Kalkindustrie in Großpolen nicht im gleichen Maße wie die Industrie in den anderen Teilgebieten den Krieg verspürt hat, weist sie auch in bezug auf ihre Struktur erhebliche Abweichungen auf. Während die Kalkunternehmen in den übrigen Teilgebieten hauptsächlich Klein- und Mittelbetriebe sind, gehören diese in Großpolen zu der Kategorie der Großindustrie. Die beiden Kalköfen in Großpolen vermochten vor dem Kriege allein durch ihre technische Vollkommenheit nahezu 100 000 t jährlich zu produzieren.

Vor dem Kriege waren die Hauptabnehmer des großpolnischen Kalksteines: die Gesellschaft „Solway“ in Montwy, die Posener Zuckerfabriken und die Zellulosefabriken in Ostpreußen. Die Absatzmärkte für großpolnische Kalkprodukte waren die Provinz Posen, Pommern und Danzig. Für Bauzwecke wurden durchschnittlich 50—60 % der Produktion verwendet, der Rest für landwirtschaftliche und industrielle Zwecke.

In schlimmerem Zustand befindet sich die polnisch-oberschlesische Kalkindustrie, da sie die Grenzl意思ien von den an der Oder liegenden Kalkablagerungen abgetrennt hat, von der sie noch bis zum Jahre 1922 Nutzen ziehen konnte. Aus diesem Grunde ist die ostoberschlesische Kalkindustrie gezwungen, die benötigten Kalksteine aus den weiter entfernt liegenden großpolnischen oder kleinpolnischen Kalkgruben zu beziehen.

Eine Besserung der Lage der polnischen Kalkindustrie könnte durch Modernisierung der technischen Methoden, ferner durch Mechanisierung und Elektrifizierung der Produktion erreicht werden. Selbstverständlich sind hierzu größere Kapitalien notwendig. Im Falle einer vergrößerten Nachfrage nach Kalk würden die polnischen Kalkgruben — sofern sie das nötige Kapital hierzu auftreiben könnten — in der Lage sein, etwa 3000 t täglich (Kongreßpolen und Kleinpolen zusammen ungefähr 2250 t und Großpolen 750 t) zu liefern, was zusammen eine jährliche Produktion von 900 000 t ergeben würde. Eine solche Vergrößerung der Produktion würde naturgemäß nicht ohne günstigen Einfluß auf die Arbeitslosigkeit in Polen bleiben, hat doch die Kalkindustrie in Vorkriegszeiten etwa 25 000 Arbeiterkräfte beschäftigt, im Gegensatz zur heutigen Zeit, wo kaum 12 000 Arbeitern ständige Arbeitsmöglichkeit gewährt werden kann.

## Glasiindustrie.

Die Glasiindustrie in Polen ist durch 84 größere und kleinere Betriebe vertreten, die über das ganze polnische Territorium verteilt sind. Die Arbeiterzahl, die dieser Industriezweig durchschnittlich beschäftigt, wird auf 12 bis 15 000 Köpfe berechnet. Die polnische Glasiindustrie ist in dem „Verbande der Glashütten in Polen“ zusammengeschlossen, in welchem ungefähr 45 bedeutendere und auch kleinere Hütten, die eine fachmännische Betriebsorganisation aufweisen und eine gesicherte Existenz haben, als Mitglieder aufgenommen sind. Anderen als solchen ist der Beitritt in den Interessenverband verschlossen. Es sind dies

dann zumeist Kleinbetriebe mit einer geringen Arbeiterzahl, die außerdem über keine genügenden Betriebskapitalien verfügen, recht primitiv eingerichtet und kaum einige Monate im Jahre tätig sind.

Gegen Ende des neunzehnten Jahrhunderts, als die ständig zunehmende Verteuerung des Holzes, des bis dahin ausschließlich verwendeten Brennstoffes, eine rationelle Betriebsführung immer schwieriger gestaltete, setzte, weil auch der Bezug von Kohlen als Brennstoff infolge der großen Entfernungen sehr teuer kam — in der polnischen Glasindustrie eine scharfe Krise ein, die im Laufe der Jahre fast alle damals bestehenden Glashütten zum Erliegen brachte. An die Stelle der eingegangenen Hütten traten nach gewisser Zeit einige neue, gut fundierte Betriebe, wie die Firmen: „S. Reich & Co.“ und „J. Schreiber“ in Zawierce bzw. Zabkowice im Dombrowaer Industrieviertel, die nunmehr in unmittelbare Nähe der Kohlengruben gerückt, sich auf diese Weise eine sehr günstige Brennstoffbeschaffungsgelegenheit schufen und sich demzufolge schon im Verlauf einiger weniger Jahre relativ günstig entwickeln konnten. Nach und nach entstanden immer neue Glasfabriken, die bis zum Jahre 1925 auf die Zahl von 84 anwachsen konnten. Die vorkriegszeitliche Entwicklung der polnischen Glasindustrie konnte umso schnellere Fortschritte zeitigen, als Rußland für alle Arten polnischer Glasfabrikate ein gutes Absatzgebiet darstellte und eine entsprechende Schutzzollpolitik die weiteren Voraussetzungen für eine günstige Konjunktur schufen.

Die relativ günstige Geschäftstätigkeit blieb auch noch bestehen, als nach Verselbständigung Polens neue Gebietsteile hinzukamen, die — wie Posen und Galizien — keine nennenswerte eigene Glasindustrie besaßen und durch Trennung von ihren früheren Bezugsländern nunmehr auf kongreßpolnische Glaserzeugnisse angewiesen waren. Da in den ersten Jahren der Nachkriegszeit der Bedarf an Glaswaren fortdauernd groß war, so blieb für die meisten polnischen Glashütten die günstige Konjunktur bestehen, die in der Inflationszeit ihren Höhepunkt erreichte. Auch in den abgetretenen preußischen und österreichischen Gebietsteilen ist eine Reihe neuer Betriebe gegründet worden, die sich die Inflationskonjunktur zu Nutz machen wollten, infolge unfachmännischer Leitung und nicht ausreichender Fundierung aber bald wieder verschwunden sind.

Erst mit Einführung der Festwährung in Polen (Anfang 1924) trat, wie in den meisten anderen polnischen Industriezweigen, auch in der Glasindustrie ein Umschwung ein. Infolge Verringerung der inländischen Konsumfähigkeit, des zunehmenden Kapitalmangels und der großen Kreditnot traten Absatzstockungen ein, die umso fühlbarer wurden, als der polnische Glasfabrikant die im Inland und Ausland zu beschaffenden Rohstoffe gegen sofortige Bezahlung erstehen muß, während die Abnehmer längere Kredite in Anspruch nehmen, ohne deren ausreichende Gewährung das Geschäft gänzlich erliegen würde. Dazu kommt noch, daß die polnischen Glasfabriken mit einer starken Konkurrenz tschechischer und deutscher Firmen zu kämpfen haben, der sie erfolgreich zu begegnen nicht imstande sind. Dazu kommt noch, daß die polnische Industrie

erheblichere Mehrbelastungen durch teurere Kohle, teurere Rohstoffe (besonders feuerfester Materialien), wie auch Chemikalien zu tragen hat. Es ist daher erklärlich, daß ein Teil der polnischen Glashütten zurzeit fast ohne Nutzen arbeitet und geradezu vegetiert.

Die großen polnischen Glashütten fabrizieren bereits einen großen Teil der verschiedensten Glassorten selbst. Es handelt sich hauptsächlich um solche Glaswaren, deren Herstellung nicht besonders kompliziert ist, wogegen hochwertige Glaserzeugnisse infolge Fehlens einer eigenen inländischen Fabrikation aus dem Auslande eingeführt werden müssen. Noch in keiner polnischen Glasfabrik wird beispielsweise Signalglas für die Eisenbahnen hergestellt. Nicht hergestellt wird in Polen ferner optisches Glas. Weiter fehlt noch in Polen die Eigenfabrikation von Tafelglas in Ausmaßen von mehr als 2 qm, sowie die Möglichkeit, größeres Spiegelglas herzustellen. Alle die letztgenannten Glassorten werden daher in ansehnlichen Mengen aus dem Auslande bezogen.

Ausreichend wird Polen durch die eigene Industrie mit Scheibenglas versorgt, das in allen benötigten und gewünschten Größen und Sorten geliefert wird. Es bestehen gegenwärtig 14 polnische Glasfabriken, die Scheibenglas herstellen. Von diesen produzieren 8 auch Tafelglas, während die übrigen 6 noch andere Glaswaren liefern. In der Scheibenglasbranche werden allein etwa 2500 bis 3000 Arbeitskräfte beschäftigt. Die Produktion des Vorjahres betrug etwa 3,5 Millionen qm. Zweifellos wäre die polnische Glasindustrie in der Lage, bei voller Beschäftigung den gesamten Inlandsbedarf zu decken und im günstigsten Falle noch etwa 30% der Eigenproduktion über den Inlandsbedarf hinaus zu exportieren, wenn die Wirtschaftsverhältnisse in Polen günstiger lägen. An eine vollkommene Beschäftigung ist aber ebenso wenig zu denken, wie an einen Export. Erstere verhindert der Kapitalmangel, der die Produktionstätigkeit vom jeweiligen Bedarf abhängig macht und ein „Auflagerarbeiten“ verbieten. Noch unmöglicher ist aber für die polnische Glasindustrie, für den Export zu liefern. Diesem Vorhaben stünde in erster Linie die Konkurrenzunmöglichkeit polnischer Glaserzeugnisse auf dem Weltmarkt entgegen, die sowohl in bezug auf Preiswürdigkeit wie Qualität unterliegen müssen, in zweiter Linie aber das Fehlen geeigneter Absatzgebiete, zumal Rußland, der frühere Hauptabnehmer, noch so gut wie gänzlich ausscheidet.

## Die Metallindustrie.

Eine metallverarbeitende Industrie gab es in Polen schon zu Vorkriegszeiten. Am stärksten entwickelt war sie in Kongreßpolen dank der günstigen Absatzverhältnisse nach dem Innern Rußlands. In den beiden andern Teilgebieten (Groß- und Kleinpolen) war die Metallindustrie unbedeutender. Ihren Vorkriegsstand in den einzelnen Gebietsteilen charakterisieren folgende Daten über die in diesem Industriezweig 1910 beschäftigten Arbeiter:

|                        |        |
|------------------------|--------|
| Kongreßpolen . . . . . | 97 275 |
| Großpolen . . . . .    | 52 733 |
| Kleinpolen . . . . .   | 21 047 |

Infolge des Krieges hat die polnische Metallindustrie erhebliche Schäden erlitten. Wieder aufgebaut wurde zunächst die Bearbeitungsmaschinen- und Landmaschinenindustrie. Sehr bald zeigte sich die Notwendigkeit, auch eine Reihe neuer, in Polen bisher noch nicht bestehender Industriezweige ins Leben zu rufen. Dazu gehörten insbesondere Fabriken für Kriegsgerät und Munition, Automobilfabriken, Flugzeugfabriken, Waggon- und Lokomotivfabriken, Radio- und elektrotechnische Fabriken.

Zu Beginn des Jahres 1926 waren im „Verband der polnischen Metallindustriellen“ 333 verschiedene Unternehmungen vertreten, die etwa 60 000 Arbeiter beschäftigten. Die Fabriken, die noch außerhalb des Verbandes stehen, zählen noch etwa 8 bis 10 000 Arbeitskräfte. Der Wert der Produktion ergab im Jahre 1925 die Höhe von 300 Millionen Goldzloty. Der Absatz der Produkte beschränkt sich in der Hauptsache auf das Inland; nur vereinzelt arbeiten Fabriken auch für den Export. Im übrigen ist aber die polnische Metallindustrie auf den Auslandsmärkten nicht wettbewerbsfähig. Trotz ihrer zunehmenden Spezialisierung steht sie der mittel- und westeuropäischen Metallindustrie an Leistungsfähigkeit noch erheblich nach. Dies kommt schon in dem Fehlen einer Industrie für Spezialmaschinen zum Ausdruck. Solche müssen zum allergrößten Teil noch aus dem Auslande — besonders aus Deutschland — bezogen werden. Ihre Einfuhr wird durch Zollerleichterungen begünstigt.

### Sprengstoffindustrie.

Im Bereich der polnischen Republik befinden sich eine größere Anzahl von Sprengstofffabriken, von denen neben einigen kleinen Betrieben besonders drei große Unternehmungen Beachtung verdienen. Es handelt sich hierbei um zwei Privatfabriken und zwar die Firmen: Oberschlesische Sprengstofffabrik „Osweg“ in Laziska Górne (Poln. Oberschlesien) und die „Aktiengesellschaft Lignoza“ mit dem Hauptsitz in Kattowitz, — sowie ein staatliches Werk unter dem Namen „Wojskowa Wytwórnia Prochu“ (Militär-Pulverfabrik), das sich in Zagodzou befindet.

Besonders günstig haben sich im Verlauf der letzten Jahre die „Oberschlesischen Sprengstoffwerke“ in Laziska Górne entwickeln können, die im Jahre 1910 von einer deutschen Grubenverwaltung gegründet worden sind. In diesem Werk wurden schon vor dem Kriege sogenannte Chloratsprengstoffe nach patentamtlich geschütztem Verfahren hergestellt. Dieser Sprengstoff besteht zu einem Teil aus flüssigem Kohlenwasserstoff und hat die Eigenschaft, daß er durch ein patentiertes Tränksystem einfach und gefahrlos hergestellt werden kann. Auf Grund der günstigen Erfahrungen, die man mit dieser Sprengstoffart gemacht hat, ging man

bald dazu über, ihn in fast allen polnischen Gruben einzuführen. Im Jahre 1922 wurde in dieser Fabrik auch die Erzeugung von Ammonsalpetersprengstoffen aufgenommen. Diese werden gegenwärtig in den mannigfachsten Variationen unter der Bezeichnung „Ammonit“ hergestellt. Auch diese Sprengstoffarten finden in den Kohlengruben guten Absatz. Zum Zwecke der Produktionserweiterung ist man damit beschäftigt, neue Nitroglyzerinanlagen aufzustellen; außerdem soll auch in Kürze die Fabrikation von Zündschnüren aufgenommen werden. In Zeiten günstiger Konjunktur beschäftigt dieses Werk ungefähr 250 Arbeiter und Angestellte.

Eine ebenso intensive Aufbauarbeit ist auch von der Verwaltung des zweiten Unternehmens, der Aktiengesellschaft „Lignoza“ geleistet worden, so daß es hinsichtlich seiner Leistungsfähigkeit und seiner Größe den „Oberschlesischen Sprengstoffwerken“ nur wenig nachstehen dürfte. Besonders was die jüngste Entwicklung anbelangt, so ist zu beobachten, daß der Umfang dieses Unternehmens durch mehrere Neubauten ganz wesentlich erweitert worden ist. Die Nitroglyzerin- und Dynamitfabrik in Alt-Berun sowie die große Anlage in Kriewald wurden vollständig modernisiert, wodurch sich die Leistungsfähigkeit des Unternehmens ganz beträchtlich heben konnte. Nach dem Urteil von Fachleuten sollen die mächtigen Anlagen dieses Werkes selbst mit den besten Betrieben Westeuropas einen Vergleich aushalten. Außerdem hat das erwähnte Werk eine ganz neue Zündstofffabrik gebaut, die es bereits in Betrieb genommen hat, während die Errichtung einer großen Sprengkapsel-fabrik schon so weit fortgeschritten ist, daß sie höchstwahrscheinlich noch im Laufe des Jahres 1926 die Fabrikation im vollen Umfange wird aufnehmen können.

An der Belieferung des Inlandsmarktes mit Sprengstoffen nehmen neben einer Anzahl kleinerer Fabriken dieser Branche auch die staatlichen Pulverwerke in Zagozdzon teil, die in der Hauptsache die in staatlicher Regie befindlichen Kohlengruben beliefern.

## Kriegsindustrie.

Die Hauptaufgabe der letztgenannten Fabrik liegt aber in der Fabrikation von Schießpulver für Militärzwecke. Die Produktion der Pulverfabrik steht — ebenso wie die der übrigen Unternehmungen der polnischen Kriegsindustrie — unter Aufsicht der „Zentraldirektion der Kriegswerkstätten“ („Centralny Zarząd Wytwórnictwa Wojskowych“). Das Zentrum der polnischen Kriegsindustrie ist Radom. Dort befindet sich u. a. die größte polnische Gewehrfabrik und eine Gasmaskenfabrik unter der Firma „Protekta“. Seit einigen Jahren ist in Powazki bei Warschau eine „Fabrik für militärische Prüfungsgeräte“ im Bau. Es fehlen jedoch nach einer Meldung der „Ajencja Wschodnia“ noch die notwendigen Bearbeitungsmaschinen und vorgebildetes Personal, um den Fabrikationsbetrieb aufnehmen zu können.

## Waggonindustrie.

Die Anfänge der polnischen Waggonindustrie gehen schon auf das Ende des 19. Jahrhunderts zurück. Damals entstanden zwei Waggonfabriken, von denen sich die eine in Kongreßpolen, die andere in Galizien befindet. Nach Beendigung des Krieges war jedoch nur die letztere unter der Firma: „Maschinen- und Waggonfabrik Zielieniewski A. G.“ in Sanok in Betrieb, während die andere, die Firma „A. G. Lilpop, Rau & Loewenstein in Warschau“, deren Maschineneinrichtung auf Befehl der russischen Armeeleitung während des Krieges in das Innere Rußlands verschleppt worden ist, zunächst zum Stillstand verurteilt war. Die Produktionsfähigkeit dieser beiden Fabriken, die nur auf lokale Bedürfnisse zugeschnitten war, konnte sich in den ersten Nachkriegsjahren den veränderten Verhältnissen nicht gewachsen zeigen. Besonders stark machte sich das Fehlen eigener Lokomotivfabriken bemerkbar, so daß eine Reorganisierung der bestehenden Fabriken im Sinne einer Anpassung an die neuen Bedarfsverhältnisse zur dringenden Notwendigkeit wurde.

Angespornt durch Hoffnungen auf umfangreiche Regierungsbestellungen begann sich die polnische Waggonindustrie relativ schnell zu entwickeln, so daß im Verlauf weniger Jahre neben den beiden alten, wesentlich erweiterten und modernisierten Fabriken drei weitere Unternehmungen dieser Art und drei neue Lokomotivfabriken entstanden, die sich im Jahre 1923 zum „Verband der polnischen Waggon- und Lokomotivfabriken“ zusammenschlossen. Die derzeitige Größe, Leistungsfähigkeit und die Zahl der in diesem Industriezweig beschäftigten Arbeiter ergibt sich aus folgender Zusammenstellung:

| Firma   | Jährliche<br>Produktionsfähigkeit    | Kapital in<br>Mill. Zl. | Arbeiter-<br>zahl |
|---|--------------------------------------|-------------------------|-------------------|
| Lilpop, Rau & Loewenstein<br>A. G., Warschau . . . . .        | 2500 Güterwagen<br>200 Personenwagen | 9,3                     | 2100              |
| Zielieniewski A. G., in Krakau,<br>Lemberg u. Sanok . . . . . | 3000 Güterwagen<br>280 Personenwagen | 7,5                     | 1500              |
| H. Cegielski A. G. in Posen . . . . .                         | 75 Lokomotiven<br>2400 Güterwagen    | 6,6                     | 3500              |
| Ostrowiecer Werke A. G. in<br>Ostrowiec . . . . .             | 2000 Güterwagen                      | 12,0                    | 5500              |
| „Waggon“-A. G. in Ostrowo<br>(Prov. Posen) . . . . .          | 250 Personenwagen<br>6000 Güterwagen | 2,0                     | 2000              |
| „Erste Poln. Lokomotiv-Fabrik“<br>A. G., Warschau . . . . .   | 150 Lokomotiven                      | 2,0                     | 1000              |
| „Warschauer A. G. für Lokomotivbau“<br>in Warschau . . . . .  | 120 Lokomotiven                      | 2,5                     | 2000              |

Ein weiteres Unternehmen, das sich auch auf den Waggonbau verlegt hat, ist die „Vereinigte Königs- und Laurahütte“ in Ostoberschlesien.

Solange die polnische Regierung während der Inflationsjahre Kredite erteilte und Massenbestellungen vergab, war die Lage der polnischen Waggonindustrie günstig. Doch gegen Ende des Jahres 1923 mußte aus budgetären Rücksichten ein erheblicher Teil der vorher vergebenen Aufträge seitens der Regierung wieder zurückgezogen werden, um die enormen Investitionsausgaben wieder in ein normales Verhältnis zu den Einnahmen der Eisenbahn zu bringen. Die polnische Waggonindustrie sah sich durch diese Maßnahmen gezwungen, ihre Produktion stark einzuschränken und eine große Zahl von Arbeitern zu entlassen. In den nächsten Jahren (1924, 1925) ist, hervorgerufen durch notwendige Ausbesserungsarbeiten und kleinere Neubestellungen im Rahmen des Eisenbahninvestitionsprogramms eine geringfügige Belebung in der polnischen Waggonindustrie wieder eingetreten, doch haben sich die Produktionskosten durch die geringe Ausnutzung der stark gestiegenen Produktionsfähigkeit derart verteuert, daß ein Teil der Bestellungen mit Rücksicht auf sparsamere Ausnutzung der verfügbaren Mittel ins Ausland vergeben wurde.

Unter normalen Verkehrsverhältnissen reicht das zur Verfügung stehende Eisenbahnmaterial in Polen aus, wenn es auch in bezug auf seine Beschaffenheit den Ansprüchen, die man heute allgemein an das Eisenbahnmaterial stellt, manches zu wünschen übrig läßt. Völlig unzureichend erwies es sich aber während der letzten Kohlenexportkonjunktur, die der englische Bergarbeiterstreik bewirkt hat. Der Mangel an starken Güterzuglokomotiven und Kohlenwaggons trat von Monat zu Monat immer deutlicher hervor, so daß das polnische Verkehrsministerium sich gezwungen sah, mehrere tausend Waggons im Auslande leihweise anzufordern. Gleichzeitig ging die polnische Regierung dazu über, der eignen Industrie wieder beträchtliche Aufträge zu erteilen, wodurch sich die Lage der polnischen Waggonindustrie wesentlich gebessert hat. Aber schon für das Jahr 1927 können die vereinbarten Lieferungsverträge seitens der Regierung nicht strikt innegehalten werden, sodaß sich die Beschäftigungsaussichten für das laufende Jahr wieder verschlechtert haben.

### Elektroindustrie (Elektrizitätswirtschaft).

Polen steht in bezug auf die Anwendung von elektrischem Strom und elektrischer Kraft noch weit hinter anderen Ländern zurück. Während der jährliche Verbrauch beispielsweise in Deutschland 149 KWh und in Schweden sogar 365 KWh auf den Kopf der Bevölkerung beträgt, fallen in Polen auf jeden Einwohner nur 22 KWh. Der außerordentlich niedrige Elektrizitätsverbrauch Polens erklärt sich daraus, daß noch viele größere Städte kein Elektrizitätswerk besitzen und die Anlagen selbst in den Großstädten vielfach noch rückständig sind und den an sie gestellten Anforderungen deshalb auch nicht annähernd entsprechen können.

Die Verwaltungen der Elektrizitätswerke in Warschau, Łódz, Krakau, Wilna und Sosnowice tragen sich schon längere Zeit mit dem Gedanken, ihre Anlagen im Zusammenhang mit dem ständig wachsenden Verbrauch von Energie zu erweitern. Da aber die im ehemals russischen Teilgebiet befindlichen Elektrizitätswerke meistens nicht in kommunalem, sondern privatem Besitz sind, so stehen den Erweiterungsabsichten der einzelnen Werke angesichts des großen Kapitalmangels in Polen erhebliche finanzielle Schwierigkeiten im Wege, die — da von seiten des Staates keine ausreichende Unterstützung zu erwarten ist — allenfalls mit Hilfe ausländischen Kapitals überbrückt werden könnten.

Angesichts der günstigen Entwicklungsmöglichkeiten, die sich für anlage-suchendes Kapital auf diesem Gebiete erschließen, ist das Interesse des Auslandes für die Elektrifizierung Polens sehr lebhaft und kommt bereits deutlich in den Beteiligungen an den einzelnen polnischen Kraftwerken zum Ausdruck. An den Elektrizitätswerken Ostoberschlesiens und Pommerellens ist deutsches, in Warschau französisches, in Czenstochau, Kielce, Radom und Petrikau belgisches und in Pruszków, Sosnowice und Siersza Wodna englisches Kapital ausschlaggebend beteiligt. Seit einigen Monaten beginnt sich auch amerikanisches Kapital für die Bauprojekte neuer Werke in Polen zu interessieren. Eine amerikanische Firma verhandelt mit der polnischen Regierung über die Erteilung von Konzessionen zur Errichtung neuer Überlandzentralen in den polnischen Industrievieren. Ferner sollen in Rożnów und Jazowsk am Dunajec größere Kraftwerke und ein zweites Werk in Warschau gebaut werden. Von polnischen Firmen, die an der Elektrifizierung Polens Anteil nehmen, wären noch die „Bank für Elektrifizierung Polens in Warschau“ und die „A. G. Sila i Światło“ (Kraft und Licht) zu erwähnen, die mit Unterstützung langfristiger englischer Kredite allein 3 große polnische Kraftwerke finanziert hat. In Polen überwiegt der Typ der Elektrizitätswerke, die Energie für Beleuchtungszwecke erzeugen. Nur in Polnisch-Oberschlesien ist der Elektrizitätsverbrauch für industrielle Zwecke größer. Etwa 85% aller Werke werden durch Turbinen und Dampfmaschinen angetrieben. Die Erzeugung von Elektrizität durch Wasserkraft ist in Polen noch minimal, doch soll dem Bau neuer Kraftwerke in der Nähe von Flüssen besondere Aufmerksamkeit zugewandt werden. Gegenwärtig wird die Jahreserzeugung von elektrischem Licht und Kraft auf 1,2 Milliarden KWh geschätzt. Zur Forcierung der Elektrifizierung Polens tritt der „Verband der polnischen Elektrizitätswerke“ für weitgehende Zollermäßigungen ein mit der Begründung, daß die derzeitigen Einfuhrzölle für elektrische Artikel und Maschinen vielfach Prohibitivmaßnahmen gleichkämen und somit alles andere als zweckdienlich seien.

Damit stellt sich dieser Verband in schroffen Gegensatz zu den Ansichten der polnischen elektrotechnischen Industrie, die sich für eine weitere Beschränkung der Einfuhr ausländischer Artikel und Maschinen für den elektrotechnischen Bedarf einsetzt. Die im „Verband der elektrotechnischen Industriebetriebe“ zusammengeschlossenen Fabriken haben es bisher verstanden, die pol-

nische Zollpolitik jeweils nach den Erfordernissen ihrer Branche zu beeinflussen. Diesem Umstand hat es die Elektroindustrie in erster Linie zu verdanken, daß sie sich in relativ kurzer Zeit gut entwickeln konnte.

Im Verlauf der letzten Jahre ist die Produktion von elektrotechnischen Artikeln, Motoren usw. in Polen so weit fortgeschritten, daß bereits fast alle Arten von elektrischem Material im Inlande hergestellt werden können. Natürlich ist die Erzeugung mehr oder weniger noch auf Fabrikate einfacherer Konstruktion beschränkt, zumal die polnische Elektroindustrie in ihrer Entwicklung noch nicht so weit fortgeschritten ist, um auch schon kompliziertere Artikel in eigenen Betrieben mit gleicher Vollkommenheit, wie beispielsweise in den westeuropäischen Staaten, herzustellen.

Trotzdem hat dieser Industriezweig schon eine beachtenswerte Ausgestaltung und Spezialisierung erfahren. Bei einigermaßen günstiger Fortentwicklung rechnet man in Polen damit, daß die Eigenproduktion schon in den allernächsten Jahren ausreichen dürfte, um den notwendigen Inlandsbedarf zu decken. Vorläufig werden aber noch große Mengen ausländischer elektrotechnischer Erzeugnisse nach Polen eingeführt. In den letzten Jahren konnte sich aber der Import infolge erhöhter Zölle nicht so stark entwickeln. Hauptlieferanten Polens für elektrisches Material und Maschinen sind in erster Linie Deutschland, Österreich und England.

Neuerdings werden Anstalten getroffen, die Ausfuhr einiger gangbarer Artikel und Maschinen nach Rußland und den südost-europäischen Staaten in die Wege zu leiten. Nennenswerte Erfolge in dieser Richtung sind bisher noch nicht zu verzeichnen. Erwähnenswert wäre allenfalls die Ausfuhr von Leitungsröhren der ostoberschlesischen Firma „Ferrum“ in Kattowitz, die im größeren Umfang nach Amerika usw. stattfindet.

### Automobilindustrie.

Die Entstehung einer polnischen Automobilindustrie verdankt Polen in der Hauptsache dem regen Interesse ausländischer Automobilunternehmungen, das seit dem Zeitpunkt zu beobachten ist, seitdem die polnische Regierung damit begonnen hat, die Zölle systematisch zu steigern und für eine ganze Reihe industrieller Fertigfabrikate, unter denen sich auch verschiedene Typen von Kraftwagen befinden, Einfuhrverbote einzuführen. Diese importhemmende Wirtschaftspolitik hat dazu geführt, die Einfuhrkonjunktur für Automobile nach Polen erheblich zu beeinflussen, da die gewährten Einfuhrkontingente im Vergleich zum früheren Umfang des Imports minimal sind. Angesichts dessen ist der internationale Automobilhandel in seiner Erwartung sehr enttäuscht worden insofern, als Polen bei dem Fehlen einer eigenen Automobilindustrie und der noch sehr beschränkten Verwendung von Kraftfahrzeugen (in ganz Polen gibt es gegenwärtig nur etwa 20 000 Automobile) ein aussichtsreiches Absatzgebiet zu werden ver-

sprach. Dem Zwecke, diese Einfuhrbeschränkungen zu umgehen, entsprang nunmehr der Gedanke, sich das polnische Absatzgebiet durch Errichtung eigener Automobilfabriken in Polen weiterhin zu sichern, ein Plan, der der polnischen Regierung natürlich sehr willkommen ist, liegt doch Polen viel daran, sich durch Schaffung einer weit verzweigten Inlandsindustrie vom Import ausländischer Industrieprodukte unabhängig zu machen.

Von den fertiggestellten Fabriken, die die Fabrikation von Kraftwagen bereits aufgenommen haben, wären in erster Linie die „Mechanischen Werke Ursus A. G.“ in Warschau zu nennen. Dieses Unternehmen, dessen Finanzierung durch die italienische Firma „Ansaldo“ und den französischen Automobilkonzern „Berliet“ durchgeführt worden ist, wird zunächst jährlich 500 Lastkraftwagen herstellen. Die notwendigen Rohmaterialien und Halbfabrikate werden von den ostoberschlesischen Hütten (Edelstahl, gepreßte und geschmiedete Teile) bezogen, während die Herstellung von Gußeisenteilen in den eigenen Eisengießereien der Ursuswerke erfolgt. Als zweites Unternehmen wären die „Franko-Polnischen Automobil- und Flugzeugwerke“ zu nennen, die von den bekannten „Skoda-Werken“ aufgekauft worden sind, mit dem Zwecke, neben Flugzeugen und Flugzeugmotoren auch Automobilmotoren in Polen zu bauen.

### Flugzeugindustrie.

Ein Industriezweig, der nach dem Kriege und zwar vor allem mit staatlichen Subventionen entstanden ist, ist die polnische Flugzeugindustrie. Neben einer Anzahl kleinerer Unternehmungen, die sich in der Hauptsache darauf beschränken, aus dem Auslande bezogene Flugzeugteile zusammenzustellen, gibt es in Polen drei große Flugzeugfabriken, zu denen die bereits genannte „Franko-Polnische Flugzeug- und Automobilfabrik“ gehört. Das zweite größere Unternehmen dieser Branche befindet sich unter der Firma „Samolot“ in Posen und baut etwa 20 Flugzeuge monatlich. Weiter wäre noch die Flugzeugfabrik „Plage & Laskiewicz“ in Lublin zu nennen. Alle die genannten Fabriken bauen fast ausschließlich Militärflugzeuge im Auftrage des polnischen Kriegsministeriums. Passagier- und Sportflugzeuge werden vor allem in der „Podlasker Flugzeugfabrik A. G.“ in Biala Podlaska hergestellt. Die Zahl der in der Flugzeugindustrie beschäftigten Arbeitskräfte beträgt etwa 1000 bis 1200 Köpfe.

### Radioindustrie.

Die Anfänge der Radioindustrie in Polen gehen auf das Jahr 1919 zurück. In diesem Jahre entstanden zwei Unternehmungen, die sich vor allem mit der Deckung des Militärbedarfs beschäftigten. Es waren dies die Gesellschaften „Radiopol“, die mit der „Marconi Wireless Telegraph Comp. Ltd.“, London, und der „Société Francaise Radio Electrique“, Paris im engen Kontakt standen, — sowie die Firma „Farad“, die mit der „Berliner Radiogesellschaft“ zusammenarbeitete.

Im Jahre 1922 verschmolzen diese beiden Firmen zu der „Polnischen Radiotechnischen Gesellschaft A. G.“ (Polskie Tow. Radjotechn. P. T. Sp. Akc.). Dieses Unternehmen — gegenwärtig das bedeutendste in Polen — hat wieder Spezialabmachungen mit den Radiolampenfabriken „Marconi-Osram Valve Co. Ltd.“ in London und „La Radio-Technique“ in Paris, wodurch ihr nicht nur das Recht der Patentausnutzung gesichert, sondern auch wertvolle Anleitung und Unterstützung bei der Röhrenfabrikation zuteil wird. Schon Ende 1922 gelang es dieser Fabrik, die erste Partie Kathodenlampen eigener Produktion für Militärzwecke zu liefern. Auf dem Gebiete der Röhrenfabrikation ist auch noch die polnisch-holländische Glühlampenfirma „Philipps“ nennenswert, deren Erzeugnisse in Polen bereits weite Verbreitung gefunden haben. Auch Radioapparate, Dektoren, Lautsprecher, Batterien usw. stellen eine ganze Anzahl polnischer Firmen her; Kopfhörer verschiedener Typen werden von der „Staatlichen Fabrik für Telephon- und Telegraphenapparate“ in Warschau angefertigt.

## Die chemische Industrie.

Die chemische Industrie in Polen gehört zum größten Teil zu denjenigen Industriezweigen des Landes, die erst nach dem Kriege aus Gründen der Landesverteidigung ins Leben gerufen worden sind. Die Zahl der schon vor dem Kriege bestandenen chemischen Betriebe ist sehr klein. Es handelt sich hierbei vor allen Dingen um einige ältere Großbetriebe im ehemals preußischen und österreichischen Teilgebiet. Die in Kongreßpolen vorhandenen Fabriken sind mit wenigen Ausnahmen Nachkriegsgründungen. Dadurch, daß diese Betriebe vielfach nur über unvollkommene technische Einrichtungen verfügen, hatten sie im Verlauf der letzten Jahre mit großen Schwierigkeiten zu kämpfen. Trotzdem die polnische Regierung durch Einführung hoher Schutzzölle auf den größten Teil chemischer Produkte die Industrie stark begünstigte, gelang es ihr doch nicht, die ausländische Konkurrenz im gewünschten Maße zurückzudrängen. Es muß zugegeben werden, daß die Produktion von Chemikalien aller Art in Polen, den natürlichen Bedarfsverhältnissen des Landes entsprechend, noch erheblich ausgedehnt werden könnte, doch müßte Polen dann auf die Fortführung der vielen künstlich hochgezüchteten und notleidenden Betriebe verzichten und statt dessen die Entwicklung derjenigen Zweige der chemischen Industrie fördern, die im Lande eine gesunde Grundlage besitzen.

### Stickstoffindustrie.

Ein Zweig, der diese Vorbedingungen in hohem Maße erfüllt, ist die polnische Stickstoffindustrie. Sie wird vertreten durch die Firma „Azot“ in Bory und die staatlichen Stickstoffwerke in Chorzow in Polnisch-Oberschlesien. Die ehemals deutschen Anlagen dieses großen Unternehmens gingen nach der Besetzung Ober-

schlesiens in polnischen Staatsbesitz über. Die Fabrik beschäftigt durchschnittlich etwa 1700 bis 2000 Arbeiter, arbeitet infolge reichlichen Einganges von Bestellungen seitens der Landwirtschaft normal und weist von Jahr zu Jahr beachtliche Fortschritte in der Entwicklung auf. Während zu deutschen Zeiten in diesem Werke nur Karbid und Stickstoff hergestellt wurden, werden gegenwärtig noch Sauerstoff, flüssiger Ammoniak, Ammoniakwasser und Salpeter fabriziert. Anfang 1926 ist in den Stickstoffwerken auch die Herstellung von Stickstoffsäure aufgenommen worden. Trotz fortgesetzter Steigerung der Produktion ist dieses Unternehmen nicht in der Lage, den Bedarf des Landes zu decken. Die Regierung beabsichtigt daher, nach dem Muster der Chorzower Fabrik ein zweites Unternehmen in Tarnów zu erbauen. Auch die Fabrik in Bory entwickelt sich günstig. Im Jahre 1925 nahm diese eine neue Anlage zur Elektrolyse von Pottasche in Betrieb. Die Elektrolyse von Pottasche stützt sich auf Verarbeitung der in Kalusz und Stebnik gewonnenen Kalisalze.

### Schwefelsäureindustrie.

Die Schwefelsäurefabrikation ist bereits in Verbindung mit der Zinkindustrie behandelt worden. Im Jahre 1925 wurde auch die Herstellung von Schwefelsäure aus Schwefelkies aufgenommen. Der stärkste Verbrauch von Schwefelsäure bestand im letzten Jahre bei der Herstellung von Superphosphaten, die sich auf 180 000 t belief, während die gesamte Produktionsfähigkeit der Superphosphatfabriken Polens mit annähernd 550 000 t veranschlagt werden kann, nachdem in Wloclawek eine neue Superphosphatfabrik in Betrieb gesetzt worden ist. Im übrigen entspricht der Verbrauch von Superphosphaten bei weitem nicht dem eigentlich vorauszusetzenden Bedarf der Landwirtschaft.

Die Karbidproduktion wird für 1923 mit 34 700, für 1924 mit 44 460 und für 1925 mit 70 600 t angegeben. Gleichfalls gestiegen ist die 1924 begonnene Produktion von schwacher Salpetersäure. Die elektrochemische Industrie hat den Export von Eisenzyanid und Eisenzyanür gegenüber 1924 auf 586 t verdoppeln können. Polens Bedarf an Erzkali kann durch die heimische Produktion von etwa 60 t monatlich vollkommen gedeckt werden. An Kohlenteerprodukten wurden im letzten Jahre 50 000 t hergestellt, die teils im Inlande, teils im Auslande Absatz fanden. Infolge Mangels an Rohteer mußten für Zwecke weiterer Verarbeitung sogar noch 9600 t importiert werden.

### Farbenindustrie.

Die Produktion von Farben hatte in den letzten Jahren stark unter der allgemeinen Wirtschaftskrise zu leiden. Das hängt vor allem mit der Lage der polnischen Textilindustrie und der Gerbereien zusammen, deren Konsumptionsfähigkeit bis Anfang 1926 dauernd zurückging. Betroffen wurden namentlich die Farbenfabriken in Zgierz und Pabianice, die sich nur mit großer Mühe über Wasser

halten konnten. Von der Belebung der Textilindustrie im zweiten Halbjahr 1926 hat die polnische Farbenindustrie nur wenig profitieren können, weil die Textilindustrie auch weiterhin hauptsächlich auf deutsche Farben angewiesen bleibt. Von den inländischen entsprechen nur die schwarzen Farben einigermaßen den Anforderungen der Textilindustrie. Im Jahre 1925 hat die gesamte polnische Farbenindustrie 600 t Farben hergestellt.

### Kosmetische und pharmazeutische Industrie.

Die kosmetische und pharmazeutische Industrie Polens ist an sich ziemlich stark entwickelt. Sie ist imstande, nicht nur den inländischen Bedarf zu decken, sondern auch einen ansehnlichen Überschuß auszuführen. Es kommt jedoch zu keinem nennenswerten Export, weil die Industrie auf dem Auslandsmarkt nicht wettbewerbsfähig ist. Im Inlandsgeschäft wirkt vor allem die französische Konkurrenz schädigend, der außergewöhnlich niedrige Zollsätze zugestanden worden sind. Obwohl die einheimischen Erzeugnisse den ausländischen qualitativ wenig nachstehen, wird doch die ausländische, und besonders die französische Ware von der Verbraucherschaft bevorzugt. Die Rohstoffbedingungen besonders der Parfümerieindustrie haben sich in letzter Zeit noch verschlechtert, da das staatliche Spiritusmonopol den Spirituspreis für die Parfümfabriken stark erhöht hat. Außerdem ist das Denaturierungssystem mit großen Unkosten verbunden, so daß verschiedene Industrielle auf die Parfümproduktion verzichten und nur Kosmetika herstellen.

Die pharmazeutischen Fabriken und Laboratorien in Polen beschäftigen sich nur in den seltensten Fällen mit der Herstellung chemischer Verbindungen, die für Arzneimittel in Frage kommen, beschränken sich vielmehr hauptsächlich auf die Verarbeitung pflanzlicher Rohstoffe. Im übrigen ist die pharmazeutische Industrie in Polen vom Auslandsbezug ihrer Rohstoffe abhängig. Hieraus erklären sich auch die Schwierigkeiten, die dieser Industriezweig während der Wirtschaftskrise und des Währungssturzes zu überwinden hatte. Hinzu kommt noch, daß die pharmazeutische Industrie infolge Fehlens geeigneter Apparate und Maschinen in ihrer Entwicklung stark gehemmt ist. Diesem Umstand ist es zuzuschreiben, daß sich auf dem polnischen Markt keine inländischen Spezialpräparate finden, bei deren Anfertigung das maschinelle System eine ausschlaggebende Rolle spielt. Schließlich wird für den ungünstigen Entwicklungsstand und die schlechten Aussichten für ein Aufblühen dieses Industriezweiges das System der Zollerleichterungen und das System der Konventionszölle verantwortlich gemacht, die zur verstärkten Einfuhr ausländischer pharmazeutischer Präparate anreizen. In diesem Zusammenhang erscheint der polnischen pharmazeutischen Industrie auch die deutsche Forderung im Rahmen der deutsch-polnischen Handelsvertragsverhandlungen nach Herabsetzung der Einfuhrzollsätze für pharmazeutische Präparate sehr gefährlich. Eine solche Ermäßigung würde nach Ansicht polnischer Fachkreise die Entwicklungsmöglichkeiten einer eigenen Industrie völlig untergraben,

da Polen aus allen den oben erwähnten Momenten dem deutschen Wettbewerb nicht erfolgreich entgegentreten kann.

## Polens Außenhandel.

Eine statistische Darstellung und Betrachtung des polnischen Außenhandels der Vorkriegszeit wird durch das Fehlen zuverlässigen und ausreichenden Materials sehr erschwert. Die Statistiken der ehemaligen Teilungsmächte beziehen sich nur auf den Handelsverkehr über die damaligen Grenzen dieser Staaten — nicht aber auf die Teilgebiete allein, die das heutige Polen darstellen. Man ist daher, um sich einen Überblick über den vorkriegszeitlichen Außenhandel Polens zu verschaffen, auf unsichere Angaben polnischer Verbände und auf Informationen kongreßpolnischer Industrieller angewiesen, die nur auf Schätzungen beruhen und hinsichtlich der Genauigkeit naturgemäß manches zu wünschen übrig lassen. Solche Daten wären aber — selbst wenn sie ausreichend vorlägen — nicht geeignet, ein Vergleichsmoment mit den Angaben der Nachkriegsstatistik des heutigen Polens darzustellen. Aus diesem Grunde wird von einer vorkriegszeitlichen Darstellung des polnischen Außenhandels abgesehen.

Es ist aber auch nicht ohne weiteres möglich, die polnische Statistik — 1919 bis 1922 inkl. — mit derjenigen der letzten Jahre — 1923 bis 1926 — zu vergleichen. Die statistischen Daten für die Jahre 1920 und 1921 wurden ohne Wertangabe veröffentlicht. Diese Angaben umfassen die Ein- und Ausfuhr unter Ausschluß nur des reinen Transits. Eine Unterscheidung des Warenverkehrs nach General- und Spezialhandel ist in der polnischen Statistik bis 1922 unbekannt. Bis zu diesem Zeitpunkt wurden auch fortgesetzte Veränderungen und Verbesserungen der Erhebungsmethoden durchgeführt, die besonders in der Erweiterung und Berichtigung der Warenklassifizierung und in der Ausscheidung des Veredelungsverkehrs aus den statistischen Ein- und Ausfuhr-Publikationen bestanden. Zu Beginn des Jahres 1923 wurde schließlich noch der Goldfranken (Goldzloty) als stabiler Wertmesser für die Berechnung des Außenhandels eingeführt. Erst von diesem Zeitpunkt ab ist eine Vergleichbarkeit der Entwicklung des Außenhandels in den einzelnen Jahren möglich. Unter Berücksichtigung dieser Momente wird in der nachstehenden Betrachtung des polnischen Außenhandels nur auf das statistische Material der letzten vier Jahre (1923 bis 1926) zurückgegriffen.

### Statistik des Außenhandels.

Die Umsätze des polnischen Außenhandels werden durch folgende Zusammenstellung illustriert:

|      | E i n f u h r |                | A u s f u h r |                |
|------|---------------|----------------|---------------|----------------|
|      | in 1000 t     | in Mill. Zloty | in 1000 t     | in Mill. Zloty |
| 1923 | 3194          | 1116           | 17 648        | 1196           |
| 1924 | 2414          | 1479           | 15 740        | 1267           |
| 1925 | 3411          | 1603           | 13 603        | 1272           |
| 1926 | 2438          | 896            | 22 304        | 1306           |

Wie aus obiger Tabelle zu ersehen ist, zeigen die polnischen Außenhandelsziffern keine gleichmäßige Entwicklung. Besonders die Ein- und Ausfuhr m e n g e n weisen in den einzelnen Jahren nicht unbeträchtliche Schwankungen auf. Bei den Ein- und Ausfuhr w e r t e n verläuft die Entwicklung normaler. So kann man beispielsweise bis zum Jahre 1925 eine ständige wenn auch nicht ganz gleichmäßige Wertsteigerung des polnischen Imports und Exports beobachten. Erst das Jahr 1926 weicht insofern von der normalen Entwicklungslinie ab, als es im Einfuhrwert einen ganz wesentlichen Rückgang aufweist. Demgegenüber läßt die polnische Ausfuhr eine weitere geringe Wertsteigerung erkennen.

Der polnische Außenhandel des Jahres 1926 zeigt also nicht nur eine erhebliche Strukturveränderung, sondern auch der Gesamtumsatz hat sich dem Werte nach gegenüber 1925 wesentlich vermindert, obgleich der mengenmäßige Gütertausch, insbesondere auf der Exportseite, gestiegen ist. Dieser Exportüberschuß ist einestils auf Kosten des Ausfuhrwertes erzielt worden, d. h. also, daß Polen bei einem verhältnismäßig größeren Exportumfang infolge der Wertverminderung der Zlotywährung geringere Preise für seine Exportprodukte erhalten hat<sup>1)</sup> — andernteils durch Einfuhrbeschränkungen und Kontingentierung des Imports, wobei die Verminderung der inländischen Kaufkraft dieser Handelspolitik zur Hilfe kam. Diesen beiden, vom wirtschaftspolitischen Standpunkt aus ungesunden Einflüssen ist die relativ hohe Aktivität der polnischen Handelsbilanz 1926 vornehmlich zuzuschreiben.

Vergleicht man die Tonnenziffern auf der Ein- und Ausfuhrseite, so zeigt sich, daß die Ausfuhrmengen diejenigen der Einfuhr ganz erheblich übersteigen. Trotz des vier- bis achtfachen Umfanges des Exports ist aber der Ausfuhrwert nur in den Jahren 1923 und 1926 höher als der Wert der Einfuhr. Hieraus ist zu erkennen, daß die polnische Handelsbilanz in den Jahren 1924 und 1925 passiv war, und daß der polnische Export in der Hauptsache auf geringwertigeren Massengütern beruht. In der Tat setzt sich die polnische Ausfuhr der letzten Jahre zu 84—92% aus landwirtschaftlichen Produkten und Rohstoffen aller Art zusammen, während auf die höherwertige Ausfuhr von Halb- und Fertigfabrikaten nur 8—16% entfallen. So betrug beispielsweise die Rohstoffausfuhr und die Ausfuhr von Halb- und Fertigfabrikaten in den Jahren 1923—1926 (in Millionen t):

|      | Gesamt-<br>ausfuhr | Rohstoff-<br>ausfuhr <sup>2)</sup> | Halb- und Fertig-<br>fabrikateausfuhr |
|------|--------------------|------------------------------------|---------------------------------------|
| 1923 | 17,6               | 16,1                               | 1,6                                   |
| 1924 | 15,7               | 13,3                               | 2,4                                   |
| 1925 | 13,6               | 11,5                               | 2,1                                   |
| 1926 | 22,3               | 19,6                               | 2,7                                   |

<sup>1)</sup> Die mengenmäßige Ausfuhrsteigerung betrug im Jahre 1926 — 64%, die wertmäßige Steigerung jedoch nur 2%.

<sup>2)</sup> Einschließlich Lebensmittel.

Aus diesen Ziffern geht bereits die Struktur der polnischen Ausfuhr in groben Umrissen hervor. Im Vergleich zum Gesamtexport ist das Prozentverhältnis zwischen Rohstoffen sowie bearbeiteten Produkten in den einzelnen Jahren ziemlich gleich geblieben, bis auf das Jahr 1926, in welchem die Rohstoffausfuhr in Verbindung mit der günstigen Exportkonjunktur prozentual noch gewachsen ist.

Teilt man den Prozeß der Güterbewegung in seine wichtigsten Gruppen auf, so zeigt zunächst die Einfuhr von landwirtschaftlichen Erzeugnissen in den einzelnen Jahren keine gleichbleibende Entwicklung. Sie stand in Abhängigkeit von den jeweiligen Ernteerträgen und schwankte nach Maßgabe der notwendigen Ergänzung der Inlandsvorräte durch den Auslandsbezug. So war beispielsweise die Einfuhr von landwirtschaftlichen Produkten im Jahre 1926 gegenüber dem Vorjahre um 66% geringer. Die Getreide- und Mehleinfuhr beschränkte sich infolge der letztjährigen guten Mittelerten auf relativ geringe Mengen. Zurückgegangen ist auch die Einfuhr von industriellen Rohstoffen und Halbfabrikaten von 308 Millionen im Jahre 1925 auf 282 Millionen Zloty im Jahre 1926, also um 9%, sowie — wie es angesichts der zahlreichen Importverbote nicht anders zu erwarten war — die Einfuhr von Fertigfabrikaten. Die polnische Industrieprodukteneinfuhr stellte sich in den beiden letzten Jahren im prozentualen Verhältnis zur Gesamteinfuhr:

|                  |                  |                  |                  |
|------------------|------------------|------------------|------------------|
| 1. Halbjahr 1925 | 2. Halbjahr 1925 | 1. Halbjahr 1926 | 2. Halbjahr 1926 |
| 49,2%            | 42,2%            | 39,2%            | 35,2%            |

Im Einzelnen bezieht sich dieser Rückgang in weniger oder stärker ausgeprägtem Maße auf folgende wichtige Einfuhrwaren:

|   | 1925      |              | 1926      |              |
|---|-----------|--------------|-----------|--------------|
|   | in 1000 t | in Mill. Zl. | in 1000 t | in Mill. Zl. |
| Schmiedewaren . . . . .                     | 0,27      | 2,31         | 0,07      | 0,95         |
| Handwerksgeräte . . . . .                   | 1,62      | 6,23         | 0,67      | 2,52         |
| Landwirtschaftsgeräte . . . . .             | 1,54      | 2,31         | 0,67      | 0,95         |
| Aluminium und Aluminium-<br>waren . . . . . | 0,48      | 2,3          | 0,28      | 0,86         |
| Lokomotiven und Tender . . . . .            | 5,75      | 6,45         | 0,15      | 0,14         |
| Motoren . . . . .                           | 4,15      | 7,44         | 2,51      | 4,55         |
| Pumpen . . . . .                            | 1,41      | 2,75         | 0,76      | 1,99         |
| Elektrische Maschinen . . . . .             | 2,21      | 6,25         | 1,46      | 5,42         |
| Metallbearbeitungsmaschinen . . . . .       | 4,82      | 10,08        | 0,99      | 2,32         |
| Holzbearbeitungsmaschinen . . . . .         | 0,58      | 1,04         | 0,38      | 0,69         |
| Textilmaschinen . . . . .                   | 6,28      | 20,43        | 2,18      | 6,92         |
| Landmaschinen . . . . .                     | 6,67      | 11,12        | 4,21      | 7,93         |
| Elektrische Artikel . . . . .               | 12,45     | 29,52        | 9,94      | 26,70        |

|   | 1925      |              | 1926      |              |
|---|-----------|--------------|-----------|--------------|
|   | in 1000 t | in Mill. Zl. | in 1000 t | in Mill. Zl. |
| Verkehrsmittel . . . . .                        | 19,25     | 46,33        | 7,32      | 19,16        |
| Papier- u. Papierwaren . .                      | 46,19     | 23,63        | 41,69     | 23,21        |
| Textilwaren . . . . .                           | 93,51     | 434,22       | 99,38     | 304,35       |
| Konfektion . . . . .                            | 2,03      | 62,19        | 0,70      | 14,95        |
| Galanteriewaren . . . . .                       | 0,78      | 10,72        | 0,22      | 2,52         |
| Präzisionsapparate und Ma-<br>schinen . . . . . | 1,39      | 21,79        | 0,65      | 7,82         |
| Organische Chemikalien . .                      | 85,28     | 59,83        | 67,10     | 45,28        |
| Anorganische Chemikalien .                      | 370,89    | 36,61        | 28,63     | 22,29        |

Insgesamt stellt sich der Import von Industrieprodukten im Jahre 1925 auf 698 Millionen und im Jahre 1926 auf 327 Millionen Zloty, ist also um 54% gesunken. Eine beträchtliche Senkung hat, wie aus der obigen Tabelle hervorgeht, die Einfuhr von Maschinen, Textilwaren und fertiger Konfektion erfahren, während der Import von Artikeln der Elektroindustrie, von organischen Chemikalien und die Papier- und Papierwareneinfuhr nur unwesentlich abgenommen hat.

Was den polnischen Export betrifft, so stellen die wichtigsten Ausfuhrpositionen: Lebensmittel (darunter vor allem Getreide, Mehl, Kartoffeln, Zucker und Eier), Vieh (darunter besonders Klein- und Borstenvieh), ferner Holz in rohem und bearbeiteten Zustande, Brennstoffe und Naphthaerzeugnisse dar. Die Entwicklung der Ausfuhr dieser Produkte ist dem Einzelnen bereits in den betreffenden Kapiteln über die polnische Landwirtschaft und Industrie erörtert worden. Wir beschränken uns daher, ihren Anteil an der polnischen Gesamtausfuhr aufzuzeigen, indem wir die statistischen Daten der beiden letzten Jahre zur Betrachtung heranziehen.

Am Gesamtexport, der im Jahre 1925 — 13,6 Millionen t im Werte von 1,27 Milliarden Zloty und im folgenden Jahre 22,3 Millionen t im Werte von 1,31 Milliarden Zloty betrug, nahmen die oben angeführten Exportprodukte folgenden Anteil:

|                        | 1925      |              | 1926      |              |
|------------------------|-----------|--------------|-----------|--------------|
|                        | in 1000 t | in Mill. Zl. | in 1000 t | in Mill. Zl. |
| Lebensmittel . . . . . | 1023,4    | 322,1        | 1460,0    | 381,5        |
| darunter:              |           |              |           |              |
| Getreide . . . . .     | 410,8     | 84,2         | 476,5     | 89,7         |
| Mehl . . . . .         | 9,6       | 3,0          | 15,6      | 4,4          |
| Kartoffeln . . . . .   | 78,7      | 3,1          | 110,6     | 4,9          |
| Zucker . . . . .       | 196,0     | 76,2         | 266,7     | 84,5         |
| Eier . . . . .         | 27,1      | 46,7         | 58,6      | 74,2         |

|                              | 1925      |              | 1926      |              |
|------------------------------|-----------|--------------|-----------|--------------|
|                              | in 1000 t | in Mill. Zl. | in 1000 t | in Mill. Zl. |
| Vieh . . . . . (Stück)       | 2 330 913 | 101,4        | 2 695 992 | 66,7         |
| darunter:                    |           |              |           |              |
| Schweine . . . . . „         | 870 691   | 67,4         | 593 660   | 47,1         |
| Gänse . . . . . „            | 1 138 488 | 7,3          | 1 324 250 | 5,5          |
| Holz . . . . .               | 3267,7    | 227,0        | 4970,0    | 206,8        |
| darunter:                    |           |              |           |              |
| Rundholz . . . . .           | 1573,3    | 68,5         | 2959,0    | 74,8         |
| bearbeitetes Holz . . . . .  | 1580,3    | 125,1        | 1890,0    | 110,5        |
| Brennstoffe . . . . .        | 8477,9    | 215,9        | 14905,3   | 336,2        |
| darunter:                    |           |              |           |              |
| Kohle . . . . .              | 8031,2    | 144,4        | 14281,1   | 252,1        |
| Erdöl . . . . .              | 67,8      | 8,4          | 106,0     | 12,8         |
| Naphthaerzeugnisse . . . . . | 227,2     | 57,9         | 304,8     | 63,5         |

Am hervorstechendsten ist die gewaltige Zunahme der Kohlenausfuhr, doch ist diese Steigerung nur als ausgesprochene Konjunkturerscheinung zu bewerten (im Zusammenhang mit dem englischen Kohlenstreik 1926). So hat sich der Export von Kohle nach Abflauen dieser Konjunktur wieder stark gesenkt, da die polnische Kohle gewissermaßen nur die englischen Ausfälle in den verschiedensten Ländern gedeckt hat. Eine, wenn auch nicht so erhebliche Zunahme weist auch der Lebensmittelexport auf. An Getreide ist aber mehr ausgeführt worden, als zur Deckung des Inlandsbedarfes bis zur neuen Ernte notwendig ist, so daß sich seit dem Frühjahr 1927 bereits ein unliebsamer Mangel an Brotgetreide in Polen bemerkbar macht, der dazu zwingt, die zu viel exportierten Getreidemengen aus dem Auslande wieder zu reimportieren und zwar zu erheblich höheren Preisen, als polnisches Getreide im Herbst 1926 ausgeführt worden ist. Die polnische Zuckerausfuhr zeigt von Jahr zu Jahr größeren Umfang, doch erfolgt diese zu so ungünstigen Preisen, daß die Exportverluste durch stark erhöhte Inlandspreise wieder wettgemacht werden müssen, um die inländische Zuckerproduktion noch einigermaßen rentabel zu gestalten. Dieselbe Erscheinung auf dem Gebiete der Preispolitik zeigt sich auch bei der Ausfuhr polnischer Naphthaprodukte. Hier ist der Preisunterschied der Produkte für den Inlandsbedarf und für Exportzwecke so beträchtlich, daß in den letzten Monaten vielfach die Beobachtung gemacht werden konnte, wie beispielsweise zu stark ermäßigten Preisen ausgeführtes Paraffin nach Polen wieder eingeführt worden ist und trotz der Transportkosten und des Zolls konkurrenzfähiger als im Inland verkauft Paraffin war. Im Übrigen steht aber diese Erscheinung nicht vereinzelt da. — Beim polnischen Holzexport ist die Eigentümlichkeit zu beobachten, daß der Exportwert des Jahres 1926 nur 91% des Vorjahres betragen hat, obgleich

die Holzausfuhr 1926 diejenige des Jahres 1925 mengenmäßig nicht weniger als um 52% überschritt. Diese Erscheinung findet ihre Begründung in der wesentlichen Verschiebung des Charakters der Holzausfuhr Polens, die dahin neigt, daß in zunehmendem Umfange Rundhölzer und halbbearbeitete Holzmaterialien zur Ausfuhr gelangen, während hochwertige Sortimente und Ganzfabrikate stark in den Hintergrund getreten sind.

Im übrigen war aber die beträchtliche mengenmäßige Steigerung der polnischen Ausfuhr auch noch eine Folge der sich als Exportprämie auswirkenden *Zlotyverschlechterung* (Valutadumping). Da diese Valutaprämie durch das Anziehen der Inlandpreise von Monat zu Monat geringer wird, so ist auch aus diesem Grunde mit einem starken Abflauen der Exporttätigkeit zu rechnen, die trotz der protektionistischen Einfuhrpolitik, die den Import auf das Allernotwendigste beschränkt, die Aktivität der polnischen Handelsbilanz bedroht.

Da sich im Zusammenhang mit dem deutsch-polnischen Zollkrieg und anderer Umstände ein wachsender Teil des polnischen Außenhandels (insbesondere der Ausfuhr) über den Danziger Hafen abwickelt, so erscheint es angebracht, in Kürze auch auf die seewärtige Ein- und Ausfuhr Polens, soweit sie sich auf den wichtigsten Ausgangspunkt, den Hafen von Danzig, bezieht, einzugehen.

Die Entwicklung des Warenumschlages über Danzig kommt in folgenden Ziffern zum Ausdruck (in Millionen t):

|         | Einfuhr | Ausfuhr |
|---------|---------|---------|
| 1912/13 | 1,19    | 1,10    |
| 1922    | 0,47    | 0,51    |
| 1923    | 0,65    | 1,06    |
| 1924    | 0,74    | 1,64    |
| 1925    | 0,69    | 2,03    |
| 1926    | 0,64    | 5,66    |

Aus diesen Ziffern ist zu erkennen, daß der seewärtige Warenimport seit dem Jahre 1924 eine anhaltend sinkende Tendenz aufweist und auch im letzten Jahre (1926) erst wenig mehr als die Hälfte des Durchschnittsimports der beiden letzten Vorkriegsjahre darstellt. Dagegen zeigt die Warenausfuhr über Danzig im Jahre 1925 eine Steigerung um das fast Doppelte und bis Ende 1926 — infolge der außergewöhnlichen Exportkonjunktur — etwa um das Fünffache der Vorkriegsziffern.

Bei einer kritischen Betrachtung dieser Ziffern fällt das krasse Mißverhältnis ins Auge, das zwischen den Zahlen auf der Einfuhr- und Ausfuhrseite besteht, und zwar sowohl in bezug auf den Güterumschlag an sich, als auch in Verbindung mit dem Schiffsverkehr. Der Schiffsraum an Nettoregistertonnen hat sich nämlich um das  $3\frac{1}{2}$ fache gegenüber der Vorkriegszeit gesteigert, während nur etwa die Hälfte soviel Waren über Danzig eingeführt worden sind als im Durchschnitt der beiden Jahre 1912/13, was besagt, daß der Schiffsraum nur den

siebentem Teil so stark ausgenutzt war wie vor dem Kriege. Aus diesem Grunde kann die Entwicklung des Güterumschlags in Danzig nicht als gesund und normal angesehen werden.

Der größte Prozentsatz des polnischen Exports über Danzig entfällt auf Kohle; aber auch die Holzausfuhr zeigt im letzten Jahre eine beachtliche Steigerung und betrug über 25 Prozent der gesamten seewärtigen Warenausfuhr Polens. Während die Ausfuhr von Kohle und Holz die Vorkriegsziffern bereits erheblich überschritten haben, macht die Ausfuhrentwicklung anderer wichtiger Exportgüter Polens, wie beispielsweise Zucker und Getreide, nur langsame Fortschritte. Von diesen wurden in den letzten Jahren ausgeführt (in Tonnen):

|         | Zucker  | Getreide |
|---------|---------|----------|
| 1912/13 | 328 800 | 366 710  |
| 1924    | 163 455 | 171 760  |
| 1925    | 121 340 | 187 300  |
| 1926    | 180 900 | 278 200  |

Diese Zahlen lassen erkennen, daß die polnische Zuckerausfuhr über Danzig erst 55% und die Getreideausfuhr etwa 70% der Vorkriegsmengen erreicht haben.

### Länderanteil.

Die Zahl der Staaten, mit denen Polen Handelsbeziehungen unterhält, vermehrt sich von Jahr zu Jahr. Außerhalb Europas halten sich jedoch die Handelsumsätze in sehr bescheidenen Grenzen und betragen nur einige Prozent des polnischen Gesamtaußenhandels. Der Grund hierfür liegt vor allem in den Schwierigkeiten für den polnischen Kaufmann, mit außereuropäischen Staaten in direkte Beziehungen zu treten, sodaß hier vielfach die deutsche — als die für Polen bequemste — Vermittlung nicht gern entbehrt wird. Hieraus erklärt sich auch die Bedeutung Deutschlands für den polnischen Export, die schon seit der Aufrichtung Polens deutlich hervortritt. Stets war Deutschland Polens größter Abnehmer, der einen Teil der polnischen Produkte nach entsprechender Sortierung und Hebung der Qualität weiter ausführte. Trotzdem sich Polen, besonders seit Beginn des deutsch-polnischen Zollkrieges, bemüht, die deutsche Vermittlung nach Möglichkeit auszuschalten und sich direkt mit seinen Abnehmern und Lieferanten in Verbindung zu setzen, bezieht das Ausland aus Unkenntnis des polnischen Marktes eine Reihe von Waren aus Polen nach wie vor mit Vorliebe durch deutsche Vermittlung.

Durch den deutsch-polnischen Zollkrieg, der um die Mitte des Jahres 1925 ausbrach, hat die normale Entwicklung des polnischen Außenhandels eine Unterbrechung erfahren. Sowohl in der Einfuhr- wie in der Ausfuhrbeteiligung einzelner Länder am polnischen Außenhandel sind Verschiebungen eingetreten, ohne jedoch die dominierende Position Deutschlands im Außenhandel Polens zu erschüttern. Nach wie vor ist der Anteil Deutschlands in der Ein- und Ausfuhr Polens über-

ragend, wengleich der Prozentsatz Deutschlands am polnischen Außenhandel — vor allem zugunsten Englands, Österreichs und der Tschechoslowakei, die den deutsch-polnischen Zollkonflikt für ihre Interessen ausnutzen — als Folge der gegen deutsche Fertigerzeugnisse eingeführten polnischen Sperrmaßnahmen nicht unbeträchtlich zurückgegangen ist. Prozentual fiel der deutsche Anteil seit dem Jahre 1924, dem letzten Jahre vor dem Zollkrieg, von 34,3% auf 23,6% an der polnischen Einfuhr und von 42,2% auf 25,3% an der polnischen Ausfuhr.

Der wertmäßige Anteil Deutschlands und einer Reihe anderer Staaten am polnischen Außenhandel ergibt sich aus folgender Tabelle (in Millionen Zloty):

|                            | I m p o r t |       |       | E x p o r t |       |       |
|----------------------------|-------------|-------|-------|-------------|-------|-------|
|                            | 1924        | 1925  | 1926  | 1924        | 1925  | 1926  |
| Deutschland . . . . .      | 506,2       | 496,8 | 211,6 | 536,1       | 525,1 | 330,6 |
| England . . . . .          | 110,3       | 127,5 | 93,4  | 133,0       | 100,4 | 223,3 |
| U. S. A. . . . .           | 183,9       | 219,3 | 155,8 | 7,1         | 9,4   | 8,7   |
| Österreich . . . . .       | 173,3       | 154,5 | 61,0  | 127,8       | 158,2 | 134,1 |
| Tschechoslowakei . . . . . | 84,7        | 87,5  | 44,7  | 99,6        | 139,8 | 115,5 |
| Frankreich . . . . .       | 72,7        | 93,9  | 66,6  | 52,9        | 21,3  | 47,1  |
| Holland . . . . .          | 24,8        | 33,2  | 40,1  | 39,7        | 33,4  | 41,9  |
| Italien . . . . .          | 74,5        | 66,2  | 42,3  | 6,7         | 9,1   | 25,7  |
| Rumänien . . . . .         | 20,6        | 23,3  | 7,8   | 78,6        | 61,8  | 41,9  |
| Belgien . . . . .          | 29,9        | 24,6  | 13,1  | 22,2        | 26,3  | 35,0  |
| Rußland . . . . .          | 4,9         | 8,9   | 7,7   | 11,4        | 35,2  | 24,6  |

Wie hieraus ersichtlich ist, hat sich der polnische Import seit dem Jahre 1924 auch aus vielen andern Ländern (mit Ausnahme von Holland und Rußland) verringert. Die gleiche Tendenz läßt sich auf der Ausfuhrseite beim polnischen Export nach Frankreich und Rumänien beobachten. Im übrigen hat die Beteiligung fremder Länder an der polnischen Ausfuhr mehr oder weniger große Steigerungen erfahren, die besonders stark in der Ausfuhr nach England, Belgien und Rußland zum Ausdruck kommen.

Zur Ergänzung des Bildes über den Anteil der einzelnen Länder am polnischen Außenhandel lassen wir eine Übersicht der Verteilung der Warengruppen unter Berücksichtigung des polnischen Bezuges und Absatzes von und nach den wichtigsten Staaten folgen<sup>1)</sup>.

<sup>1)</sup> Hier und im folgenden ist nur der polnische Güteraustausch in den beiden Jahren 1923 und 1924 berücksichtigt worden, da die folgenden Jahre (1925 und 1926) die normale Entwicklung des polnischen Außenhandels durch die Folgen des deutsch-polnischen Zollkrieges (Reglementierung des Außenhandels, Prohibitivzölle usw.) unterbrochen haben und somit für die tatsächlichen Bedarfs- und Absatzverhältnisse Polens nicht bestimmend sind.

Einfuhr Polens nach wichtigen Warengruppen

| Warengruppen                     | Deutschland |       | England |      | Österreich |      |
|----------------------------------|-------------|-------|---------|------|------------|------|
|                                  | 1923        | 1924  | 1923    | 1924 | 1923       | 1924 |
| Getreide und Mehl . . . . .      | 10,3        | 28,3  | 2,4     | 9,2  | —          | 0,7  |
| Obst, frisch, getrocknet . . . . | 7           | 14,0  | 0,8     | 1,2  | 0,6        | 1,8  |
| Fische, Heringe . . . . .        | 10,1        | 18,8  | 47,9    | 22,1 | —          | 0,1  |
| Speisefette . . . . .            | 7,6         | 7,9   | 5,2     | 1,4  | 0,7        | 1,0  |
| Tabak und Tabakwaren . . . . .   | 2,7         | 2,5   | 0,2     | 0,7  | —          | —    |
| Düngemittel . . . . .            | 139,8       | 79,5  | 0,3     | 0,4  | 0,1        | —    |
| Gerbstoffe . . . . .             | 2,2         | 3,6   | 1,5     | 2,7  | 0,4        | 0,5  |
| Farben . . . . .                 | 3,0         | 1,5   | —       | 0,1  | 0,6        | 0,4  |
| Technische Fette . . . . .       | 2,8         | 5,8   | 5,5     | 8,1  | 0,2        | 0,8  |
| Kohlen, Koks, Briketts . . . . . | 161         | 232   | 42,8    | 70,6 | —          | —    |
| Erze . . . . .                   | 701         | 273   | 1,8     | 3,1  | 7,8        | 2,0  |
| Roheisen . . . . .               | 69,2        | 7,8   | 5,1     | 4,5  | 0,3        | 0,1  |
| Maschinen und Apparate . . . .   | 439,8       | 27,7  | 8,2     | 1,3  | 24,6       | 5,9  |
| Metalle und Metallwaren . . . .  | 439,8       | 184,6 | 8,2     | 5,0  | 24,6       | 8,9  |
| Papier und Papierwaren . . . . . | 30,1        | 11,2  | 0,1     | —    | 6,6        | 5,0  |
| Glas und Glaswaren . . . . .     | 7,4         | 3,7   | —       | —    | 0,3        | 0,2  |
| Porzellanwaren . . . . .         | 1,1         | 0,8   | —       | —    | —          | —    |
| Fayencewaren . . . . .           | 0,5         | 0,5   | —       | —    | —          | —    |
| Baumwolle und Abfälle . . . . .  | 4,1         | 2,3   | 1,4     | 0,4  | 0,6        | 0,4  |
| Wolle und Abfälle . . . . .      | 5,5         | 2,8   | 4,7     | 5,0  | 0,8        | 0,7  |
| Jute und Abfälle . . . . .       | 3,2         | 2,6   | 0,3     | 1,6  | —          | —    |
| Garne . . . . .                  | 1,0         | 1,0   | 1,0     | 0,6  | 0,9        | 0,8  |
| Baumwollgewebe . . . . .         | 1,5         | 1,1   | 0,3     | 0,5  | 0,5        | 1,6  |
| Wollgewebe . . . . .             | 0,2         | 0,3   | —       | 0,1  | —          | 0,1  |
| Wasche . . . . .                 | 0,2         | 0,1   | —       | —    | —          | 0,2  |
| Kleider und Wirkwaren . . . . .  | 0,7         | 0,7   | —       | 0,4  | 0,1        | —    |
| Schuhe . . . . .                 | 0,6         | 0,8   | —       | —    | 0,2        | 0,6  |
| Galanteriewaren . . . . .        | 0,8         | 0,6   | —       | —    | 0,2        | 0,3  |

Bei näherer Betrachtung der Einfuhrseite läßt sich die Feststellung machen, daß der Anteil Deutschlands am Import fast aller der hier erwähnten wichtigen Warengruppen weitaus am größten ist (1924) nur der Wollimport (+ 2200 t), der Fischimport (+ 2300 t) und der Import technischer Fette (+ 2340 t) aus England, der Rohholzimport (+ 5150 t) aus der Tschechoslowakei, der Import von Baumwollgeweben (+ 525 t) aus Österreich,

und Ländern in 1000 Tonnen.

| Tschechoslowakei | Frankreich |      | Rumänien |      | U. S. A. |      |      |
|------------------|------------|------|----------|------|----------|------|------|
|                  | 1923       | 1924 | 1923     | 1924 | 1923     | 1924 |      |
| 0,7              | 8,2        | 0,2  | 0,2      | 0,5  | 0,1      | 45,4 | 64,3 |
| 0,3              | 1,3        | —    | 0,2      | —    | —        | 0,3  | 2,2  |
| —                | 0,1        | 0,8  | 0,5      | —    | 0,6      | 0,5  | 0,2  |
| 0,3              | 0,3        | 0,2  | 0,2      | —    | 0,1      | 5,8  | 10,5 |
| —                | 0,1        | —    | —        | 0,3  | —        | 1,4  | 2,3  |
| 0,3              | 5,7        | 1,9  | 9,5      | —    | —        | 21,9 | 12,8 |
| 0,4              | 1,5        | —    | —        | —    | —        | 1,2  | 0,8  |
| —                | 0,1        | —    | —        | —    | —        | —    | —    |
| 0,2              | 0,5        | 0,2  | 0,3      | —    | —        | 1,1  | 1,2  |
| 63,0             | 79,7       | —    | —        | —    | 1,1      | —    | —    |
| 3,6              | 4,2        | —    | 0,5      | —    | 10,0     | —    | 0,8  |
| 13,4             | 4,9        | 1,0  | 0,2      | —    | —        | 0,3  | —    |
| 40,5             | 3,7        | 3,8  | 0,8      | 5,1  | —        | 19,0 | 1,7  |
| 40,5             | 18,9       | 3,8  | 2,0      | 5,1  | 1,5      | 19,0 | 0,3  |
| 1,3              | 0,9        | —    | 0,1      | —    | —        | —    | —    |
| 1,3              | 1,3        | —    | —        | —    | —        | —    | —    |
| 0,3              | 0,8        | —    | —        | —    | —        | —    | —    |
| —                | 0,3        | —    | —        | —    | —        | —    | —    |
| 0,5              | 0,1        | 0,8  | 0,1      | —    | 0,2      | 43,3 | 27,9 |
| 0,5              | 0,3        | 2,2  | 2,4      | —    | —        | 2,3  | 1,5  |
| —                | —          | —    | —        | —    | —        | 0,3  | 0,3  |
| 0,4              | 0,3        | 0,5  | 0,2      | —    | —        | —    | —    |
| 0,5              | 1,0        | 0,2  | 0,4      | —    | —        | —    | —    |
| —                | —          | —    | —        | —    | —        | —    | —    |
| —                | —          | —    | —        | —    | —        | —    | —    |
| —                | —          | —    | —        | —    | —        | —    | —    |
| —                | 0,1        | —    | 0,1      | —    | —        | —    | —    |
| —                | 0,1        | —    | —        | —    | —        | —    | —    |

der Wein- und Spirituosenimport (+ 780 t) aus Frankreich, der Getreide- und Mehlimport (+ 36 000 t), der Speisefettimport (+ 2500 t) und der Baumwollimport (+ 25 500 t) aus den Vereinigten Staaten von Amerika.

Die Beteiligung der einzelnen Länder an der Ausfuhr Polens veranschaulicht folgende Übersicht:

Ausfuhr Polens nach den wichtigsten Warengruppen

| Warengruppen                     | Deutschland |       | England |       | Österreich |         |
|----------------------------------|-------------|-------|---------|-------|------------|---------|
|                                  | 1923        | 1924  | 1923    | 1924  | 1923       | 1924    |
| Getreide und Mehl . . . . .      | 20,9        | 86,7  | 14,4    | 28,2  | 4,0        | 19,3    |
| Gemüse und Kartoffeln . . . .    | 131,9       | 224,8 | 0,6     | 14,8  | —          | 2,6     |
| Obst, frisch, getrocknet . . . . | 2,5         | 1,7   | 0,2     | —     | 0,6        | —       |
| Zucker . . . . .                 | 4,6         | 37,7  | 14,5    | 95,8  | —          | —       |
| Fische, Heringe, Krebse . . . .  | 5,1         | 2,0   | —       | —     | —          | —       |
| Andere Lebensmittel . . . . .    | 36,8        | 100,8 | 8,1     | 11,4  | 1,1        | 5,5     |
| Lebendvieh (Stück) . . . . .     | —           | 799   | —       | —     | —          | 269 656 |
| Daunen und Federn . . . . .      | 1,0         | 1,3   | —       | —     | —          | —       |
| Sämereien . . . . .              | 4,3         | 32,2  | 0,2     | 2,3   | 0,2        | 0,7     |
| Holz, unbearbeitet . . . . .     | 1284        | 374   | 115,6   | 47,2  | 9,5        | 10,6    |
| Holz, bearbeitet . . . . .       | 550         | 423   | 282,3   | 350,1 | 3,4        | 6,9     |
| Holz- und Korbwaren . . . . .    | 11,0        | 28    | 8,4     | 12,0  | 2,9        | 3,0     |
| Natur- und Kunstdünger . . . .   | 10,6        | 5,3   | 0,1     | —     | 1,1        | 1,7     |
| Zement . . . . .                 | 4,9         | 1,0   | —       | —     | 9,3        | 20,0    |
| Rohöl . . . . .                  | 1,2         | —     | —       | —     | —          | —       |
| Naphthaprodukte . . . . .        | 147,8       | 122,1 | 10,0    | 14,0  | 48,3       | 51,3    |
| Kohle, Briketts, Koks . . . . .  | 8629        | 6974  | 5,6     | 9,8   | 2802       | 2942    |
| Erze . . . . .                   | 24,6        | 59,8  | —       | —     | —          | —       |
| Maschinen und Apparate . . . .   | 461,1       | 1,1   | 7,8     | —     | 4,2        | —       |
| Metalle und Metallwaren . . . .  | 461,1       | 182,8 | 7,8     | 6,1   | 4,2        | 5,2     |
| Flachs und Hanf . . . . .        | 2,9         | 6,8   | —       | 0,2   | —          | 0,2     |
| Baumwollgewebe . . . . .         | 0,6         | 0,2   | 0,2     | —     | —          | 0,3     |
| Wollgewebe . . . . .             | 0,4         | —     | —       | —     | —          | —       |
| Zellulose . . . . .              | 1,2         | 4,5   | 0,8     | 2,5   | —          | —       |
| Papier und Papierwaren . . . . . | 3,5         | 0,6   | 0,3     | 0,6   | —          | 0,1     |
| Glaswaren . . . . .              | 0,5         | 0,5   | 0,2     | —     | —          | 0,2     |

Auch am Export der wichtigsten polnischen Ausfuhrwaren ist Deutschlands Anteil der weitaus bedeutendste. So ist Deutschland Polens größter Abnehmer von Lebensmitteln aller Art, Tierprodukten, Holzmaterialien, Kohlen, Flachs, Hanf usw. Größer als der Export nach Deutschland ist der polnische Zuckerexport nach England (+ 58 000 t) und nach Frankreich (+ 11 000 t), der Papier- und Papierwarenexport nach England (+ 45 t), der Viehexport nach Österreich und der Tschechoslowakei, der Düngemittelexport nach der Tschechoslowakei (+ 2800 t), der Zementexport nach Österreich (+ 19 000 t) und der Tschechoslowakei (+ 4000 t), der Export polnischer Naphthaprodukte ebendahin (+ 21 000 t),

und Ländern in 1000 Tonnen.

| Tschechoslowakei |         | Frankreich |      | Rumänien |       | U. S. A. |      |
|------------------|---------|------------|------|----------|-------|----------|------|
| 1923             | 1924    | 1923       | 1924 | 1923     | 1924  | 1923     | 1924 |
| 2,5              | 30,3    | 7,0        | 6,2  | —        | 0,1   | —        | 0,2  |
| 0,4              | 1,8     | 23,6       | 15,6 | 0,2      | —     | 0,2      | —    |
| —                | —       | —          | —    | —        | —     | —        | —    |
| —                | —       | 17,7       | 48,7 | 2,1      | 1,0   | —        | —    |
| 0,8              | 0,2     | —          | —    | 7,2      | 0,4   | —        | —    |
| 0,4              | 22,7    | 0,7        | 0,9  | 0,8      | 0,3   | 1,3      | 0,6  |
| 1644             | 178 304 | —          | —    | —        | —     | —        | —    |
| 0,1              | 0,3     | —          | —    | —        | —     | —        | —    |
| 0,3              | 5,0     | 0,3        | 0,7  | 0,1      | 0,3   | 0,2      | 0,2  |
| 44,0             | 31,1    | 11,1       | 13,6 | 17,1     | 32,8  | —        | —    |
| 10,0             | 19,6    | 57,6       | 68,1 | 0,5      | 3,9   | 0,3      | 4,6  |
| 2,0              | 3,0     | 4,8        | 3,1  | 0,3      | 0,2   | 0,6      | 0,4  |
| 1,2              | 8,2     | —          | 0,2  | —        | 0,3   | —        | —    |
| 3,7              | 5,1     | —          | —    | 2,0      | 3,9   | —        | —    |
| 7,1              | 0,1     | —          | —    | —        | —     | —        | —    |
| 98,7             | 143,4   | 7,7        | 5,7  | 1,8      | 1,8   | 0,2      | 0,3  |
| 700              | 494,2   | 0,7        | 1,4  | 155,3    | 160,1 | —        | 0,2  |
| 1,6              | 4,4     | —          | —    | —        | —     | —        | —    |
| 7,6              | 0,1     | —          | —    | 21,0     | 0,7   | 0,3      | —    |
| 7,6              | 10,0    | —          | 0,1  | 21,0     | 13,8  | 0,3      | 0,2  |
| 2,4              | 6,1     | 0,2        | —    | —        | —     | 0,2      | —    |
| 0,2              | —       | —          | —    | —        | 4,0   | —        | —    |
| 0,1              | —       | —          | —    | —        | 0,1   | —        | —    |
| —                | —       | 3,7        | 6,5  | —        | —     | —        | 0,3  |
| —                | 0,2     | 0,1        | —    | 0,2      | 0,4   | 0,2      | 0,3  |
| —                | —       | —          | —    | 2,0      | 1,1   | —        | —    |

der Zelluloseexport nach Frankreich (+ 2000 t), der Export von Baumwollgeweben nach Rumänien (+ 3800 t) und Österreich (+ 150 t) und schließlich der Export von Wollgeweben nach Rumänien (+ 30 t) und Österreich (+ 20 t).

Um die Struktur des deutschen Anteils am polnischen Außenhandel zu erkennen, wird im folgenden die deutsche Ausfuhr nach Polen und die deutsche Einfuhr nach Polen nach Rohstoffen, Halbfabrikaten und Fertigwaren auf Grund der deutschen amtlichen Statistik beleuchtet. Als Grundlage hierzu ist das internationale (Brüsseler) Warenverzeichnis gewählt worden; doch werden in der folgenden Gruppierung nur diejenigen Warengattungen besonders

angeführt, die im Außenhandelsverkehr zwischen Deutschland und Polen von größerer Bedeutung sind.

Der deutsche Außenhandel (Spezialhandel) mit Polen — unter Ausschluß von Danzig — stellte sich in den Jahren 1923 und 1924 wie folgt dar:

|                                  | Menge in 1000 t |       | Wert in Mill.RM |  |
|----------------------------------|-----------------|-------|-----------------|--|
| Deutsche Warenausfuhr nach Polen | 1923            | 1586  | 323             |  |
|                                  | 1924            | 1091  | 302             |  |
| Deutsche Wareneinfuhr aus Polen  | 1923            | 11781 | 471             |  |
|                                  | 1924            | 8760  | 401             |  |

Im einzelnen verteilen sich diese Zahlen auf nachstehende Warengruppen:

#### Deutsche Ausfuhr nach Polen.

|                                     | Menge in Tonnen |         | Wert in 1000 RM. |         |
|-------------------------------------|-----------------|---------|------------------|---------|
|                                     | 1923            | 1924    | 1923             | 1924    |
| I. Lebende Tiere . . . . .          | 19              | 105     | 84               | 254     |
| II. Lebensmittel und Getranke .     | 18 243          | 41 690  | 7 799            | 16 856  |
| darunter:                           |                 |         |                  |         |
| Fische u. Fischzubereitungen        | 5 070           | 11 880  | 2 314            | 5 768   |
| Margarine und ähnliche Speise-      |                 |         |                  |         |
| fette . . . . .                     | 159             | 278     | 165              | 277     |
| Pflanzenöle u. Fette aller Art.     | 823             | 1 133   | 737              | 1 177   |
| III. Rohstoffe u. halbfert. Waren . | 1 407 782       | 941 435 | 103 059          | 69 157  |
| darunter:                           |                 |         |                  |         |
| Baumwolle usw., roh, gekämmt . .    | 8 956           | 6 875   | 15 050           | 18 518  |
| Wolle . . . . .                     | 1 501           | 1 343   | 6 909            | 6 723   |
| Eisen (Roh-, Bruch-, Alteisen)      | 299 378         | 157 222 | 23 587           | 10 375  |
| Kalisalze . . . . .                 | 103 787         | 31 055  | 5 409            | 1 885   |
| Eisen, Kupfer und Zinkerze .        | 244 820         | 146 541 | 7 384            | 4 509   |
| IV. Fertige Waren . . . . .         | 159 691         | 107 543 | 211 724          | 215 473 |
| darunter:                           |                 |         |                  |         |
| Papier und Papierwaren . .          | 22 047          | 7 140   | 9 240            | 5 148   |
| Chemische und pharmazeut.           |                 |         |                  |         |
| Erzeugnisse . . . . .               | 19 268          | 15 913  | 12 710           | 13 999  |
| Eisenwaren aller Art . . . .        | 52 428          | 33 253  | 41 200           | 33 424  |
| Maschinen aller Art . . . .         | 22 921          | 17 231  | 36 481           | 31 318  |
| Elektr. Erzeugnisse . . . . .       | 2 161           | 3 736   | 7 732            | 8 768   |
| Fahrzeuge aller Art . . . . .       | 205             | 514     | 6 399            | 3 548   |
| Kleidung, Wäsche u. sonstige        |                 |         |                  |         |
| Textilwaren . . . . .               | 602             | 440     | 4 991            | 4 959   |
| Kautschukwaren . . . . .            | 1 144           | 627     | 4 674            | 3 159   |
| Farben, Firnisse, Lacke. . .        | 6 678           | 3 733   | 14 974           | 4 382   |

|  | Menge in Tonnen |           | Wert in 1000 RM. |         |
|--|-----------------|-----------|------------------|---------|
|  | 1923            | 1924      | 1923             | 1924    |
| Garn aus Kunstseide, Seide,<br>Wolle, Baumwolle, Flachs,<br>Jute, Hanf . . . . .   | 665             | 592       | 4 613            | 5 327   |
| Gewebe aus Kunstseide, Seide,<br>Wolle, Baumwolle, Flachs,<br>Hanf, Jute . . . . . | 1 697           | 1 411     | 16 215           | 23 651  |
| Erzeugnisse der Feinmechanik   | 357             | 412       | 2 797            | 3 555   |
| Deutsche Einfuhr aus Polen.  |                 |           |                  |         |
| I. Lebende Tiere (ohne Pferde)   | 18              | 960       | 80               | 1 953   |
| II. Lebensmittel und Getranke .  | 62 298          | 278 685   | 8 277            | 50 654  |
| darunter:  |                 |           |                  |         |
| Roggen . . . . .   | 12              | 12 743    | 1                | 2 228   |
| Gerste . . . . .   | 2 727           | 24 183    | 400              | 4 620   |
| Kartoffeln . . . . .   | 41 537          | 173 888   | 3 177            | 6 887   |
| Gemüse aller Art . . . . .   | 5 777           | 29 114    | 1 817            | 10 394  |
| Obst . . . . .   | 1 166           | 1 962     | 322              | 823     |
| Zucker . . . . .   | 6 132           | 2 201     | 653              | 404     |
| III. Rohstoffe u. Halbfabrikate  | 11 283 181      | 8 235 077 | 356 530          | 262 323 |
| darunter:  |                 |           |                  |         |
| Flachs, Hanf, Jute und dgl.<br>(roh, gekämmt, Abfälle)                             | 1 479           | 4 160     | 1 035            | 3 847   |
| Federn und Borsten . . . . .   | 680             | 1 083     | 3 156            | 7 079   |
| Ölkuchen, Kleie und andere<br>Futtermittel . . . . .                               | 11 841          | 46 236    | 1 333            | 5 062   |
| Bau- und Nutzholz . . . . .  | 942 371         | 539 561   | 57 124           | 44 751  |
| Holz zu Holzmasse . . . . .  | 628 678         | 318 997   | 24 574           | 11 856  |
| Steinkohlen . . . . .  | 8 772 374       | 6 580 402 | 178 956          | 107 556 |
| Steinkohlenteer, Öl und Deri-<br>vate . . . . .                                    | 22 725          | 23 025    | 8 282            | 5 588   |
| Mineralöle . . . . .   | 73 001          | 73 633    | 11 846           | 10 122  |
| Steine und Erden . . . . .   | 218 470         | 150 171   | 4 085            | 2 642   |
| Eisenerze . . . . .  | 9 100           | 759       | 81               | 16      |
| Zinkerze . . . . .   | 363             | 63 576    | 40               | 6 926   |
| Eisen, roh, alt . . . . .  | 16 177          | 10 806    | 954              | 970     |
| Zink . . . . .   | 30 008          | 25 701    | 18 937           | 15 682  |
| Eisenhalbzeug . . . . .  | 99 017          | 33 270    | 16 833           | 5 687   |
| IV. Fertige Waren . . . . .  | 435 830         | 245 228   | 105 737          | 86 283  |
| darunter:  |                 |           |                  |         |
| Paraffin und Waren aus Wachs<br>oder Fetten . . . . .                              | 2 792           | 3 177     | 861              | 1 469   |

|                              | Menge in Tonnen |        | Wert in 1000 RM. |        |
|------------------------------|-----------------|--------|------------------|--------|
|                              | 1923            | 1924   | 1923             | 1924   |
| Möbel u. andere Holzwaren    | 2 416           | 3 819  | 600              | 909    |
| Farben, Firnisse und Lacke . | 3 337           | 4 442  | 2 372            | 3 125  |
| Chem. und pharm. Erzeugn.    | 93 607          | 52 268 | 6 883            | 4 434  |
| Stab- und Formeisen . . . .  | 180 282         | 79 686 | 34 517           | 13 557 |
| Blech und Draht . . . . .    | 69 439          | 41 166 | 19 377           | 9 284  |

Das Hauptgewicht der deutschen Ausfuhr nach Polen liegt in Fertigwaren, die im Jahre 1923 65,5% und im Jahre 1924 71,4% des Gesamtexports nach Polen ausmachten. Die Ausfuhr von Rohstoffen und halbfertigen Waren steht mit 32,0% (bezw. 22,9%) an zweiter Stelle, während der deutsche Export von Lebensmitteln und Vieh nach Polen mit Rücksicht auf den Agrarcharakter Polens, der eine solche Einfuhr überflüssig macht, ganz unbedeutend ist (2,4% bzw. 5,6%).

Unter den Fertigwaren, die Deutschland nach Polen liefert, stehen an erster Stelle: Messer- und Schmiedewaren, Maschinen aller Art, chemische und pharmazeutische Präparate, elektrotechnische Artikel und Erzeugnisse der Feinmechanik. In der Gruppe der Lebensmittel verdient allenfalls die deutsche Ausfuhr von Fischen und Fischzubereitungen nach Polen einige Beachtung.

Umgekehrt verhält sich die Wareneinfuhr Deutschlands aus Polen. Hier dominieren Rohstoffe und halbfertige Waren, die aus Polen zur Weiterverarbeitung nach Deutschland eingeführt werden, mit 75,7% im Jahre 1923 und 65,2% im Jahre 1924. Unter den Rohstoffen befinden sich insbesondere Bau- und Nutzholz, Holz zu Holzmasse, Mineralöle, Zink, Steinkohlen und deren Derivate. Wenn der Export polnischer Fertigwaren nach Deutschland in den beiden zur Betrachtung herangezogenen Jahren den Lebensmittelexport aus Polen nach Deutschland wertmäßig übersteigt, so ist diese Erscheinung auf die geschwächte polnische Exportfähigkeit von Landwirtschaftsprodukten als Folge ungünstiger Ernteerträge in diesen Jahren zurückzuführen. Der deutsche Import polnischer Fertigwaren kann schon aus dem einfachen Grunde für Deutschland keine wesentliche Rolle spielen, weil Deutschland den größten Teil seines Eigenbedarfs selbst deckt und polnische Industrieprodukte entbehren kann. Eine Ausnahme hiervon machen allenfalls ostoberschlesische Hüttenerzeugnisse, die in den Jahren 1923 und 1924 in größeren Mengen in Deutschland Absatz gefunden haben. Es handelt sich vor allem um Stab- und Formeisen, Bleche und Draht, Röhren und Walzen, sowie Eisenbahnoberbaumaterial, die in den westoberschlesischen Werken Verwendung fanden. Der Mitte 1925 zwischen Deutschland und Polen ausgebrochene Zollkrieg, der augenblicklich noch fortbesteht, hat die natürliche Entwicklung des deutsch-polnischen Güteraustausches unterbrochen.

Trotz des Rückgangs des deutschen Anteils im polnischen Außenhandel, der im Jahre 1926 besonders deutlich bei der deutschen Einfuhr nach Polen in Erscheinung tritt, hat Deutschland im polnischen Außenhandel — wie schon

erwähnt — die erste Stelle in der Ein- und Ausfuhr beibehalten. Hieraus ist deutlich zu erkennen, daß die polnischen Handelsbeziehungen mit Deutschland seit jeher so fest geknüpft sind, daß alle Mittel der polnischen Regierung, die Stellung Deutschlands im polnischen Außenhandel zu erschüttern, von vornherein fehlschlagen mußten.

### Warentransit.

Im Verlauf der letzten Jahre hat sich der Transit durch Polen ständig, wenn auch langsam, gehoben. Nach einer statistischen Darstellung des polnischen Verkehrsministeriums stellte sich der Transitverkehr durch Polen:

|   |               |      |         |          |
|---|---------------|------|---------|----------|
|   | im Jahre 1923 | auf  | 211 000 | Waggonen |
| „ | „             | 1924 | „       | 252 000  |
| „ | „             | 1925 | „       | 261 000  |

Angesichts der in letzter Zeit zwischen Polen und Rußland einerseits und Deutschland und Polen andererseits abgeschlossenen Eisenbahnkonventionen ist zu erwarten, daß der Transit durch Polen in naher Zukunft größeren Umfang annehmen und somit an Bedeutung gewinnen wird. In Vorkriegszeiten passierten das heutige Polen — um sich einen Begriff von dem damaligen Transithandel zu machen — im Durchgangsverkehr von und nach dem inneren Rußland mehr als 500 000 Waggonen jährlich. Es ist kaum anzunehmen, daß diese Zahl mit Rücksicht auf den geschwächten Wirtschaftsorganismus Rußlands in absehbarer Zeit zu erreichen sein wird, aber der allgemeine Lauf der Ereignisse weist bereits darauf hin, daß der Transitverkehr durch Polen künftig schnellere Fortschritte machen wird, als bisher, und daß sich die Rolle Polens als Transitland von Jahr zu Jahr bedeutsamer gestaltet.

Spezialisierte Daten über den polnischen Transitverkehr sind in der amtlichen Statistik Polens erst für die Jahre 1922 und 1923 enthalten<sup>1)</sup>. Man wird sich daher notgedrungen auf die Ziffern dieser beiden Jahre beschränken müssen, um sich ein Bild von der Art und dem Umfang des polnischen Warentransits zu machen.

Der gesamte Warentransit durch Polen stellte sich:

|   |               |      |         |         |
|---|---------------|------|---------|---------|
|   | im Jahre 1922 | auf  | 848 000 | t       |
| „ | „             | 1923 | „       | 945 000 |

Auf die einzelnen Warengruppen verteilt sich der Transitverkehr wie folgt (in 1000 t):

|                             | 1922   | 1923   |
|-----------------------------|--------|--------|
| Lebende Tiere (Stück) . . . | 73 669 | 20 336 |
| Lebensmittel . . . . .      | 109    | 98     |
| Rohstoffe . . . . .         | 662    | 676    |
| Halbfabrikate . . . . .     | 32     | 81     |
| Fertigwaren . . . . .       | 40     | 79     |
| Sammelwaren . . . . .       | 5      | 10     |

<sup>1)</sup> Rocznik Handlu Zagranicznego 1924.

Aus dieser Zusammenstellung ist zu ersehen, daß der größte Teil des Transitverkehrs in der Durchfuhr von Rohstoffen besteht, der sich in den beiden Vergleichsjahren auf etwa gleicher Höhe gehalten hat. Der Transit von Lebendvieh und Nahrungsmitteln zeigt mehr oder weniger starke Abschwächungen. Dagegen ist die Durchfuhr von halbfertigen und fertigen Waren erheblich gestiegen.

Zur Vervollständigung des Bildes sei im Folgenden noch auf die am polnischen Transitverkehr beteiligten wichtigsten Staaten, die als Herkunfts- und Bestimmungs-länder auftreten, sowie auf die Beteiligung dieser Staaten unter Berücksichtigung der Transitwaren eingegangen:

| Eingang<br>Herkunftsland                   | in Tonnen |         | Ausgang<br>Bestimmungsland | in Tonnen |        |
|--|-----------|---------|----------------------------|-----------|--------|
|  | 1922      | 1923    |                            | 1922      | 1923   |
| <b>Getreide und Mehl</b>                   |           |         |                            |           |        |
| Tschechoslowakei . . . . .                 | 18 406    | 749     | Rußland . . . . .          | 20 443    | 457    |
| Rumänien . . . . .                         | 52 505    | 19 420  | Österreich . . . . .       | 36 163    | 11 043 |
| Nordamerika . . . . .                      | 460       | 14 751  | Deutschland . . . . .      | 1752      | 13 669 |
| <b>Rundholz</b>                            |           |         |                            |           |        |
| Tschechoslowakei . . . . .                 | 99        | 1 456   | Tschechoslowakei . . . . . | —         | 1 052  |
| Rußland . . . . .                          | 7 291     | 8 601   | Holland . . . . .          | 31        | 148    |
| Rumänien . . . . .                         | 67        | 1 416   | Deutschland . . . . .      | 7 429     | 9 532  |
|  |           |         | Frankreich . . . . .       | —         | 831    |
| <b>Baumaterialien (Steine und Erden)</b>   |           |         |                            |           |        |
| Deutschland . . . . .                      | 27 570    | 127 595 | Ostpreußen (Dtschl.)       | 23 330    | 12 677 |
| Tschechoslowakei . . . . .                 | 615       | 713     | Rumänien . . . . .         | 1 082     | 167    |
| <b>Chemische Rohstoffe und Düngemittel</b> |           |         |                            |           |        |
| Deutschland . . . . .                      | 3 674     | 1 133   | Deutschland (Ostpr.)       | 3 446     | 1 090  |
| England . . . . .                          | 21        | 33      | Rumänien . . . . .         | 26        | 357    |
| Tschechoslowakei . . . . .                 | 2         | 160     |                            |           |        |
| Schweden . . . . .                         | —         | 256     |                            |           |        |
| <b>Erze und Rohmetalle</b>                 |           |         |                            |           |        |
| Deutschland . . . . .                      | 752       | 2 868   | Deutschland (Ostpr.)       | 493       | 3 171  |
| Schweden . . . . .                         | 160       | —       | Rumänien . . . . .         | 386       | 823    |
| Lettland . . . . .                         | 301       | 595     | Tschechoslowakei . . . . . | 627       | 1 353  |
| Tschechoslowakei . . . . .                 | —         | 490     |                            |           |        |
| <b>Brennmaterialien</b>                    |           |         |                            |           |        |
| Deutschland . . . . .                      | 611 823   | 508 172 | Deutschland (Ostpr.)       | 565 008   | 50 937 |
| Tschechoslowakei . . . . .                 | 888       | 4 410   | Rumänien . . . . .         | 707       | 4 278  |
| Rumänien . . . . .                         | 109       | 61      | Freihafen Danzig . . . . . | 46 960    | 80     |

| Eingang<br>Herkunftsland             | in Tonnen |        | Ausgang<br>Bestimmungsland     | in Tonnen |        |
|--------------------------------------|-----------|--------|--------------------------------|-----------|--------|
|                                      | 1922      | 1923   |                                | 1922      | 1923   |
| <b>Bearbeitete Holzmaterialien</b>   |           |        |                                |           |        |
| Tschechoslowakei . . . . .           | 952       | 2 898  | Tschechoslowakei . . . . .     | 5 209     | 6 384  |
| Rußland . . . . .                    | 1 609     | 4 353  | Deutschland . . . . .          | 3 343     | 23 673 |
| Rumänien . . . . .                   | 7 600     | 33 387 | Freihafen Danzig . . . . .     | 1 143     | 3 055  |
|                                      |           |        | Frankreich . . . . .           | 498       | 3 458  |
|                                      |           |        | England . . . . .              | 15        | 2 539  |
| <b>Chemische Halbfabrikate</b>       |           |        |                                |           |        |
| Rumänien . . . . .                   | 2 182     | 305    | Rumänien . . . . .             | 589       | 670    |
| Deutschland . . . . .                | 330       | 528    | Österreich . . . . .           | 1 732     | —      |
| Tschechoslowakei . . . . .           | 96        | 392    | Tschechoslowakei . . . . .     | 380       | 91     |
|                                      |           |        | Rußland . . . . .              | —         | 219    |
| <b>Metall-Halbfabrikate</b>          |           |        |                                |           |        |
| Deutschland . . . . .                | 8 693     | 10 328 | Rumänien . . . . .             | 10 529    | 19 427 |
| Tschechoslowakei . . . . .           | 8 260     | 17 606 | Ostpreußen . . . . .           | 5 658     | 8 584  |
| <b>Tierprodukte</b>                  |           |        |                                |           |        |
| Rumänien . . . . .                   | 197       | 153    | Tschechoslowakei . . . . .     | 179       | 51     |
| Deutschland . . . . .                | 47        | 61     | Rumänien . . . . .             | 88        | 42     |
| Österreich . . . . .                 | 52        | —      |                                |           |        |
| <b>Chemische Fertigwaren</b>         |           |        |                                |           |        |
| Deutschland . . . . .                | 3 376     | 10 143 | Deutschland (Ostpr.) . . . . . | 2 224     | 8 775  |
| Tschechoslowakei . . . . .           | 563       | 670    | Rumänien . . . . .             | 1 418     | 2 097  |
| Österreich . . . . .                 | 235       | 140    | Rußland . . . . .              | 386       | 1 677  |
| Rußland . . . . .                    | 524       | 223    | Freihafen Danzig . . . . .     | 180       | 9      |
| <b>Metallwaren (Maschinen)</b>       |           |        |                                |           |        |
| Deutschland . . . . .                | 17 674    | 29 615 | Rumänien . . . . .             | 24 360    | 45 369 |
| Tschechoslowakei . . . . .           | 6 844     | 18 513 | Deutschland (Ostpr.) . . . . . | 2 863     | 3 982  |
| Österreich . . . . .                 | 2 146     | 2 088  | Rußland . . . . .              | 337       | 1 191  |
| <b>Textilwaren und Gewebe</b>        |           |        |                                |           |        |
| Tschechoslowakei . . . . .           | 222       | 268    | Rumänien . . . . .             | 509       | 736    |
| Deutschland . . . . .                | 205       | 396    | Rußland . . . . .              | 3         | 4      |
| <b>Konfektion, Wäsche, Schuhwerk</b> |           |        |                                |           |        |
| Deutschland . . . . .                | 63        | 142    | Rumänien . . . . .             | 109       | 179    |
| Schweden . . . . .                   | 52        | 29     | Rußland . . . . .              | 51        | 51     |
| Tschechoslowakei . . . . .           | 44        | 43     |                                |           |        |
| Österreich . . . . .                 | 40        | 30     |                                |           |        |

| Eingang<br>Herkunftsland | in Tonnen |      | Ausgang<br>Bestimmungsland | in Tonnen |      |
|--------------------------|-----------|------|----------------------------|-----------|------|
|                          | 1922      | 1923 |                            | 1922      | 1923 |
| Papier und Papierwaren   |           |      |                            |           |      |
| Deutschland . . . . .    | 537       | 494  | Deutschland (Ostpr.)       | 168       | 171  |
| Tschechoslowakei . . .   | 122       | 152  | Rußland . . . . .          | 575       | 19   |
| Österreich . . . . .     | 499       | 65   | Rumänien. . . . .          | 416       | 547  |

Der größte Teil des polnischen Transits wickelt sich zwischen D e u t s c h l a n d und O s t p r e u ß e n über den „polnischen Korridor“ ab. Dieser Durchgangsverkehr ist besonders rege in Baumaterialien, chemischen Rohstoffen, Düngemitteln, Kohlen, halbfertigen und fertigen Metallwaren, Maschinen und Chemikalien. Aus Deutschland gehen im Transit durch Polen auch eine relativ große Menge verschiedener Halb- und Fertigwaren nach R u m ä n i e n. Die deutsche Ausfuhr nach R u ß l a n d im Transit durch Polen hielt sich in den beiden Jahren 1922 und 1923 in mäßigen Grenzen.

## Handelspolitische Richtungen und Maßnahmen.

### Reglementierung des Außenhandels.

Der auswärtige Handel Polens hat nach Beendigung des Weltkrieges, ähnlich wie in den meisten vom Kriege direkt oder indirekt betroffenen Länder, einschneidende Beschränkungen erfahren. Das ganze polnische Wirtschaftsleben wurde in ein kompliziertes System gezwängt, das die freie Initiative des Handels so gut wie gänzlich unterbunden hat. Diese staatliche Bevormundung auf dem Gebiete des Warenabsatzes wurde in Polen unter dem Deckmantel des Kampfes gegen den Wucher und die Spekulation oder als Mittel zur Besserung der Staatsfinanzen noch längere Zeit nach Beendigung des Krieges beibehalten und behinderte die natürliche Entwicklung des Wirtschaftslebens in hohem Maße. Die seit Errichtung Polens vielfach wechselnde polnische Ein- und Ausfuhrpolitik läßt sich zusammenfassend in folgende Hauptphasen zerlegen:

Die erste Phase erstreckte sich vom Jahre 1919 bis etwa zur Hälfte des Jahres 1921 und beruhte auf der Unterstellung des gesamten auswärtigen Warenverkehrs unter die Kontrolle des Staates. Es bestand die allgemeine Verpflichtung der Beschaffung von Genehmigungen für die Einfuhr, Ausfuhr und Durchfuhr auf Grund des generellen Import-, Export- und Transitverbots vom 7. Februar 1919. — Die zweite Periode, die Mitte 1921 begann und bis zum Juli 1924 dauerte, lockerte die Fesseln des straffen Reglementierungssystems und beschränkte die staatliche Kontrolle auf solche Erzeugnisse, die sich auf der Liste der ein- und ausfuhrverbotenen Waren befanden. Die noch verbleibenden Verbote spielten — soweit sie den Warenimport betrafen — nur noch die Rolle eines taktischen Mittels in der Handelsvertragspolitik. — Die dritte Phase in der polnischen Handels-

politik, die sich durch die Befreiung des Außenhandels von allem Reglementierungszwang kennzeichnet, dauerte nur ein Jahr (Mitte 1924 bis Juni 1925). Die Verordnung des polnischen Ministerrats vom 17. Juni 1925 über Einführung von Importverboten ist vom Gesichtspunkte der Methoden der polnischen Außenhandelspolitik die Rückkehr zum Reglementierungssystem. Einer der wichtigsten Gründe für diesen radikalen Umschwung in der Handelspolitik war die dringliche Notwendigkeit der Verbesserung der stark passiven Handelsbilanz, die sich auf dem Wege der Zollgesetzgebung nicht durchgreifend und schnell genug ermöglichen ließ. Ein weiterer Grund war das Streben der polnischen Regierung, ein Repressivmittel gegenüber Staaten ohne vertraglich geregelte Handelsbeziehungen mit Polen zu schaffen, soweit sie durch Einfuhrverbote oder Kontingentierung der Wareneinfuhr den polnischen Exporthandel zu benachteiligen imstande waren. Von vornherein war diese Maßnahme gegen Deutschland gerichtet, das — nach Ansicht Polens — durch „Unterbindung der polnischen Kohleneinfuhr“ ab 15. Juni 1925 den Anlaß dazu gegeben habe. Die von seiten Deutschlands nunmehr als Gegenmaßnahme eingeführten Prohibitivzölle und Importverbote für eine Reihe polnischer Ausfuhrprodukte beantwortete die polnische Regierung mit einer zweiten Liste einfuhrverbotener Waren vom 11. Juli 1925 und dehnte die erlassenen Einfuhrverbote auf die übrigen Staaten aus, um auf diese Weise auch den indirekten deutschen Import über andere Länder (Österreich, Tschechoslowakei usw.) zu unterbinden. Selbst auf Handelsvertragsstaaten bezogen sich diese Verbote, doch wurde letzteren die Einfuhr nach Polen im Wege des Kontingentierungssystems weiter erlaubt, wobei als Grundlage der Kontingentsfestsetzung im allgemeinen die Höhe des Imports vom Jahre 1924 diene.

Zusammenfassend besitzt Polen augenblicklich vier Listen von Waren, deren Einfuhr dem Genehmigungszwang unterliegen. Die erste Liste ist die bereits erwähnte Liste vom 19. August 1924, die acht Kategorien von Luxuswaren enthält und dauernden Geltungscharakter besitzt. Die zweite und dritte Liste wurden durch die Verordnungen vom 17. Juni 1925 und 11. Juli 1925 aufgestellt und haben nach Erläuterung des polnischen Handelsministers nur vorübergehende Geltung. Endlich besteht noch eine vierte Verbotsliste, die die sog. „Luxus- und Halbluxuswaren“ umfaßt. Diese letzte hat genau so wie die erste Warenliste dauernden Geltungscharakter.

Die Kompetenzen der polnischen Regierung auf dem Gebiete der Ein- und Ausfuhrreglementierung sind durch das Gesetz über die Regelung der Zollverhältnisse vom Jahre 1924 festgelegt. Die gesetzgebende Körperschaft hat ihr das unbeschränkte Recht zur Einführung von Importverboten gegeben. Die Regierung hat auch die Vollmacht, von ihr eingeführte Verbote wieder aufzuheben oder Einfuhrgenehmigungen für bestimmte Warenpartien zu erteilen. Das gleiche Recht steht ihr ferner auf dem Gebiete der Ausfuhrregelung zu. Doch ist der Regierung hier nur freie Hand in bezug auf die Einführung von Ausfuhrverboten für industrielle Rohstoffe gelassen, nicht dagegen für Lebensmittel. Die Beschränkung der Regierungsbefugnis nach dieser Richtung ist auf den Einfluß der landwirt-

schaftlichen Kreise im Sejm zurückzuführen, die auf diese Weise ihre Interessen erfolgreich zu schützen verstanden haben.

## Zollpolitik.

Im ersten Jahre ihres Bestehens stellte die neue polnische Republik noch kein einheitliches Zollgebiet dar. Es blieben in den einzelnen Teilgebieten zunächst noch die alten Zolltarife aus der Vorkriegszeit bzw. Besatzungszeit bestehen. Aber noch im gleichen Jahre wurde auf Grund eines neuen Beschlusses des Ministerrats vom 26. Mai 1919 die Bearbeitung eines vorläufigen polnischen Zolltarifs in Angriff genommen, der am 10. Januar 1920 in Kraft trat und die Verschiedenheit der bisherigen Zollbestimmungen aufhob. Der vorläufige Zolltarif war dem alten russischen Tarif vom Jahre 1903 nachgebildet und enthielt auf Goldbasis gestellte Zollsätze. Dadurch, daß in der Zeit der Außenhandelsreglementierung die Zölle nur eine untergeordnete Rolle spielten, traten sie auch als fiskalische Einnahmequelle zunächst in den Hintergrund. Erst von dem Augenblick an, wo die Regierung durch die Verordnung vom 14. Juli 1921 den Grundsatz des freien Handels mit dem Auslande einfuhrte und den Schwerpunkt der polnischen Ein- und Ausfuhrpolitik auf die Zollgesetzgebung verlegte, wurde den Zöllen als Einnahmequelle für den Staat größere Beachtung geschenkt.

Es war von vornherein beabsichtigt, den vorläufigen Zolltarif möglichst bald durch einen endgültigen zu ersetzen. Doch sehr bald zeigte es sich, daß an die Schaffung eines endgültigen Zolltarifes solange nicht gedacht werden kann, wie sich die allgemeinen Wirtschaftsverhältnisse in Polen nicht konsolidiert haben. Da andererseits die Notwendigkeit einer Revision des vorläufigen Zolltarifs immer dringlicher hervortrat, so begann man schon Mitte 1922, Abänderungsentwürfe auszuarbeiten, beschränkte sich jedoch auf das Allernotwendigste. Am 20. Januar 1924 wurde der revidierte polnische Zolltarif durch den Ministerrat bestätigt und am 13. Juli des gleichen Jahres in Kraft gesetzt.

Trotzdem sich die Revisionsarbeiten auf das Notwendigste beschränkten, so weist der vorläufige und der revidierte Zolltarif eine Reihe grundsätzlicher Verschiedenheiten auf. Diese bestehen vor allem darin, daß der alte Tarif in erster Linie vom Gesichtspunkte der Konsumptionsinteressen aufgebaut war und einen stärkeren Schutz der Produktion nur dort hervortreten ließ, wo es mit den Versorgunginteressen des Landes in Einklang gebracht werden konnte, während der neue Tarif einen erhöhten Schutz der Inlandsproduktion und die fiskalischen Interessen des Staates in den Vordergrund stellte. Wenn auch trotz der Revision noch manche Mängel und Unzulänglichkeiten bestehen blieben, so schien der Zweck der Zolltarifreform, der Inlandserzeugung und dem Staatsschatz größere Einnahmen und einen höheren Schutz zu gewähren, im großen ganzen erreicht.

Im Zusammenhang mit der Revision des vorläufigen Zolltarifs wurde auch das System der Zollerleichterungen auf eine neue Grundlage gestellt. Es erhielten eine Reihe von Einfuhrwaren, die schon im alten Tarif ermäßigte Zollsätze genossen, weitere Vergünstigungen (Artikel des ersten Bedarfs). Die

eingeführten Zollerleichterungen traten entweder automatisch oder nach Erlangung einer speziellen ministeriellen Erlaubnis in Kraft. Diese bedingten Zollvergünstigungen wurden später gemäß einer Verordnung vom 11. April 1925 auf den Warenverkehr mit Handelsvertragsstaaten beschränkt und zu den diesbezüglichen Anträgen die Beibringung von **U r s p r u n g s z e u g n i s s e n** verlangt.

Schon nach geraumer Zeit zeigte es sich, daß der revidierte Zolltarif vom Jahre 1924 besonders hinsichtlich des Produktionsschutzes in vielen Fällen nicht mehr ausreichend war. Grund zu dieser Annahme glaubte die polnische Regierung in der ständig wachsenden Einfuhr zu erblicken, die mit Rücksicht auf die Unmöglichkeit, die polnische Ausfuhr in ein annäherndes Verhältnis zur Einfuhr zu bringen, sich zu einer wachsenden Gefahr für die Handelsbilanz auswirkte. Durch diese neue Tarifrevision vom 19. Mai 1925 wurden etwa 25% aller Zollsätze betroffen. Man beschränkte sich hierbei vor allem auf solche Waren, die in sichtbarer Weise die Handelsbilanz belasteten. Als aber nach einigen Monaten noch immer keine Besserung der polnischen Außenhandelsverhältnisse zu erkennen war, und sich die Finanzlage des Staates und der polnischen Emissionsbank angesichts des Zusammenschrumpfens der Valuten- und Devisenvorräte noch weiter verschärfte, schien eine weitere grundlegende Zolltarifreform nicht mehr zu umgehen. Im Juli 1925 wurde die Regierung beauftragt, eine **l e t z t e** und endgültige **V e r b e s s e r u n g** des Zolltarifs vorzunehmen, die schon Ende Oktober zum Abschluß gebracht war. Um aber das Wirtschaftsleben durch eine sofortige Inkraftsetzung der mannigfachen und stark ins Gewicht fallenden Zollveränderungen nicht zu erschüttern, wurde der neue Zolltarif erst am 1. Januar 1926 für verbindlich erklärt.

Der **n e u e** Zolltarif — so muß er nach seiner gründlichen Revision bezeichnet werden — enthält für etwa zwei Drittel aller Tarifpositionen Zollerhöhungen. Tarifiermäßigungen traten nur für gewisse Rohstoffe und Hilfsmittel der inländischen Produktion ein, soweit sie im Inlande nicht beschafft werden können. Für die Übergangszeit wurden auch noch **Z o l l e r l e i c h t e r u n g e n** beibehalten, die bis Ende Januar 1926 vorgesehen waren. Inzwischen ist die Gültigkeitsdauer der Zollvergünstigungen immer wieder verlängert worden, da es sich zeigte, daß man ohne sie nicht auskommen kann.

Es handelt sich bei dem neuen Tarif vom 1. Januar 1926 — genau so wie beim Tarif vom Jahre 1924 — um einen autonomen Zolltarif, der es der Regierung ermöglicht, Handelsvertragsstaaten prozentuale Nachlässe, sogenannte Konventionsnachlässe zu gewähren.

Aber auch der gegenwärtig geltende Zolltarif ist nicht als endgültiger zu betrachten. Die Regierung hat bereits umfangreiche Vorarbeiten eingeleitet, um einen gänzlich neuen Zolltarif zu schaffen, der in seiner Zusammenstellung modernen westeuropäischen Tarifen ähneln soll. Leitgedanke des neuen Tarifs soll die Förderung der Landesindustrie zur stufenweisen Fortentwicklung sein, wobei der Zollschatz in erster Linie denjenigen Waren zugute kommen soll, deren Produktionskosten nicht übermäßig von dem Weltmarktniveau abweichen. Vor

allem sollen solche Industrien geschützt werden, deren Rentabilität am größten ist. Waren, die im Inlande nicht hergestellt werden, soll der Schutzzoll nicht umfassen, und nur mit großer Vorsicht bei Erzeugnissen gehandhabt werden, deren Produktion im Inlande nicht in ausreichendem Maße möglich ist, da sonst die allgemeine Teuerung im Lande nur gefördert würde, während man doch zu erreichen bestrebt ist, die Exportindustrien durch die neuen Zollsätze so weit wettbewerbsfähig zu machen, daß ihre Produkte ohne Dumpingtaktik sich auf den Auslandsmärkten behaupten können. Trotzdem sich der polnische Finanzminister darum bemüht, die Vorarbeiten zum neuen Zolltarif zu beschleunigen, dürfte mit seiner Fertigstellung mit Rücksicht auf das überaus schwierige und umfangreiche Arbeitsgebiet kaum vor Ende 1928 zu rechnen sein.

### Handelsvertragspolitik.

Der früheste Termin des Inkrafttretens eines von Polen abgeschlossenen Handelsvertrages ist der 20. Juni 1922, an welchem Tage der Handelsvertrag mit Frankreich in Kraft trat. Er war am 6. Februar 1922 unterzeichnet worden, also etwas später als derjenige, den bereits am 1. Juli 1921 Polen mit Rumänien schloß. Der polnisch-rumänische Vertrag trat erst am 30. November 1922 in Kraft, als dritter nach dem am 27. Juni 1922 abgeschlossenen und bereits am 28. August 1922 ratifizierten Verträge mit der Schweiz. Es folgten im Jahre 1923 die Ratifizierungen der Verträge mit Österreich, Italien, Belgien, im Jahre 1924 mit Jugoslawien, Türkei, England, Dänemark und Finnland, im Jahre 1925 mit Japan, Holland, Schweden, Ungarn, Griechenland und den Vereinigten Staaten von Nordamerika, und im Jahre 1926 mit Bulgarien und der Tschechoslowakei. Seitdem sind neue Handelsverträge — beispielsweise mit Estland, Norwegen und Persien zwar abgeschlossen worden, aber noch nicht in Kraft getreten.

Die durch die polnische Regierung geschlossenen Handelsverträge gleichen der Struktur nach mit wenigen Ausnahmen den normalen vorkriegszeitlichen Handelskonventionen und beruhen auf der Meistbegünstigung ohne Tarifverträge. Ausnahmen hiervon stellen die Verträge mit Frankreich und der Tschechoslowakei dar, in welchen besondere Vereinbarungen über bestimmte im Vertrag angeführte Zolltarifsätze getroffen worden sind. Im Handelsvertrag mit Ungarn beschränken sich die Tarifabmachungen auf drei Warengattungen (lebende Fische, Paprika und Salamiwurst), im Vertrag mit Griechenland nur auf eine (Korinthen). Alle übrigen Handelsverträge weisen die Meistbegünstigung auf. Ausnahmen von der Meistbegünstigungsklausel anerkennt Polen grundsätzlich nur, soweit sie bereits in Normalverträgen der Vorkriegszeit vorhanden waren, d. h. also Ausnahmen, die sich auf einer Zollunion oder aus Spezialverträgen ergeben. Ausweichend benimmt sich Polen gegenüber dem Prinzip der Meistbegünstigung in bezug auf die Anerkennung ausländischer Gesellschaften. Auf diesem Gebiete will sich die polnische Regierung freie Hand lassen, die Bedingungen, unter welchen die Zulassung fremder Gesellschaften erfolgt, dem im Lande noch geltenden Konzessionssystem anzupassen. Dagegen ist

auf dem Gebiete der Behandlung fremder Untertanen und Kaufleute bei dem größten Teil der Handelsverträge das Meistbegünstigungsprinzip angewandt.

Die Grundlagen für den Abschluß dauernder Handelskonventionen wurden erst nach Inkrafttreten des revidierten autonomen Zolltarifs vom Jahre 1924 geschaffen. Demzufolge mußte eine Reihe vorher abgeschlossener vorläufiger Handelsverträge einer Revision unterzogen werden, darunter auch der Vertrag mit Frankreich. Dieser ist von allen bisher abgeschlossenen Konventionen der wichtigste, weil er — über die engeren Abmachungen zwischen den beiden Kontrahenten hinaus — als Meistbegünstigungsvertrag die Grundlage für alle anderen Handelskonventionen bildet. Gegenüber dem alten französisch-polnischen Handelsvertrag ist die Zahl der Zollnachsätze verringert worden, um Frankreich als Kompensation weitgehendere Ermäßigungen für spezifische französische Waren (Weine, Parfüms, Seidenstoffe, Delikatessen u. a.) einzuräumen. Die Zahl dieser Konventionstarifsätze, die der gegenwärtige Vertrag mit Frankreich für die Einfuhr nach Polen enthält, beläuft sich auf 182.

Ein anderer wichtiger Handelsvertrag ist der am 23. April 1925 geschlossene polnisch-tschechoslowakische Vertrag. Diese Konvention gewährt der tschechischen Einfuhr 132 ermäßigte Tarifsätze, das Zusatzprotokoll vom 3. Juli 1925 fügte 21 weitere hinzu und das Zusatzabkommen vom 21. April 1926 nochmals 92. Im Übrigen weist der polnisch-tschechische Vertrag fast die gleichen Bestimmungen über die Anwendung von Konventionszöllen auf wie der mit Frankreich geschlossene. Nur in einer Hinsicht ist eine wichtige Neuerung zu verzeichnen, daß in einer besonderen Liste eine Anzahl von Waren enthalten ist, für welche die polnischen Zollsätze gebunden (fixiert) sind. Dadurch hat sich die Tschechoslowakei gegenüber anderen Handelsvertragsstaaten einen wesentlichen Vorzug in der Behandlung ihrer Waren erwirkt.

Eine — wenn auch nur geringe — Abweichung vom Meistbegünstigungsprinzip stellt der polnische Handelsvertrag mit Österreich dar. Im Schlußprotokoll verzichtet nämlich Österreich auf Spezialvergünstigungen, die Polen Frankreich in der Liste A des polnischen französischen Vertrages eingeräumt hat.

Mit den beiden wichtigsten Nachbarn — Deutschland und Rußland — hat Polen bis jetzt noch keine Handelskonventionen abgeschlossen. Während die polnische Regierung gegenüber Rußland noch mit den Vorarbeiten für die Aufnahme von Handelsvertragsverhandlungen beschäftigt ist, befinden sich die deutsch-polnischen Verhandlungen schon seit zwei Jahren — wenn auch mit zeitlichen Unterbrechungen — im Fluß. Ein Rückblick auf den wechselvollen Verlauf der bisherigen deutsch-polnischen Verhandlungen bis zum Frühjahr 1927 ergibt folgendes Bild:

### Die deutsch-polnischen Handelsvertragsverhandlungen.

Die erste Anregung zur Einleitung deutsch-polnischer Handelsvertragsverhandlungen erfolgte im September 1924 und zwar im Hinblick auf den bevorstehenden Ablauf der Frist, bis zu welcher Polen auf Grund des Versailler

Vertrages die handelspolitische Meistbegünstigung in Deutschland genoß. Die Verhandlungen begannen Anfang Januar 1925 in Berlin und hatten die Regelung der Wirtschaftsbeziehungen zwischen Deutschland und Polen nach Ablauf der erwähnten einseitigen Meistbegünstigung Polens ab 10. Januar 1925 zum Zweck. Diese Besprechungen führten am 13. Januar 1925 zum Abschluß eines vorläufigen Wirtschaftsabkommens mit Gültigkeit bis zum 1. April 1925, welches u. a. den Beginn der Handelsvertragsverhandlungen auf den 1. März des gleichen Jahres festsetzte. Diese begannen am 3. März, und einige Tage darauf überreichte die deutsche Delegation ihren Entwurf zu einem Handelsvertrag an die polnische Delegation, welcher auf den Grundsatz der beiderseitigen Meistbegünstigung aufgebaut und den in letzter Zeit von Deutschland geschlossenen Handelsverträgen angepaßt war. Bei der Beratung dieses Entwurfes zeigte sich schon von Anfang an ein tiefgehender Gegensatz der beiderseitigen Auffassungen, insbesondere in der Frage der personellen Meistbegünstigung. Die polnische Delegation lehnte die Vereinbarung der Meistbegünstigung für deutsche Staatsangehörige grundsätzlich ab und erklärte sich nur bereit, für deutsche Kaufleute und Industrielle ein Einreise- und Aufenthaltsrecht unter sehr großen Beschränkungen zuzulassen. Auch für die Regelung des Warenverkehrs auf zeitgemäßer Grundlage zeigten sich auf polnischer Seite unüberwindliche Hindernisse. Nur hinsichtlich der Einräumung der beiderseitigen zolltarifarischen Meistbegünstigung wurde bereits am 11. März 1925 eine Einigung erzielt. Neben den erwähnten grundsätzlichen Differenzen spielte bei den Verhandlungen eine große Rolle die Frage, ob Deutschland bereit wäre, die am 15. Juni d. J. ablaufende Frist für die Einfuhr zollfreier Kontingente für ostoberschlesische Waren, wie sie in der Genfer Konvention auf Grund des Versailler Vertrages festgesetzt worden waren, über diesen Termin hinaus zu verlängern. Die deutsche Delegation hat auf die diesbezüglichen Anfragen der Gegenseite wiederholt erklärt, daß sie über die Frage der Einfuhrkontingente insbesondere die Kohlenfrage zu verhandeln bereit wäre, wenn von polnischer Seite ein Entgegenkommen in den für die deutschen wirtschaftlichen Interessen wichtigen Punkten gezeigt würde.

Während die äußerst schwierigen Verhandlungen der beiden Delegationen sich fortschleppten, veröffentlichte die polnische Regierung am 20. April 1925 eine Verordnung über Zollnachlässe, welche eine schwerwiegende Diskriminierung deutscher Waren bei ihrer Einfuhr nach Polen zur Folge haben mußte. Diese Verordnung wurde zwar auf Einspruch von deutscher Seite abgeändert; sie hat aber nicht nur eine große Beunruhigung in den Kreisen der deutschen Wirtschaft hervorgerufen, sondern auch zu einer Unterbrechung der Verhandlungen geführt, deren Aufnahme sich dann weiter dadurch verzögerte, daß der bisherige Vorsitzende der polnischen Delegation, von Karlowski, wohl im Zusammenhange mit dieser völlig unmotivierten aggressiven Maßnahme der polnischen Regierung, von seinem Posten zurücktrat. Noch bevor der neuernannte polnische Bevollmächtigte Dr. Prądzyński die Verhandlungen wieder aufgenommen hatte, erhöhte die polnische Regierung die Einfuhrzölle auf zahlreiche Waren um 100—700%, wodurch wiederum

zahlreiche deutsche Exportfirmen in ihrem Geschäft mit polnischen Abnehmern eine schwere Schädigung erlitten.

Am 25. Mai 1925 erklärte die polnische Delegation, einen Zolltarifvertrag nicht abschließen zu können. Hierdurch wurde es klar, daß infolge der unnachgiebigen Haltung der polnischen Delegation der Abschluß eines Handelsvertrages vorläufig als unmöglich angesehen werden mußte. Deshalb wurde von deutscher Seite der Abschluß eines *provisorischen Abkommens* über die Regelung des Warenverkehrs für die Dauer von neun Monaten vorgeschlagen. Dieses Abkommen sollte vor allem die Einräumung der zolltarifarischen Meistbegünstigung und die Zusicherung enthalten, daß Polen in der Zwischenzeit keine Importverbote erlassen werde. Noch vor Ablauf dieses Abkommens sollten die Verhandlungen über einen Handelsvertrag wieder aufgenommen werden.

Am 20. Juni 1925, dem gleichen Tage, an dem der Entwurf zu einem solchen Abkommen der polnischen Delegation überreicht wurde, veröffentlichte die polnische Regierung eine Verordnung, durch welche die Einfuhr zahlreicher Waren nach Polen grundsätzlich verboten, den Vertragsstaaten jedoch gestattet wurde. Am 24. des gleichen Monats erließ dann der polnische Minister für Industrie und Handel noch Ausführungsbestimmungen zu dieser Verordnung, laut denen diese Einfuhrverbote nur auf *deutsche Waren* anzuwenden sind. Diese Maßnahme der polnischen Regierung konnte selbstverständlich nur als Beginn des Wirtschaftskrieges gewertet werden.

Von polnischer Seite wird zwar immer wieder behauptet, Deutschland habe am 15. Juni 1925 die Einfuhr polnischer Kohle gesperrt und dadurch den Wirtschaftskrieg mit Polen provoziert. Tatsächlich ist am 14. Juni 1925, wie erwähnt, die Frist abgelaufen, bis zu welcher auf Deutschland die Verpflichtung lastete, gewisse Kontingente ostoberschlesischer Kohle und anderer Waren zollfrei nach Deutschland hineinzulassen. Daß Deutschland dieses bei der Lage auf dem heimischen Kohlenmarkt sehr drückende, aus dem Versailler Vertrag stammende Privileg für Polen nicht ohne Gegenkonzession verlängern konnte, liegt auf der Hand. Mit demselben Recht hätten Frankreich oder Belgien eine Verlängerung ihrer am 10. Januar 1925 abgelaufenen elsäß-lothringischen oder luxemburgischen Kontingente ohne Gegenleistung verlangen können. — Der Ablauf dieser Frist und die sich daraus ergebenden Konsequenzen können deshalb *keineswegs*, wie es durch Polen geschieht, als Beginn des Wirtschaftskrieges durch Deutschland hingestellt werden. Tatsächlich hat die deutsche Regierung während der ganzen Dauer der Verhandlungen keine irgendwie gegen Polen gerichtete Maßnahme ergriffen, Polen traf dagegen in dieser Zeit dreimal Maßnahmen, welche eine schwere Schädigung der deutschen Einfuhrinteressen nach Polen zur Folge haben mußten. In ihrem Entwurf zum vorläufigen Abkommen hat die deutsche Delegation u. a. die Gewährung eines *Einfuhrkontingents* für polnische Kohle ab 1. Juli 1925 in Höhe von 100 000 t angeboten, trotzdem hat die polnische Regierung am 24. Juni 1925 die Anwendung der erwähnten Einfuhrverbote gegen Deutschland am 27. Juni des gleichen Jahres angekündigt.

Obwohl die deutsche Delegation durch Erhöhung des Kohlenkontingents von 60 auf 100 000 t, durch Garantierung des status quo hinsichtlich der Fleischeinfuhr und durch den Vorschlag eines pactum de contrahendo für die Vieheinfuhr, den polnischen Wünschen weit entgegengekommen war, machte die polnische Delegation in ihrer Antwort nicht einmal den Versuch, durch Gegenvorschläge sich dem deutschen Angebot zu nähern. Sie wiederholte lediglich ihre schon früher abgegebenen Erklärungen, daß Polen die zolltarifarisches Meistbegünstigung und das Einreiserecht für Handlungsreisende nur zugestehen könne gegen ein Kohlenkontingent von 350 000 t im Monat und gegen die Sicherstellung der Einfuhr nicht nur von Fleisch, sondern auch von lebenden Rindern und Schweinen.

Die Forderung eines Kohlenkontingents von 350 000 t, die den bisherigen, durch Versailler Vertrag Deutschlands aufgezwungenen Kontingent nahekommt, verkannte völlig die durch die Weltkohlenkrise auch für die deutsche Kohlenproduktion entstandene Sachlage. Diese Forderung war aus diesem Grunde von vornherein für Deutschland völlig unannehmbar. Ebensowenig trug die polnische Forderung auf Einfuhr von lebenden Rindern und Schweinen dem deutschen Standpunkt Rechnung, daß wegen der Gefahr von Seuchenübertragungen die Einfuhr von Rindern überhaupt nicht und die von Schweinen, wenn überhaupt, so nur in ganz beschränktem Umfange und unter größten Sicherungen in Frage kommen kann; hat doch Deutschland mit Rücksicht auf seinen Viehbestand außer mit Österreich mit keinem seiner Nachbarländer ein Veterinärabkommen geschlossen.

Polen erklärte darauf, daß es von seinen Forderungen nur dann abgehen könne, wenn Deutschland bereit wäre, auf die zolltarifarisches Meistbegünstigung zu verzichten und lediglich ein Abkommen zu schließen, dessen Inhalt nach Ansicht der polnischen Delegation sich darauf zu beschränken hätte, daß der Wert der ausgetauschten Waren sich auf beiden Seiten entspreche. Die polnische Delegation kam somit auf den bereits früher von ihr oft ausgesprochenen Gedanken zurück, ihre als ausgesprochene Kampfmaßnahmen ausschließlich gegen Deutschland gerichteten und jeden Handelsverkehr unterbindenden Einfuhrverbote den seit einem Jahrzehnt und gegenüber allen Ländern bestehenden deutschen Kohleneinfuhrverbot gleichzustellen. Ein Abkommen auf dieser Grundlage, das die von Polen beliebte Taktik, während der schwebenden Verhandlungen neue Einfuhrverbote zu erlassen, sanktioniert hätte, war für Deutschland unannehmbar und auch nicht geeignet, die durch die polnischen Einfuhrverbote hervorgerufene Störung im Wirtschaftsverkehr zu beseitigen.

Von polnischer Seite wurde Deutschland auch vorgeworfen, es habe mit dem Handelsvertrag politische Fragen verquickt, und zwar 1. das Niederlassungsrecht, 2. die Optantenfrage, 3. die Frage der Liquidierung des deutschen Eigentums in Polen.

ad 1. Das Niederlassungsrecht ist ein Problem, das in sämtlichen Handelsverträgen behandelt wird und das auch Polen in einer Reihe von Handelsverträgen geregelt hat.

ad 2. Die Frage der Optanten war deutscherseits in den Handelsvertragsverhandlungen bis dahin noch mit keinem Wort berührt worden.

ad 3. In der Frage der Liquidation des deutschen Eigentums in Polen war allerdings deutscherseits die Forderung gestellt worden, daß für die Dauer eines etwa abzuschließenden Wirtschaftsprovisoriums Polen die Liquidation für den gleichen Zeitraum suspendiere; ein Verzicht auf die Rechte des Artikels 297 des Versailler Vertrags war deutscherseits nicht verlangt worden. Die Liquidation des deutschen Eigentums in Polen ist, da damals dort noch einige tausend im reichsdeutschen Besitz befindliche und deshalb liquidable ländliche und städtische Grundstücke vorhanden waren, von eminent wirtschaftlicher Bedeutung, da durch die Liquidation dem deutschen Kaufmann nicht nur ein großer deutscher Vermieter- und Abnehmerkreis verloren geht, sondern die nach Deutschland zurückkehrenden liquidierten deutschen Reichsangehörigen das Reich auch materiell belasten. Auch hat die Frage der Liquidation auf einer ganzen Reihe von Handelsvertragsverhandlungen Deutschlands mit anderen Staaten bereits eine Rolle gespielt. Im übrigen mag noch darauf hingewiesen werden, daß Polen selbst sich in den Handelsverträgen durchaus nicht gescheut hat, Fragen zu behandeln, die neben der wirtschaftlichen auch eine politische Seite haben, z. B. ist im Artikel 17 des polnisch-tschechischen Vertrages die Durchfuhr von Kriegsmaterial durch die Tschechoslowakei auch während eines Krieges geregelt. Überdies hat aber die deutsche Regierung, um ein etwaiges Hindernis für das Zustandekommen eines Wirtschaftsprovisoriums zu beseitigen, am 27. Juni 1925 der polnischen Delegation erklärt, daß sie diese Frage für das vorläufige Abkommen ausschalte. Als dann auf eine diesbezügliche Anfrage von deutscher Seite die polnische Delegation erklärte, die Verordnung über Einfuhrverbote gegen deutsche Waren, mit welcher die polnische Regierung den Wirtschaftskrieg gegen Deutschland eingeleitet hatte, könne nicht zurückgenommen werden, mußte die deutsche Regierung schließlich ihre Gegenmaßnahmen ergreifen und veröffentlichte am 3. Juli 1925 eine Reihe von Einfuhrverboten für Waren polnischen Ursprungs und von Kampfzöllen auf solche. Die polnische Regierung hat darauf am 13. Juli eine zweite umfangreiche Liste von Einfuhrverboten gegen deutsche Waren veröffentlicht und damit eine weitgehende Sperre für deutsche Waren eingeführt.

Angesichts dieser Tatsachen wird nichts darüber hinwegtäuschen können, daß es die polnische Regierung war, welche während der Dauer der Verhandlungen eine Reihe von aggressiven Maßnahmen gegen die Einfuhr deutscher Waren nach Polen getroffen und zu allerletzt einen Schritt getan hat, welcher eben nur als Beginn des Wirtschaftskrieges gegen Deutschland bezeichnet werden kann.

Deutschland hat sich dem polnischen Wunsche, Mitte September 1925 die Lage erneut zu prüfen, nicht versagt; am 16. September wurden denn auch die

deutsch-polnischen Handelsvertragsverhandlungen nach einer z w e i m o n a t i g e n U n t e r b r e c h u n g wieder aufgenommen. Bis dahin war aber noch in keinem wesentlichen Punkte eine Einigung erzielt worden. Auch jetzt stellte es sich wieder heraus, daß eine weitere Aussetzung der Verhandlungen notwendig sei, da Polen vor der Einführung neuer Einfuhrverbote auf einer Abänderung seines Zolltarifs stand. Es wurde daher beschlossen, die Verhandlungen auszusetzen, bis die neuen polnischen Bestimmungen überreicht und geprüft sein würden. Die neue Einfuhrverbotsliste wurde am 23. September 1925 und die Zolländerung am 30. Oktober 1925 erlassen.

Am 17. Dezember 1925 fand darauf eine Delegationssitzung statt, in der das weitere Verhandlungsproblem erörtert wurde. Die polnische Delegation schlug nun den Abschluß eines Provisoriums vor, das in erster Linie die Beendigung des Wirtschaftskrieges zum Zwecke haben sollte. Außerdem wollte Polen über eine B i n d u n g v o n 50—100 Z o l l p o s i t i o n e n mit Deutschland verhandeln. Aber ein solches Provisorium hätte in der Hauptsache nur Vorteile für Polen gebracht, denn würden die deutschen Kampfmaßnahmen ohne wesentliche polnische Konzessionen aufgehoben, so wäre der Erfolg der gewesen, daß Polen, nachdem fast alle deutschen Einfuhrverbote aufgehoben sind, und da der deutsche Zolltarif im Verhältnis zum polnischen sehr mäßig ist, fast unbehindert mit seinen Waren (insbesondere land- und forstwissenschaftlichen Produkten) nach Deutschland hereingekommen wäre. Soweit noch ernsthafte Zollschranken bestanden hätten, wären sie durch das infolge des Zlotysturzes hervorgerufene Valutadumping leicht beseitigt worden. Außerdem hatte Polen an einer schleunigen, wenn auch nur provisorischen Regelung seiner Wirtschaftsbeziehungen zu Deutschland auch deswegen noch ein besonderes Interesse, weil es dann hoffen konnte, größeres Entgegenkommen auf dem internationalen Finanzmarkt für eine größere Anleihe zu finden, deren es damals zur Sanierung seiner Finanz- und Wirtschaftslage dringender als je bedurfte.

Deutschland dagegen hätte bei den jetzt allen Ländern gegenüber geltenden zahlreichen polnischen Einfuhrverboten und bei den polnischen Prohibitivzöllen vor fast verschlossenen Türen in Polen gestanden. Selbst Länder, die mit Polen bereits Handelsverträge abgeschlossen hatten, vor allem die Tschechoslowakei und Österreich, sind durch das übertrieben protektionistische polnische Wirtschaftssystem in ihren Exportinteressen schwer geschädigt worden. Bezeichnend ist, daß Österreich von den geringen Kontingenten, die ihm für einfuhrverbotene Waren bewilligt worden waren, zeitweise nur 20% hat ausnützen können, weil trotz der Einfuhrgenehmigung die prohibitiven Zölle oder die stark herabgeminderte Kaufkraft Polens ein Geschäft unmöglich machte. Es muß aber betont werden, daß D e u t s c h l a n d s E x p o r t nach Polen auch nach Aufhebung der beiderseitigen Kampfmaßnahmen kaum eine nennenswerte Steigerung erfahren hätte. Was P o l e n dagegen unbedingt aus Deutschland beziehen muß, kauft es auch trotz des Wirtschaftskrieges bei Deutschland.

Es ist auch zu berücksichtigen, daß selbst zu der Zeit, als Polen nur wenig Einfuhrverbote und eine im Verhältnis zu den jetzigen Zöllen mäßigen Zolltarif hatte, die deutsche Handelsbilanz Polen gegenüber erheblich passiv war. Unter dem Einfluß der rigorosen polnischen Einfuhrdrosselung ist die polnische Gesamteinfuhr von 175 Millionen Zloty auf durchschnittlich 74,6 Millionen Zloty monatlich zurückgegangen, wovon noch nicht 37% auf Fertigfabrikate entfallen, die im wesentlichen nur für die deutsche Ausfuhr nach Polen in Frage kommen. Man kann demnach ungefähr beurteilen, wie gering unter den gegenwärtigen Verhältnissen die deutsche Ausfuhr nach Aufhebung der gegenwärtigen Kampfmaßnahmen sein und wie stark die Passivität des deutschen Handels gegenüber Polens zunehmen müßte. Hinzu kommt noch, daß Polen, nachdem es durch das Provisorium seinen Hauptwunsch erfüllt gesehen hätte, kaum noch Interesse an einem endgültigen Handelsvertrag mit der für Deutschland unbedingt notwendigen Regelung des Niederlassungsrechts gehabt haben würde.

Es waren daher rein wirtschaftliche Erwägungen, die es Deutschland unmöglich machten, auf ein Provisorium in der von Polen vorgeschlagenen Form einzugehen. Es waren auf deutscher Seite keineswegs „psychologische Hemmungen“ vorhanden, wie es von polnischer Seite behauptet wurde. Vielmehr war in allen Stadien der Verhandlungen das ernsthafte Bestreben vorhanden, mit Polen zu einer vernünftigen Regelung der Wirtschaftsbeziehungen zu gelangen. Der Bedeutung, die ein Handelsvertrag auch für Deutschland hat, wurde im vollen Umfange Rechnung getragen. Allerdings ging man deutscherseits dabei davon aus, daß ein geordneter Warenverkehr ohne eine liberale Regelung des Verkehrs der beiderseitigen Staatsangehörigen nicht denkbar sei. Polen erblickt hierin aber eine politische Forderung. Es hat die Furcht, daß eine Gewährung des Niederlassungsrechtes eine neue deutsche Kolonisation zur Folge haben würde.

Wenn auch die deutsche Delegation den polnischen Vorschlag eines Provisoriums ablehnen mußte, so hat sie jedoch nicht darauf bestanden, daß vor Abschluß eines Abkommens alle Bestimmungen bis ins Einzelne formuliert sein müßten. In den Bemühungen, sobald als möglich aus dem Wirtschaftskrieg herauszukommen und zu normalen Beziehungen zu gelangen, war sie zum Abschluß eines Vor- und Kernvertrages gewissermaßen als Etappe zu einem endgültigen Handelsvertrage bereit. Voraussetzung mußte dabei aber eine Einigung über alle wesentlichen Punkte sein; denn man war sich darüber klar, daß, wenn erst einmal ein solcher Vertrag abgeschlossen war, wichtige deutsche Belange später nicht mehr durchzusetzen sein würden. Für Deutschland liegt auch eine große Schwierigkeit darin, daß der Handel nach Polen auf die einzelnen Warenzweige zersplittert ist; daher ist Deutschland fast an allen polnischen Zollpositionen interessiert; es war deshalb unvermeidlich, daß die Liste der von der deutschen Wirtschaft für dringlich gehaltenen Zollwünsche ziemlich umfangreich ausgefallen ist; doch sollte an dieser Liste keinesfalls starr festgehalten werden. Die Verhandlungen über die Aufstellung der Listen wurden trotz aller Schwierigkeiten mit größter Beschleunigung geführt. Man einigte sich also dahin, zu versuchen, nach einer Verständigung über alle

wesentlichen Punkte zu einem vorläufigen Abkommen zu gelangen, gleichermaßen als Etappe zu einem endgültigen Handelsvertrage.

Deutscherseits wurden hierbei folgende Gesichtspunkte besonders hervorgehoben: 1. Die Frage des Niederlassungsrechts müsse in einer den deutschen Wünschen entsprechenderen Form, als sie in dem polnischen Entwurf gehalten sei, geregelt werden. 2. Polen müsse sich bereit erklären, über Zollbindungen und Aufhebung gewisser Einfuhrverbote zu verhandeln. Für die übrigen einfuhrverbotenen Waren müssen Kontingente bewilligt werden. 3. Ein Veterinärabkommen, das Polen bis dahin als eine *conditio sine qua non* eines Handelsvertrages bezeichnet hatte, könne Deutschland nicht abschließen. Deutschland sei aber bereit, im Rahmen des Handelsvertrages die Einfuhr von polnischem Vieh und Fleisch im gewissen Umfange sicherzustellen.

Zu 1. und 2. erklärte sich die polnische Delegation grundsätzlich bereit, entsprechende Verhandlungen aufzunehmen; auch zu 3. erklärte sie sich mit dem deutschen Anerbieten einverstanden. Es wurde daher beschlossen, eine Kommission zur Regelung des Warenverkehrs für industrielle und landwirtschaftliche Produkte und eine Kommission für die Rechte der physischen und juristischen Personen einzusetzen. Ihre praktische Arbeit sollte diese Kommission aufnehmen, sobald die mit größter Beschleunigung deutscherseits durchgeführte Prüfung der polnischen Einfuhrverbotliste und der Zolltarifänderungen beendet sein würde.

Als der neue polnische Zolltarif Mitte November 1925 endlich der deutschen Delegation übergeben wurde, stellte sich heraus, daß er tatsächlich so zahlreiche Änderungen der bisherigen polnischen Zollregelung aufwies, daß eine völlig neue Bearbeitung der deutschen Zollwünsche und ihre Besprechung mit sämtlichen Industrieverbänden unvermeidlich war. Es ist dabei zu berücksichtigen, daß der deutsche Export nach Polen, der fast nur aus Fertigprodukten besteht, sich auf die fast 1200 Positionen des polnischen Zolltarifs ziemlich gleichmäßig verteilt; es war deshalb erforderlich, diese sämtlichen Positionen mit den Vertretern der betreffenden Branchen neu durchzuberaten. Infolgedessen konnte die Liste der deutschen Zollwünsche erst am 25. Januar 1926 der polnischen Delegation überreicht werden. Gleichzeitig hat auch die polnische Delegation ihre Liste überreicht. Die deutsche Liste enthielt 600 Punkte des polnischen Zolltarifs, für die Deutschland außerhalb der Meistbegünstigung fixierte Einfuhrzollsätze (590) und Herabsetzung der polnischen Exportzölle (10) forderte. Die polnische „Wunschliste“ verlangte für 186 Positionen des deutschen Zolltarifs prozentuale Zollnachteile zwischen 60 und 80%. Die Zollforderungen Deutschlands betreffen vornehmlich Industrieerzeugnisse, diejenigen Polens hauptsächlich landwirtschaftliche Artikel. Die Prüfung der gegenseitigen Zolllisten nahm, wie vorauszusehen war, mehrere Wochen in Anspruch. Eine deutsche Anregung, die seit dem 25. Januar 1926 entstandene Pause durch Verhandlungen über das Niederlassungsrecht auszufüllen, hat die polnische Delegation abgelehnt.

Die materiellen Schwierigkeiten, die dem Abschluß des Handelsvertrages bis dahin entgegenstanden, liegen hauptsächlich auf zwei Gebieten. Einmal er-

klären sich diese Schwierigkeiten aus der bereits dargelegten polnischen Zollpolitik, die sich gegen jede Einfuhr von außerhalb möglichst schützen und infolgedessen den deutschen Exportwünschen nicht entgegenkommen will. Polen weigerte sich damals noch, die Zollsätze in ihrer absoluten Höhe zu binden; es wollte sich nur auf prozentuale Abschläge von den einzelnen übersteigerten Zollsätzen einlassen. Die zweite grundsätzliche Schwierigkeit lag darin, daß Polen sich aus politischen Gründen sträubte, ein ausreichendes Niederlassungsrecht für deutsche Reichsangehörige zu gewähren. Die Verhandlungen über diesen Gegenstand waren bis dahin noch gar nicht angefangen worden; eine dahin gehende deutsche Anregung hat Polen, wie erwähnt, abgelehnt. Inzwischen hat Polen aber ein Ausländergesetz erlassen, daß dem diskretionären Ermessen der polnischen Behörden einen außergewöhnlich großen Spielraum läßt.

Ein weiterer Abschnitt der nun schon über 2 Jahre währenden Verhandlungen umfaßt die seit Mitte Mai 1926 verstrichene Zeit. Auf deutscher Seite waren die Vorbereitungen zu den Zolltarifverhandlungen bereits Mitte März abgeschlossen, doch mußte auf Ersuchen der polnischen Delegation die Wiederaufnahme der Verhandlungen bis Mitte Mai hinausgeschoben werden. Von Mitte Mai bis Mitte Juli 1926 wurde ausschließlich über beiderseitige Zollforderungen verhandelt; dem auf deutscher Seite geäußerten Wunsch, gleichzeitig über die Rechte der physischen und juristischen Personen (Niederlassung) zu verhandeln, wurde von polnischer Seite erst in der zweiten Hälfte des Juli 1926 entsprochen, so daß man in dieser Frage über einen Austausch der beiderseitigen grundsätzlichen Auffassungen bei der Kürze der verbliebenen Zeit bis zur Sommerpause nicht hinausgekommen war.

Wenn wir zunächst auf den Verlauf der Zolltarifverhandlungen zurückblicken, so ist hervorzuheben, daß sie in einem durchaus versöhnlichen Geiste geführt worden sind. Auch auf der polnischen Seite war das Bemühen um eine Verständigung deutlich erkennbar. Leider hat aber die allgemeine wirtschaftspolitische Einstellung der polnischen Delegation zur Folge gehabt, daß trotz des freundlichen Rahmens der Verhandlungen praktisch brauchbare Ergebnisse nicht erzielt werden konnten. Zu erwähnen wäre nur, daß Polen nunmehr grundsätzlich die Bindung auf feste Zollsätze zugestand, während es in seinen bisherigen Handelsverträgen (bis auf eine der Tschechoslowakei gewährte Ausnahme) nur prozentuale Ermäßigungen stipuliert hatte. Wenn auch die Bedeutung des polnischen Zugeständnisses nicht verkannt werden soll, so erhält es doch erst durch eine Einigung über die Zollsätze im einzelnen einen wirklichen Wert. Von einer solchen Einigung ist man aber noch weit entfernt.

Die Hauptschwierigkeit besteht darin, daß Polen glaubt, jede auf seinem Gebiet bestehende Industrie durch einen übermäßigen Zollsatz vor allen Gefahren zu bewahren, auch wenn es sich um künstlich gezüchtete, unwirtschaftliche Unternehmungen handelt. Den deutschen Einfuhrwünschen tritt man durchweg damit

entgegen, daß man auf die Preise der polnischen Industrie hinweist, die das Doppelte des Weltmarktpreises und mehr betragen. Man begründet dies mit den hohen Steuern, den schweren sozialen Lasten, der Kreditteuerung und der wenig vervollkommenen Technik in Polen. Deutscherseits wurde dem entgegengehalten, daß Steuern und soziale Lasten in Deutschland sicher nicht geringer seien, daß andererseits das Preisniveau in Polen sich noch nicht der Zlotyentwertung angepaßt habe. Andererseits seien aber vor allem die Löhne erheblich niedriger als in Deutschland. Auch sei es schon wegen des Anreizes für den Schmuggel undenkbar, daß die Preise für Industrieprodukte sich in Polen für längere Zeit soweit über dem Weltmarktniveau halten könnten, wie es nach den Erklärungen der polnischen Delegation der Fall sein soll.

Anscheinend sind die deutschen Argumente nicht ganz ohne Erfolg geblieben; denn der polnische Handelsminister hat bald darauf die Revision der *Kalkulationsmethoden* in der polnischen Industrie als einen wesentlichen Punkt seines Wirtschaftsprogramms bezeichnet. Bei den Handelsvertragsverhandlungen ist aber noch keine prinzipielle Änderung des polnischen Standpunktes erkennbar gewesen. Indem die Polen von den unwahrscheinlich hohen polnischen Industriepreisen ausgehen, gelangen sie zu dem Ergebnis, daß bei den deutschen Preisen selbst unter Zurechnung des übertrieben hohen polnischen Zolles für die deutschen Erzeugnisse eine Konkurrenz mit der polnischen Industrie gesichert sei, selbst dann, wenn, wie es in einigen Fällen festgestellt worden ist, die Wertbelastung durch den polnischen Zoll nach der deutschen Berechnung einige 100% betragen würde. Die polnische Delegation ist auch nicht auf die deutsche Anregung eingegangen, durch einen gestaffelten Abbau der besonders hohen Zollsätze und durch Einführung von Erziehungszöllen, wie es Deutschland besonders bei der Automobilindustrie getan hat, ein erträgliches Niveau herzustellen.

Entsprechend der polnischen Einstellung sind die Zugeständnisse, die sich nur auf einen kleinen Teil der von Deutschland vorgebrachten Wünsche erstrecken, in der Höhe so geringfügig, daß man sich deutscherseits keine fühlbare Erleichterung der Einfuhr nach Polen verspricht. Wenn z. B. der autonome Zollsatz 100 Zloty beträgt und nach sorgfältiger Berechnung 20 Zloty die Grenze der Einfuhrmöglichkeit bedeutet, so hat selbst eine Ermäßigung auf 30 Zloty nur problematischen Wert. Überdies hat Polen bei den verschiedenen Warengruppen gerade die für Deutschland wichtigsten Warengruppen von Zollermaßen ausgenommen, und nur solche Waren berücksichtigt, bei denen die Absatzmöglichkeiten nur ganz gering sind oder die Polen unbedingt nötig hat. So sind bei der Keramik, bei Glas, Chemikalien, Holzwaren, Eisenwaren, Spielwaren und Textilien die polnischen Zugeständnisse ganz geringfügig. Selbst Papier, wo nach polnischer Auffassung ein besonders großes Entgegenkommen gezeigt ist, sind die Ermäßigungen bei weitem nicht ausreichend und fehlen auch hier bei den wichtigsten Waren ganz. Bei Leder, Schuhwaren und Farben, die für Deutschland ganz besonders wichtige Exportartikel darstellen, hat Deutschland bisher so gut wie nichts erreichen können. Bei Maschinen ist

die Liste der polnischen Angebote zwar ziemlich umfangreich, es handelt sich aber nur um eine Aufzählung von Spezialerzeugnissen aus dem weiten Gebiet der Maschinenindustrie, die einen nennenswerten Absatz nicht möglich machen.

Hierzu kommt noch, daß Polen, um die Aktivität seiner Handelsbilanz sicher zu stellen, zahlreiche Einfuhrverbote erlassen hat, die auch nach Beendigung des deutsch-polnischen Wirtschaftskrieges in einem erheblichen Umfange auf für Deutschland wichtige Waren weiter bestehen werden, während Deutschland außer für Kalkstickstoff nur das eine für Polen allerdings sehr bedeutsame Einfuhrverbot für Kohle hat, das aber in seiner Auswirkung nicht die Gesamtheit der zahlreichen polnischen Einfuhrverbote erreicht. Deutschland hat sich bei allen von ihm abgeschlossenen Handelsverträgen zu dem Grundsatz weitgehender Handelsfreiheit bekannt. Trotzdem will es der besonderen Lage Polens Rechnung tragen, indem es sich im wesentlichen mit den polnischen Einfuhrverboten abfindet und sich mit Einfuhrkontingenten begnügt. Die Folge dürfte dann aber sein, daß selbst bei einer befriedigenden Regelung der Zollfrage die Einfuhrmöglichkeiten nach Polen für Deutschland nur begrenzt sein werden.

Auf der anderen Seite hat Polen sehr weitgehende Wünsche für seine Ausfuhr nach Deutschland vorgebracht, ohne Rücksicht auf das ohnehin schon sehr niedrige deutsche Zollniveau bei den Polen interessierenden Waren. Die deutschen Zölle liegen bei diesen Waren fast durchweg nicht über den vor dem Kriege geltenden Sätzen. Wenn man die inzwischen eingetretene Entwertung des Goldes in Rechnung stellt, so ergibt sich bei der allgemeinen Steigerung aller Preise schon eine erhebliche Ermäßigung des Zollsatzes, der ohne Schädigung lebenswichtiger deutscher Wirtschaftszweige nicht gut noch weiter wesentlich vermindert werden kann.

Trotzdem verlangt Polen Herabsetzung dieser Zölle, vielfach um 60—80%. Darauf konnte natürlich nicht eingegangen werden. Die deutsche Delegation hatte jedoch versucht, soweit wie irgend möglich entgegenzukommen, und ist bei einigen Waren sogar noch unter die Vertragssätze der Vorkriegszeit heruntergegangen, wenn natürlich auch nicht in dem von Polen gewünschten Ausmaße. Die polnische Delegation hat sich auch bereits bei einer Reihe von Positionen mit den deutschen Vorschlägen einverstanden erklärt.

Allerdings bleiben noch eine Reihe für Polen wichtiger Wünsche, insbesondere auf dem Gebiete der Land- und Forstwirtschaft und bei der Kohle bestehen. Hierzu konnte sich die deutsche Delegation erst teilweise näher äußern bei der im wesentlichen ablehnenden Haltung der Polen auf den Deutschland interessierenden Gebieten. Der in der Kohlenfrage deutscherseits gemachte Vorschlag wurde abgelehnt. Bei der Lage der deutschen Kohlenwirtschaft dürfte eigentlich keine Tonne polnischer Kohle nach Deutschland hereinkommen. Da ein Handelsvertrag aber ohne Opfer der eigenen Wirtschaft nicht möglich ist, war die deutsche Dele-

gation bereit, ein gewisses noch zu vereinbarendes festes Kontingent zu gewähren, darüber hinaus aber die polnische Kohlenindustrie an einer Steigerung des Kohlenabsatzes der östlichen deutschen Kohlenreviere mit 50% zu beteiligen. Damit wäre ein engeres Zusammengehen der beiden Wirtschaftsgebiete, die sich international auch bei anderen wichtigen Wirtschaftszweigen anbahnt, vorbereitet worden. Die deutsche Delegation war auch bereit, über die Modalitäten mit sich reden zu lassen. Polnischerseits wurde aber die Diskussion eines labilen Kontingents grundsätzlich abgelehnt.

Weiter hat Polen vor Beginn der Verhandlungen an zu erkennen gegeben, daß es auf die Ausfuhr von Vieh und Fleisch den größten Wert legt und daß ein Vertrag, der seinen Wünschen auf diesem Gebiet nicht entspreche, für Polen kein Interesse habe. Wegen der in Polen noch zahlreich vorkommenden Viehseuchen bestehen aber gegen eine solche Einfuhr aus dem Osten die allerschwersten Bedenken. Trotzdem hat sich die Reichsregierung gegen den starken Widerstand der durch die Seuchengefahren bedrohten deutschen Landwirtschaft bereit erklärt, ein größeres Kontingent von geschlachteten Schweinen zuzugestehen. Deutscherseits hatte man gehofft, daß dieses weitgehende Entgegenkommen eine entsprechende Rückwirkung auf das Verhalten Polens haben würde. Die polnische Delegation hat jedoch erklärt, daß das deutsche Angebot gänzlich unzureichend sei, sie ist bei ihrer Forderung der unbeschränkten Einfuhr von lebenden Rindern und Schweinen und von Rind- und Schweinefleisch bestehen geblieben. Nur einige Zugeständnisse auf dem Zollgebiet hatte das deutsche Angebot zur Folge. Diese sind aber ebenso wie die früheren Zugeständnisse von der deutschen Industrie als unzureichend bezeichnet worden. Bei Spielwaren, einer spezifisch deutschen Exportindustrie, ist neuerdings die polnische Delegation zum Teil bis auf 40% des autonomen polnischen Zollsatzes zurückgegangen. Von der deutschen Delegation wurden darauf Muster mit Preisauflistung überreicht, aus denen hervorgeht, daß selbst dieser stark ermäßigte Zoll noch einer Wertbelastung von 200 — 800% gleichkäme. Daß bei solchen Zollsätzen eine nennenswerte Ausfuhr nicht möglich ist, bedarf keines weiteren Beweises. Ähnlich, wenn auch nicht ganz so kraß, liegen die Dinge bei vielen anderen Waren. Die deutsche Delegation hat sich daher nur in seltenen Fällen mit den polnischen Angeboten einverstanden erklären können, während die deutschen Angebote — wie schon kurz erwähnt — zu einem nicht unerheblichen Teil von den Polen angenommen worden sind, was bei den verhältnismäßig niedrigen deutschen Zöllen ja erklärlich ist.

Bei den Zolltarifverhandlungen standen sich zwei grundsätzlich verschiedene Auffassungen gegenüber. Deutschland sieht den Zweck eines Handelsvertrages in der Schaffung von Einfuhrmöglichkeiten. Dazu ist erforderlich, daß prohibitive Zölle auf ein den Absatz sicher zu stellendes Maß herabgesetzt werden.

Bilden die Zollschranken kein Hindernis, so kann auch keine Ermäßigung verlangt werden. Polen dagegen geht davon aus, daß auf dem Niveau der beiderseitigen Zollsysteme, die nach den wirtschaftlichen Bedürfnissen jedes Landes festgesetzt seien, keine Rücksicht zu nehmen sei. Verlangt der eine Teil eine Bresche in dieses System, so muß sie durch eine entsprechende Vergünstigung des anderen Teiles ausgeglichen werden. Dieser Gegensatz ist besonders deutlich bei den Waren hervorgetreten, bei denen beide Länder ein Exportinteresse haben. Bei der verschiedenen Wirtschaftsstruktur von Deutschland und Polen sind diese Fälle allerdings ziemlich selten. Bei eisernen Küchengeräten hat Polen z. B. eine nicht unerhebliche Ermäßigung des deutschen Zolls verlangt, trotzdem er nur einen Bruchteil des polnischen Zolls trägt und trotzdem Deutschland sich mit einem beträchtlich über dem deutschen Zoll liegenden polnischen Zugeständnis begnügen wollte.

Aber selbst, wenn die Zollfrage zur beiderseitigen Zufriedenheit erledigt werden sollte, bleiben noch die starken Gegensätze in der Niederlassungsfrage zu überbrücken, über die weiter unten gesprochen werden soll. Aber auch damit würden die Probleme, die den Gegenstand einer Regelung der wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Deutschland und Polen bilden, noch nicht gelöst sein. Es steht noch die Fixierung der Bestimmungen über den Warenverkehr im Rahmen des Handelsvertrags aus. Die Textkommission hat bereits im Jahre 1925 längere Zeit verhandelt; eine Reihe von wichtigen Punkten, wie die Transitfrage, die Nationalisierung der Waren, die Ursprungszeugnisse und die Zollformalitäten haben jedoch noch nicht erledigt werden können.

Weiter stehen noch verschiedene Verkehrsfragen unerledigt auf dem Verhandlungsprogramm. Dazu gehören die Abkommen über die Seeschifffahrt und die Binnenschifffahrt. Es liegen hierfür deutsche Entwürfe vor; die Verhandlungen sind aber im Anfangsstadium stecken geblieben. Auf dem Gebiete des Länderverkehrs ist außer dem am 27. März 1926 unterzeichnetem Abkommen über den gegenseitigen Eisenbahnverkehr das Abkommen über den erleichterten Durchgangsverkehr durch den sogenannten „Kreuzburger Korridor“ und den privilegierten Personenverkehr zwischen Ostpreußen, dem übrigen Deutschland und dem Auslande und umgekehrt in der Hauptsache festgestellt. Große Schwierigkeiten bestehen aber noch für verschiedene andere im Zusammenhang mit dem „Pariser Staatsvertrag“ über den Durchgangsverkehr zwischen Ostpreußen und dem übrigen Deutschland stehenden Fragen, soweit die Regelung des Wettbewerbes der deutschen Ostseehäfen mit Danzig und Gdingen in Frage kommt. In diesen Punkten ist man von einer Verständigung noch weit entfernt.

Noch unerfreulicher sind, wie schon angedeutet, die Aussichten auf eine Verständigung, wenn man die bisherigen Ergebnisse der Verhandlungen über das Niederlassungsabkommen ins Auge faßt. Was Polen hier bisher angeboten hat, ist so dürftig, daß eine Einigung ohne grundlegende Änderung seines Standpunktes kaum zu erwarten steht. Polen wollte, um nur das wichtigste herauszu-

greifen, das Abkommen nicht auf alle Reichsangehörige, sondern zunächst nur auf bestimmte Erwerbszweige angewandt wissen; das eigentliche Niederlassungsrecht will es nur einem ganz engen Kreise, nämlich den Großkaufleuten zugestehen. Daß sich Deutschland darauf nicht einlassen kann, bedarf keiner weiteren Erklärung. Die deutsche Regierung verlangt bei diesen Verhandlungen gar nichts besonderes; sie will lediglich die Vorbedingungen schaffen, die für eine nutzbringende Auswirkung des Handelsvertrages notwendig sind. Wenn wir für alle deutschen Reichsangehörigen ohne Ausnahme Inländerbehandlung und Meistbegünstigung für Berufstätigkeit, Steuern, Requisitionen, Enteignungen und Rechtsschutz, für die Rechtstellung und Betätigung der Gesellschaften nach erfolgter Zulassung fordern, wenn wir ferner die Meistbegünstigung für Vermögenserwerb und Vermögensdisposition, für Gründung, Beteiligung an und Zulassung von Gesellschaften verlangen, so entspricht das durchaus der Praxis, die wir bis heute bei allen Verträgen ähnlicher Art geübt haben. Daß wir weiter den Wunsch nach liberaler Behandlung der Frage der Ein- und Ausreise zum Ausdruck brachten und verlangen, daß bei Reisen bis zu sechs Wochen<sup>1)</sup> die bis jetzt notwendigen Zuzugsgenehmigungen wegfallen, ferner daß bei Ausweisungen alle unnötigen Härten vermieden werden sollen, ist sicherlich kein unbilliges Verlangen, insofern auf beiden Seiten die ehrliche Absicht wirtschaftlicher Verständigung besteht. Es ist ganz natürlich, daß auf diesen Verhandlungen die besondere Lage der deutschen Reichsangehörigen, die sich bis heute in Polen halten konnten, berücksichtigt werden muß. Deutschland kann mit Polen keinen Handelsvertrag schließen, ohne diesen Teil deutscher Staatsbürger von der Angst zu befreien, früher oder später aus Polen ausgewiesen zu werden und ohne die Möglichkeit ihres weiteren Verweilens im Lande und ihrer Berufstätigkeit sicherzustellen.

Diese kurze Gegenüberstellung ergibt, daß der Standpunkt der beiden Regierungen gerade in den wichtigsten Punkten starke Abweichungen zeigt, ja mitunter diametral entgegengesetzt ist. Man sollte aber meinen, daß es Polen bei einigem guten Willen nicht allzu schwer fallen sollte, die Berechtigung der deutschen Forderungen anzuerkennen und auf dieser Basis zu einer Verständigung zu gelangen.

Im November 1926 hatte sich trotz monatelanger Verhandlungen die Lage herausgebildet, die Deutschland zwang, der polnischen Delegation vier Fragen vorzulegen, die unsere hauptsächlichsten Forderungen betrafen und sie um ihre Stellungnahme zu ersuchen. Es waren dies folgende:

1. Frage der Einreise. — Deutscherseits bestand die Bereitwilligkeit, den Sichtvermerk zwischen beiden Ländern überhaupt aufzuheben; bei Reisen bis zu sechs Wochen sollte der Sichtvermerk grundsätzlich sofort ohne polizeiliche Zuzugsgenehmigung erteilt werden. Einwendungen sollten nur erhoben werden können, wenn Ausweisungsgründe vorlägen. Polen lehnte jede vertragliche Bindung in dieser Frage ab, so daß die Entscheidung im einzelnen Falle nach

---

<sup>1)</sup> Deutscherseits wurde entgegenkommenderweise die ursprüngliche Frist von 6 Wochen noch bis zu 3 Wochen gekürzt.

wie vor dem Ermessen der inneren Instanzen vorbehalten bleiben würde. Nicht einmal für eine Bezugnahme auf die Beschlüsse der Genfer Paßkonferenz vom Jahre 1926 zwecks Festlegung einer Tendenz zur Erleichterung der beiderseitigen Paßbestimmungen war Polen zu haben.

2. Frage der Niederlassung. — Deutscherseits wurde das Niederlassungsrecht für Personen gefordert, die sich zu „wirtschaftlichen Zwecken“ in Polen niederlassen wollten. Die ursprünglichen deutschen Forderungen waren weiter gegangen; wir hatten mit Rücksicht auf die schwierige kulturelle Lage des Deutschtums in den abgetretenen Gebieten auch das Niederlassungsrecht für Lehrer und Geistliche gewünscht, da Tausende deutscher Kinder ohne zureichende Beschulung sind. Immerhin war der Zusammenhang dieser Wünsche mit dem Handelsvertrag namentlich unter internationalen Gesichtspunkten schwer zu vertreten; sie wurden deshalb auch fallen gelassen und Polen die oben erwähnte Formel („Personen zu wirtschaftlichen Zwecken“) angeboten. Allerdings sollte daraus kein Argument gegen die Niederlassung anderer Personen abgeleitet werden dürfen. Die polnische Delegation wollte das Niederlassungsrecht aber nur Kaufleuten und Gewerbetreibenden bewilligen, die das Recht zur Eintragung in das Handelsregister hatten. Sie hielten damit an der Auffassung fest, die sie seit 1925 ohne Modifikation vertreten haben. Die Anerkennung des Niederlassungsrechts auf andere Personenkreise, als die unter den Begriff „für wirtschaftliche Zwecke“ fallen, wurde verweigert. Deutschland dachte dabei nicht nur an Angestellte in der Industrie, im Handel und Gewerbe, sondern auch an landwirtschaftliche Angestellte, ferner an Handwerker und kleine Gewerbetreibende. Trotz dieser Einschränkungen wollte Polen noch einen besonderen Einwanderungsvorbehalt machen.

3. Frage der Sicherstellung des Verbleibs der Staatsangehörigen beider Teile, die am 10. 1. 1925 auf dem Gebiete des anderen ansässig waren. — Diese Forderung wurde hauptsächlich deswegen nötig, weil Polen gemäß Punkt 2 nur einen beschränkten Personenkreis zulassen wollte. Es wäre ein Widersinn, zugleich mit dem Abschluß eines Niederlassungsvertrages zahlreiche Kategorien von Reichsdeutschen der Willkür polnischer Verwaltungsbehörden preiszugeben.

Deutscherseits wurde die Sicherstellung dieses Verbleibes ohne Ausnahme gefordert, d. h. auch der Verbleib der noch vorhandenen Optanten sollte gesichert werden. Polen lehnte die von Deutschland gewünschte vertragliche Sicherstellung ab. Es begründete seine Stellungnahme damit, daß Deutschland in anderen Verhandlungen analoge Rechte polnischen Staatsangehörigen nicht zuerkannt hat. Es handelt sich hierbei um polnische Wanderarbeiter, die vor dem 10. Januar 1925 nach Deutschland gekommen sind.

4. Frage der Ausweisungen. — Deutscherseits wurde verlangt, daß Ausweisungen von Staatsangehörigen des anderen Teiles nur vorgenommen werden dürfen auf Grund eines gerichtlichen Urteils, aus Gründen der inneren und

äußeren Sicherheit des Staates, aus Gründen der öffentlichen Gesundheit und Sittlichkeit, ferner dann, wenn der Betreffende nicht genügende Unterhaltsmittel besitzt und sie durch seine Arbeitskraft nicht erwerben kann. Ferner hat Deutschland zunächst gefordert, daß neben dieser Festsetzung der Ausweisungsgründe ein Mißbrauch des Ausweisungsrechts durch Sicherstellung der suspensiven Wirkung einer Behörde möglichst verhütet werden sollte. Polen lehnte jede vertragliche Bindung in dieser Frage ab, so daß die Ausweisungen ausschließlich nach Maßgabe der inneren Gesetzgebung erfolgen würden.

Nach Wiederaufnahme der Verhandlungen im Januar 1927 wurde auf Grund neuer polnischer Erklärungen nochmals der Versuch gemacht, zu einer Verständigung zu gelangen; allerdings konnte sich dieser Versuch nur auf Punkt 1 und 2 beziehen, denn in der Ausweisungsfrage (Punkt 4) hielt die polnische Delegation ihren völlig ablehnenden Standpunkt fest; dieser Punkt wurde daher noch aus den Verhandlungen ausgeschieden. Deutscherseits sind hierüber separate in diplomatischem Wege zu führende Verhandlungen vorgesehen. In der die Polen besonders interessierenden Wanderarbeiterfrage war inzwischen eine vorläufige Regelung geschlossen. Endgültige Verhandlungen wurden in Aussicht genommen. Mit Rücksicht darauf wurde auch die Frage der Sicherstellung des Verbleibes der in Polen befindlichen Deutschen (Punkt 3) vorläufig zurückgestellt.

Die praktischen Erörterungen beschränken sich daher seit Januar auf die eigentliche Frage der Einreise und der Niederlassung. In der Frage der Einreise erklärte sich die polnische Delegation nunmehr zwar zur Annahme einer allgemeinen Meistbegünstigungsformel bereit, lehnte es aber kategorisch ab, eine Zusage dahin zu geben, daß Reisen auch nur bis zu drei Wochen — Deutschland hatte entgegenkommenderweise die ursprüngliche Frist von 6 Wochen auf 3 Wochen gekürzt — gleichzeitig zugelassen werden sollten. In der Niederlassungsfrage waren die polnischen Unterhändler nicht geneigt, weder für die Angestellten, noch für irgend welche landwirtschaftlich tätige Personen die Meistbegünstigung einzuräumen. Lediglich freien Berufen, die sich auf Handel und Gewerbe beziehen, wollten sie noch außer den registerfähigen Kaufleuten und Gewerbetreibenden zulassen; ein Zugeständnis, das um so wertloser ist, als sich herausstellte, daß zahlreiche Berufe, z. B. sogar der Beruf von Ingenieuren, Ärzten und Spediteuren in Polen durch die Gesetzgebung ausschließlich den Inländern vorbehalten ist. Unter diesen Umständen versprach ein Weiterführen der Verhandlungen in der bisherigen Form nur geringen Erfolg. Polen hat im Verlauf der Verhandlungen über seinen ursprünglichen Standpunkt hinaus keine weiteren Zugeständnisse gemacht, Deutschland dagegen hat eine große Zahl von Forderungen zurückgestellt und auf wichtige Belange endgültig verzichtet. Eine besondere Schwierigkeit bietet noch der polnische Standpunkt, daß die Bestimmungen der inneren Gesetzgebung durch den Handelsvertrag in keiner Weise angetastet werden sollen. Da die Bestimmungen durchweg der Verwaltungswillkür einen weiten Spielraum lassen, vielfach auch noch Ausführungsbestimmungen fehlen, ist daraus deutlich die polnische Absicht zu erkennen, die Maschen eines etwaigen Niederlassungsvertrages

so weitläufig zu machen, daß die Niederlassungspolitik auf wirksame Hindernisse nicht stoßen kann. Umgekehrt folgt daraus für Deutschland das Interesse, auf allen den Gebieten, die zum Niederlassungsrecht gehören, möglichst eingehende und eindeutige Bestimmungen zu schaffen. Daraus folgt, daß eine deutsch-polnische Verständigung auch auf wirtschaftlichem Gebiete ungeheuer schwer ist, solange Polen seine Entdeutschungspolitik mit unverminderter Härte betreibt.

Wenn die polnische Propaganda behauptet, die Verhandlungen scheiterten daran, daß Deutschland politische Forderungen stelle, so beweist die obige Darstellung, daß die deutschen Forderungen sich durchaus in dem Rahmen halten, der bei derartigen Verträgen üblich ist; wenn sie darüber hinausgehen (Punkt 3), ist es durch die besonderen Verhältnisse unabweislich geboten. Es ist nicht zu verkennen, daß es die polnische Politik in den abgetretenen Gebieten ist, die die Verständigung erschwert, was ja auch die oberschlesischen Ausweisungsfälle beweisen. Anfang Februar 1927 kam es also wieder zu einer vorläufigen Einstellung der deutsch-polnischen Verhandlungen. Diese dürften so lange ausgesetzt werden, bis auf diplomatischem Wege die Grundlage für neue, hoffentlich gedeihlichere Verhandlungen geschaffen werden. Mit Rücksicht auf die Gegensätze, die — wie sich gezeigt hat — noch in den wichtigsten Fragen bestehen, ist es im Augenblick sehr schwer, über die Aussichten für den Abschluß eines deutsch-polnischen Handelsvertrages Bestimmtes zu sagen; doch kann man aus der gegenwärtigen Situation schon heute erkennen, daß noch viele Monate verstreichen dürften, bis der für beide Teile unbestreitbar wichtige Handelsvertrag zur Wirklichkeit wird.

## Verkehrspolitik.

### Eisenbahnpolitik.

Die Bedingungen, unter denen der polnische Staat aufgebaut und das Eisenbahnwesen in Polen geschaffen worden ist und sich bis zum Jahre 1924 entwickelte, haben bis zu diesem Zeitpunkt eine weitsichtige Verkehrspolitik unmöglich gemacht. Schon allein das Operationsterrain, das aus einem mechanisch zusammengefügt Eisenbahnnetz dreier Teilgebiete bestand, in denen überall besondere Tarifsysteme Geltung hatten, schloß die Möglichkeit von vornherein aus, einen einheitlichen Plan der Tarifwirtschaft aufzustellen und machte zunächst langwierige Vorarbeiten für die Vereinheitlichung der verschiedenartigen Systeme notwendig. Komplizierte und bis ins Einzelne gehende Konjunkturforschungen erforderten auch die wirtschaftlichen Sonderheiten der drei Teilgebiete, um die Tarife jeweils den veränderlichen ökonomischen Bedingungen anzupassen. Das polnische Verkehrsministerium hatte zudem noch mannigfache Sorgen hinsichtlich der Ausbalancierung des Eisenbahnetats, Mühen, die in Anbetracht der jahrelangen Inflation und der polnischen Wirtschaftskrise die konzentrierte Anspannung aller Kräfte

verlangten, ohne freilich von dauerndem Erfolg begleitet zu sein. Erst seit Anfang Januar 1924, nach Einführung eines Tarifs mit ständigen Tarifeinheiten, hat sich die finanzielle Lage der polnischen Eisenbahnen etwas gebessert, wenn auch die neuen erhöhten Tarife die Vorkriegsnormen noch nicht erreichten. Trotzdem währten sich die polnischen Wirtschaftskreise nach wie vor durch die Tarifpolitik der Eisenbahnverwaltung schwer belastet und drangen bei den zuständigen Stellen auf die Gewährung von Vergünstigungen. Der Bewilligung solcher Erleichterungen konnte sich das Eisenbahnministerium angesichts der immer schwieriger werdenden Wirtschaftsverhältnisse im Lande auf die Dauer nicht verschließen und führte eine Reihe von Veränderungen und Zusätzen zu den bestehenden Tarifsätzen ein, die sich in erster Linie auf eine Verbilligung der Frachten für Artikel des ersten Bedarfs bezogen. Des weiteren befaßte sich der Eisenbahnminister auch im Interesse der polnischen Ausfuhr mit einer Differenzierung der Exporttarife, die unter Berücksichtigung der geschwächten Konsumkraft des Inlandsmarktes einen größeren Anreiz zur Warenausfuhr geben sollten. Es wurden zunächst für Getreide, bearbeitetes Holz, Steinkohle und Handelseisen, später auch noch für eine ganze Reihe anderer Exportwaren ermäßigte Ausfuhrtarife und für Eisenerze, Roheisen und Baumwolle ermäßigte Importtarife zugestanden.

Bei den Ausnahmetarifen handelte es sich vornehmlich um sogenannte „Richtungstarife“, d. h. die Anwendung der Tariferleichterungen wurde davon abhängig gemacht, daß die für den Export bestimmten Warentransporte bestimmten Grenzübergangspunkten zustrebten. Fast allen polnischen Exportausnahmetarifen ist es eigen, daß sie den Danziger Hafen und den etwas westlich gelegenen Hafen Gdingen als Ausgangspunkte bevorzugen<sup>1)</sup>. Diese Eigentümlichkeit hängt damit zusammen, daß Warentransporte nach diesen Häfen die längsten Strecken auf polnischen Eisenbahnen zu durchlaufen haben und die polnischen Bahnen daher am weitgehendsten ausnutzen. Hierbei ist das polnische Verkehrsministerium so weit gegangen, daß es beispielsweise für Holz, das aus den Waldbezirken von Grodno, Bialowiez und Wilna kommt, trotz des für den seewärtigen Export erheblich kürzeren Transportweges nach dem Königsberger bzw. Memeler Hafen, — nur für die Beförderung nach Danzig und Gdingen Tarifvergünstigungen gelten ließ. Eine Ausnahme hiervon macht lediglich polnisches Papierholz, das in den ostpreußischen und memelländischen Papierfabriken verarbeitet wird.

### Grenz- und Transitverkehr.

Zu den Bemühungen der polnischen Regierung um die Hebung des Eisenbahnverkehrs gehören neben dem weiteren Ausbau des Ausnahmetarifsystems die Arbeiten zur Ausgestaltung des Grenz- und Transitverkehrs. Nachdem ab 15. Mai 1926 der unmittelbare Warenverkehr zwischen Polen und Sowjetrußland auf neuer Grundlage eingeführt und am 27. März ein Abkommen zwischen Deutschland und Polen über den gegenseitigen Eisenbahngrenzverkehr (unter Einschluß Danzigs)

<sup>1)</sup> Neuerdings auch den inzwischen weiter ausgebauten Weichselhafen in Dirschau.

geschlossen worden ist, ist das polnische Verkehrsministerium gegenwärtig mit den Vorbereitungsarbeiten eines deutsch-polnischen, polnisch-ungarischen und der Erweiterung des polnisch-rumänischen Eisenbahntarifabkommens beschäftigt.

Was das deutsch-polnische Tarifabkommen betrifft, so ist man sich darüber klar, daß die Ausarbeitung direkter Gütertarife für den Warenverkehr zwischen Deutschland und Polen mit Rücksicht auf den großen Umfang der deutsch-polnischen Wirtschaftsbeziehungen langwierige Arbeiten notwendig macht. Diese Arbeiten werden weiter aufgehalten durch das langsame Tempo, in denen schon seit zwei Jahren die gegenseitigen Handelsvertragsverhandlungen geführt werden, denn von deren Ergebnis hängt die zukünftige Gestaltung des deutsch-polnischen Gütertarifs in hohem Maße ab. Nicht geringe Schwierigkeiten erwachsen auch noch angesichts der notwendigen Zulassung des Transits aus Süddeutschland nach Polen im Durchgangsverkehr durch die Tschechoslowakei. Um diesen Schwierigkeiten tunlichst aus dem Wege zu gehen, ist beabsichtigt, zwei sogenannte „Eisenbahnunionen“ zu schaffen, und zwar eine deutsch-polnische für den Güterverkehr ausschließlich über die deutsch-polnische Grenze und eine süddeutsche für den Verkehr mit Polen im Transit durch die Tschechoslowakei. Hierzu ist allerdings notwendig, daß diese beiden „Unionen“ getrennte Tarife ausarbeiten.

Auf den Konferenzen über den Abschluß eines polnisch-ungarischen Eisenbahntarifabkommens wurde außer den üblichen Tarifnächlässen auch die Frage einer Spezialbehandlung polnischer Kohlentransporte besprochen. Man ist sich bereits darüber einig, daß der Tarif zur Erleichterung für den Empfänger in ungarischer Valuta berechnet wird, im Gegensatz zu allen anderen Tarifen, die auf polnische Valuta lauten.

Über die Erweiterung des polnisch-rumänischen Eisenbahntarifabkommens wurde außer einzelnen Berichtigungen und Ergänzungen zu dem bestehenden direkten polnisch-rumänischen Verkehrsabkommen auch die Erweiterung dieses Abkommens auf die Levantehäfen Konstantinopel, Piräus, Haifa, Jaffa und Alexandria angeschnitten. Bei Zustandekommen eines solchen Abkommens würden die vorkriegszeitlichen analogen Tarifsätze, die zwischen Konstanz und den genannten Levantehäfen bestanden, zur Anwendung kommen. Die Seeverbindung soll von rumänischen Reedereien aufrecht erhalten werden, mit denen die polnische Eisenbahnverwaltung ebenfalls ermäßigte Transittarife abzuschließen trachtet.

Der anfangs erwähnte polnisch-russische Tarifvertrag bezieht sich zunächst nur auf den unmittelbaren Grenzverkehr zwischen Polen und Rußland. Er betrifft vorläufig noch nicht den Transitverkehr von Rußland durch Polen, der sich für eine gewisse Zeit noch im Wege der Reexpedition innerhalb der polnischen Grenzen wird abwickeln müssen. Es liegt in der Natur der Sache, daß das polnisch-russische Abkommen die Einführung einer ähnlichen Verbindung zwischen der Sowjetunion und anderen Staaten im Transit durch Polen in Kürze nach sich ziehen wird. Eine dieser direkten Transitverbindungen, und zwar die deutsch-polnisch-russische, für die bereits die Richtlinien auf der Eisenbahnkonferenz in

Warschau im Frühjahr 1926 abgesteckt worden sind, wird schon in absehbarer Zeit nach Erledigung der einzelnen Durchführungsbestimmungen eingeführt werden.

Mit dem Ziel, den direkten Eisenbahnverkehr mit den westeuropäischen Staaten auszubauen, hat das polnische Eisenbahnministerium nach etwa anderthalbjähriger Unterbrechung auch die Arbeiten für die Einführung eines unmittelbaren Personen- und Gepäckverkehrs zwischen Polen und England, Belgien, Holland und Frankreich im Transit durch Deutschland wieder aufgenommen. Die Konferenz tagte in Paris, wo neben den erwähnten Arbeiten auch Verhandlungen über ein Abkommen zwischen den baltischen Staaten und Westeuropa im Durchgangsverkehr durch Polen und Deutschland geführt wurden.

Schließlich wäre noch das neue polnisch-skandinavische und polnisch-jugoslawische Tarifabkommen erwähnenswert. Ersteres ist mit Wirkung vom 1. Juli 1926 in Kraft getreten und regelt den Güterverkehr zwischen Polen und Danzig — sowie Dänemark, Norwegen und Schweden im Transit durch Deutschland und Schweden nach Norwegen. Der Vertrag setzt eine Reihe Grenzübergangsstationen zwischen Deutschland und Polen, Deutschland und Dänemark sowie zwischen Schweden, Norwegen und Deutschland fest. Die Durchführungsbestimmungen zu diesem Tarif sind bereits ausgearbeitet und ebenfalls seit dem 1. Juli 1926 verbindlich. Der direkte Warenverkehr zwischen Polen und Jugoslawien ist bereits am 1. März 1926 eingeführt worden. Im allgemeinen können nach den aufgestellten Richtlinien dieses Tarifvertrages die Frachten im voraus durch den Absender oder am Bestimmungsort durch den Empfänger bezahlt werden; nur für Frachten nach Rumänien gilt vorläufig noch der Frankierungszwang bis zur jugoslawisch-rumänischen Grenze. Nachnahmesendungen oder Versicherungen der Transporte sind jedoch unzulässig.

In Ergänzung des Bildes über die Regelung des polnischen Grenz- und Transitverkehrs sei noch kurz darauf hingewiesen, daß ähnliche Abmachungen auch mit der Tschechoslowakei, Österreich, Italien und der Schweiz getroffen worden sind. Auch bei diesen Tarifabkommen ist das Hauptaugenmerk der polnischen Regierung darauf gerichtet, den Warenumsatz durch Einführung unmittelbarer Transporte und durch Ausarbeitung fertiger Frachttabellen zu fördern.

Um sich einen Überblick über den Warenaustausch zwischen dem polnischen Staat und dem Auslande zu verschaffen, ist eine kurze Betrachtung der polnischen Eisenbahnverkehrsstatistik notwendig. Nach den Daten des „Statistischen Jahrbuchs der Gütertransporte“ entfielen im Jahre 1924 von der Gesamtmenge von 49,7 Millionen Tonnen, die auf polnischen Bahnen befördert wurden: 20,2 Millionen Tonnen auf den Auslandsverkehr und zwar wurden ausgeführt 15,7 Millionen t, eingeführt 1,9 Millionen t und transito durchgeführt 2,6 Millionen t.

Es ist nicht übertrieben, wenn man für den Durchschnitt der letzten Jahre annimmt, daß 90% des polnischen Warenverkehrs mit dem Auslande über die Westgrenzen Polens stattfindet. Die übrigen 10% entfallen auf den Osten. Der größte Austauschverkehr besteht zwischen Deutschland und Polen und zwar über

die schlesischen Grenzstationen. An der russischen Grenze war der Eisenbahnverkehr einige Jahre hindurch verschwindend gering. Erst gegen Ende 1924 belebte er sich und nimmt in letzter Zeit ständig an Umfang zu. Durchschnittlich rollen etwa 50 bis 60 Waggons täglich von Polen nach Rußland. Auch an der rumänischen und lettländischen Grenze stellt sich der Eisenbahngrenzverkehr nicht allzu lebhaft dar. Bedeutend umfangreicher gestaltet sich der Verkehr von und nach der Tschechoslowakei. Die Grenzstation mit dem größten Austauschverkehr ist Zebrydowice-Piotrowice, über die fast die gesamte polnische Einfuhr und Ausfuhr von und nach der Tschechoslowakei, aber auch nach anderen Ländern südlich und westlich der Tschechoslowakei, wie Österreich, Italien, der Schweiz und teilweise auch Ungarn und Jugoslawien geleitet wird. Der Grenz- und Transitverkehr auf den polnischen Bahnen konnte im Jahr 1925 die Ziffern des Vorjahres nicht ganz erreichen.

Es läßt sich nicht in Abrede stellen, daß die Ziffern des Transitverkehrs auf den polnischen Bahnen der letzten Jahre noch weit hinter denjenigen der Vorkriegszeit zurückbleiben. Hieran sind aber nicht allein die Nachkriegsverhältnisse in den am Transit interessierten Staaten schuld; in hohem Maße tragen auch die polnischen Zollformalitäten und Veterinärbestimmungen dazu bei, den Durchgangsverkehr durch Polen erheblich zu erschweren. Die polnischen Durchfuhrbestimmungen müßten sich — um das Interesse für Polen als Transitland zu steigern — den Formalitäten anderer Länder anpassen und ohne Rücksicht auf die Richtungen dieses Verkehrs allen Staaten gleiche Bedingungen mit dem Höchstmaß von Vergünstigungen zusichern, die zu gewähren möglich sind. Solche Erwägungen finden jedoch in der Praxis noch nicht die gebührende Berücksichtigung. Dem Durchgangsverkehr in Richtung auf Ostpreußen sichert die zwischen Deutschland und Polen bestehende Pariser Konvention vom 21. April 1921 zwar weitgehende Vergünstigungen; demgegenüber ist aber der Transit zwischen Deutschland und Rußland sehr benachteiligt, denn seine Zulassung ist von speziellen Genehmigungen, die auf Grund eines ministeriellen Rundschreibens vom 12. November 1925 für jeden Fall besonders erteilt werden müssen, abhängig.

Obwohl die relative Billigkeit der polnischen Eisenbahntarife die nachteiligen Folgen solcher Bestimmungen bis zu einem gewissen Grade abschwächen, so wird dennoch ein großer Teil des Transitverkehrs, unbekümmert des größeren Umwegs nach außerpolnischen Durchfuhrlinien (Ostpreußen, Randstaaten usw.) gedrängt. Eine wesentliche Belebung des polnischen Transitverkehrs wird sich daher erst dann durchsetzen, wenn sich die Durchfuhr von Deutschland nach dem Osten und Südosten durch Polen frei entwickeln kann und die strengen veterinärpolizeilichen Bestimmungen für den Durchgangsverkehr durch Polen, besonders aus den Vieh exportierenden Staaten wie Rußland, Weißrußland, der Ukraine, Litauen und Lettland nach der Tschechoslowakei, Österreich und Deutschland aufgehoben werden.

### Hafenpolitik.

In Verbindung mit den deutsch-polnischen Handelsvertragsverhandlungen sind die künftigen Richtungen der polnischen Hafen- und Seepolitik zu einer

aktuellen Frage geworden, da dem Handelsvertrag auch ein Abkommen abgeschlossen werden soll, das die deutschen Ostseehäfen mit den polnischen gleichstellt. Die deutschen Bemühungen dürften dahin gehen, eine Tarifkonvention durchzudrücken in der Form, daß sich die Frachtspesen zu den deutschen Häfen nicht teurer als nach Danzig und nach den polnischen Häfen stellen, die sich am Pommerelleschen Küstenstreifen befinden.

Schon vor Beginn der wieder aufgenommenen Handelsvertragsverhandlungen mit Polen hat Deutschland durch Einführung einer Reihe von Ausnahmetarifen Anstalten getroffen, den polnischen Überseeverkehr an sich zu ziehen. In diesem Zusammenhange wären u. a. zu nennen: der Ausnahmetarif für den Transit amerikanischer Baumwolle aus Bremen nach Polen, der Ausnahmetarif für Sammeladungen im Durchgangsverkehr von den polnischen Grenzstationen zu den deutschen Häfen und ein Ausnahmetarif für die Durchfuhr schwedischer Eisenerze von Stettin nach Ostoberschlesien. Die deutschen Vorzugstarife haben jedoch nicht ganz den gewünschten Erfolg gehabt. Die Transportkosten für schwedische Erze stellen sich z. B. über Danzig noch etwas günstiger, so daß es Danzig nach Einrichtung der entsprechenden Umschlagsvorrichtungen (Errichtung neuer Kräne usw.) gelungen ist — unterstützt durch die polnische Einfuhrtarifpolitik — einen ansehnlichen Teil der Transporte, die früher ausschließlich über deutsche Häfen nach Polen eingeführt worden sind, an sich zu ziehen. So gut wie keinen Erfolg haben dagegen die Bemühungen Polens gehabt, Danzig auch zum Umschlagsplatz für den Baumwoll-Import zu machen, so daß die Transporte für die polnische Textilindustrie nach wie vor den Weg über den Bremer Hafen nehmen.

Wichtiger ist der Danziger Hafen als Ausgangshafen für den seewärtigen polnischen Export. Während nämlich der Import über Danzig noch nicht die Vorkriegshöhe erreicht hat, hat der Export im Jahre 1926 bereits den Umfang der Vorkriegszeit ein wenig überschritten. In erheblichem Maße hat hierzu der forcierte Kohlenexport als Folge des englischen Bergarbeiterstreiks und die Vergrößerung der polnischen Holzausfuhr beigetragen. Die Umschlagsfähigkeit des Danziger Hafens versucht man mit aller Intensität durch Verbesserungen der Hafeneinrichtungen weiter zu steigern, um einer Abwanderung der polnischen Transporte nach deutschen Häfen, wie sie zeitweise infolge der Überlastung des Danziger und Gdinger Hafens in Erscheinung getreten ist, entgegenzuwirken. Aus diesen Bestrebungen ist deutlich zu ersehen, daß es der polnischen Regierung sehr daran gelegen ist, unter keinen Umständen zuzulassen, daß der Handelsverkehr mit den Überseestaaten — wie es durch eine vollkommene Gleichstellung der deutschen Häfen mit den polnischen leicht eintreten könnte — für immer durch Vermittlung Deutschlands abgewickelt wird. Nach Ansicht Polens würde dies gleichbedeutend sein mit dem Verzicht auf einen eignen Überseehandel und eine eigene Handelsflotte sowie auf den mit großen Schwierigkeiten errungenen Zugang zum Meer. Dadurch würden die bisher nach dieser Richtung gemachten Anstrengungen hinfällig, vor allen Dingen der Hafenbau in Gdingen nutzlos.

Wenn der im Bau befindliche Hafen in Gdingen auch bei weitem nicht die Bedeutung des Danziger Hafens erlangen wird — weil das Fehlen einer größeren Flußmündung Erweiterungen landeinwärts sehr schwierig macht, der seewärtige Ausbau des Hafens aber äußerst kompliziert, kostspielig und zeitraubend ist, so soll er zum mindestens die Monopolstellung Danzigs aufheben, seine Hafenspolitik im polnischen Sinne zu beeinflussen suchen und auch die Gefahren, die dem polnischen Export durch allgemeine Streiks in Danzig erstehen könnten, wesentlich herabmindern. Die Hauptaufgabe Gdingens soll es aber sein, die Basis für die polnische Kriegs- und Handelsflotte zu bilden.

Die Bestrebungen, eine eigne Handelsflotte zu schaffen, gehen schon auf die ersten Jahre seit Bestehen des polnischen Staates zurück. Damals versuchten zwei polnisch-amerikanische Schiffahrtsunternehmungen und eine einheimische Gesellschaft eine polnische Handelsflotte zu gründen, doch vermochten sie sich in Anbetracht der Ungunst der Verhältnisse nicht lange zu behaupten. Von den privaten polnischen Schiffahrtsgründungen, die mit einigen Schiffen die ersten Anfänge der polnischen Handelsflotte bildeten, ist, nachdem als letzte die „Sarmatia“ Ende 1926 liquidiert worden ist, keine mehr übriggeblieben. Nunmehr hat die polnische Regierung die Initiative zur Schaffung einer Handelsflotte ergriffen und Anfang 1927 fünf neue Frachtschiffe zu je 3000 t bei einer französischen Reederei gekauft, die dem Verkehr zwischen Polen und den nördlichen Staaten dienen und in Gdingen stationiert werden sollen. Zusammen mit den beiden bei der Danziger Werft noch in Auftrag gegebenen Passagierdampfern, wird die staatliche polnische Handelsflotte aus sieben Schiffseinheiten bestehen, die der eigens zu diesem Zwecke gegründeten „Staatlichen Schiffahrtsgesellschaft“ unterstellt werden.

In unverkennbarer Weise wurden die Bemühungen um Vergrößerung der polnischen Handelsflotte durch die günstige vorjährige Kohlenexportkonjunktur gefördert, die gewissermaßen eine beschleunigte Inbetriebsetzung neuer Fahrzeuge zur dringenden Notwendigkeit machte. Hieraus entsprang die Errichtung einer neuen Schiffahrtslinie, die unter dem Namen „Weichsel-Baltik-Schiffahrt“ gegen Ende 1926 von einem Dombrowaer Kohlenkonzern gegründet und finanziert worden ist. Diese Gesellschaft hat 20 kleinere Transportschiffe in Hamburg erstanden, mit denen sie einen Teil des seewärtigen polnischen Kohlenexports vom Dirschauer Weichselhafen aus bewältigt.

### Binnenschiffahrtsverhältnisse.

Die Binnenschiffahrt in Polen spielt für die Abwicklung des Warenverkehrs infolge der schlechten Beschaffenheit der Wasserwege eine noch sehr unbedeutende Rolle; sind doch von den 14 000 km Wasserstraßen nur 173 km schiffbar. Bei der Diskussion über das Budget des Ministeriums für öffentliche Arbeiten im Februar 1927 wurde darauf hingewiesen, daß die im Jahre 1926 verschifften Warenmenge nicht einmal eine Million Tonnen erreiche. Aber selbst diese Ziffer dürfte noch zu hoch gegriffen sein, besonders wenn man sich vergegenwärtigt, daß die

Verkehrsverhältnisse auf den polnischen Flüssen im vergangenen Jahre eine kaum nennenswerte Besserung gegenüber den Vorjahren erfahren und die Mengen der in den Jahren 1924 und 1925 beförderten Güter nach Aufzeichnungen des Verkehrsministeriums kaum den zehnten Teil (1924: 72 340 t; 1925: 104 575 t) betragen haben.

Betrachtet man die Verkehrsverhältnisse auf der Weichsel, der größten polnischen Wasserstraße, so zeigt sich, daß dieser wichtige Strom für einen durchgehenden Warentransport unbrauchbar ist. Lediglich in einzelnen Abschnitten sind im Verlauf der beiden letzten Jahre Regulierungen vorgenommen worden, die eine Benutzung des Stromes durch größere Kähne und Flußdampfer ermöglichen. Dies trifft besonders auf den Weichselabschnitt zwischen Krakau und Koczyn zu, wo die Strömung bei niedrigem Wasserstand in ein verengtes Bett geleitet werden kann. Im weiteren Weichsellauf bis Sandomierz sind nennenswerte Regulierungen noch nicht durchgeführt worden, doch lassen die dort vorkommenden, in Tiefen von 50 bis 70 cm liegenden Sandbänke und seichten Stellen immerhin noch einen beschränkten Schiffsverkehr zu. Völlig verwahrlost ist dagegen die Strecke zwischen Sandomierz und Warschau und demzufolge für die Schifffahrt auch am ungeeignetsten. Ein wenig günstiger stellen sich die Verkehrsverhältnisse auf dem weiteren Weichselabschnitt Warschau—Thorn, besonders zwischen Warschau und Modlin, wo durch Vertiefung des Flußbettes die Abwicklung eines normalen Verkehrs möglich geworden ist. Im übrigen kann daher auch hier wegen streckenweiser Versandung ein Massengutverkehr nur mit flachschwimmenden Fahrzeugen bewerkstelligt werden. Erst von Thorn, wo die Weichsel auf ehemals preußisches Gebiet übertritt, ist das Flußbett reguliert und gestattet auf dem ganzen Unterlauf bis zur Einmündung des Stromes in das Meer einen durchgehenden Schiffsverkehr. Der unterste Lauf der Weichsel bis Dirschau wird augenblicklich vertieft, um ihn auch für größere Seeschiffe befahrbar zu machen. Der Warenverkehr flußabwärts besteht in der Hauptsache aus Getreide-, Zucker- und Kartoffelmehltransporten; flußaufwärts werden Korkhölzer, Gerbereiextrakte, Harze, Talg, Felle usw. verschifft.

Wesentlich günstiger stellen sich die Schifffahrtsverhältnisse auf den im ehemals preußischen Gebiet befindlichen beiden Flüssen Warthe und Netze dar. Diese Flüsse bilden zwei ausgezeichnete natürliche Wasserstraßen. Die Warthe ist bis zur Einmündung der Prosna, also bis zum Übertritt auf kongreßpolnisches Gebiet reguliert und besitzt in diesem Abschnitt eine vorzügliche Beschaffenheit. Selbst bei mittlerem Wasserstand ist dieser Fluß noch mit 400-t-Schiffen befahrbar. Der verhältnismäßig lebhafte Verkehr wickelt sich von Luban bis zur deutsch-polnischen Grenze ziemlich reibungslos ab. Er besteht in der Hauptsache aus Zucker- und Holztransporten, die für die Ausfuhr nach Deutschland bestimmt sind, während umgekehrt auf dem gleichen Wege von Stettin aus Kunstdünger nach Polen eingeführt wird.

Eine direkte Verbindung der Warthe mit den übrigen polnischen Wasserstraßen besteht nicht. Es ist zwar möglich, mit dem Schiff von der Warthe die

Netze und den Bromberger Kanal entlang zur Weichsel zu gelangen, dadurch aber, daß die Netze bei Dratzigmühle auf deutsches Gebiet übertritt, wird der Zusammenhang des polnischen Binnenschiffahrtnetzes unterbrochen. Deshalb wird polnischerseits die Regulierung des oberen Laufs der Netze von der Einmündung der Prosna bis Kolo und daran anschließend — der Bau eines Kanals geplant, der die Warthe mit dem Goplosee verbinden und auf diese Weise eine direkte Schiffsverbindung von der Warthe zur Weichsel herstellen soll.

Der zweite wichtige Wasserweg Westpolens ist die Netze. Ein normaler Schiffsverkehr auf diesem Fluß findet vom Goplosee bis zum Übertritt der Netze auf deutsches Gebiet statt. Die Netze ist kanalisiert und besitzt vom Goplosee bis zum Eingang in den Bromberger Kanal Schleusenvorrichtungen, die einen Verkehr mit Schiffen bis zu 250 Registertonnen zulassen. Vom Bromberger Kanal bis zur deutschen Grenze ist der Fluß auch für Schiffe bis zu 400 t Ladefähigkeit befahrbar. Der Verkehr auf der Netze ist besonders im Herbst rege. Zu dieser Jahreszeit gelangen hauptsächlich polnische Landwirtschaftsprodukte und Zucker zur Ausfuhr. Außerdem hat die Netze große Bedeutung für den Transitverkehr zwischen Deutschland und dem abgetrennten Ostpreußen.

Der N j e m e n (Memel), der von Natur aus günstigere Bedingungen für einen Schiffsverkehr aufweist, hat nur in einzelnen Teilen Regulierungsarbeiten notwendig gemacht. Die durch Kriegseinwirkungen entstandenen Schäden sind bereits zum größten Teil beseitigt. Trotzdem besitzt dieser Fluß angesichts des gespannten politischen Verhältnisses zwischen Polen und Litauen für den Warenverkehr nur eine minimale Bedeutung. — Völlig ungeeignet für die Schifffahrt ist der P r i p e t. Nur der Abschnitt unterhalb der Einmündung des Styr ermöglicht einen lokal begrenzten Verkehr auf Kähnen bis zu 100 t Tragfähigkeit. Auch die noch verbleibenden, im ehemals russischen Teilgebiet vorhandenen Flußläufe sind in sehr schlechter Beschaffenheit, kommen also als Verkehrswege kaum in Betracht.

Nicht viel besser steht es um die künstlichen Wasserstraßen in Polen. Es gibt vier Kanäle innerhalb der polnischen Grenzen. Es sind dies: der Augustower Kanal, der Königskanal, der Oginski-Kanal und der Netze(Bromberger)-Kanal. Letzterer ist der weitaus wichtigste, wenn er auch die vorkriegszeitliche Bedeutung mit Rücksicht auf die noch unregulierten deutsch-polnischen Wirtschaftsbeziehungen nicht wiedererlangt hat. Der Augustower und der Königskanal waren durch den Krieg stark in Mitleidenschaft gezogen worden. Beide wurden aber bald nach Beendigung des Krieges instand gesetzt und werden schon seit dem Jahre 1921 wieder benutzt. Die Bedeutung dieser beiden Kanäle hat sich aber gegenüber der Vorkriegszeit nicht gehoben. Der Augustower Kanal eignet sich allenfalls für Schiffe und Kähne bis 150 t, während der Königs-Kanal aus Mangel an Schleuseneinrichtungen lediglich für den Flößereibetrieb in Frage kommt. Die Arbeiten zur Wiederherstellung des Oginski-Kanals, der im Kriege vollständig zerstört worden ist, sind erst sehr spät in Angriff genommen worden, so daß der Schiffsverkehr auf diesem Kanal frühestens zu Beginn des nächsten

Jahres (1928) wieder aufgenommen werden kann. Der südliche Teil dieses Kanals — die kanalisierte Jasilda — ist in seinem alten Zustand belassen worden und zwar mit Rücksicht auf die geplante Trockenlegung Polesiens, die im Zusammenhang mit dem Bauprojekt eines Ost-West-Kanals einen Ersatz der bestehenden durch andere, zweckentsprechendere Kanaleinrichtungen notwendig machen dürfte.

Von neuen Kanalprojekten sind einzelne wieder fallen gelassen worden, u. a. auch der seit mehreren Jahren im Mittelpunkt des Interesses stehende Kohlenkanal Oberschlesien—Danzig, der das ostoberschlesische Kohlenrevier durch Abzweigungen bei Bromberg auch mit Posen und Warschau verbinden sollte. Die Gründe hierfür sind darin zu suchen, daß die polnische Eisenbahn während des vorjährigen englischen Bergarbeiterstreiks einen Kohlenverkehr bewältigt hat, wie er im gleichen Umfange kaum sobald wiederkehren wird, so daß die Verwirklichung dieses Kanalbauprojektes weniger dringlich erscheint. Außerdem besteht noch die Gefahr der Unwirtschaftlichkeit bei einer Verschlechterung des Kohlegeschäftes mit den nördlichen Abnehmern. — Dagegen besteht nach wie vor für den Bau des schon oben erwähnten Ost-West-Kanals großes Interesse, der die polnischen Westprovinzen über Kolo—Lenczyce—Warschau—Brest—Pinsk mit dem Dniepr verbinden soll. Durch den Bau dieses Kanals würde die Trockenlegung der Sümpfe in der Wojewodschaft Polesien erheblich erleichtert und etwa drei Millionen Neuland für Ansiedlungszwecke erschlossen werden. Außerdem würde dieser Kanal durch Anschluß an den Mittellandkanal alle mit Osteuropa im Verkehr stehenden Länder interessieren, weil er günstige Transportmöglichkeiten für den Warenaustausch mit Zentralpolen und Südrußland und die kürzeste Verbindung zwischen dem Atlantischen Ozean und dem Schwarzen Meer herstellen würde.

Bekanntlich steht der Bau des Ost-West-Kanals schon seit mehreren Jahren als wichtigstes Projekt auf dem Regierungsprogramm. Wenn der Plan bisher noch nicht zur Durchführung gekommen ist, so liegt das hauptsächlich an der Schwierigkeit, die finanziellen Mittel hierzu aufzutreiben. Die Baukosten dieses Kanals wie überhaupt die Regulierung und Entwicklung des polnischen Wasserstraßennetzes soll nach fachmännischem Urteil etwa drei Milliarden Zloty betragen. Wie gering im Verhältnis zu dieser Summe die eigne Finanzkraft des Staates ist, ersieht man aus den Voranschlägen des Ministers für öffentliche Arbeiten, der für die Regulierung und Erweiterung der Wasserwege jährlich nur 24 Millionen Zloty auswerfen kann. Ohne ausländische Finanzhilfe ist daher an eine baldige Verwirklichung der Kanalbauprojekte und den anderweitigen Ausbau der Wasserwege in Polen nicht zu denken.





PRIVATDOZENT  
DR. H.-J. SERAPHIM-BRESLAU

# Rußland

Einzelheft aus dem Band I der  
» Osteuropäischen Länderberichte «

Herausgegeben in Verbindung mit der  
Industrie- und Handelskammer Breslau  
vom Osteuropa-Institut in Breslau

SCHRIFTEN DER INDUSTRIE-  
UND HANDELSKAMMER BRESLAU  
HEFT 5 · MAI 1927

VERLAG VON M. & H. MARCUS, BRESLAU



# Inhaltsverzeichnis.

Vorwort:

## I. Allgemeines. Bevölkerungsverhältnisse.

1. Gebiet und administrative Einteilung.
2. Verkehrslage und Verkehrswege.
3. Bodenschätze.
4. Elektrifizierung.
4. Zur Demographie der U.d.S.S.R.

## II. Die Lage der Landwirtschaft und Industrie.

### A. Landwirtschaft.

1. Die natürlichen Bedingungen der russischen Landwirtschaft.
2. Die rechtlichen Bedingungen der russischen Landwirtschaft.
3. Die landwirtschaftliche Produktion.

### B. Die Industrie.

1. Allgemeine Charakterisierung.
2. Die Finanzierung der Industrie.
3. Das Kapitalproblem der russischen Industrie.
4. Das Arbeiterproblem der russischen Industrie.

## III. Kaufbedürfnis und Kaufkraft der Bevölkerung.

1. Allgemeines und Methodisches.
2. Kaufbedürfnis und Kaufkraft auf dem Lande.
3. Kaufbedürfnis und Kaufkraft in der Stadt.

## IV. Gesamtausfuhr und Gesamteinfuhr Rußlands.

1. Allgemeines.
2. Statistische Darstellung des russischen Außenhandels.
  - a) Rußlands Einfuhr und Ausfuhr aus und nach den wichtigsten Ländern.
  - b) Die wichtigsten Ein- und Ausfuhrwaren nach Herkunfts- und Bestimmungsländern.

## V. Der Anteil Rußlands am deutschen Außenhandel.

## VI. Handelspolitische Richtungen und Maßnahmen.

1. Gründe der Einführung des Außenhandelsmonopols.
2. Die Organisation des Außenhandelsmonopols.
3. Regelung des Außenhandels.
4. Auslandsbeteiligung am wirtschaftlichen Aufbau Rußlands.
5. Handelsvertragspolitik.
6. Ergänzende Hilfsmaßnahmen.



## Vorwort.

---

Der Länderbericht Rußland stellt im wesentlichen eine Zusammenfassung meiner bisher über die Wirtschaft der Sovet-Union veröffentlichten Studien dar. Insbesondere sei auf die Darstellungen: Wesen und Entwicklung des Außenhandels Sovetrußlands, in den Schriften des Vereins für Sozialpolitik; Die russische Währungsreform des Jahres 1924, Leipzig 1925, und zur Organisation der russischen Industrie, Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik, Bd. 53, verwiesen, die inhaltlich ergänzt und erweitert wurden. Die Quellenbeschaffung war dank der ausgezeichneten Sammlungen des Osteuropa-Instituts nicht übermäßig erschwert.

In vorliegender Gesamtdarstellung der gegenwärtigen russischen Wirtschaftslage wurde auf die Wiedergabe von Einzelheiten weniger Gewicht gelegt, als auf die Herausarbeitung der in der staatskapitalistischen Wirtschaftsordnung begründeten Eigenartigkeit der wirtschaftlichen Struktur als solche. Dies ist zum Verständnis des heutigen Rußland wesentlicher als eine Fülle verwirrender Daten. Dabei blieb aber die Zielsetzung auch dieses Berichts, die Außenhandelsentwicklung und die Verflechtung Rußlands mit der Weltwirtschaft, unverrückbar bestehen. Aus diesem Grunde ist nicht nur die Außenhandelspolitik in der Zeit des Bolševismus, das Monopol und seine evolutionistische Umgestaltung, sondern auch seine ziffernmäßige Entwicklung dargestellt worden.

Für wertvolle Hilfe bin ich Herrn Dipl. rer. pol. G. T r i e b e zu Dank verpflichtet. Seiner tatkräftigen Mitarbeit verdanken die Abschnitte über die allgemeinen Grundlagen der russischen Volkswirtschaft, über die Kaufkraftverhältnisse der Bevölkerung und die Landwirtschaft, sowie die statistischen Kapitel über den Außenhandel ihre Entstehung.

Der Verfasser.



# I. Allgemeines. Bevölkerungsverhältnisse.

## I. Gebiet und administrative Einteilung.

Die Union der Sozialistischen Sovet-Republiken (U.d.S.S.R.), die sich auf dem Gebiet des alten Zarenreiches gebildet hat, umfaßt die östliche Hälfte Europas, das nördliche und einen Teil des mittleren Asiens, insgesamt 21 210 500 qkm. Die Union stellt einen Staatenbund dar, der aus sechs selbständigen Bundesrepubliken besteht, nämlich aus der Russischen Sozialistischen Föderativen Sovet-Republic (R.S.F.S.R.), Hauptstadt Moskau, der Ukrainischen Sozialistischen Sovet-Republic (Ukrain. S.S.R.), Hauptstadt Char'kov, der Transkaukasischen Sozialistischen Föderativen Sovet-Republic (Transk. S.F.S.R.), der Weißrussischen Sozialistischen Sovet-Republic (Weißruss. S.S.R.), Hauptstadt Minsk, der Usbekischen Sozialistischen Sovet-Republic (Usbek. S.S.R.), Hauptstadt Samarkand, und der Turkmenischen Sozialistischen Sovet-Republic (Turkm. S.S.R.), Hauptstadt Poltorazk.

Die Größe der einzelnen Bundesrepubliken stellt sich folgendermaßen dar:

| Bundesrepubliken       | Gebiet      |                      |
|------------------------|-------------|----------------------|
|                        | in 1000 qkm | in % d. Gesamtfläche |
| R.S.F.S.R.             |             |                      |
| Europ. Teil . . . .    | 3 993,6     | 18,8                 |
| Asiat. Teil . . . .    | 15 689,4    | 74,0                 |
| <hr/>                  |             |                      |
| R.S.F.S.R. insges. . . | 19 683,0    | 92,8                 |
| Ukrain. S.S.R. . . . . | 429,7       | 2,0                  |
| Transk. S.F.S.R. . . . | 193,0       | 0,9                  |
| Weißruss. S.S.R. . . . | 109,8       | 0,5                  |
| Usbek. S.S.R. . . . .  | 322,0       | 1,5                  |
| Turkm. S.S.R. . . . .  | 473,0       | 2,3                  |
| <hr/>                  |             |                      |
| U.d.S.S.R. insges. . . | 21 210,5    | 100,0                |

Die beiden Bundesrepubliken Turkmenistan und Uzbekistan sind erst im Jahre 1925 entstanden. Weitere Neubildungen und Umbildungen sind wahrscheinlich.

Die einzelnen Bundesrepubliken zerfallen in eine mehr oder weniger große Zahl von Verwaltungseinheiten, die je nach ihrer politischen Bedeutung im Rahmen des gesamten Staatskörpers als Republiken, Autonome Gebiete oder Gebiete schlechthin bezeichnet werden und ihrerseits wieder in kleinere administrative Einheiten untergegliedert sind. So zerfällt die bei weitem wichtigste unter den Bundesrepubliken, die R.S.F.S.R., die ihrer Größe nach mehr als neun Zehntel der gesamten U.d.S.S.R. einnimmt, in 10 Autonome Republiken, 13 Autonome Gebiete und 3 Gebiete. Die Transkaukasische S.F.S.R. setzt sich aus den Republiken Azerbeidschan, Armenien und Georgien zusammen.

Die Verwaltungseinheiten sind ohne Rücksicht auf die wirtschaftliche Struktur des Landes gebildet. Im Interesse zweckmäßiger Ausnutzung der Produktivkräfte wird daher von der Staatlichen Planwirtschaftskommission (Gosplan) die Neueinteilung des gesamten Staatsgebiets der U.d.S.S.R. nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten in große Wirtschaftsgebiete, die sog. Rayonierung, in Angriff genommen, die neben die Gliederung in Verwaltungseinheiten tritt.

## II. Verkehrslage und Verkehrswege.

1. H ä f e n. Für die Aufrechterhaltung und Ausdehnung weltwirtschaftlicher Beziehungen ist der Anschluß an das Meer von großer Bedeutung. In dieser Hinsicht ist die U.d.S.S.R. noch ungünstiger gestellt als es das alte Zarenreich schon war. Durch die Ablösung der Randstaaten sind die außerordentlich wichtigen baltischen Häfen verlorengegangen. Im europäischen Norden verblieben Rußland nur drei bedeutende Häfen: Petersburg (Leningrad)-Kronstadt am Finnischen Meerbusen, Archangel'sk am Weißen Meer und Murmansk am Nördlichen Eismeer. Im Süden wären zu nennen: am Schwarzen Meer Odessa, Nikolaev, Cherson, Skadovsk, Sevastopol, Feodosia, Novorossijsk und Batum (letzteres besonders für den Petroleum-Export bedeutsam, da von Baku nach Batum eine Röhrenleitung führt); am Asov'schen Meer Berdjansk, Mariupol, Taganrog, Rostov und Asov. Sibiriens Hafen ist Wladivostok.

2. F l ü s s e. Ein ausgezeichnetes, vielverzweigtes, fast das ganze Land ziemlich gleichmäßig überziehendes Flußsystem verbindet die russischen Meere und Häfen mit dem Hinterland. Großer Wasserreichtum, durch den ebenen Charakter des Landes bewirkte langsame Strömung, die gegenseitige Nähe der Quellen der bedeutendsten Ströme des europäischen Rußland, die eine Verbindung verschiedener Flußsysteme durch Kanäle erleichtert — alles dies sind Momente, die der Entwicklung der Schifffahrt förderlich sein müssen. Doch sind die russischen Flüsse wegen des langwährenden Eisganges nur einen Teil des Jahres dem Verkehr zugänglich. Die Navigationsperiode dauert fünf bis sieben Monate. Erschwerend für die Schifffahrt kommt ferner in Betracht, daß die Regulierung und der Ausbau der Flüsse über erste unbedeutende Ansätze nicht hinausgekommen ist: Felsblöcke und Schnellen, im Sommer namentlich zahlreiche Sandbänke, machen eine größere Entwicklung der Schifffahrt unmöglich. Hinzu kommt, daß ein erheblicher Teil der russischen Flüsse wenig erforschte Einöden durchströmen und ins nördliche Eismeer mündet,

das keine wirtschaftliche Bedeutung besitzt. Selbst Rußlands bedeutendste Verkehrsader, die Volga, mündet in das Kaspische Meer, das als ausflußloser Binnensee für den Weltverkehr ohne größeren Belang ist.

3. K a n ä l e. Obwohl die Flüsse durch ihr Ineinandergreifen und ihre günstige Lage zueinander eine leichte Verbindung ermöglichen, ist das russische Kanalsystem verhältnismäßig sehr schwach entwickelt. Das bedeutendste Kanalsystem ist das Mariensystem, das die Newa mit der Volga verbindet und das durch einen weiteren Kanal auch an die nördliche Dvina angeschlossen ist. Die Kanäle, welche das Dneprsystem mit den Flüssen der Ostsee (Düna, Memel, Weichsel-Bug) verbinden, sind durch die Neubildung Polens und der Baltischen Randstaaten verlorengegangen oder haben doch, soweit sie — wie der Beresinskij-Kanal — noch russisches Staatsgebiet durchfließen, ihre frühere Bedeutung für Rußland eingebüßt. Eine Verbindung der nach Süden fließenden Flüsse (Dnepr, Don, Volga) untereinander fehlt vollkommen, obwohl die untere Volga sich dem Don auf 55 km nähert und der ebene Charakter des Landes keine größeren Schwierigkeiten bereitet. Erst im Jahre 1925, anlässlich der Bildung des nordkaukasischen Gauces, wurde die Frage eines Kanalbaues zwischen Volga und Don angeschnitten. Ein dem Gosplan der Sowetunion vorgelegtes Projekt ist inzwischen angenommen und im Sommer 1926 mit der praktischen Vorarbeit begonnen worden.

4. D a s S t r a ß e n- u n d W e g e w e s e n zeigt in Rußland ein besonders rückständiges Bild. Das Land ist zwar reich an Naturstraßen, die aber, von Menschenhand nicht oder nur wenig verbessert, nur primitiven Verkehrsbedürfnissen dienen können. Auch für die Anlage von Kunststraßen ist von der zarischen Regierung relativ wenig getan worden. In den an Polen und die Baltischen Randstaaten abgetretenen Gebieten war das Chausseesystem noch bei weitem am besten. Wie rückständig der Ausbau des Kunststraßensystems im jetzigen Sovetrußland ist, kann man daraus ersehen, daß selbst bedeutende Städte, wie Odessa, Kazan', Saratov, Rostov, Astrachan, Verbindungsstraßen im westeuropäischen Sinne überhaupt entbehren.

5. Etwas günstiger liegen die Verhältnisse bei den russischen Eisenbahnen. Bei Kriegsausbruch verfügte Rußland über ein Bahnnetz von rund 73 000 km Länge, wovon 68 000 km sich auf dem Gebiet der jetzigen U.d.S.S.R. befanden. Auf 100 qkm berechnet ergibt dies 1,3 km, während das nämliche Verhältnis in Deutschland um mehr als das Zehnfache größer ist, wobei freilich zu bedenken ist, daß die geringe Dichte in Rußland durch die nördlichen, äußerst gering besiedelten Gebiete herbeigeführt wird. Das Zentrum des russischen Bahnnetzes ist Moskau. Neben Moskau haben im Norden Petersburg, im Süden Char'kov, größere Bedeutung als Eisenbahnknotenpunkte. Eine größere Verdichtung zeigt ferner das Eisenbahnnetz im Donezkohlengebiet und im Uralindustrialgebiet bei Jekaterinburg. Den stärksten Verkehr hat die große Strecke zwischen den beiden Hauptstädten, die altberühmte „Nikolaibahn“. Von großer Bedeutung ist die Linie von Petersburg über Pskov und Dünaburg nach Vilna, von wo aus eine westliche Linie über Kowno nach Preußen abzweigt, eine südwestliche über Grodno nach

Warschau und weiter nach Wien und eine südliche über Baranowitschi nach Kowno, Kasatin, Odessa. Der größte Teil dieses Eisenbahnnetzes liegt jetzt in den neuen westlichen Randstaaten. Rußlands Eisenbahnsystem wird dadurch besonders hart getroffen, weil auch die große Strecke Petersburg—Odessa, die einzige unmittelbare Linie von Petersburg nach dem pontischen Süden, zerrissen ist. In Kasatin trifft auf die Petersburger Odessalinie die Moskauer Strecke, die von Moskau über Brjansk, Konotop und Kiev läuft. Als weitere Nord-Süd-Linie hat insbesondere die alte Südbahn Bedeutung, die von Moskau über Tula, Orel, Kursk, Char'kov, Losovaja nach Sevastopol führt. In Losovaja zweigt die wichtige Route über Taganrog nach Rostov ab, die am Nordfuß des Kaukasus entlang weiter nach Baku und dann nach Tiflis und Batum führt. Durch eine weiter östlich verlaufende Südlinie wird Moskau über Rjazan, Koslov und Voroneš mit Rostov verbunden. Die wichtigste Moskauer Sibirienroute führt über Tula nach Rjažsk, Penza, Syzran, Samara, Kinel, Ufa, Čeljabinsk nach dem Stillen Ozean. In Kinel zweigt eine Strecke nach Orenburg und Turkestan ab. Petersburg hat erst in neuerer Zeit in der sog. Nordbahn einen selbständigen Zugang nach Sibirien erhalten. Die Strecke führt über Vologda — Vjatka — Perm — Jekaterinburg — Čeljabinsk. Neben den aufgezählten wichtigsten Eisenbahnlinien gibt es noch eine Reihe von Strecken von größerer Bedeutung, deren Zielpunkte Nižnij-Novgorod, Saratov, Kasan u. a. sind.

### III. Bodenschätze.

1. Steinkohle. Die wichtigsten Steinkohlenfundorte der Sowjetunion, die gegenwärtig ausgenutzt werden, sind die Becken Donec, Moskau, Ural, Kuzneck in Westsibirien, Čeremchow in Ostsibirien, ferner einzelne Gebiete im Kaukasus und in Turkestan. Mit Ausnahme des Moskauer Gebietes waren alle diese Kohlenfundstellen lange Zeit in den Händen der Gegner der bolschewikischen Regierung und haben unter dem Bürgerkrieg stark gelitten. Erst im Jahre 1921 begann ein langsamer Wiederaufbau.

Das weitaus wichtigste Kohlenversorgungsgebiet Rußlands ist das Donec-bassin, das sich nicht nur durch seine günstige Verkehrsanlage, sondern auch durch die vorzügliche Qualität seiner Kohle, die sich besonders für Verkokung eignet, und damit eine wichtige Vorbedingung für die Entwicklung einer leistungsfähigen Hüttenindustrie erfüllt, ferner durch die wenig tiefe Lagerung, die teilweise sogar an die Oberfläche heranreicht, auszeichnet.

Das Moskauer Kohlenrevier besitzt eine viel minderwertigere Kohle, die sich auch zur Verkokung nicht eignet, ist daher trotz seiner günstigen Lage von geringerer Bedeutung. In den Jahren 1918—1920 jedoch war gerade das Moskauer Becken das einzige Gebiet, aus welchem die Sowetwirtschaft ihren Bedarf decken konnte. In dieser Zeit erfuhr das Moskauer Becken eine starke Förderung durch die Regierung, die zu einer übermäßigen Entwicklung führte. Neuerdings, nachdem der Wiederaufbau der Doneckkohlenförderung große Fortschritte gemacht hat, tritt die Bedeutung des Moskauer Beckens wieder mehr zurück.

Das nächstwichtigste Becken ist das **Kuzneck-Bassin** in Westsibirien, das die größten Steinkohlenvorkommen der Welt umschließen soll. Die Kuzneckkohle ist gut und zur Verkokung geeignet, wenn sie auch in der Qualität der Doneckkohle nachsteht. Die ungünstige Verkehrslage hindert jedoch eine größere Entwicklung, besitzt doch dieses reiche Gebiet noch immer keinen leistungsfähigen Eisenbahnanschluß.

Die Kohlenlager im **Ural** sind für die dortige Industrie nicht besonders wertvoll, da sie sich zur Verhüttung nicht eignen, so daß die hochentwickelte Hüttenindustrie dieses Gebiets auf Holzkohle oder sibirischen Koks angewiesen ist.

Von nur lokaler Bedeutung ist das Kohlengebiet von **Čeremchovo** im Gouvernement Irkutsk. In noch höherem Maße trifft dies für die Kohlenlager Turkestans und des Kaukasus zu. Doch ist speziell für den Kaukasus wegen der guten Qualität und der wenig tiefen Lagerung der dortigen Kohle mit einer größeren Entwicklung des Bergbaus in Zukunft zu rechnen.

2. **Erdöl.** Vor dem Kriege stand Rußland hinsichtlich seiner Erdölgewinnung an zweiter Stelle hinter den Vereinigten Staaten von Nord-Amerika. Die wichtigsten Produktionsgebiete sind der Reihe nach Baku, Groznyj, Emba (Ural), Kuban (Schwarzes Meer), Ferban (Turkestan), unter denen wieder dem Gebiet von Baku die bei weitem größte Bedeutung zukommt.

Weitere Vorkommen finden sich am Flusse Uchta an der Südgrenze des Gouvernements Archangel'sk, ferner im Volgagebiet in den Gouvernements Tiflis und Elisavetpol, im Turgajsker Gebiet und auf Sachalin.

3. **Eisenerz.** Die Union der Sozialistischen Sovetrepubliken ist reich an Eisenerzen zum Teil hervorragender, an die besten schwedischen Sorten heranreichender Qualität. Der wichtigste Bezirk für die Erzgewinnung ist das Gebiet am Krivoj Rog in der Ukrainischen S.S.R. an der Grenze der Gouvernements Jekaterinoslav und Nikolaevsk. Weitere Erzgruben befinden sich im Doneckgebiet und im Bezirk von Kertsch, ferner im Ural, hier hauptsächlich im Bezirk Jekaterinburg und im Süd-Ural. Von geringerer Bedeutung sind die Erzgruben Zentralrußlands, die größtenteils in den Gouvernements Tula, Kaluga und im Okka-Gebiet liegen. Ganz unbedeutend ist die Produktion von Erz in Nordrußland, wo sich im Gouvernement Olonetz Erzküppen befinden. Die übrigen teilweise umfangreichen Erzlager, die in großer Zahl auch in anderen Teilen der Union vorhanden sind, werden vorläufig in geringem Umfange ausgebeutet.

4. **Gold.** Auch die Goldgewinnung Rußlands ist bedeutend. Vor dem Kriege stand Rußland hinsichtlich seiner Goldproduktion an vierter Stelle hinter Südafrika, den Vereinigten Staaten und Australien.

Das reichste Goldgebiet ist Ostsibirien, wo sich das Gold hauptsächlich im Sand der Flüsse vorfindet. Als besonders goldreich sind die Flüsse Lena und Amur bekannt. Ferner wird Gold noch im Ural und in geringerem Maße in Westsibirien gefunden.

5. **Salz.** Der Reichtum Rußlands an Salz ist groß. Es kommt sowohl in Form von Steinsalz, wie in Form von Salsalz vor. Sehr häufig finden

sich ferner Salzseen, in denen das Salz sich niederschlägt, so daß es nach Ableitung des Wassers mit Schaufeln gewonnen werden kann.

Das wichtigste Gebiet für die Gewinnung derartigen Niederschlagsalzes ist das Gouvernement Astrachan', in dem über 300 Salzseen liegen, sowie die Gegend am Schwarzen und Asovischen Meer. Von den dort vorkommenden Salzseen besitzt einer der größten, der ca. 100 Quadrat-Werst große Baskuntschak-See im Gouvernement Astrachan' eine Ansammlung von Salzniederschlägen, die auf ca. 120 Milliarden Pud berechnet wird. Die Niederschläge bestehen aus drei Schichten, dem obersten Satz, dem sog. Neusatz, ca. 5—10 cm dick, einer zweiten sog. Bleischicht, ca. 20—150 cm dick, darauf folgt das weiße grobkörnige, sehr hochwertige Granatsalz, das einen Chlornatrium-Gehalt bis zu 98% aufweist.

Steinsalzlager befinden sich in der Hauptsache in der Ukraine im Bachmutter Gebiet. Ferner im Gouvernement Orenburg.

Solsalz wird hauptsächlich im Gouvernement Perm gewonnen, und zwar aus 59 Solquellen, die eine Tiefe von 30—100 Meter haben; ferner im Slavjansker Gebiet.

#### IV. Elektrifizierung.

Die ersten Anfänge einer Elektrifizierung Rußlands machten sich schon vor dem Kriege bemerkbar und führten in den Jahren 1887—1913 zur Errichtung von Elektrizitätswerken mit einer Leistungsfähigkeit von insgesamt etwa 340 000 Kw. Der Krieg wirkte auf die Verwendung elektrischer Kraft in hohem Maße anregend ein, führte aber in erster Linie zur Leistungssteigerung der vorhandenen elektrischen Kraftwerke, nicht dagegen zur Verwirklichung neuer Elektrifizierungspläne. Daß die Staatsumwälzung auch hier Vorhandenes zum Teil zerstörte und den Wiederaufbau hemmte, liegt auf der Hand. Doch gehörte die Frage der Elektrifizierung zu denjenigen Problemen, denen die Sovetmacht von Anfang an große Aufmerksamkeit zuwandte. Auf dem VIII. Sovetkongreß, der Ende 1920 tagte, wurde die planmäßige Elektrifizierung des Landes beschlossen und eine besondere Kommission (Goelro) zur Durchführung dieses Planes eingesetzt. Das von der Kommission ausgearbeitete Programm sah die Errichtung von 30 staatlichen Überlandzentralen für die nächsten 10 Jahre vor, für die die in Mengen vorkommenden minderwertigen Heizmaterialien (Torf usw.) sowie die vorhandenen Wasserkräfte ausgenutzt werden sollen. Gleichzeitig sollte an die Elektrifizierung der Eisenbahnen Petersburg—Moskau—Kursk—Mariupol, Moskau—Nižnij-Novgorod und Krivoj-Rog—Aleksandrovsk—Zaplino—Debaltcevo—Lichaja—Zarizyn gegangen werden. Nach dem auf der internationalen Energiekonferenz in London 1924 überreichten Bericht der Hauptverwaltung für Elektrifizierung bestanden damals auf dem Gebiet der gesamten U.d.S.S.R. 4891 Elektrizitätswerke mit einer Gesamtleistungsfähigkeit von ca. 1½ Millionen Kw und es befanden sich 12 große Elektrizitätswerke mit einer Leistungsfähigkeit von ca. 204 000 Kw im Bau, darunter 7 mit Wasserkraftausnutzung und 5 mit Torfheizung. Im Wirtschaftsjahr 1925/26 wurden die Elektrifizierungsarbeiten wesentlich gefördert.

Im Laufe dieses Jahres wurde der Bau einer Reihe großer Überlandsstationen in Angriff genommen, wie Char'kov, Kiev, Saratov und Novorossijsk mit einer Gesamtleistung von 140 000 Kw. Fertiggestellt und zum Teil bereits in Betrieb genommen wurden: die Großwasserkraftwerke Wolchovstroj mit 56 000 Kw und „Elektroperedadža“ mit 16 000 Kw das Torfkraftwerk Šatura bei Moskau, dessen Leistungsfähigkeit gegenwärtig 32 000 Kw beträgt, und das bei vollem Ausbau auf 128 000 Kw gebracht werden soll, ferner das „Erste Leningrader Kraftwerk“ mit 30 000 Kw, das demnächst in Betrieb genommen wird. Ausgebaut und erweitert wurden die Stationen „Roter Oktober“ in Petersburg (Leningrad), Nižnij-Novgorod, Bajachny, Šetrovka und das Kraftwerk von „Azneft“.

Bezüglich der geplanten Elektrifizierung der Eisenbahnen ist zu bemerken, daß man bis heute über Vorarbeiten nicht hinausgekommen ist. Immerhin wurde im abgelaufenen Wirtschaftsjahr 1925/26 durch Bau und Inbetriebnahme der Sabunči-Bahn ein erster Anfang gemacht.

## V. Zur Demographie der U. d. S. S. R.

Das bolševikische Rußland wies nach dem Stande vom 1. Januar 1925 nach Angaben des Zentralen Statistischen Amtes eine Bevölkerung von 138,8 Millionen Köpfen auf, die sich folgendermaßen auf die einzelnen Bundesrepubliken verteilte:

| Republik                       | Bevölkerung  |                 |        |
|--------------------------------|--------------|-----------------|--------|
|                                | In Millionen | Anteil in Proz. | je qkm |
| R.S.F.S.R. . . . . .           | 95,8         | 69,0            | 4,9    |
| Ukrain. S.S.R. . . . . .       | 27,2         | 19,6            | 63,4   |
| Transkauk. S.S.R. . . . . .    | 5,6          | 4,0             | 28,9   |
| Weißruss. S.S.R. . . . . .     | 4,5          | 3,2             | 40,5   |
| Usbek. S.S.R. . . . . .        | 4,8          | 3,5             | 14,9   |
| Turkmenische S.S.R. . . . . .  | 0,9          | 0,7             | 19,3   |
| U.d.S.S.R. insgesamt . . . . . | 138,8        | 100,0           | 6,5    |

Hinsichtlich der Größe seiner Gesamtbevölkerungszahl nimmt Rußland nach China und dem Britischen Weltreich den dritten Platz ein. Die Bevölkerungsdichte ist sehr verschieden. Im ganzen genommen ist die U.d.S.S.R. schwächer bevölkert, als irgendein anderes Land Europas. Selbst die verhältnismäßig dicht bevölkerte Ukraine erreicht mit 63,4 Personen noch kaum die Hälfte der mittleren Bevölkerungsdichte Deutschlands. Die dichtest besiedelten Teile der Republik sind die Gegenden um Moskau, Petersburg, Odessa, Kiev, Char'kov u. a. m., die menschenleersten Teile die Gebiete um Verchojansk und Nižnevolinsk. Sieht man von den wichtigen Kultur- und Wirtschaftszentren ab, so nimmt die Dichte gegen Osten und Norden ab, während der Westen sich hinsichtlich seiner Bevölkerungsdichte nur wenig von den östlichen Randstaaten unterscheidet.

Die Verteilung der Bevölkerung auf Stadt und Land zeigt seit 1897 folgendes Bild der Entwicklung:

| Jahr        | Städt. Bevölkerung  | Ländl. Bevölkerung | Städt. Bevölkerung in Proz. |
|-------------|---------------------|--------------------|-----------------------------|
|             | Anzahl in Millionen |                    | der ländl. Bevölkerung      |
| 1897 . . .  | 12,0                | 85,5               | 10,4                        |
| 1916/17 . . | 23,1                | 105,7              | 21,9                        |
| 1920 . . .  | 14,1                | 107,7              | 13,1                        |
| 1923 . . .  | 17,0                | 110,6              | 15,4                        |

Demnach machen die Stadtbewohner nur einen geringen Bruchteil der Gesamtbevölkerung aus, der im Jahre 1916/17 mit 21,9% der gesamten ländlichen Bevölkerung die günstigste Ziffer aufweist. Wie sich ferner aus der Tabelle zeigt, hatte gerade die Stadtbevölkerung in den Jahren 1917—1920 die stärksten Verluste erlitten, die zum Teil der Landbevölkerung zugute kamen. Seit Beendigung des Bürgerkrieges dagegen haben die Städte, insbesondere die Hauptstädte und industriell wichtige Orte wie etwa Baku, Grozny, Nižnij-Novgorod, Astrachan', wieder erheblich an Einwohnern.

Was das Verhältnis der männlichen zur weiblichen Bevölkerung anbelangt, so hat dasselbe seit 1897 eine beachtliche Verschiebung erfahren. Nach der Zählung von 1897 errechnete man in Rußland (innerhalb der jetzigen Staatsgrenzen) auf 1000 Männer 1002 Frauen. Die Zählung von 1920 ergab ein viel größeres Übergewicht der Frauen: auf 1000 Männer kamen 1152 Frauen. Ganz allgemein kann man sagen, daß in den Städten die Männer, auf dem Lande die Frauen überwiegen. Im europäischen Rußland gibt es mehr Frauen als Männer, in den Randgebieten und vor allem in Ostsibirien sind die Männer in der Mehrzahl. Die Ursache dieser Erscheinung ist darin zu suchen, daß die kräftigere männliche Bevölkerung in die Städte zieht, wo sie bessere Verdienstmöglichkeiten findet, daß sie es ferner überwiegend ist, aus der sich die sibirischen Auswanderer rekrutieren.

Über die Berufsgliederung der Bevölkerung liegen das ganze Gebiet des ehemaligen Rußland umfassende Angaben nur für das Jahr 1897 vor. Nach den Daten der Erhebung dieses Jahres gehörten von 1000 Erwerbstätigen zu jeder der nachfolgenden Berufsabteilungen:

|  |     |
|--|-----|
| Öffentlicher Dienst und freie Berufe . . . . . | 94  |
| Land- und Forstwirtschaft . . . . .            | 746 |
| Industrie und Bergbau . . . . .                | 96  |
| Verkehr . . . . .                              | 16  |
| Handel . . . . .                               | 38  |
| Sonstige Erwerbstätige . . . . .               | 10  |

Neuere Daten, deren Zuverlässigkeit nicht nachgeprüft werden konnte, werden in den „Kontrollziffern“ der Volkswirtschaft der U.d.S.S.R. für das Wirtschaftsjahr 1926/27 publiziert. Den darin enthaltenen Angaben (für die U.d.S.S.R.) zufolge wurden im Jahre 1926/27 beschäftigt (in 1000):

|   |        |
|---|--------|
| 1. In der Landwirtschaft . . . . .      | 59 846 |
| 2. In der Industrie . . . . .           | 4 950  |
| 3. Im Baugewerbe . . . . .              | 635    |
| 4. Im Verkehrswesen . . . . .           | 1 335  |
| 5. In Post und Telegraphie . . . . .    | 100    |
| 6. Im Handel . . . . .                  | 1 000  |
| 7. Im Bildungswesen . . . . .           | 671    |
| 8. Im Gesundheitswesen . . . . .        | 387    |
| 9. In verschiedenen Staatsorganen . . . | 786    |
| 10. Rentner . . . . .                   | 50     |
| 11. Arbeitslose . . . . .               | 1 230  |
| 12. Sonstige . . . . .                  | 1 400  |
|   | 72 410 |

Rußland ist auch heute noch, nach Abtrennung Polens und der östlichen Randstaaten, ein ausgesprochener Nationalitätenstaat. Die Zahl der Völkerschaften der Sovetunion beträgt fast 200, die die größten Verschiedenheiten aufweisen.

Das zahlenmäßig am stärksten vertretene Volk sind die slawischen Russen, die in drei Stämme, Großrussen, Kleinrussen und Weißrussen, gegliedert werden. Von ihnen sind die Weißrussen (1 936 437)<sup>1)</sup> am wenigsten zahlreich vertreten. Sie bewohnen in der Hauptsache den Oberlauf des Dnjepr, der Düna und des Memelflusses. Politisch-kulturell haben sie nie eine bedeutende Rolle gespielt. Östlich und nord-östlich lehnt sich an das weißrussische Volksgebiet, bis zum Weißen Meer und zum Ural reichend, das der Großrussen (69 134 830) an, welches nach dem Süden bis jenseits Kursk und Voronež, nach dem Süd-Osten bis an die Donmündung bei Rostov, an den Fuß des Kaukasus und bis zum Volgadelta reicht. Die Großrussen sind seit langem die Träger der russischen Staatsidee, die hervorragenden Führer in der Politik und in der Kolonisierung der außereuropäischen russischen Gebiete. Der dritte der russischen Stämme, die Kleinrussen (15 759 472), besiedelt das Land am mittleren und unteren Dnjepr. Von hier reicht das Siedlungsgebiet ostwärts bis an den mittleren Don und den unteren Donec, westwärts bis an den mittleren Bug, den oberen San und den oberen Dnjestr.

Ein nicht unwichtiger Volksbestandteil Rußlands sind die Deutschen (1 044 371), die von den Ostseeprovinzen und von Polen aus sich über den ganzen Osten verbreitet haben, in vielen Städten wie Petersburg, Moskau, Saratov, Odessa, Char'kov, Kiev, Samara, Archangelsk, Ekaterinburg, Orenburg, Astrachan u. a. m. ansässig sind, dem russischen Staat eine große Zahl von tüchtigen Diplomaten, Beamten, hohen Militärs und Wissenschaftlern geschenkt haben, vor allem aber auch in Industrie, Bergbau und Handel als hervorragende Führer und Organisatoren hervorgetreten sind. Im 18. und 19. Jahrhundert wurde ferner

<sup>1)</sup> Die eingeklammerten Zahlen geben die Verteilung der Bevölkerung auf die einzelnen Nationalitäten an und sind dem Ergebnis der russ. aml. Zählung des Jahres 1920 entnommen.

von Auswanderern aus Deutschland eine große Anzahl blühender und muster-gültiger Ackerbaukolonien gegründet, vor allem in den mittleren Volga-Provinzen (Samara, Saratov) und in sämtlichen pontischen Provinzen.

Sehr beträchtlich ist die Zahl der Juden (1 842 384), die so gut wie ausschließlich in den Städten angesiedelt sind und insbesondere im Handel ein führendes Element darstellen, neuerdings aber auch in der Politik großen Einfluß erlangt haben.

Polen sind in den Städten Weißrußlands und der westlichen Ukraine angesiedelt und üben insbesondere in Weißrußland einen großen kulturellen Einfluß aus.

Beachtlich ist die Zahl der Tataren, Baschkiren und Kirgisen. Die Tataren stehen kulturell zum Teil auf einer recht hohen Stufe und haben sich im neuen russischen Staatskörper eine selbständige Stellung errungen. Am stärksten vertreten sind die Kazan-Tataren, die hauptsächlich das untere Kama-Gebiet und die angrenzenden Volga-Striche bewohnen. Weniger zahlreich, aber reiner erhalten, sind die Krim-Tataren. Kulturlich unbedeutender als die Tataren sind die Baschkiren, die mit den ihnen verwandten Teptiaren und Meschtscherjaken die voruralische Platte und den südlichen Ural (in der Hauptsache die Ufa-Gegend) bewohnen, und die Kirgisen in den Salzsteppen um den Kaspischen See.

## II. Die Lage der Landwirtschaft und Industrie.

### A. Landwirtschaft.<sup>1)</sup>

Die Union der S.S.R. ist mehr noch als das Vorkriegsrußland ein überwiegend agrarisch orientiertes Wirtschaftsgebiet. Die Hauptprobleme der russischen Volkswirtschaft sind daher Fragen des Wiederaufbaus und der Entwicklung der landwirtschaftlichen Produktion. Für die zur Kennzeichnung dieser Entwicklung zur Verfügung stehenden statistischen Unterlagen gilt aber in besonderem Maße der auch für andere Teile der Arbeit gemachte Vorbehalt, daß von einer auch nur annähernden Exaktheit der herangezogenen Angaben und Berechnungen nicht die Rede sein kann. Der Grund hierfür ist teils in den im Objekt selbst liegenden Schwierigkeiten zahlenmäßiger Erfassung, teils aber auch in dem Zustand der russischen Agrarstatistik zu suchen. Größte Vorsicht bei der Verwertung der an das statistische Material geknüpften Schlüsse und Erwägungen ist daher besonders geboten.

#### 1. Die natürlichen Bedingungen der russischen Landwirtschaft.

**Klima.** Das Klima Rußlands mit seiner dem Meer entrückten Lage weist einen ausgeprägten kontinentalen Charakter auf. Dabei bedingt die riesige Gebietsausdehnung erhebliche Unterschiede in den klimatischen Verhältnissen der

<sup>1)</sup> Das Zahlenmaterial dieses Kapitels ist zum Teil einer Publikation der Handelsvertretung der U.d.S.S.R.: Petroff, die wirtschaftliche Entwicklung der Sowetunion, Berlin 1926, entnommen.

einzelnen Teile der Union. Doch sind diese Unterschiede wegen der Oberflächen-gestaltung nicht sprunghaft, wie sie sich häufig auf dem formenreicher gebildeten Boden Westeuropas finden. Vielmehr ist der Übergang im großen ganzen ein allmählicher. Der Zusammenhang mit dem massigen asiatischen Kontinental-körper bringt den Südosten und einen Teil des Südens Rußlands unter den Ein-fluß östlicher kontinentaler Winde, die kältere Winter zur Folge haben, als es der geographischen Breite entsprechen würde. Dagegen hat der Norden unter dem Einfluß des Atlantischen Ozeans, der etwa bis zum Jenissei reicht, wärmere Tem-peraturen, als man bei der hohen Breite erwarten sollte. Es findet also eine Art Ausgleich statt. Der Mangel an Feuchtigkeit des Klimas ist in manchen Gebieten des Ostens und Südostens beträchtlich und beeinflußt nicht nur die Anbaufähigkeit und Erntemenge, sondern auch die Qualität und chemische Beschaffenheit der Feldfrüchte.

**B o d e n.** Auf die Vegetationsformen wirkt neben den klimatischen Ver-hältnissen auch die Bodenbeschaffenheit ein, die bei dem weiten Gebiet ebenso wie das Klima naturgemäß große Verschiedenheiten aufweist. Für den Ackerbau am bedeutungsvollsten sind die weiten Fluren der „schwarzen Erde“ (ein Boden, der mindestens 4% Humus enthält), denen Rußland seine Bedeutung als eine der ersten Kornkammern der Welt verdankt. Die ausgedehnten Wälder des Westens, Nordens und Sibiriens ermöglichen andererseits eine großzügige Forstwirtschaft.

## 2. Die rechtlichen Bedingungen der russischen Landwirtschaft.

Für die Entwicklung der landwirtschaftlichen Produktion des nachrevolutionären Rußlands sind die rechtlichen Bedingungen von besonderer Wichtigkeit geworden. „Die Sozialisierung des Bodens“ und die Agrarrevolution haben zu grundlegenden Veränderungen der Besitz- und Betriebsverhältnisse geführt, deren Folgen bis in die Gegenwart nachwirken. Am ersten Tage nach dem Staats-streich, am 26. Oktober 1917, erschien das „Dekret über den Boden“, das die Ent-eignung der Großgrundbesitzer ohne Entschädigung aussprach, und noch vor Beginn der Frühjahrsarbeiten des Jahres 1918 folgte als endgültiges Gesetz über den Grundbesitz das „Gesetz über die Sozialisierung des Grund und Bodens“, auf Grund dessen der Boden in die „Nutznießung des gesamten werktätigen Volkes“ überging. Das Sozialisierungsgesetz gab das Signal zu der sogennanten Agrar-revolution, die sich in großen Teilen Rußlands im Frühjahr 1918, in der Ukraine — durch die deutsche Besetzung und dann durch den Bürgerkrieg aufgehalten — erst 1920 abspielte, und zur Folge hatte, daß das Gutsland, in einzelnen Gebieten auch Staatsländereien und Kirchenland, in die Hände der Bauern überging.

Laut Angaben der Zentralverwaltung für Landregulierung vom Ende des Jahres 1920 wurden in 36 Gouvernements von den 22 847 000 Desjatinen land-wirtschaftlicher Fläche (ohne Wald), die den Gutsbesitzern gehörten, 21 407 200 Desjatinen den Bauern, 391 600 den Produktivgenossenschaften und 1 049 200 dem Staat zugeführt. Die Veränderung in der Grundbesitzverteilung durch die Agrarrevolution wird durch folgende Tabelle veranschaulicht, deren Zahlen sich nur auf landwirtschaftlich genutztes Land beziehen:

Veränderung der Grundbesitzverteilung 1917 und 1922.

| Bezirk                                 | 1917   |                   | 1922   |                   |
|--|--------|-------------------|--------|-------------------|
|  | Bauern | Großgrundbesitzer | Bauern | Sovetwirtschaften |
| Norden . . . . .                       | 94     | 6                 | 98,8   | 1,2               |
| Nordwesten . . . . .                   | 71     | 29                | 98,9   | 1,1               |
| Weißrußland . . . . .                  | 61     | 39                | 97,9   | 2,1               |
| Westen . . . . .                       | 72     | 28                | 98,7   | 1,3               |
| Mittlerruss. Industriegebiet . . . . . | 74     | 26                | 98,8   | 1,2               |
| Volga-Kama-Gebiet . . . . .            | 87     | 13                | 99,7   | 0,3               |
| Ural . . . . .                         | 92     | 8                 | 99,4   | 0,6               |
| Baschkir. S.S.R. . . . .               | 97     | 3                 | 99,6   | 0,4               |
| Mittlerruss. Agrargebiet . . . . .     | 76     | 24                | 95,6   | 4,1               |
| Volga . . . . .                        | 77     | 23                | 99,1   | 0,9               |
| Südosten . . . . .                     | —      | —                 | 99,4   | 0,6               |
| Krim . . . . .                         | —      | —                 | 85,5   | 14,5              |
| Ukrain. S.S.R. . . . .                 | 73     | 27                | 96,8   | 3,2               |
| U.d.S.S.R. insgesamt . . . . .         | 78     | 22                | 98,1   | 1,9               |

Demnach ist nahezu der gesamte Großgrundbesitz, bis auf einen kleinen Rest, der sich in der Form von Sovetwirtschaften als Großbetrieb erhielt, an die Bauern übergegangen.

Hand in Hand mit der Aufteilung des Gutslandes ging eine weitgehende Verschiebung in der Größengruppierung der Bauernwirtschaften mit der ausgesprochenen Tendenz der Beseitigung jeglicher Differenzierung. Dieser Nivellierungsprozeß hielt bis zum Jahre 1922 an, um dann einem erneut einsetzenden Differenzierungsprozeß Platz zu machen. Betrachtet man die Gruppierung der Wirtschaften unter dem Gesichtspunkt des Getreidebaues, so wird dieser Nivellierungsvorgang deutlich an der starken Zunahme der Kleinwirtschaften und dem Rückgang der kein Getreide bauenden Zwergwirtschaften, sowie der größeren Wirtschaften mit mehr als 4 Desjatinen Aussaat, wie folgende Tabelle (in Verhältniszahlen) zeigt:

Veränderung der Anbauverhältnisse 1920 und 1922.

| Bauernwirtschaften          |  |       |       |
|-----------------------------|--|-------|-------|
| mit einer Saatfläche von:   |  | 1920  | 1922  |
| Ohne Getreidebau . . . . .  |  | 8,1   | 7,4   |
| Unter 1 Desjatine . . . . . |  | 16,5  | 24,4  |
| 1— 2 Desjatinen . . . . .   |  | 22,5  | 27,4  |
| 2— 4 „ . . . . .            |  | 29,0  | 27,2  |
| 4— 6 „ . . . . .            |  | 12,7  | 8,6   |
| 6—10 „ . . . . .            |  | 7,9   | 4,1   |
| 10—16 „ . . . . .           |  | 2,4   | 0,8   |
| 16—25 „ . . . . .           |  | 0,7   | 0,1   |
| Über 25 „ . . . . .         |  | 0,2   | 0,0   |
| Zusammen                    |  | 100,0 | 100,0 |

Sowohl durch die Enteignung des Gutlandes als auch durch den Ausgleich unter den Bauern selbst wurde somit die frühere Betriebsgrößengruppierung grundlegend verändert. Die revolutionäre Welle hatte — und in dieser Beziehung war ihre Bedeutung größer als in der Enteignung des Gutlandes — fast alle Ergebnisse der seit Jahrzehnten sich durchsetzenden Differenzierung der Bauernschaft vernichtet und die organisch gewachsene Betriebsgrößenverteilung durch gewaltsamen Eingriff verändert. In der Hauptsache wurden die großen marktversorgenden Gruppen zu Gunsten der gerade für den Eigenbedarf ausreichend produzierenden vernichtet. Brutzkus<sup>1)</sup>, der hervorragende Kenner der russischen Agrarverhältnisse, spricht von einer „Nivellierung zu gleichmäßiger Armut“.

Daß dieser Vorgang auf die landwirtschaftliche Produktion ungünstig einwirken mußte, liegt auf der Hand. Zur vollständigen Zerrüttung der Landwirtschaft aber führte die Vernichtung der bisherigen privatwirtschaftlichen Getreidehandels- und Ernährungsorganisation, die dadurch ihrer Existenzgrundlage beraubt wurde, daß die Sowetregierung die gesamte Ernte zum Staatseigentum erklärte und für sich eine Monopolstellung im Einkauf aller landwirtschaftlichen Erzeugnisse beanspruchte. Zwar wurde von der Regierung als Gegenleistung für die beschlagnahmten Agrarprodukte die Versorgung der Landwirtschaft mit gewerblichen Erzeugnissen zugesagt, doch konnte infolge des Verfalls der Industrie der geplante Austausch überhaupt nicht durchgeführt werden.

Die natürliche Folge einer derartigen Wirtschaftspolitik war, daß die Bauern die Erzeugung derjenigen landwirtschaftlichen Produkte einstellten, die für den Markt bestimmt waren und damit der Beschlagnahme unterlagen, und die Anbauflächen dem eigenen Bedarf anzupassen sich bemühten. Die Leistung der Landwirtschaft verminderte sich sehr stark, und die Naturalisierung machte große Fortschritte.

So ist es verständlich, wenn Brutzkus<sup>2)</sup> über die Ergebnisse der Agrarrevolution schreibt: „Die Revolution versetzte allen Schichten der Bauernschaft einen schweren Stoß. Wer einen lebensfähigen landwirtschaftlichen Betrieb hatte, verlor als Landwirt. Wer früher die Landwirtschaft aufgegeben hatte, um den Schwerpunkt seiner Wirtschaft auf nichtlandwirtschaftliche Erwerbstätigkeit zu verlegen, verlor die Einkünfte aus diesen, ohne dafür Landwirt zu werden. Den russischen Narodniki und erst recht den Kommunisten fiel es natürlich nicht leicht, zuzugeben, daß die ersehnte Agrarrevolution der russischen Bauernschaft nur Niedergang gebracht hat. Gegenwärtig aber sind angesichts unwiderleglicher Tatsachen alle Forscher, zu welcher Richtung sie auch gehören mögen, gezwungen, zuzugeben, daß die unmittelbare Folge der Agrarrevolution der Niedergang der Bauernschaft gewesen ist.“

<sup>1)</sup> Boris Brutzkus, Agrarentwicklung und Agrarrevolution in Rußland. Sack, Berlin 1926. S. 170.

<sup>2)</sup> Brutzkus, a. a. O. S. 172.

Da die Zufuhr von Brotgetreide aus dem Süden nach dem Norden angesichts der Naturalisierungstendenzen der Bauernwirtschaften und der Mißerfolge der

#### Gruppierung nach Saatfläche

| Bezirk   | Jahr | Anzahl der statistisch erfaßten Wirtschaften | Ohne Getreidebau |
|--|------|--|------------------|
| 9 Gouvernements des konsumierenden Gebietes                                | 1920 | 199 398                                      | 7,0              |
|  | 1922 | 207 149                                      | 5,0              |
|  | 1923 | 131 678                                      | 4,0              |
|  | 1924 | 132 968                                      | 4,1              |
| 4 Gouvernements der produz. Geb. (1921 nicht von der Hungersnot betroffen) | 1920 | 128 278                                      | 2,4              |
|  | 1922 | 134 429                                      | 2,4              |
|  | 1923 | 79 875                                       | 0,9              |
|  | 1924 | 81 757                                       | 1,0              |
| 4 Gouvernements des produz. Geb. (1921 von d. Hungersnot betroffen)        | 1920 | 155 566                                      | 6,5              |
|  | 1922 | 146 392                                      | 4,4              |
|  | 1923 | 62 076                                       | 5,1              |
|  | 1924 | 63 576                                       | 4,2              |

#### Gruppierung nach

| Bezirk  | Jahr | Anzahl der statist. erfaßten Wirtschaften | Wirtschaften ohne jede Viehhaltung |
|---|------|---|------------------------------------|
| 10 Gouvernements des konsumierenden Gebietes      | 1923 | 143 712                                   | 6,6                                |
|   | 1924 | 144 946                                   | 5,5                                |
| 4 Gouvernements des produzierenden Gebietes       | 1923 | 79 875                                    | 13,4                               |
|   | 1924 | 81 757                                    | 9,7                                |
| 1921 von der Hungersnot betr. Gouv. d. prod. Geb. | 1923 | 70 585                                    | 17,2                               |
|   | 1924 | 72 173                                    | 11,8                               |
| Südosten (1 Gouvernement)                         | 1923 | 21 705                                    | 30,2                               |
|   | 1924 | 21 780                                    | 26,3                               |
| Krim, Aut. S.S.R.                                 | 1923 | 10 049                                    | 35,7                               |
|   | 1924 | 10 246                                    | 26,3                               |
| 2 Gouvern. der Kirgis. S.S.R.                     | 1923 | 4 017                                     | 13,8                               |
|   | 1924 | 4 141                                     | 10,3                               |
| 4 Gouvern. der Ukrainischen S.S.R.                | 1923 | 43 053                                    | 19,8                               |
|   | 1924 | 43 917                                    | 15,5                               |

staatlichen Lebensmittelverteilung mehr und mehr aufhörte, hungerten im Norden nicht nur die Städte, sondern auch das Land. Die Bauern im Norden mußten daher in Prozent der Gesamtfläche:

| Wirtschaften mit einer Saatfläche von: |              |              |              |              |              |               |                |                |                  |
|--|--------------|--------------|--------------|--------------|--------------|---------------|----------------|----------------|------------------|
| Unter<br>1 Desj.                       | 1—2<br>Desj. | 2—3<br>Desj. | 3—4<br>Desj. | 4—6<br>Desj. | 6—8<br>Desj. | 8—10<br>Desj. | 10—16<br>Desj. | 16—22<br>Desj. | Über<br>22 Desj. |
| 30,3                                   | 33,5         | 17,0         | 7,2          | 4,0          | 0,8          | 0,2           | 0,0            | 0,0            | 0,0              |
| 28,4                                   | 34,2         | 18,6         | 8,0          | 4,6          | 0,9          | 0,2           | 0,1            | 0,0            | 0,0              |
| 27,0                                   | 33,8         | 19,6         | 8,7          | 5,2          | 1,0          | 0,2           | 0,1            | 0,0            | 0,0              |
| 22,0                                   | 32,2         | 22,0         | 10,8         | 7,1          | 1,4          | 0,3           | 0,1            | 0,0            | 0,0              |
| 11,2                                   | 22,6         | 23,1         | 16,9         | 17,0         | 5,0          | 1,3           | 0,5            | 0,0            | 0,0              |
| 11,8                                   | 21,4         | 20,6         | 16,0         | 18,3         | 6,7          | 2,0           | 0,8            | 0,0            | 0,0              |
| 8,3                                    | 15,2         | 19,3         | 18,7         | 24,0         | 9,5          | 2,8           | 1,2            | 0,1            | 0,0              |
| 8,2                                    | 15,3         | 19,6         | 18,7         | 24,0         | 9,2          | 2,7           | 1,2            | 0,1            | 0,0              |
| 6,9                                    | 16,5         | 19,0         | 15,5         | 18,8         | 8,5          | 4,0           | 3,4            | 0,6            | 0,3              |
| 21,7                                   | 28,2         | 19,3         | 10,8         | 9,5          | 3,5          | 1,4           | 1,0            | 0,2            | 0,0              |
| 14,2                                   | 21,9         | 17,5         | 13,6         | 16,2         | 6,9          | 2,6           | 1,7            | 0,2            | 0,1              |
| 10,5                                   | 17,7         | 16,9         | 14,2         | 19,5         | 9,8          | 4,0           | 2,7            | 0,4            | 0,1              |

dem Viehbestand:

| Gruppierung nach Arbeitsvieh |                |                |                |                           | Gruppierung nach Kühen |              |                |                |                           |
|------------------------------|----------------|----------------|----------------|---------------------------|------------------------|--------------|----------------|----------------|---------------------------|
| Ohne<br>Arbeits-<br>vieh     | Mit 1<br>Stück | Mit 2<br>Stück | Mit 3<br>Stück | Mit 4<br>Stück<br>u. mehr | Ohne<br>Kuh            | Mit 1<br>Kuh | Mit 2<br>Kühen | Mit 3<br>Kühen | Mit 4<br>Kühen<br>u. mehr |
| 33,3                         | 62,0           | 4,3            | 0,2            | 0,0                       | 14,6                   | 61,9         | 20,7           | 2,4            | 0,4                       |
| 33,1                         | 61,9           | 4,8            | 0,2            | 0,0                       | 12,5                   | 60,3         | 23,2           | 3,4            | 0,6                       |
| 36,8                         | 56,5           | 6,3            | 0,4            | 0,0                       | 23,5                   | 66,2         | 4,8            | 0,4            | 0,1                       |
| 35,3                         | 56,8           | 7,3            | 0,5            | 0,1                       | 24,9                   | 66,8         | 7,6            | 0,6            | 0,1                       |
| 40,0                         | 49,3           | 8,9            | 1,4            | 0,4                       | 29,3                   | 57,9         | 11,3           | 1,3            | 0,2                       |
| 37,3                         | 50,4           | 10,3           | 1,6            | 0,4                       | 26,6                   | 66,8         | 14,3           | 1,9            | 0,4                       |
| 48,0                         | 19,2           | 23,0           | 5,1            | 4,7                       | 44,6                   | 40,7         | 11,6           | 2,3            | 0,8                       |
| 47,1                         | 21,5           | 22,5           | 4,8            | 4,1                       | 43,8                   | 42,4         | 10,8           | 2,1            | 0,9                       |
| 62,2                         | 15,3           | 12,9           | 4,7            | 4,9                       | 48,5                   | 33,2         | 12,6           | 3,7            | 2,0                       |
| 57,9                         | 17,7           | 14,4           | 5,0            | 5,0                       | 43,6                   | 36,0         | 13,9           | 4,1            | 2,4                       |
| 45,1                         | 28,2           | 13,2           | 5,5            | 8,0                       | 22,0                   | 42,5         | 26,6           | 6,2            | 2,7                       |
| 43,8                         | 28,7           | 12,5           | 6,2            | 8,8                       | 21,5                   | 45,4         | 24,3           | 6,0            | 2,8                       |
| 45,9                         | 31,2           | 20,7           | 1,7            | 0,5                       | 34,9                   | 53,4         | 10,4           | 1,0            | 0,3                       |
| 43,4                         | 31,4           | 22,4           | 2,2            | 0,6                       | 33,1                   | 53,9         | 11,4           | 1,2            | 0,4                       |

notgedrungen die bisher mit Spezialkulturen bestellten Flächen zur Brotgetreideproduktion verwenden, wodurch ein starker Rückgang der Anbauflächen für Spezialkulturen herbeigeführt wurde.

Die so durch die sinnlose Agrar- und Ernährungspolitik der Jahre 1918 bis 1920 zerrüttete landwirtschaftliche Produktion wurde durch die Mißernte des Jahres 1921 an den Rand der Vernichtung gebracht. Die Hungerkatastrophe des Jahres 1921 hängt aber mit der skizzierten Politik des Kommunismus gegenüber der Landwirtschaft ursächlich zusammen. Richtig scheint Brutzkus<sup>1)</sup> diesen Zusammenhang zu beurteilen. Er schreibt: „Die große Katastrophe des Jahres 1921/22 ist nicht verursacht durch eine Anomalie der Natur: Trockenheit sucht den Süden Rußlands sehr oft heim. Sie ist auch keine unmittelbare Folge des Krieges, weder des äußeren noch des inneren. Wie nach allem Gesagten auf der Hand liegt, war diese Katastrophe, die Millionen von Menschenleben dahinraffte, die unmittelbare Folge der sozialen Revolution und der Politik des Kommunismus. Die Nöte der Revolution und des Kommunismus erreichten ihren Gipfel in dieser Katastrophe, die in den Annalen Europas nicht ihresgleichen findet.“

Mit dem Übergang zur Neuen Wirtschaftspolitik, der hauptsächlich unter dem Eindruck dieser Katastrophe erfolgte, wurde auch eine Änderung der Agrargesetzgebung notwendig. Die dahingehenden Bestrebungen führten zunächst zu dem Gesetz vom 22. Mai 1922 über die Arbeitsnutzung von Land und dann zu der endgültigen Fassung des Agrargesetzbuches der R.S.F.S.R. vom 30. Oktober 1922. Auf Grund dieses Gesetzes ist „das Recht auf den Boden, der zwecks Nutzung durch eigene Arbeit zur Verfügung gestellt worden ist, zeitlich unbegrenzt“. (Art. 11.) Damit verzichtet der Staat tatsächlich auf sein Verfügungsrecht an solchen Ländern, die einmal in Nutzung durch eigene Arbeit übergegangen sind. Von den Grundsätzen der Vergesellschaftung des Bodens blieb nur die Bestimmung bestehen, daß der Boden dem Geschäftsverkehr entzogen ist. „Kauf, Verkauf, Vererbung, Verschenkung und Verpfändung des Bodens sind untersagt.“ Der Grundsatz des Bodenbesitzausgleichs wurde fallen gelassen und die bereits vorliegende Verteilung als endgültig anerkannt. Der Landnutzung wurde damit eine feste Ordnung gegeben, und da man auch die Form der Landnutzung vollständig den Bauern überließ, war praktisch die persönliche wirtschaftliche Initiative des Bauern wieder hergestellt.

Seit dem Jahre 1922, das in der nachrevolutionären Entwicklung der Landwirtschaft den tiefsten Punkt darstellt, ist ein allmählicher und ununterbrochener Aufstieg zu verzeichnen, — die Anbaufläche dehnt sich aus, der Viehbestand erhöht sich und die landwirtschaftliche Produktion bessert sich sowohl quantitativ als auch qualitativ. Auch ist seit dieser Zeit ein erneuter Differenzierungsprozeß an die Stelle der bis dahin fortschreitenden Nivellierung getreten. Hatten sich bis 1922 die Zwergwirtschaften auf Kosten der größeren Betriebe vermehrt, so zeigt sich seither eine Zunahme der größeren Betriebe über mehr als drei Desjatinen Saatfläche auf Kosten der kleineren. In den einzelnen Bezirken ist die Tendenz die

---

<sup>1)</sup> Brutzkus, a. a. O. S. 178.

gleiche, wenn sie auch am deutlichsten in den 1921 von der Hungersnot betroffenen Gebieten in Erscheinung tritt.

### 3. Die landwirtschaftliche Produktion.

#### a) Ackerbau.

Vor dem Kriege betrug die feld- und gartenmäßige Anbaufläche für alle Kulturen in Rußland — innerhalb der Grenzen der heutigen U.d.S.S.R. — etwa 98 Millionen Desjatinen, im Jahre 1925 nach Angaben des Zentralen Statistischen Amtes ca. 87 Millionen Desjatinen. Bedenkt man, daß Rußland allein in seinem Schwarzerdegürtel ca. 103 Millionen Desjatinen anbaufähiges Land zur Verfügung hat, so erscheinen diese Zahlen vergrößerungsfähig. Sie zeigen an, wie extensiv die russische Bodenkultur noch betrieben wird. In weitem Maße ist in Rußland noch die Dreifelderwirtschaft vorherrschend, bei der große Teile alljährlich brach liegen. Die Ausdehnungsmöglichkeiten der russischen Landwirtschaft sind daher außerordentlich groß.

Die Veränderungen der Anbaufläche infolge Krieg, Revolution und unter dem Einfluß der neuen Wirtschaftspolitik (N.E.P.) werden durch folgende Zahlen demonstriert:

| Jahr | Anbaufläche in Mill. Desj. | In % zu 1913 | In % zu 1916 |
|------|----------------------------|--------------|--------------|
| 1913 | 98,2                       | 100          | 107          |
| 1916 | 91,7                       | 93           | 100          |
| 1920 | 77,5                       | 79           | 85           |
| 1922 | 64,5                       | 66           | 68           |
| 1925 | 87,2                       | 90           | 95           |

Den tiefsten Stand zeigt das auf das Hungerjahr folgende Jahr 1922. Seither ist ein langsames aber ununterbrochenes, auch von der Mißernte des Jahres 1924 nicht stark beeinträchtigt Wachsen der bebauten Flächen zu erkennen.

In den einzelnen Bezirken nahm die Entwicklung einen ganz verschiedenen Verlauf. Am schnellsten ist die Vermehrung der Anbaufläche seit 1922 in den vom Hunger betroffenen Gebieten vor sich gegangen, in denen freilich auch der Rückgang die größten Ausmaße angenommen hatte. In den konsumierenden Gebieten ist der Stand von 1916 bereits überschritten, während sich die Landwirtschaft des produzierenden Gebiets, des Südostens und Kirgisiens nur sehr langsam zu erholen vermag.

Veränderungen der Anbaufläche in den einzelnen Bezirken in Prozenten zu 1916.

| Bezirk                     | 1916 | 1921 | 1922 | 1923 | 1924 | 1925 |
|----------------------------|------|------|------|------|------|------|
| Konsumierender . . . . .   | 100  | 78   | 88   | 93   | 101  | 112  |
| Produzierender . . . . .   | 100  | 71   | 59   | 76   | 84   | 89   |
| Südosten . . . . .         | 100  | 73   | 65   | 72   | 74   | 83   |
| Kirgisische S.S.R. . . . . | 100  | 69   | 46   | 45   | 50   | 76   |
| Sibirien . . . . .         | 100  | 84   | 79   | 87   | 96   | 97   |

| Bezirk   | 1916 | 1921 | 1922 | 1923 | 1924 | 1925 |
|--|------|------|------|------|------|------|
| R.S.F.S.R. insgesamt . . .                         | 100  | 73   | 65   | 78   | 85   | 91   |
| Ukrainische S.S.R. . . .                           | 100  | 98   | 78   | 92   | 97   | 107  |
| U.d.S.S.R. zusammen . . .                          | 100  | 79   | 68   | 81   | 88   | 95   |
| Darunter die 1921 von der<br>Hungersnot betr. Bez. | 100  | 74   | 64   | 72   | 80   | —    |

In der Verteilung der Anbauflächen auf die einzelnen Kulturen haben in der Kriegs- und Nachkriegszeit große Veränderungen Platz gegriffen. Besonders charakteristisch ist in dieser Hinsicht der Weizenbau. Vor dem Kriege, als die Landwirtschaft in hohem Maße für den Export arbeitete, spielte der Weizen mit 32,7% der Gesamtanbaufläche die wichtigste Rolle. Durch die Einwirkungen des Krieges — insbesondere Aufhören des Exports — ging sein Anteil beträchtlich zurück und erreichte unter dem Einfluß von Revolution und Hungersnot 1922 seinen tiefsten Stand mit 15,4% der Gesamtfläche. Dagegen stieg der prozentuale Anteil der mit Roggen bestellten Anbaufläche an der Gesamtfläche von 25,6% im Jahre 1916 auf 32,6% im Jahre 1922. Seit 1922 zeigt die Weizenfläche wieder eine bedeutende relative Zunahme (bei gleichzeitiger Vergrößerung der Gesamtanbaufläche), während der Roggenbau bei geringfügiger absoluter Zunahme relativ zurückgeht. Dies bedeutet, daß der Landwirt wieder in steigendem Maße für den Markt produziert.

Die Anbaufläche der anderen Getreidekulturen zeigt gleichfalls starke Verschiebungen mit wenig einheitlicher Tendenz.

Beachtlich ist die Zunahme des Anteils der technischen Kulturen an der Gesamtanbaufläche, die auf vorhandene Ansätze zu größerer Intensivierung der Landwirtschaft schließen läßt.

Die Verschiebung der Anbaufläche der wichtigsten Kulturen wird durch nachfolgende Tabelle veranschaulicht:

#### Anbauflächen der Kulturen 1916—1925.

| Kulturen                    | Prozente der Gesamtfläche |       |       |       |       |
|-----------------------------|---------------------------|-------|-------|-------|-------|
|                             | 1916                      | 1922  | 1923  | 1924  | 1925  |
| Roggen . . . . .            | 25,6                      | 32,6  | 32,7  | 30,0  | 28,8  |
| Weizen . . . . .            | 27,9                      | 15,4  | 17,8  | 21,1  | 22,5  |
| Gerste . . . . .            | 10,7                      | 5,7   | 8,1   | 7,8   | 6,2   |
| Hafer . . . . .             | 18,0                      | 12,8  | 13,4  | 13,2  | 12,3  |
| Buchweizen . . . . .        | 2,3                       | 3,2   | 3,3   | 3,0   | 2,8   |
| Hirse . . . . .             | 3,6                       | 10,3  | 7,4   | 5,5   | 6,0   |
| Mais . . . . .              | 1,1                       | 3,9   | 2,1   | 2,3   | 3,3   |
| Kartoffeln . . . . .        | 2,8                       | 5,2   | 4,9   | 4,8   | 4,8   |
| Flachs . . . . .            | 1,6                       | 1,4   | 1,2   | 1,4   | 1,7   |
| Hanf . . . . .              | 0,6                       | 0,8   | 0,8   | 0,8   | 0,9   |
| Sonnenblumen . . . . .      | 1,2                       | 3,0   | 2,5   | 2,6   | 2,9   |
| Sonstige Kulturen . . . . . | 4,6                       | 5,7   | 6,8   | 7,5   | 7,8   |
| Insgesamt:                  | 100,0                     | 100,0 | 100,0 | 100,0 | 100,0 |

Der Gesamternteertrag an Getreide belief sich nach Angaben des Zentralen Statistischen Amtes im Jahre 1925 auf 3822,6 Millionen Pud und überstieg den Ertrag von 1924 um 1075 Millionen Pud oder 38,5%, denjenigen von 1923 um 731 Millionen Pud oder 23,6%. Die Verteilung der Ernteerträge der Jahre 1923, 1924 und 1925 auf die wichtigsten Bezirke und auf die einzelnen Bundesrepubliken geht aus folgender Tabelle hervor (in Mill. Pud):

| Bruttoerträge 1923—1925.                   |        |        |        |
|--|--------|--------|--------|
| Bezirk                                     | 1923   | 1924   | 1925   |
| Konsumierendes Gebiet u. Weißrußl. . . . . | 898    | 456    | 489    |
| Produz. Gebiet und Krim . . . . .          | 991    | 874    | 198    |
| Nördl. Kaukasus u. Dagestan . . . . .      | 263    | 195    | 496    |
| Ukrain. S.S.R. . . . .                     | 969    | 747    | 1094   |
| Sibirien u. Fern. Osten . . . . .          | 228    | 275    | 339    |
| Kirgisische S.S.R. . . . .                 | 42     | 59     | 64     |
| Transkaukasien u. Turk. . . . .            | 201    | 183    | 163    |
| Bundesrepublik                             | 1923   | 1924   | 1925   |
| R.S.F.S.R. . . . .                         | 1936,2 | 1879,5 | 2484,2 |
| Ukrain. S.S.R. . . . .                     | 969,2  | 747,0  | 1073,6 |
| Weißruss. S.S.R. . . . .                   | 82,2   | 80,2   | 101,4  |
| Transkaukas. S.F.S.R. . . . .              | 104,3  | 82,7   | 94,7   |
| Mittelasien . . . . .                      | —      | —      | 68,7   |
| Insgesamt:                                 | 3091,9 | 2789,4 | 3822,6 |

Die Größe der mit den einzelnen Getreidekulturen bebauten Flächen zeigt folgendes Bild (in Millionen Desjatinen):

| Kulturen                 | 1923 | 1924 | 1925 | 1926 |
|--------------------------|------|------|------|------|
| Roggen . . . . .         | 23,3 | 24,4 | 25,1 | 24,7 |
| Weizen . . . . .         | 12,6 | 17,1 | 19,6 | 25,6 |
| Gerste . . . . .         | 5,8  | 6,3  | 5,4  | 6,7  |
| Hafer . . . . .          | 9,5  | 10,7 | 10,7 | 13,2 |
| Buchweizen . . . . .     | 2,3  | 2,4  | 2,5  | —    |
| Hirse . . . . .          | 5,3  | 4,5  | 5,2  | —    |
| Mais . . . . .           | 1,5  | 1,9  | 2,8  | 2,6  |
| Wichtigste Getreidearten |      |      |      |      |
| Insgesamt:               | 60,3 | 67,3 | 71,3 | —    |

Die Gesamternteerträge an Getreide verteilen sich auf die einzelnen Kulturen wie folgt:

| Bruttoertrag in Millionen Pud: |      |      |              |
|--------------------------------|------|------|--------------|
| Kulturen                       | 1924 | 1925 | Zunahme in % |
| Roggen . . . . .               | 1053 | 1204 | 114,3        |
| Weizen . . . . .               | 634  | 1034 | 163,1        |
| Gerste . . . . .               | 232  | 345  | 148,9        |

| Kulturen                         | 1924 | 1925 | Zunahme in % |
|----------------------------------|------|------|--------------|
| Hafer . . . . .                  | 451  | 582  | 129,0        |
| Mais . . . . .                   | 146  | 275  | 188,3        |
| Sonstige Getreidearten . . . . . | 273  | 283  | 166,7        |

Die Zunahme des Gesamtertrages war prozentual bei Mais am stärksten, dann folgte Weizen. Die sehr beachtliche Steigerung der geernteten Weizenmenge gegenüber 1924 erklärt sich dadurch, daß die Mißernte von 1924 gerade die weizenbauenden Gegenden betroffen hatte.

Der Einfluß der Mißernte von 1924 auf die einzelnen Körnerkulturen tritt noch deutlicher hervor, wenn man die Ernteergebnisse pro Desjatine in Pud betrachtet:

| Kulturen         | 1923 | 1924 | 1925 |
|------------------|------|------|------|
| Roggen . . . . . | 45,3 | 43,0 | 48,1 |
| Weizen . . . . . | 40,8 | 37,1 | 54,3 |
| Gerste . . . . . | 48,9 | 35,9 | 63,5 |
| Hafer . . . . .  | 48,0 | 43,0 | 55,1 |
| Hirse . . . . .  | 41,0 | 26,1 | 42,1 |
| Mais . . . . .   | 85,6 | 74,3 | 95,1 |

Wie aus der Tabelle hervorgeht, ist die Zunahme der Ernteergebnisse bei Weizen und Gerste außerordentlich groß, während Roggen, der von der Mißernte des Jahres 1924 so gut wie gar nicht betroffen wurde, eine nur ganz geringfügige Steigerung zu verzeichnen hat.

Die Entwicklung des Kartoffelbaues ist günstig. Die Anbaufläche überstieg 1925 bereits den Stand von 1916 um rund 70%.

Von der Mißernte des Jahres 1924 ist der Kartoffelbau nicht betroffen worden.

Auch der Anbau technischer Kulturen zeigt seit 1922 eine sehr günstige Entwicklung. Schon im Jahre 1924 war der Vorkriegsstand — auf das heutige Gebiet der U.d.S.S.R. bezogene — hinsichtlich der Ausdehnung der Gesamtfläche überschritten. Besonders günstig ist die Entwicklung der Produktion für Lein, Hanf und Sonnenblumen, bei denen der Anbau bereits über den Stand von 1916 hinaus erfolgt, während Tabak, Baumwolle und Zuckerrüben hinter ihrem Stande von 1916 noch zurückbleiben:

#### Anbaufläche in 1000 Desjatinen 1916—1925.

|                        | 1916 | 1922 | 1923 | 1924 | 1925 |
|------------------------|------|------|------|------|------|
| Lein . . . . .         | 1325 | 816  | 874  | 1079 | 1371 |
| Hanf . . . . .         | 553  | 455  | 540  | 657  | 786  |
| Sonnenblumen . . . . . | 1115 | 1756 | 1806 | 2110 | 2550 |
| Baumwolle . . . . .    | 774  | 64   | 195  | 461  | 607  |
| Zuckerrüben . . . . .  | 613  | 164  | 241  | 345  | 490  |
| Tabak . . . . .        | 56   | 6    | 35   | 35   | 43   |
| Zusammen               | 4436 | 3261 | 3691 | 4687 | 5847 |

Das aus der Zunahme der Anbauflächen gewonnene günstige Entwicklungsbild für Lein, Hanf und Sonnenblumen bestätigt sich, wenn man ergänzend die statistischen Nachweisungen über das Gesamterntergebnis und den Ernteertrag je Desjatine für diese Kulturen zum Vergleich heranzieht.

Produktion von Lein, Hanf, Sonnenblumen in Mill. Pud.

| Jahr | Lein | Hanf | Sonnenblumen |
|------|------|------|--------------|
| 1916 | 34,3 | 17,7 | 56,0         |
| 1923 | 20,2 | 20,3 | 109,5        |
| 1924 | 25,7 | 19,8 | 94,5         |
| 1925 | 36,1 | 35,0 | 185,0        |

Von dem Ernteertrag entfielen auf je eine Desjatine Anbaufläche in Pud:

| Jahr | Lein | Hanf | Sonnenblumen |
|------|------|------|--------------|
| 1923 | 23,9 | 38,5 | 62,0         |
| 1924 | 24,0 | 31,6 | 45,0         |
| 1925 | 26,3 | 44,2 | 72,8         |

Wie ersichtlich, zeigen sowohl die Anbauflächen als auch die Erträge dieser drei Kulturen im Jahre 1925 einen das Jahr 1916 zum Teil sehr erheblich überschreitenden Stand. Nicht so günstig im Vergleich zu 1916 stellt sich der Zustand des Tabak-, Baumwolle- und Zuckerrübenbaues dar, obwohl die Vermehrung der Produktion bei diesen Kulturen seit 1922 in einem sehr beachtlichen Tempo vor sich gegangen ist. Denn der Rückgang dieser Kulturen infolge der gewaltsamen Änderung der Betriebsgrößengliederung durch die Revolution war besonders groß, da hauptsächlich der Großbetrieb den Anbau betrieben hatte. Zur Veranschaulichung der Entwicklung dienen die nachfolgenden Tabellen:

Baumwollernte in Millionen Pud

| Jahr | Rohbaumwolle | Faserertrag |
|------|--------------|-------------|
| 1916 | 50,80        | 14,3        |
| 1923 | 8,2          | 2,7         |
| 1924 | 22,0         | 6,2         |
| 1925 | 38,0         | 11,5        |

Zuckerrübenproduktion in 1000 Pud

|      |         |
|------|---------|
| 1922 | 92 500  |
| 1923 | 133 680 |
| 1924 | 150 000 |
| 1925 | 350 000 |

Tabakproduktion in 1000 Pud

| Jahr | Machorka | Gelber Tabak | Zusammen |
|------|----------|--------------|----------|
| 1923 | 2 700    | 767          | 3467     |
| 1924 | 2550     | 540          | 3090     |

## b) Viehzucht.

Über die Entwicklung des Viehbestandes der U.d.S.S.R. gibt folgende Tabelle Aufschluß, die nach Angaben des Zentralen Statistischen Amtes zusammengestellt und im Dezemberheft der „*Ekonomičeskoe Obozrenie*“ veröffentlicht ist (S. 41 ff.)

| Viehbestand in Millionen Stück 1916—1925 |       |       |       |       |       |
|--|-------|-------|-------|-------|-------|
|  | 1916  | 1923  | 1924  | 1925  | 1926  |
| Pferde . . . . .                         | 34,2  | 22,7  | 24,7  | 26,2  | 27,7  |
| Rinder . . . . .                         | 54,3  | 46,1  | 51,1  | 53,9  | 55,5  |
| Schafe . . . . .                         | 95,1  | 64,9  | 75,9  | 87,0  | 92,2  |
| Ziegen . . . . .                         | 6,0   | 2,9   | 3,5   | 4,4   | 5,0   |
| Schweine . . . . .                       | 19,9  | 10,1  | 17,7  | 17,3  | 16,2  |
| Gesamter Viehbestand. . .                | 209,5 | 146,7 | 172,9 | 188,8 | 196,6 |

Wie stark die Tierzucht durch die Agrarrevolution gelitten hat, zeigen die niedrigen Zahlen des Jahres 1923. Inzwischen sind die Verluste quantitativ zum großen Teil wieder wettgemacht worden. Die Zahlen des Jahres 1926 für Rinder, Schafe und Ziegen nähern sich bereits stark dem Stande von 1916. Doch sind bei der Beurteilung der Entwicklung nicht nur die Quantitätsverhältnisse, sondern auch die Qualitätsverhältnisse ins Auge zu fassen. Ganz allgemein wird von Sachkennern immer wieder hervorgehoben, daß die Qualität vor allem des Hornviehs und der Schafe sich erheblich verschlechtert hat. Die Sovetregierung hat diesem Umstand neuerdings besondere Beachtung geschenkt und ist bestrebt, dem Übelstand durch Rassenverbesserung abzuhelpfen. Die Genossenschaften und insbesondere die staatlichen Musterwirtschaften (Sovetwirtschaften) sollen hierbei führend vorangehen.

Die Entwicklung der Viehhaltung gestaltete sich in den einzelnen Bezirken sehr verschieden. Am besten ist die Lage im konsumierenden Gebiet, das in den letzten Jahren durchweg günstige Ernten aufzuweisen hatte und vom Bürgerkrieg nur in geringem Maße in Mitleidenschaft gezogen wurde.

Über die Entwicklung des Großvieh- und Kleinviehbestandes in den einzelnen Bezirken geben nachfolgende Tabellen Aufschluß (in Mill. Stück):

### Viehbestand nach Gebieten:

|                |      | Pferde | Rinder | Schafe | Ziegen | Schweine |
|----------------|------|--------|--------|--------|--------|----------|
| Konsum. Gebiet | 1916 | 4,7    | 9,3    | 11,4   | 0,06   | 4,08     |
|                | 1923 | 5,0    | 11,0   | 16,1   | 0,16   | 3,52     |
|                | 1924 | 5,2    | 11,3   | 17,1   | 0,17   | 4,62     |
|                | 1925 | 5,4    | 11,5   | 18,8   | 0,13   | 4,92     |
|                | 1926 | 5,4    | 10,7   | 17,4   | 0,09   | 4,50     |
| Prod. Gebiet   | 1916 | 11,8   | 18,1   | 37,8   | 1,28   | 6,09     |
|                | 1923 | 6,5    | 14,1   | 21,9   | 0,84   | 2,18     |
|                | 1924 | 7,4    | 16,2   | 26,8   | 1,09   | 5,46     |
|                | 1925 | 7,8    | 16,6   | 30,0   | 1,25   | 4,72     |
|                | 1926 | 8,1    | 16,9   | 31,7   | 1,14   | 3,75     |

|  |      | Pferde | Rinder | Schafe | Ziegen | Schweine |
|--|------|--------|--------|--------|--------|----------|
| Ukraine                                | 1916 | 5,4    | 7,7    | 6,3    | 0,04   | 4,54     |
|  | 1923 | 3,7    | 7,3    | 8,2    | 0,04   | 2,31     |
|  | 1924 | 3,9    | 8,2    | 9,1    | 0,05   | 4,27     |
|  | 1925 | 4,1    | 8,2    | 9,6    | 0,06   | 3,69     |
|  | 1926 | 4,6    | 8,3    | 8,5    | 0,05   | 3,58     |
| Nördlicher Kaukasus                    | 1916 | 2,4    | 5,3    | 10,2   | 0,66   | 1,90     |
|  | 1923 | 1,2    | 3,6    | 4,5    | 0,39   | 0,62     |
|  | 1924 | 1,2    | 4,0    | 4,6    | 0,41   | 1,17     |
|  | 1925 | 1,4    | 4,4    | 5,6    | 0,50   | 1,05     |
|  | 1926 | 1,5    | 5,0    | 6,1    | 0,56   | 1,22     |
| Kasakstan                              | 1916 | 4,8    | 6,3    | 22,2   | 3,56   | 0,43     |
|  | 1923 | 2,2    | 4,3    | 6,8    | 1,19   | 0,21     |
|  | 1924 | 2,6    | 4,8    | 9,0    | 1,50   | 0,29     |
|  | 1925 | 3,0    | 5,8    | 13,1   | 2,10   | 0,38     |
|  | 1926 | 3,5    | 6,7    | 17,2   | 2,70   | 0,46     |
| Sibirien, Ferner Osten,<br>Jakut. Geb. | 1916 | 5,1    | 7,8    | 7,3    | 0,38   | 2,86     |
|  | 1923 | 4,1    | 5,8    | 7,4    | 0,26   | 1,24     |
|  | 1924 | 4,4    | 6,7    | 9,2    | 0,31   | 1,94     |
|  | 1925 | 4,4    | 7,4    | 9,9    | 0,40   | 2,54     |
|  | 1926 | 4,5    | 7,9    | 11,4   | 0,50   | 2,72     |

### c) Waldnutzung und Holzproduktion.

Trotz der umfangreichen Abholzungen des letzten Jahrhunderts, besitzt Rußland noch heute die größten Waldungen der Welt, etwa ein Drittel aller Wälder der Erde. Die Schätzungen der Fachleute, die den Umfang der russischen Waldflächen festzustellen versucht haben, gehen weit auseinander. Nach Angaben von M. Madelin auf dem internationalen Kongreß für Forstwirtschaft in Paris 1913 umfaßten damals die Wälder der ganzen Erde etwa 1,5 Milliarden Desjatinen, die Wälder Rußlands allein ca. 500 Millionen Desjatinen. 1924 sind von der Zentralverwaltung der Wälder der U.d.S.S.R. beim Volkskommissariat für Landwirtschaft Berechnungen angestellt worden, nach denen die gesamte Waldfläche der Union sogar 844,5 Millionen Desjatinen betragen soll, wovon angeblich 549 Millionen Desjatinen oder 65% für die Ausbeutung in Frage kommen.

Die gewaltigen Waldbestände liegen hauptsächlich im Norden des europäischen und asiatischen Rußlands, zu einem geringeren Teil im westlichen und zentralen europäischen Rußland und in den südlichen Republiken der Union (Kaukasus). Was die Holzarten betrifft, so bestehen die Wälder zu etwa 75% aus Nadelhölzern, und zwar hauptsächlich aus Kiefern und Tannen, und zu 25% aus Laubhölzern.

Das russische Holz zeichnet sich zum Teil durch seine vorzügliche Beschaffenheit aus. Besonders bekannt sind auf dem Weltmarkte feinfaserige und astfreie Kiefern aus dem Weißmeergebiet, Fichten aus dem Petersburger Gebiet, Eichen aus der Ukraine und Weißrußland, sowie die kaukasischen hochwertigen Holzarten.

Der größte Forstbesitzer Rußlands war schon vor dem Kriege der Staat. Nach Angaben des „Komitees für Waldschutz“ war am 1. Januar 1914 das Waldgebiet des europäischen Rußlands folgendermaßen verteilt:

|                             | Fläche in<br>Millionen Desjatinen | %     |
|-----------------------------|-----------------------------------|-------|
| Staatliche Wälder . . . . . | 108,7                             | 65,9  |
| Private und Majoratswälder  | 35,8                              | 21,7  |
| Bauernbesitz . . . . .      | 13,1                              | 7,9   |
| Apanagen-Besitz . . . . .   | 5,0                               | 3,0   |
| Anderes. . . . .            | 2,5                               | 1,5   |
| Insgesamt:                  | 165,1                             | 100,0 |

In Asien war der Waldbestand in noch größerem Umfange Staatsbesitz. Die wertvollsten und der Exploitation zugänglichsten Wälder befanden sich jedoch vor dem Kriege im Besitz von Privatleuten, die auch die Abholzung in viel größerem Umfange betrieben als der Staat.

Für eine geregelte Forstpflge war vor dem Kriege, von einigen Ausnahmen, die vornehmlich im Interesse der Krone lagen, abgesehen, wenig geschehen. Seit Kriegsbeginn vollends, mit wachsender Kohlenknappheit, wurden die Gesichtspunkte einer rationellen Waldwirtschaft gänzlich außer acht gelassen und die staatlichen und privaten Wälder rücksichtslos abgeholzt. Mit der Revolution wurden alle Wälder Staatsbesitz. Es wurde ein „Zentrales Forstkomitee“ mit örtlichen Organen in der Provinz geschaffen, das nur allmählich Gedankengängen rationeller Waldbewirtschaftung Geltung verschaffen konnte.

Der Waldbestand, wie er im Jahre 1924 von der Zentralverwaltung der Wälder geschätzt wurde, verteilt sich auf die einzelnen Bundesrepubliken wie folgt:

| Bezirk                         | Waldfläche in Millionen Desjatinen |             | Darunter                                       |
|--------------------------------|------------------------------------|-------------|--|
|                                | Gesamtfläche                       | Anteil in % | ausbeutungsfähige Wälder in % der Gesamtfläche |
| R.S.F.S.R. . . . .             | 834                                | 98,7        | 64,8   |
| Weißrußland . . . . .          | 3                                  | 0,4         | 83,6   |
| Ukraine . . . . .              | 3                                  | 0,4         | 89,7   |
| Transkaukasien . . . . .       | 4                                  | 0,5         | 77,7   |
| U.d.S.S.R. insgesamt . . . . . | 844                                | 100,0       | 65,0   |

Angesichts der riesigen Ausdehnung der russischen Wälder stehen zweifellos der Holzproduktion der U.d.S.S.R. große Entwicklungsmöglichkeiten offen, doch ist zu beachten, daß die russische amtliche Statistik ein zu günstiges Bild zeichnet, da bei der gegenwärtigen Lage der Gesamtwirtschaft Rußlands, insbesondere dem

Zustand der Verkehrswege, nur ganz kleine Teile der Rohstoffbasis einer rationellen Waldwirtschaft zugänglich sind. Daß dem so ist, zeigen auch die Ziffern des russischen Holzexports, die heute noch nicht im entferntesten die Vorkriegshöhe erreicht haben und in gar keinem Verhältnis zu der Rohstoffbasis stehen.

## B. Die Industrie.

### 1. Allgemeine Charakterisierung.

Eine Darstellung der gegenwärtigen russischen Industrie hat davon auszugehen, daß die Industrie organisationsmäßig auf völlig anderen Grundlagen ruht, als vor dem Kriege. Es prägt sich hier neben der monopolistischen Organisation des Außenhandels am deutlichsten der staatskapitalistische Charakter Sowjetrußlands aus.

**Nationalisierung.** In der sogenannten kriegskommunistischen Periode wurde die gesamte russische Industrie nationalisiert. Freilich nicht auf einmal, sondern es lassen sich mehrere Phasen innerhalb der ersten Periode, die bis 1921 reichte, feststellen. Das erste Jahr bolschewikischer Herrschaft ist durch ein vorsichtiges Vorfühlen zu charakterisieren. Am 16. November 1917 wird die sog. Arbeiterkontrolle eingeführt. Es handelt sich um eine Kontrolle der Produktion, der Rohstoffbeschaffung und des Verkaufs der Fertigfabrikate durch die Arbeiter des eigenen Betriebes. Das Geschäftsgeheimnis wurde aufgehoben. Durch die Arbeiterkontrolle wurde eine Zersetzung der kapitalistischen Verwaltung erstrebt.

**Sozialisierung.** Die Erstarkung der Zentralgewalt und die Haltung der Unternehmer, die ihren Widerstand durch Sabotage der Wirtschaft ausdrückten, führte 1918 zur Sozialisierung der Wirtschaft. Nebenbei waren theoretische Gesichtspunkte der Bolschewiken maßgeblich, die in der Zentralisierung der Verwaltung der Volkswirtschaft das Mittel sahen, die Produktivkräfte des Landes zur schnellsten Entfaltung zu bringen. Durch Dekret vom 26. Juni 1920 wurde die Nationalisierung sämtlicher Industrieunternehmungen eingeleitet, die Privatpersonen oder Gesellschaften gehören und die mehr als 5 Arbeiter mit mechanischer Triebkraft oder 10 Arbeiter ohne diese beschäftigen. Im Herbst desselben Jahres wurde der Versuch unternommen, auch die Klein- und Hausindustrie zu verstaatlichen. Man unterschied zu diesem Zweck selbständige Hausfleißarbeiter und kleingewerbliche Betriebe bis zu 10 Lohnarbeitern. Diese mußten ihre Erzeugnisse an die Hauptkleinindustrieverwaltung abliefern. Die endgültige Nationalisierung der zweiten Gruppe erfolgte durch Dekret vom 26. November 1920. 1920 dürften etwa 90% der Industrie enteignet gewesen sein.

**Organisation.** Die Organisation der verstaatlichten Industrie baute sich auf dem Grundsatz des Zentralismus auf. Oberste Wirtschaftsbehörde war der Oberste Volkswirtschaftsrat, ins Leben gerufen durch Dekret vom 5. Dezember 1917. Seine Aufgabe bestand in der Organisation der Volkswirtschaft und Staatsfinanzen. Er hatte Pläne zur Regulierung des Wirtschaftslebens auszuarbeiten, das Recht, Konfiskationen vorzunehmen sowie Zwangssyndizierungen durchzuführen. Ihm

waren alle Wirtschaftsbehörden der Sowetrepublik untergeordnet. Die innere Organisation war wie folgt aufgebaut: Die Produktionsabteilungen hatten die Regulierung aller Zweige der Volkswirtschaft durchzuführen. Es gab z. B. Abteilungen für Metall, Brennmaterial, Faserstoffe, Bauarbeiten usw. Sie waren gegliedert in Hauptverwaltungen (Glavki). 1920 zählte man 56 Hauptverwaltungen, die von Moskau aus die Produktion, Rohstoffbeschaffung und den Absatz jeder ihr unterstellten Fabrik leiteten. Die Produktionseinheit, die Fabrik, war jeder Selbständigkeit beraubt. Es handelt sich also um eine extremzentralistische völlig bürokratische Organisation der Industriegewirtschaft, die dadurch noch kompliziert wurde, daß neben dem Obersten Volkswirtschaftsrat Wirtschaftsministerien, ferner der Rat für Arbeit und Verteidigung und die Staatliche Plankommission in Tätigkeit waren.

**Neue Wirtschaftspolitik.** Der vollständige Mißerfolg dieser Organisationsmethoden führte 1921 zur Einführung der sog. Neuen Wirtschaftspolitik, als deren Ergebnis das System des Staatskapitalismus zu betrachten ist. Der Staatskapitalismus ist eine Übergangsordnung der Wirtschaft in Sowetrußland, die unter grundsätzlicher Wahrung kommunistischer Prinzipien diese der Wirklichkeit anzupassen sucht und eine Zusammenarbeit mit dem Privatkapital nicht ablehnt. Die Wirtschaftsorganisation dieser Epoche ist im Vergleich zur vorhergehenden dezentralistisch.

**Dezentralisierung der Industriegewirtschaft.** Der Gedanke der Erweiterung der Selbständigkeit und Initiative eines jeden Großunternehmens hinsichtlich der Verfügung über die Finanzmittel und materiellen Hilfsquellen charakterisiert die neue Politik. Das Dekret vom 17. Mai 1921 leitete die Lockerung der Fesseln der Kleinindustrie ein. Durch Gesetz vom 7. Juli 1921 wurde das oben angeführte Dekret vom 29. November 1921 außer Kraft gesetzt. Weitere Verordnungen regeln das Pacht- und Konzessionswesen. Bezeichnend für die neue Entwicklung ist die Auflösung der Hauptverwaltungen und die Begründung von Trusts und Syndikaten, die unter Kontrolle des Obersten Volkswirtschaftsrates die Industriegewirtschaft regeln.

**Organisation der Industrie in der Gegenwart.** Gegenwärtig finden wir in Sowetrußland neben der Staatsindustrie die vom Staate verpachtete Industrie, die genossenschaftliche Industrie und in bescheidenem Umfange die Privatindustrie. Das Organisationssystem ist also nicht mehr so einheitlich wie in der ersten Periode und durch eine relative Mannigfaltigkeit der Formen ausgezeichnet. Das leitende Organ der Industriegewirtschaft ist nach wie vor der Oberste Volkswirtschaftsrat, der seine Aufgaben mit Hilfe der ihm angegliederten „Zentralen Wirtschaftsverwaltung“ und der „Zentralverwaltung der Staatlichen Industrie“ verwirklicht. Die zentrale Wirtschaftsverwaltung regelt die Tätigkeit der Obersten Volkswirtschaftsräte in den Unionsrepubliken, kontrolliert die staatliche, genossenschaftliche und private Industrie, stellt Produktionsprogramme auf, regelt die Tätigkeit industrieller Vereinigungen,

arbeitet das Rationalisierungsprogramm der Industrie aus usw. Die Zentralverwaltung der staatlichen Industrie verwaltet diejenigen Industrieunternehmungen, die allrussische Bedeutung haben. Die Bezirksorgane des Obersten Volkswirtschaftsrates (Prombüro) sind Vollzugsorgane des Obersten Volkswirtschaftsrates in den einzelnen Gebieten.

Die unten geschilderte, zu Beginn 1927 eingeleitete Reorganisation der Staatsindustrie hat die Befugnisse des Obersten Volkswirtschaftsrats der U.d.S.S.R. neuerdings eingeengt. Ihm ist nunmehr folgender Aufgabenkreis zugewiesen: a) Ausarbeitung der Grundlagen der Industriegesetzgebung, b) Festsetzung der Grundzüge, die die Ausgestaltung des technischen und wirtschaftlichen Ausbaues der Industrie betreffen, c) Ausarbeitung des allgemeinen Industrieplanes, der von der Regierung zu bestätigen ist, d) Festlegung der allgemeinen Wirtschafts- und Industriepolitik, e) Genehmigung der neuen Industrialisierungspläne, f) unmittelbare Leitung der Syndikate, g) Verfügung über die Industriekredite, h) das Recht, selbständig allrussische Trusts zu organisieren und ihre Statuten zu genehmigen, sowie i) die Leitung der dem Obersten Volkswirtschaftsrat unmittelbar unterstellten Trusts. Die Aufzählung der Befugnisse ergibt, von einigen allerdings schwerwiegenden Ausnahmen abgesehen, daß der Oberste Volkswirtschaftsrat nur noch die allgemeine Industriepolitik zu beeinflussen in der Lage ist. Nur die Punkte h) und i) ermöglichen ein operatives Eingreifen in die Sphäre bestimmter Trustskategorien. Dagegen hat Punkt g) heute nicht mehr die Bedeutung, wie noch vor zwei Jahren. Damals mußte man mit Recht in der Verfügung über die Industriekredite ein ausschlaggebendes wichtiges Mittel des Staates sehen, direkt auf die Industrie Einfluß zu nehmen. Gegenwärtig sind die Staatskredite in ihrer Bedeutung für die Industrie weit hinter die Bankkredite getreten. Und je rationeller die Industrie organisiert wird, desto eher wird die Finanzierung der Staatsindustrie allein durch die Banken durchgeführt werden können, desto geringer werden die finanziellen Beeinflussungsmöglichkeiten des Staates.

Die Trusts. Da die obersten Wirtschaftsbehörden nur die allgemeine Leitungskontrolle der Industriewirtschaft haben, und die Hauptverwaltungen des Obersten Volkswirtschaftsrats aufgelöst sind, mußte sich die Staatsindustrie umorganisieren. An Stelle der Hauptverwaltungen traten die Trusts, die mit den gleichnamigen Gebilden des kapitalistischen Westens allerdings nur wenig gemeinsames haben. Während die kapitalistischen Trusts die monopolistische Beherrschung des Marktes, die Beseitigung der Konkurrenz und die Sicherung einer gewissen Preishöhe erstreben, infolgedessen immer in einem Gegensatz zum Käufer stehen, ist dieses gemäß der Wirtschaftsverfassung der Sowetunion bei den russischen staatskapitalistischen Trusts nicht der Fall. In kapitalistischen Staaten sind die Trusts Vereinigungen mehrerer privater Unternehmer, in Rußland ist der Staat der einzige Unternehmer, und es werden in Trusts ausschließlich Staatsunternehmungen zusammengeschlossen. Wir haben de facto als Trusts Umbildungen der Hauptverwaltungen vor uns, sie könnten deshalb folgendermaßen begriffsmäßig umschrieben werden: Der staatskapitalistische Trust Sowetrußlands ist eine

einheitliche Unternehmung, zusammengesetzt aus unselbständigen Teilbetrieben (Fabrik), die sich in voller Abhängigkeit von den zuständigen Staatsorganen befindet, aber als selbständige juristische Person das Recht hat, die Produktion und zwar nur die Produktion nach den Grundsätzen wirtschaftlicher Kalkulation nach eigenem Gutdünken durchzuführen. Die Trustgesetzgebung beginnt mit der Verordnung des Obersten Volkswirtschaftsrates vom 12. August 1921 betr. „Die Wiederherstellung der Industrie und Hebung der Produktion“. Abgeschlossen wurde die Gesetzgebung durch das große „Dekret über Trusts“ vom 11. April 1923, das eine Zusammenfassung und Vereinheitlichung der gesamten Trustgesetzgebung darstellt.

Die Abhängigkeit vom Obersten Volkswirtschaftsrat ist, vor allem auch in finanzieller Hinsicht, groß. Andererseits aber war das Verhältnis zwischen Trustleistung und Teilbetrieb derart geregelt, daß letztere nur ausführendes Organ blieb, ohne jede Initiative und Verantwortung, woraus eine völlige Uninteressiertheit der Fabrikleitung am Produktionserfolg resultiert. Ferner kann auch der Gesamttrust nur leistungsfähig sein, wenn die Bevormundung von oben aufhört, mit einem Wort die Dezentralisationspolitik weiter ausgebaut wird. Von diesem Gedanken geht eine im März 1927 eingeleitete Reform der Industrieorganisation aus. Im Mittelpunkt des Interesses steht das Werk, die Fabrik mit ihren grundlegenden Produktionsproblemen, andererseits jedoch wächst mit dem Grad der Emanzipierung der Trusts vom Obersten Volkswirtschaftsrat die Bedeutung jener, sowie der Syndikate, die nunmehr durchaus freiwillige Zusammenschlüsse der Trusts sein sollen.

Die Syndikate. Das sovetrussische Syndikat ist eine zeitlich unbegrenzte Vereinigung industrieller Verbände und Unternehmungen mit Rechten einer juristischen Person zwecks Ausschaltung der Konkurrenz unter den Trusts. Wir haben es also hier entsprechend den deutschen Kartellen mit Verbänden von Unternehmungen monopolistischer Art zu tun; erstrebt wird die Regelung des Absatzes und die Verbilligung der Produktion. Man unterscheidet freiwillige und Zwangssyndikate. Die Finanzierung erfolgt durch Einlagen der beteiligten Trusts, deren Höhe entweder durch den Wert der Produktion des in Frage stehenden Trusts bedingt ist, oder durch die Vertreterversammlung festgelegt wird. Nach der Höhe der Einlagen bestimmt sich der Gewinnanteil. Die Leitung der Syndikate liegt in den Händen der Vertreterversammlung, in der jeder Trust über eine den Einlagen entsprechende Stimmenzahl verfügt.

Durch die Neuregelung der Industrieorganisation Anfang 1927 hat auch eine gewisse Strukturveränderung bei den Syndikaten Platz gegriffen. Sie hatten bisher in weitem Umfange einen Zwangscharakter. Das Projekt betont ausdrücklich, daß sie hinfort ausschließlich als freiwillige Vereinigungen der Trusts anzusehen sind, deren Aufgabe es ist, die Versorgung der Industrie sicherzustellen und ihren Absatz zu organisieren; sie sind also reine Ein- und Verkaufsorganisationen. Die Syndikate haben jeden Eingriff in die Produktionssphäre des Trusts aufzugeben. Ihre Beziehung zum Trust ist, ebenso wie diejenige des Trusts zur Einzelunterneh-

mung, auf vertragliche Grundlage gestellt. Zwecks Sicherstellung einer planmäßigen Warenversorgung des Marktes muß den Syndikaten das Maximum der operativen Selbständigkeit gewährt werden, die wiederum die alleinige Verantwortung der Marktversorgung zur Folge hat. Die Bindung der Syndikate an den Staat ist dadurch gegeben, daß sie eben gerade als Mittel des Staates angesehen werden, mit deren Hilfe die planmäßige Versorgung des gesamten Marktes mit Erzeugnissen der Staatsindustrie durchgeführt wird.

Bezeichnend für die Stellung des ehemals unselbständigen Teilbetriebes zu dem übergeordneten Trust ist, daß das Reformprojekt im Hinblick auf die untersten Produktionszellen (Werk, Fabrik) nur noch von einer *U n t e r n e h m u n g* spricht, während früher diese Bezeichnung ausschließlich dem Trust vorbehalten blieb. Das Verhältnis zwischen Trust und Unternehmung ist nunmehr derart zu gestalten, daß der Unternehmung Selbständigkeit hinsichtlich der laufenden Arbeiten, volle Verantwortung bei Produktions- und Geschäftsoperationen und erhöhte Befugnisse des Leiters (Direktor) zugebilligt werden. Entsprechend wird der Kreis der dem Unternehmungsleiter übertragenen Vollmachten erheblich erweitert und zwar in folgender Richtung: a) Selbständigkeit der Versorgung und des Absatzes, sowie der Annahme von Bestellungen; b) Abschluß von Pachtverträgen und Transportverträgen, Erwerb und Veräußerung von Vermögen, beides innerhalb der durch die Trustbefugnisse gezogenen Grenzen; c) Eröffnung laufender Konten bei Kreditinstituten auf Grund einer Trustvollmacht; d) Hingabe von Wechseln in Zahlung; e) Diskontierung von Handelswechseln und Eingehung von Schuldverbindlichkeiten für Produktivzwecke. Die Geschäftsbeziehungen zwischen Unternehmung und Trust beruhen auf einem System von Lieferungsverträgen, die den Modus der Finanzierung und Versorgung der Unternehmung während der Vertragsperiode regeln. Besonders wichtig ist die Bestimmung, daß zwecks Steigerung des Interesses am Wirtschaftserfolg ein Teil des Gewinnes der Unternehmung verbleibt, und nicht, wie bisher, der Gesamtgewinn an die Trustleitung abzuführen ist. Deshalb muß auch für jede Unternehmung eine selbständige Buchführung, Kalkulation und Bilanzaufstellung durchgeführt werden, ein Punkt, um den seit Jahren erbittert gekämpft wurde. Gleichzeitig werden die Befugnisse des von der Trustleitung ernannten Direktors (Unternehmungsleiters) erweitert, dem das Recht zusteht, direkt beim Obersten Volkswirtschaftsrat gegen wirtschaftlich unzweckmäßige Maßnahmen der Trustleitung vorstellig zu werden und auch ohne Einmischung der Trustleitung seine technischen und kaufmännischen Gehilfen zu ernennen. Aus dem Gesagten geht unzweideutig hervor, daß die Unternehmung nunmehr wirklich eine selbständige Produktions- und Wirtschaftseinheit geworden ist, und daß auf sie ein großer Teil derjenigen Befugnisse übergegangen ist, die bisher der Trustleitung zugefallen waren. Das System der Lieferungsverträge schafft eine wirtschaftliche Abhängigkeit vom Trust, die dem Einzelunternehmen immer noch weitgehende Selbständigkeit sichert. Jetzt erst ist der Direktor in der Lage, nach streng ökonomisch-rationellen Gesichtspunkten vorgehen zu können, ohne fürchten zu müssen, daß die Einmischung der Trust-

leitung in Einzelheiten der Betriebsführung den Produktionsprozeß dauernd hemmt.

Die Minderung des Einflusses der Trustleitung auf die Einzelunternehmung ist gleichsam kompensiert worden durch Stärkung des Trusts gegenüber der übergeordneten Instanz, dem Obersten Volkswirtschaftsrat. Diesem liegt nur noch die allgemeine Leitung der Tätigkeit des Trusts ob, ohne wie bisher in das innere Gefüge desselben eingreifen zu können. Die Einmischung in die operative Tätigkeit der Trusts muß auf engste Grenzen beschränkt werden. Praktisch äußert sie sich in der allgemeinen Verfügung über das Grundkapital, in der Sicherstellung des Personalbestandes der Trusts und der allgemeinen Einflußnahme bei grundsätzlichen Entscheidungen, im übrigen ist ein Eingreifen nur in Ausnahmefällen zulässig. Dem Trust obliegt dagegen: a) die Aufstellung der „Industriefinanzierungspläne“ auf Grund der Unterlagen des Obersten Volkswirtschaftsrates, wobei den Trusts gestattet ist, die Arbeit der Einzelunternehmungen von sich aus zu organisieren, wenn die Bestätigung der Finanzpläne von seiten des Obersten Volkswirtschaftsrates zum neuen Wirtschaftsjahr noch nicht erfolgt ist; b) die Trustleitung hat das Recht, die Direktoren der Einzelunternehmungen zu ernennen usw. Es bleibt mithin die restlose Subordination des Unternehmungsleiters bestehen, die auch nach Durchführung der Reform der Trustleitung einen maßgeblichen Einfluß auf die Einzelunternehmungen sichert.

**Verpachtete Industriebetriebe.** Seit dem Dekret vom 5. Juli 1921 verpachtet der Staat einen Teil seiner Unternehmungen, und zwar an Genossenschaften, Verbände und Privatpersonen. Die Pächter haften für die Unversehrtheit des ihnen pachtweise überlassenen Staatseigentums. Die Pachtfrist wird nach Maßgabe des Wertes des Objekts und des Umfanges der notwendigen Reparaturen festgesetzt.

**Die genossenschaftliche Industrie.** Die genossenschaftlichen Organisationen sind befugt, nicht nur Klein- und Mittelbetriebe, sondern auch Großbetriebe in ihrem Besitz zu haben. Eine besondere Art genossenschaftlicher Betriebsform stellen die Artels dar, die allerdings laut Dekret vom 17. Juni 1921 nicht mehr als 5 Mitglieder zählen dürfen. Nur mit besonderer Genehmigung können Lohnarbeiter beschäftigt werden.

#### Die Privatindustrie.

**A. Die Klein- und Heimindustrie.** Gemäß Dekret vom 7. Juli 1921 „Über die Klein- und Heimindustrie“ ist jeder Bürger mit vollendetem 17. Lebensjahre berechtigt, sich in der Heimindustrie selbständig zu betätigen. Kleinindustrielle Unternehmungen dürfen nicht mehr als 10 bis 20 Arbeiter beschäftigen. Sie unterliegen der obligatorischen Registrierung. Von dieser sind einzelne Heimarbeiter befreit. Die Heimarbeiter sind berechtigt, über die Erzeugnisse ihrer Produktion weiterhin frei zu verfügen. Die Klein- und Heimindustrie unterliegt deshalb nicht der Sozialisierung.

B. Private Großindustrie. Die private Großindustrie ist nur möglich auf Grund einer Konzession. In Wirklichkeit gehören private großindustrielle Unternehmungen, betrieben von russischen Staatsangehörigen, zu den verschwindenden Ausnahmen in Sovetrußland. Dagegen finden sich Aktiengesellschaften mit privater Beteiligung gelegentlich.

C. Gemischte Gesellschaften. Auch sie bestehen ausschließlich auf Grund eines Konzessionsvertrages. Diese kommen zustande durch das Oberste Konzessionskomitee beim Rat der Volkskommissare. Es ist dies die Behörde, die die Zulassung von ausländischem Kapital zur industriellen usw. Betätigung beschließt. Als Zentralstelle für Konzessionsverhandlungen auf dem europäischen Kontinent gilt die Konzessionskommission bei der Handelsvertretung der U.d.S.S.R. in Deutschland. Als Grundformen der Konzessionen unterscheiden wir sog. „Reine Konzessionen“, bei denen der Konzessionär das Recht erhält, das ihm laut Konzessionsvertrag zugesprochene Unternehmen selbständig zu leiten, und Gemischte Gesellschaften, bei denen der russische Staat oder Kommunen sich beteiligen. Die gemischten Gesellschaften in der Rechtsform der Aktiengesellschaft, Gesellschaft m. b. H. usw. werden zur Ausbeutung von Handels- und Industriekonzessionen jeder Art errichtet. Das Verhältnis des beteiligten privaten und staatlichen Kapitals ist nicht ein für allemal festgelegt, doch ist dafür gesorgt, daß die Minorität sich zur Geltung bringen kann. Die Rechtslage wird begründet durch den Konzessionsvertrag, der das Konzessionsobjekt und die Bedingungen, unter denen die Ausbeutung der Konzession erfolgt; festlegt; durch den Gründungsvertrag, der die Beziehungen beider Parteien innerhalb der Gesellschaft regelt und das konkrete Verhältnis der Kapitaleinlagen bestimmt; sodann durch die Statuten, die den Zweck, die Bezeichnung der Gesellschaft, den Sitz der Direktion, die Dauer der Unternehmung, die Bildung des Grundkapitals und die Kompetenzen der Verwaltungsorgane usw. bestimmen; endlich in einigen Fällen durch die Konsortialvereinbarung, enthaltend Bestimmungen über die Höhe und Form der zu gewährenden Kredite u. dgl. Im Laufe der letzten Jahre sind eine größere Zahl derartiger Gemischter Gesellschaften mit Beteiligung von Auslandskapital begründet worden, wobei Deutschland in vielen Fällen maßgeblich beteiligt ist.

## 2. Die Finanzierung der Industrie.

Die Finanzierung der russischen Staatsindustrie erfolgte in der kriegskommunistischen Epoche in Form von staatlichen Dotationen und Subsidien. Diese budgetäre Finanzierung mußte mit dem Moment eingeschränkt werden, als man ernstlich bestrebt war, die russischen Staatsfinanzen und die Währung zu sanieren. Da nun die russische Industrie zu einem großen Teil noch heute mit dauernden Defiziten arbeitet, andererseits aber der Staat aus währungspolitischen Gründen nicht in der Lage ist, von sich aus die Finanzierung vorzunehmen, da dies unweigerlich Inflation bedeuten würde, befindet sich die Industrie in einer äußerst schweren Finanzlage. Das Dilemma der russischen Wirtschaftspolitik lautet: entweder wird die Industriefinanzierung

eingeschränkt, dann gerät die Industrie in eine unhaltbare Lage, oder die Industrie wird unterstützt — dann wird die Währung auf das Schwerste gefährdet. Charakteristisch für die Zeit nach der russischen Währungsreform vom Frühjahr 1924 ist der Versuch, einen Mittelweg zwischen Skylla und Charybdis zu finden. Man hat das dadurch zu erreichen gesucht, daß die Finanzierung der Industrie von der Staatsbank auf die Industriebank überwält wurde, was naturgemäß letztere in eine schwierige Position brachte. Die Gewährung von Subsidien in reiner Form ist in den Hintergrund getreten, doch läuft die Kreditgewährung überaus häufig auf Subsidiengewährung hinaus. Daß unter diesen Umständen die Erlangung von Privatkrediten für die Industrie fast unmöglich ist, leuchtet ein und wird besonders augenfällig, wenn man bedenkt, daß einerseits private Kreditanstalten in Rußland fast gar nicht existieren, und andererseits die russischen Staatstrüsts nur mit dem umlaufenden, nicht mit dem Grundkapital haften.

Die Finanzlage der russischen Industrie ist auch im letzten Jahre durchaus angespannt gewesen, obgleich oder zum Teil gerade weil die Produktion forciert wurde, die 1924 bis 1926 bedeutende Mittel verschlungen hat. Man kann sagen, daß gerade aus diesem Grunde die finanziellen Schwierigkeiten zugenommen haben. Die Finanzlage der Industrie wird zu einem großen Teil erklärt durch die allgemeine Lage der russischen Volkswirtschaft. Diese ist im letzten Jahr bestimmt worden durch das Versagen des Getreidebeschaffungsplanes, eine Tatsache, die zur Einschränkung des Importplanes führte und infolgedessen auf die Zirkulation der Geldmasse ungünstig einwirkte. Man hatte 1924/25 sich infolgedessen entschließen müssen, die Červonez-Emission zwecks Finanzierung der Industrie anzuspannen, ein Beginnen, das im Frühjahr 1926 inflationistische Wirkungen hervorrief, aus welchem Grunde eine Kreditrestriktion einsetzte, die die Finanzlage der Industrie weiter verschlechterte. Ungünstig wirkte ferner das Steigen der Arbeitslöhne ein (21% gegenüber dem letzten Jahr), sowie das Anwachsen der Arbeiterzahl um 28%. Wir haben in Rußland einen Überfluß von Arbeitern vor uns, der wesentlich zur Steigerung der Produktionskosten beiträgt. Bedeutsam ist nun, daß die staatliche Preispolitik, an die die russischen Trusts und Syndikate gebunden sind, es nicht gestattet hat, den wachsenden Absatz auszunutzen. Die oben angedeutete Finanzlage hat im Laufe des letzten Jahres zu einer Kürzung der für die Industrie bestimmten Geldmittel von seiten des Staates und der Banken geführt. Die kurzfristigen Bankkredite, ursprünglich auf 600 Millionen Rubel festgesetzt, wurden für die Industrie auf 260 Millionen zusammengestrichen. Die Gesamtsumme der für das Produktions- und Wiederaufbauprogramm der Staatsindustrie bereitgestellten Mittel für das Wirtschaftsjahr 1925/26 beläuft sich auf 1265 Millionen Rubel — eine Summe, die den Vorschlag bei weitem nicht erreicht. Von dieser Summe soll die Industrie selbst 460 Millionen Rubel aufbringen, woran von Sachverständigen allerdings gezweifelt wird; die budgetäre Finanzierung beträgt 145,5 Millionen Rubel und aus Anleihen sollen 619,3 Millionen Rubel flüssig gemacht werden. Diese Summen aufzubringen fiel den Banken außerordentlich schwer und wurde nur dadurch ermöglicht, daß

bedeutende Mittel anderen Zweigen der russischen Wirtschaft entzogen wurden. Trotzdem konnte der Kreditbedarf der Staatsindustrie in vollem Umfange nicht befriedigt werden. Über die Verteilung der kurz- und langfristigen Kredite auf die einzelnen Industriezweige im ersten Halbjahr 1925/26 unterrichtet nachfolgende Tabelle (in Millionen Rubel).

Verteilung der Industriekredite.

| Industriezweige                                | Verschuldung z. 1. 10. 25 |           | Verschuldung z. 1. 4. 26 |           |
|--|---------------------------|-----------|--------------------------|-----------|
|  | Kurzfristige              | Insgesamt | Kurzfristige             | Insgesamt |
| Brennstoffindustrie . . . . .                  | 60,7                      | 60,7      | 59,4                     | 65,1      |
| Metallindustrie . . . . .                      | 135,1                     | 145,4     | 205,4                    | 230,3     |
| Bergbau . . . . .                              | 14,2                      | 14,2      | 13,5                     | 14,6      |
| Chemische Industrie . . . . .                  | 31,4                      | 32,2      | 39,0                     | 46,0      |
| Industrie der Steine und Erden . . . . .       | 22,0                      | 22,0      | 30,9                     | 34,8      |
| Holz- und holzbearbeitende Industrie . . . . . | 81,3                      | 81,3      | 85,9                     | 91,3      |
| Papierindustrie . . . . .                      | 9,8                       | 9,8       | 12,2                     | 12,3      |
| Textilindustrie . . . . .                      | 235,9                     | 235,9     | 252,8                    | 252,8     |
| Lederindustrie . . . . .                       | 71,7                      | 71,7      | 109,1                    | 109,5     |
| Lebens- und Genußmittelindustrie . . . . .     | 183,5                     | 188,5     | 228,1                    | 238,3     |
| Zuckerindustrie . . . . .                      | 67,2                      | 72,2      | 97,6                     | 104,6     |
| Elektrotechnische Industrie                    | 15,0                      | 15,0      | 10,5                     | 14,6      |
| Elektrizitätswirtschaft . . .                  | 0,9                       | 0,9       | 1,6                      | 1,6       |
| Andere Industriezweige . . .                   | 81,3                      | 81,3      | 90,4                     | 90,9      |
|  | 942,8                     | 958,9     | 1138,8                   | 1202,1    |

Die Gesamtverschuldung der Industrie beträgt demnach 1,2 Milliarden Rubel, d. h. 50% der von den Banken überhaupt vergebenen Kredite. Besonders angespannt ist die Lage der Metallindustrie, deren Verschuldung im ersten Halbjahr 1925/26 um 70 Millionen Rubel gestiegen ist. Wie schwer die Lage dieses Industriezweiges ist, erhellt aus der Zahlungseinstellung des Südrussischen Maschinenbautrusts. Schuld an der Notlage ist neben inneren Momenten die Säumigkeit der staatlichen Auftraggeber, vor allen Dingen des Verkehrskommissariats. Beträchtlich ist ferner die Verschuldung der Leder- und Zuckerindustrie, welche letztere sowohl hinsichtlich der Bezahlung der Zuckerrübenpflanze, als auch der Steuerentrichtung in Rückstand geraten ist. Die Lage der Holzindustrie und der chemischen Industrie ist ebenfalls gespannt. Die schwierige finanzielle Position der Staatsindustrie kommt ganz allgemein in den verspäteten Lohnauszahlungen an die Arbeiter, in zunehmender Verschuldung an die Versicherungskassen und Steuerkassen zum Ausdruck. Die Steuerrückstände beliefen sich beispielsweise am 1. Mai 1926 auf 105 Millionen Rubel. Die Lohnauszahlungen sind bei einigen Trusts weit über einen Monat im Rückstand. Die Verschuldung an die Arbeiterschaft ist besonders groß bei der Metallindustrie, beim Kohlenbergbau, in der chemischen Industrie,

der Lederindustrie usw. Alles in allem unhaltbare Zustände! Naturgemäß wirkt sich die Finanzlage auf das Tempo des Wiederaufbaus der russischen Industrie verlangsamend aus. Eine Besserung der Lage ist nur durch Rentabilitätssteigerungen auf die Dauer möglich. Zeitweise vermag naturgemäß die Kreditgewährung seitens des Auslandes Erleichterungen zu verschaffen. Direkte Kredite sind jedoch an die Industrie nur in verschwindenden Fällen erteilt worden. Die übliche Form der finanziellen Unterstützung von seiten des Auslandes ist die Beteiligung an Gemischten Gesellschaften auf Grund eines Konzessionsvertrages.

### 3. Das Kapitalproblem der russischen Industrie.

Die Entwicklung der russischen Industrie wird entscheidend beeinflußt durch das Problem der Kapitalbeschaffung und der in der Industrie angelegten Kapitalmasse.

**Grund- und Betriebskapital vor dem Kriege.** Methodisch ist es nicht leicht, die Höhe des vor dem Kriege in der russischen Industrie investierten Kapitals zu bestimmen. Was das Grundkapital anbelangt, so hat man bolschewikischerseits die Höhe des Wertes des Immobilienbesitzes der Industrie auf 4127,7 Millionen Rubel berechnet. Schwieriger ist die Feststellung des Betriebskapitals. Die Betriebsmittel (sowohl eigene als fremde) der Vorkriegszeit werden mit annähernd 3,5 Milliarden Rubel veranschlagt. Bei dem schnellen Anwachsen der russischen Industrie in den letzten Vorkriegsjahren konnte die russische Volkswirtschaft diese Summe aus eigenen Kräften allein jedoch nicht aufbringen.

Das Grund- und Betriebskapital in der Gegenwart ist bedeutend niedriger als in der Vorkriegszeit. Die Inflation und Wirtschaftspolitik des Kommunismus zusammen mit dem Bürgerkrieg, der große Werte vernichtet hat, haben die Industriekapitalien überaus stark in Mitleidenschaft gezogen. Nach einer Berechnung des Obersten Volkswirtschaftsrates Ende 1923 belaufen sich die in der Staatsindustrie festgelegten Kapitalien auf rund 8 Milliarden Črhonez-Rubel, wovon 77,0% auf das Grundkapital und 23% auf das Umsatzkapital entfallen. Die Verteilung des Grundkapitals (Statutenkapital) auf die einzelnen Industriezweige ergibt folgendes Bild:

| Industriezweige   | Grundkapital | Umsatzkapital | Statutenkapital |
|---|--------------|---------------|-----------------|
| 1. Brennstoffindustrie . . . . .  | 1093,2       | 192,3         | 1285,5          |
| 2. Metallindustrie . . . . .  | 1386,7       | 434,7         | 1821,4          |
| 3. Elektrotechnische Industrie und elektrische Kraftwerke . . . . .             | 318,0        | 74,0          | 392,0           |
| 4. Montanindustrie . . . . .  | 208,8        | 28,8          | 237,6           |
| 5. Chemische Industrie . . . . .  | 338,3        | 132,7         | 471,1           |
| 6. Holzindustrie . . . . .  | 206,7        | 84,5          | 290,2           |
| 7. Industrie der Steine und Erden . . . . .                                     | 617,5        | 65,0          | 682,5           |
| Insgesamt in der vorwiegend Produktionsmittel herstellenden Industrie . . . . . | 4169,2       | 1011,1        | 5180,3          |

| Industriebranche  | Grundkapital | Umsatzkapital | Statutenkapital |
|---|--------------|---------------|-----------------|
| 8. Textil- u. Bekleidungsindustrie . . .  | 1284,7       | 569,5         | 1854,2          |
| 9. Nahrungsmittelindustrie . . . . .  | 400,7        | 83,8          | 484,5           |
| 10. Lederindustrie . . . . .  | 204,8        | 113,8         | 318,6           |
| 11. Diverse . . . . .   | 91,1         | 45,4          | 136,5           |
| <hr/>   |              |               |                 |
| Insgesamt in der vorwiegend<br>Gebrauchsgegenstände produzierenden<br>Industrie . . . . . | 1981,3       | 812,5         | 2793,8          |
| <hr/>   |              |               |                 |
| Insgesamt in der ganzen Staats-<br>industrie . . . . .                                    | 6150,5       | 1823,6        | 7974,1          |

Aus der Zusammenstellung ist zu ersehen, daß 65% des statutenmäßigen Kapitals in der Schwerindustrie angelegt sind. Das Betriebskapital beläuft sich auf 1,8 Milliarden Červonez-Rubel. Das Mißverhältnis ist überaus groß und wächst sich immer mehr zu einem schweren Übelstand der Industrie aus.

Das Verhältnis zwischen der Vorkriegszeit und Gegenwart hinsichtlich der Grund- und Betriebskapitalien hat sich sehr zu ungunsten der Gegenwart verschoben. Eine bolschewistische Berechnung kommt zu dem Ergebnis, daß das Grundkapital auf Vorkriegsrubel umgerechnet 2,75 Milliarden Rubel beträgt, d. h. nur etwa 65% des Vorkriegsbetrages ausmacht. Während die Betriebsmittel der Vorkriegszeit etwa 3,5 Milliarden Rubel betragen, ist diese Summe gegenwärtig um das Dreieinhalbfache geringer, d. h. die Betriebsmittel machen jetzt nur 28% der Betriebsmittel vor dem Kriege aus. Wie ersichtlich, ist das Verhältnis zwischen Grundkapital und Betriebskapital ein außerordentlich ungünstiges. Hieraus ist der Schluß zu ziehen, daß der Bedarf an Kapital für die Industrie im bolschewistischen Rußland überaus groß ist. Infolgedessen ist es eine der wichtigsten Aufgaben der russischen Industriepolitik, der Industrie genügend Kapital zur Verfügung zu stellen und dies um so mehr, als die Kapitalanhäufung durch die Industrie selbst auf große Schwierigkeiten stößt. Wiederholt wurde darauf hingewiesen, daß die Rentabilitätsverhältnisse ungünstig sind und die Industrie aus diesem Grunde auf sehr erhebliche Kredite allein schon zu Betriebszwecken angewiesen ist. Oben wurde dargelegt, daß die Kreditgewährung durch die Banken und von Staats wegen nur unvollkommen den Bedürfnissen der Industrie gerecht zu werden vermag. Es ist daher seit Einführung der Neuen Wirtschaftspolitik eine wesentliche Aufgabe der russischen Wirtschaftspolitik, den Zufluß von ausländischem Kapital zu steigern.

Beteiligung von Auslandskapital vor dem Kriege. Wie angedeutet, konnte bereits vor dem Kriege die russische Volkswirtschaft sich nicht ohne Beteiligung von Auslandskapital entfalten. Die Schuldverpflichtungen Rußlands an das Ausland waren vor dem Kriege sehr hoch. Die Berechnungen schwanken im einzelnen außerordentlich stark. Nach niedriger Schätzung war Rußland den damaligen Weltgläubigerstaaten (Frankreich, England, Deutsch-

land) 1910 etwa 14 Milliarden Mark schuldig. 16,24% davon waren in reinen produktiven Anlagen untergebracht, der Rest verteilte sich auf Staats- und Kommunalanleihen. Nach anderen Berechnungen aus englischer Quelle waren die Schuldverpflichtungen Rußlands bedeutend größer. Daß in der Gegenwart Rußland diese Vorkriegsschulden nicht anerkennt, und tatsächlich auf absehbare Zeit auch nicht in der Lage ist, den Schuldendienst aufzunehmen, erschwert naturgemäß die Erlangung von Kapitalien bedeutend. Der Bedarf ist andererseits sehr viel größer als vor dem Kriege, wie aus obenstehenden Ausführungen zu entnehmen ist.

**Beteiligung von Auslandskapital in der Gegenwart.** Wiederholt hat sich Rußland bemüht, Kapitalien langfristiger und kurzfristiger Natur zum Wiederaufbau seiner Industrie aus dem Ausland zu erlangen. Infolge der Nichtanerkennung der Vorkriegsschulden sind jedoch bisher sämtliche Bemühungen der Sovetregierung, eine Staatsanleihe zu produktiven Zwecken zu erlangen, fehlgeschlagen. Der einzige Weg, auf dem die russische Industrie Auslandskapital erlangen kann, ist durch die Abschließung von Konzessionsverträgen gegeben. Zum 1. Januar 1926 sind 226 Verträge zum Abschluß gelangt, die sich folgendermaßen verteilen: reine Konzessionen 86; gemischte Gesellschaften 31; Registrierung ausländischer Firmen 91; Bestätigung der Statuten inländischer Aktiengesellschaften 18. Bis zum Januar 1926 waren also 117 Konzessionsverträge abgeschlossen. Die erteilten Konzessionen verteilen sich wie folgt auf die einzelnen Länder: auf Deutschland entfallen 29, und zwar 20 reine Konzessionen und 9 gemischte Gesellschaften; auf England 21 (16 und 5); auf Amerika 13 (11 und 2); auf Schweden und Norwegen entfallen je 5; auf Japan, Italien und Polen je 4; auf Frankreich, Dänemark und Finnland je 3; der Rest verteilt sich auf die übrigen Länder. Die Verteilung der Konzessionen auf die einzelnen Wirtschaftszweige ergibt folgendes Bild: verarbeitende Industrie 23, Montanindustrie 21, Holzwirtschaft 6, Baugewerbe 2, der Rest verteilt sich auf Handel (33), Landwirtschaft, Transport und Kommunikation. Wie ersichtlich, ist die Zahl der bisher abgeschlossenen Konzessionsverträge nicht als hoch zu bezeichnen. Man hat sowohl russischer-, wie vor allen Dingen ausländischerseits ein günstigeres Resultat erwartet. Daß die Zahl der Konzessionen relativ gering geblieben ist, hängt mit einer Reihe Rußland eigentümlicher Umstände zusammen. Es ist das Risiko großer Kapitalinvestitionen nach wie vor überaus groß; ferner erschweren die russische Sozialgesetzgebung, die starke steuerliche Belastung und die schwankende Rechtsgrundlage die Tätigkeit westeuropäischen Privatkapitals. Dazu kommt, daß die für Westeuropa weniger risikoreichen Handelskonzessionen immer mehr von Produktivkonzessionen abgelöst werden sollen, die höhere Kapitalinvestitionen, eine stärkere Bindung und eine weitergehende Kontrolle von seiten der russischen Regierung zur Folge haben als dies bei reinen Handelskonzessionen der Fall ist. Neben einigen ganz großen Konzessionsobjekten, wie beispielsweise die sog. „Wirthsche“ Waldkonzession „Mologa“, die Harriman-Gruben in Čiaturi „Georgian Manganese Co. Ltd.“ und die sog. „Lena Goldfield Konzession“, in denen große Beträge investiert sind, ist die überwiegende Zahl der Konzessionen als mittelgroß zu

bezeichnen. Gewöhnlich übersteigt das zu investierende Kapital nicht 100 000—300 000 Rubel und nur selten beläuft es sich auf 500 000—600 000 Rubel. Bevorzugt werden von den ausländischen Unternehmern die Gebiete der leichten Industrie, in denen ein großer Warenhunger besteht, wie z. B. die Galanteriewarenindustrie. Die Umsatzfähigkeit des Kapitals ist in diesen sehr groß (8—10 mal im Jahre), die Gewinne infolgedessen hoch. Die Gesamthöhe des in der russischen Industrie angelegten ausländischen Privatkapitals ist naturgemäß außerordentlich schwer festzustellen. Die Angaben gehen weit auseinander. Während einige deutsche Quellen von etwa 40 Millionen Rubel sprechen, beziffern russische Sachverständige die Kapitalanlage, die für die Entwicklung der arbeitenden Konzessionsunternehmungen bis zur Erreichung der vertragsmäßig festgesetzten Produktion investiert werden müssen, auf 110 bis 140 Millionen Rubel. „Dieses Kapital wird allmählich in die Betriebe hineingesteckt entsprechend der vertraglich vorgesehenen Entwicklung der Konzessionsunternehmung. Die Frist bis zur Erreichung der planmäßig bestimmten Position beträgt für die verarbeitende Industrie 1 oder 2 Jahre, für die Rohstoff gewinnende und Rohstoff verarbeitende Industrie bis zu 4 Jahren“, wobei eine Verlängerung der Frist bis zu 7 Jahren vorgekommen ist. Besondere Wichtigkeit haben die Konzessionsunternehmungen erlangt in der Holzindustrie und in der Montanindustrie. Im allgemeinen jedoch ist, wie bemerkt, die Konzessionstätigkeit weit hinter den Erwartungen zurückgeblieben. Daß hieran allgemeine Erwägungen zum Teil schuld sind, wird von den Bolševiken offen zugegeben: „Ungeachtet unseres 1920 gefaßten festen Beschlusses, eine Konzessionspolitik einzuleiten, stecken wir noch immer in Erwägungen über die Nützlichkeit oder Gefährlichkeit, Auslandskapital zu uns hereinzulassen. Unsere Wirtschaftsführer argumentieren immer, daß die Gefahr der Auslandskonzessionen darin besteht, daß eine schwache sozialistische Staatswirtschaft durch sie in Berührung mit dem aggressiven Kapitalismus gebracht werde, der durch gewaltige Kapitalreserven der übrigen bourgeoisen Staaten der Welt gestützt wird. Große Konzessionen solcher Industriezweige, die unter dem gegenwärtigen Wirtschaftssystem darniederliegen, müssen zur Folge haben, daß die scheinbaren Vorzüge des kapitalistischen Systems in den Vordergrund treten, daß unsere Industrie überfremdet und der bolševistischen Macht einer seiner Hauptstützpunkte entzogen werden. Durch Konzessionserteilung sprengen wir den uns schützenden Kordon, und nur dann können Konzessionen in Frage kommen, wenn unsere eigene Wirtschaft, die sozialistische, wieder befestigt ist. Dann aber sind die Konzessionen nicht mehr nötig.“ So sehen wir auch hier wieder, daß die Furcht vor dem Kapitalismus, dessen Vorzüge ja im Vergleich mit der bürokratischen schlecht funktionierenden Wirtschaftsordnung in Rußland auf der Hand liegen, den Wiederaufbauprozess der russischen Industrie behindert.

#### 4. Das Arbeiterproblem der russischen Industrie.

Ein Teil der Schwierigkeiten, unter denen die russische Industrie zu leiden hat, ist bedingt durch das Arbeiterproblem. Andererseits kann die Entwicklung

der in der Industrie beschäftigten Arbeiterzahl als Maßstab für die Lage der Industrie angesehen werden. Betrachten wir die Entwicklungskurve der in der Industrie beschäftigten Arbeiterziffer, so ist festzustellen, daß sie durch eine aufsteigende Linie charakterisiert ist. 1924/1925 waren rund 2,2 Millionen Arbeiter beschäftigt, im April 1926 stieg die Zahl auf 2,5 Millionen an. Wir haben für den Zeitabschnitt Oktober 1924 bis Oktober 1925 genauere Angaben über das Ansteigen der Arbeiterziffern für die einzelnen Industriezweige. Es ergibt sich aus dem weitschichtigen Zahlenmaterial folgendes vereinfachte Bild (in 1000):

| Industriezweige                   | Zuwachs in % | 1. 10. 1924 | 1. 10. 1925 |
|-----------------------------------|--------------|-------------|-------------|
| Verarbeitung von Mineralien . . . | + 46,4       | 85,0        | 124,4       |
| Bergbau . . . . .                 | + 14,4       | 377,5       | 432,0       |
| Metallverarbeitung . . . . .      | + 49,4       | 60,5        | 90,4        |
| Maschinenbau . . . . .            | + 25,9       | 217,8       | 274,3       |
| Holzbearbeitung . . . . .         | + 8,5        | 68,1        | 73,9        |
| Chemische Industrie . . . . .     | + 28,8       | 60,4        | 77,8        |
| Lebensmittelindustrie . . . . .   | + 15,9       | 135,2       | 156,7       |
| Verarbeitung von Tierprodukten    | + 51,3       | 3,9         | 5,9         |
| Lederindustrie . . . . .          | + 6,8        | 30,7        | 32,8        |
| Baumwollindustrie . . . . .       | + 38,1       | 311,7       | 430,5       |
| Wollindustrie . . . . .           | + 9,3        | 59,2        | 64,7        |
| Seidenindustrie . . . . .         | + 7,7        | 5,2         | 5,6         |
| Leinenindustrie . . . . .         | + 5,5        | 64,7        | 71,1        |
| Bekleidungsindustrie . . . . .    | + 5,1        | 57,4        | 60,3        |
| Papierindustrie . . . . .         | + 22,2       | 29,8        | 36,4        |
| Polygraphische Industrie . . . .  | + 12,5       | 60,2        | 67,7        |
| Insgesamt                         | + 22,7       | 1657,9      | 2055,8      |

Wie die Tabelle zeigt, können alle Industriezweige als im Aufstieg begriffen angesehen werden. Allerdings ist die Zuwachsrates innerhalb der einzelnen Industriezweige verschieden. Das stärkste Wachstum wiesen im Wirtschaftsjahr 1924/25 diejenigen Industriezweige auf, die Produktionsmittel herstellen, wie beispielsweise die Eisenhüttenindustrie mit + 74,1%, ferner die Gewinnung und Schmelzung von Buntmetall + 121,2%; einen bedeutenden Zuwachs zeigt auch die Metallverarbeitung und der Maschinenbau auf. Die Belebung des Baumarktes hat sich ausgewirkt in der Zementindustrie (+ 80,5%); weiterhin sind beachtlich die Ziffern der keramischen Industrie (+ 49,8%) und der Glasindustrie (+ 34,2%). Auffallend langsam ist die Entwicklung bei den Holzsägereien mit der geringfügigen Zunahme von + 2%. Der Warenhunger des russischen Dorfes wirkt sich ferner aus vor allen Dingen in der Baumwollindustrie, die eine Zuwachsrates von 38,1% aufweist. In den anderen Zweigen der Textilindustrie ist die Entwicklung langsam vor sich gegangen. Recht erheblich war der Zuwachs mit + 83,7% in der Gummiiindustrie, niedriger mit 29,2% in der Zündholzindustrie, mit 22,2% in der Papier-

industrie und gering mit 12,5% in der polygraphischen Industrie. Auffallend langsam ist das Entwicklungstempo in der Heizmittelindustrie, wo bei der Naphthagewinnung ein vollkommener Stillstand (+ 1,4%) zu verzeichnen ist, während die Gewinnung von Steinkohle hinsichtlich der beschäftigten Arbeiterzahl einen Rückgang von — 7,9% aufweist. Entsprechend der Zunahme der Arbeiter ist auch ein Anwachsen des Beamtenpersonals festzustellen und zwar von 299,9 Tausend am 1. Oktober 1924 auf 346,8 Tausend am 1. Oktober 1925. Es ist jedoch zu bedenken, daß sowohl hinsichtlich der Zahl der beschäftigten Arbeiter wie auch der Angestellten die Vorkriegshöhe nicht oder nur in seltenen Fällen erreicht worden ist. Es geht dies aus folgender Zusammenstellung hervor:

| Industriezweige                           | Arbeiterzahl (in 1000) |         | 1924/25 in %<br>zu 1913 = 100 |
|---|------------------------|---------|-------------------------------|
|   | 1913                   | 1924/25 |                               |
| Gesamtindustrie . . . . .                 | 2700,0                 | 2231,4  | 82,5                          |
| darunter:                                 |                        |         |                               |
| Baumwollindustrie . . . . .               | 479,8                  | 442,5   | 92,6                          |
| Wollindustrie . . . . .                   | 90,7                   | 67,5    | 74,3                          |
| Seidenindustrie . . . . .                 | 31,5                   | 5,9     | 18,7                          |
| Flachs- und Hanfindustrie . . . . .       | 85,0                   | 88,4    | 104,0                         |
| Papierindustrie . . . . .                 | 41,8                   | 38,0    | 90,8                          |
| Polygraphische Industrie . . . . .        | 49,7                   | 70,4    | 141,7                         |
| Holzindustrie . . . . .                   | 100,2                  | 79,0    | 78,9                          |
| Metallindustrie u. Maschinenbau . . . . . | 340,7                  | 380,3   | 111,6                         |
| Mineralien . . . . .                      | 213,5                  | 128,9   | 60,5                          |
| Lederindustrie . . . . .                  | 42,2                   | 51,5    | 122,1                         |
| Mehlindustrie . . . . .                   | 36,9                   | 28,9    | 78,2                          |
| Zuckerindustrie . . . . .                 | 154,8                  | 79,8    | 51,5                          |
| Tabakindustrie . . . . .                  | 28,3                   | 23,2    | 81,9                          |
| Chemische Industrie . . . . .             | 45,5                   | 67,6    | 148,5                         |
| Zündholzindustrie . . . . .               | 20,5                   | 15,0    | 73,1                          |
| Eisenhüttenindustrie . . . . .            | 274,9                  | 174,1   | 63,2                          |
| Naphthaindustrie . . . . .                | 44,0                   | 45,6    | 103,6                         |
| Steinkohlenindustrie . . . . .            | 191,6                  | 178,5   | 93,0                          |
| Torfindustrie . . . . .                   | 31,3                   | 62,0    | 198,0                         |

Die Zahl der beschäftigten Arbeiter machte Ende 1924/25 82,5% der Vorkriegsziffer aus gegen 69,5% zu Beginn des Jahres. Sie ist Mitte 1926 etwa auf 90% der Vorkriegszahl gestiegen. Naturgemäß ist auch im Vergleich zu 1913 die Entwicklung unterschiedlich verlaufen. In einzelnen Industriezweigen hat die Zahl der beschäftigten Arbeiter den Vorkriegsstand erreicht oder überschritten, wie beispielsweise in der Leinenindustrie, in der polygraphischen Industrie, in der Metallbearbeitung und im Maschinenbau, ferner in der Lederindustrie und in der chemischen Industrie. Besonders stark ist der Arbeiterzuwachs in der Torfindustrie. In einer ganzen Reihe von Industriezweigen ist die Arbeiterziffer jedoch

noch um 10 bis 20% niedriger als in der Vorkriegszeit. Stellenweise erreichte sie nur 50—60%, wie beispielsweise in der Zuckerindustrie, in der eisengewinnenden und eisenverarbeitenden Industrie, in der Gewinnung und Verarbeitung von Mineralien. Besonders groß ist der Rückgang in der Seidenindustrie, wo nur 18,7% der Arbeiter von 1913 beschäftigt werden. Im ersten Halbjahr 1925/26 ist ein weiterer Fortschritt zu verzeichnen, doch konnte, wie bemerkt, das Vorkriegsniveau noch immer nicht erreicht werden.

Ein besonderes Problem der russischen Industriearbeiterfrage stellt die Zusammensetzung der Arbeiterschaft nach ihrer Qualifikation dar. Die Zahl der unqualifizierten Arbeiter ist verhältnismäßig sehr groß — eine Tatsache, die zurückzuführen ist auf die Abwanderung von Landbewohnern in die Stadt. Im allgemeinen herrscht in der russischen Industrie ausgesprochen Mangel an halb- und vollqualifizierten Arbeitern, während an unqualifizierten Arbeitern ein großer Überfluß vorhanden ist. Noch stärker ist der Bedarf an hochqualifizierten Spezialarbeitern für die meisten Industriezweige. Ein weiteres Problem, das mit den eben erwähnten in enger Beziehung steht, besteht darin, daß in denjenigen Industriezweigen, in denen der ungelernete Arbeiter zahlenmäßig stark vertreten ist, zu gewissen Jahreszeiten Arbeitermangel, zu anderen Arbeiterüberschuß besteht. Es hängt dies, wie angedeutet, damit zusammen, daß ein erheblicher Prozentsatz der ungelerten Arbeiter vom Dorf stammt, mit diesem noch eng verbunden ist und z. Zt. der Ernte massenweise aufs flache Land zurückströmt. Der hierdurch eintretende zeitweise Arbeitermangel drückt der russischen Industrie teilweise einen ausgesprochenen Saisoncharakter auf und trifft beispielsweise besonders schwer den Bergbau im Donecgebiet. Die Erscheinung wird aber auch ganz allgemein in anderen russischen Industriegebieten, wenn auch nicht mit der Schärfe, beobachtet.

Die Qualifikation der Arbeiterschaft macht sich ferner geltend auf einem der wichtigsten Gebiete russischer Industriepolitik der Gegenwart, bei der Arbeitsproduktivität. Wie im anderen Zusammenhang angedeutet wurde, haben wir es hier mit den wichtigsten Problemen der russischen Industriepolitik zu tun, insofern als die Arbeitsproduktivität in Verbindung mit der Höhe des Arbeitslohnes (Vgl. Abschnitt Kaufkraft und Kaufbedürfnis) die Rentabilität der russischen Industrie bestimmt. Zu Beginn der Neuen Wirtschaftspolitik war die Arbeitsproduktivität außerordentlich gering. Eine umfassende Propaganda und eine Reihe hierauf abzielender Maßnahmen haben im Laufe der letzten Jahre die Produktivität erheblich gesteigert, ohne freilich das Niveau der Vorkriegszeit erreicht zu haben. 1924 bis 1926 ist die Produktivität im allgemeinen um 30% gestiegen, wobei die Steigerung in der Hauptsache auf das Wirtschaftsjahr 1923/24 entfällt, 1924/25 verlangsamte sich das Tempo ungemein und in der ersten Hälfte des Wirtschaftsjahres 1925/26 betrug die Steigerung nur noch 5—6%. Einige Zahlen mögen die Entwicklung verdeutlichen. Die Bruttoproduktion in Vorkriegsrubeln gestaltete sich für einige wichtige Industriezweige wie folgt:

| Industriezweige                 | 1924/25    |            | 1925/26    |            |
|---------------------------------|------------|------------|------------|------------|
|                                 | 1. Quartal | 2. Quartal | 1. Quartal | 2. Quartal |
| Steinkohlenindustrie . . . . .  | 2,28       | 2,56       | 2,81       | 2,91       |
| Naphthaindustrie . . . . .      | 12,11      | 12,68      | 14,98      | 14,44      |
| Metallverarbeitung . . . . .    | 4,33       | 5,32       | 5,31       | 5,83       |
| Textilindustrie . . . . .       | 6,76       | 7,37       | 7,88       | 8,21       |
| Lederindustrie . . . . .        | 10,22      | 11,94      | 12,05      | 13,05      |
| Lebensmittelindustrie . . . . . | 16,71      | 18,52      | 19,47      | 20,18      |

Es ist unbestreitbar, daß eine langsame Steigerung der Arbeitsleistung zu verzeichnen ist, doch wird ein abschließendes Urteil über das Ergebnis der Produktivitätssteigerung erst dann zu fällen sein, wenn die hier angeführten Zahlen mit der Kurve des Arbeitslohnes in Verbindung gebracht werden. Es wird sich dann die Tatsache herausstellen, daß die Löhne stärker gestiegen sind, als die Arbeitsleistung, woraus wieder die schwierige Finanzlage der Industrie resultiert.

Die Darstellung wendet sich nunmehr einer kurzen Charakterisierung der einzelnen Industriezweige zu.

### III. Kaufbedürfnis und Kaufkraft der Bevölkerung.

#### 1. Allgemeines und Methodisches.

Für die Entwicklung des Kaufbedürfnisses und der Kaufkraft der Bevölkerung Rußlands Ermittlungen anzustellen, die zu einigermaßen exakten Ergebnissen führen könnten, ist angesichts der im Gegenstand der Untersuchung begründeten Schwierigkeiten nicht möglich. Vielmehr lassen sich nur ganz allgemeine Tendenzen aufzeigen. Eine statistische Fundierung ist lediglich bei der Analyse der Kaufkraft, und hier nur bei der Darstellung der Kaufkraft einzelner Bevölkerungsschichten (Landarbeiter, Industriearbeiter), möglich, nicht dagegen bei der Ermittlung des Kaufbedürfnisses durchführbar. Aber auch soweit zahlenmäßiges Material beschafft werden konnte, verbietet es der Zustand der russischen Statistik, der zu berechtigten Zweifeln an der Zuverlässigkeit der statistischen Daten Anlaß gibt, von selbst, aus diesen Daten sichere Schlüsse zu ziehen.

Unter diesen Vorbehalten wird man ganz allgemein sagen können, daß gegenüber der Vorkriegszeit, in der nur eine kleine Oberschicht in den Städten und auf dem Lande höhere Bedürfnisse bis zu Luxusbedürfnissen entwickelte, während die große Masse bei dem für westeuropäische Verhältnisse sehr niedrigen Kultur-niveau nur mit Bedürfnissen nach Gütern des ersten Bedarfs hervortrat, gegenwärtig ein höheres durchschnittliches Kaufbedürfnisniveau beobachtet werden kann. Krieg und Revolution haben in den seit Jahrhunderten künstlich auf niedriger Kulturstufe gehaltenen Massen der Bauern und Arbeiter in vieler Hinsicht kulturelle Kräfte zur Entfaltung gebracht, die mit dem Streben nach Kulturfortschritt auch das Verlangen nach bisher unbekanntem Kulturgütern wachrufen mußten.

Dem höherem Kaufbedürfnis steht aber eine durchweg geringere Kaufkraft der Bevölkerung gegenüber. Wie sich im einzelnen zeigen wird, bleibt diese zum Teil noch erheblich hinter derjenigen vor dem Kriege zurück. Den tiefsten Stand dürfte sie zu der Zeit erreicht gehabt haben, als man nach Aufzehrung des kapitalistischen Erbes während der Epoche des Kriegskommunismus unter dem Druck größter wirtschaftlicher Not die Neue Wirtschaftspolitik einleitete. Seitdem läßt sich mit zunehmender Konsolidierung der wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse und dem damit Hand in Hand gehenden Wiederaufbau der ökonomischen Grundlagen der Volkswirtschaft ein allmähliches Ansteigen der Kaufkraft beobachten.

Als Folge jahrelang bestehender Diskrepanz zwischen relativ gestiegenem Kaufbedürfnis und geringer, vorübergehend fast ganz vernichteter und nur sehr langsam sich an das niedrige Vorkriegsniveau angleichender Kaufkraft ist ein ungeheurer *W a r e n h u n g e r* entstanden, der nach Lage der Dinge auch in naher Zukunft nicht wird gestillt werden können, wenn es nicht gelingt, ausländisches Kapital in größerem Umfange heranzuziehen.

## 2. Kaufbedürfnis und Kaufkraft auf dem Lande.

Was im besonderen die Gestaltung des *K a u f b e d ü r f n i s s e s* auf dem Lande anbelangt, so hat hier die *A g r a r r e v o l u t i o n* zu grundlegenden Veränderungen geführt. Durch Vernichtung der Großgrundbesitzerschicht sind zunächst alle mit der höheren Lebensführung dieser Klasse im Zusammenhang stehenden Bedürfnisse in Fortfall gekommen, während andererseits ganz neue Bedürfnisse entstanden sind, die mit der Gründung von Neuwirtschaften und der Umgestaltung der ganzen Wirtschaftsführung durch die neue Betriebsgrößengliederung zusammenhängen. Es sei hier nur an die hieraus resultierende quantitative und qualitative Verschiebung des Bedarfs an Landmaschinen und Geräten, an Baumaterialien und Bauwerkzeugen, an Rassevieh und Kunstdünger erinnert.

Besonders aber hat durch die *A g r a r u m w ä l z u n g* die *K a u f k r a f t* des Landes gelitten. Der für den Markt produzierende Großgrundbesitzerstand mit seiner hohen Kaufkraft ist vernichtet. Viele Großbauern, die gleichfalls einen Teil ihrer Produkte auf dem Markt absetzten, sind durch die Nivellierungsbestrebungen während und nach der Agrarrevolution zu Eigenproduzenten geworden. Die kleinen Zwergwirtschaften und die Neusiedler, die bei der neuen Betriebsgrößengestaltung gewonnen haben, fristen nach wie vor ein kümmerliches Dasein. Dringender Bedarf an Maschinen, Geräten und Düngemitteln kann größtenteils nicht befriedigt werden.

Da Barmittel oder Vorräte überhaupt nicht oder nur in geringem Umfange vorhanden sind, die Landbevölkerung sozusagen von der Hand in den Mund lebt, ist der Ausfall der Ernte für die Gestaltung der Kaufkraft von ausschlaggebender Bedeutung. Die die Kaufkraft vernichtenden Folgen der Hungerkatastrophe von 1921 und der schlechten Ernte des Jahres 1924 sind zum Teil bis heute nicht wieder zu beseitigen gewesen. Einige aufeinanderfolgende gute Ernten könnten

bei gleichzeitiger größerer Intensivierung der Bodenbearbeitung zu einer bedeutenden Erhöhung der Kaufkraft der Bevölkerung auf dem Lande führen.

Hierbei ist freilich besonders zu beachten, daß für die Höhe der Kaufkraft des Landwirts die Gestaltung des Verhältnisses der Agrar- und Industriepreise zueinander von besonderer Wichtigkeit ist. Das bekannte Phänomen der „Preisschere“ muß daher zur Beurteilung der Kaufkraft der Landwirtschaft herangezogen werden. Im Vorkriegsrußland waren die Preise für landwirtschaftliche Erzeugnisse immer sehr niedrig, die für die Industrieprodukte immer sehr hoch, so daß der Landwirt selbst bei guten Ernten nur relativ wenig Industrieprodukte gegen seine auf den Markt gebrachten agrarischen Erzeugnisse eintauschen konnte. Während des Krieges wurde dies Verhältnis ebenso wie in Deutschland, sehr stark zugunsten der Landwirtschaft verschoben, die entsprechend an Kaufkraft gewann. Nach verschiedenen Schwankungen wurde 1922 vorübergehend im Verhältnis der Preise landwirtschaftlicher und gewerblicher Erzeugnisse die Gleichgewichtslage der Vorkriegszeit wieder hergestellt. Dann aber setzte diejenige Entwicklung der Preisgestaltung ein, die landläufig als Schere bezeichnet wird. Die Industriepreise erreichten eine vor dem Kriege nie gekannte Höhe, während die landwirtschaftlichen Erzeugnisse einen gewaltigen, auf die Kaufkraft katastrophal wirkenden Preissturz erlebten. Die Schere öffnete sich immer mehr, sie stand im Oktober 1923 am weitesten offen. Damals waren die Preise der Industrieprodukte gegenüber der Vorkriegszeit um 71% gestiegen, die Preise der Agrarprodukte um 51% gesunken.

Nur rücksichtsloses Eingreifen der Regierung verhinderte eine vollständige Vernichtung der Kaufkraft der Landwirtschaft, die zu einem Rückfall in die Stufe der Naturalwirtschaft und damit zu schweren Erschütterungen des gesamten Wirtschaftslebens der U.d.S.S.R. hätte führen müssen. Im April 1924 lagen die Industriepreise nur noch 10% über, die Landwirtschaftspreise nur noch 17% unter dem Vorkriegsniveau. Für den Zeitraum April/Juni 1925 hatte sich die Schere vorübergehend geschlossen. Im Wirtschaftsjahr 1925/26 bewegte sich das Verhältnis der Preisindices für Agrar- und Industrieprodukte etwa zwischen 110 und 130 (landwirtschaftliche Preise = 100). Dies bedeutet nach wie vor eine sehr niedrige Kaufkraft für den Landwirt, die den Anreiz zur Ausdehnung der Saatfläche und zur Intensivierung der Bodenbearbeitung herabmindern muß.

Nach Lage der Dinge kann es nicht wundernehmen, wenn auch der L a n d - a r b e i t e r ungünstiger gestellt ist als vor dem Kriege. Folgende Tabelle gibt ein Bild von der Höhe der Löhne dieser Bevölkerungsschicht im Vergleich zur Vorkriegeshöhe:

| Arbeitergruppen          | Monatslöhne im Jahre 1925                  |                 |
|--------------------------|--|-----------------|
|                          | nach dem Preisindex<br>von 1913 (in Rubel) | In % zu<br>1913 |
| Stammarbeiter . . . . .  | 10,25                                      | 88,8            |
| Saisonarbeiter . . . . . | 9,43                                       | 74,0            |
| Tagarbeiter . . . . .    | 8,70                                       | 46,0            |

Demnach schwankt der Lohn der Landarbeiter zwischen 46 und 89% des Vorkriegslohnes. Die höchsten Löhne und demgemäß die höchste Kaufkraft weist die Gruppe der Stamarbeiter auf. Bedenkt man, daß schon vor dem Kriege die Löhne der Landarbeiter nur zur Befriedigung der allernotwendigsten Unterhaltsbedürfnisse ausreichen, so verstärkt sich die Vorstellung von dem ungewöhnlich niedrigen Niveau der Kaufkraft dieser Bevölkerungsschicht.

### 3. Kaufbedürfnis und Kaufkraft in der Stadt.

Auch in der Stadt sind seit der Staatsumwälzung Verschiebungen sowohl im Kaufbedürfnis, als auch in der Kaufkraft vor sich gegangen, deren Auswirkungen bei dem überwiegend agraren Charakter des russischen Wirtschaftsgebietes zwar an Bedeutung zurücktreten gegenüber den Veränderungen in der Landwirtschaft, dennoch aber größte Beachtung verdienen. Die physische und ökonomische Vernichtung des städtischen Bürgertums (Emigration, Existenzentziehung durch Verstaatlichung und Kapitalvernichtung) hat den Charakter des städtischen Konsums grundlegend geändert. Insbesondere sind fast alle Luxusbedürfnisse verschwunden. Der planwirtschaftliche Charakter der Wirtschaft hat ferner zu weitgehender Nivellierung der Bedürfnisse geführt. So ist den städtischen Bedürfnissen zwar die Mannigfaltigkeit genommen, das durchschnittliche Kaufbedürfnis der Stadtbevölkerung wird aber infolge der Hebung des Kultur-niveaus, die mit der Erlangung führenden politischen und wirtschaftlichen Einflusses durch die Arbeiterschaft innerhalb derselben zu beobachten ist, für diese Bevölkerungsgruppe höher zu veranschlagen sein, als vor dem Kriege.

Bei der Kaufkraft liegt der Fall umgekehrt. Das Vorkriegsniveau ist hier zum Teil noch nicht erreicht. Doch ist die Beurteilung mangels zuverlässiger Unterlagen schwer. Halbwegs brauchbares Material ist nur der Lohnstatistik zu entnehmen, kommt daher lediglich für die Beurteilung der Kaufkraft der Arbeiterschaft in Frage. Nach Veröffentlichungen in der „*Ekonomičeskoe Obozrenie*“ vom Juni 1926 zeigen die durchschnittlichen monatlichen Reallöhne der Arbeiter im Wirtschaftsjahr 1924/25 und in den beiden ersten Quartalen des Wirtschaftsjahres 1925/26 folgendes Bild der Entwicklung (in Rubeln):

|                                    | 1. Quartal | 2. Quartal | 3. Quartal | 4. Quartal |
|------------------------------------|------------|------------|------------|------------|
| Urproduktion (ohne Landwirtschaft) |            |            |            |            |
| 1924/25                            | 21,37      | 19,24      | 21,06      | 28,05      |
| 1925/26                            | 28,98      | 27,15      | —          | —          |
| Weiterverarbeitende Industrien     |            |            |            |            |
| 1924/25                            | 23,61      | 22,80      | 23,01      | 28,25      |
| 1925/26                            | 28,06      | 25,96      | —          | —          |
| Bergbau und Industrie zusammen     |            |            |            |            |
| 1924/25                            | 23,30      | 22,25      | 22,73      | 28,23      |
| 1925/26                            | 28,22      | 26,15      | —          | —          |

Ein Vergleich mit den Vorkriegsreallöhnen, wie er in der gleichen Zeitschrift durchgeführt ist, zeigt, wie weit die Löhne der Arbeiter von der schon als sehr

niedrig geltenden Vorkriegshöhe noch entfernt sind. Im Durchschnitt verdienten die Arbeiter in Bergbau und Industrie 1924/25 20% weniger als vor dem Kriege.

|  | Reallöhne 1924/25 in<br>% zu 1913 |
|--|-----------------------------------|
| Bergbau . . . . .                        | 53,7                              |
| Industrie . . . . .                      | 91,4                              |
| Bergbau und Industrie zusammen . . . . . | 79,1                              |

Eine weitere Verschlechterung zeigt sich, wenn man des feneren beachtet, daß durch die große Zahl der Arbeitslosen ein dauernder Druck auf die Kaufkraft der Stadt ausgeübt wird. Besonders seit 1923 ist ein starkes Anwachsen der Arbeitslosenziffern zu beobachten, wie nachfolgende Zahlen, die Veröffentlichungen der Arbeitsbörsen entnommen sind, zeigen:

Gesamtzahl der Arbeitslosen in 1000

|                             |        |
|-----------------------------|--------|
| Am 1. Januar 1923 . . . . . | 641,0  |
| „ 1. Juli 1923 . . . . .    | 1050,0 |
| „ 1. Januar 1924 . . . . .  | 1240,0 |
| „ 1. Juli 1924 . . . . .    | 1344,3 |
| „ 1. Januar 1925 . . . . .  | 901,6  |
| Am 1. Juli 1925 . . . . .   | 1100,0 |

Die wirkliche Arbeitslosigkeit dürfte aber nicht unerheblich größer sein, als es nach den Registrierungen der Arbeitsbörsen erscheint. In der offensichtlichen und verständlichen Absicht, die Zahl der Arbeitslosen tunlichst gering erscheinen zu lassen, hat man nämlich durch gesetzliche Bestimmungen 2 Kategorien von Arbeitslosen geschaffen, die registrierten und unterstützungsberechtigten, die mindestens 1 Jahr lang Lohn oder 3 Jahre lang Gehalt erhalten haben müssen, und die „wilden“, nicht registrierten und auch nicht unterstützungsberechtigten, Bei dem besonderen Charakter des russischen städtischen Proletariats, das zum großen Teil aus landarmen Bauern besteht, die zur „Saison-Arbeit“ in die Stadt kommen, wird damit erreicht, daß ein großer Teil der Erwerbslosen unter die Kategorie der „wilden“ fällt, die durch Verweigerung der Unterstützung veranlaßt werden sollen, ins Dorf zurückzukehren, und durch deren Nichtaufnahme in die Register künstlich niedrige Arbeitslosenziffern geschaffen werden.

Die Rückwirkung der Arbeitslosigkeit auf die Kaufkraft der Stadt zeigt sich in erster Linie in der Schwächung des inneren Marktes, insbesondere soweit Güter des ersten Bedarfs in Frage kommen.

## IV. Gesamtausfuhr und Gesamteinfuhr Rußlands.

### 1. Allgemeines.

Einer der wichtigsten Faktoren für die Beurteilung der Entwicklung der Volkswirtschaft Sovetrußlands ist der russische Außenhandel. Denn in seiner

Struktur treten die Auswirkungen der verschiedenen Bedingungen der nationalen und internationalen Wirtschaft besonders deutlich in Erscheinung. Die Zahlen der russischen Handelsbilanz sind daher außerordentlich wichtige Indices für den jeweiligen Stand der wirtschaftlichen Entwicklung der Sowjetunion. Der Gesamtaufbau dieser Bilanz, die Richtung, die die Waren nehmen, und der Grad der Teilnahme der verschiedenen Länder an dem Warenaustausch spiegeln deutlich den Umbildungs- und Wiederaufbauprozess der letzten Jahre in Rußland wieder. Da aber nur ein kleiner Teil des russischen Riesenreiches an den Weltverkehr enger angeschlossen ist, während der weitaus größte Teil dem Wirtschaftsverkehr nur schwer zugänglich ist, wird jede wirtschaftliche Entwicklung Rußlands erst in einem verhältnismäßig späteren Zeitraum im Außenhandel in Erscheinung treten können, als dies in Westeuropa der Fall sein würde.

In den ersten Jahren nach der Staatsumwälzung war Rußland vom Weltmarkt verschwunden, der Warenverkehr mit dem Ausland auf den Nullpunkt gesunken. Die inneren Kämpfe hatten das Wirtschaftsleben lahm gelegt, die Blockade die Absperrung vollständig gemacht. Nur ganz allmählich konnte nach dem Verschwinden der Blockade die Wiederanbahnung wirtschaftlicher Beziehungen zu anderen Staaten erfolgen. Die Entwicklung des Außenhandels vermochte daher mit der allgemeinen Wirtschaftsentwicklung nicht Schritt zu halten. Als Vergleichsjahr zur Kennzeichnung der Entwicklung ist daher das Wirtschaftsjahr 1920 mit seinen verschwindend kleinen Außenhandelszahlen — obwohl es als Anfangsdatum der Epoche des Wiederaufbaus anzusprechen ist — nicht geeignet. Vielmehr ist in den folgenden statistischen Aufstellungen das Jahr 1921/1922 als Ausgangsjahr gewählt worden.

Ein Vergleich der Außenhandelszahlen des bolschewikischen Rußlands mit denjenigen Vorkriegsrußlands ist bei vorsichtiger Auswertung in vielen Fällen durchgeführt. Die Vorkriegszahlen würden für die Beurteilung der Entwicklung und des Zustandes der russischen Volkswirtschaft erst dann größere Bedeutung erlangen, wenn man die Veränderung des Wirtschaftsraumes und der Bevölkerung Rußlands in ihrer Einwirkung auf die Außenhandelsumsätze zahlenmäßig erfassen könnte.

Dies ist nur eine der Unzulänglichkeiten des russischen Zahlenmaterials. Andere gewichtige Gründe sprechen dafür, von einer zu starken statistischen Fundierung der Darstellung überhaupt abzusehen, auf jeden Fall aber, soweit die Verwendung statistischer Daten erfolgt, diese nur als Annäherungswerte anzusehen, die zur Kennzeichnung großer Tendenzen wohl geeignet erscheinen, nicht aber ein auch nur einigermaßen exaktes Bild zu geben vermögen. Einmal sind die von den Sowjetbehörden angewandten statistischen Methoden in den einzelnen Entwicklungsphasen verschieden gewesen, und auch die statistischen Angaben der in Frage kommenden Sowjetinstanzen (Hauptzollverwaltung, Außenhandelsamt, staatliche Planwirtschaftskommission) weisen häufig nicht unbeträchtliche Unterschiede voneinander auf. Ferner aber werden die Vergleiche insbesondere dadurch erschwert, daß in der russischen Statistik fortwährend der Begriff „Warenrubel“

auftaucht, der eine Umrechnung auf die Preise des Jahres 1913 darstellen soll, wobei sich aber die Unterlagen und Methoden dieser Umrechnung jeder Kontrolle entziehen. Unterstellt man aber, daß bei dieser Art Umrechnung, wie überhaupt bei der Zusammenstellung der Zahlen, das Material russischerseits nicht frisiert ist, so bleibt doch unbestreitbar bestehen, daß bei diesem Umrechnungsmodus das Verhältnis vom Gegenwarts- zum Vorkriegshandel Rußlands verzerrt wird.

Trotz aller dieser Fehlerquellen, zu denen noch die jeder Außenhandelsstatistik anhaftenden Mängel hinzukommen — für Rußland besonders zu erwähnen ein sehr ausgedehnter Schmuggelhandel — konnte auf eine Heranziehung statistischen Materials für die Darstellung des russischen Außenhandels beim Fehlen anderer Unterlagen selbstverständlich nicht verzichtet werden. Auch von Wertzahlen ist — obwohl Rußland zu den Ländern gehört, die vom Währungsverfall wiederholt heimgesucht wurden, — nicht Abstand genommen worden, da angesichts der häufigen Verschiebungen in der Struktur des russischen Außenhandels die Gewichtszahlen keine richtige Vorstellung von der Bedeutung dieser oder jener Warengruppe für den Gesamtaußenhandel Rußlands geben können.

## 2. Ein- und Ausfuhr nach Warengruppen und Warengattungen.

Tabelle A.

| Jahr    | Gesamteinfuhr<br>in 1000 t | Gesamtausfuhr<br>in 1000 t | Umsatz<br>in 1000 t |
|---------|----------------------------|----------------------------|---------------------|
| 1921/22 | 2627                       | 727                        | 3354                |
| 1922/23 | 1001                       | 2161                       | 3162                |
| 1923/24 | 1002                       | 6714                       | 7716                |
| 1924/25 | 1760                       | 6153                       | 7913                |

Der gesamte Außenhandel der Union der Sozialistischen Sowetrepubliken hat sich sowohl im Export als auch im Import verhältnismäßig schwach entfaltet. Wenn man die Außenhandelsumsätze des Jahres 1925/26 mit denen des Jahres 1913 vergleicht, die über die europäische Grenze 2525,7 Millionen Rubel über die asiatische 369,4 Millionen Rubel ausmachten, so ergibt sich, daß für den Umsatz über die europäische Grenze noch nicht ein Drittel des Vorkriegsstandes, für den Umsatz über die asiatische Grenze nur 20,6% erreicht sind. (Vergl. Tabelle B und C.)

Tabelle B.

### Europäische Grenze.

| Jahr    | Zu Vorkriegspreisen berechnet in Mill. Rubeln |        |        |         |
|---------|---|--------|--------|---------|
|         | Import  | Export | Umsatz | Bilanz  |
| 1913    | 1220,5  | 1205,2 | 2525,7 | + 84,7  |
| 1921/22 | 270,9   | 64,3   | 235,2  | — 206,6 |
| 1922/23 | 147,9   | 133,3  | 281,2  | — 14,6  |
| 1923/24 | 207,7   | 339,7  | 547,4  | + 132,0 |
| 1924/25 | 356,1   | 320,1  | 676,2  | — 36,0  |
| 1925/26 | 415,0   | 415,6  | 830,6  | + 0,6   |

Tabelle C.

## Asiatische Grenze.

| Jahr         | In Millionen Rubel zu den Preisen von 1913 |        |        |        |
|--------------|--|--------|--------|--------|
|              | Import                                     | Export | Umsatz | Bilanz |
| 1913         | 154,5                                      | 214,9  | 369,4  | + 60,4 |
| 1923/24      | 38,8                                       | 42,4   | 91,2   | + 3,6  |
| 1924/25      | 42,5                                       | 33,3   | 75,8   | — 9,2  |
| In % zu 1913 | 27,5                                       | 15,5   | 20,6   | —      |

Gegenüber dem Ausgangsjahr 1921/22 ist freilich ein starker Aufschwung des Außenhandels unverkennbar. Die Bedeutung der Handelsbilanz für das volkswirtschaftliche Leben der ganzen Union nimmt daher ständig zu. Auch der räumliche Wirkungskreis des Außenhandels wächst, indem immer mehr Länder in wirtschaftliche Beziehungen zu der Sowjetunion treten.

Import und Export weisen verschiedene Entwicklungstendenzen auf. Beim Export ist ein allmähliches, mit dem Wiederaufbauprozess der russischen Volkswirtschaft parallel laufendes, durch den jeweiligen Ernteausfall zwar stark beeinflusstes aber nicht wesentlich unterbrochenes Wachsen unverkennbar. Anders entwickelt sich der russische Import. Nach der Durchbrechung der Blockade erhält die Sowjetrepublik, wenn auch nur in sehr begrenztem Maße, die Möglichkeit, auf den europäischen Märkten einzukaufen. Sofort beginnt eine nach damaligen Begriffen starke Heranziehung der ausländischen Märkte für den russischen Bedarf. Das Hungersjahr 1921 läßt die Importzahlen des Jahres 1921/22 geradezu zu Rekordziffern anwachsen. Im folgenden Jahre sehen wir die Einfuhr unter dem Einfluß der neuen Importpolitik, die im Zusammenhang mit den allgemeinen Aufgaben der staatlichen Wirtschaft und der Geldzirkulation nach einer Ausbalanzierung der Warenbilanz strebt, stark einschrumpfen. Darauf beginnt eine ruhigere Aufwärtsentwicklung.

Seit 1925 hat Rußland sowohl in der Einfuhr wie der Ausfuhr Osteuropas wieder die Führung. Es hat den ihm zukommenden Platz vor Polen eingenommen.

## I M P O R T.

Tabelle D.

| Jahr                      | Einfuhr in 1000 t |                          |      |
|---------------------------|-------------------|--------------------------|------|
|                           | Insgesamt         | darunter<br>Lebensmittel |      |
| Rohstoffe                 | 1921/22           | 1881                     | 1027 |
| „                         | 1922/23           | 739                      | 123  |
| „                         | 1924/25           | 1288                     | 1001 |
| Halb- und Fertigfabrikate | 1921/22           | 746                      | —    |
| „ „ „                     | 1922/23           | 262                      | —    |
| „ „ „                     | 1924/25           | 472                      | —    |

Ein charakteristischer Zug des Vorkriegsimports war das starke Überwiegen der Einfuhr von Rohstoffen und Halbfabrikaten, die über die Hälfte des Gesamt-

imports ausmachten. Lebensmittel spielten eine verhältnismäßig untergeordnete Rolle. Einen bedeutenden Raum nahm die Einfuhr von Fertigfabrikaten ein.

Anders erscheint der Import des Jahres 1921/22. Die Einfuhr von Lebensmitteln überragt diejenige der anderen Warengruppen bei weitem. Die durch die Mißernte des Jahres 1921 bedingte Verschiebung des Imports nach der Konsumtionsseite geht Hand in Hand mit einem Rückgang der Einfuhr von Rohstoffen und Halbfabrikaten für industrielle Zwecke. Die Einfuhr des Jahres 1921/22 zeigt einen klar ausgeprägten konsumtiven Charakter. Im darauffolgenden Jahre ist ein bedeutender relativer Rückgang in der Gruppe der Lebensmittel zu verzeichnen bei gleichzeitiger starker absoluter Abnahme des Gesamtimports im Zusammenhang mit Maßnahmen zur Ausbalancierung der Handelsbilanz, die seitens der betreffenden Sovetinstanzen aus währungspolitischen Gründen getroffen werden. Die Quote des der Produktion dienenden Imports ist in diesem Jahre bedeutend. 1923/24 schreitet die Veränderung der Struktur des Warenimports in der für 1922/23 angedeuteten Richtung vom mehr konsumtiven zum mehr produktiven Import weiter. Die Warenzusammensetzung nähert sich derjenigen vor dem Kriege stark an. 1924/25 bringt infolge partieller Mißernte des Jahres 1924, die erhebliche Getreide- und Mehlkäufe notwendig macht, ein erneutes Ansteigen der Einfuhr landwirtschaftlicher Erzeugnisse und damit zugleich eine Verschiebung in der Verteilung des Gesamtimports zugunsten der dem Konsum dienenden Warengruppe.

Zur besseren Veranschaulichung der geschilderten Entwicklung kann folgende Tabelle dienen.

Tabelle E.

| Bestimmung               | Anteil in Prozenten |         |         |                      |         |
|--------------------------|---------------------|---------|---------|----------------------|---------|
|                          | zu Vorkriegspreisen |         |         | zu Gegenwartspreisen |         |
|                          | 1913                | 1921/22 | 1922/23 | 1923/24              | 1924/25 |
| Für die Produktion . . . | 71,3                | 39,9    | 70,4    | 87,9                 | 69,0    |
| Für den Konsum . . . .   | 28,7                | 60,1    | 29,6    | 12,1                 | 31,0    |
| Gesamtimport . . . . .   | 100,0               | 100,0   | 100,0   | 100,0                | 100,0   |

Sieht man sich die beiden Gruppen von Importwaren näher an, so findet man, daß innerhalb jeder Gruppe in den letzten beiden Jahren sehr erhebliche Verschiebungen zu verzeichnen sind.

Zu gegenwärtigen Preisen berechnet ist der Anteil der Einfuhr für industrielle Zwecke von 76,3% 1923/24 auf 59,3% im Jahre 1924/25 zurückgegangen, obwohl der auf diese Gruppe entfallende Import von 293,9 Millionen auf 375,7 Millionen Rubel gestiegen ist. Dieser prozentuale Rückgang bezieht sich jedoch allein auf Rohstoffe und Halbfabrikate, der Anteil der Produktionsmittel an der Gesamteinfuhr ist dagegen von 4,8% auf 7,6% gestiegen. Der Import für Verkehrszwecke ist absolut und relativ erheblich zurückgegangen — von 35,7 Millionen (9,3%) auf 21,8 Millionen Rubel (2,4%); dagegen hat sich die Einfuhr für die Landwirtschaft vervierfacht, sie betrug 1924/25 39,7 Millionen gegen 9,2 Millionen Rubel im Vorjahr; ihr Anteil hat sich von 2,4% auf 6,3% erhöht.

Von der gesamten für den Konsum bestimmten eingeführten Warenmenge, die sich 1923/24 auf 43,5 Millionen, 1924/25 auf 185,0 Millionen Rubel bewertete,

entfielen auf Lebensmittel 24,7 Millionen bzw. 150,2 Millionen Rubel, auf Massenbedarfsartikel 18,7 bzw. 34,8 Millionen Rubel. Der Anteil der Lebensmittel am Gesamtimport ist damit von 6,4% auf 23,7% gestiegen, der Anteil der Massenbedarfsartikel nur von 4,9% auf 5,5%.

Die Verteilung der Einfuhr über die europäische Grenze auf die wichtigsten Warengruppen zeigt folgendes Entwicklungsbild:

Tabelle F.

| Warengruppen                                      | 1913         |                   |                | 1922/23      |                   |                |
|---|--------------|-------------------|----------------|--------------|-------------------|----------------|
|   | In<br>1000 t | In Mill.<br>Rubel | Anteil<br>in % | In<br>1000 t | In Mill.<br>Rubel | Anteil<br>in % |
| 1. Lebensmittel u. Tiere                          | 1624,9       | 255,5             | 18,6           | 123,1        | 18,2              | 12,3           |
| 2. Tierische Produkte u.<br>Fabrikate daraus . .  | 578,2        | 101,4             | 7,4            | 9,5          | 6,7               | 4,5            |
| 3. Waldprodukte, Holz-<br>waren, Samen . . . .    | 1179,4       | 53,2              | 3,9            | 100,3        | 1,4               | 0,9            |
| 4. Keram. Materialien u.<br>Fabrikate . . . . .   | 1205,6       | 33,0              | 2,4            | 2,9          | 0,5               | 0,4            |
| 5. Brennstoffe, Asphalt,<br>Teer usw. . . . .     | 8886,1       | 144,4             | 10,5           | 465,7        | 13,9              | 9,4            |
| 6. Chemische Produkte<br>u. Materialien . . . .   | 430,8        | 61,2              | 4,4            | 54,1         | 17,6              | 11,9           |
| 7. Erze, Metalle, Metall-<br>waren . . . . .      | 900,9        | 353,4             | 25,7           | 81,2         | 48,6              | 32,9           |
| 8. Papierwaren u. Preß-<br>erzeugnisse . . . . .  | 194,9        | 40,9              | 3,0            | 29,8         | 6,4               | 4,3            |
| 9. Textilmaterial u. -fa-<br>brikate . . . . .    | 337,4        | 314,1             | 22,9           | 38,3         | 27,7              | 18,7           |
| 10. Kleidung, Galanterie-<br>waren, Kanzleibedarf | 2,3          | 17,9              | 1,2            | 1,2          | 6,9               | 4,7            |
| Insgesamt:  | 15 340,5     | 1375,0            | 100,0          | 906,1        | 147,9             | 100,0          |

Folgende Tabelle zeigt die Entwicklung der Einfuhr einiger charakteristischer Warengattungen über die europäische Grenze:

Tabelle G.

| Warengattung                  | Import zu Vorkriegspreisen in 1000 Rubeln |         |         |         |
|-------------------------------|---|---------|---------|---------|
|                               | 1913                                      | 1922/23 | 1923/24 | 1924/25 |
| Rohbaumwolle . . . . .        | 114 041                                   | 17 326  | 138 243 | 133 735 |
| Rohgummi . . . . .            | 40 156                                    | 7 878   | 5 247   | 8 408   |
| Farbstoffe . . . . .          | 14 970                                    | 5 695   | 15 081  | 19 337  |
| Gerbstoffe . . . . .          | 7 719                                     | 2 529   | 3 773   | 8 820   |
| Landwirtschaftliche Maschinen | 48 864                                    | 2 376   | 6 084   | 30 605  |
| Papier . . . . .              | 32 781                                    | 4 746   | 10 155  | 21 979  |
| Zucker . . . . .              | 33  | 2 439   | 4 072   | 40 240  |

An erster Stelle steht im Rohstoffimport die Baumwolle, deren Importziffern eine starke Steigerung aufzuweisen haben und bereits 1923/24 den Vorkriegsstand überschritten haben, auch Wolle und in geringerem Maße Jute zeigen wachsende Einfuhrzahlen.

Einen recht bedeutenden Zuwachs hat die Einfuhr von Papier und Papierrohstoffen erfahren; obwohl die russische Papierindustrie sich gut

| Warengruppen                                       | 1923/24      |                   |                | 1924/25      |                   |                |
|--|--------------|-------------------|----------------|--------------|-------------------|----------------|
|  | In<br>1000 t | In Mill.<br>Rubel | Anteil<br>in % | In<br>1000 t | In Mill.<br>Rubel | Anteil<br>in % |
| 1. Lebensmittel u. Tiere                           | 90,8         | 16,9              | 8,1            | 806,0        | 86,0              | 24,2           |
| 2. Tierische Produkte u.<br>Fabrikate daraus . . . | 17,8         | 7,8               | 3,7            | 31,5         | 14,9              | 4,2            |
| 3. Waldprodukte, Holz-<br>waren, Samen . . . . .   | 10,9         | 2,0               | 1,0            | 24,1         | 4,1               | 1,2            |
| 4. Keram. Materialien u.<br>Fabrikate. . . . .     | 3,8          | 0,6               | 0,3            | 7,6          | 1,4               | 0,2            |
| 5. Brennstoffe, Asphalt,<br>Teer usw. . . . .      | 343,9        | 16,2              | 7,8            | 68,2         | 19,7              | 5,6            |
| 6. Chemische Produkte<br>u. Materialien . . . . .  | 73,9         | 23,0              | 11,0           | 98,4         | 30,2              | 8,5            |
| 7. Erze, Metalle, Metall-<br>waren . . . . .       | 100,6        | 56,4              | 27,2           | 176,1        | 88,6              | 4,9            |
| 8. Papierwaren u. Preß-<br>erzeugnisse . . . . .   | 76,6         | 14,1              | 6,8            | 202,1        | 32,4              | 9,1            |
| 9. Textilmaterial u. -fa-<br>brikate . . . . .     | 107,2        | 68,8              | 33,2           | 114,7        | 76,0              | 21,3           |
| 10. Kleidung, Galanterie-<br>waren, Kanzleibedarf  | 0,4          | 1,9               | 0,9            | 0,6          | 2,8               | 0,8            |
| Insgesamt:   | 825,9        | 207,7             | 100,0          | 1529,3       | 356,1             | 100,0          |

entwickelt, vermag sie den rascher steigenden Bedarf nicht zu decken, so daß für die nächste Zukunft mit weiter steigenden Importziffern sowohl für Papier als auch für Zellulose zur Weiterverarbeitung in der U.d.S.S.R. zu rechnen ist.

Ein ständiges, selbst 1924/25 nicht unterbrochenes Wachsen ist ferner in der Einfuhr von chemischen Rohstoffen, Farbstoffen und anderen Chemikalien zu konstatieren. Der Import von Farbstoffen hat den Vorkriegsstand bereits überschritten. Das gleiche läßt sich von Gerbstoffen sagen.

Eine sehr wichtige Rolle nimmt die Einfuhr von Erzen, Metallen und Metallwaren ein. Bei dieser Warengruppe ist gleichfalls eine bedeutende Zunahme zu verzeichnen, doch ist dem Gewichte nach noch kaum der fünfte, dem Werte nach etwa der vierte Teil des Vorkriegsstandes erreicht. Einen starken Rückgang weist die Einfuhr von Steinkohle auf, da der

russische Steinkohlenbergbau für die Deckung des Innenbedarfes ausreicht. Auch gewinnt die Feuerung mit Naphthaprodukten immer mehr an Bedeutung.

In der Einfuhr von Nahrungs- und Genußmitteln spielen Tee, Heringe und Zucker eine größere Rolle. Unter diesen Waren ist insbesondere die Einfuhr von Zucker stark gestiegen, dessen Konsum ständig zunimmt, ohne daß die heimische Industrie, die die Vorkriegsproduktion noch nicht erreicht hat, den wachsenden Bedarf zu befriedigen vermag.

Unter den eingeführten Fertigfabrikaten stehen landwirtschaftliche Maschinen an erster Stelle. Rußlands Einfuhrbedarf an Mäh-, Dresch-, Reinigungsmaschinen und Flugscharen ist beträchtlich. Seine Aufnahmefähigkeit dürfte auch in Zukunft noch zunehmen. Der Import von landwirtschaftlichen Maschinen hat sich im Jahre 1924/25 gegenüber dem Vorjahre verfünffacht, hat aber seinen Vorkriegsstand noch nicht erreicht.

Bei der Einfuhr über die asiatische Grenze, die naturgemäß in ihrer Zusammensetzung von der europäischen stark abweicht, stehen Lebensmittel an führender Stelle (52,3% der Gesamteinfuhr); es folgen Textilmaterial mit 28% und tierische Produkte mit 9,6%. Alle übrigen Gruppen sind nur in geringen Mengen an der Einfuhr beteiligt.

Folgende Tabelle zeigt die Zusammensetzung der Einfuhr über die asiatische Grenze im Jahre 1924/25 zu gegenwärtigen Preisen.

Tabelle H.

| Warengruppen   | in t    | in 1000 Rbl. | Anteil in % |
|--|---------|--------------|-------------|
| 1. Lebensmittel . . . . .                                  | 178 759 | 39 819       | 52,3        |
| 2. Tierische Produkte und Fabrikate<br>daraus . . . . .    | 6 624   | 7 309        | 9,6         |
| 3. Waldprodukte, Holzwaren, Samen                          | 7 252   | 649          | 0,8         |
| 4. Keramische Materialien und Fabrikate . . . . .          | 434     | 50           | 0,0         |
| 5. Brennstoffe, Asphalt, Teer usw.                         | 1 082   | 477          | 0,6         |
| 6. Chemische Produkte u. Materialien                       | 2 484   | 1 712        | 2,3         |
| 7. Erze, Metalle und Metallwaren .                         | 3 336   | 3 434        | 4,6         |
| 8. Papierwaren u. Preßerzeugnisse.                         | 2 350   | 1 064        | 1,5         |
| 9. Textilmaterial und -fabrikate .                         | 28 526  | 21 326       | 28,0        |
| 10. Kleidung, Galanteriewaren,<br>Kanzlei-Bedarf . . . . . | 39      | 274          | 0,3         |
| Insgesamt:   | 230 886 | 76 114       | 100,0       |

Unter den über die asiatische Grenze eingeführten Waren stand Reis mit 18,4% der Gesamteinfuhr an erster Stelle. Dann folgten Baumwolle mit 15,5%,

getrocknete Früchte, die 12,7% der Gesamteinfuhr ausmachten, und Wolle, deren Anteil am Import 10,8% betrug:

## E X P O R T.

Tabelle K.

|                           | Jahr    | Ausfuhr in 1000 Tonnen |                       |
|---------------------------|---------|------------------------|-----------------------|
|                           |         | Gesamtausfuhr          | darunter Lebensmittel |
| Rohstoffe                 | 1921/22 | 399                    | 9                     |
|                           | 1922/23 | 1572                   | 772                   |
|                           | 1924/25 | 4976                   | 1262                  |
| Halb- und Fertigfabrikate | 1921/22 | 328                    | —                     |
|                           | 1922/23 | 589                    | —                     |
|                           | 1924/25 | 1177                   | —                     |

Die angeführten Zahlen zeigen eine stete Zunahme des Exports, in dessen Struktur das Abhängigkeitsverhältnis des Außenhandels von der Entwicklung der gesamten Volkswirtschaft deutlich in Erscheinung tritt. So verändert z. B. die partielle Mißernte des Jahres 1924 das Verhältnis zwischen landwirtschaftlichem und industriellem Export sofort merklich zu ungunsten der Ausfuhr landwirtschaftlicher Erzeugnisse. 1923/24 betrug der Export landwirtschaftlicher Produkte 69,8% der Gesamtausfuhr, 1924/25 nur 59,8%; entsprechend stieg der Anteil des industriellen Exports, der 1923/24 30,2% der Gesamtausfuhr, 1924/25 aber 40,2% ausmachte. Die Abnahme des Exports von Getreide im Jahre 1924 konnte auch durch die Steigerung der Ausfuhr von Butter, Eiern, und anderen landwirtschaftlichen Produkten nicht ausgeglichen werden.

Während die Lebensmittel vor dem Kriege 56,7% der gesamten Ausfuhr ausmachten, war ihre Ausfuhr im Jahre 1921/22 außerordentlich gering. Es mußten in diesem Jahre sogar große Lebensmittelmengen importiert werden. Nachdem das Land sich von den katastrophalen Folgen der schweren Mißernte des Jahres 1921 erholt hatte, konnte neben der allgemeinen Zunahme des Exports auch eine Zunahme der Quote der Lebensmittel festgestellt werden. Im Jahre 1923/24 betrugen die Lebensmittel bereits 57,5% der Gesamtausfuhr, also etwa eben so viel wie in der Vorkriegszeit. Auch die Zusammensetzung der übrigen Exportwaren war 1923/24 der von 1913 sehr ähnlich. Überhaupt ist der Grundzug der Entwicklung des russischen Exports der letzten Jahre mutatis mutandis in einer Rückkehr zur Vorkriegsstruktur zu erblicken.

Die Nomenklatur des russischen Exports erweitert sich von Jahr zu Jahr. Wenn zu Beginn des Jahres 1920 der Außenhandel der U.d.S.S.R. sich im wesentlichen auf etwa 10 Exportwaren aufbaute, so treten jetzt Hunderte verschiedener Waren und Warensorten auf den Außenmarkt.

Über die Entwicklung des Exports einiger der am meisten charakteristischen Ausfuhrwaren über die europäische Grenze in den Jahren 1923/24 und 1924/25, gibt folgende Tabelle Aufschluß:

Tabelle L.

| Bezeichnung der Ware             | Export über die europäische Grenze zu gegenwärtigen Preisen in Millionen Rubeln |         |                 |
|----------------------------------|---|---------|-----------------|
|                                  | 1923/24   | 1924/25 | in % z. Vorjahr |
| Getreide . . . . .               | 191 977   | 51 280  | 26,7            |
| Ölkuchen . . . . .               | 20 821  | 26 305  | 126,3           |
| Flachs . . . . .                 | 23 282  | 52 200  | 224,2           |
| Hanf . . . . .                   | 2 025   | 3 872   | 191,2           |
| Butter . . . . .                 | 26 493  | 27 575  | 104,1           |
| Eier . . . . .                   | 13 403  | 25 657  | 191,4           |
| Borsten . . . . .                | 3 859   | 15 271  | 390,7           |
| Roßhaar . . . . .                | 1 649   | 1 773   | 107,5           |
| Pelzwerk . . . . .               | 46 429  | 60 078  | 129,4           |
| Erdölprodukte . . . . .          | 37 345  | 62 765  | 169,2           |
| Manganerz . . . . .              | 14 366  | 17 892  | 124,5           |
| Holz- und Waldprodukte . . . . . | 63 941  | 70 203  | 109,8           |

Die Struktur des Exports 1924/25 unterscheidet sich merklich von der des Jahres 1923/24. Während 1923/24 die Ausfuhr von Getreide 42,9% der Gesamtausfuhr betrug, bildete sie im Jahre 1924/25 nur 18,1%. Fast alle übrigen für den Export besonders wichtigen Waren zeigen eine anteilmäßige Zunahme. Dies gilt für Agrarprodukte ebenso wie für Industrieprodukte. Besonders deutlich tritt dies hervor, wenn man den allgemeinen Unterschied zwischen der Ausfuhr 1924/25 und 1923/24 angibt, gleichzeitig aber denselben Vergleich nach Ausschluß des Getreideexports durchführt.

Tabelle M.

|                                   | Gesamtexport       |                   |
|-----------------------------------|--------------------|-------------------|
|                                   | einschl. Getreide  | ausschl. Getreide |
|                                   | in Millionen Rubel |                   |
| 1923/24 . . . . .                 | 552                | 330               |
| 1924/25 . . . . .                 | 567                | 515               |
| 1924/25 in % zu 1923/24 . . . . . | 108,5%             | 156%              |

Der Gesamtexport des Jahres 1924/25 übersteigt den Export des Vorjahres um 8,5%. Wenn man jedoch von der Getreideausfuhr absieht, so hat die Ausfuhr aller übrigen Warengruppen zusammengenommen in diesem Jahre um 56% zugenommen.

An erster Stelle im Export stehen 3 Warengruppen: Holzmaterialien, Rauchwaren und Naphthaprodukte. Die größte Zunahme gegenüber dem Vorjahre zeigen hierbei die Naphthaprodukte mit 78,3%; die Ausfuhr von Rauchwaren stieg um 36,4%. Dagegen blieb die Holzausfuhr dem Umfang nach gleich, während der Prozentanteil etwas zurückging.

An zweiter Stelle stehen Kornfrüchte und Flachs, die am Export gleich großen Anteil haben. Der Anteil des Getreides war, wie schon erwähnt, nur gering

und betrug 27,3% der vorjährigen Ausfuhr, während gleichzeitig die Flachs-  
ausfuhr erheblich zugenommen hat: (124,2% mehr als im Vorjahre).

Die fünf erwähnten Waren — Holz, Rauchwaren, Naphtha, Getreide und  
Flachs — bildeten 55% der Gesamtausfuhr des Jahres 1924/25. Von den übrigen  
Waren haben Ölkuchen, Saatgut, Butter und Eier fast gleich große Bedeutung;  
zusammen betragen sie 18,3% der Gesamtausfuhr. Die größte Zunahme zeigt  
hierbei die Ausfuhr von Saatgut (+ 124,8%) und Eiern (+ 91,4%). Der Butter-  
export blieb fast in gleicher Höhe wie im Vorjahre.

Was den Export über die asiatische Grenze anbelangt, so unter-  
scheidet er sich im allgemeinen in seiner Zusammensetzung von dem europäischen:  
Es spielen Fertigfabrikate eine weit bedeutendere Rolle; sie machten 1924/25  
20,3% aus gegen 0,9% im Export über die europäische Grenze. Andererseits ist  
die Ausfuhr von Rohstoffen und Halbfabrikaten hier von geringerer Bedeutung —  
45,8% gegen 66,6%. — Der Anteil der Nahrungsmittelausfuhr ist ungefähr der  
gleiche wie in Europa, er beträgt 23,9% gegen 31,7%.

### 3. Rußlands Einfuhr und Ausfuhr aus und nach den wichtigsten Ländern.

#### A. Einfuhr aus den wichtigsten Staaten.

Die Entwicklung des Anteils der wichtigsten Staaten am Import der U.d.S.S.R.  
wird durch nachstehende Tabellen veranschaulicht:

Tabelle N.

Import über die europäische Grenze  
in 1000 t

| Land                         | 1921/22 | 1922/23 | 1923/24 | 1924/25 |
|------------------------------|---------|---------|---------|---------|
| Deutschland . . . . .        | 334     | 124     | 110     | 139     |
| Großbritannien . . . . .     | 613     | 515     | 438     | 203     |
| Vereinigte Staaten . . . . . | 838     | 91      | 87      | 477     |
| Holland . . . . .            | 23      | 10      | 6       | 154     |
| Belgien . . . . .            | 5       | 7       | 1       | 20      |
| Schweden . . . . .           | 75      | 25      | 29      | 46      |
| Norwegen . . . . .           | 123     | 33      | 39      | 57      |
| Finnland . . . . .           | 185     | 120     | 48      | 139     |
| Lettland . . . . .           | 80      | 18      | 3       | 4       |
| Estland . . . . .            | 100     | 18      | 21      | 24      |
| Polen . . . . .              | 20      | 12      | 8       | 27      |
| Tschechoslowakei . . . . .   | 18      | 2       | 12      | 71      |
| Italien . . . . .            | 5       | 1       | 4       | 19      |
| Frankreich . . . . .         | 11      | 1       | 2       | 7       |
| Dänemark . . . . .           | 5       | —       | 2       | 5       |
| Übrige Länder . . . . .      | 192     | 24      | 39      | 137     |
| Insgesamt:                   | 2627    | 1001    | 849     | 1529    |

Tabelle O<sup>1</sup>). Import über die europäische Grenze  
in 1000 Rubel

| Land                         | 1921/22        | 1922/23        | 1923/24        | 1924/25        |
|------------------------------|----------------|----------------|----------------|----------------|
| Deutschland . . . . .        | 127 915        | 66 543         | 52 900         | 101 602        |
| Großbritannien . . . . .     | 60 260         | 39 056         | 53 528         | 107 806        |
| Vereinigte Staaten . . . . . | 147 937        | 43 776         | 42 832         | 188 252        |
| Frankreich . . . . .         | 5 353          | 1 310          | 2 075          | 9 079          |
| Holland . . . . .            | 3 433          | 2 409          | 2 648          | 33 878         |
| Belgien . . . . .            | 825            | 838            | 281            | 3 316          |
| Italien . . . . .            | 3 238          | 831            | 1 057          | 5 237          |
| Schweden . . . . .           | 15 126         | 8 119          | 10 213         | 15 465         |
| Norwegen . . . . .           | 13 183         | 3 351          | 4 015          | 5 224          |
| Dänemark . . . . .           | 859            | 28             | 202            | 1 666          |
| Finnland . . . . .           | 11 312         | 7 884          | 7 851          | 18 605         |
| Lettland . . . . .           | 18 925         | 9 198          | 1 739          | 2 756          |
| Estland . . . . .            | 15 104         | 5 512          | 5 315          | 4 168          |
| Polen . . . . .              | 8 762          | 9 204          | 3 564          | 10 267         |
| Tschechoslowakei . . . . .   | 3 574          | 631            | 2 585          | 21 800         |
| Übrige Länder . . . . .      | 16 980         | 4 109          | 16 912         | 104 190        |
| <b>Insgesamt:</b>            | <b>452 786</b> | <b>202 799</b> | <b>207 717</b> | <b>633 311</b> |

Tabelle P. Anteil am Import über die europäische Grenze  
in %

| Land                         | 1913         | 1921/22      | 1922/23      | 1923/24      | 1924/25      |
|------------------------------|--------------|--------------|--------------|--------------|--------------|
| Deutschland . . . . .        | 47,4         | 32,9         | 41,3         | 25,5         | 16,1         |
| Großbritannien . . . . .     | 12,6         | 17,4         | 25,2         | 25,8         | 17,0         |
| Vereinigte Staaten . . . . . | 5,8          | 16,2         | 3,0          | 20,6         | 29,8         |
| Frankreich . . . . .         | 4,1          | 0,4          | 0,1          | 1,0          | 1,4          |
| Holland . . . . .            | 1,6          | 0,7          | 1,6          | 1,3          | 5,4          |
| Belgien . . . . .            | 0,7          | 0,2          | 0,5          | 0,1          | 0,5          |
| Italien . . . . .            | 1,2          | 0,8          | 0,5          | 0,5          | 0,8          |
| Schweden . . . . .           | 0,4          | 3,9          | 4,9          | 4,9          | 2,5          |
| Norwegen . . . . .           | 0,7          | 4,7          | 2,2          | 1,9          | 0,8          |
| Dänemark . . . . .           | 0,9          | 0,3          | 0,0          | 0,1          | 0,3          |
| Finnland . . . . .           | 3,7          | 3,8          | 3,8          | 3,8          | 2,9          |
| Lettland . . . . .           | —            | 3,5          | 4,9          | 0,8          | 0,4          |
| Estland . . . . .            | —            | 5,4          | 3,3          | 2,6          | 0,7          |
| Polen . . . . .              | —            | 2,8          | 6,1          | 1,7          | 1,6          |
| Tschechoslowakei . . . . .   | —            | 1,2          | 0,1          | 1,2          | 3,4          |
| Übrige Länder . . . . .      | 20,9         | 5,8          | 2,2          | 8,2          | 16,4         |
| <b>Insgesamt:</b>            | <b>100,0</b> | <b>100,0</b> | <b>100,0</b> | <b>100,0</b> | <b>100,0</b> |

\*) Bis zum Jahre 1923/24 einschl. sind die Wertzahlen der russ. amtlichen Statistik nach Vorkriegspreisen berechnet, für das Jahr 1924/25 nach Gegenwartspreisen.

Aus den Tabellen ist ersichtlich, daß Deutschland, England und die Vereinigten Staaten den weitaus größten Teil des Gesamtimports Rußlands — etwa zwei Drittel — in Händen haben. Zwischen diesen drei Ländern haben jedoch große Verschiebungen stattgefunden. Vor dem Kriege entfiel rund die Hälfte des russischen Imports auf Deutschland. Deutschland hatte damit, seiner geographischen und gesamtwirtschaftlichen Lage entsprechend, die überragende erste Stelle unter den Lieferanten Rußlands inne. Nachdem Deutschland im Jahre 1922/23 anteilmäßig die Vorkriegshöhe fast wieder erreicht hatte, ist seitdem sein relativer Anteil trotz starker absoluter Steigerung seiner Ausfuhr nach Rußland erheblich zurückgegangen. Deutschland wurde unter den Lieferanten der Union der S.S.R. allmählich von seiner ersten Stelle auf den zweiten und dann auf den dritten Platz gedrängt. 1923/24 lieferte Deutschland nur 22,5% der russischen Gesamteinfuhr, 1924/25 nur 16%. Es deckte somit im Jahre 1924/25 kaum den sechsten Teil der Einfuhr Rußlands, gegenüber rund der Hälfte in der Vorkriegszeit. Großbritanniens Anteil dagegen, der 1913 nur 12,6% der russischen Einfuhr ausmachte, stieg 1923/24 auf 25,8%, um dann wieder auf 17% zurückzugehen. Er überstieg in den beiden letzten Vergleichsjahren den deutschen Anteil.

Bei dieser Entwicklung ist die Verschiebung des Anteils Amerikas am russischen Import besonders beachtlich. Vor dem Kriege war dieser Anteil nur gering, er betrug 5,8%. Bereits 1921/22 stieg er auf 16,2% und brachte die Vereinigten Staaten an die dritte Stelle hinter Deutschland und Großbritannien. Diese Entwicklung kann jedoch nicht als normal bezeichnet werden, denn sie war durch besondere Umstände bedingt. Infolge der Hungersnot in Rußland hatten nämlich große Nahrungsmittelsendungen amerikanischer Hilfsorganisationen stattgefunden, die in der russischen Statistik mit aufgenommen sind. Im folgenden Jahre 1922/23 ging denn auch der Anteil der Vereinigten Staaten wieder auf 3% zurück. In den beiden letzten Vergleichsjahren aber (1923/24 und 1924/25) ist eine geradezu überraschende Steigerung des amerikanischen Anteils eingetreten. Die Vereinigten Staaten gelangten im Jahre 1923/24 mit 20,6% des Gesamtimports an die dritte Stelle, im Jahre 1924/25 mit 29,8% an die erste Stelle und ließen dabei die Einfuhr aus England und Deutschland, die bisher stets die beiden ersten Plätze innehatten, weit hinter sich. Mit 29,8% kommt der Anteil der Vereinigten Staaten der Summe der Anteile Deutschlands und Großbritanniens nahe.

Prüft man das amtliche russische Zahlenmaterial, so stellt man fest, daß Deutschland auf den russischen Märkten bei einer ganzen Reihe von Waren an Einfluß verloren hat, wenn auch in absoluten Zahlen mitunter eine erhebliche Steigerung des deutschen Absatzes in der U.d.S.S.R. festgestellt werden kann. Es genügt darauf hinzuweisen, daß im Jahre 1924/5 gegenüber dem Vorjahre bei 22 wichtigen Warengruppen der Anteil Deutschlands an der Belieferung der U.d.S.S.R. zurückgegangen ist und nur bei neun Warengruppen eine Zunahme stattgefunden hat.

Charakteristisch für die Entwicklung ist, daß mit dem Rückgang des deutschen Handels englische Erfolge in der gleichen Warengruppe sehr häufig parallel laufen. (Die Vereinigten Staaten kommen als Konkurrenten Deutschlands direkt kaum in Frage, da sich ihre bedeutenden Lieferungen auf wenige Sondergebiete beschränken.)

Deutschland hat im Jahre 1924/25 bei folgenden Waren die Führung an England verloren: Kupfererzeugnisse, Eisen- und Stahlwaren, Draht, Automobile.

Sehr ernst müssen die Einbußen Deutschlands auf seinen Traditionsmärkten: Farben- und Farbstoffe, elektrotechnische und feinmechanische Erzeugnisse gewertet werden.

Fragt man nach den Gründen dieser Entwicklung, so wird man hierauf nicht leicht eine befriedigende Antwort finden. Zu einem Teil ist der Rückgang des deutschen Anteils sicherlich aus den günstigeren Zahlungsbedingungen zu erklären, die das kapitalstärkere England und Amerika gewähren können, und dem Vorsprung, den vornehmlich England dank seiner älteren Tradition besitzt. Auch die verhältnismäßig hohen deutschen Produktionskosten werden häufig dem englischen Konkurrenten den Vorrang gegeben haben. Vornehmlich aber wird wohl die Verschiebung der Anteile mit der politischen Einstellung des Außenhandelsmonopols zu erklären sein. Amerika pflegt den Russen nur sehr selten und nur stark beschränkte Kredite zu geben. So verlangte Ford z. B. bei einer Bestellung von 10 000 Traktoren eine sofortige Anzahlung von 75% des Wertes, während deutsche Firmen Ackergeräte jahrelang kreditiert haben — woraus folgt, daß die Russen nicht immer da kaufen, wo man ihnen geschäftlich entgegenkommt, sondern dort, wo sie es aus allgemeinen Gründen für opportun halten.

Die vorläufigen russischen Zahlen für das Jahr 1925/26 lassen auf eine wesentlich günstigere Entwicklung des deutschen Anteils am russischen Import im Wirtschaftsjahr 1925/26 schließen. Der Zusammenhang dieser Entwicklung mit den deutschen Krediten an Rußland drängt sich auf. Abschließende Ergebnisse, die ein endgültiges Urteil rechtfertigen würden, liegen jedoch noch nicht vor.

Der Anteil der übrigen Länder ist von weit geringerer Bedeutung. Holland und die Tschechoslowakei vermochten ihre Anteile zu erhöhen, während die Anteile der Randstaaten, die hauptsächlich eine Vermittlerrolle spielen, merkliche Rückgänge aufweisen.

Der Import über die asiatische Grenze kommt zum größten Teil aus Persien und China: Persiens Anteil betrug 1924/25 62,4%, Chinas 16,4%. Die Mongolei ist mit 4,8% daran beteiligt, England mit 4,8%, Afghanistan mit 2%. Aus den Vereinigten Staaten stammen 2,8% des Imports über die asiatische Grenze. Deutschland ist mit 1,4% daran beteiligt.

Folgende Tabelle zeigt die Verteilung des asiatischen Imports dem Gewicht sowie dem Werte nach — zu gegenwärtigen Preisen berechnet — im Jahr 1924/25:

Tabelle Q.

| Land                         | Import über die asiatische Grenze 1924/25 |              |                   |
|------------------------------|---|--------------|-------------------|
|                              | in Tonnen                                 | in 1000 Rbl. | Anteil in Prozent |
| Persien . . . . .            | 137 401                                   | 47 591       | 62,5              |
| China . . . . .              | 46 291                                    | 12 483       | 16,4              |
| Mongolei . . . . .           | 14 395                                    | 3 583        | 4,8               |
| Großbritannien und Indien    | 3 833                                     | 3 663        | 4,9               |
| Vereinigte Staaten . . . . . | 6 754                                     | 2 073        | 2,8               |
| Afghanistan . . . . .        | 3 268                                     | 1 515        | 2,0               |
| Türkei . . . . .             | 9 709                                     | 1 218        | 1,6               |
| Japan . . . . .              | 4 292                                     | 1 075        | 1,4               |
| Deutschland . . . . .        | 499                                       | 1 049        | 1,4               |
| Übrige Länder . . . . .      | 4 444                                     | 1 864        | 2,2               |
| Insgesamt . . . . .          | 230 886                                   | 76 114       | 100,0             |

## B. Ausfuhr nach den wichtigsten Staaten.

Bei einer Gegenüberstellung der Anteile der einzelnen am Export über die europäische Grenze beteiligten Staaten zeigt sich, daß auch hier — wie beim Import — Großbritannien Deutschland von der ersten Stelle, die es 1913 innehatte und 1922/23 wieder zurückerobert hatte, verdrängt hat und nun selbst mit 36,5% im Jahre 1924/25 die erste Stelle einnimmt. An dritter Stelle steht das kleine Lettland, das aber als Konsument russischer Ware nur in ganz geringem Umfange in Frage kommt. Es handelt sich daher in der Hauptsache um Transitgüter, die aus Rußland über Lettland exportiert werden.

Die Verteilung des Exports der U.d.S.S.R. auf die einzelnen Länder wird durch nachfolgende Tabellen veranschaulicht.

Tabelle R.

| Land                         | Export über die europäische Grenze in 1000 t |         |         |         |
|------------------------------|--|---------|---------|---------|
|                              | 1921/22                                      | 1922/23 | 1923/24 | 1924/25 |
| Deutschland . . . . .        | 75   | 579     | 1040    | 805     |
| Großbritannien . . . . .     | 282  | 568     | 1512    | 1703    |
| Vereinigte Staaten . . . . . | —  | 5       | 185     | 208     |
| Frankreich . . . . .         | 10   | 14      | 286     | 256     |
| Holland . . . . .            | 29   | 191     | 502     | 569     |
| Belgien . . . . .            | 4  | 13      | 158     | 164     |
| Italien . . . . .            | 8  | 62      | 276     | 458     |
| Schweden . . . . .           | 2  | 19      | 50      | 18      |
| Norwegen . . . . .           | 33   | 15      | 45      | 28      |
| Dänemark . . . . .           | —  | 33      | 186     | 164     |
| Finnland . . . . .           | 86   | 101     | 197     | 70      |
| Lettland . . . . .           | 85   | 249     | 445     | 283     |
| Insgesamt . . . . .          | 614  | 1849    | 4882    | 4726    |

| Land                       | Export über die europäische Grenze in 1000 t |         |         |         |
|----------------------------|--|---------|---------|---------|
|                            | 1921/22                                      | 1922/23 | 1923/24 | 1924/25 |
| Übertrag                   | 614  | 1849    | 4882    | 4726    |
| Estland . . . . .          | 43   | 132     | 195     | 50      |
| Polen . . . . .            | 13   | 29      | 26      | 19      |
| Tschechoslowakei . . . . . | —  | —       | —       | —       |
| Übrige Länder . . . . .    | 57   | 151     | 1029    | 679     |
| Insgesamt . . . . .        | 727  | 2161    | 6132    | 5474    |

Tabelle S<sup>1)</sup>.

| Land                         | Export über die europäische Grenze in 1000 Rubel |         |         |         |
|------------------------------|--|---------|---------|---------|
|                              | 1921/22  | 1922/23 | 1923/24 | 1924/25 |
| Deutschland . . . . .        | 8 255  | 42 631  | 64 403  | 87 005  |
| Großbritannien . . . . .     | 17 988   | 28 918  | 78 647  | 185 442 |
| Vereinigte Staaten . . . . . | 2  | 546     | 6 010   | 21 169  |
| Frankreich . . . . .         | 274  | 581     | 14 479  | 22 133  |
| Holland . . . . .            | 789  | 7 148   | 15 806  | 20 514  |
| Belgien . . . . .            | 114  | 1 694   | 9 304   | 19 271  |
| Italien . . . . .            | 70   | 3 362   | 15 263  | 15 433  |
| Schweden . . . . .           | 678  | 799     | 2 483   | 967     |
| Norwegen . . . . .           | 948  | 703     | 2 306   | 1 756   |
| Dänemark . . . . .           | —  | 1 794   | 10 396  | 13 697  |
| Finnland . . . . .           | 3 335  | 5 127   | 9 417   | 2 507   |
| Lettland . . . . .           | 10 635   | 18 983  | 37 312  | 62 744  |
| Estland . . . . .            | 7 140  | 8 486   | 14 791  | 13 967  |
| Polen . . . . .              | 1 787  | 3 135   | 2 919   | 3 762   |
| Tschechoslowakei . . . . .   | 56   | 14      | 189     | —       |
| Übrige Länder . . . . .      | 11 847   | 9 320   | 56 138  | 37 477  |
| Insgesamt . . . . .          | 63 918   | 133 241 | 339 863 | 507 844 |

Tabelle T.

| Land                         | Anteil am Export über die europäische Grenze in Proz. |         |         |         |         |
|------------------------------|---|---------|---------|---------|---------|
|                              | 1913  | 1921/22 | 1922/23 | 1923/24 | 1924/25 |
| Deutschland . . . . .        | 29,8  | 12,9    | 32,0    | 18,9    | 17,2    |
| Großbritannien . . . . .     | 17,6  | 28,1    | 21,7    | 23,1    | 36,5    |
| Vereinigte Staaten . . . . . | 0,9   | —       | 3,0     | 1,8     | 4,2     |
| Frankreich . . . . .         | 6,6   | —       | —       | 4,3     | 4,4     |
| Holland . . . . .            | 11,8  | —       | 5,4     | 4,6     | 4,1     |
| Belgien . . . . .            | 4,3   | 0,6     | 0,5     | 2,7     | 3,8     |

<sup>1)</sup> Bis zum Jahre 1923/24 einschl. sind die Wertzahlen der russ. amtlichen Statistik nach Vorkriegspreisen berechnet, für das Jahr 1924/25 nach Gegenwartspreisen.

Anteil am Export über die europäische Grenze in Proz.

| Land                    | 1913 | 1921/22 | 1922/23 | 1923/24 | 1924/25 |
|-------------------------|------|---------|---------|---------|---------|
| Italien . . . . .       | 4,8  | 1,1     | 2,5     | 4,5     | 3,0     |
| Türkei . . . . .        | 2,4  | 14,7    | 2,2     | 7,1     | 1,9     |
| Finnland . . . . .      | 3,6  | 11,9    | 3,8     | 2,8     | 0,5     |
| Lettland . . . . .      | —    | 11,7    | 14,2    | 11,0    | 12,4    |
| Estland . . . . .       | —    | 5,9     | 6,4     | 4,4     | 2,8     |
| Polen . . . . .         | —    | —       | 2,4     | 0,9     | 0,7     |
| Übrige Länder . . . . . | 18,2 | 13,1    | 5,9     | 13,9    | 8,5     |
| Insgesamt . . . . .     | 100  | 100     | 100     | 100     | 100     |

Der Export über die asiatische Grenze erreichte im Jahre 1924/25, zu gegenwärtigen Preisen berechnet, insgesamt 59,7 Millionen Rubel. Unter den daran beteiligten Ländern steht Persien mit 28,6 Millionen Rubel (48%) an erster Stelle, dann folgt Japan mit 10,6 Millionen Rubel (17,7%), China mit 9 Millionen Rubel (15,1%), die Vereinigten Staaten mit 6,8 Millionen Rubel (11,5%) und schließlich die Mongolei mit 2,8 Millionen Rubel (4,6%). Der Anteil der übrigen Länder ist unbedeutend. (Vergl. Tabelle U.)

Tabelle U.

Export über die asiatische Grenze 1924/25

| Land                         | in Tonnen | in 1000 Rbl. | Anteil in Prozent |
|------------------------------|-----------|--------------|-------------------|
| Persien . . . . .            | 87 565    | 28 596       | 48,0              |
| Japan . . . . .              | 327 894   | 10 582       | 17,7              |
| China . . . . .              | 234 358   | 9 036        | 15,1              |
| Vereinigte Staaten . . . . . | 1 541     | 6 882        | 11,5              |
| Mongolei . . . . .           | 6 414     | 2 769        | 4,6               |
| Afghanistan . . . . .        | 861       | 478          | 0,8               |
| Großbritannien . . . . .     | 172       | 197          | 0,3               |
| Türkei . . . . .             | 5 778     | 376          | 0,6               |
| Übrige Länder . . . . .      | 13 772    | 821          | 1,4               |
| Insgesamt . . . . .          | 678 355   | 59 737       | 100,0             |

4. Die wichtigsten Ein- und Ausfuhrwaren nach Herkunfts- und Bestimmungsländern.

A. E i n f u h r.

Chemikalien. Die russische Einfuhr an Chemikalien hatte im Wirtschaftsjahr 1924/25 einen Wert von 33,6 Millionen Rubel. Rußlands wichtigste Lieferanten waren folgende Staaten:

|                         | 1923/24 | 1924/25 |            |
|-------------------------|---------|---------|------------|
|                         | Tonnen  | Tonnen  | 1000 Rubel |
| Gesamteinfuhr . . . . . | 37 524  | 34 225  | 16 320     |
| davon aus:              |         |         |            |
| Deutschland . . . . .   | 14 602  | 14 022  | 9 612      |
| England . . . . .       | 10 704  | 8 209   | 3 334      |
| Frankreich . . . . .    | 769     | 359     | 979        |
| Italien . . . . .       | 2 594   | 8 541   | 911        |
| Holland . . . . .       | 34      | 87      | 845        |
| Schweden . . . . .      | 442     | 591     | 107        |

Deutschland steht bei der Belieferung Rußlands an erster Stelle. Sein Anteil betrug 60,1% des Wertes im Wirtschaftsjahre 1924/25 gegenüber 55,6% im vorausgegangenen Wirtschaftsjahr, während die englische Quote in der Berichtszeit einen Rückgang von 21,4% auf 20,8% zu verzeichnen hatte.

An Farbstoffen wurde von der Union der Sozialistischen Sovet-republiken importiert:

|                         | 1923/24 | 1924/25 |            |
|-------------------------|---------|---------|------------|
|                         | Tonnen  | Tonnen  | 1000 Rubel |
| Gesamteinfuhr . . . . . | 5 270   | 6 629   | 18 597     |
| davon aus:              |         |         |            |
| Deutschland . . . . .   | 3 649   | 4 010   | 15 605     |
| England . . . . .       | 874     | 1 162   | 1 170      |
| Frankreich . . . . .    | 289     | 1 039   | 1 184      |
| Polen . . . . .         | 105     | 105     | 128        |

Deutschland, das unter den Lieferanten Rußlands eine führende Stellung einnimmt, hatte im Jahre 1924/25 auf dem russischen Farbenmarkt gegenüber dem Vorjahre relativ starke Verluste zu verzeichnen, die zum Teil der englischen und französischen Konkurrenz zugute kamen. Der Anteil Deutschlands ging von 98,4% auf 84% zurück, dagegen stieg der Anteil Englands von 5,5% auf 6,2%, derjenige Frankreichs von 4,7% auf 6,3%.

Auf dem Markt der pharmazeutischen Erzeugnisse sind die Einbußen Deutschlands noch beträchtlicher, wie die folgende Tabelle zeigt:

|                         | 1923/24 | 1924/25 |            |
|-------------------------|---------|---------|------------|
|                         | Tonnen  | Tonnen  | 1000 Rubel |
| Gesamteinfuhr . . . . . | 13      | 18      | 188        |
| davon aus:              |         |         |            |
| Deutschland . . . . .   | 9       | 10      | 83         |
| England . . . . .       | 2       | 4       | 82         |
| Frankreich . . . . .    | 1       | 4       | 20         |

Deutschlands Quote, die im Wirtschaftsjahr 1923/24 noch 68,2% der Gesamteinfuhr Rußlands an pharmazeutischen Erzeugnissen ausmachte, sank im Wirtschaftsjahr 1924/25 auf 44,1%. Dagegen stieg der Anteil Englands von 10,6% auf 43,5%, der Anteil Frankreichs von 7% auf 10,6%.

An der russischen Einfuhr von Gerbmitteln waren folgende Staaten beteiligt:

|                          | 1923/24 | 1924/25 |            |
|--------------------------|---------|---------|------------|
|                          | Tonnen  | Tonnen  | 1000 Rubel |
| Gesamteinfuhr . . . . .  | 28 995  | 55 511  | 8 520      |
| davon aus:               |         |         |            |
| England . . . . .        | 8 798   | 27 267  | 4 424      |
| Deutschland . . . . .    | 10 022  | 9 340   | 1 392      |
| Türkei . . . . .         | 1 967   | 6 052   | 749        |
| Vereinigte Staaten . . . | 7 190   | 1 327   | 193        |

Auf dem russischen Gerbmittelmarkt vermochte die englische Konkurrenz gegenüber den Vereinigten Staaten erhebliche Gewinne zu verzeichnen. Deutschlands Verluste sind weniger bedeutend. Der Anteil der Vereinigten Staaten an der Belieferung der U.d.S.S.R. mit Gerbmitteln ging von 24,3% auf nur 2,3% zurück, der Anteil Deutschlands sank von 28,5% auf 16,1%, während Englands Quote sich von 37,5% auf 52% erhöhte.

Elektrotechnische Erzeugnisse. Auf diesem deutschen Traditionsmarkt hat Deutschland zum Teil erheblich an Einfluß verloren, wenn es auch nach wie vor eine führende Stellung einnimmt. In der Hauptsache ist es auch hier England, das seine Position auf Kosten Deutschlands gestärkt hat.

Dynamomaschinen und Elektromotoren bezog Rußland aus folgenden Staaten:

|                         | 1923/24 | 1924/25 |            |
|-------------------------|---------|---------|------------|
|                         | Tonnen  | Tonnen  | 1000 Rubel |
| Gesamteinfuhr . . . . . | 1 162   | 892     | 1 895      |
| davon aus:              |         |         |            |
| Deutschland . . . . .   | 781     | 395     | 900        |
| England . . . . .       | 182     | 318     | 636        |
| Schweden . . . . .      | 8       | 32      | 119        |

Wie ersichtlich, ging Deutschlands Anteil in der Vergleichszeit erheblich zurück, und zwar von 68,7% auf 47,4%, während Englands Quote eine Steigerung von 16,2% auf 33,5%, also rund um das Doppelte, zu verzeichnen hatte.

Auch bei Elektrozubehör sank Deutschlands Anteil erheblich, wie die folgende Tabelle zeigt:

|                         | 1923/24 | 1924/25 |            |
|-------------------------|---------|---------|------------|
|                         | Tonnen  | Tonnen  | 1000 Rubel |
| Gesamteinfuhr . . . . . | 1 328   | 3 127   | 6 292      |
| davon aus:              |         |         |            |
| Deutschland . . . . .   | 1 146   | 1 508   | 2 986      |
| England . . . . .       | 34      | 538     | 1 462      |
| Schweden . . . . .      | 9       | 138     | 349        |
| Dänemark . . . . .      | 3       | 55      | 112        |
| Polen . . . . .         | 42      | 117     | 109        |
| Frankreich . . . . .    | 5       | 14      | 84         |

Deutschlands Anteil ging von 81,1% auf 49,8% zurück, Englands Anteil dagegen erfuhr eine Steigerung von 2,2 auf 24,4%.

Auch auf dem russischen Markt für elektrische Birnen, auf dem Deutschland noch 1923/24 eine uneingeschränkte Monopolstellung innehatte, vermochte die englische Konkurrenz erheblich an Terrain zu gewinnen.

In der Hauptsache waren folgende Staaten die Lieferanten dieses Artikels:

|                         | 1923/24 | 1924/25 |            |
|-------------------------|---------|---------|------------|
|                         | Tonnen  | Tonnen  | 1000 Rubel |
| Gesamteinfuhr . . . . . | 140     | 239     | 2 596      |
| davon aus:              |         |         |            |
| Deutschland . . . . .   | 132     | 158     | 1 644      |
| England . . . . .       | —       | 35      | 457        |
| Holland . . . . .       | —       | 16      | 148        |

Deutschlands Anteil erfuhr einen Rückgang von 93,5% auf 63,2%, Englands Anteil eine Steigerung von 0,2% auf 17,6%.

Feinmechanische Erzeugnisse. Auch auf dem russischen Markt für feinmechanische Erzeugnisse nimmt Deutschland, seiner Tradition entsprechend, eine unbestrittene Führerstellung ein. Doch hatte Deutschland im Wirtschaftsjahr 1924/25 beträchtliche Verluste zu verzeichnen, die hauptsächlich England, in geringerem Maße Frankreich, zugute kamen, wie aus nachstehender Tabelle hervorgeht:

|                         | 1923/24 | 1924/25 |            |
|-------------------------|---------|---------|------------|
|                         | Tonnen  | Tonnen  | 1000 Rubel |
| Gesamteinfuhr . . . . . | 418     | 640     | 7 882      |
| davon aus:              |         |         |            |
| Deutschland . . . . .   | 351     | 447     | 4 826      |
| England . . . . .       | 18      | 65      | 1 000      |
| Frankreich . . . . .    | 9       | 48      | 689        |

|                    | 1923/24 | 1924/25 |            |
|--------------------|---------|---------|------------|
|                    | Tonnen  | Tonnen  | 1000 Rubel |
| Schweden . . . . . | 3       | 7       | 174        |
| Lettland . . . . . | 3       | 9       | 156        |
| Polen . . . . .    | 7       | 5       | 96         |
| Italien . . . . .  | 1       | 2       | 62         |
| Holland . . . . .  | —       | 5       | 49         |
| Dänemark . . . . . | —       | 6       | 37         |

Deutschlands Anteil zeigt einen Rückgang von 82,3% auf 60,3%, während demgegenüber England sich von 3,2% auf 12,5%, Frankreich von 6,2% auf 8,6% verbesserten.

**Textilien.** Die Gesamteinfuhr Rußlands an Textilwaren hatte im Wirtschaftsjahr 1924/25 nach den Angaben der russischen Statistik einen Wert von 192,3 Millionen Rubel, wobei das Spinnmaterial allein 164,4 Millionen Rubel ausmachte.

Von dem eingeführten Spinnmaterial entfielen 91 154 t für 121,9 Millionen Rubel auf Baumwolle, 6 349 t für 39,2 Millionen Rubel auf Wolle und 6 145 t für 3,3 Millionen Rubel auf Jute. Die wichtigsten Spinnmateriallieferanten Rußlands sind folgende Staaten:

|                              | 1923/24 | 1924/25 |            |
|------------------------------|---------|---------|------------|
|                              | Tonnen  | Tonnen  | 1000 Rubel |
| Gesamteinfuhr . . . . .      | 101 826 | 104 648 | 164 391    |
| davon aus:                   |         |         |            |
| Vereinigte Staaten . . . . . | 67 289  | 75 489  | 93 865     |
| Australien . . . . .         | 1 030   | 4 186   | 27 319     |
| Ägypten . . . . .            | 270     | 13 500  | 22 900     |
| England . . . . .            | 23 000  | 8 926   | 10 113     |
| Deutschland . . . . .        | 3 835   | 486     | 1 883      |

An erster Stelle unter den Spinnmateriallieferanten Rußlands standen somit die Vereinigten Staaten, die 57,3% der Gesamteinfuhr bestritten. Sie versorgten den russischen Markt — wie auch Ägypten — in erster Linie mit Baumwolle, während England und Australien in der Hauptsache Wolle nach Rußland exportierten. Deutschland lieferte nach Rußland im Jahre 1924/25 362 t Wolle für 1,8 Millionen Rubel und 106 t Jute für 50 000 Rubel.

An zweiter Stelle hinter Spinnmaterial stehen im Textilimport Rußlands **G a r n e**. Es lieferten:

|                         | 1923/24 | 1924/25 |            |
|-------------------------|---------|---------|------------|
|                         | Tonnen  | Tonnen  | 1000 Rubel |
| Gesamteinfuhr . . . . . | 507     | 2 190   | 11 648     |
| davon aus:              |         |         |            |
| Deutschland . . . . .   | 45      | 111     | 787        |

|                      | 1923/24 | 1924/25 |            |
|----------------------|---------|---------|------------|
|                      | Tonnen  | Tonnen  | 1000 Rubel |
| England . . . . .    | 303     | 1 688   | 8 211      |
| Holland . . . . .    | —       | 22      | 224        |
| Frankreich . . . . . | 5       | 10      | 96         |
| Polen . . . . .      | 7       | 9       | 82         |

England lieferte 1924/25 68,3% der gesamten Garneinfuhr Rußlands, davon 1 073 t für 8,2 Millionen Rubel Wollgarn, 1 115 t für 3,4 Millionen Rubel Baumwollgarn und 2 to für 72 000 Rubel Seidengarn.

Aus Deutschland bezog Rußland im gleichen Jahre für 438 000 Rubel Wollgarn, für 283 000 Rubel Baumwollgarn und für 66 000 Rubel Seidengarne. Auf Deutschland entfielen neun Zehntel der gesamten Seidengarneinfuhr Rußlands.

Über die Einfuhr von Geweben und sonstigen Textilwaren geben die nachfolgenden Tabellen Aufschluß:

Die wichtigsten Gewebelieferanten Rußlands waren folgende Staaten:

|                         | 1923/24 | 1924/25 |            |
|-------------------------|---------|---------|------------|
|                         | Tonnen  | Tonnen  | 1000 Rubel |
| Gesamteinfuhr . . . . . | 4 781   | 6 976   | 15 860     |
| davon aus:              |         |         |            |
| Deutschland . . . . .   | 706     | 275     | 990        |
| Polen . . . . .         | 81      | 1 406   | 4 162      |
| England . . . . .       | 2 779   | 1 559   | 2 598      |
| Italien . . . . .       | 16      | 484     | 1 690      |

Die Einfuhr Rußlands an sonstigen Textilwaren, wie Kleidung und Wäsche, Strick- und Posamentierwaren zeigt folgendes Bild:

|                         | 1923/24 | 1924/25 |            |
|-------------------------|---------|---------|------------|
|                         | Tonnen  | Tonnen  | 1000 Rubel |
| Gesamteinfuhr . . . . . | 33      | 41      | 434        |
| davon aus:              |         |         |            |
| Deutschland . . . . .   | 10      | 16      | 188        |
| Norwegen . . . . .      | 1       | 14      | 73         |
| Lettland . . . . .      | —       | 2       | 30         |
| Finnland . . . . .      | 2       | 2       | 26         |
| England . . . . .       | 9       | 1       | 16         |
| Polen . . . . .         | —       | 1       | 9          |

Papier. Auf dem russischen Papiermarkt entwickelt sich die Lage für Deutschland sehr erfreulich.

An der Belieferung Rußlands mit Papiermasse waren in den beiden Vergleichsjahren 1923/24 und 1924/25 folgende Staaten beteiligt:

|                         | 1923/24 |        | 1924/25    |  |
|-------------------------|---------|--------|------------|--|
|                         | Tonnen  | Tonnen | 1000 Rubel |  |
| Gesamteinfuhr . . . . . | 29 274  | 86 438 | 7 439      |  |
| davon aus:              |         |        |            |  |
| Deutschland . . . . .   | 1 005   | 9 377  | 1 232      |  |
| Finnland . . . . .      | 24 557  | 70 434 | 5 467      |  |
| Norwegen . . . . .      | 2 895   | 2 230  | 320        |  |
| Schweden . . . . .      | —       | 3 736  | 307        |  |

Finnland lieferte im Wirtschaftsjahre 1924/25 fast drei Viertel der russischen Gesamteinfuhr an Papiermasse, Deutschland 16,6% gegenüber nur 3,7% im Vorjahre.

Von der russischen Gesamteinfuhr an Papier und Pappe entfielen 1924/25 auf Finnland 45,7%, auf Estland 18,4%, auf Deutschland 14,1% (im Jahre 1923/24 nur 9,9%). Die nachstehende Tabelle veranschaulicht die Entwicklung der Anteile der an der Belieferung Rußlands mit dieser Ware beteiligten Staaten:

|                         | 1923/24 |         | 1924/25    |  |
|-------------------------|---------|---------|------------|--|
|                         | Tonnen  | Tonnen  | 1000 Rubel |  |
| Gesamteinfuhr . . . . . | 46 593  | 113 418 | 20 918     |  |
| davon aus:              |         |         |            |  |
| Deutschland . . . . .   | 3 327   | 12 485  | 2 952      |  |
| Finnland . . . . .      | 18 836  | 63 827  | 9 585      |  |
| Estland . . . . .       | 17 150  | 23 561  | 3 869      |  |
| Schweden . . . . .      | 4 570   | 7 497   | 1 158      |  |
| Lettland . . . . .      | 565     | 708     | 910        |  |
| England . . . . .       | 80      | 287     | 724        |  |
| Norwegen . . . . .      | 1 249   | 3 455   | 658        |  |
| Frankreich . . . . .    | 252     | 253     | 521        |  |
| Polen . . . . .         | 134     | 60      | 139        |  |

Auch der russische Büroutensilienmarkt zeigt ein für Deutschland günstiges Bild. Es lieferten:

|                         | 1923/24 |        | 1924/25    |  |
|-------------------------|---------|--------|------------|--|
|                         | Tonnen  | Tonnen | 1000 Rubel |  |
| Gesamteinfuhr . . . . . | 386     | 359    | 1 701      |  |
| davon aus:              |         |        |            |  |
| Deutschland . . . . .   | 162     | 231    | 977        |  |
| England . . . . .       | 27      | 34     | 294        |  |
| Polen . . . . .         | 168     | 14     | 74         |  |
| Frankreich . . . . .    | 4       | 4      | 13         |  |

Deutschlands Anteil stieg von 42,6% auf 57,7%, während insbesondere Polens Quote erheblich zurückging.

**Metalle.** Besonders deutlich tritt die englische Konkurrenz gegenüber Deutschland auf dem russischen Metallmarkt in Erscheinung. Die Verluste Deutschlands im Wirtschaftsjahr 1924/25 gegenüber dem Vorjahre sind hier außerordentlich groß, wie sich aus dem vorliegenden russischen Zahlenmaterial für die ersten acht Monate des Wirtschaftsjahres 1924/25 (vom Oktober 1924 bis einschließlich Mai 1925) ergibt.

So sind die deutschen Lieferungen an Stahl und Eisen von 44,5% der Gesamteinfuhr dieser Waren im Oktober-Mai 1923/24 auf nur 8,5% für den gleichen Zeitraum des Jahres 1924/25 zurückgegangen, während die englische Quote von 9,6% auf 39% anstieg, wie nachfolgende Zahlen demonstrieren:

|                       | 1923/24 | 1924/25 |            |
|-----------------------|---------|---------|------------|
|                       | Tonnen  | Tonnen  | 1000 Rubel |
| Deutschland . . . . . | 1 452   | 474     | 159        |
| England . . . . .     | 1 035   | 1 611   | 731        |
| Schweden . . . . .    | 216     | 1 062   | 297        |
| Norwegen . . . . .    | —       | 190     | 199        |
| Österreich . . . . .  | 155     | 422     | 143        |
| Finnland . . . . .    | 178     | 554     | 103        |

Eine für Deutschland weniger nachteilige Entwicklung zeigt sich auf dem russischen Markt für Kupfer und Weißmetalle. In der Berichtszeit wurden geliefert von:

|                          | 1923/24 | 1924/25 |            |
|--------------------------|---------|---------|------------|
|                          | Tonnen  | Tonnen  | 1000 Rubel |
| Deutschland . . . . .    | 2 825   | 4 460   | 2 366      |
| England . . . . .        | 8 016   | 12 867  | 7 536      |
| Vereinigte Staaten . . . | 43      | 954     | 384        |
| Holland . . . . .        | —       | 136     | 139        |
| Dänemark . . . . .       | —       | 76      | 93         |
| Polen . . . . .          | 7       | 110     | 63         |
| Österreich . . . . .     | 10      | 38      | 15         |

Deutschlands Anteil sank von 30,3% auf 22,2%, Englands Anteil erfuhr eine Steigerung von 67,7% auf 70,8%.

An der Belieferung Rußlands mit Draht waren in der Vergleichszeit hauptsächlich folgende Staaten beteiligt:

|                       | 1923/24 | 1924/25 |            |
|-----------------------|---------|---------|------------|
|                       | Tonnen  | Tonnen  | 1000 Rubel |
| Deutschland . . . . . | 412     | 254     | 194        |
| England . . . . .     | 566     | 1 776   | 574        |
| Schweden . . . . .    | —       | 19      | 130        |
| Dänemark . . . . .    | —       | 12      | 20         |
| Finnland . . . . .    | —       | 20      | 4          |

Auch hier ist eine beträchtliche Abnahme des deutschen Anteils, und zwar von 43,7% auf 16,1% festzustellen, während Englands Quote eine Zunahme von 36,8% auf 45,4% aufweist.

Auf dem russischen Markt für Eisen- und Stahlwaren sind in der Hauptsache die Vereinigten Staaten, in geringerem Maße Deutschland, der englischen Konkurrenz unterlegen. Die amerikanische Quote sank hier in der Berichtszeit von 43,4% auf nur 6,5%, die deutsche von 28,1% auf 20,8%, während Englands Anteil eine Steigerung von 17,1 auf 36,4% erfuhr.

### B. A u s f u h r.

Getreide. Die Getreideausfuhr Rußlands begann erst im Jahre 1923 von neuem aufzuleben, nachdem in den beiden voraufgegangenen Jahren große Mengen eingeführt werden mußten.

Vor dem Kriege nahm Rußland im Weltgetreidehandel die erste Stelle ein. Weizen und Gerste bildeten die beiden wichtigsten Getreideexportartikel, auf alle anderen Getreidearten zusammen entfiel nur ein Viertel der Gesamtexportmenge. Die Getreideausfuhr nach dem Kriege zeigt eine veränderte Struktur, wie die nachfolgende Tabelle demonstriert (in Millionen Pud):

|                         | 1922/23 | 1923/24 | 1924/25 | 1925/26 |
|-------------------------|---------|---------|---------|---------|
| Roggen . . . . .        | 26,1    | 82,7    | 4,0     | 11,0    |
| Weizen . . . . .        | 1,0     | 35,5    | 0,5     | 45,0    |
| Gerste . . . . .        | 4,3     | 18,7    | 4,2     | 49,1    |
| Hafer . . . . .         | 1,5     | 8,5     | 0,1     | 1,2     |
| Mais . . . . .          | 0,5     | 8,2     | 10,6    | 12,2    |
| Hülsenfrüchte . . . . . | 1,3     | 4,9     | 2,7     | 2,8     |
| Ölkuchen . . . . .      | 6,5     | 13,8    | 19,6    | 22,4    |
| Ölsamen . . . . .       | 0,1     | 3,5     | 10,4    | 10,3    |
| Übrige . . . . .        | 2,2     | 6,3     | 1,8     | 3,7     |
| Insgesamt:              | 43,5    | 182,1   | 54,0    | 157,7   |

Demnach entfiel auf Roggen im Jahre 1922/23 rund 60%, im Jahre 1923/24 rund 46% der Gesamtgetreideausfuhr. Im Jahre 1925/26 näherte sich die Getreideausfuhr in ihrer Zusammensetzung der Vorkriegsstruktur wieder an, indem Weizen und Gerste die erste Stelle einnahmen, während Roggen in seiner Bedeutung stark zurücktrat.

Nach Wiederherstellung der russischen Getreideausfuhr wurden zunächst — im Sinne des geringsten Widerstandes — nur die Rußland benachbarten Märkte beliefert. Hauptmärkte waren Deutschland und Holland, wohin fast die Hälfte der gesamten russischen Getreideausfuhr des Jahres 1923/24 verschickt wurde. In diesem Jahre wurden insgesamt 2,998 Millionen Tonnen exportiert. Davon entfielen auf (in 1000 t):

|                       | Insgesamt | Davon: |        |
|-----------------------|-----------|--------|--------|
|                       |           | Roggen | Weizen |
| Deutschland . . . . . | 687       | 477    | 10     |
| Holland . . . . .     | 644       | 384    | 31     |
| Dänemark . . . . .    | 274       | 44     | —      |
| Frankreich . . . . .  | 221       | 20     | 153    |
| Finnland . . . . .    | 204       | 177    | —      |
| England . . . . .     | 200       | —      | 44     |
| Italien . . . . .     | 194       | 38     | 135    |
| Türkei                | 148       | —      | 131    |
| Griechenland )        |           |        |        |
| Belgien . . . . .     | 139       | 65     | 61     |
| Norwegen . . . . .    | 81        | 87     | 1      |
| Lettland . . . . .    | 80        | 33     | 2      |
| Estland . . . . .     | 74        | 35     | 1      |
| Schweden . . . . .    | 42        | 26     | 1      |
| Tschechoslowakei . .  | 10        | 7      | 3      |
| Polen . . . . .       | —         | —      | —      |
| Insgesamt:            | 2998      | 1394   | 573    |

Für das folgende Wirtschaftsjahr 1924/25 liegen uns keine abschließenden nach den Bestimmungsländern russischen Getreides gegliederten Zahlen vor. Vorläufige Angaben der russischen Statistik lassen erkennen, daß England der wichtigste Abnehmer für Rußlands Getreide geworden ist, Deutschland und Holland dagegen an die zweite Stelle gerückt sind.

**Flachs.** Rußland war vor dem Kriege der größte Flachsproduzent der Erde. Es nahm daher auf dem Weltmarkte in bezug auf Flachs eine ebenso bedeutende Stellung ein, wie etwa die Vereinigten Staaten in bezug auf Baumwolle. Der bei weitem größte Teil des in Rußland produzierten Flachses wurde ins Ausland exportiert. Die wichtigsten Abnehmer waren folgende Staaten:

Durchschnitt der Jahre 1909—1913

|                             | 1000 Pud      | %            |
|-----------------------------|---------------|--------------|
| Österreich-Ungarn . . . . . | 1 450         | 8,3          |
| Belgien . . . . .           | 4 300         | 24,8         |
| England . . . . .           | 5 375         | 30,9         |
| Deutschland . . . . .       | 4 125         | 23,8         |
| Frankreich . . . . .        | 1 740         | 10,0         |
| Sonstige Länder . . . . .   | 390           | 2,2          |
| <u>Insgesamt:</u>           | <u>17 380</u> | <u>100,0</u> |

Krieg und Revolution brachten die Abtrennung der wichtigsten Flachsangebiete in Lettland, Estland, Litauen und Polen und einen Verfall der Flachskultur in den Rußland verbliebenen Anbaubezirken. 1920 begann ein allmählicher Wiederaufbau der russischen Flachskultur, der erst im Wirtschaftsjahre 1922/23 in einigermaßen beachtlichen Exportzahlen zum Ausdruck kam. Es wurden exportiert:

|         | 1000 Pud |
|---------|----------|
| 1922/23 | 2271     |
| 1923/24 | 1814     |
| 1924/25 | 3249     |

Die wichtigsten Länder, die im Jahre 1924/25 beliefert wurden, waren:

|                           | 1000 t      | %            |
|---------------------------|-------------|--------------|
| Deutschland . . . . .     | 8,3         | 15,6         |
| England . . . . .         | 16,4        | 30,9         |
| Frankreich }<br>Belgien } | 20,6        | 38,8         |
| Estland . . . . .         | 5,3         | 10,0         |
| Amerika . . . . .         | 0,6         | 1,1          |
| Holland . . . . .         | 0,3         | 0,5          |
| Andere Länder . . . . .   | 1,7         | 3,1          |
| <u>Insgesamt</u>          | <u>53,2</u> | <u>100,0</u> |

Deutschland nahm unter den Abnehmern russischen Flachses die dritte Stelle ein. Vom französisch-belgischen und englischen Markt wurden rund sieben Zehntel des Gesamtexportes aufgenommen. Estland spielte nur eine Vermittlerrolle.

R a u c h w a r e n. Rußland exportierte in den beiden Wirtschaftsjahren 1923/24 und 1924/25 über 40 Millionen Stück Wildfelle im Werte von 115,6 Millionen Rubel. Die wichtigsten Abnehmer russischer Rauchwaren waren (in Millionen Rubel):

|                        | 1922/23 | 1923/24 | 1924/25 | 1. 10. 25 bis 31. 3. 26 |
|------------------------|---------|---------|---------|-------------------------|
| Gesamtexport . . . . . | 31,5    | 51,4    | 64,2    | 32,4                    |
| davon nach:            |         |         |         |                         |
| Deutschland . . . . .  | 11,5    | 14,1    | 7,6     | 4,2                     |
| England . . . . .      | 3,8     | 20,9    | 33,0    | 16,0                    |
| Amerika . . . . .      | 1,0     | 16,4    | 22,1    | 11,8                    |

Demnach erscheint England als Hauptverbraucher russischer Rauchwaren. Erst an dritter Stelle folgt Deutschland, das vor dem Kriege eine führende Stellung einnahm. Nach Leipzig, dem internationalen Mittelpunkt des Rauchwarenhandels, gingen vor dem Kriege rund 80% der gesamten russischen Rauchwarenausfuhr. Nunmehr sind London und New-York die wichtigsten Zentren des Rauchwarenhandels geworden.

Holz. Der russische Gesamtexport zeigt folgende Entwicklung:

|         | Mengen Zahlen |     | Wert Zahlen |     |
|---------|---------------|-----|-------------|-----|
|         | 1000 cbm      | %   | Mill. Rubel | %   |
| 1921/22 | 754           | 100 | 17,1        | 100 |
| 1922/23 | 1754          | 240 | 33,5        | 209 |
| 1923/24 | 3585          | 460 | 63,9        | 379 |
| 1924/25 | 3927          | 521 | 70,2        | 410 |

In den ersten drei Vergleichsjahren entwickelte sich die russische Holz ausfuhr stärker, als im letzten Jahre, in welchem die Zunahme sowohl dem Werte, wie der Menge nach insgesamt nur etwa 10% gegenüber dem Vorjahre beträgt. Die wichtigsten Abnehmer des russischen Holzes sind folgende Staaten (in Prozenten der gesamten Holz ausfuhr):

|                         | Nach Gewichtszahlen |         | Nach Wertzahlen |         |
|-------------------------|---------------------|---------|-----------------|---------|
|                         | 1923/24             | 1924/25 | 1923/24         | 1924/25 |
| Deutschland . . . . .   | 3,60                | 8,1     | 3,43            | 8,5     |
| England . . . . .       | 50,75               | 45,6    | 61,23           | 53,2    |
| Holland . . . . .       | 13,33               | 16,8    | 11,02           | 11,7    |
| Frankreich . . . . .    | 0,56                | 1,3     | 0,76            | 3,0     |
| Belgien . . . . .       | 0,86                | 1,4     | 1,10            | 1,7     |
| Finnland                | —                   | 2,8     | —               | 1,2     |
| Lettland . . . . .      | 9,51                | 7,1     | 8,82            | 6,2     |
| Estland . . . . .       | 1,21                | 0,3     | 0,48            | 0,2     |
| Japan . . . . .         | 13,06               | 11,0    | 8,41            | 8,8     |
| China . . . . .         | 5,80                | 3,6     | 3,77            | 2,6     |
| Andere Länder . . . . . | 1,32                | 2,0     | 0,98            | 2,9     |
| Insgesamt:              | 100,00              | 100,0   | 100,00          | 100,0   |

Deutschlands Bedeutung als russischer Holzkäufer ist 1924/25 gegenüber dem Vorjahre gestiegen. Insbesondere nimmt es einen erheblichen Teil der russi-

schen Ausfuhr an Edelhölzern (Taxus, Nußbaum, Guayakbaum) auf. Englands Anteil ist zurückgegangen, doch ist anzunehmen, daß ein Teil des nach Deutschland und Holland exportierten Holzes letzten Endes nach England gelangt, desgleichen fast die gesamte nach Lettland ausgeführte Holzmenge.

**N a p h t h a.** Unter den industriellen Exportartikeln Rußlands ist Naphtha von sehr großer Bedeutung. Folgende Tabelle veranschaulicht die Entwicklung des russischen Naphthaexports:

|         |           |      |           |
|---------|-----------|------|-----------|
| 1913    | insgesamt | 56,2 | Mill. Pud |
| 1921/22 | „         | 8,5  | „ „       |
| 1922/23 | „         | 18,0 | „ „       |
| 1923/24 | „         | 44,2 | „ „       |
| 1924/25 | „         | 81,6 | „ „       |
| 1925/26 | „         | 89,9 | „ „       |

Von den ausgeführten Exportartikeln stehen an erster Stelle Naphtha-Heizmaterial, Petroleum und Benzin.

Im Jahre 1923/24 betrug die russische Naphthaausfuhr bereits 80% des Friedensstandes und im darauffolgenden Jahre wurde die Friedensausfuhr sogar erheblich überschritten. Das Jahr 1925/26 zeigt eine weitere Steigerung des Exports. Der Grund für diese überaus günstige Entwicklung ist wohl darin zu erblicken, daß der wichtigste Naphthaproduzent der Welt, die Vereinigten Staaten von Nord-Amerika, einen immer größeren Teil seiner Erzeugung dem stark ansteigenden Inlandsbedarf zuführen muß. Wie die Verhältnisse auf dem Naphthamarkt liegen, ist mit einer weiteren Steigerung der russischen Naphthaausfuhr zu rechnen. Unter den jetzigen Umständen ist jedoch die russische Naphthaausfuhr durch die Transportfähigkeit der Kaukasus- und der Transkaukasusbahn und die Leistungsfähigkeit der vorhandenen Naphthaleitungen begrenzt. Die Frage der russischen Naphthaausfuhr wird daher in den nächsten Jahren direkt auf die Transportfrage stoßen.

Nach Bestimmungsländern und Naphthaartikeln zeigt die Ausfuhr im Wirtschaftsjahre 1924/25 folgendes Bild:

|                   | Ausfuhr in 1000 Pud |        |       |                             | Insgesamt |
|-------------------|---------------------|--------|-------|-----------------------------|-----------|
|                   | Petroleum           | Benzin | Öle   | Heizmaterial<br>und anderes |           |
| Deutschland . . . | 62                  | 3 785  | 6 181 | 936                         | 10 964    |
| England . . .     | 3 662               | 5 726  | 1 369 | 9 528                       | 20 285    |
| Ägypten . . .     | 10 821              | —      | —     | 336                         | 11 157    |
| Indien . . .      | 1 696               | —      | —     | —                           | 1 696     |
| Insel Malta . . . | 272                 | 636    | —     | —                           | 908       |
| Italien . . .     | 2 770               | 1 056  | 356   | 10 816                      | 14 998    |
| Frankreich . . .  | —                   | 4 553  | 1 236 | 2 717                       | 8 506     |
| Belgien . . .     | 164                 | 981    | 1 529 | 325                         | 2 999     |

| Ausfuhr in 1000 Pud |           |        |        |                             |           |
|---------------------|-----------|--------|--------|-----------------------------|-----------|
|                     | Petroleum | Benzin | Öle    | Heizmaterial<br>und anderes | Insgesamt |
| Türkei . . .        | 1 847     | 18     | 96     | 13                          | 1 974     |
| Österreich . .      | —         | —      | —      | 1 151                       | 1 151     |
| Baltikum . . .      | 695       | 20     | 14     | 354                         | 1 083     |
| Griechenland .      | 539       | —      | —      | 378                         | 967       |
| Ungarn . . . .      | —         | —      | —      | 954                         | 954       |
| Übrige Länder       | 1 225     | 72     | 366    | 2 229                       | 3 892     |
| Insgesamt:          | 23 853    | 16 847 | 11 147 | 29 737                      | 81 584    |

|                       | Ausfuhr in % des Gesamtexports |         |         |
|-----------------------|--------------------------------|---------|---------|
|                       | 1922/23                        | 1923/24 | 1924/25 |
| Deutschland . . . . . | 18,9                           | 9,36    | 13,6    |
| England mit Kolonien  | 43,7                           | 52,0    | 41,82   |
| Frankreich . . . . .  | 1,65                           | 7,66    | 10,6    |
| Belgien . . . . .     | 4,35                           | 4,36    | 3,6     |
| Italien . . . . .     | 2,08                           | 5,66    | 18,4    |
| Österreich . . . . .  | 1,5                            | 3,08    | 1,4     |
| Holland . . . . .     | —                              | 1,86    | 0,37    |
| Ungarn . . . . .      | 8,3                            | 4,8     | 1,17    |
| Baltikum . . . . .    | 3,02                           | 3,27    | 1,8     |
| Türkei . . . . .      | 10,8                           | 2,17    | 2,4     |

Die erste Stelle unter den Abnehmern russischen Naphthas nimmt England mit Kolonien ein. Es folgen Italien, Deutschland, Frankreich.

Zwei Drittel der gesamten Ausfuhr an Petroleum entfällt auf England mit Kolonien, es folgt Italien mit 11,5%. Die wichtigsten Abnehmer russischen Benzins sind der Reihe nach England (34%), Frankreich (27%) und Deutschland (23,4%). Naphtha-Heizmaterial geht vornehmlich nach Italien (38%) und England (32%). Der bei weitem wichtigste Konsument russischer Öle ist Deutschland (55½%).

## V. Der Anteil Rußlands am deutschen Außenhandel.

Zur Feststellung des Anteils Rußlands am deutschen Außenhandel sind die Zahlen der Statistik des deutschen Reichs neben den Anweisungen der russischen Statistik zum Vergleich herangezogen worden. Hierbei war es nicht zu umgehen, die Wareneinteilung des Brüsseler Verzeichnisses zur Grundlage der statistischen Darstellung zu machen, da sich nur auf dieser Basis eine Vergleichsmöglichkeit der beiden Statistiken ergab.

Der deutsch-russische Warenverkehr stellte sich nach den beiderseitigen Daten für die Jahre 1923, 1924 und 1925 wie folgt dar:

Tabelle A.

|  | Werte in Millionen Rm.          |      |       |                                 |       |       |
|--|---------------------------------|------|-------|---------------------------------|-------|-------|
|  | Von Deutschland nach<br>Rußland |      |       | Von Rußland nach<br>Deutschland |       |       |
|  | 1923                            | 1924 | 1925  | 1923                            | 1924  | 1925  |
| Nach der russischen Statistik<br>(1913 er Werte) . . . . | 116,2                           | 99,1 | 261,5 | 132,4                           | 105,2 | 220,6 |
| Nach der deutschen Statistik<br>(Gegenwartswerte) . . .  | 73,2                            | 89,0 | 250,0 | 92,1                            | 126,1 | 226,7 |

Bei einem Vergleich dieser Zahlen ist, wie bei allen Vergleichen der Handelsstatistiken verschiedener Länder, die Divergenz der Methoden der statistischen Erfassung des Warenverkehrs, die zu abweichenden Ergebnissen führen muß, in Rechnung zu stellen. Für die russischen Zahlen insbesondere ist ferner das im Abschnitt IV dieser Arbeit in der Einleitung über den Zustand der russischen amtlichen Statistik Gesagte zu beachten. Vergleichsschwierigkeiten ergeben sich ferner daraus, daß auch die deutschen Zahlen der Jahre 1923 und 1924 infolge der Verwaltungsverhältnisse im besetzten Gebiet erheblich an Genauigkeit und Vollständigkeit einbüßen. Insbesondere aber wird durch die Verschiedenheit der Wertgrundlagen beider Statistiken die Vergleichsmöglichkeit außerordentlich erschwert. Die deutsche Statistik basiert auf den Gegenwartswerten, die russische auf den durchschnittlichen Einheitswerten von 1913. Die russischen Zahlen sind also noch um die seit 1913 erfolgte Preissteigerung zu erhöhen. Sie müßten demnach erheblich kleiner sein als die Zahlen der deutschen Statistik. Dies ist aber nur bei der Ausfuhr aus Rußland nach Deutschland im Jahre 1924 und 1925 der Fall.

Im einzelnen wird man beim Verkehr von Deutschland nach Rußland als Ursachen der Abweichung der beiderseitigen statistischen Daten voneinander noch anführen können, daß in der russischen Statistik viele Waren nicht-deutschen Ursprungs als aus Deutschland eingeführt nachgewiesen sein werden, weil sie ihren Weg über Deutschland nahmen, und die russische Handelsstatistik das Erzeugungsland nicht feststellen konnte. Beim Verkehr von Rußland nach Deutschland hinwiederum werden häufig russische Waren, die Deutschland nur als Transitland passierten, als nach Deutschland ausgeführt nachgewiesen sein.

Der Anteil Rußlands am Gesamtaußenhandel Deutschlands ist trotz von Jahr zu Jahr reger werdender Gestaltung der beiderseitigen Handelsbeziehungen noch immer recht unbedeutend, wie nachfolgende Tabellen zeigen.

Tabelle C.  
E i n -

| Warengruppen nach dem<br>Internationalen Verzeichnis                  | 1924                               |                                   |                             |
|---|------------------------------------|-----------------------------------|-----------------------------|
|   | Gesamt-<br>einfuhr<br>in Mill. Rm. | davon aus Rußland<br>in Mill. Rm. | v. H. d. Gesamt-<br>einfuhr |
| I. Lebende Tiere . . . . .  | 92,5                               | 0,0                               | 0,0                         |
| II. Lebensmittel und Getränke . . . . .                               | 2 678,4                            | 65,7                              | 2,5                         |
| III. Rohstoffe und halbfertige<br>Waren . . . . .                     | 4 607,3                            | 57,2                              | 1,2                         |
| IV. Fertige Waren . . . . .   | 1 757,3                            | 3,1                               | 0,2                         |
| Reiner Warenverkehr . . . . .   | 9 135,5                            | 126,0                             | 1,4                         |
| Hierzu:   |                                    |                                   |                             |
| V. Gold und Silber, nicht bearb.,<br>Gold- und Silbermünzen . . . . . | 181,8                              | 0,1                               | 0,0                         |
| Insgesamt . . . . .   | 9 317,3                            | 126,1                             | 1,4                         |

Tabelle D.  
A u s -

| Warengruppen nach dem<br>Internationalen Verzeichnis                  | 1924                               |                                    |                             |
|---|------------------------------------|------------------------------------|-----------------------------|
|   | Gesamt-<br>ausfuhr<br>in Mill. Rm. | davon nach Rußland<br>in Mill. Rm. | v. H. d. Gesamt-<br>ausfuhr |
| I. Lebende Tiere . . . . .  | 13,7                               | 0,0                                | 0,3                         |
| II. Lebensmittel und Getränke . . . . .                               | 422,4                              | 1,5                                | 0,4                         |
| III. Rohstoffe und halbfertige<br>Waren . . . . .                     | 910,3                              | 15,8                               | 1,7                         |
| IV. Fertige Waren . . . . .   | 5 188,3                            | 71,6                               | 1,4                         |
| Reiner Warenverkehr . . . . .   | 6 534,7                            | 88,9                               | 1,4                         |
| Hierzu:   |                                    |                                    |                             |
| V. Gold und Silber, nicht bearb.,<br>Gold- und Silbermünzen . . . . . | 33,4                               | —                                  | —                           |
| Insgesamt . . . . .   | 6 568,1                            | 88,9                               | 1,4                         |

Demnach betrug im Jahre 1925 der Anteil Rußlands noch nicht 2% der deutschen Gesamteinfuhr, wobei im reinen Warenverkehr prozentual die Gruppe „Lebensmittel und Getränke“, absolut die Gruppe „Rohstoffe und halbfertige Waren“ die erste Stelle einnahm, und noch nicht 3% der gesamten deutschen Aus-

f u h r.

| Gesamt-<br>einfuhr<br>i. Mill. Rm. | 1923                      |  | Gesamt-<br>einfuhr<br>i. Mill. Rm. | 1925                      |  |
|------------------------------------|---------------------------|--|------------------------------------|---------------------------|--|
|                                    | davon aus<br>in Mill. Rm. | aus Rußl.<br>v. H. d. Gesamt-<br>einfuhr |                                    | davon aus<br>in Mill. Rm. | aus Rußl.<br>v. H. d. Gesamt-<br>einfuhr |
| 41,2                               | 0,0                       | 0,0                                      | 122,0                              | 0,0                       | 0,0                                      |
| 1 186,4                            | 55,0                      | 4,6                                      | 4 032,2                            | 91,4                      | 2,2                                      |
| 4 094,2                            | 35,4                      | 0,9                                      | 6 269,0                            | 112,9                     | 1,8                                      |
| 827,8                              | 1,7                       | 0,2                                      | 2 005,0                            | 4,7                       | 0,2                                      |
| 6 149,6                            | 92,1                      | 1,5                                      | 12 428,2                           | 209,1                     | 1,7                                      |
| 11,4                               | 0,1                       | 1,0                                      | 718,1                              | 22,2                      | 3,1                                      |
| 6 161,0                            | 92,2                      | 1,5                                      | 13 146,3                           | 231,3                     | 1,8                                      |

f u h r.

| Gesamt-<br>ausfuhr in<br>Mill. Rm. | 1923                       |   | Gesamt-<br>ausfuhr in<br>Mill. Rm. | 1925                       |   |
|------------------------------------|----------------------------|---|------------------------------------|----------------------------|---|
|                                    | davon nach<br>in Mill. Rm. | nach Rußl.<br>v. H. d. Gesamt-<br>ausfuhr |                                    | davon nach<br>in Mill. Rm. | nach Rußl.<br>v. H. d. Gesamt-<br>ausfuhr |
| 3,1                                | 0,0                        | 0,2                                       | 15,3                               | 1,6                        | 10,5                                      |
| 132,1                              | 0,6                        | 0,4                                       | 516,9                              | 15,7                       | 3,0                                       |
| 766,4                              | 16,0                       | 2,1                                       | 1 640,4                            | 28,7                       | 1,8                                       |
| 5 200,6                            | 56,6                       | 1,1                                       | 6 625,7                            | 204,0                      | 3,1                                       |
| 6 102,2                            | 73,2                       | 1,2                                       | 8 798,3                            | 250,0                      | 2,8                                       |
| 14,2                               | —                          | —   | 39,5                               | —                          | —   |
| 6 116,4                            | 73,2                       | 1,2                                       | 8837,8                             | 250,0                      | 2,8                                       |

fuhr, wobei der Gruppe „fertige Waren“ die hervorragendste Bedeutung zukam. Bei einzelnen Warengattungen ist der Anteil Rußlands allerdings erheblich höher, wie aus nachfolgenden Tabellen (E. und F.) hervorgeht.

Tabelle E.  
Einfuhr aus

| Warengattung  | Mengen in dz = 100 kg |           |           |
|---|-----------------------|-----------|-----------|
|   | 1925                  | 1924      | 1923      |
| I. Lebende Tiere . . . . .  | 94                    | 13        | 7         |
| II. Lebensmittel und Getränke . . . . .   | 2 332 324             | 2 947 409 | 3 648 126 |
| darunter:   |                       |           |           |
| Weizen . . . . .  | 190 668               | 54 944    | 39 346    |
| Roggen . . . . .  | 156 564               | 1743 285  | 3 020 329 |
| Gerste . . . . .  | 1 442 722             | 795 928   | 476 419   |
| Butter . . . . .  | 34 626                | 13 547    | 27        |
| Eier von Federvieh . . . . .  | 173 239               | 54 605    | 2         |
| III. Rohstoffe und halbfertige<br>Waren . . . . .                                       | 6 049 636             | 1 589 069 | 1 298 810 |
| darunter:   |                       |           |           |
| Flachs, Hanf, Jute u. dergl. . . . .  | 41 719                | 32 137    | 44 573    |
| Felle zu Pelzwerk, roh . . . . .  | 2 787                 | 3 106     | 1 548     |
| Sonstige Felle und Häute . . . . .  | 1 548                 | 816       | 4 970     |
| Ölfrüchte und Ölsaaten . . . . .  | 995 130               | 206 926   | 12 986    |
| Ölkuchen, Kleie und ähnliche<br>Futtermittel . . . . .                                  | 480 941               | 71 736    | 54 903    |
| Bau- und Nutzholz . . . . .   | 580 368               | 334 870   | 84 370    |
| Holz zu Holzmasse . . . . .   | 997 668               | 481 161   | 96 546    |
| IV. Fertige Waren . . . . .   | 15 308                | 8 192     | 3 801     |
| darunter:   |                       |           |           |
| Gewebe und andere nicht-<br>genähte Waren aus Wolle<br>und anderen Tierhaaren . . . . . | 96                    | 155       | 27        |
| Pelze und Pelzwaren . . . . .   | 940                   | 463       | 258       |
| Sonstige chemische und phar-<br>mazeutische Erzeugnisse . . . . .                       | 5 033                 | 2 743     | 706       |
| Reiner Warenverkehr . . . . .   | 8 397 362             | 4 544 683 | 4 950 744 |
| V. Gold und Silber, nicht bearb.,<br>Gold- und Silbermünzen . . . . .                   | 80                    | 7         | 266       |
| Insgesamt . . . . .   | 8 397 442             | 4 544 690 | 4 951 010 |

R u ß l a n d.

| Werte in 1000 Rm. |                       |         |                       |        |                       |
|-------------------|-----------------------|---------|-----------------------|--------|-----------------------|
| 1925              | Prozent <sup>2)</sup> | 1924    | Prozent <sup>1)</sup> | 1923   | Prozent <sup>1)</sup> |
| 69                | 0,1                   | 9       | 0,0                   | 4      | 0,0                   |
| 91 408            | 2,3                   | 65 680  | 52,1                  | 54 967 | 59,7                  |
| 4 972             | 1,1                   | 1 073   | 0,9                   | 748    | 0,8                   |
| 2 703             | 3,4                   | 26 458  | 20,9                  | 44 297 | 48,1                  |
| 23 325            | 12,8                  | 13 715  | 10,9                  | 6 722  | 7,3                   |
| 13 687            | 3,7                   | 5 063   | 4,0                   | 10     | 0,0                   |
| 33 895            | 12,3                  | 10 001  | 7,9                   | —      | 0,0                   |
| 112 897           | 1,8                   | 57 244  | 45,4                  | 35 379 | 38,4                  |
| 8 818             | 3,4                   | 4 303   | 3,4                   | 3 601  | 3,9                   |
| 11 885            | 9,5                   | 15 765  | 12,5                  | 6 513  | 7,1                   |
| 325               | 0,5                   | 417     | 0,3                   | 1 003  | 1,1                   |
| 27 762            | 4,5                   | 5 410   | 4,3                   | 290    | 0,3                   |
| 9 152             | 8,5                   | 71 294  | 1,0                   | 763    | 0,8                   |
| 13 841            | 3,6                   | 3 024   | 2,4                   | 464    | 0,5                   |
| 4 350             | 5,6                   | 2 641   | 2,1                   | 369    | 0,4                   |
| 4 708             | 0,2                   | 3 067   | 2,4                   | 1 651  | 1,8                   |
| 195               | 0,3                   | 232     | 0,2                   | 40     | 0,1                   |
| 2 561             | 6,4                   | 1 878   | 1,5                   | 1 030  | 1,1                   |
| 353               | 0,4                   | 370     | 0,3                   | 87     | 0,1                   |
| 209 082           | 1,6                   | 126 000 | 99,9                  | 92 001 | 99,9                  |
| 22 228            | 3,1                   | 51      | 0,1                   | 120    | 0,1                   |
| 231 310           | 1,8                   | 126 051 | 100                   | 92 121 | 100                   |

1) Prozent der Gesamteinfuhr aus Rußland.

2) Prozent der Gesamteinfuhr Deutschlands in der betr. Warengattung.

Tabelle F.  
Ausfuhr nach

| Warengattung   | Mengen in dz = 100 kg |         |         |
|--|-----------------------|---------|---------|
|  | 1925                  | 1924    | 1923    |
| I. Lebende Tiere . . . . .   | 159                   | 63      | 8       |
| II. Lebensmittel und Getränke.                                       | 383 656               | 48 209  | 5 913   |
| darunter :   |                       |         |         |
| Reis . . . . .   | 9 142                 | 9 919   | —       |
| Mehl, Graupen u. a. Müllerei-<br>erzeugnisse . . . . .               | 209 815               | 14      | 68      |
| Zucker . . . . .   | 154 361               | 23 821  | 46      |
| III. Rohstoffe und halbfertige<br>Waren . . . . .                    | 393 432               | 174 176 | 107 322 |
| darunter:  |                       |         |         |
| Wolle u. a. Tierhaare . . . . .                                      | 13 255                | 6 996   | 13 949  |
| Baumwolle . . . . .  | 4 203                 | 21 121  | 26 860  |
| Nichtöhlhaltige Sämereien . . . . .                                  | 21 668                | 37      | 134     |
| Holzschliff, Zellstoff usw. . . . .                                  | 102 496               | 20 500  | —       |
| Sonstige chemische Rohstoffe<br>und Halbzeuge . . . . .              | 110 192               | 73 092  | 18 978  |
| IV. Fertige Waren . . . . .  | 1 028 139             | 267 930 | 243 254 |
| darunter.  |                       |         |         |
| Leder . . . . .  | 6 674                 | 1 962   | 591     |
| Papier und Papierwaren . . . . .                                     | 149 118               | 60 005  | 30 082  |
| Farben, Firnisse und Lacke . . . . .                                 | 34 064                | 19 502  | 19 197  |
| Sonstige chem. u. pharmaz.<br>Erzeugnisse . . . . .                  | 88 298                | 31 471  | 127 548 |
| Glas und Glaswaren . . . . .   | 2 684                 | 954     | 1 194   |
| Waren aus Eisen . . . . .  | 466 716               | 58 953  | 73 653  |
| Werkzeugmaschinen . . . . .  | 18 268                | 7 429   | 6 569   |
| Landwirtschaftliche Masch. . . . .                                   | 126 307               | 15 861  | 4 052   |
| Sonst. Maschinen (außer elektr.) . . . . .                           | 46 439                | 26 003  | 13 763  |
| Elektrotechnische Erzeugnisse . . . . .                              | 19 169                | 11 644  | 8 938   |
| Sonstige Erzeugnisse der Fein-<br>mechanik . . . . .                 | 3 009                 | 2 074   | 1 253   |
| Reiner Warenverkehr . . . . .  | 1 815 386             | 490 378 | 356 497 |
| V. Gold und Silber, nicht bearb.<br>Gold- und Silbermünzen . . . . . | —                     | —       | —       |
| Insgesamt . . . . .  | 1 815 386             | 490 378 | 356 497 |

R u ß l a n d.

| Werte in 1000 Rm. |                       |        |                       |        |                       |
|-------------------|-----------------------|--------|-----------------------|--------|-----------------------|
| 1925              | Prozent <sup>2)</sup> | 1924   | Prozent <sup>1)</sup> | 1923   | Prozent <sup>1)</sup> |
| 1 628             | 10,6                  | 36     | 0,0                   | 5      | 0,0                   |
| 15 675            | 3,0                   | 1 529  | 1,7                   | 564    | 0,8                   |
| 277               | 0,4                   | 310    | 0,3                   | —      | —                     |
| 8 893             | 12,7                  | 1      | 0,0                   | 1      | 0,0                   |
| 5 975             | 11,9                  | 886    | 1                     | 6      | 0,0                   |
| 28 741            | 1,8                   | 15 785 | 17,8                  | 16 022 | 21,9                  |
| 10 759            | 7,7                   | 4 886  | 5,5                   | 8 925  | 12,2                  |
| 987               | 0,8                   | 6 034  | 6,8                   | 4 934  | 6,8                   |
| 2 083             | 7,7                   | 8      | 0,0                   | 29     | 0,0                   |
| 2 810             | 5,7                   | 527    | 0,6                   | —      | —                     |
| 1 713             | 3,2                   | 1 426  | 1,6                   | 212    | 0,3                   |
| 203 977           | 3,1                   | 71 649 | 80,5                  | 56 572 | 77,3                  |
| 17 573            | 8,5                   | 5 484  | 6,2                   | 606    | 0,8                   |
| 8 150             | 2,6                   | 2 549  | 2,9                   | 1 062  | 1,5                   |
| 32 811            | 11,8                  | 13 255 | 14,9                  | 11 319 | 15,5                  |
| 22 126            | 6,0                   | 9 946  | 11,2                  | 7 619  | 10,4                  |
| 3 935             | 2,3                   | 1 693  | 1,9                   | 703    | 1,0                   |
| 33 665            | 2,7                   | 6 797  | 0,8                   | 6 469  | 8,8                   |
| 4 225             | 4,4                   | 1 562  | 1,8                   | 873    | 1,1                   |
| 10 494            | 29,3                  | 1 594  | 1,8                   | 367    | 0,5                   |
| 18 794            | 6,3                   | 6 182  | 6,9                   | 2 211  | 3,0                   |
| 11 538            | 4,3                   | 7 285  | 8,2                   | 5 762  | 7,9                   |
| 4 848             | 7,5                   | 2 967  | 3,3                   | 2 700  | 3,7                   |
| 250 021           | 2,8                   | 88 999 | 100                   | 73 163 | 100                   |
| —                 | —                     | —      | —                     | —      | —                     |
| 250 021           | 2,8                   | 88 999 | 100                   | 73 163 | 100                   |

<sup>1)</sup> Prozent der Ausfuhr nach Rußland.

<sup>2)</sup> Prozent der Gesamtausfuhr Deutschlands in der betr. Warengattung.

Es betrug die Einfuhr Deutschlands aus Rußland im Jahre 1925 bei Gerste 12,8%, bei Eiern 12,3% der gesamten deutschen Einfuhr in der betreffenden Warengattung. Im gleichen Jahre wurde fast ein Zehntel der gesamten deutschen Einfuhr an Fellen zu Pelzwerk und rund ein Zwölftel der deutschen Einfuhr an Ölkuchen, Kleie und ähnlichen Futtermitteln von Rußland geliefert. Beachtlich ist auch die hohe Prozentzahl bei den Posten: Pelze und Pelzwaren, Holz zu Holzmasse, Bau- und Nutzholz, Flachs, Hanf, Jute und dergl.

Bei der Ausfuhr des Jahres 1925 nahm Rußland 12,7% der gesamten deutschen Ausfuhr an Mehl, Graupen und anderen Müllereierzeugnissen und 11,9% der deutschen Zuckerausfuhr auf, ferner, besonders beachtlich, rund ein Drittel der deutschen Ausfuhr an landwirtschaftlichen Maschinen. Hervorzuheben sind ferner die hohen Anteilsziffern bei Wolle und anderen Tierhaaren, nicht ölhaltigen Sämereien, Leder, Farben, Firnissen und Lacken, chemischen und pharmazeutischen, elektrotechnischen und feinmechanischen Erzeugnissen.

Im ganzen genommen zeigen sowohl die deutsche Einfuhr aus Rußland, als auch die deutsche Ausfuhr nach Rußland deutlich eine steigende Tendenz. Bei der Einfuhr fällt die Verschiebung der Einfuhrwerte der Getreidegattungen Weizen, Roggen und Gerste zueinander seit 1923 ins Auge: stark zurückgehende Roggeneinfuhr bei gleichzeitig steigender Weizen- und insbesondere Gersteneinfuhr. Die Einfuhr russischer Butter und russischer Eier tritt überhaupt erst seit 1924 nennenswert und mit stark steigender Tendenz in Erscheinung. In der Gruppe der Rohstoffe und halbfertigen Waren verdienen die steigenden Einfuhrziffern in den Warengattungen Ölfrüchte und Ölsaaten, Ölkuchen, Kleie und andere Futtermittel, ferner Holz Beachtung.

Bei der Ausfuhr nach Rußland haben insbesondere Mehl, Graupen u. a. Müllereierzeugnisse und Zucker, an Bedeutung gewonnen. In der Gruppe „Rohstoffe und halbfertige Waren“ ist die beachtliche Zunahme der Ausfuhr von nicht-ölhaltigen Sämereien und Holzschliff und Zellstoff hervorzuheben. Die besonders ins Auge fallende Steigerung der Ausfuhr in der Gruppe der „Fertigen Waren“ ist in erster Linie auf erhöhte Ausfuhrziffern in Waren aus Eisen, landwirtschaftlichen Maschinen, Farben, Firnissen, Lacken und sonstigen chemischen und pharmazeutischen Erzeugnissen, Leder- und Papierwaren zurückzuführen.

## VI. Handelspolitische Richtungen und Maßnahmen.

Die Darstellung dieses Kapitels hat von anderen Gesichtspunkten auszugehen als bei den übrigen Länderberichten. Es kommt nicht nur auf eine Darstellung der handelspolitischen Richtungen und Maßnahmen im eigentlichen Wortsinn an, sondern es müssen die besonders gelagerten Verhältnisse Sowjetrußlands mit berücksichtigt werden. Nur auf Grund einer derartigen Untersuchung sind die handelspolitischen Maßnahmen (Zollpolitik, Ein- und Ausfuhrverbote usw.) verständlich. Jede Betrachtung sowjetrussischer Handelspolitik hat von der Tatsache des Außenhandelsmonopols auszugehen. Mit diesem Außenhandelsmonopol ist als Eckstein der gesamten russischen Planwirtschaft ein für alle Male zu rechnen. Bemühungen, das Außenhandelsmonopol „abzuschaffen“, müssen auf unüberwindliche

Hindernisse stoßen und sind infolgedessen zwecklos. Es leuchtet dies ein, sobald man die Gründe analysiert, die zur Einführung des Monopolsystems geführt haben.

## 1. Gründe der Einführung des Außenhandelsmonopols.

Ist einmal der größte Teil der russischen Produktion und Güterverteilung planwirtschaftlich organisiert, so kann logischer Weise das Gebiet des Außenhandels nicht anderen Grundsätzen unterworfen werden. Die Planwirtschaft im Inneren bedingt bei konsequenter Durchführung jenes Prinzips einen staatlich kontrollierten und geleiteten Außenhandel. Ferner entspricht diese Organisation in jeder Weise dem theoretischen Grundgedanken des staatskapitalistischen Wirtschaftssystems überhaupt, nämlich dem Bestreben, die Privatinitiative auszuschalten. An ihre Stelle tritt der Staat als Vertreter der Gesamtheit, der auf Grund jährlicher Wirtschaftspläne die Interessen der ganzen Volkswirtschaft zu vertreten bemüht ist. Eine andere Frage ist es, ob das Außenhandelskommissariat dies in die Wirklichkeit umzusetzen vermag. Im einzelnen sind folgende Motive für die Entstehung des Außenhandelsmonopols maßgeblich gewesen. a) Das Monopol wurde in der russischen Inflationszeit als Mittel angesehen, den Ausverkauf Rußlands durch das privatkapitalistische Ausland zu verhindern. Die Gefahr eines Schleuderausverkaufs bestand und hätte für die russische Volkswirtschaft große Nachteile zur Folge gehabt. Das Monopol war geeignet, jenen Möglichkeiten von vornherein die Spitze abzubringen. Jedenfalls konnte der Ausverkauf mehr planmäßig betrieben werden. Es geschah dies in der Tat auch durch die sogenannte „Rasbasarowanie“ d. h. Verschleuderung russischen Volksvermögens in Form Verkauf von Maschinen stillgelegter Betriebe unter der Bezeichnung Alteisen usw. Nach Stabilisierung der Währung wird ein ähnlicher Ausverkauf beim Getreideexport durchgeführt, insofern als das Getreide häufig unter den Produktionskosten auf den ausländischen Markt gebracht wird. b) Von wesentlich größerer Bedeutung ist das Außenhandelsmonopol als Stütze der Währungspolitik. Seit der Schaffung des Tscherwonetz, besonders seit der Währungsreform vom Februar 1924, die eine grundlegende Umstellung der gesamten Wirtschaftspolitik zur Folge hatte, erwies sich als notwendig, die Passivität der Zahlungsbilanz zu beseitigen. Entscheidend ist hierfür die Aktivierung der Handelsbilanz, die seit Frühjahr 1923 vorübergehend erreicht werden konnte. Dank des Monopols fiel es der Regierung technisch nicht allzu schwer, die als notwendig erkannte Aufgabe durchzuführen. Durch rigorose Drosselung der Einfuhr und Forcierung des Exportes, insbesondere der Getreideausfuhr konnte jenes Ziel erreicht werden. Allerdings nicht auf die Dauer, denn wirtschaftlich ist jene Außenhandelspolitik untragbar: Der forcierte Getreideexport kurz nach der Hungerkatastrophe von 1921 mußte die Bauernschaft ebenso sehr schwächen, wie die Restriktion der Einfuhr den allgemeinen Wiederaufbau der Volkswirtschaft zu verlangsamen geeignet ist. Man hat sich aus diesem Grunde Ende 1924 entschließen müssen, zu einer Erweiterung des Importplanes zu schreiten. c) Schutz der nationalisierten Großindustrie. Die infolge ungünstiger Produktions-

verhältnisse mit einem Dauerdefizit arbeitende Staatsindustrie wäre ohne einen derartigen lückenlosen Schutz, wie ihn das Monopol gewährt, längst zusammengebrochen, sie hätte im Konkurrenzkampf mit dem Westen seit langem aufgehört zu bestehen. Wie vor dem Kriege die junge, im ersten Entwicklungsstadium befindliche russische Industrie durch ein Hochschutzzollsystem geschützt werden mußte, so jetzt bei den denkbar ungünstigsten Wirtschaftsverhältnissen der Sowetunion durch das Außenhandelsmonopol. Lenin hat diesen Gedankengang in folgende Sätze gefaßt: „Es bedeuten alle Erwägungen über eine Zollpolitik in der Praxis nichts anderes als eine vollständige Auslieferung der russischen Industrie und die Möglichkeit des Überganges zu dem System eines freien Handels. Dagegen müssen wir mit allen Mitteln ankämpfen, weil in der Epoche des Imperialismus von einer wahrhaften Schutzzollpolitik nur auf Grund des Systems eines Außenhandelsmonopols die Rede sein kann.“ Oder Trotzki: „Die Aufrechterhaltung der nationalisierten Industrie ist nur beim Bestehen des Außenhandelsmonopols möglich. Diese beiden Elemente sind die Grundlagen des volkswirtschaftlichen Systems des Sowetstaates.“ d) Die wiedergegebenen Gedankengänge leiten zum letzten Grundgedanken herüber, der in der Erhaltung der wirtschaftlichen Isolation und A u t a r k i e Rußlands gipfelt. Es handelt sich hier nicht nur um den Widerstand, den die Sowetregierung dem Eindringen angelsächsischen Kapitals entgegensetzt, sondern den es überhaupt jedem Einfluß des Westens entgegenstellt.

## 2. Die Organisation des Außenhandelsmonopols.

I. D a s A u ß e n h a n d e l s k o m m i s s a r i a t ist das leitende Zentralorgan innerhalb des Monopolsystems. Es ist bis 1922 der einzige, seitdem der größte russische Importeur und Exporteur. Während der kriegskommunistischen Periode (1917—1921) hatte das Kommissariat nur aktive Handelsfunktionen auszuführen. Durch die Hinzuziehung anderer staatlicher gemischtwirtschaftlicher und genossenschaftlicher Wirtschaftsorganisationen traten zu den aktiven auch regulierende Aufgaben hinzu. Man hat mithin heute aktive und regulierende Funktionen zu unterscheiden.

A. Das Organ der aktiven Handelstätigkeit ist der „Gostorg“ (staatliches Handelskontor für Aus- und Einfuhr). Der Gostorg hat nach dem Gesetz vom 26. Mai 1922 das Recht, folgende Geschäfte durchzuführen: „Einkauf im Auslande, Einfuhr von dort und Verkauf von Einfuhrwaren in Rußland und den verbündeten Sowetrepubliken, Ausfuhr und Verkauf von Waren auf dem Auslandsmarkt“ usw. Mit anderen Worten: dem Gostorg obliegt die Durchführung des gesamten staatlichen Außenhandels. Dies bedingt, daß er sowohl als selbständiger Kaufmann auftritt, als auch befugt ist, Kommissionsgeschäfte zu erledigen. Die Mittel des Gostorg bestehen im Grundkapital, das vom Außenhandelskommissariat zur Verfügung gestellt wird, und in den durch die Handelsoperationen getätigten Überschüssen. Die Leitung ist in voller Abhängigkeit vom Kommissariat, das sowohl das Kollegium ernennt, wie Monats- und Jahresbilanzen und Tätigkeitsberichte einfordert. Dem erwähnten Kollegium untersteht die Direktion, der andererseits eine Reihe von Unterabteilungen angegliedert sind, und zwar die Abteilungen für Einkauf, Ausfuhr und Finanzkontrolle.

B. Die Organe der regulierenden Handelstätigkeit können in zwei Gruppen geschieden werden. Die eine Gruppe befaßt sich mit der Ausarbeitung und Systematisierung von Normen, Plänen und wirtschaftlichen Direktiven; hierzu gehören die Regulierungs-, Wirtschafts- und juristische Abteilung, die Geschäftsleitung und das Sekretariat. Die andere Gruppe entfaltet eine mehr organisatorisch-technische und kontrollierende Tätigkeit; in Frage stehen die Zoll-, Verkehrs- und Finanzabrechnungsabteilung, sowie das Zolltarifkomitee. Es handelt sich mithin um einen gewaltigen bürokratischen Apparat, der nicht nur Handelsfunktionen im engeren Sinne durchzuführen, sondern auch eine Reihe indirekt mit der Handelstätigkeit in Verbindung stehender Fragen zu regulieren hat. Auf den Aufbau und die Spezialfunktionen genannter Unterabteilungen einzugehen, ist im Rahmen dieses Aufsatzes weder notwendig noch möglich. Von Bedeutung sind hingegen die ausführenden Organe des Außenhandelskommissariats, die zum Teil in Rußland, zum Teil im Ausland tätig sind.

II.a) Innerhalb Rußlands sind in der Provinz Handelskontore aufgezogen, die dem Außenhandelskommissariat direkt unterstehen. Die Vereinheitlichung der aktiven und regulierenden Funktionen ist dergestalt durchgeführt, daß der Leiter des Provinzialkontors gleichzeitig stellvertretender Chef der lokalen Abteilung des Kommissariats ist. Neben den Kontoren sind in den Dienst des Außenhandels Hilfsorganisationen gestellt, die für den Export Rohstoffe bereit zu stellen haben. Es handelt sich einmal um die großen Genossenschaftsverbände (zum Beispiel Centrosojuz), sodann um Organisationen staatlichen Charakters oder um Aktiengesellschaften (Chleboprodukt, d. h. Getreideeinkaufsgesellschaft). Jene Organisationen führen gleichzeitig die Rohstoffbeschaffung für den Inlandsbedarf durch, sind mithin nicht ausschließlich Organ des Außenhandelskommissariats.

β) Im Ausland liegt den Handelsvertretungen (Torgpredstvo) die praktische Durchführung der Direktiven des Moskauer Kommissariats ob. Da laut Dekret vom 16. Oktober 1922 bestimmt wurde, daß die Tätigkeit des Außenhandelskommissariats lediglich durch die Handelsvertretungen ausgeübt werde, kommen hier Hilfsorganisationen nicht in Betracht. Dieser Grundsatz ist auch durch Zulassung von Vertretungen russischer Wirtschaftsorganisationen insofern nicht durchbrochen, als den Handelsvertretungen ein sehr weitgehendes Kontrollrecht eingeräumt ist. Hieraus geht bereits hervor, daß die Handelsvertretungen ebenso wie das Zentrum in Moskau neben aktiven Funktionen auch regulierende auszuüben haben. Neu ist dagegen die konsularische Betätigung, soweit sie nicht von der Botschaft ausgeübt wird. Beobachtung der wirtschaftlichen Konjunktur des ausländischen Staates, Fühlungnahme mit der Geschäftswelt, Einleitung von Konzessionsverhandlungen, Anknüpfung und Ausbau neuer Wirtschaftsbeziehungen, wirtschaftliche Propaganda und Wirtschaftsspionage — das etwa sind die wichtigsten Betätigungen der Handelsvertretungen neben den aktiven und regulierenden Aufgaben.

Gegenwärtig unterhält die Sowetunion in den meisten Staaten derartige Vertretungen, deren wichtigste ihren Sitz in Berlin hat. Ihre Rechtstellung ist die einer exterritorialen russischen Regierungsbehörde. Die Frage der Exterritorialität ist durch

Übereinkunft der deutschen Regierung mit der Sovetregierung am 29. Juli 1924 endgültig geklärt worden und im deutsch-russischen Handelsvertrag erneut bestätigt.

III. Auf Grund der hier gegebenen Darstellung der Organisation des verstaatlichten Außenhandels ist die Eigenart des Monopols jedoch noch nicht erschöpft. Ergänzend muß seine Entwicklung und Umgestaltung klargelegt werden. Es wurde bereits darauf hingewiesen, daß bis zum Jahre 1922 das Außenhandelskommissariat alleiniger Käufer und Verkäufer auf den Auslandsmärkten war. Die Einführung der sogenannten neuen Wirtschaftspolitik führte zu einer Lockerung des Monopols insofern als wichtigen Wirtschaftsorganisationen das Recht gegeben wurde, selbständig auf dem Auslandsmarkt Geschäfte abzuschließen (Dekret vom 13. März 1922, vom 16. Oktober 1922 und 12. April 1923). Hierdurch trat an Stelle des absoluten ausschließlichen Staatsmonopols ein bedingtes: neben dem Staat sind jetzt eine Reihe von wirtschaftlichen Organisationen befugt, Außenhandel zu treiben, freilich unter Kontrolle des Staates und in den Grenzen der allgemeinen Aus- und Einfuhrpläne. Eine weitere Umbiegung des Monopols ist gegeben durch Zulassung von Auslandskapital. Das Dekret vom 16. Oktober 1922 sieht die Beteiligung gemischtwirtschaftlicher Gesellschaften vor. Auf diese Weise ist dem Auslandskapital auf Grund eines Konzessionsvertrages die Möglichkeit gegeben, sich am russischen Handel zu beteiligen. Die Erteilung von Konzessionen erfolgt durch das Hauptkonzessionskomitee in Moskau. Die Kapitalbeteiligung der ausländischen Firma und des russischen Staates erfolgt jeweils zu verschiedenen Quoten, doch überwiegt eine Beteiligung zu je 50%. Der Konzessionsvertrag umschließt die Satzungen der zu begründenden gemischtwirtschaftlichen Aktiengesellschaft und bestimmt deren Rechtslage. Neben reinen Handelskonzessionen werden neuerdings russischerseits vorzugsweise Produktionskonzessionen mit gleichzeitiger genereller Ausfuhrgenehmigung vergeben. Durch Dekret vom 12. April 1923 ist das Recht der Niederlassung ausländischer Firmen in Rußland geregelt, und zwar derart, daß sie Kontore, Filialen und Vertretungen einzurichten befugt sind, wenn russischerseits die Genehmigung erteilt ist, Handelsoperationen durchzuführen. Es ist mit anderen Worten das Niederlassungsrecht von einem Konzessionsvertrage abhängig gemacht. Näheres über diesen Punkt siehe im Abschnitt „Das deutsch-russische Wirtschaftsabkommen vom 11. August 1925“. Eine letzte Möglichkeit für den Ausländer, sich am russischen Handel zu beteiligen, ist durch Errichtung von Konsignationslägern gegeben. Die Konsignationsverträge bestimmen, daß die vertragschließende Firma sich verpflichtet, eine bestimmte Warenmenge zum Versand nach Rußland in Konsignation zu geben, dagegen übernimmt die Handelsvertretung der Sovetunion die Aus- und Durchführung des Vertrages. Die in Konsignation gegebenen Waren bleiben bis zu ihrem Verkauf Eigentum der Privatunternehmung. Der Verkauf in Rußland erfolgt durch staatliche Behörden, die der Unternehmung eine monatliche Abrechnung vorzulegen haben. Sind im Laufe eines Jahres die Waren nicht verkauft, dann erfolgt ihre kostenlose Rücklieferung. Geschieht dies aus irgendwelchen Gründen nicht, dann ist die Handelsvertretung verpflichtet,

die Waren selbst anzukaufen. Wie ersichtlich, sollen den ausländischen Unternehmungen eine Reihe von Garantien gegeben werden, die das Risiko des Konsignationsgeschäftes abzumildern bezwecken. Trotzdem bleibt das Risiko immer noch sehr groß, vor allem ist die Kreditfrage von größter Bedeutung, denn das ausländische Unternehmen begibt sich nicht nur für ein Jahr der Verfügung über erhebliche Warenmengen, sondern ist in den meisten Fällen auch genötigt, den Verkauf vom Konsignationslager auf Kredit vornehmen zu lassen. Es kommen für das Konsignationsgeschäft mithin nur kreditfähige Unternehmen in Frage.

**Zusammenfassung.** Fassen wir die Darlegungen über das Außenhandelsmonopol und seine Weiterbildung im Laufe der letzten Jahre zusammen, so wird man sagen können, daß durch die Zulassung ausländischen Privatkapitals eine gewisse Anpassung an die realen Notwendigkeiten herbeigeführt ist. Eine Durchbrechung des Monopolsystems liegt jedoch nicht vor, da die Betätigung nichtrussischen Kapitals, wie die der russischen staatlichen Wirtschaftsorganisationen unter weitgehender Kontrolle des Außenhandelskommissariats erfolgt.

### 3. Regelung des Außenhandels.

Wie oben dargelegt, ist in Sowetrußland die Außenhandelspolitik in den Dienst der Währungs- und Industriepolitik gestellt. Aus diesem Grunde wurde das im zarischen Rußland bestehende Hochschutzzollsystem in das System des Außenhandelsmonopols weitergebildet. D. h. durch das Monopol wird es ermöglicht, die Einfuhr derjenigen ausländischen Waren, die in Rußland selbst hergestellt werden können, oder die als entbehrlich angesehen werden, völlig zu inhibieren. Die Wareneinfuhr, die gemäß einem für das ganze Wirtschaftsjahr aufgestellten Plan erfolgt (dasselbe gilt für die Ausfuhr), wird durch ein Lizenzsystem geregelt. Jede zum Außenhandel zugelassene russische Wirtschaftsorganisation hat zunächst die Genehmigung für die beabsichtigte Warenein- oder Ausfuhr einzuholen. Sofern ausländische Unternehmungen etwa auf Grund einer Handelskonzession in Form einer gemischt-wirtschaftlichen Aktiengesellschaft Ein- und Ausfuhroperationen durchführen, hat dies ebenfalls auf Grund einer auf längere Frist bemessenen oder einmaligen Lizenz zu geschehen. Auf diese Weise hat es das Außenhandelskommissariat in der Hand, den Außenhandel Rußlands genau zu normieren, die Einfuhr ins Verhältnis zur Ausfuhr zu setzen und den Bedürfnissen der Währungspolitik unterzuordnen. Sofern nun aber Waren im beschränkten Maße nach Rußland eingeführt werden, tritt diesem Lizenzsystem ergänzend ein Hochschutzzoll zur Seite.

Die Zollpolitik der Sowetunion nimmt greifbare Gestalt erst zur Zeit der neuen Wirtschaftspolitik an. Am 14. Februar 1922 trat der erste Zolltarif des bolschewikischen Rußlands in Kraft. Er zeichnet sich dadurch aus, daß infolge der damals bestehenden Hungers- und Warennot die Einfuhr im ganzen tolerant gehandhabt wurde. So finden sich beispielsweise starke Herabsetzungen der Zölle auf Lebensmittel mancher Art, sowie auf Produktionsmittel. Besonders bezeichnend ist es, daß Gußeisen, Roheisen, Schienen usw. zollfrei blieben. Dagegen blieb die Gruppe Textilerzeugnisse im Verhältnis zur Vorkriegszeit so gut

wie unverändert. Andererseits wurden die Zölle auf chemische Fertigfabrikate sehr stark erhöht. Nicht minder charakteristisch war der *Ausfuhrtarif*, der in 70 Paragraphen eine große Zahl von Ausfuhrverboten und hohen Tarifsätzen brachte. Es wurden nicht nur wichtige Exportwaren, wie Butter, Rauchwaren, Holz, Flachs usw. in Verkennung der westeuropäischen Marktlage mit Zöllen belegt, sondern auch infolge der in Rußland herrschenden Hungersnot die Ausfuhr von Getreide und einigen anderen wichtigen Rohstoffprodukten verboten. So berücksichtigt also der Zolltarif von 1922 in erster Linie den Standpunkt der russischen Konsumenten. Das überstürzte Tempo, in dem der Tarif ausgearbeitet und eingeführt wurde, führte dann im Jahre 1923 zu einer Revision desselben. Der neue Tarif trat am 8. Januar 1924 in Kraft. Er ist seinem Wesen nach viel protektionistischer als der erste, trägt auch einen stärker ausgeprägten fiskalischen Charakter. Im einzelnen auf die Tarifpositionen einzugehen ist hier nicht der Ort. Es sei auf den Auszug im „Handbuch für Handel und Industrie“, herausgegeben von der Russischen Handelsvertretung in Berlin, verwiesen. Im allgemeinen wird man jedoch sagen können, daß der Tarif von 1924 in höchster Konsequenz den Gedanken eines intensiven Zollschatzes für alle Zweige der russischen Industrie durchführt und nur im Interesse der Entwicklung der Landwirtschaft Zollherabsetzungen vorgenommen hat. Es werden eine Reihe von Düngemitteln und landwirtschaftlichen Maschinen und Geräten zollfrei oder zu ermäßigten Sätzen eingeführt. Alle übrigen Industrieerzeugnisse sind mit hohen oft prohibitiven Zollsätzen belegt. Der generell gesteigerte Schutz der Textilindustrie, der Protektionismus hinsichtlich der Schwerindustrie sowie der chemischen Industrie seien beispielsweise genannt. Ist es auf der einen Seite das Bestreben, der russischen Außenhandelsregelung die westeuropäische Konkurrenz nach Möglichkeit fernzuhalten bzw. auszuschalten, so ist auf der anderen Seite Ziel der russischen Handelspolitik, die Auslandsmärkte für russische Waren, vor allen Dingen Produkte russischer Landwirtschaft, zu öffnen. In dieser Richtung wirken die Handelsverträge, die Rußland bisher abgeschlossen hat. Wir werden im anderen Zusammenhang sehen, welche Ergebnisse diese Bestrebungen gezeitigt haben.

#### 4. Auslandsbeteiligung am wirtschaftlichen Aufbau Rußlands.

Unsere Darstellung hat gezeigt, daß unter den heutigen Verhältnissen, wenn auch in beschränktem Maße, eine Beteiligung des Auslandes am russischen Außenhandel oder, wenn wir das Problem weiter fassen, am wirtschaftlichen Wiederaufbau der Sowetunion möglich ist. Nun darf aber nicht übersehen werden, daß, obgleich sowohl vom Standpunkte des Auslandes, wie von russischer Seite eine derartige Beteiligung als erwünscht und notwendig angesehen wird, dennoch erhebliche Schwierigkeiten entgehen, und zwar sowohl russischer- wie auch ausländischerseits.

##### A. Der ausländische Standpunkt.

Die Widerstände des Auslandes sind überwiegend politischer Natur; vor allem in den ersten Jahren war man nicht geneigt, dem bolschewistischen Staat,

der als Fremdkörper im europäischen Staatensystem angesehen wird, nennenswerte wirtschaftliche Unterstützungen zuteil werden zu lassen. Es äußert sich dies in der ablehnenden Haltung, dem russischen Staate Anleihen zu gewähren. Allerdings ist diese Einstellung zu einem erheblichen Teil auf die Haltung Rußlands zurückzuführen, das die zarischen Vorkriegsschulden entweder überhaupt nicht, oder nur bedingt anerkennt. Soweit westeuropäischerseits überhaupt die Gewährung staatlich garantierter Anleihen in Betracht gezogen wurde, wie beispielsweise im nicht ratifizierten Abkommen zwischen Rußland und England vom 6. August 1924, handelt es sich um Anleihen, die im Hinblick auf die Rückzahlung eben gerade der russischen Vorkriegs- und Kriegsschulden gewährt werden sollten. Kapitalinvestitionen, gleichgültig in welcher Form vorgenommen, sind in Rußland bisher nur in geringem Umfange zu verzeichnen. Die ablehnende Haltung ihnen gegenüber von seiten des Auslandes kann nicht einheitlich charakterisiert werden. Es muß zwischen den einzelnen Staaten unterschieden werden, wobei Deutschland und die Vereinigten Staaten als Gegenpole charakterisiert werden können. Deutschland ist seiner ganzen wirtschaftlichen Lage und politischen Position wegen auf das stärkste am osteuropäischen Wirtschaftsblock interessiert. Der erbitterte Konkurrenzkampf, den es mit den ehemaligen Kriegsgegnern auszufechten hat, zwingt es, neue Absatzmärkte zu suchen. Als ein solcher kommt unter anderem Rußland in Betracht. Zwar wird die Beteiligung Deutschlands am Wiederaufbau der Sowjetunion dadurch gehemmt, daß es selbst an Kapitalmangel und Kreditschwierigkeiten leidet, doch zeigt die Gewährung eines Dreihundert-Millionen-Kredites und die eigenartige Organisation, die zu seiner Realisierung ins Leben gerufen worden ist, daß man der Schwierigkeiten bis zu einem gewissen Grade Herr zu werden in der Lage ist.

Bei den Vereinigten Staaten liegen die Dinge so, daß man hier wohl materiell die Möglichkeit hat, aber aus anderen Gründen nicht willens ist, sich in Rußland weitgehend zu engagieren. Teils fehlt das Vertrauen zu der bolschewistischen Wirtschaft und Wirtschaftsführung, teils fürchtet man die wiedererstehende russische Konkurrenz. Es läßt sich nicht leugnen, daß in der Tat die Methoden der bolschewistischen Wirtschaftsführung nicht eben vertrauenerweckend sind. Erst in den letzten Jahren beginnt sich in Rußland das selbstverständliche Prinzip der Rentabilität durchzusetzen und auch jetzt noch zum Teil nur auf dem Papier. Es hängt dies mit der gesamten Auffassung des Bolschewismus über die Wirtschaft zusammen, die von ihm nur als Versorgungsanstalt für das städtische Industrieproletariat angesehen wird. Immerhin läßt sich nicht leugnen, daß seit 1921 ein starker Umschwung eingetreten ist, und das Prinzip der Wirtschaftlichkeit an Einfluß ständig gewinnt. So ist es denn heute auch nicht mehr so sehr das mangelnde Vertrauen als der fehlende Wille, der den Vereinigten Staaten aktive Teilnahme am Wiederaufbauprozess verbietet. Die augenscheinliche Tendenz der Vereinigten Staaten in ihrer Weltwirtschaftspolitik geht nämlich dahin, sich die auswärtigen Wirtschaftskomplexe botmäßig zu machen. Der russische Wirtschaftskörper ist aber neben der angelsächsischen Einheit in Europa die einzige geschlossene,

wirtschaftlich unabhängige Nationalwirtschaft. Von einer wirtschaftlichen Beherrschung kann hier keine Rede sein. So lange dieses Ziel aber nicht erreicht ist, haben die Vereinigten Staaten kein Interesse daran, Rußland wirtschaftlich wieder aufzurichten. Denn sie sind es gewesen, die in den Kriegs- und Nachkriegsjahren das Erbe der russischen Stellung auf dem Weltmarkt angetreten haben. Die Einschaltung der russischen Volkswirtschaft würde für sie in jeder Beziehung eine unerwünschte Konkurrenz bedeuten. (Getreideversorgung, Erdölproblem). Nur dann könnten sich die Vereinigten Staaten bereit finden, den ehemaligen Konkurrenten wieder in den Sattel zu heben, wenn ihnen durch den Wiederaufbau Rußlands sehr erhebliche Vorteile erwachsen, die die Nachteile aufzuwiegen imstande wären, und dies wäre eben nur dann der Fall, wenn dem angelsächsischen Kapital die Beherrschung des russischen Marktes gelingt. Bloß unter dieser Voraussetzung könnten sich die Vereinigten Staaten von ihrem Standpunkt aus am wirtschaftlichen Wiederaufbau Rußlands beteiligen.

#### B. Der russische Standpunkt.

Daß für Rußland die Beteiligung des Auslandes nicht nur erwünscht, sondern eine dringende Notwendigkeit ist, braucht nur angedeutet zu werden. Die Epoche des Kriegskommunismus hat, gewollt und ungewollt, das stehende und umlaufende Kapital in Rußland sehr stark vermindert, man könnte beinahe sagen, vernichtet. Die meisten der vielen Krisen, die das Land seit 1921 heimsuchen, haben hierin ihre letzten Wurzeln. Denn die Verkleinerung des Kreditreservoirs, d. h. der vorhandenen Kapitale hat notwendig eine Verstärkung der Kreditmöglichkeiten zur Folge. Es wird hierdurch nicht nur die gesamte Produktion und das Verkehrswesen, sondern auch der Handel auf das Empfindlichste getroffen. Wiederherstellung und Beschaffung von Kapital ist deshalb das Zentralproblem der sovets-russischen Volkswirtschaft. Vom rein ökonomischen Standpunkt aus müßte es für Rußland daher wichtigste Aufgabe der Wirtschaftspolitik sein, das Ausland am russischen Wiederaufbau weitestgehend zu interessieren. Innerhalb gewisser Grenzen lassen sich diese Bestrebungen in der Tat auch feststellen (vergl. den Abschnitt über die Kapitalbeteiligung des Auslandes in Sovetrussland, S. 000). Diesen ökonomischen Notwendigkeiten stehen jedoch politische Erwägungen entgegen. Es ist für die russische Planwirtschaft naturgemäß eine große Gefahr, wenn das private Auslandskapital zu stark wird. Aus allgemein theoretischen und politischen Erwägungen heraus versucht man deshalb, den Einfluß des Auslandes auf ein Mindestmaß herabzudrücken. Sobald die Gefahr einer wirtschaftlichen Hegemonie irgendeiner ausländischen Staatengruppe zu bestehen scheint, verzichtet die Sowetunion lieber auf deren Unterstützung, als daß sie ein Stück ihrer Selbständigkeit aufgibt. Damit im engen Zusammenhang steht die allgemein bolschewistische Mentalität, die durch grundsätzliche Bekämpfung jeder wie immer gearteten privatkapitalistischen Ostorientierung dem Vordringen ausländischen Kapitals feindlich gegenübersteht. Daß auch aus diesem Grunde der Wiederaufbau der russischen Volkswirtschaft verzögert wird, liegt auf der Hand.

### C. Russische Finanzierung des Außenhandels.

Es ist unter diesen Umständen verständlich, daß man russischerseits bestrebt ist, sich möglichst unabhängig vom Ausland zu halten und mit allen Mitteln versucht, das notwendige Kapital aus eigenen Mitteln zu beschaffen. Wie weit für die gesamte Volkswirtschaft diese Lösung möglich ist, läßt sich mit Sicherheit nicht beantworten. Daß sie jedenfalls in Angriff genommen werden mußte, resultiert aus den negativen Ergebnissen, die die Bemühungen Rußlands gezeitigt haben, ausländische, staatliche oder private Kredite in großem Ausmaß zur Finanzierung seines Außenhandels zu erlangen. In den ersten Jahren sovetrussischer Außenhandelstätigkeit übernahm die Staatsbank als einziges großes Bankinstitut die Finanzierung der Export- und Importoperationen. Seit dem Wirtschaftsjahr 1922/23 beteiligen sich ferner die Industriebank und die Russische Kommerzbank an der Finanzierung des Außenhandels. Die Notwendigkeit, die Staatsbank zu entlasten (eine übermäßige Anspannung ihrer Kredittätigkeit mußte im Hinblick auf ihre währungspolitischen Aufgaben vermieden werden) führte am 1. April 1924 zur Umwandlung der bis dahin privaten Kommerzbank in die Außenhandelsbank, die nunmehr in erster Reihe die Finanzierung des Außenhandels durchführen soll. Ihre Beteiligung am russischen Außenhandel ist zwar im Wachsen begriffen, doch sind ihre „Mittel noch völlig ungenügend zur Befriedigung der Bedürfnisse des Außenhandels. Es ist ganz augenscheinlich, daß in der kapitalarmen Sowetunion die Bank nur dann erstarken und eine brauchbare Stütze des monopolisierten Außenhandels sein kann, wenn alle Organisationen und Personen, die am Außenhandel interessiert sind, sich der Wichtigkeit der zu lösenden Fragen bewußt werden und ununterbrochen mit allen ihren Operationen dieses Ziel im Auge behalten.“ Diese Bemerkung eines führenden sovetrussischen Wirtschaftspolitikers zeigt, wie wenig leistungsfähig gegenwärtig die russischen Banken sind. Es zeigt sich dies beispielsweise bei der völligen Unzulänglichkeit der Finanzierung der genossenschaftlichen Einfuhr und Ausfuhr. Ihnen gegenüber vermögen die russischen Kreditinstitute den ihnen gestellten Aufgaben nicht gerecht zu werden. Hierauf ist es auch in erster Linie zurückzuführen, daß die Außenhandelstätigkeit der Genossenschaften vielleicht mit alleiniger Ausnahme des Zentrosojuz ein höchst zufälliges Gepräge trägt. Ebenso wenig zufriedenstellend und chaotisch ist bisher die Finanzierung des russischen Getreidehandels überhaupt. Im offiziellen Organ des Außenhandelskommissariats heißt es bezüglich dieser für den russischen Export ausschlaggebend wichtigen Seite der Kreditpolitik wie folgt: „Es wird allgemein zugegeben, daß unter den ungünstigen Bedingungen, unter denen im letzten Jahr die Realisation der Ernte vor sich ging (auch was die Realisation im Auslande anbelangt), die größte Rolle die Finanzierung spielte. Die ungenügende zeitlich falsch disponierte unzweckmäßige Finanzierung zeitigte die allerbedenklichsten Folgen bei der Preisbildung auf dem Getreidemarkt und der Tätigkeit der Getreide vorbereitenden und exportierenden Organisationen. Eine wesentliche Ursache muß in den unzweckmäßigen Organisationsformen der Ausfuhrfinanzierung erblickt werden.“ Das Finanzierungssystem ist derart kompliziert, vielgestaltig

und ungeordnet, daß die Exporteure nicht nur jeden Überblick verlieren, sondern auch die Kredite bloß zu übermäßig hohen Zinssätzen erhalten können. Neuerdings ist die Kreditgewährung zwecks Realisation der Ernte und Getreideausfuhr bei der Aktiengesellschaft „Exportchleb“ (Getreideausfuhr) konzentriert worden. Hierdurch konnte eine gewisse Vereinfachung im Kreditverkehr erreicht werden, „doch werden die Interessen des Getreideexports noch immer nicht genügend berücksichtigt“. Die Vereinheitlichung des gesamten Kreditverkehrs des Getreidehandels beim Exportchleb vermag freilich das Grundproblem nicht befriedigend zu lösen, nämlich das völlig ungenügende Kreditreservoir nicht aufzufüllen. Die den Getreideexporteuren zur Verfügung gestellten Darlehen sind ihrem Umfange nach mehr als ungenügend.

Aus allem ergibt sich, daß Rußland mit eigenen Mitteln eine befriedigende Lösung der Exportfinanzierung in absehbarer Zeit kaum finden können, und daß aus diesem Grunde auch hier wie bei der Industriefinanzierung die Heranziehung ausländischen Kapitals eine dringende Notwendigkeit ist. Die Wege, die hierzu vorläufig allein eingeschlagen werden können, sind bei Besprechung des Konzessionswesens bereits eingehend dargelegt worden. So sind denn auch eine ganze Reihe größerer gemischt-wirtschaftlichen Aktiengesellschaften zur Durchführung und Finanzierung des Exportes im Laufe der letzten Jahre gegründet worden. Ja man kann sagen, daß die Heranziehung von Auslandskapital gerade auf diesem Gebiet die meisten Fortschritte gemacht hat. Das gilt besonders für die Holzausfuhr, wo eine Reihe von Gesellschaften nicht nur die Ausbeutung der Wälder, sondern auch den Holzexport in Händen hat. Auch auf dem Gebiet der Naphthaausfuhr ist eine Zusammenarbeit mit ausländischen Unternehmungen festzustellen. Ähnliches findet auf anderen Exportgebieten statt. Ein weiterer Ausbau der gemischten Gesellschaften ist jedoch ein dringendes Erfordernis.

## 5. Handelsvertragspolitik.

Gegenwärtig stehen 33 Staaten mit der Sowjetunion in Beziehungen, darunter die bedeutendsten Wirtschaftseinheiten, wie Deutschland, Frankreich, England, Italien, neuerdings Japan. Von den Weltmächten stehen bislang nur die Vereinigten Staaten de jure (nicht de facto) abseits.

Diese Sachlage bedeutet unzweifelhaft einen großen Fortschritt. Es sei daher in kurzen Strichen dargelegt, wie sich Rußland im Laufe der letzten Jahre aus der völligen Isolierung befreit hat, in der es sich nach dem Umsturz befand. Seit 1917 wurde über die Räterepublik eine allgemeine Blockade verhängt, die Rußland, abgesehen von einem relativ geringfügigen illegalen Warenverkehr, von Westeuropa hermetisch abschloß. Der durch die soziale Umwälzung, den Bürgerkrieg und den Rückgang der landwirtschaftlichen und gewerblichen Produktion hervorgerufene Warenmangel bedingte für die Sowjetmacht als wichtigste Aufgabe die Durchbrechung jener Blockade. Bei der allgemein ablehnenden Haltung des Westens konnten aber nur unter großen Mühen und Opfern Fortschritte erzielt werden. Zunächst stellte sich die Notwendigkeit heraus, mit den neugebildeten Randstaaten Frieden zu schließen. Der am 2. Februar 1920 unter-

zeichnete Friede mit Estland sollte das „Fenster nach Westen“ aufstoßen. Die Absicht der Bolschewisten, über Reval mit Europa Handelsbeziehungen anzuknüpfen, muß jedoch als gescheitert bezeichnet werden; denn es kamen lediglich zu enorm hohen Preisen Gelegenheitsgeschäfte zustande. Zwar schloß Rußland im Jahre 1920 auch mit den übrigen Randstaaten Friedensverträge ab, so mit Litauen am 11. Juli, mit Lettland am 11. August, mit Polen am 12. Oktober (einen Präliminarfrieden) und mit Finnland am 14. Oktober. Doch hielt der Westen nach wie vor am Boykott Rußland gegenüber fest. Man wollte nicht mit dem russischen bolschewistischen Staate, sondern allenfalls mit Privatorganisationen Beziehungen anknüpfen. Diesen Gedanken griff man in Moskau auf und entsandte die sogenannte „Delegation des Centrosjuz“ (Zentralverband russischer Genossenschaften) nach London, an deren Spitze Krassin stand. Als man in England erkannte, daß jene Delegation tatsächlich eine staatliche Kommission darstellte, waren doch die russischen Genossenschaften mittlerweile verstaatlicht worden — wurden die Beziehungen zu ihr abgebrochen und über die Sovetunion die sogenannte Goldblockade verhängt, die in der Verweigerung der Annahme russischen Geldes und Goldes durch alle westeuropäischen Banken bestand und von sämtlichen Staaten respektiert wurde. Die Folge war naturgemäß eine abermalige Isolierung Rußlands.

Mit dem Jahre 1921 hebt die zweite Etappe an, die bereits mit der Durchbrechung der Goldblockade durch Schweden am 15. Mai 1920 eingeleitet wird. Das Beispiel eines schwedischen Konzerns von 15 metallverarbeitenden Unternehmungen, das mit der erwähnten Krassinischen Delegation einen Lieferungsvertrag von Lokomotiven und anderen Waren im Werte von 100 Millionen Kronen abschloß, bewog England, am 16. März 1921 einen provisorischen Vertrag mit der R.S.F.S.R. abzuschließen, der zwar, nur einen vorläufigen Zustand schaffend, Rußland keine De-jure-Anerkennung brachte, jedoch die Goldblockade beseitigte und die Anbahnung von Handelsbeziehungen ermöglichte. Am 6. Mai 1921 folgte Deutschland mit einem Vertrag, der, modifiziert durch das Abkommen von Rapallo, heute noch besteht. Norwegen, Österreich, Italien schlossen sich an. 1922 traten ferner die Tschechoslowakei, Kanada und Schweden mit Rußland in Beziehungen, 1923 kam es zu einer vorläufigen Verständigung mit Dänemark. In diese Epoche der provisorischen Handelsabkommen fällt der Abschluß einer Reihe von Verträgen mit den Ländern des Ostens: Persien (26. Februar 1921), Afghanistan (28. Februar 1921), Türkei (16. März 1921), Mongolei (5. November 1921). China schloß erst am 31. Mai 1924 ein allgemeines Abkommen, und Japan beschloß die Reihe mit dem Verträge vom 20. Januar 1925.

Das dritte Stadium wird durch De-jure-Anerkennung und reguläre Handelsverträge charakterisiert. Die erste De-jure-Anerkennung erfolgt durch den deutsch-russischen Vertrag von Rapallo vom 16. April 1922 (erweitert auf die Einzelrepubliken der Sovetunion am 5. November 1922). Es handelt sich um einen Rahmenvertrag, der nur allgemeine Grundsätze aufstellt, die in später abzuschließenden Spezialverträgen näher bestimmt und angewendet werden sollen. Es muß daher der endgültige deutsch-russische Handelsvertrag, der gegenwärtig

in Moskau vorbereitet wird, sich in seinen Grundlagen auf den Rapallovertrag stützen. Es ist nun von grundlegender Bedeutung, daß jener Vertrag in Art Ib, den Grundsatz der Meistbegünstigung betreffend, die Regelung der öffentlichen und privaten Rechtsbeziehungen, „einschließlich der Frage der Behandlung der in die Gewalt des anderen Teiles geratenen Handelsschiffe“, ausspricht. Besonders zu erwähnen ist Artikel II: „Deutschland verzichtet auf die Ansprüche, die sich aus der bisherigen Anwendung der Gesetze und Maßnahmen der R.S.F.S.R. auf deutsche Staatsangehörige oder ihre Privatrechte sowie auf die Rechte des Deutschen Reiches und der Länder gegen Rußland ergeben, vorausgesetzt, daß die Regierung der R.S.F.S.R. auch ähnliche Ansprüche dritter Staaten nicht befriedigt.“ Art. II stellt mithin einen bedingten Verzicht Deutschlands auf die Rußland gewährten Vorkriegsanleihen dar, doch eben nur einen bedingten Verzicht, insofern als Deutschland sofort seine Ansprüche geltend machen kann, falls Rußland dritten Staaten gegenüber seine Vorkriegsschulden anerkennt. Daß die Sowjetunion unter Umständen bereit ist, dies zu tun, geht aus dem allerdings englischerseits nicht ratifizierten Vertrage zwischen England und Rußland vom 8. August 1924 hervor, dessen Art. VI bestimmt: „Die Regierung der U.d.S.S.R. erklärt, daß sie im Wege der Ausnahme zu dem Statut vom 21. Januar 1918 unter den in dem gegenwärtigen Vertrage festgesetzten Bedingungen die Forderungen der britischen Inhaber von Anleihen befriedigen will, die von der früheren Kaiserlichen Regierung oder von den Verwaltungen der Städte in dem jetzt im Bunde bereinigten Gebiet ausgegeben, übernommen oder garantiert worden, und in ausländischer Währung zahlbar sind.“ Es ist unter diesen Umständen für Deutschland geboten, in den einleitenden Artikel des abzuschließenden Handelsvertrages den Art. II des Rapallovertrages nochmals zu übernehmen, um eine Eventualsicherung für die Zukunft zu schaffen, etwa in der Art, wie Italien seine Rechte im Handels- und Schiffahrtsvertrag mit der Sowjetunion vom 7. Februar 1924 gewahrt hat, dessen Art. II lautet: „Die beiden Vertragsteile erklären, daß sie ihre gegenüber dem anderen Teile bestehenden Forderungen sowie die ihrer eigenen Staatsangehörigen, die sich aus Verpflichtungen aus Gütern und Rechten ergeben, die von der derzeitigen Regierung oder den früheren Regierungen jeder der beiden Vertragsteile gegenüber den Anspruchsberechtigten eingegangen wurden, aufrecht erhalten. Sie erklären außerdem, daß durch die Tatsache des Abschlusses dieses Handels- und Schiffahrtsvertrages zwischen den beiden Vertragsteilen die bestehenden und die Bezahlung von Gütern und Rechten zum Gegenstande habenden Forderungen unter sonst gleicher Bedingung einer Behandlung zugeführt werden, die nicht ungünstiger ist als jene, die für Forderungen der Regierung oder Bürger eines anderen Staates zur Anwendung kommt.“

Am 7. Februar und 15. März 1924 haben Italien und Schweden endgültige Handelsverträge abgeschlossen; beide sind deshalb von allgemeinem Interesse, weil die Sowjetunion sie als Vorbilder für künftige gleichartige Verträge ansieht. Soweit diese Verträge wesentlich neue Bestimmungen enthalten, gehen wir auf sie in anderem Zusammenhang näher ein.

So wertvoll die bisher abgeschlossenen Verträge für die Sowjetunion aus Prestige Gründen auch waren, so gering waren die praktischen Auswirkungen, vor allen Dingen für die nicht-russischen Kontrahenten. Die Gegensätze der beiderseitigen Wirtschaftsstrukturen können durch Handelsverträge im besten Falle nur abgemildert, nicht aber aufgehoben werden. Das Ausland wird sich Rußland gegenüber, so lange das Außenhandelsmonopol besteht, stets im Nachteil befinden. Denn in Wirklichkeit liegen die Dinge so: Rußland ist auf Grund des Monopols stets in der Lage, einseitig zu bestimmen, mit wem und bis zu welchem Grade es Handels- und Wirtschaftsbeziehungen anknüpfen will. Der um das Problem der Exterritorialität der russischen Berliner Handelsvertretung entbrannte Konflikt zwischen Deutschland und Rußland im Mai 1924 hatte zur Folge, daß Rußland einfach einen wirtschaftlichen Boykott über Deutschland verhängte, gegen den uns zu wehren wir nicht in der Lage waren.

Wie wenig es bisher gelungen ist, die Gegensätze zwischen Rußland und dem Westen auszugleichen, zeigt der deutsch-russische Wirtschaftsvertrag vom 12. Oktober 1925. Ehe auf die Schwierigkeiten, die im Vertrag selbst zur Geltung kommen, eingegangen wird, sei kurz sein Inhalt wiedergegeben.

1. Allgemeine Bestimmungen. Mit dem Inkrafttreten des Vertrages werden die früheren Abkommen zwischen Deutschland und Rußland vom 6. Mai 1921 und vom 5. November 1922 aufgehoben. Der Rapallo-Vertrag vom 16. April 1922 bleibt jedoch in vollem Umfange bestehen. Von Wichtigkeit sind die Paragraphen 5 und 6 der allgemeinen Bestimmungen, in denen die grundsätzliche Meistbegünstigungsklausel in Bestätigung des Rapallo-Vertrages festgelegt wird. Von der Meistbegünstigung sollen die Länder ausgenommen sein, mit denen die vertragschließenden Parteien später etwa in eine Zollkonvention eintreten sollten. So wird durch den ersten umfassenden Handelsvertrag, den Deutschland mit Rußland abgeschlossen hat, etwaigen Abmachungen über die Schaffung einer zentraleuropäischen Zollgemeinschaft kein Hindernis in den Weg gelegt. Außerdem soll die Begünstigung, die Deutschland Österreich gewährt, nicht unter die Meistbegünstigung fallen. Die Ausnahmen, die die Sowjetunion für sich durchgesetzt hat, zerfallen in drei Gruppen: einmal sind Afghanistan und die Mongolei ausgenommen; dann darf im Warenverkehr mit China und der Türkei die Sowjetunion im Grenzverkehr Begünstigungen gewähren, die Deutschland für sich nicht beanspruchen kann. Endlich sollen die im Art. II des Rapallo-Vertrages gemachten Vorbehalte für den russischen Warenverkehr mit Litauen, Lettland und Estland unberührt bleiben. Die Transitfrage durch russisches Gebiet ist im Verträge nicht geregelt, eine Lösung ist nur durch Bildung von besonderen Gesellschaften in Aussicht genommen. Eine Reihe alter Abkommen wie z. B. über die Funkentelegraphie, Bergung und Hilfeleistung in Seenot, werden im Verkehr der beiden Staaten wieder in Kraft gesetzt.

2. Niederlassungsabkommen. Hier ist festgelegt, daß bei der Einreisegenehmigung weitgehende Erleichterungen gewährt werden sollen. Dies findet Anwendung auch auf Wirtschaftsunternehmungen und ihre Vertreter,

wobei eine Verweigerung der Einreise nicht mehr mit der Verschiedenheit der beiderseitigen Wirtschaftssysteme begründet werden kann. Für Muster und Proben ist die freie Einfuhr festgelegt. Die Angehörigen der beiden vertragschließenden Staaten genießen Freiheit von öffentlicher Arbeitspflicht und von Requisitionen (Ausnahme: Kraftfahrzeuge). Jede Art der den internationalen Anschauungen zuwiderlaufenden Eigentumsenteignungen ist ausgeschlossen. Hinsichtlich des Rechtsschutzes ist vereinbart, daß die Staatsangehörigen das Recht der freien Wahl eines Rechtsbeistandes haben. Von Festnahmen ist der nächste Konsul sofort zu benachrichtigen. Jede Handelsgesellschaft kann in Rußland als juristische Person klagen. Hinsichtlich der Zulassung zu Handelsgesellschaften gilt beiderseitig Inländerbehandlung und Meistbegünstigung.

3. Das Wirtschaftsabkommen bezweckt die Wirtschaftsbeziehungen zwischen beiden Ländern zu festigen. Konsignationsläger sollen nach Möglichkeit gefördert werden. Für die Vergebung von Konzessionen in Rußland soll der Grundsatz der Meistbegünstigung bestimmend sein. Von den konkreten Bestimmungen seien besonders diejenigen hervorgehoben, die sich auf die Ausfuhr von lebendem Vieh und Fleisch beziehen. Art. XII des Wirtschaftsabkommens besagt, daß, sofern einer der vertragschließenden Teile das Außenhandelsmonopol oder die Ein- und Ausfuhr einengende Vorschriften eingeführt hat oder einführt, diese Vorschriften auf den anderen Teil nur insoweit angewandt werden, als sie in gleicher Weise auf alle anderen Länder Anwendung finden. Ausnahmen sind u. a. zulässig aus Gründen der Gesundheitspolizei oder zum Schutz von Tieren. Der Anhang zu diesem Kapitel regelt nun in eingehender Weise die Bestimmungen über die Einfuhr von Tieren und tierischen Teilen aus der U.d.S.S.R. nach Deutschland. Hervorgehoben zu werden verdient, daß die Einfuhr lebender Schweine auf eine Höhe von 800 Stück wöchentlich begrenzt ist, wobei ein Ursprungs- und Gesundheitszeugnis beigebracht werden muß. Zubereitetes Schweinefleisch muß ebenfalls durch ein vom zuständigen staatlichen Tierarzt der U.d.S.S.R. erteiltes Zeugnis nachgewiesen werden. Eingehende Bestimmungen sind ferner hinsichtlich lebendes und geschlachtetes Geflügel, Därme und Häute, Wolle, Haare, Borsten usw. festgelegt worden. Gegenüber der Regelung von 1904 bedeutet dies, daß das Einfuhrkontingent beträchtlich herabgesetzt ist, bei Schweinen um 1700 Stück wöchentlich. Es ist also im großen und ganzen für Deutschland hier eine Möglichkeit gegeben, die russische Konkurrenz hinsichtlich der Tierzucht auf ein geringes Maß herabzudrücken.

In bezug auf Zölle gilt allgemein die Meistbegünstigung. Vorläufige Zollfreiheit besteht im Musterverkehr für Reisegeut und Kataloge. Vorgesehen ist die Aufnahme von Verhandlungen über einen Zolltarifvertrag, der bisher aber jedoch noch in weiter Sicht ist. Bei der Beförderung von Gütern auf Binnenwasserstraßen sind deutsche und russische Güter einander gleichgestellt.

4. Eisenbahnabkommen. Nach ihm soll das Berner Abkommen über den Güterverkehr zwischen Deutschland und Rußland Anwendung finden. Im übrigen gilt in der Behandlung der Warengüter die Meistbegünstigung. Entsprechend dem Verträge von 1904 ist festgelegt, daß Frachttarife nach Königsberg

i. Pr. nicht ungünstiger festgesetzt werden dürfen, als nach irgend einem andern der U.d.S.S.R. nicht angehörigen Ostseehafen. Möglichst weitgehend sollen direkte Tarife angewandt werden.

5. Seeschiffahrtsabkommen. Hier gilt allgemein die Meistbegünstigung, jedoch Inländerbehandlung mit gewissen Einschränkungen. Die nationalen Vorschriften über Einrichtung und Ausrüstung für Seeschiffe gelten auch in den Häfen des anderen Teiles. Innerhalb bestimmter Grenzen hat die deutsche Hochseeschifferei im Konzessionswege das Recht, ihr Gewerbe auszuüben.

Zu den 5 erwähnten Abkommen treten dann noch hinzu ein Steuerabkommen, ein Handelsschiedsgerichtsabkommen und ein Abkommen über gewerblichen Rechtsschutz.

Es läßt sich nicht leugnen, daß das Vertragswerk vom 12. Oktober 1925 die Reibungsflächen zwischen den beiden Staaten zum Teil gemildert hat, beseitigt sind sie, wie oben angedeutet wurde, nicht. Wie wenig dies gelungen ist, sei an Hand zweier Beispiele dargelegt, der Frage der Meistbegünstigung und des Prinzips der Gegenseitigkeit.

Der Vertrag vom 12. Oktober 1925 stützt sich ausdrücklich auf den Vertrag von Rapallo vom 16. April 1922, in dem die Meistbegünstigung generaliter von beiden Seiten anerkannt war. Es finden sich deshalb im neuen Vertragswerk bei jeder denkbaren Gelegenheit Hinweise darauf, daß das Prinzip der Meistbegünstigung durchgeführt werden solle. Damit ist jedoch nicht gesagt, daß die Meistbegünstigung im Warenverkehr im üblichen Sinne wirklich gewahrt ist, denn es liegt ja in der Hand der russischen Regierung, auf Grund des Monopols-, Konzessions- und Lizenzsystems jeden Verkehr einseitig zu regeln. Die Frage der Meistbegünstigung kann für Deutschland in günstigem Sinne nur gelöst werden, wenn sich dieses Prinzip auch auf die Konzessionen und zwar vor allem auf die Handelskonzessionen erstreckt. Leider bringt der Vertrag vom 12. Oktober in dieser Beziehung nur einen sehr geringen Fortschritt. Der Art. 40 des Wirtschaftsabkommens bestimmt nämlich: die Regierung der U.d.S.S.R. wird über Anträge der deutschen physischen und juristischen Personen auf Erwerbung von Konzessionen entgegenkommend entscheiden, insofern es sich um Objekte handeln wird, die die Regierung der U.d.S.S.R. auf dem Konzessionswege vergeben wird. Jedenfalls werden die deutschen Antragsteller bei der Erwerbung und Durchführung der Konzessionen nicht ungünstiger behandelt werden, als die Staatsangehörigen der meistbegünstigten Nationen.“ Bei der sonst sehr eingehenden Regelung, die der Vertrag hinsichtlich anderer Probleme bringt, ist der Art. 40 als ganz ungenügend aufzufassen; ihm kommt inhaltlich nur die Bedeutung einer Erklärung zu. Vor allen Dingen wäre es wünschenswert gewesen, festzulegen, was unter Konzession zu verstehen ist, ob es sich in diesem Falle nur um die Errichtung von langfristigen produktiven Handelskonzessionen oder auch um die Erteilung von Einfuhrlicenzen einmaliger oder kurzfristiger Art handelt.

Durch die verschieden garteten Wirtschaftssysteme gewinnt ferner neben dem Prinzip der Meistbegünstigung das der Gegenseitigkeit, das uns als zweites Beispiel dienen möge, eine besondere Note. Das äußert sich besonders

deutlich in dem Abkommen über Niederlassung und allgemeinen Rechtsschutz. Hier wird in den Art. 2, 4, 16 und 18 folgendes festgelegt: Den Staatsangehörigen jedes vertragschließenden Teiles ist es gestattet, auf dem Gebiete des anderen Teiles sich jeder durch die Landesgesetze den Inländern oder den Staatsangehörigen der meistbegünstigten Nationen nicht verbotenen Tätigkeit zu widmen, mag diese auf Erwerb gerichtet sein oder nicht, wobei ausdrücklich festgelegt ist, daß bei Ausübung ihrer Berufs- oder Erwerbstätigkeit die betreffenden Staatsangehörigen die gleichen Vorrechte, Befreiungen und Vergünstigungen genießen wie die Inländer und die Staatsangehörigen der meistbegünstigten Nationen. Aktiengesellschaften und Handelsgesellschaften jeder Art werden von den Kontrahenten gegenseitig als zu Recht bestehend anerkannt, aber ihre Zulassung zu geschäftlicher Tätigkeit auf dem Gebiete des anderen Teiles richtet sich nach den dort jeweils geltenden Gesetzen und Vorschriften.

Diese scheinbar nicht ungünstigen Bestimmungen stellen für den westeuropäischen Unternehmer eine außerordentlich starke Benachteiligung dar. Soweit Aktiengesellschaften und Handelsgesellschaften in Frage stehen, sagt der Art. 16 eindeutig, daß ihre Zulassung von den geltenden Gesetzen abhängig gemacht wird. Während diese aber in Deutschland die Zulassung russischer Wirtschaftsorganisationen jeder Art im allgemeinen ermöglichen, bringt es die staatskapitalistische Wirtschaftsordnung Rußlands und das Außenhandelsmonopol mit sich, daß der Betätigungsmöglichkeit des deutschen Privatunternehmers in Rußland überaus enge Grenzen gezogen sind, da, wie oben ausgeführt, die Zulassung abhängig gemacht wird von der Erlangung einer für jeden Spezialfall erteilten Konzession. Somit hat die russische Regierung es allein in der Hand, den Umfang der Heranziehung westeuropäischer Unternehmertätigkeit zu bestimmen. Ist die Zulassung jedoch einmal genehmigt, dann soll den betreffenden Gesellschaften größtmögliche Förderung laut Art. 17 und 18 gewährt werden. Was die Tätigkeit physischer Personen anlangt, spricht der Vertragstext von einer Gleichstellung mit den Angehörigen der meistbegünstigten Nationen oder der Inländer (Art. 2). Hierdurch entsteht eine neue Schwierigkeit, denn die Gleichstellung der deutschen physischen Personen mit den russischen bedeutet de facto eine außerordentliche Beschränkung, da russische Privatpersonen in ihrer Betätigungsmöglichkeit sehr stark eingengt sind. Wenn das Prinzip der Gegenseitigkeit wirklich sinnvoll durchgeführt werden soll, dann müßte in dem Vertrage eine Gleichstellung der deutschen Privatunternehmer mit den russischen Staatsunternehmungen festgelegt werden und zwar deshalb, weil nur diese beiden Kategorien Ausdruck der jeweils vorherrschenden Wirtschaftsform darstellen. Wie sehr die Tätigkeit der deutschen Privatunternehmer in Rußland gehemmt ist, wird durch Erwähnung des berüchtigten Paragraphen der Wirtschaftsspionage, der in Rußland außerordentlich weit gefaßt ist, verdeutlicht.

Trotz all dieser Unzulänglichkeiten stellt aber das deutsch-russische Wirtschaftsabkommen immerhin einen Schritt vorwärts dar, und es ist nicht zu leugnen, daß, so bescheiden dieser erste Anfang auch ist, auf ihm fußend ein Weiterbauen

möglich erscheint. Es kommt dies unter anderem durch die neuesten Bestrebungen zum Ausdruck, die darauf abzielen, im Rußlandverkehr auch auf seiten Westeuropas eine Angleichung der beiderseitigen Wirtschaftssysteme zu fördern. Der Anlaß zu dieser Entwicklung wurde gegeben durch den großen 300 Millionen-Kredit, der von seiten der deutschen Industrie für Installationslieferungen nach Rußland eingeräumt worden ist. Es handelt sich hier um einen eigenartigen Versuch eines wirklich nachhaltigen Belebens der deutsch-russischen Wirtschaftsbeziehungen. Die Organisation ist folgende: Das Deutsche Reich übernimmt bei Lieferungen von Installationen nach Rußland, sofern es sich um eine deutsche Fabrik handelt, eine **Ausfallgarantie** von 35% des Kaufpreises. Hierzu tritt eine Ausfallbürgschaft des Landes, in dem die deutsche Lieferfirma liegt in Höhe von 25%. Insgesamt beträgt also die Ausfallgarantie 60%, für die restlichen 40% des Kaufpreises haftet die Lieferfirma selbst. Zu bemerken ist jedoch, daß die Ausfallbürgschaft des Reiches auf den Gesamtbetrag von 105 Millionen Mark begrenzt ist und daß es sich ausschließlich um die Lieferung von Produktionsmitteln, d. h. von schweren und leichten Installationen, handelt. Die Ausfallbürgschaft erstreckt sich nur auf Lieferungen, bei denen die gewährten Kredite nicht über den 31. Dezember 1930 (schwere Installation) oder den 31. Dezember 1928 (leichte Installation) hinausgehen. Über die Erteilung der Ausfallbürgschaft entscheidet ein interministerieller Ausschuß, dem ein Sachverständigenbeirat beigegeben ist. Die Finanzierung sollte ursprünglich durch die Lieferfirma selbst vorgenommen werden.

Es stellte sich jedoch sehr bald heraus, daß die **Finanzierung** ebenfalls nur auf kollektivem Wege geschehen kann. Ein deutsches Bankkonsortium, unter Führung der Deutschen Bank, übernimmt nunmehr eine Generalfinanzierung, der unter die Ausfallgarantie fallenden russischen Lieferungen. Nach langen Verhandlungen über die Zins- und Provisionssätze, die auf 2,9% über Reichsbankdiskont festgelegt wurden, ist es schließlich zu einer Einigung gekommen. Das Konsortium ist bereit, zunächst 120 Millionen Mark zur Verfügung zu stellen, von denen  $\frac{2}{3}$  der Finanzierung von Lieferungen schwerer Installationen,  $\frac{1}{3}$  derjenigen leichter Installationen dienen soll.

Für die technische Durchführung der Finanzierung ist folgende neuartige Lösung gefunden. Zwischen Lieferfirma und Bankkonsortium ist als Finanzierungsstelle eine von der Industrie zu gründende Aktiengesellschaft „**Industrie-, Finanzierungs A.G.-Ost**“ eingeschaltet worden. In möglichst weitgehender Weise soll die Industrie der einzelnen Länder und besonders die mittlere und kleinere Industrie an dieser Finanzierungsstelle beteiligt werden, und auf diese Weise eine Vermittlerin zwischen der Industrie und dem Finanzkonsortium gebildet werden, die aber auch an der Flüssigmachung der Kredite mitwirken soll. Das soll, wie B. Hahn in seinem zusammenfassenden Aufsatz „Die deutsche Ausfallbürgschaft für Lieferungen nach Rußland“ (Zeitschrift „Osteuropa“, Heft 10) dargelegt hat, wie folgt geschehen: „Die Aktiengesellschaft nimmt die von den russischen Organisationen akzeptierten, auf Dollar lautenden und in New-York zahlbaren Wechsel, die in jedem Fall als Sicherheit die Unterschrift der Berliner

Handelsvertretung der Union oder der Russischen Staatsbank tragen müssen, entgegen, versieht sie mit ihrem Giro, übergibt sie dem Bankkonsortium in Depot und gibt gemeinsam mit den Lieferfirmen neue auf Reichsmark lautende Dreimonatswechsel heraus. Diese Markwechsel werden von der Aktiengesellschaft akzeptiert und sodann durch das Kreditkomitee den einzelnen Banken zur Diskontierung vorgelegt, der Gegenwert wird nach Weisung der Firma verwendet. Die russischen Wechsel werden somit auf dem Umwege über die Markwechsel der Firmen und der Aktiengesellschaft flüssig gemacht, und die deutsche Wirtschaft erhält auf diesem Wege die Möglichkeit, an den großen für die Zukunft entscheidungsvollen auf die Erneuerung des russischen Produktionsapparates hinzielenden Lieferungen mitzuwirken.“ Der Versuch ist im höchsten Maße interessant, zeigt er doch, daß bei gutem Willen sich Wege finden, soweit es in Menschenkraft steht, die Verschiedenheit der Wirtschaftssysteme zu überbrücken. Denn über eines muß man sich im Klaren sein: Wenn es deutscherseits nicht gelingt, dem in sich geschlossenen, einheitlich vorgehenden monopolistischen russischen Kontrahenten deutscherseits eine entsprechend straffe Organisation entgegenzusetzen, wird die Sovetunion dauernd uns gegenüber im Vorteil bleiben.

Es ist daher dringend zu wünschen, daß die hier eingeschlagenen Wege konsequent weitergegangen werden. Hierzu gibt der Art. 8 des Wirtschaftsabkommens die Möglichkeit, die darin besteht, daß rechtliche Hindernisse zur Errichtung einer deutschen Handelsvertretung in Moskau nicht bestehen, wobei laut Wirtschaftsabkommen den bei ihr tätigen Personen russischerseits die gleichen Rechte, Vorrechte und Befreiungen, wie der Handelsvertretung der U.d.S.S.R. in Berlin, eingeräumt werden. Zu diesem Punkt nimmt die amtliche Denkschrift zu den deutsch-russischen Verträgen wie folgt Stellung: „Es lag kein Anlaß vor, auf dieses Recht zu verzichten, wenn es auch im Augenblick keine praktische Bedeutung hat.“ Hierdurch soll augenscheinlich gesagt werden, daß Deutschland vorläufig keine Absicht hat, in Rußland eine Handelsvertretung zu errichten. Mit allem Nachdruck sei jedoch darauf hingewiesen, daß dieser Standpunkt der deutschen Regierung geradezu unverständlich ist, denn während die Sovetunion durch ihre Berliner Handelsvertretung jederzeit in der Lage ist, nicht nur in beliebigem Umfange Geschäftsabschlüsse vorzunehmen, sondern auch mit der deutschen Wirtschaft jederzeit Fühlung zu nehmen, und sich über die wirtschaftlichen Zustände ohne Schwierigkeit zu informieren, beabsichtigen wir scheinbar auf die einzige Möglichkeit zu verzichten, dasselbe in Rußland zu tun. Zwar würde eine deutsche Handelsvertretung in Moskau nicht aktive Handelsoperationen durchzuführen haben, wohl aber könnte sie eine großzügig aufgebaute Informationsstelle abgeben, die die deutsche Wirtschaft endlich in einwandfreier Weise über die Zustände in Rußland unterrichtet. Es könnte hier auch gleichzeitig die Vereinheitlichung der Auftragserteilung und der Kreditgewährung vorgenommen werden. Es ist dringend zu wünschen, daß eine derartige umfassende deutsche Gegenorganisation, deren organisatorische Schwierigkeiten ohne weiteres zugegeben seien, in Angriff genommen wird.

## 6. Ergänzende Hilfsmaßnahmen.

### a) Verkehrs- und Eisenbahntarifspolitik.

Eine Hauptursache für die volkswirtschaftliche Rückständigkeit und ein großes Hemmnis für die wirtschaftliche Entfaltung Sowjetrußlands ist der Zustand seiner Verkehrswege. Ungeheure Mengen der natürlichen Reichtümer des Landes können für den Eigenverbrauch oder für den Warenaustausch mit anderen Ländern nicht nutzbar gemacht werden, weil sie nicht schnell oder billig genug an die Umsatzzentren herangeschafft werden können. Die außerordentliche Wichtigkeit der Verkehrsfragen für eine gedeihliche Entfaltung der russischen Volkswirtschaft ist denn auch von leitenden russischen Wirtschaftsführern frühzeitig erkannt worden. Trotzdem bleibt die Entwicklung des Verkehrs in jeder Hinsicht sogar noch hinter der doch schon sehr langsamen Wiederaufwärtsbewegung der industriellen und landwirtschaftlichen Produktion zurück.

Die Schwierigkeiten, die einem schnelleren Wiederaufbau im Wege standen, waren allerdings besonders groß. Welt- und Bürgerkrieg hatten das russische Eisenbahnwesen in eine geradezu trostlose Lage gebracht. So sollen nach Angaben des Volkskommissars für Verkehrswesen J. Rudsutak im Jahre 1917/18, als die Sowetregierung an das Ruder kam, etwa 60% der Eisenbahnbrücken zerstört, und an betriebsfähigen Eisenbahnwagen nur noch etwa 200 000, an Lokomotiven nur noch etwa 4000 vorhanden gewesen sein. Die Abtrennung wichtiger Wirtschaftszentren und die Änderung der politischen und wirtschaftlichen Struktur des Landes nach dem Weltkriege hatte zur Folge, daß auch die Hauptrichtungen des Warenverkehrs zum Teil Verschiebungen erfuhren, denen sich das Eisenbahnnetz anpassen mußte.

Es kann daher nicht allzu sehr wundernehmen, daß der Eisenbahnverkehr noch stärkere Rückständigkeit gegenüber dem Vorkriegsstand aufweist, als andere Zweige der russischen Volkswirtschaft.

Die Entwicklung des Güterverkehrs wird durch folgende Tabelle veranschaulicht:

| Jahr                   | Gütermengen in Mill. t | Güterverkehr in Milliarden t-km |
|------------------------|------------------------|---------------------------------|
| 1913 . . . . .         | 143,93                 | 73,67                           |
| 1921/22 . . . . .      | 39,83                  | 15,4                            |
| in % zu 1913 . . . . . | 28                     | 22                              |
| 1922/23 . . . . .      | 57,93                  | 23,45                           |
| in % zu 1913 . . . . . | 40                     | 30                              |
| 1923/24 . . . . .      | 67,46                  | 33,77                           |
| in % zu 1913 . . . . . | 47                     | 46                              |
| 1924/25 . . . . .      | 82,62                  | 47,95                           |
| in % zu 1913 . . . . . | 57,5                   | 65                              |

Günstiger ist das Entwicklungsbild für den Passagierverkehr, der im Jahre 1923/24 etwa 154 Millionen Personen umfaßte, im Jahre 1924/25 rund 200 Millionen und damit die Vorkriegshöhe erreichte.

Die Finanzlage der Eisenbahnen hat sich in der letzten Zeit bedeutend gebessert. Laut Bericht in „Aus der Volkswirtschaft der U.d.S.S.R.“

Nr. 1—2 vom Januar 1926 erreichten die Gesamtausgaben des Verkehrskommissariats im Jahre 1923/24 667 Millionen Rubel, von denen 607 Millionen durch die Einnahmen des Eisenbahnwesens gedeckt wurden; aus Staatsmitteln mußte ein Zuschuß von 60 Millionen gewährt werden. Im Jahre 1924/25 gingen die Eisenbahnen zur defizitlosen Wirtschaft über: die Einnahmen erreichten eine Höhe von rund 870 Millionen Rubel und konnten nicht nur den Ausfall der Einnahmen der übrigen Verkehrswege decken, sondern noch einen Betrag von 11 Millionen Rubel in die Staatskasse überleiten. 80 Millionen Rubel konnten auf Neubauten und zur Erneuerung des Grundkapitals verwendet werden. 15 Millionen Schwellen, 1400 km Schienenwege wurden geändert, 1449 Lokomotiven instandgesetzt; neu erbaut wurden und repariert 101 Lokomotiven, 73 davon kamen aus dem Ausland. 139 000 Güterwagen wurden in den Waggonwerkstätten instandgesetzt. Die Zahl der arbeitsfähigen Lokomotiven stieg bis auf 10 421, die Zahl der reparaturbedürftigen fiel von 53,6% auf 48%; die Zahl der arbeitsfähigen Güterwagen stieg auf 350 851, die Zahl der reparaturbedürftigen sank von 26% auf 19,8%.

Was die Eisenbahntarifpolitik anbelangt, so mußte diese insbesondere auf diejenigen Güter Rücksicht nehmen, die für den Export bestimmt sind. Daher umfaßt der vom 1. Dezember 1922 geltende allgemeine Tarif für gewöhnlichen Gütertransport außer einem 12-Klassen-Tarif, mit verschiedenen Anfangssätzen pro Pud und Werst, bei dem die Sätze innerhalb der einzelnen Klassen noch insofern stark differenziert sind, als mit zunehmender Durchlaufstrecke der Ladung die Anfangssätze pro Pud und Werst stetig abnehmen, noch eine Reihe von Ausnahmetarifen insbesondere für den Transport von Getreide, Ölkuchen und Kleie, Naphtha, Steinkohlen, Holzmaterialien u. a. m. Für Expregut besteht ein besonderer Tarif. Ferner wird eine Reihe von Ergänzungsgebühren für die Eisenbahnbeförderung erhoben: Stationsgebühr, Wiegegebühr, Ablade-, Auflade- und Umladegebühr, Stempelgebühren, Lokalsteuern u. a. m. Zahlreich sind die Tarifänderungen, die unter Aufrechterhaltung dieses Grundtarifschemas vorgenommen wurden. Bei der schlechten Finanzlage der Eisenbahn handelte es sich durchweg um Tariferhöhungen. Im Jahre 1926 wurden u. a. seit dem 1. Januar 1926 die Tarife für Butter (Waggon sendungen) folgendermaßen geändert: 1. Gewöhnliche Sendungen 500 km 3,13 Rubel pro Tonne (+ 22%), 1000 km 6,23 Rubel (+ 27%) und 2000 km 10,08 Rubel (+ 34%). 2. Eilgüter: 500 km 5,72 Rubel pro Tonne, 1000 km 8,74 Rubel (Erhöhung durchschnittlich um 25%), für sibirische Butter pro Tonne und 2000 km 4,90 Rubel, 3000 km 5,58 Rubel (Erhöhung durchschnittlich rund 10%). Ferner wurde seit dem 1. Februar d. J. der Tarif für Papier erhöht, und zwar für Karton, Packpapier und Zuckerhutpapier in Blättern und Rollen bei Waggonladungen pro Tonne auf 1,54 Rubel bei 500 km (oder um 11%), auf 3,60 Rubel bei 1000 km (10%) und auf 6,45 Rubel bei 2000 km (22%).

Ganz besonders rückständig ist der Verkehr auf den Binnenwasserstraßen. Im Jahre 1925 bestand die Flußflotte der staatlichen Schifffahrtsgesellschaften, die 50% aller Wassertransporte bewältigen, aus 3025 Dampfern und 4818 nicht mit Dampf betriebenen Schiffen, mit einer Aufnahmefähigkeit von

insgesamt 3,5 Millionen Tonnen gegen eine Aufnahmefähigkeit von 13,5 Millionen Tonnen der Flußflotte im Jahre 1913.

Die Folge des schlechten Zustandes der Wasserstraßen ist eine Steigerung der Anzahl der Havarien. Auf je 100 Schiffe entfielen in der Vorkriegszeit 6% Havarien, im Jahre 1924 dagegen nach offiziellen Daten 27% und im Jahre 1925 sogar 41%.

Der Transport auf den einzelnen Wasserstraßengebieten zeigt eine ganz verschiedene Entwicklungstendenz. Die Veränderung des Frachtenverkehrs gegenüber der Vorkriegszeit geht aus nachstehender Tabelle<sup>1)</sup> hervor (in % des Gesamtfrachtenverkehrs):

| Gebiete                | 1913 | 1924 | 1925 | in % zu<br>1913 |
|------------------------|------|------|------|-----------------|
| Volga . . . . .        | 47,7 | 47,4 | 46,6 | 50              |
| Nordwesten . . . . .   | 25,0 | 25,1 | 24,0 | 49              |
| Norden . . . . .       | 7,4  | 15,1 | 15,4 | 106             |
| Dnepr . . . . .        | 12,0 | 5,6  | 7,0  | 29              |
| Don-Kuban . . . . .    | 1,5  | 0,6  | 0,8  | 29              |
| Westsibirien . . . . . | 3,7  | 4,6  | 5,2  | 72              |
| Amur . . . . .         | 2,7  | 1,4  | 0,8  | 16              |
| Mittelasien . . . . .  | —    | 0,1  | 0,2  | —               |
| Zusammen               | 100  | 100  | 100  | 50              |

Dem Güterverkehr nach steht das Volgagebiet mit 46,6% an erster Stelle. An zweiter Stelle folgt das Nordwestgebiet, dessen Anteil gegenüber der Vorkriegszeit eine sinkende Tendenz aufweist, was auf den unbedeutenden Transit durch das Marien-Kanalsystem bei der gegenwärtigen Gestaltung des Güterverkehrs zurückzuführen ist. Gestiegen ist dagegen die Bedeutung des Nordgebietes: verglichen mit der Vorkriegszeit erhöhte sie sich sogar auf mehr als das Doppelte. Der Grund hierfür ist in der umfangreichen Tätigkeit der großen Holzorganisationen zu suchen sowie in der Entwicklung des Holzexports, der gegenwärtig größtenteils den Nordweg einschlägt. Umgekehrt ist der Anteil des Dneprgebiets, das infolge des Ausscheidens des Augustov- und des Oginskisystems aus dem Territorium der U.d.S.S.R. einen erheblichen Teil seiner Frachten eingebüßt hat, um 7% gesunken. Die bisher angeführten Gebiete erfassen 93% des gesamten Frachtverkehrs der U.d.S.S.R. Von den übrigen Gebieten ist Westsibirien erwähnenswert, da es eine deutliche Tendenz zur Steigerung seines Frachtverkehrs aufweist.

Großzügige Pläne zur Ausbesserung und zum Weiterausbau des bestehenden Fluß- und Kanalsystems und zur Verbesserung der technischen Ausrüstung und der Tonnage der Flußflotte konnten aus Geldmangel bisher nicht zur Durchführung gelangen.

#### b) Hafen- und Schifffahrtspolitik.

Ein ähnliches Schicksal wird, allen bisherigen Erfahrungen nach zu urteilen, wahrscheinlich ein vor kurzem dem Präsidium der Staatsplankommission vor-

<sup>1)</sup> Die Volkswirtschaft der Union der Sozialistischen Sovet-Republiken Nr. 14, 5. Jahrgang 1926.

gelegtes, innerhalb der nächsten 5 Jahre durchzuführendes Projekt erfahren, daß die Förderung der Häfen und der Seeschifffahrt der U.d.S.S.R. zum Gegenstand hat.

Die geplanten Maßnahmen sollen insbesondere 12 Häfen des Verkehrskommissariats, Murmansk, Archangelsk, Odessa, Cherson, Mariupol, Rostov, Nikolaev, Novorossijsk, Poti, Tuapse, Batum und Baku sowie Leningrad (Petersburg) als Hafen des Handelskommissariats zugute kommen.

Neben einer Vertiefung der Häfen wird vor allem eine Erhöhung der Durchlaßfähigkeit durch Erweiterung und Mechanisierung der Hafenanlagen erstrebt. Zur Sicherung ausreichender Lagermöglichkeiten ist der Bau von 9 Elevatoren mit einer Gesamtaufnahmefähigkeit von 319 000 t vorgesehen. Hiervon sollen Aufnahmen finden: 106 000 t in Leningrad, 32 600 in Mariupol, 16 300 in Cherson, 32 600 in Novorossijsk, 16 300 in Tuapse, 24 500 in Odessa, 40 800 in Nikolaev und 32 600 in Rostov. Ferner wird der Bau von Kühlanlagen mit einer Aufnahmefähigkeit von 16 300 t und die Errichtung von Speichern zur Lagerung verschiedenster Waren in Mengen von ca. 257 000 t beabsichtigt. Sodann kommt noch die Errichtung moderner Ladeanlagen wie Hebekräne, Getreidesauger, Kohlen- und Erzumlader usw. in Frage.

Wie dringend die Durchführung dieser Maßnahmen ist, zeigt die Entwicklung des Seefrachtverkehrs in dem bolschewikischen Rußland. Es genügt auf die Tatsache hinzuweisen, daß der gesamte Seefrachtenverkehr, gemessen an seinem Umfang im Jahre 1913, 1921 nur 15,1% ausmachte, im Jahre 1923 nur 28,9% und im Jahre 1924 nur 29,9%.

Was die technische Ausrüstung anbelangt, so sind jetzt nur noch Petersburg und Novorossijsk, in geringerem Maße Odessa und Cherson halbwegs ausgerüstet. Daher ist auch die geplante Aufstellung von Speichern, Elevatoren, Kühlhäusern usw. dringend geboten.

Neben den Bestrebungen zum Ausbau der Häfen sind mit steigender Entwicklung der Außenhandelsumsätze insbesondere auch die Fragen der Verbesserung der russischen Handelsflotte aktuell geworden, nachdem die rätestaatliche Seetonnage, wie selbst von amtlicher Seite zugegeben wird, soweit zurückgegangen ist, daß sie gegenwärtig nur noch 10% der Seetransporte bewältigen kann. Gegenüber dem Vorkriegsstande ist die russische Handelsflotte auf etwa 40% zurückgegangen. Berücksichtigt man noch, daß ein großer Teil der Schiffe sehr veraltet ist, so kann man nur ein Viertel nutzfähiger Tonnage gegenüber der Vorkriegsnorm annehmen. Nach einem vom Rat für Arbeit und Verteidigung angenommenen Bauprogramm sollten im Wirtschaftsjahre 1925/26 31 neue Schiffe fertiggestellt werden. Wie sich jetzt zeigt, konnte dieses Programm nicht durchgeführt werden. Auch die vielfach in der Presse propagierte Absicht der Sowetregierung, eine Anzahl von Schiffen im Auslande namentlich in Deutschland und England, zu kaufen, wird aus Geldmangel aller Wahrscheinlichkeit nach nicht, oder nicht im geplanten Umfang, zur Durchführung gelangen. Nach Lage der Dinge ist auch in absehbarer Zeit mit einem Umschwung auf diesem Gebiet nicht zu rechnen, so daß das Commissariat für Außenhandel nach wie vor hauptsächlich auf den

ausländischen, soweit es sich um den Ostseeverkehr handelt, vorwiegend auf den deutschen seewärtigen Frachtdienst angewiesen sein wird.

c) Messen, Ausstellungen und Wirtschaftspropaganda.

Für die Anknüpfung, Ausgestaltung und Erweiterung der Außenhandelsbeziehungen Rußlands zu ausländischen Industrie und Handelskreisen hat die Veranstaltung von Messen und Ausstellungen in Rußland selbst unter Heranziehung ausländischer Firmen, insbesondere aber die Beteiligung Rußlands an ausländischen Veranstaltungen dieser Art Bedeutung gewonnen.

Die Beteiligung der U.d.S.S.R. an ausländischen Messen und Ausstellungen hatte zunächst die Form von Informationsbureaus bei den wichtigsten Veranstaltungen dieser Art im Westeuropa. Erst im Herbst 1922 trat in Königsberg und Leipzig Sovetrußland selbst als Aussteller hervor. Von Anfang an stand das kaufmännische Moment zurück hinter dem politischen Ziel, durch großzügige Propaganda dem Auslande den wirtschaftlichen Wiederaufbau Rußlands, seine Erfolge und Errungenschaften vor Augen zu führen. Angesichts des Vorherrschens dieses politischen Momentes wurde zwar der Außenhandel Rußlands zunächst nicht unmittelbar durch größere Geschäftsabschlüsse auf den Messen, wohl aber mittelbar gefördert. Denn die ausgestellten Muster Lichtbilder, Diagramme, Bücher usw. trugen dazu bei, das ausländische Publikum mit dem Zustand des Wirtschaftslebens und der Entwicklung der Produktivkräfte und der Exportmöglichkeiten der Union der Sozialistischen Sovetrepubliken vertraut zu machen, und für russische Waren zu interessieren.

In Deutschland wird wohl Leipzig Mittelpunkt der Ausstellungen der U.d.S.S.R. bleiben. Nach bisher vorliegenden Berichten war auf der vorjährigen Leipziger Frühjahrmesse das Interesse für die russische Ausstellung besonders reg. Besondere Aufmerksamkeit der Besucher zogen russische Borsten, Rauchwaren, Heilpflanzen, Flachserzeugnisse und Naphthaprodukte auf sich. Zuverlässige Resultate festzustellen ist schwer, da durch die Kompliziertheit der Abschlüsse mit Rußland diese gewöhnlich erst später mit den kompetenten Handelsvertretungen zu Ende geführt werden.

Neben Leipzig kommt noch Königsberg einige Bedeutung zu. Auf der XII. Deutschen Ostmesse in Königsberg im Frühjahr 1926 stand die russische Beteiligung ganz überwiegend im Vordergrund. Die russische Ausstellung war besonders reichhaltig in der Abteilung des Staatlichen Export- und Import-Handelskontors „Gostorg“. Durch die Beteiligung zahlreicher Vertreter der russischen wirtschaftlichen Institute, der russischen Industrie, des Verkehrs-, Handels- und Börsenwesens kam deutlich zum Ausdruck, daß die Königsberger Ostmesse im Zeichen des Ausbaus der deutsch-russischen Wirtschaftsbeziehungen steht. Rein geschäftlich stand die Messe unter keinem günstigen Aspekt, wie ihr überhaupt in dieser Hinsicht weit geringere Bedeutung zukommt als der Leipziger Messe.

Unter den Messen und Ausstellungen in Rußland selbst, verdienen nur die Messen in Nižnij-Novgorod und Baku für den Außen-

handel, und zwar für den Handel Rußlands mit seinen östlichen Nachbarstaaten, Beachtung.

Die Niznij-Novgoroder Messe findet seit 1922 wieder regelmäßig statt (1. August bis 15. September). Erst 1924 aber wurde eine engere Verbindung mit den östlichen Märkten hergestellt. Im Jahre 1923 traten auf der Niznij-Novgoroder Messe nur 55 östliche Firmen mit einem Umsatz von 585 000 Rubel in Ankäufen und 1,7 Millionen Rubel in Verkäufen auf; 1924 aber bereits 199 östliche Firmen mit einem Umsatz von 7,8 Millionen Rubel in Ankäufen von 8,5 Millionen Rubel in Verkäufen. Im Jahre 1926 stieg die Zahl der beteiligten östlichen Firmen auf 316, darunter allein 226 persische Firmen. Neben persischen Kaufleuten, die bisher die einzigen regelmäßigen Teilnehmer von Niznij-Novgorod waren, sah die Messe 1925 und 1926 in beachtlicher Anzahl Kaufleute aus Zentral- und Westchina, aus der Türkei, Afghanistan, dem Irak und der Mongolei. Die östlichen Kaufleute verkauften nicht nur die von ihnen mitgeführten Waren, sondern tätigten darüber hinaus noch Geschäftsabschlüsse, so daß ihre Umsätze im ganzen nicht unbeträchtliche Ziffern erreichen. Nach den Mitteilungen der russisch-östlichen Handelskammer betrug der Messeimport aus dem Osten insgesamt 14 896 000 Rubel, der Export 16 385 000 Rubel. Der somit erreichte Aktivsaldo ist der erste, der seit Wiederaufnahme der Messen im Verkehr mit dem Osten erzielt wurde.

Wie sich Import und Export der einzelnen Länder verteilte, ergibt folgende Übersicht (in %):

|                    | Import<br>in die U.d.S.S.R. | Export<br>aus der U.d.S.S.R. |
|--------------------|-----------------------------|------------------------------|
| Persien . . . . .  | 72,7                        | 72,0                         |
| China. . . . .     | 17,4                        | 20,3                         |
| Irak . . . . .     | 2,0                         | 1,9                          |
| Afghanistan . . .  | 3,3                         | 2,8                          |
| Mongolei . . . . . | 1,1                         | 0,1                          |
| Türkei . . . . .   | 3,5                         | 2,8                          |
| Tanna-Tuwa . . .   | —                           | 0,1                          |
|                    | <hr/> 100,0                 | <hr/> 100,0                  |

Unter den Importwaren traten hervor: Baumwolle, Häute, Reis, Saffian, getrocknete Früchte, Karakulfelle, Baumwollgarne, Wolle und vegetabilische Rohstoffe.

Unter den Exportwaren sind vor allem zu nennen: Zucker, Manufakturwaren, Streichhölzer, Gummischuhe, Metalle.

Die Messe in B a k u kommt vor allem für den Handel Rußlands mit Persien in Betracht, der vor dem Kriege für Rußland von großer Bedeutung war. Zur Wiederherstellung der Handelsbeziehungen wurde im Oktober 1922 die erste Messe eröffnet. Der persische Markt beteiligte sich rege und nahm 28,1% des Umsatzes auf. Die zweite und dritte Messe fanden im Mai—Juni 1923 und 1924 statt und erfreuten sich ebenfalls der lebhaften Teilnahme des persischen Handels. Die oberste Leitung liegt in den Händen des Transkaukasischen Volkskommissariats für Außenhandel. Die Messezeit ist nicht feststehend.

Dr. Hans = Jürgen Seraphim

Privatdozent an der Universität und  
Referent am Osteuropa-Institut in Breslau

# Lettland und Estland

Einzelheft aus dem Band I der  
» Osteuropäischen Länderberichte «

Herausgegeben in Verbindung mit der  
Industrie- und Handelskammer Breslau  
vom Osteuropa-Institut in Breslau

SCHRIFTEN DER INDUSTRIE-  
UND HANDELSKAMMER BRESLAU

HEFT 6 · MAI 1927

VERLAG VON M. & H. MARCUS, BRESLAU



# Inhaltsverzeichnis.

Vorwort.

## I. Die wirtschaftlichen Grundlagen.

1. Gebiet.
2. Die natürlichen Grundlagen der Wirtschaft.
3. Verkehrslage.
4. Das Eisenbahnnetz.
5. Das Wegewesen.
6. Die Bevölkerung.
7. Berufsgliederung der Bevölkerung.
8. Gliederung der Bevölkerung nach Nationalitäten.

## II. Die Landwirtschaft.

1. Grundbesitzverteilung vor dem Kriege.
2. Die Agrarreformen.
3. Die gegenwärtige Grundbesitzverteilung.
4. Der Ackerbau.
5. Die Viehzucht.
6. Die Milchwirtschaft.

## III. Die Forstwirtschaft.

1. Die Waldbestände.
2. Die Nutzung.

## IV. Bergbau und Kraftstoffgewinnung.

1. Die Torfgewinnung.
2. Der estländische Brennschiefer.
3. Die Wasserkräfte.

## V. Die Industrie.

1. Die Industrie vor dem Kriege.
2. Der Krieg.
3. Der Wiederaufbau.
4. Die Gegenwartsfrage.
5. Statistische Darstellung der Industrie.
6. Die Entwicklung der Aktiengesellschaften.
7. Beteiligung von Auslandskapital in der lettländischen Industrie.

## VI. Kaufbedürfnis und Kaufkraft.

1. Methodisches.
2. Das Kaufbedürfnis.
3. Die Kaufkraft.

## VII. Handelspolitische Richtungen und Maßnahmen.

1. Das Problem einer baltischen Zollunion.
2. Handelsvertragspolitik Lettlands.
3. Handelsvertragspolitik Estlands.
4. Zollpolitik.
5. Eisenbahnpolitik.
6. Schifffahrtspolitik.
7. Ausstellungen und Messen.
8. Ursächliche Bedingungen der Handels- und Zollpolitik.

## VIII. Gesamteinfuhr und Gesamtausfuhr.

1. Methodische Vorbemerkung.
2. Ausfuhr und Einfuhr.
3. Die Einfuhr nach Warengruppen.
4. Die Ausfuhr nach Warengruppen.
5. Gesamteinfuhr nach Herkunftsländern.
6. Gesamtausfuhr nach Bestimmungsländern.
7. Der Transithandel.

## IX. Der Anteil Lettlands und Estlands am deutschen Außenhandel.

1. Methodisches.
2. Lettland.
3. Estland.

# Vorwort.

Abweichend von den übrigen Länderberichten werden im vorliegenden Bande die Republiken Lettland und Estland gemeinsam dargestellt. Die Berechtigung hierzu wird aus der beiden Staaten gleichen historischen Entwicklung, aus der weitgehenden Übereinstimmung der natürlichen und wirtschaftlichen Grundlagen und der Gemeinsamkeit der heute die Wirtschaftspolitik jener Gebiete beherrschenden Hauptprobleme hergeleitet. Eine getrennte Darstellung würde zu häufigen Wiederholungen führen, unter anderem bei der Schilderung der natürlichen Wirtschaftsgrundlagen, der Agrarpolitik, des industriellen Wiederaufbauproblems, der Kaufkraft, der Zollunionfrage usw.

Der Aufbau des nachfolgenden Länderberichtes richtet sich nach dem erstrebten Endzweck. Der Verfasser hat es nicht als seine Aufgabe betrachtet, die Gesamtheit der Wirtschaftszweige und der heute wichtigen ökonomischen Probleme der baltischen Staaten gleichmäßig darzustellen, sondern die Untersuchung vornehmlich auf den Außenhandel bzw. auf die wirtschaftliche Verflechtung Estlands und Lettlands mit den Staaten des Westens abzustellen. Auf diese Teile strebt gleichsam die ganze Untersuchung zu. Die übrigen Zweige der Wirtschaft sind nur insofern herangezogen, als sie die Ausgestaltung des auswärtigen Handels bedingen oder beeinflussen. An sich wichtige Probleme, wie z. B. die Agrarreformen, konnten deshalb nur kurz gestreift werden.

Bei dem schwer fühlbaren Mangel an Vorarbeiten und kritisch gesichteten Quellen ließen sich gelegentlich Lücken in der Darstellung nicht vermeiden. Es ist aus diesem Grunde die vorliegende Arbeit als erster Versuch aufzufassen. Zusammenfassende Untersuchungen liegen nur für die Vorkriegsverhältnisse vor und für einige Problemkreise der Gegenwart. Was sonst noch für die Jetztzeit vorhanden ist, bleibt, mit einigen Ausnahmen, an der Oberfläche oder ist einseitig. Die Studie ist in erster Linie auf dem Quellenmaterial des Osteuropa-Instituts in Breslau aufgebaut; unschätzbare Dienste leistete insbesondere das reichhaltige Archiv des Instituts. Trotzdem wäre eine Darstellung, die das Gesamtgebiet der baltischen Volkswirtschaft umschließt, nicht möglich gewesen, wenn die maßgebenden Behörden der Republiken Estland und Lettland nicht in zuvorkommendster Weise meine Arbeit unterstützt hätten. Insbesondere fühle ich mich verpflichtet, den Statistischen Ämtern sowie den Berliner Generalkonsulaten beider Staaten meinen Dank auszusprechen.

Breslau, Februar 1926.

Dr. Hans-Jürgen Seraphim.



# I. Die wirtschaftlichen Grundlagen.

## 1. Gebiet.

Die baltischen Staaten Estland und Lettland umfassen zusammen rund 112 500 qkm, von denen 65 000 auf Lettland und 47 500 qkm auf Estland entfallen.

In E S T L A N D ist die administrative Einteilung im wesentlichen dieselbe geblieben, hinzugekommen ist jedoch der nördliche Teil des ehemaligen Gouvernements Livland sowie der westliche Teil des Gouvernements Pleskau (Pskov).

L E T T L A N D umfaßt neben dem ehemaligen Gouvernement Kurland — jetzt geteilt in die Provinzen Kurland und Semgallen — die südliche Hälfte Livlands sowie den östlichen Teil des früheren Gouvernements Vitebsk, heute Lettgallen genannt.

## 2. Die natürlichen Grundlagen der Wirtschaft.

Das K l i m a L E T T L A N D S entspricht im ganzen dem Ostpreußens. Die Vegetationsperiode ist kürzer (Mitau im Mittel 118,5 frostfreie Tage im Jahr; Königsberg i. Pr. 174; Arys, Ostpr., 158), dafür die Belichtungsperiode länger. Die Niederschlagsmenge schwankt z. B. in Kurland zwischen 385 und 664 mm (Königsberg i. Pr. 627; Arys 538), entspricht mithin auch derjenigen Ostpreußens.

Das K l i m a E S T L A N D S ist rauher als das Lettlands. Die Vegetationsperiode (Ende April-September) ist kürzer, das Pflanzenwachstum infolgedessen intensiver. Die längere Tagesbelichtung („weiße Nächte“) ersetzt z. T. die geringeren Temperaturen. Die lokale Einwirkung der im Sommer abkühlend, im Winter erwärmend wirkenden Wasserflächen der Ostsee und des Finnischen Meerbusens kommt im Isothermenverlauf der extremen Jahreszeiten sehr deutlich zum Ausdruck.

Der B o d e n ist in beiden Staaten nicht einheitlich. Schwere und leichte Böden wechseln. Das Gebiet gehört gleich Ostpreußen zu der baltischen Seenplatte, einer flachhügeligen Moränenlandschaft, wie weite Teile Ostdeutschlands. Während der Norden Estlands, als glaziales Abräumungsgebiet, nur mit einer schwachen Hülle eiszeitlicher Schuttmassen bedeckt ist und an der Küste oft sogar der Felsboden unmittelbar zutage tritt, ist in Südostland und Lettland die

eiszeitliche Schuttmasse bedeutend mächtiger, die Fruchtbarkeit größer und die Struktur der ostpreußischen Landschaft nahekommend. Im Gegensatz zum hügeligen Lettland ist Estland vornehmlich Flachland. Ohne im einzelnen auf die Böden näher einzugehen (mergeliger Lehm, Kalk, Sand, Ton, humusreicher Boden usw.), die oft in buntem Gemisch vorkommen, sei besonders darauf hingewiesen, daß einzelne Landesteile (das nördliche Gebiet der kurländischen Halbinsel, weite Teile Lettgallens, Estlands usw.) von umfangreichen Mooren bedeckt sind, die den Ackerbau zurücktreten lassen.

### 3. Verkehrslage.

Die Verkehrslage beider Staaten ist im ganzen als günstig zu bezeichnen. Mit einer Reihe guter Häfen ausgestattet, die entweder eisfrei sind (Libau) oder durch Eisbrecher für den Winterverkehr offen gehalten werden können (Riga, Windau, Reval), durch die Düna bzw. durch Eisenbahnlinien mit dem Hinterland verbunden, sind Lettland und Estland zum Mittler des russisch-westeuropäischen Verkehrs in höherem Maße berufen als die übrigen Randstaaten.

Die natürlichen Verkehrswege sind in L E T T L A N D günstiger als in Estland, bedürfen jedoch einer weitgehenden technischen Vervollkommnung. Die Düna ist nur bis Riga (13 km von der Mündung) schiffbar, doch bis tief nach Rußland zum Flößen geeignet. Die Schiffbarmachung des Mittellaufes durch Beseitigung der Stromschnellen bei Dahlen und Kokenhusen ist dringendes Erfordernis. Von den kleinen Flüssen ist nur die kurländische Aa von Mitau bis zur Mündung schiffbar, und auch nur für kleinere Fahrzeuge. Die Windau, die livländische Aa und die Ewst sind ausschließlich zur Holzflößerei geeignet. Lettland weist nur einen einzigen größeren Kanal auf, den Düna-Aa-Kanal, der ebenfalls nur der Flößerei dient.

In E S T L A N D sind die bestehenden Binnenwasserstraßen verkehrsmäßig nicht erschlossen (Narowa) oder spielen nur im Lokalverkehr eine Rolle, wie die Pernau, die die gleichnamige Hafenstadt mit dem Hinterlande verbindet, und der Embach, der die Verbindung zwischen Dorpat und Pleskau (via Peipussee) herstellt. Die Pernau ist in erster Reihe der Flößerei dienstbar.

### 4. Das Eisenbahnnetz.

In L E T T L A N D ist das Eisenbahnnetz verhältnismäßig schwach entwickelt. Eigentümlich ist die Verschiedenheit der Spurweiten in Kurland und Livland-Lettgallen. Die kurländischen Linien wurden während der deutschen Okkupationszeit auf westeuropäische Spurweite umgenagelt; die übrigen Strecken weisen russische Spurweite auf. Treffpunkt beider ist Riga, der wichtigste Eisenbahnknotenpunkt des Landes. Von hier führt eine Linie über Mitau nach Schaulen (Litauen) mit Anschluß nach Kowno und Ostpreußen, eine zweite über Tuckum nach dem Hafen Windau, während die Bahn nach Libau von Mitau abzweigt und zum Teil durch litauisches Staatsgebiet führt (Moscheiki).

Von Libau ist im Kriege über Preekuln eine direkte Verbindung nach Memel geschaffen worden. Semgallen ist durch die Strecke Mitau-Kreuzburg an der Düna und durch einige Kleinbahnen eisenbahnverkehrsmäßig notdürftig erschlossen. Nördlich der Düna führen zwei Linien nach Rußland, eine im Dünatal über Dünaburg-Polotzk, die andere über Kreuzburg-Rossitten-Sebesch nach Moskau. Durch Lettgallen führt ferner ein Teil der ehemaligen russischen Strecke Wilna-Dünaburg-Pleskau. Die Verbindung mit Estland wird durch die Strecke Riga—Wenden—Walk hergestellt, von der mehrere Kleinbahnen abzweigen, so u. a. von Wolmar zum Küstenort Hainasch.

Die Grenzziehung des lettländischen Staates macht einen Ausbau des bestehenden Eisenbahnnetzes notwendig. Besondere Schwierigkeiten ergeben sich für den Seehafen Libau dadurch, daß eine Teilstrecke der Bahn Libau—Riga über litauisches Gebiet führt und von der litauischen Zoll- und Tarifpolitik abhängig ist. Man hat es mit einem planmäßigen Boykott Libaus von seiten Litauens zu tun. Um Libau wieder direkt an das übrige lettländische Eisenbahnnetz anzuschließen und in den Transitverkehr einzuschalten, befindet sich eine breitspurige Eisenbahn Libau—Mitau (Riga—Dünaburg bzw. Kreuzburg) im Bau (rund 200 km lang). Libauer Wirtschaftskreise selbst sind freilich der Ansicht, daß die neue Linie keine wesentliche Besserung der Lage herbeiführen könne, denn der Libauer Transitverkehr und die Absatzmöglichkeiten hängen mehr von den südöstlich gelegenen Gebieten ab. Die Bedeutung Libaus in der Vorkriegszeit beruhte auf den Vorzugstarifen der Libau-Romnyer Eisenbahn. Eine Besserung der Lage sei daher nur durch eine entgegenkommendere Haltung Litauens möglich, das freilich bisher alles daransetzte, um Memel auf Kosten Libaus zu begünstigen.

Im ganzen gibt die lettländische Statistik 1424 km Linienstrecke russischer und 460 km deutscher Spurweite an, dazu kommen 268 km Sekundärbahnen, 650 km Feldbahnen (600 mm Spurweite). Das sind insgesamt 2802 km, von denen ein Teil jedoch (264 km, davon 168 km Feldbahnen aus der Kriegszeit) nicht im Betrieb ist. Auf einen Kilometer Strecke entfallen in Lettland 646 Einwohner und 23 qkm Areal.

In ESTLAND ist das Eisenbahnnetz ungenügend entwickelt. Am wichtigsten ist die Strecke Reval—Taps—Narwa, die nach Petersburg (Leningrad) weiterführt und dem russischen Transit dient. Von Taps, dem einzigen bedeutenden Knotenpunkt, zweigt eine Bahn nach Dorpat—Walk—Riga ab. Reval ist ferner mit Hapsal und Baltischport durch eine Breitspurlinie verbunden. Erwähnt man die Schmalspurbahnen Reval—Fellin—Moiseküll—Pernau und die Zufuhrstrecke Kunda—Wesenberg, endlich die ehemals bedeutende, heute unwichtigere Strecke Walk—Pleskau, so ist ein Überblick über das gesamte Bahnnetz gegeben. Estland verfügt im ganzen über 1702 km Strecke; davon weisen 1083 breite Spurweite (1524 mm) auf. 258 km sind Schmalspurbahnen (750 mm) und 361 km befinden sich im Bau.

Von den projektierten bzw. im Bau befindlichen Bahnen ist eine der wichtigsten die direkte Verbindung Reval—Pernau. Die

gegenwärtig bestehende Zufuhrbahn ist in russischer Zeit stückweise entstanden; deshalb beträgt die Entfernung zwischen beiden Städten heute 249 km statt einer möglichen von 149, so daß die Fahrdauer sich auf 15 statt 6—7 Stunden stellt. Dieser ökonomisch unhaltbare Zustand in Verbindung mit dem Bestreben, Pernau verkehrsmäßig Reval näher zu bringen und den Einfluß Rigas in den südestländischen Kreisen auszuschalten, sind maßgeblich für den Bau der Strecke Pernau—Zintenhof—Torgel-Fennern mit einer Zweigbahn Fennern—Lelle—Eidapere gewesen. Diese Linienführung verdient ihrer technischen Einfachheit wegen den Vorzug vor der Strecke Pernau—Rappel. Zu bauen sind 84 km. Die Kosten der neuen Schmalspurbahn sind auf 249 Mill. Emk berechnet und sind aus dem außerordentlichen Budget des Verkehrsministeriums der Jahre 1925/28 zu bestreiten.

Das künstliche Auseinanderreißen ehemals zusammengehöriger Gebiete ergibt ferner die Notwendigkeit, Pernau über Sagnitz mit Anzen (an der Strecke Walk—Pleskau) zu verbinden. Beide Linien sind 1925 in das staatliche Eisenbahnbauprogramm aufgenommen. Man hofft durch den hierdurch zu erreichenden Vorsprung von 60 km, den Pernau gegenüber Riga haben würde, einen Teil des russischen Transithandels Südestland erhalten bzw. zugänglich machen zu können.

## 5. Das Wegewesen.

Das Straßen- und Wegewesen in beiden Staaten ist relativ entwickelt. Neben den Kirchspielwegen, die ausschließlich für den Lokalverkehr bestimmt sind und weitergehenden Anforderungen nicht entsprechen, wird das Gebiet durchzogen von Chausseen, die alle größeren Städte untereinander verbinden. Ihr Zustand ist verhältnismäßig gut, übertrifft jedenfalls bei weitem den der litauischen, polnischen und russischen Landstraßen und dürfte etwa demjenigen Ostpreußens entsprechen. In früherer Zeit hat die Chaussee (Tilsit—Schaulen)—Mitau—Riga—Walk—Dorpat (—Petersburg) große Bedeutung für den Durchgangsverkehr von Rußland nach Westeuropa gehabt.

Bei der Beurteilung des Wegewesens sind lokale Verschiedenheiten hervorzuheben. In Lettland sind Kurland und Semgallen sowie Livland infolge der fürsorglichen Tätigkeit der Ritterschaften vor dem Kriege günstig gestellt, während Lettgallen außerordentlich rückständig ist. Dasselbe gilt in Estland für das Petschurgebiet. Im Kriege haben die Wegeverhältnisse naturgemäß gelitten, doch hat andererseits die deutsche Militärverwaltung vor allem in Lettland durch Anlage von Zufuhrstraßen, Klein- und Feldbahnen manches geleistet.

## 6. Die Bevölkerung.

Die Bevölkerung ESTLANDS betrug nach dem Stand vom Januar 1922 1 110 500 Einwohner.

Im Mittel entfallen auf 1 qkm 24,4 Einwohner. Es ist bezeichnend, daß die Bevölkerung Estlands so gut wie stationär ist. Die Bevölkerungszunahme beträgt seit 1881 25,3, seit 1897 nur 5,6% und weist absolut folgende Zahlen auf:

|      |           |
|------|-----------|
| 1881 | 903 800   |
| 1897 | 985 900   |
| 1920 | 1060 700  |
| 1924 | 1 113 600 |

In der Kriegszeit bis 1920 ist ein erheblicher Geburtenunterschluß erkennbar. Dagegen ist in den letzten Jahren eine natürliche Bevölkerungsvermehrung eingetreten, z. T. allerdings zurückzuführen auf einen Rückgang der Sterblichkeitsziffer. An sich steht die Zahl der Geburten mit 19,3 auf 1000 Einwohner im Jahre 1923 (1919: 17,3) nur wenig über der französischen. Seit der Begründung der Republik tritt neben die natürliche eine künstliche Bevölkerungszunahme und zwar in Gestalt der Rückwanderung. Diese betrug (in Gegenüberstellung mit der Auswanderung):

|      | Einwanderung | Auswanderung | Überschuß |
|------|--------------|--------------|-----------|
| 1920 | 19 476       | 195          | 19 281    |
| 1921 | 46 554       | 30 288       | 16 266    |
| 1922 | 35 879       | 30 336       | 5 543     |
| 1923 | 39 719       | 38 068       | 1 651     |

Wie die Zusammenstellung zeigt, erreichte die Einwanderung 1921 ihren Höhepunkt, um dann etwas zu sinken, während die Auswanderung stärker ansteigt, so daß der Überschuß sich von Jahr zu Jahr verringert. Gegenwärtig hat die Rückwanderung von Kriegsgefangenen, Emigranten usw. fast ganz aufgehört. Es ist mithin in Zukunft nur mit einer sehr langsamen Steigerung der Bevölkerungsziffer zu rechnen.

Die Bevölkerung L E T T L A N D S betrug nach dem Stande vom 10. Februar 1925 rund 1 844 000 Personen. Auf einen qkm entfallen im Bezirk Riga 1 654,1 Einw., in Livland 17,5, in Kurland 21,7, in Semgallen 20,3, in Lettgallen 34,4 und in ganz Lettland 28,0 Einw. Wie sehr die Bevölkerungsdichte zurückgegangen ist, zeigt ein Vergleich mit 1913. Kurland (heute Kurland und Semgallen) wies damals eine Dichte von 31,9 auf, gegenwärtig eine solche von 21,0. Die Zahlen für Livland und Lettgallen lassen sich nicht vergleichen. Immerhin sind wir in der Lage, in großen Umrissen die Bevölkerungsverchiebung seit 1897 an Hand der absoluten Bewegungszahlen nachzuweisen. Die Entwicklung ist auf dem Gebiet des heutigen Lettlands außerordentlich sprunghaft verlaufen (in abgerundeten Zahlen):

Bevölkerungsbewegung 1897—1925:

|      |           |
|------|-----------|
| 1897 | 1 930 000 |
| 1914 | 2 550 000 |
| 1920 | 1 596 000 |
| 1925 | 1 845 000 |

Aus der Tabelle geht hervor, daß die günstige Entwicklung in der ersten Dekade dieses Jahrhunderts durch den Krieg jäh unterbrochen wurde. Der größte Tiefstand ist infolge des Bolschewikeneinfalls und der inneren Kämpfe 1920 erreicht. Seitdem ist eine Bevölkerungszunahme festzustellen, für deren weitere Entwicklung

jedoch die Tatsache wichtig ist, daß der Ausfall der Kriegs- und ersten Nachkriegsjahre nur zu einem geringen Teil durch eine natürliche Bevölkerungszunahme wettgemacht wurde. Sie betrug in den letzten Jahren (1920—1924) fast 49 000 Personen, während die Gesamtzunahme 249 000 Personen ausmachte. Auf 1000 Einwohner gerechnet stellt sich die natürliche Bevölkerungsvermehrung wie folgt dar:

|      |   |     |
|------|---|-----|
| 1920 | — | 2,6 |
| 1921 | + | 5,9 |
| 1922 | + | 7,2 |
| 1923 | + | 8,2 |
| 1924 | + | 6,9 |

Von größtem Einfluß auf die sprunghafte Bevölkerungsbewegung der letzten vier Jahre war ebenso wie in Estland die sehr erhebliche Rückwanderung von Flüchtlingen, Kriegsgefangenen und politischen Emigranten. Auch die lettländische Statistik zeigt ein beträchtliches Nachlassen der Rückwanderung; sie verteilt sich auf die einzelnen Jahre folgendermaßen:

|      |                 |
|------|-----------------|
| 1920 | 91 100 Personen |
| 1921 | 94 800 „        |
| 1922 | 21 200 „        |
| 1923 | 6 000 „         |
| 1924 | 5 000 „         |

Zusammenfassend wird man aus den statistischen Nachweisungen Estlands und Lettlands den Schluß ziehen dürfen, daß der Hauptteil der Emigranten, Geflüchteten und Gefangenen in die beiden Staaten zurückgekehrt ist, daß die Rückwanderung in Zukunft für die Bevölkerungsvermehrung nur von untergeordneter Bedeutung sein, und daß mithin die Zunahme der Bevölkerung sich nunmehr in langsamen Bahnen bewegen dürfte. Das Entwicklungstempo der letzten Dezennien vor dem Kriege kann sobald kaum erreicht werden, da die Industrialisierung beider Staaten infolge der völlig veränderten wirtschaftlichen Lage nur sehr langsam vor sich geht und auch die Landwirtschaft keine größere Bevölkerungskapazität aufweist.

## 7. Berufsgliederung der Bevölkerung.

Für L E T T L A N D fehlen nähere Angaben über die Berufsgliederung der Bevölkerung, da die Zählung vom 10. Februar 1925 noch nicht verarbeitet ist.

Etwas reichlicheres Material steht dagegen für E S T L A N D zur Verfügung. Da grundlegende Unterschiede zwischen beiden Republiken nicht bestehen, so wird man auf Grund der estländischen Statistik gewisse, wenn auch ganz allgemeine Schlüsse auf die lettländischen Verhältnisse ziehen können. Zunächst fällt auf, daß Estland einen überwiegend agraren Charakter hat. Von den 1,1 Mill. Einwohnern entfallen auf die 12 Städte des Landes rund 264 000, d. h. etwa 25%. Allein die Hauptstadt Reval weist davon genau die Hälfte, 123 500

Personen, auf. Von größerer Bedeutung sind ferner Dorpat mit 50 000, die Industriestadt Narwa mit 27 000, die Hafenstadt Pernau mit 18 500 Einwohnern.

Die Bedeutung der einzelnen Wirtschaftszweige geht aus der Berufsstatistik hervor. Nach ihr entfallen auf die Landwirtschaft 652 000 Personen (59,0% der Gesamtbevölkerung), auf die Industrie 174 000 (15,7%), auf Angestellte und Arbeiter mit wechselnder Beschäftigung 87 500 (7,9%), auf Verwaltungsbeamte, freie Berufe und das Heer 62 000 (5,6%), auf den Handel 46 300 (4,2%) auf das Verkehrsgewerbe 37 000 (3,3%), auf Berufslose 39 000 Personen oder 3,5% der Gesamtbevölkerung.

## 8. Gliederung der Bevölkerung nach Nationalitäten.

Nach der Zählung vom 14. Juni 1920 gliedert sich die Bevölkerung L E T T L A N D S in nationaler Hinsicht wie folgt. Man ermittelte 1 160 000 Letten, 58 000 Deutsche, 158 000 Russen, 80 000 Hebräer, 52 000 Polen und 25 000 Litauer. Diese Zahlen sind heute überholt. Insbesondere hat sich die Zahl der Deutschen durch Rückwanderung wesentlich gehoben und zwar schätzungsweise auf 70 bis 75 000. Es ist dies auch für die wirtschaftliche Entwicklung Lettlands wichtig, da das Kulturniveau der einzelnen Nationalitäten ungleich ist. Es ergibt sich hieraus die Verschiedenheit der wirtschaftlichen Betätigung der einzelnen Nationalitäten, wie nachfolgende Zusammenstellung für 1925 zeigt. Von je 100 Personen waren tätig:

|                             | Letten | Deutsche | Juden | Russen |
|-----------------------------|--------|----------|-------|--------|
| im Gewerbe . . . . .        | 11,32  | 26,17    | 26,75 | 8,72   |
| im Handel . . . . .         | 3,13   | 19,50    | 48,08 | 2,68   |
| in freien Berufen . . . . . | 2,13   | 14,37    | 7,38  | 2,38   |

Im Gewerbe stehen somit prozentual Deutsche und Juden an erster Stelle, im Handel führen unbestritten die Juden, in den freien Berufen dagegen die Deutschen. Absolut dominieren in allen drei Berufszweigen naturgemäß die Letten. Die Übersicht bringt nicht die relative Beteiligung der Nationalitäten in der Landwirtschaft, wo 10 800 Deutschen rund 900 000 Letten und 172 600 Russen gegenüberstehen. Die geringe Zahl der baltischen Deutschen wurde vor dem Kriege ausgeglichen durch eine besonders kräftige wirtschaftliche Position und eine anerkannt führende soziale Stellung. Heute sind sie verarmt, ihres wirtschaftlichen Rückgrats beraubt. Obgleich sie in der Nachkriegszeit zahlenmäßig reduziert sind (von ca. 9% auf 4,6% der Gesamtbevölkerung), kommt ihnen dennoch eine nicht zu unterschätzende Bedeutung zu. Die Balten sind Träger der westeuropäischen Kultur in Lettland geblieben, wenngleich ihr Einfluß absolut und relativ zurückgegangen ist. Letzteres ist vom Standpunkt der Wirtschaftsentwicklung Lettlands bedauerlich. Ein zur Führung berufener Wirtschafts- und Kulturfaktor ist nahezu ausgeschaltet.

In E S T L A N D liegen die Dinge ähnlich. Hier sind bei der Volkszählung von 1922 ermittelt worden: 967 000 Esten (87,7% der Bevölkerung), 91 000 Russen (8,2%), 18 500 Deutsche (1,7%), 7 800 Schweden (0,7%), 4 500 Juden (0,4%) und 14 500 sonstige (1,3%). Die zahlenmäßige Stärke der Nichtesten ist geringer als die der Nichtletten in Lettland. Vor allem gilt dies von den Deutschen, die

zudem überwiegend in den Städten sitzen, allein ein Drittel von ihnen in Reval. Beachtlich ist ferner im Gegensatz zu Lettland die geringe Ziffer der Juden. Die tatsächliche Bedeutung der Minderheiten ist jedoch in Estland ebenso wie in Lettland viel größer als scheinbar aus den angeführten Zahlen hervorgeht. Es gilt für Estland in dieser Beziehung dasselbe, was oben für Lettland ausgeführt wurde.

## II. Die Landwirtschaft.

### 1. Grundbesitzverteilung vor dem Kriege.

Neben den natürlichen Grundlagen verdienen die rechtlichen Bedingungen größte Beachtung. Durch die Agrarreformen sind die Besitz- und Betriebsverhältnisse grundlegend verändert. Für LETTLAND ergibt sich nach den kritischen Untersuchungen H. v. Foelkersahms für die Vorkriegszeit folgendes Bild (in Prozenten des Gesamtareals):

|                 | Rittergüter | Bauernland |
|-----------------|-------------|------------|
| Livland . . . . | 51,49       | 42,35      |
| Kurland . . . . | 41,06       | 37,53      |

Berücksichtigt man jedoch nur das landwirtschaftliche Nutzland — und dies ist methodisch allein möglich — dann nahm in Livland der Kleingrundbesitz 63,3% der Gesamtfläche des privaten Landwirtschaftslandes ein, in Kurland 64%. Zieht man das von den Bauern ständig gepachtete Gutsland in Betracht, so erreichte das in bäuerlichem Eigentum und bäuerlicher Pachtnutzung befindliche Land in Livland 77,6% der gesamten privaten Landwirtschaftsfläche. Die Bauernhöfe wiesen in Kurland im Mittel 35,9 ha, in Livland 49,8 ha Fläche auf, erreichten jedoch nicht selten eine Größe von 60 bis 80 ha. Bei der geringen Bevölkerungsdichte Lettlands mit 28 Einw. auf den qkm einschließlich der Städte müssen die Besitz- und Betriebsverhältnisse für die Vorkriegszeit im ganzen als gesund bezeichnet werden. Die durchschnittlich erhebliche Größe der baltischen Rittergüter (ca. 2100 ha) entsprach ebenfalls den Boden-, Klima- und Bevölkerungsverhältnissen.

Für ESTLAND ergibt sich in der Vorkriegszeit hinsichtlich der Besitz- und Betriebsverhältnisse folgendes Bild:

|                        | Einheiten | Flächenraum | %    | Durchschnittsgröße ha |
|------------------------|-----------|-------------|------|-----------------------|
| Großgrundbesitz . . .  | 1 149     | 2 428 087   | 58,0 | 2 113,2               |
| Kleingrundbesitz . . . | 50 961    | 1 761 015   | 42,0 | 34,1                  |

Analog den lettländischen Verhältnissen erhalten wir jedoch auch für Estland nur dann ein den tatsächlichen Umständen entsprechendes Bild, wenn das landwirtschaftliche Nutzland untersucht wird. Von diesem waren in Bewirtschaftung: durch Kleinbetriebe 2 030 302 ha, und nur 686 700 ha wurden in Großbetrieben vereinigt. Dementsprechend entfielen auf den Großgrundbesitz rund 744 000 ha Wald (von insgesamt 842 000) und 526 000 ha Unland (von 630 000 ha). Die Verpachtungen des Großgrundbesitzes in Betracht ziehend, ergibt sich, daß dieser nur etwa 25% des Ökonomielandes selbst bewirtschaftete, während 75% sich in bäuerlicher Nutzung befanden.

## 2. Die Agrarreformen.

Durch das Agrargesetz vom 10. Oktober 1919 ist in ESTLAND die in jahrhundertlangem organischen Wachstum gewordene Lagerung der Betriebsgrößen ebenso vernichtet, wie durch die Gesetze vom 16. September und 21. Dezember 1920 in LETTLAND. Die Agrargesetze bedeuten einen fundamentalen Eingriff in die bisherige soziale und wirtschaftliche Gestaltung der Länder und müssen sich bei der landwirtschaftlichen Produktion auswirken. Inhaltlich decken sich die Gesetze der beiden Staaten vollkommen. Durch sie sind sämtliche Rittergüter, Landgüter und Pastoratsländereien enteignet worden, ebenfalls der den Besitzeinheiten zugehörige Wald, sowie in Lettland die Höfe der seit 1905 angesiedelten deutschen Kolonisten, die in Kurland eine Fläche von rund 40 000 ha einnahmen. Zusammen mit dem Lande verfiel der Enteignung das landwirtschaftliche Inventar und der größte Teil der den Gütern gehörigen Industriebetriebe. Diese sind nur insoweit nicht enteignet worden, als sie Erzeugnisse der örtlichen Landwirtschaft verarbeiten oder Bedürfnisse der örtlichen ländlichen Bevölkerung befriedigen. Die Entschädigungsfrage ist nur formal, nicht tatsächlich gelöst. Der durch die Güterenteignung gebildete staatliche Landfonds soll der Stärkung des Bauerntums dienen. Vermehrung lettisch-estnischer Kleinwirtschaften ist das Ziel. Die neu zu gründenden Parzellen dürfen eine gewisse Größe, in Lettland 27 und in Estland 50 ha, nicht überschreiten. Das Siedlermaterial wird nach politischen, nur in zweiter Linie nach ökonomischen Gesichtspunkten bestimmt und klassifiziert. Die Siedler sind in Lettland in fünf Kategorien geteilt. Ebenso wie in Estland ist auch hier in erster Reihe nicht maßgeblich die Qualifikation zum Kolonisten, sondern das militärische Verdienst um den Staat. Die Bestimmung, daß zum gesetzlich vorgeschriebenen „allernotwendigsten Inventar“ ein Pferd nicht zu gehören braucht, zeigt wie niedrig die Anforderungen an die Leistungsfähigkeit bemessen sind. In beiden Staaten wird nicht das gesamte enteignete Land der inneren Kolonisation zur Verfügung gestellt, sondern ein Teil bleibt in Form von Musterwirtschaften in staatlicher Bewirtschaftung. Charakteristisch ist es, daß hinsichtlich der auf dem enteigneten Besitz ruhenden Rechte und Pflichten bestimmt wird, daß die Rechte auf den Staat übergehen, während die Pflichten von ihm nur in beschränktem Umfange übernommen werden. Eine Besonderheit der estländischen Agrarregelung ist es, daß die Neusiedler ihre Parzellen zu Eigentum oder Pacht erwerben können. Die hierdurch bedingten Nachteile sind bereits deutlich zutage getreten.

Eine kritische Beurteilung der Reform, deren Inhalt im Rahmen dieses Länderberichtes nur angedeutet werden konnte, soll nicht gegeben werden. Ihre Zweckmäßigkeit bzw. Unzweckmäßigkeit ist ohnehin auf Grund der unten darzustellenden Auswirkungen erkennbar.

Die Durchführung der Reform kann heute im wesentlichen als beendet gelten. In LETTLAND hatte 1922 der staatliche Landfonds eine Größe von 1 654 748 ha, von denen am 1. Januar 1925 1 233 707 ha genutzt wurden

(Altwirtschaften, Altpachten, Neuwirtschaften, Varia). In E S T L A N D sind von den rund 2 428 000 ha Großgrundbesitz 2 346 500 ha, d. h. 96,6% enteignet. Von dem enteigneten Lande entfielen 82,5% auf den Großgrundbesitz, 10,2% auf städtische Ländereien, 2,9% auf die ehemalige russische Agrarbank, 2,3% auf die Kirche und 2,1% auf ständischen Besitz. Vom Staatslandfonds sollen 1 142 000 ha Wald und Unland nicht verteilt werden, 540 800 ha sind den auf dieser Fläche sitzenden Kleinpächtern zur Nutzung übergeben und nur 663 650 ha gelangen zur Aufteilung. Bis zum Jahre 1925 sind 30 820 Einheiten mit einer Fläche von 589 837 ha abgeteilt und Neusiedlern übergeben worden. Für die Bedürfnisse des Staates sind 58 412 ha ausgeschieden worden. Nach diesen Zahlen scheint die Aufteilung der Ländereien des Staatsfonds hinsichtlich der landwirtschaftlich nutzbaren Fläche beendet zu sein.

### 3. Die gegenwärtige Grundbesitzverteilung.

Die gegenwärtige Grundbesitzverteilung unterscheidet sich infolge der Agrarreform grundlegend von derjenigen der Vorkriegszeit. Von den 126 561 gezählten Höfen entfallen in E S T L A N D auf die

| Kategorie  | Zahl der Höfe | % der Gesamtzahl |
|--|---------------|------------------|
| Zu Eigentum gekaufte Höfe . . . . .                                      | 50 677        | 40,04            |
| Durch Aufteilung entstandene Siedlungshöfe . . . . .                     | 29 860        | 23,59            |
| Alte Pachthöfe . . . . .   | 17 679        | 13,97            |
| Kleine Pachthöfe auf gekauften Höfen                                     | 9 375         | 7,41             |
| Seelenlandhöfe (nur in Petschur) . .                                     | 5 104         | 4,03             |
| Vom Seelenland in Eigenbesitz vergebene Höfe (nur in Petschur) . . . . . | 4 284         | 3,39             |
| Sonstige Höfe . . . . .  | 9 582         | 7,57             |
| Insgesamt:   | 126 561       | 100,00           |

Die Aufstellung zeigt, daß die zu Eigentum gekauften Bauernhöfe weitaus an erster Stelle stehen und daß die Neusiedlungen mit 23,6% nur ein knappes Viertel der Gesamtzahl der Höfe ausmachen. Dagegen ist der Großgrundbesitz verschwunden, wodurch eine Nivellierung der Besitzverteilung gegeben ist. Dieselbe Erscheinung lehrt die Betriebsstatistik des Jahres 1925, die allerdings nur das landwirtschaftliche Nutzland berücksichtigt:

| Hektar    | Höfe   |
|-----------|--------|
| 0,5 bis 5 | 21 883 |
| 5 „ 10    | 19 420 |
| 10 „ 20   | 32 025 |
| 20 „ 30   | 23 497 |
| 30 „ 60   | 26 170 |
| 60 „ 120  | 3 220  |
| über 120  | 346    |

Die Tabelle bestätigt, daß Estland ein Land des Kleingrundbesitzes geworden ist; der Grundbesitz ist völlig demokratisiert und die überwiegende Betriebsgrößenklasse unter das Maß der durch die estländischen Verhältnisse gegebenen Norm von etwa 30 ha gedrückt. Sofern es sich um die Größenklasse von 30 bis 60 ha handelt, stehen im Regelfall gekaufte Höfe in Frage, d. h. solche, die ihre Entstehung nicht einer künstlichen und gewaltsamen Agrarpolitik, sondern den Erfordernissen der ökonomischen Verhältnisse verdanken. Die untere Grenze von 30 ha wird von 96 825 Einheiten (von im ganzen 126 561), also in 76,5% der Fälle mit einer Fläche von über 540 000 ha nicht erreicht. Die neuen Siedlungen umfassen in der Regel etwas über 20 ha, bleiben mithin erheblich unter der ökonomisch notwendigen Größe zurück. Die Zahl der weniger als 10 ha umfassenden Wirtschaften, deren Inhaber auf nebenberufliche Tätigkeit angewiesen sind, ist mit über 41 000 unverhältnismäßig groß. Die ehemaligen Großgrundbesitzer sind mit Restgütern abgefunden und wirtschaftlich gesehen zu Bauern degradiert.

Auch in L E T T L A N D sind die infolge der Agrarreform eingetretenen wirtschaftlichen und sozialen Strukturveränderungen groß. Der Umfang der bäuerlichen Altwirtschaften ist sehr verschieden, er schwankt zwischen einem durchschnittlichen Areal von 39,4 ha in Livland und 10,63 ha in Lettgallen, der landwirtschaftlich am wenigsten entwickelten Provinz Lettlands. Der Staatsdurchschnitt beträgt 21,53 ha, von denen 8,57 ha unter dem Pfluge stehen.

Die Zahl der Wirtschaften von 20 bis 39 ha beträgt 23 093 oder 12%; diejenige von 40 bis 50 ha 20 850 oder 10,76%; diejenige von 50 bis 100 ha rund 18 000 oder 9,27%; über 100 ha zählte man 2 394 d. h. 1,24% der Gesamtzahl der Wirtschaften.

Von ganz besonderem Interesse sind im Hinblick auf die stark geteilten Ansichten über die Agrarreform die Neusiedlungen, zu denen alle landwirtschaftlichen Betriebe gezählt werden, die, aus dem staatlichen Landfonds gebildet, endgültig abgegrenzt worden sind. Die Größe dieser Wirtschaftseinheiten schwankt in Lettland zwischen 2 und 20 ha. Die Zahl der Stellen mit einer Fläche bis zu 2 ha beträgt 15 833 oder 8,17%. Man wird diese Gruppe kaum zu den landwirtschaftlichen Betrieben rechnen können, da es sich hier vorzugsweise um Heimstätten in der Nähe von Städten oder um gärtnerische Kleinbetriebe handelt. Besonders stark vertreten sind die Neusiedlungen mit 2 bis 10 ha, deren Zahl 162 900 oder 32,46% beträgt. Es folgen die Neusiedlungen zwischen 10 und 20 ha, die 26,18% der Betriebe ausmachen.

Von der Gesamtfläche der aufgeteilten Ländereien haben erhalten Neusiedlungen 678 781 ha (71%), Altwirte 152 496 ha (16%); für Staatszwecke wurden 41 100 ha (4,1%) abgegrenzt, die ehemaligen Großgrundbesitzer haben 39 400 ha erhalten (4,1%), öffentliche und kulturelle Unternehmungen 17 250 ha (1,8%), Kleinwirtschaften 15 300 ha (1,6%), Städte und Flecken 7 090 ha (0,74%). Bis Januar 1925 sind in Livland, Kurland und Semgallen insgesamt 42 389 Neuwirtschaften eingeteilt worden, davon in Livland 18 430, in Kurland 12 938 und in Semgallen 11 321. Nicht aufgeteilt sind bisher etwa 290 000 ha.

Welche Wirkungen die geschilderten Verschiebungen der Besitz- und Betriebsverhältnisse in den Republiken Lettland und Estland zeitigen werden, läßt sich heute mit voller Bestimmtheit noch nicht sagen. Die Beantwortung dieser Frage hängt auf das engste zusammen mit der Entwicklung der Neuwirtschaften, die sich gegenwärtig nicht absehen läßt. Vieles deutet darauf hin, daß die Lage jener Neuwirtschaften sich zunehmend ungünstiger gestaltet. Die weitaus meisten Neugründungen haben sich noch nicht konsolidieren können, was zum Teil auf zwei aufeinanderfolgende schlechte Ernten, zum Teil aber auch darauf zurückzuführen ist, daß häufig Neuwirtschaften Leuten zugeteilt worden sind, die weder über landwirtschaftliche Kenntnisse noch auch über Inventar oder Kapital verfügen und daher häufig bestrebt sind, das ihnen zugeteilte Land abzustoßen. Auf jeden Fall bedeutet die Vernichtung der Großbetriebe in vieler Beziehung einen Rückgang der Betriebsführung, der sich unverkennbar in der landwirtschaftlichen Produktion ausgewirkt hat.

#### 4. Der Ackerbau.

Die gesamte Bodenfläche L E T T L A N D S umfaßt 6 090 272 ha. Die landwirtschaftlich genutzte Fläche wird nach den amtlichen Daten vom Jahre 1923 mit 3 364 681 ha angegeben, während forstwirtschaftlich 2 725 591 ha genutzt werden.

Nach einer Spezifikation des staatlichen statistischen Amtes ergibt sich nachstehendes Bild der landwirtschaftlichen B o d e n n u t z u n g vor dem Kriege und im Jahre 1923:

|                             | Vor dem Kriege |      | 1923        |      |
|-----------------------------|----------------|------|-------------|------|
|                             | Hektar         | %    | Hektar      | %    |
| Ackerland . . . . .         | 1 729 628      | 28,3 | 1 677 456,9 | 27,5 |
| Wiesen und Weiden . . . . . | 1 904 204      | 31,1 | 869 660,3   | 14,3 |
| Obstgärten . . . . .        | —              | —    | 20 961,6    | 0,4  |
| Insgesamt:                  | 3 633 832      | 59,4 | 3 364 681,2 | 55,3 |

Aus dieser Aufstellung ergibt sich zunächst der Rückgang des landwirtschaftlich genutzten Areals von 59,4% vor dem Kriege, auf 55,3% im Jahre 1923. Die landwirtschaftlich genutzte Fläche muß als relativ klein bezeichnet werden; während sie in Lettland nur 55,3% der gesamten Bodenfläche beträgt, werden in Estland nicht weniger als 64,6% der gesamten Fläche landwirtschaftlich genutzt. Die lettländische Landwirtschaft hat demnach noch erhebliche Ausdehnungsmöglichkeiten nach der Seite der Nutzung von Flächen, die eben noch mit minderwertigem Wald und Busch bestanden sind, oder aber als Unland angesprochen werden, von dem jedoch ein nicht unerheblicher Teil in Kultur genommen werden kann und wohl auch in absehbarer Zeit bearbeitet werden wird. Innerhalb der landwirtschaftlich genutzten Fläche ist der hohe Prozentsatz der B r a c h e auffällig, der 18,69% der gesamten Ackerfläche beträgt. Dieses ungünstige Verhältnis wird besonders durch die Provinz Lettgallen hervorgerufen, wo 25 bis 33% der Ackerfläche unter Brache stehen. Das erklärt sich aus dem in Lettgallen noch immer beibehaltenen Dreifeldersystem.

Wenn jedoch nach Abzug des lettgalischen Prozentsatzes als Durchschnitt für die höher kultivierten Provinzen Livland, Kurland und Semgallen nach immer 14% Brache nachbleiben, so ist das an westeuropäischen Maßen gemessen außerordentlich viel.

Vergleichsweise sei hier das prozentuale Verhältnis der Brache in verschiedenen Staaten angeführt:

|             |          |             |          |         |
|-------------|----------|-------------|----------|---------|
|             | Lettland | Deutschland | Dänemark | Estland |
| Brache. . . | 19%      | 7%          | 5%       | 20%     |

In Lettland verteilt sich die Anbaufläche auf die wichtigsten Kulturen wie folgt:

|         | Anbaufläche in 1000 ha: |        |        |       |            |        |
|---------|-------------------------|--------|--------|-------|------------|--------|
|         | Roggen                  | Weizen | Gerste | Hafer | Kartoffeln | Flachs |
| 1910—13 | 350,7                   | 32,6   | 190,9  | 305,9 | 79,5       | 69,6   |
| 1920    | 196,7                   | 15,7   | 123,7  | 215,5 | 49,2       | 30,5   |
| 1921    | 226,8                   | 18,6   | 146,1  | 261,6 | 58,8       | 34,1   |
| 1922    | 236,3                   | 28,5   | 156,6  | 273,4 | 69,1       | 37,7   |
| 1923    | 266,5                   | 42,8   | 178,3  | 309,2 | 79,5       | 56,5   |
| 1924    | 266,1                   | 43,0   | 179,1  | 343,3 | 74,9       | 60,5   |
| 1925    | 266,5                   | 48,1   | —      | —     | 79,1       | —      |

Als wichtig ist hervorzuheben, daß die Grundlage der Körnerwirtschaft, der Roggenbau, zurückgegangen ist; dasselbe gilt von der Gerste und Kartoffel. Ein Rückgang ist ferner beim weitaus wichtigsten Handelsgewächs, beim Flachs, festzustellen. Nur Weizen, Hafer, Erbsen haben zugenommen. Dieselbe Tendenz wird durch die Erntestatistik verdeutlicht:

|         | Erntemengen in 1000 dz: |        |        |        |          | Flachs   |       |
|---------|-------------------------|--------|--------|--------|----------|----------|-------|
|         | Roggen                  | Weizen | Gerste | Hafer  | Kartoff. | Leinsaat | Faser |
| 1909—13 | 3254,5                  | 384,9  | 1728,4 | 2790,3 | 6385,2   | 254,4    | 302,3 |
| 1920    | 1191,2                  | 106,0  | 665,5  | 1130,7 | 3748,0   | 105,8    | 95,9  |
| 1921    | 2490,0                  | 213,3  | 1414,4 | 2444,7 | 6738,2   | 158,9    | 139,1 |
| 1922    | 1738,8                  | 260,8  | 1473,9 | 2637,5 | 6751,2   | 143,1    | 170,4 |
| 1923    | 2735,6                  | 446,5  | 1311,0 | 2382,2 | 5784,1   | 163,1    | 192,2 |
| 1924    | 1993,7                  | 430,5  | 1619,2 | 2709,9 | 6757,0   | 249,0    | 261,8 |
| 1925    | 3000,0                  | 589,1  | —      | —      | 7504,5   | —        | —     |

Dementsprechend sind auch die Hektarerträge zurückgegangen.

|         | Erträge in dz pro ha: |        |        |       |          | Flachs   |       |
|---------|-----------------------|--------|--------|-------|----------|----------|-------|
|         | Roggen                | Weizen | Gerste | Hafer | Kartoff. | Leinsaat | Faser |
| 1909—13 | 9,29                  | 12,35  | 9,05   | 9,12  | 80,25    | 3,65     | 4,34  |
| 1920    | 6,08                  | 6,69   | 5,36   | 5,24  | 76,16    | 3,45     | 3,13  |
| 1921    | 11,56                 | 11,48  | 10,02  | 9,69  | 100,05   | 4,05     | 4,08  |
| 1922    | 7,35                  | 9,15   | 9,40   | 9,64  | 97,75    | 3,79     | 4,51  |
| 1923    | 10,50                 | 12,90  | 7,50   | 7,80  | 73,80    | 2,90     | 3,40  |
| 1924    | 7,50                  | 10,60  | 9,00   | 8,10  | 90,25    | 4,10     | 4,30  |

Ergänzend sei eine Berechnung des Wertes der landwirtschaftlichen Produktion (berechnet nach den mittleren Marktpreisen) wiedergegeben:

Wert der landwirtschaftlichen Gesamtproduktion  
(in 1000 Lat.)

| Kultur              | 1913    | 1922    | 1924    |
|---------------------|---------|---------|---------|
| Roggen . . . . .    | 57 962  | 34 459  | 63 679  |
| Weizen . . . . .    | 9 253   | 7 204   | 15 162  |
| Gerste . . . . .    | 36 198  | 21 242  | 37 322  |
| Hafer . . . . .     | 54 732  | 37 155  | 35 255  |
| Erbsen . . . . .    | 6 527   | 5 715   | 10 130  |
| Kartoffeln . . . .  | 38 729  | 24 380  | 46 273  |
| Leinsaat . . . . .  | 5 954   | 4 405   | 10 134  |
| Flachsfaser . . . . | 26 934  | 31 234  | 38 694  |
| Insgesamt:          | 236 289 | 165 794 | 276 649 |

Ebenso wie die Anbaufläche und Erntemengen zeigen die Hektarerträge und Wertziffern überaus starke Rückgänge in den ersten Jahren nach dem Kriege und der Agrarreform. Die letzten Jahre zeichnet ein langsames Ansteigen der Zahlen aus, die jedoch bei den Erträgen nur selten den Stand von 1909—13 erreichen. Selbst wenn die angeführten Statistiken auf vollständige Zuverlässigkeit Anspruch erheben können, muß hervorgehoben werden, daß die Gesundung des lettländischen Ackerbaues sich infolge der sog. Agrarreform überaus langsam vollzieht. Der Großbetrieb hätte die Krisis der Landwirtschaft, die infolge Okkupation, Kriegszerstörungen usw. eintrat, leichter und rascher überwunden als der wirtschaftlich schwächere Kleinbetrieb.

Infolge fortschrittlicher Betriebsführung war vor dem Kriege der Großbetrieb dem Kleinbetrieb hinsichtlich der Körnerproduktion überlegen. Folgende Zusammenstellung verdeutlicht das für Kurland (pro Hektar in dz).

|                        | Güter | Bauernhöfe |
|------------------------|-------|------------|
| Winterroggen . . . . . | 10,96 | 8,96       |
| Winterweizen . . . . . | 11,75 | 9,98       |
| Gerste . . . . .       | 10,15 | 8,70       |
| Hafer . . . . .        | 9,03  | 7,35       |

Man wird damit rechnen müssen, daß die Intensität des lettländischen Ackerbaues in Zukunft nur langsam zu steigern ist. Kapital- und Kreditmangel verlangsamen ihrerseits den Wiederaufbauprozess.

Unter allen Ackerkulturen verdient in Lettland besondere Beachtung der Flachsba u und zwar aus zwei Gründen: einmal ist Lettland bereits heute einer der wichtigsten Flachsproduzenten Europas, zum anderen ist gerade diese Kultur weiter ausdehnungsfähig, da der Flachs anbau vorzugsweise im Kleinbetrieb erfolgt. Lettlands Stellung als Flachsproduzent wird durch nachstehende Zusammenstellung des internationalen Landwirtschaftsinstituts in Rom charakterisiert. 1923 betrug die Flachsernte in:

|                            |          |              |
|----------------------------|----------|--------------|
| Polen . . . . .            | 40 900 t | Flachsfasern |
| Lettland . . . . .         | 24 630   | „ „          |
| Litauen . . . . .          | 20 100   | „ „          |
| Belgien . . . . .          | 18 350   | „ „          |
| Tschechoslowakei . . . . . | 13 670   | „ „          |
| Estland . . . . .          | 9 000    | „ „          |
| Frankreich . . . . .       | 8 600    | „ „          |

In dieser Aufstellung fehlt Rußland, doch wurde für 1923 die Weltproduktion auf ca. 190 000 t geschätzt, woraus die Bedeutung Lettlands unzweideutig hervorgeht. Da hier Klima und Boden für den Flachsbau sehr günstig sind, ist mit einer Hebung dieser Kultur zu rechnen. Die Möglichkeit ist an sich gegeben, da die Hektarerträge bisher weit hinter denen der westeuropäischen Anbauggebiete zurückbleiben. Es werden im Durchschnitt von einem Hektar geerntet:

|                        |              |             |
|------------------------|--------------|-------------|
| in Belgien . . . . .   | Flachsfasern | 1 064,70 kg |
| „ Frankreich . . . . . | „            | 573,30 „    |
| „ Lettland . . . . .   | „            | 409,50 „    |
| „ Belgien . . . . .    | Leinsamen    | 409,50 „    |
| „ Frankreich . . . . . | „            | 405,50 „    |
| „ Lettland . . . . .   | „            | 368,55 „    |

Im Rückstand ist vor allem noch die Bearbeitung des Flachses. Die schlechte Bearbeitung hat zur Folge, daß der lettländische Flachs nicht mehr als 12%, während der belgische 15% und bei Anwendung der neuesten Arbeitsmethoden sogar 20 bis 25% Fasern liefert. Auf diesem Gebiete hat der im November 1923 ins Leben gerufene lettländische Zentralverband der Flachsgenossenschaften, der ca. 70 Organisationen umfaßt, eine wichtige Aufgabe zu erfüllen. — Die Bedeutung des Flachsbauens für Lettland wird durch folgende Zahlen verdeutlicht. Die *A n b a u f l ä c h e* des Flachses beträgt in der Nachkriegszeit 1,49% (in Kurland) bis 9,32% (in Lettgallen) der ganzen Anbaufläche, im Durchschnitt mithin 5,19% (gegen 6,57% im Jahre 1913). Von der gesamten Flachs-anbaufläche entfallen 1924 auf

|                      |           |         |
|----------------------|-----------|---------|
| Livland . . . . .    | 20 600 ha | = 34,1% |
| Kurland . . . . .    | 2 600 „   | = 4,3%  |
| Semgallen . . . . .  | 7 400 „   | = 12,2% |
| Lettgallen . . . . . | 29 900 „  | = 49,4% |

Als wichtigste lettländische Flachs-anbauggebiete sind zu bezeichnen ganz Lettgallen und der nördliche Teil Lettlands, markiert durch das Dreieck Walk-Wolmar-Haynasch.

Von der Gesamtfläche bezeichnet die Statistik *ESTLANDS* 3 719 144 ha d. h. 84,9% als „produktiv“ und 660 439 ha d. h. 15,1% als „unproduktiv“. Im engeren Sinne landwirtschaftliches Nutzland stellen jedoch nur 64,4% des Gesamtareals dar, und zwar entfallen auf Ackerland etwas über 1 Mill. ha oder 23,4%, auf

Wiesen ebenfalls eine reichliche Mill. ha oder 24,0%, auf Weiden 743 000 ha, gleich 16,9%. Von 100 ha landwirtschaftlichen Nutzlandes entfallen auf

|               |          |
|---------------|----------|
| Acker . . . . | 36,33 ha |
| Wiese . . . . | 37,33 „  |
| Weide . . . . | 26,34 „  |

Bedauerlicherweise bringt die Statistik keine Angaben für die Vorkriegsjahre, so daß ein Vergleich unmöglich ist. Nur für die einzelnen Bodenfrüchte sind Berechnungen vom Jahrhundertbeginn an durchgeführt. Hiernach ist folgende Entwicklung der Anbaufläche festzustellen (in ha):

| Jahr | Winterroggen | Sommerroggen | Winterweizen | Sommerweizen |
|------|--------------|--------------|--------------|--------------|
| 1901 | 172 800      | 1 100        | 6 900        | 5 100        |
| 1910 | 174 000      | 900          | 6 700        | 4 100        |
| 1914 | 158 400      | 700          | 5 500        | 3 700        |
| 1919 | 141 700      | 2 900        | 6 900        | 6 900        |
| 1923 | 162 800      | 1 600        | 9 700        | 13 000       |
| 1925 | 151 800      |              | 10 900       |              |

| Jahr | Gerste  | Hafer   | Kartoffeln | Flachs |
|------|---------|---------|------------|--------|
| 1901 | 131 800 | 129 300 | 76 800     | —      |
| 1910 | 138 900 | 135 200 | 80 100     | 45 100 |
| 1914 | 119 700 | 136 200 | 74 000     | 36 100 |
| 1919 | 108 500 | 139 900 | 56 400     | 15 700 |
| 1923 | 123 300 | 152 800 | 72 800     | 30 600 |
| 1925 | 144 800 | 150 300 | 68 900     | 45 700 |

Die Entwicklung ist nicht einheitlich. Im allgemeinen ist das Jahr 1919 als Tiefpunkt zu bezeichnen. Nur für Sommerroggen und Sommerweizen gilt diese Feststellung nicht. Die Anbaufläche von Winterroggen, Kartoffeln und Flachs war dagegen stark zurückgegangen. Im übrigen ist die Entwicklung der Landwirtschaft vor dem Kriege durch die Wirtschaftspolitik Rußlands bedingt. Die Statistik zeigt nämlich im ganzen eine Konstanz, keine nennenswerte Ausdehnung der Anbauflächen. Dies ist zurückzuführen auf die starke Konkurrenz des inner-russischen Marktes, die die baltische Landwirtschaft dazu zwang, sich in erhöhtem Maße der Viehzucht zuzuwenden. Diese nahm im ersten Jahrzehnt des 20. Jahrhunderts einen bedeutenden Aufschwung.

Der Prozentsatz der Anbaufläche der einzelnen Bodenfrüchte zum gesamten Ackerland ist tiefergreifenden Schwankungen nicht unterworfen gewesen. Er beträgt für Winterroggen 1916 16,44; 1919 16,42; 1923 16,48%; für Gerste in den entsprechenden Jahren 19,39; 13,29 und 12,78; für Hafer 20,87; 17,20; 15,47; für Kartoffeln 7,23; 6,95 und 7,32; für Flachs 3,11; 1,75 und 3,09. Besonders bezeichnend ist die Kurve für Hafer und Flachs.

Hinsichtlich der Ernteerträge ergibt sich für  
Roggen:

| Jahre   | Gesamtbetrag in t |  | Mittlerer Ertrag pro ha in kg |  |
|---------|-------------------|--|-------------------------------|--|
|         | absolut           |  | absolut                       |  |
| 1919—23 | 161 167,2         |  | 1 036                         |  |
| 1924    | 138 470,5         |  | 868                           |  |
| 1925    | 182 562,7         |  | 1 179                         |  |
|         | in %              |  | in %                          |  |
| 1919—23 | 100,0             |  | 100,0                         |  |
| 1924    | 85,9              |  | 83,7                          |  |
| 1925    | 113,3             |  | 113,8                         |  |

Bezeichnend ist die starke jährliche Schwankung der Erträge pro ha und infolgedessen des Gesamtertrages. Dasselbe gilt in noch höherem Maße vom  
Weizen:

| Jahre   | Gesamtbetrag in t |  | Mittlerer Ertrag pro ha in kg |  |
|---------|-------------------|--|-------------------------------|--|
|         | absolut           |  | absolut                       |  |
| 1919—23 | 8 206,6           |  | 1 051                         |  |
| 1924    | 6 924,6           |  | 860                           |  |
| 1925    | 13 027,9          |  | 1 195                         |  |
|         | in %              |  | in %                          |  |
| 1919—23 | 100,0             |  | 100,0                         |  |
| 1924    | 84,4              |  | 81,8                          |  |
| 1925    | 158,7             |  | 113,7                         |  |

Die Kurve der Gerstenerträge weist eine größere Gleichmäßigkeit auf:

| Jahre   | Gesamtbetrag in t |  | Mittlerer Ertrag pro ha in kg |  |
|---------|-------------------|--|-------------------------------|--|
|         | absolut           |  | absolut                       |  |
| 1919—23 | 110 208,2         |  | 923                           |  |
| 1924    | 120 595,1         |  | 970                           |  |
| 1925    | 115 159,5         |  | 1 003                         |  |
|         | in %              |  | in %                          |  |
| 1919—23 | 100               |  | 100                           |  |
| 1924    | 109,4             |  | 105,1                         |  |
| 1925    | 104,5             |  | 108,7                         |  |

H a f e r ist in den Erträgen pro ha bedeutend zurückgegangen. 1925 auch im Gesamtertrag:

| Jahre   | Gesamtbetrag in t |  | Mittlerer Ertrag pro ha in kg |  |
|---------|-------------------|--|-------------------------------|--|
|         | absolut           |  | absolut                       |  |
| 1919—23 | 134 762,3         |  | 902                           |  |
| 1924    | 140 457,4         |  | 846                           |  |
| 1925    | 126 611,2         |  | 842                           |  |

| Jahre   | Gesamtbetrag in t | Mittlerer Ertrag pro ha in kg |
|---------|-------------------|-------------------------------|
|         | in %              | in %                          |
| 1919—23 | 100               | 100                           |
| 1924    | 104,2             | 93,8                          |
| 1925    | 94,0              | 93,3                          |

Besonders schwerwiegend ist für Estland, das klassische Land des Kartoffelanbaues, der Rückgang dieser Kultur.

#### Kartoffeln:

| Jahre   | Gesamtbetrag in t | Mittlerer Ertrag pro ha in kg |
|---------|-------------------|-------------------------------|
|         | absolut           | absolut                       |
| 1919—23 | 698 993,4         | 10 422                        |
| 1924    | 675 411,5         | 10 035                        |
| 1925    | 649 707,9         | 9 427                         |
|         | in %              | in %                          |
| 1919—23 | 100               | 100                           |
| 1924    | 96,6              | 96,3                          |
| 1925    | 92,9              | 90,5                          |

Von ungleich geringerer Bedeutung als für Lettland ist in Estland der Flachsba u. Die Anbaufläche konnte 1925 gesteigert werden, hat jedoch den Vorkriegsdurchschnitt (47 000 ha) noch nicht erreicht. Folgende Übersicht verdeutlicht die Entwicklung bis 1925.

#### Flachs-anbaufläche

|         |           |
|---------|-----------|
| 1900—09 | 47 000 ha |
| 1922    | 23 950 „  |
| 1923    | 30 650 „  |
| 1924    | 30 400 „  |
| 1925    | 36 000 „  |

Der durchschnittliche Jahresertrag an Flachssamen betrug im Zeitraum 1900—09 15 000 t, 1922 ungefähr 8 740 t, 1925 12 375 t; der Ertrag an Flachsfasern für dieselben Zeiträume betrug 16 700 t, 9 585 t und 12 623 t.

Nach Schätzungen der amtlichen Statistik läßt sich der Wert der Ernte von 1924 (abzüglich der Saat) auf rund 20 Milliarden Emk schätzen, wovon 8,9 Milliarden auf Getreide, 5,3 auf Feldheu, 3,5 auf Hackfrüchte und 2,3 auf Flachs entfallen. Der Ertragwert von Wiesenheu wurde auf 2,9 Milliarden Emk geschätzt.

Es ist, wie oben angedeutet, für Estland nicht möglich, die Ernteerträge der Nachkriegsjahre mit denen des ersten Jahrzehntes dieses Jahrhunderts zu vergleichen. Immerhin lassen sich auf Grund der Anbauflächenstatistik gewisse Schlüsse ziehen. Über die Hektarerträge sagt die Statistik nur wenig aus. Als Basis der Indexberechnung ist das Jahrfünft 1919—23 gewählt. Sehr viel zweckmäßiger wäre der Zeitraum 1909—13 gewesen. Statistisch nicht zu belegen, aber mit Sicherheit anzunehmen ist, daß die Hektarerträge durch die Kriegszeit und

vor allem durch die Agrarreform sehr erheblich gedrückt worden sind. Es steht außer Frage, daß die Bewirtschaftung auf den Großbetrieben ehemals intensiver war, als sie heute auf den Parzellen der Neusiedler ist. Umfangreiche Enqueten führen zu dieser Feststellung. So heißt es in einer neueren Untersuchung, zwar für Lettland, aber mit dem Hinweis, daß die Ausführungen auch für Estland Geltung haben: „Die Felder der Neuwirte machen einen kläglichen Eindruck auf die Beschauer und das Fehlen des zum geordneten Betriebe einer Wirtschaft notwendigen toten und lebenden Inventars läßt den Ertrag der landwirtschaftlichen Produktion herabgehen. Es bedeutet dies die Rückkehr zur Stufe der Hauswirtschaft, weil der Ertrag der Produktion nicht soviel erbringt, daß die Produkte zum Verkauf an den Markt gelangen können.“ Dasselbe wird für Estland ausgeführt: „Der Produktionsrückgang wird durch die Zerschlagung der großen Güter herbeigeführt. Die neuen Kleinwirtschaften können also nach sechs Reformjahren nicht die Städte des Landes mit dem erforderlichen Brotgetreide versorgen.“ usw. Mehr als diese allgemeinen Angaben sind wir bedauerlicherweise zu machen nicht in der Lage. Sie genügen jedoch zur Charakterisierung der gesamten Situation der estländischen Landwirtschaft.

Besondere Beachtung verdienen die oben mitgeteilten Ziffern über die Kartoffelerträge. Vor dem Kriege wurde infolge der klimatischen und Bodenstruktur in den Großbetrieben der Kartoffelbau intensiv kultiviert und der Produktionsertrag in landwirtschaftlichen Nebenbetrieben zu Spiritus weiterverarbeitet. Durch die Zerschlagung des Großgrundbesitzes ist gerade der Kartoffelbau schwer geschädigt worden. Abgesehen davon, daß die Anbaufläche der Vorkriegsjahre nicht nur nicht erreicht ist, sondern dauernd sinkt (1910 — 80 100 ha, 1925 — 68 900 ha), geht die Statistik von zu günstigen Prämissen aus, da der als 100 gewählte Durchschnitt der Jahre 1919—23 bereits im Vergleich zum Stande der Vorkriegsjahre einen empfindlichen Rückgang darstellt. Der Rückgang des Kartoffelbaues ist eine Erscheinung, die sehr ungünstig auf die Ertragsfähigkeit des gesamten Ackerbaues einwirken muß.

## 5. Die Viehzucht.

Die Viehzucht L E T T L A N D S hat durch den Krieg und die Vernichtung des Großgrundbesitzes außerordentlich stark und nachhaltig gelitten. Das spiegelt sich deutlich wieder in den Bestandszahlen für 1920 und 1921. In den letzten Jahren sind die klaffenden Lücken quantitativ geschlossen worden. Der Pferdebestand ist sogar größer als der von 1913; die Zahl der Schafe hat 1923 um rund 50% gegenüber 1913 zugenommen, eine Erscheinung, die unmittelbar auf die Veränderung der Betriebsgrößen zurückzuführen ist. Die im ganzen immer noch gesteigerte Bedeutung der Schafzucht ist als Ausdruck überwiegenden Kleinbetriebes und einer Extensivierung der Viehzucht anzusehen. Auf der anderen Seite ist die Schweinezucht sowie die Rindviehhaltung zurückgegangen, doch ist

seit 1922 ein ununterbrochenes Steigen der Ziffern festzustellen. Die Entwicklung wird durch folgende Tabelle verdeutlicht (in 1000):

Viehbestand Lettlands 1913 — 1926.

|                    | Pferde | Rindvieh | Schafe | Schweine |
|--------------------|--------|----------|--------|----------|
| 1913               | 320,0  | 912,0    | 996,0  | 557,0    |
| 1920               | 261,0  | 768,0    | 978,0  | 481,0    |
| 1921               | 282,5  | 799,5    | 1132,0 | 482,0    |
| 1922               | 303,0  | 810,5    | 1161,5 | 402,0    |
| 1923               | 341,2  | 910,9    | 1488,2 | 487,3    |
| 1924               | 340,2  | 905,0    | 1235,0 | 458,0    |
| 1925 <sup>1)</sup> | 351,9  | 915,8    | 1181,6 | 497,1    |
| 1926 <sup>1)</sup> | 365,0  | 955,0    | 1152,0 | 521,0    |

Der Viehbestand für 1924 verteilt sich auf die einzelnen Provinzen wie folgt:

|              | Pferde | Rindvieh | Schafe | Schweine |
|--------------|--------|----------|--------|----------|
| Livland . .  | 101,0  | 342,0    | 375,0  | 151,3    |
| Kurland . .  | 65,0   | 158,0    | 261,1  | 94,0     |
| Semgallen .  | 76,2   | 189,0    | 272,2  | 101,4    |
| Lettgallen . | 98,0   | 216,0    | 326,7  | 111,3    |
| Zusammen .   | 340,2  | 905,0    | 1235,0 | 458,0    |

Es ist geboten, hervorzuheben, daß die in den beiden letzten Tabellen mitgeteilten Zahlen die Lage der lettländischen Viehzucht nur unvollkommen charakterisieren. Die ausschließlich zahlenmäßige Darstellung der Entwicklung der letzten Jahre gibt ein zu günstiges Bild, denn es ist zu berücksichtigen, daß die Güte des Viehs sich im Vergleich zur Vorkriegszeit wesentlich gemindert hat. Die Qualitätsverschlechterung vor allem des Hornviehs wird von Sachkennern immer wieder betont und ist tatsächlich nachweisbar. Es liegen die Verhältnisse auf diesem Gebiet ähnlich wie in Estland (vergl. unten S. 299).

Die Viehzucht ESTLANDS hat quantitativ weniger gelitten als in Lettland. Der Tiefpunkt im Jahre 1920 ist überwunden, das Vorkriegsniveau im ganzen (auch beim Rindvieh und den Schweinen) erreicht bzw. sogar überschritten. Die Statistik gibt folgende Übersicht der Entwicklung in den Jahren 1914—25 (die Hunderte abgerundet):

|      | Pferde  | Rindvieh | Schafe  | Schweine |
|------|---------|----------|---------|----------|
| 1914 | 164 500 | 478 500  | 518 400 | 274 500  |
| 1916 | 178 200 | 518 800  | 620 800 | 304 200  |
| 1920 | 160 400 | 439 500  | 528 400 | 255 800  |
| 1925 | 209 100 | 522 300  | 688 300 | 320 300  |

Ganz deutlich hebt sich das Jahr 1920 ab. Estland zählte damals nur 97,5% des Pferdebestandes von 1914 und 91,9% des Rindviehbestandes desselben Jahres.

<sup>1)</sup> Nichtamtliche Zahlen.

Eine geringfügige Zunahme wies nur die Schafhaltung auf, die 1925 sogar um 32,8% den Bestand von 1914 übertrifft. Gegenwärtig (1925) haben auch die Pferde-, Rindvieh- und Schweinebestände das Vorkriegsniveau überschritten und zwar um 27,1; 9,2 und 16,7%. Die Zunahme des Hornviehs ist ausschließlich auf die Vermehrung des Kuhbestandes (1920 bis 1925 = 43,0%) zurückzuführen, während beispielsweise die Kälber unter 1 Jahr eine Abnahme von 119% (1920—25), die Ochsen von 1 Jahr und darüber eine solche von 55,7%, die Stiere verschiedenen Alters einen Rückgang von 4,9 bis 14,9% im gleichen Zeitraum zu verzeichnen haben. Günstig liegen die Verhältnisse bei der Schafzucht, hier weisen die Lämmer 1920—25 eine Zunahme von 42,3%, die Schafe im Alter von 1 Jahr und mehr eine solche von 21,1% auf. Ähnlich bei den Schweinen. Die Zunahme der Ferkel bis 6 Monate beträgt 35,9%, der Schweine über 6 Monate aber nur eine solche von 8,6%. Die Zahlen sind sehr illustrativ, beweisen sie doch, daß die Rindviehzucht im Rückgang begriffen ist, die dem Kleinbetrieb eigentümliche Schweine- und Schafzucht sich jedoch stark ausbreitet.

Das aus der Statistik gewonnene Bild unterliegt ebenso wie bei Lettland einer tiefgreifenden Korrektur, sofern nicht nur die Quantitätsverschiebungen, sondern auch die Veränderungen der Qualität des Viehs untersucht werden. Vor dem Kriege wurde vom Großgrundbesitz eine rationelle Zucht von Rasserindvieh betrieben. Es handelt sich um das schwarz-weiße Friesenrind und um rote Angler. Je nach der wirtschaftlichen Lage und der Nähe guter Zuchtherden war auch das Bauernvieh mit einer dieser Kulturrassen aufgekreuzt. Vorbedingung der Rasseviehhaltung ist eine entwickelte Wiesenkultur. Durch den Krieg und die Agrarreform sind die Grundlagen der einst blühenden Zucht von Rassevieh vernichtet. Die Herden der Großbetriebe sind aufgeteilt: z. T. auf die staatlichen Mustergüter, auf landwirtschaftliche Genossenschaften und Vereine, z. T. auf andere Personen, die das Vieh auf dem Wege des Meistgebots erworben haben. Der Übergang von Rassevieh in die Hände von Neuwirten, selbst von altingesessenen Bauern muß zu seiner Vernichtung führen, da im Kleinbetrieb nicht die notwendige Fütterung und Stallung vorhanden ist. In Estland läßt sich, wie in Lettland, die Zahl des Rasseviehs im Verhältnis zum gesamten Viehbestand statistisch nicht genau erfassen. Immerhin weisen die staatlich subventionierten Viehzuchtvereine, die den weitaus größten Teil des Rasseviehs umfassen, nur 758 Reinblutstiere und 20 317 reinblütige Kühe auf. Überwiegend herrscht heute die „Landrasse“ vor, bei der es sich nicht um einen einheitlichen Schlag handelt, sondern um eine heterogene Menge von Tieren, „die sich durch gewisse positive, allen Landschlägen eigentümliche Qualitäten, wie Gesundheit, relativ hohe Verwertung minderwertiger Futtermittel, hohen Fettgehalt der Milch, auszeichnen, aber auch die entsprechenden Nachteile — geringer Milchertrag, niedriges Körpergewicht — aufweisen“. Da das Heu der estländischen Buschwiesen und Moorländereien (die rationelle Wiesenkultur ist durch die Aufteilung des Großgrundbesitzes auch hier sehr stark zurückgegangen) nur dem Landvieh Genüge leistet, wird estnischerseits die Aufzucht der „Landrasse“ propagiert. Das bedeutet

bewußte Abkehr von der Zucht von Reinbluttieren. Es ist aus diesem Grunde begreiflich, daß die Viehproduktivität gesunken ist. Laut Angaben der Kontrollvereine, deren es vor dem Kriege in Estland 25 gab und deren Zahl 1924 auf 111 angestiegen ist, ergibt sich folgendes Bild (kontrolliert wurden 1921 1,6% aller Kühe, 1924 7,2%):

| Jahre   | Zahl der Herden | Anzahl der Kühe | Milchertrag pro Kuh in kg | Fettgehalt % | Butterfett in kg |
|---------|-----------------|-----------------|---------------------------|--------------|------------------|
| 1912/13 | 138             | 11 266          | 2 634                     | 3,31         | 87,2             |
| 1913/14 | 198             | 15 656          | 2 689                     | 3,29         | 88,5             |
| 1921/22 | 330             | 5 689           | 1 651                     | 3,55         | 58,6             |
| 1922/23 | 752             | 11 970          | 1 901                     | 3,58         | 68,0             |
| 1923/24 | 1471            | 18 865          | 1 871                     | 3,60         | 67,5             |

Die Tabelle ist in mehrfacher Hinsicht typisch: sie zeigt die große Zersplitterung der Herden und die hieraus resultierenden Verschiebungen der Milcherträge. Eine direkte Folge der Verminderung des Rasseviehs ist der rapide Rückgang des Milchertrages pro Kuh, der etwa 30% beträgt. Eine ähnliche Entwicklung weist der Fettgehalt bei der Buttererzeugung auf, obgleich der Fettgehalt der Milch eine steigende Tendenz aufweist.

## 6. Die Milchwirtschaft.

In L E T T L A N D läßt sich im allgemeinen eine aufsteigende Entwicklung konstatieren. Die Zahl der Molkereien vermehrte sich von 16 im Jahre 1920 auf 650 im Jahre 1925. Interessant ist die Feststellung, daß bei den lettländischen Meiereien die mechanische Triebkraft an Bedeutung gewinnt. Darüber unterrichtet folgende Zusammenstellung für die beiden letzten Jahre:

|                                | 1. I. 1925 | 1. I. 1926 |
|--------------------------------|------------|------------|
| Dampfbetrieb . . . . .         | 88         | 172        |
| Dampfturbinen . . . . .        | 7          | 8          |
| Elektrischer Antrieb . . . . . | 18         | 25         |
| Naphthamotoren . . . . .       | 13         | 64         |
| Pferdegöpel . . . . .          | 20         | 24         |
| Wasserkraft . . . . .          | 3          | 3          |
| Handbetrieb . . . . .          | 399        | 379        |

Hierdurch ist der Prozentsatz der mit mechanischer Triebkraft ausgerüsteten Meiereien seit dem 1. Januar 1925 von 27,1% auf 43,8% gestiegen. Mit der Entwicklung des Meiereiwesens stieg auch die Butterausfuhr, deren Wert im Jahre 1925 die Rekordziffer von rund 100 Millionen Lat erreichte, wobei zu bemerken ist, daß nur 15% der Gesamtproduktion zur Ausfuhr gelangen, während Dänemark 85% seiner Gesamtproduktion ausführt. Einen hervorragenden Anteil an der Entwicklung des lettländischen Meiereiwesens nimmt der Zentralverband der Genossenschaftsmolkereien ein, der 1925 63,11% der Butterausfuhr im Werte von 18,9 Mill. Lat stellt, d. h. ein Zehntel der Gesamtausfuhr Lettlands. Laut

Rig. Rundschau gehörte ein Drittel der milchverarbeitenden Unternehmungen dem Zentralverbande an mit im ganzen 17 000 Wirtschaftseinheiten. 1925 wurden in den dem Verbande angeschlossenen Meiereien 109,4 Mill. kg Milch verarbeitet und 4 437 600 kg Butter sowie 36 500 kg Käse hergestellt.

Wenn auch die Butterausfuhr nach dem Holz- und Flachsexport zu einer der wichtigsten Einnahmequellen des Landes geworden ist, so muß doch gesagt werden, daß die bisher erzielten Resultate im Vergleich mit der Zahl des Rindviehs, die mit rund 1 911 000 Stück die Vorkriegshöhe erreicht hat, als bescheiden bezeichnet werden müssen. Die lettländischen Bestände müßten den dreifachen Ertrag an Butter liefern, und auch dann würde er hinter dem westeuropäischen Maß zurückstehen.

In E S T L A N D zeigt die Milchwirtschaft folgendes Bild. Die vor dem Kriege recht bedeutende Käseherstellung ist in starkem Rückgang begriffen. Es werden holländische (Edamer) und Schweizer (Emmentaler) Käsesorten erzeugt. Die letzteren, die vornehmlich auf der Insel Ösel hergestellt werden, gelangen überwiegend zur Ausfuhr. Diese betrug 1921 2 089 Pud und 1924 nur noch 530 Pud, ein sprechendes Zeugnis des Verfalls der Käseproduktion, der wohl in der Hauptsache auf die Vernichtung der Großbetriebe zurückzuführen ist.

Eine entgegengesetzte Entwicklung weist die Butterproduktion auf, die nicht nur den Inlandsmarkt voll befriedigt, sondern darüber hinaus einen ungemein wichtigen Exportartikel stellt. Durch die Exportkontrolle der Regierung ist eine Hebung der Butterqualität nur teilweise erreicht worden. Um diesen Zweig der landwirtschaftlichen Produktion zu heben, gewährt der Staat den Meiereigenossenschaften bedeutende Darlehen, die bis zum Januar 1926 113,2 Mill. Emk betragen haben. Laut Bericht des Estländischen Generalkonsulats in Berlin arbeiten für die Ausfuhr 179 Meiereigenossenschaften und 93 Privatmeiereien. Der Schwerpunkt der Butterproduktion ruht also auf den Genossenschaften, deren Zahl rasch im Steigen begriffen ist, während die Privatbetriebe sowohl ihrer Anzahl als auch der Produktionsmenge nach an Bedeutung verlieren. 1924 arbeiteten 93 Privatmeiereien, 1925 nur noch ca. 80, auf die 16% der gesamten Milchproduktion entfiel, gegen 20% im Vorjahre. 1924 waren in Estland insgesamt 272 Meiereigenossenschaften in Betrieb. 1925 wurde an Exportbutter hergestellt:

|  |          |            |      |        |
|--|----------|------------|------|--------|
| Zusammen von den Meiereigenossenschaften | I. Sorte | 59 660 Faß | oder | 54,66% |
|  | II. „    | 47 563 „   | „    | 43,58% |
| davon im Inland verbraucht . . . . .     |          | 1 924 „    | „    | 1,76%  |
| Zusammen von den Privatmeiereien         |          | 20 428 Faß |      |        |
| oder 100% . . . . .                      | I. Sorte | 8 638 „    | „    | 42,28% |
|  | II. „    | 10 730 „   | „    | 53,51% |
| davon im Inland verbraucht . . . . .     |          | 860 „      | „    | 4,21%  |

Über die Gesamtbutterproduktion Estlands sind exakte ziffernmäßige Angaben nicht zu erlangen, da nur die Exportbutter einer genauen Registrierung

unterliegt. Doch ist man estländischerseits hinsichtlich der künftigen Entwicklung der Buttererzeugung optimistisch. Bedenken können jedoch in Anbetracht der hohen Gesteungskosten der Milchproduktion nicht unterdrückt werden. Diese bedrohen die Rentabilität des Butterexports. Der Preisrückgang der estländischen Exportbutter ist schneller vor sich gegangen, als die allgemeine Preisentwicklung auf dem Weltmarkt, insbesondere erzielt im Gegensatz zu früher heute die lettländische Butter z. B. in Deutschland und England höhere Preise. Es ist diese Erscheinung zu einem nicht geringen Teil auf die Verschlechterung der estländischen Butterqualität zurückzuführen. Bei der einseitigen Einstellung der Landwirtschaft auf die Viehzucht und die Verarbeitung von Viehzuchtprodukten muß eine ungünstige Preisgestaltung auf dem Buttermarkt sich überaus nachteilig auswirken. Ob es gelingt, die Qualität zu heben und ferner die Produktionskosten zu senken, ist unter den obwaltenden allgemeinen landwirtschaftlichen Verhältnissen zweifelhaft. Es wirkt sich auch hier wieder die Agrarreform aus: in der Vorkriegszeit hatte in Estland der Kartoffelbau weiteste Verbreitung gefunden. Die durch die Verarbeitung in Brennereien gewonnene Schlempe gab ein ausgezeichnetes Viehfutter, so daß sich auf Gütern mit Brennereibetrieben die Milchproduktion rentierte. Mit dem Rückgang der Spiritusbrennerei sind naturgemäß die Viehhaltungskosten erheblich gestiegen, ein Moment, das auf die Butterherstellung von bedeutendem Einfluß geworden ist.

### III. Die Forstwirtschaft.

#### I. Die Waldbestände.

Wie einleitend bemerkt, finden sich in Estland und Lettland große Waldbestände. Die Baumarten sind in beiden Staaten annähernd die gleichen. Friederichsen charakterisiert sie wie folgt: „Wo Wald erscheint, wird er meist aus Nadelholz gebildet, seltener aus Laubhölzern . . . Im Nadelholzwald herrschen Kiefer und Fichte teils in reinen, teils in gemischten Beständen. In den Laubwäldern sind die reinen Bestände viel seltener und dann auch der Fläche nach kleiner. Sehr häufig begegnet man Mischwäldern. Vom deutschen Wald unterscheidet sich der Wald Est- und Lettlands vor allem dadurch, daß er auf einer tieferen Kulturstufe steht. Das im Durchschnitt bereits kühlere Klima macht sich im Bestande vor allem dadurch geltend, daß von den Nadelhölzern die Edeltanne und von den großblättrigen Laubhölzern die Rotbuche nicht mehr vorkommt. Dafür erscheint als an das Klima gut angepaßt die Birke in ziemlicher Verbreitung. In der Überflutungszone der nacheiszeitlichen Meere sind Bruchwälder und Sumpferlen- und Birkenbestände vorherrschend.“

In L E T T L A N D nimmt die Kiefer ungefähr die Hälfte aller Waldungen ein und ist einer der wichtigsten Exportartikel des Landes. Sie ist meist astfrei, schlank aufgewachsen und engringig. An Qualität wird die Rigaer Sägeware allein durch das Archangelsker Exportmaterial übertroffen. Nächst wichtig sind die

Fichte mit 27% und die Birke mit 15% des gesamten Waldbestandes, während Erle und Espe, Esche und Eiche zusammen rund 8% stellen.

Für E S T L A N D ergibt der Durchschnittsbestand der Wälder folgendes Bild (in Prozent): Tannen 42, Kiefern 21, Birken 19, Erlen 10, Linden 7, verschiedene 1. Nach der Bonität stellen beim Nadelwald 1,8% Wälder I. Klasse dar, 10,0% entfallen auf die II. Klasse, 42,7% auf die dritte, 26% auf die vierte und 19,2% auf die fünfte und sechste Klasse. Die erste Klasse des Laubwaldes macht 5,4% der Laubwaldbestände aus, die zweite und dritte 43,7%, die vierte bis sechste 40,9%. Entsprechende Angaben für Lettland fehlen.

Die W a l d f l ä c h e Estlands beträgt nach amtlichen statistischen Angaben 816 200 ha, von denen 70,3% oder 573 669 ha Nadelwald und 29,7% oder 242 531 ha Laubwald sind. Die W a l d f l ä c h e Lettlands betrug 1921 mit 1 820 000 ha 28% der Gesamtfläche. Am 1. September 1924 ist die Waldfläche auf 1 517 600 ha = 24% der Landesfläche heruntergegangen.

## 2. Die Nutzung.

In L E T T L A N D sind fast 85% des Waldlandes Staatswald, nur 14% sind Privatwald. Die überragende Bedeutung der S t a a t s w ä l d e r ist eine direkte Folge der Agrarreform. Im Zeitraum 1921 bis 1925 hat sich die Fläche des Staatswaldes um rund 100 000 ha verkleinert und beträgt nunmehr 1 440 000 ha. Diese Verschiebung ist größtenteils durch Überweisung von Wald an den Landfonds (Neuwirtschaften) entstanden. Obgleich hierdurch der Privatwald vergrößert worden ist, scheidet er doch volkswirtschaftlich aus, da die Siedler die kleinen Waldparzellen schnell abforsten, jedenfalls nicht in der Lage sind, sie rationell zu bewirtschaften. Für die heimische Holzversorgung und die Ausfuhr kommen somit nur die Staatsforsten in Betracht, die 1 224 000 ha Nadelholz und 306 000 ha Laubholz umfassen.

Auch in E S T L A N D liegt die Nutzung der Wälder nach der Landenteignung in den Händen des Staates. Nach der amtlichen Statistik von 1923 waren 84,2% aller Waldbestände (759 932 ha) S t a a t s f o r s t e n. Für eine geregelte Forstwirtschaft kommt aus den oben angeführten Gründen nur dieses Areal in Frage, nicht dagegen die den Neusiedlern zugeteilten kleinen Waldstücke. Von den Staatsforsten sind in Estland 75,2% Nadelwald und 24,8% Laubwald. Was das A l t e r d e r B a u m b e s t ä n d e anbelangt, so gibt die Forstverwaltung folgende Zahlen an (Hunderter abgerundet):

| S t a a t s l a u b w ä l d e r |           |            |              |
|---------------------------------|-----------|------------|--------------|
| 1—20 Jahre                      | 42 000 ha | d. h.      | 22,4%        |
| 21—40 „                         | 41 700 „  | „          | 22,2%        |
| 41—60 „                         | 42 200 „  | „          | 22,5%        |
| über 60 „                       | 61 800 „  | „          | 32,9%        |
| Zusammen                        |           | 187 700 ha | d. h. 100,0% |

### Staatsnadelwälder

|            |                 |                         |
|------------|-----------------|-------------------------|
| 1—20 Jahre | 88 000 ha d. h. | 17,1%                   |
| 21—40 „    | 109 800 „ „     | 21,3%                   |
| 41—60 „    | 113 200 „ „     | 21,9%                   |
| 61—80 „    | 112 700 „ „     | 21,8%                   |
| 81—100 „   | 78 200 „ „      | 15,2%                   |
| 101—200 „  | 13 800 „ „      | 2,7%                    |
| Zusammen   |                 | 515 700 ha d. h. 100,0% |

Bei dieser Alterszusammensetzung der Wälder hat der Staat eine jährliche Hiebsnorm von 9328 ha festgesetzt, wobei auf die Nadelwälder 5170 und auf die Laubwälder 4158 ha jährlich entfallen. Von fachmännischer Seite wird sowohl gegen diese Hiebsnorm, wie gegen die herrschende veraltete Nutzungsart des sog. „Flächenfachwerks“ mit natürlicher Verjüngung (Kahlschlaghiebe) angekämpft. Man weist mit Recht darauf hin, daß die Wälder bereits im Kriege sehr stark in Anspruch genommen wurden. Die Russen hatten zu Beginn des Krieges für fünf Jahre vorausgehauen, d. h. 40 000 Desjatinen, und diese Flächen sind entweder ganz kahl oder nur mit niedrigem Buschwerk bestanden, mit anderen Worten nicht Waldland im forstlichen Sinne. Dasselbe gilt von etwa 240 000 Desjatinen Unland, die in den oben angeführten 816 000 ha z. T. mit enthalten sind. Die Hiebsnorm dürfte mithin unbedingt zu hoch gegriffen sein. Die Abforstung gerade der besten Bestände ist forstwirtschaftlich nicht zu rechtfertigen. Dazu kommt noch, daß die Schlagnorm tatsächlich bedeutend überschritten wird. Als Gesamtergebnis konnte bereits 1923 im estländischen Parlament festgestellt werden, daß 35 000 Desjatinen abgeholzter Fläche unkultiviert geblieben sind, da die Aufforstung hinter der Abforstung zurückbleibt. Besonderes Aufsehen hat der sog. *Valutaverkauf* von rund 6000 Desjatinen bester Waldbezirke an Ausländer im Jahre 1924/25 erregt, der zwecks Stützung der Währung vorgenommen wurde. Es ist hierdurch ein weiterer außerplanmäßiger Abtrieb bedingt, der von forstwirtschaftlichem Standpunkte auf das Schärfste zu verurteilen ist. Fassen wir das Gesagte zusammen, so läßt sich kaum leugnen, daß vom Staat in den estländischen Wäldern aus finanziellen Motiven eine systematische Raubbauwirtschaft getrieben wird.

Ganz ähnlich liegen die Dinge in L E T T L A N D. Auch hier hat die Nutzung der Wälder zu starken Bedenken Anlaß gegeben. Man hat die Wälder übermäßig ausgebeutet, teils um die zahlreichen Neusiedler mit Bauholz zu versorgen, teils um vermittelst forcierten Holzexports die Handelsbilanz und das Budget zu balancieren. Von 1920—25 sind den Jungwirten an Bauholz folgende Mengen verabfolgt worden: 1920/21 12% des geschlagenen Holzes, 1921/22 18%, 1922/23 32%, 1923/24 39%, 1924/25 26%! Es ist also ein sehr bedeutender Teil der lettländischen Holznutzung von der Agrarreform beansprucht worden. Die hohen Anforderungen bewirken es, daß in Lettland die Hiebsnorm zu hoch festgesetzt werden muß. Hält man an der bisherigen Praxis fest, so muß sich das forstwirtschaftlich nachteilig

auswirken, und dies um so mehr, als die Norm auf Grund der besten Schläge festgelegt worden ist. Die bisherige Forstpolitik hat zur Folge gehabt, daß die Verteilung der Altersklassen sich in ungünstiger Richtung verändert hat. Ein Vergleich des Altersklassenverhältnisses 1921 und 1924 ergibt, daß das wertvolle Altholz der Nadelbestände (über 80 jährige Bestände) sich absolut um 13% vermindert hat. Bei rationeller Forstwirtschaft muß die von hiebsreifen Beständen eingenommene Fläche mindestens 18% der gesamten Waldbestände ausmachen; in Lettland beträgt sie dagegen nur 12%. Einschränkung der Hiebe und stärkere Aufforstung sind für die baltischen Staaten die wichtigsten Forderungen der Forstpolitik. Zunächst hält sich jedoch die Kulturtätigkeit in sehr engen Grenzen. Künstlich aufgeforstet wurden 1921/22 2324 ha, 1923/24 5986 ha und 1924/25 9422 ha gegenüber der jährlichen Schlagnorm von 10 300 ha. Der natürlichen Verjüngung ist eine Fläche von 55 500 ha überlassen. Diese Verhältnisse sind unzureichend. Wenn sie nicht geändert werden, stehen Lettland und Estland in absehbarer Zeit einem Mangel an ausgereiften Beständen gegenüber. Es würde beispielsweise in Lettland die nutzbare hieb reife Waldfläche bei einer Schlagnorm von 8500 ha Nadelholz (in Wirklichkeit beträgt sie über 10 000 ha) nach 20 jährigem Hiebe auf kaum die Hälfte der jetzt noch zur Verfügung stehenden Menge und auf kaum 40% der normalen Altersklassenfläche herabsinken.

## IV. Bergbau und Kraftstoffgewinnung.

Estland und Lettland verfügen über eine Reihe wichtiger Rohstoffe, die zum Teil der **K r a f t s t o f f g e w i n n u n g** dienen. Neben dem estländischen Brennschiefer spielt in beiden Staaten die Torfgewinnung eine bedeutende Rolle. In letzter Zeit hat man begonnen, der Frage der Ausnutzung der Wasserkräfte näherzutreten. Es liegt auf der Hand, daß das Kraftstoffproblem für beide Staaten von größter Bedeutung sein muß, da sie bisher auf die Einfuhr von ausländischer Kohle angewiesen waren. Sollte es gelingen, die im Lande vorhandenen Kraftstoffquellen zu erschließen und wirtschaftlich auszunutzen, so sind damit nicht nur die Voraussetzungen für eine gedeihliche industrielle Entwicklung sondern auch für eine günstige Gestaltung der Handelsbilanz der baltischen Staaten gegeben.

### 1. Die Torfgewinnung.

L E T T L A N D und Estland besitzen ausgedehnte **T o r f m o o r e**, die der landwirtschaftlichen und industriellen Erschließung harren. Die größten Lager finden sich in Kurland, Lettgallen und Estland, während Livland mehr zurücktritt. Die meisten Moore kommen der ungünstigen Verkehrslage wegen für die Kraftstoffgewinnung in größerem Ausmaß einstweilen nicht in Frage. Die Nutzung für landwirtschaftliche Zwecke ist dagegen in weitem Umfange möglich. Eine eingehende Untersuchung ist bisher nur über die **k u r l ä n d i s c h e n T o r f l a g e r** durchgeführt worden und zwar während der deutschen Besetzung im

Kriege. Die Ergebnisse, zu denen Dr. J. Dreyer für Kurland gelangt, die aber im ganzen wohl auch für das nördliche Lettland und für Estland gelten dürften, lassen sich kurz wie folgt zusammenfassen: „In Kurland treten Moore in ziemlich großem Umfang in fast allen Guts- und Gemeindebezirken auf. Die Größe der einzelnen Moore schwankt innerhalb enger Grenzen. Moore von über 1000 ha sind selten. Ihre mittlere Mächtigkeit bewegt sich zwischen 2—4 m und erreicht oder übersteigt selten 6 m. Die Moore sind im allgemeinen ziemlich gut zersetzt aber mangelhaft entwässert. Ihr Aschgehalt ist verhältnismäßig gering. Ihr Gehalt an den wichtigsten Pflanzennährstoffen entspricht dem Mittel norddeutscher Moore.“ In Zukunft dürfte am wichtigsten die landwirtschaftliche Ausnutzung (Anlage von Wiesen und Weiden) sein; doch ist auch die Gewinnung von Brennstoff möglich. Der große Holzreichtum des Landes hat die Torfgewinnung zu Heizzwecken bisher fast ausschließlich in kleinen Handbetrieben aufkommen lassen, obgleich die Moore im allgemeinen ein brauchbares, mittelwertiges, teilweise sogar gutes Brennmaterial liefern.

Für Kurland ergab die Untersuchung Dreyers folgende Verbreitung der Moore. Ihr Umfang beträgt:

|                      |            |        |                  |
|----------------------|------------|--------|------------------|
| Flachmoore . . . . . | 131 000 ha | = 6,2% | der Gesamtfläche |
| Hochmoore . . . . .  | 64 000 „   | = 3,0% | „ „              |
| Gesamtmoorfläche . . | 195 000 „  | = 9,2% | „ „              |

Dazu kommen im kurländischen Teil des Kreises Riga: Hochmoore 9400 ha, Flachmoore 600 ha, Gesamtmoorfläche rund 10 000 ha. Gerade diese gewaltigen Hochmoore im Dreieck Riga-Mitau-Tuckum (Tirul-Moor), mit einem Gesamtumfang von 20 000 ha und einer Mächtigkeit von 3—8 m, dürften innerhalb Lettlands die größte Bedeutung beanspruchen, doch erscheint neben dem Tirul-Moor die Errichtung von fünf Kraftzentralen in den übrigen Moorbezirken, die das gesamte Kurland mit Betriebskraft zu versorgen imstande sind, wirtschaftlicher Weise möglich. Gegenwärtig wird der Bau einer Zentrale in der Nähe von Libau in Angriff genommen (Ausführung durch die Skoda-Werke).

In ESTLAND sind die natürlichen Grundlagen der Torfwirtschaft, wie angedeutet, ähnliche wie in Lettland. Während jedoch dort bei den sich verknappenden Holzbeständen, ferner bei der Notwendigkeit Holz für Exportzwecke zu verwenden, die Torfwirtschaft relativ günstige Aussichten hat, ist hier die Torfproduktion und Verwertung zu Heizzwecken unrentabel geworden und zwar durch die Einbürgerung des Brennschiefers in der Industrie und durch das Fallen der Brennholzpreise. Hierdurch ist dem Torf eine stetig wachsende Konkurrenz entstanden, die seine Bedeutung zunächst zurückgedrängt hat. Entscheidend ist, daß die Kosten der Torfproduktion zu hoch sind und daß das Endprodukt, die elektrische Energie, zu teuer wird. Wenn trotzdem die staatliche Torfindustrie weiter besteht, so hat sie das dem Rückhalt zu verdanken, den der Staat ihr verleiht. Anders die private Torfindustrie, die sich gegenwärtig in voller Liquidation befindet. Bezeichnend für die Lage der estländischen Torfindustrie sind die finanziellen

Schwierigkeiten der großen Werke von Ullila, Lecht und Ellamaa, letzteres der größte derartige Betrieb Estlands, der u. a. den elektrischen Strom für die Eisenbahnlinie Reval—Nömme liefert. Die Lage der Revaler städtischen Torfmoore ist so schwierig geworden, daß ihre Stilllegung erwogen wird.

## 2. Der estländische Brennschiefer.

Der estländische Brennschiefer, „die estländische Kohle“, hat auch im Ausland größte Beachtung gefunden. Es ist auf einem Gebiete von rund 2000 qkm abbauwürdiger Brennschiefer vorhanden und zwar im nördlichen Teil des Landes zwischen Jewe und Wesenberg. Auf Grund eingehender Untersuchungen schätzt man den Gesamtvorrat auf 2 bis 2,5 Milliarden t, was bei einem Ölausbringen von 25% einem Ölgehalt von 500 Mill. t entspricht. Der durchschnittliche Heizwert des Brennschiefers beläuft sich auf 3300 bis 3500 Kalorien (bei der dritten Sorte auf 2600 Kalorien). Sein relativer Heizwert wird durch folgenden Vergleich verdeutlicht:

|              | Holz | Torf   | Estl. Brennschiefer | Steinkohle | Braunkohle |
|--------------|------|--------|---------------------|------------|------------|
| Feuchtigkeit | 25%  | 20—28% | 15%                 | 5%         | 50—66%     |
| Asche . . .  | 1%   | 4%     | 40%                 | 10%        | 4—11%      |
| Heizwert .   | 3000 | 3200   | 3500                | 7300       | 2000       |

Von größter Bedeutung ist, daß der Brennschiefer weiter verarbeitet werden kann, wodurch seine Verwertungsmöglichkeiten steigen. Im Wege des Schwelens ergibt estländischer Ölschiefer bis zu 20% Öl. Die Destillationsfabrik des Staates ergab im Laufe dreijähriger Tätigkeit 1,5 t Rohöl aus 7,5 t Brennschiefer. Neuerdings sind in den Revaler Hafenerkstätten Versuche mit einer neuen Retorte zum Verschwelen des Schiefers gemacht worden, die so günstige Resultate gezeitigt haben, daß eine ausländische Kapitalgruppe eine Aktiengesellschaft gegründet hat, um den Schwerpunkt ihrer bereits bestehenden Konzession auf die Gewinnung von Ölen aus Brennschiefer nach dem neuen Verfahren zu legen. Als tägliche Produktionsleistung sind 10 000 Pud Brennschiefer vorgesehen. — Bei Weiterdestillierung des Öls gewinnt man in einer Menge von 30—35% Pech, das seinen Eigenschaften nach mit dem als besten der Welt geltenden Trinidad-Asphalt zu konkurrieren vermag. Das destillierte Öl ist flüssig, von leichtem spezifischen Gewicht und heller Farbe und brennt in Naphthamotoren ohne Schwierigkeiten. Des weiteren wird aus dem Öl Benzin, Schmieröl u. a. hergestellt. Die in der Art von Zement zu einem feinen Pulver zermahlene Asche des Brennschiefers eignet sich ohne weitere Zusätze als Bindestoff. Deshalb findet der Brennschiefer weitgehende Verwendung in der estländischen Zementfabrikation, wo er nicht nur als Brennstoff, sondern auch an Stelle des Kalkes Verwendung findet. Die größte Bedeutung hat aber der estländische Brennschiefer als Heizmittel in unverarbeitetem Zustande oder als Brennöl erlangt. In den letzten Jahren haben sich die Produktionsziffern des Rohschiefers in den staatlichen Brennschieferwerken wie folgt erhöht:

|         |               |
|---------|---------------|
| 1918/19 | 0,6 Mill. Pud |
| 1920    | 2,9 „ „       |
| 1921    | 5,8 „ „       |
| 1922    | 8,5 „ „       |
| 1923    | 12,5 „ „      |
| 1924    | 14,1 „ „      |
| 1925    | 14,6 „ „      |
| 1926    | 20,4 „ „      |

Entsprechend der Produktionssteigerung hat sich der Absatz sehr erheblich ausgeweitet. Eine starke Zunahme zeigt der Verbrauch der Eisenbahnen (21,5 Mill. Pud), die nunmehr vollkommen auf Brennschieferfeuerung übergegangen sind. An der Spitze der Abnehmer steht jedoch nach wie vor, 1926 mit 28,9 Mill. Pud, die Zementindustrie; die sonstigen Industrien zusammen folgen mit 11 Mill. Pud, während die kleinen Konsumenten (3,6), die Öldestillation (4,0) und der Eigenbedarf (3,0) von geringerer Bedeutung sind. Innerhalb der Öldestillation spielt die größte Rolle die Gewinnung von Rohöl, in weitem Abstand folgen Phenolat, Motornaphtha und Pech.

Die aus dem Brennschiefer gewonnenen Mengen von Rohöl weisen folgende Steigerung auf (in Pud):

|      |         |
|------|---------|
| 1921 | 7 414   |
| 1922 | 17 176  |
| 1923 | 21 922  |
| 1924 | 20 466  |
| 1925 | 161 780 |
| 1926 | 325 835 |

Wie ersichtlich, bedeutet das Jahr 1925 einen entscheidenden Wendepunkt in der estländischen Ölproduktion. Die Nachfrage nach Brennschiefer steigt dank einer großzügigen Propaganda und ökonomischen Preispolitik von Jahr zu Jahr, so daß gegenwärtig die Gruben nur schwer imstande sind, die Nachfrage zu befriedigen.

Schwierigkeiten beim Ausbau der Brennschieferindustrie macht die Arbeiterfrage. Der Mangel an Arbeitskräften ist so groß, daß die Heranziehung von Arbeitern aus dem Auslande erwogen wird. Wie groß der Arbeiterbedarf ist, geht daraus hervor, daß ihre Zahl 1919—24 von 327 auf 1800 gestiegen und in weiterer Zunahme begriffen ist.

Die Entwicklungsaussichten der Brennschieferindustrie sind im ganzen gut. Die Lage der Vorkommen ermöglicht einen Absatz in Nord- und Westeuropa. Die Konkurrenz des natürlichen Erdöls ist infolge der niedrigen Gestehungskosten des estländischen Brennschiefers tragbar. Die hohen Transportkosten können durch Weiterverarbeitung in Öl an Ort und Stelle auf Bruchteile herabgedrückt werden. Der Schwerpunkt der Gestehungskosten liegt auf der Verzinsung und Amortisation des Großkapitals, das bei dem in Estland herrschenden Kapitalmangel im Ausland gesucht werden muß.

Das Auslandskapital hat sich aber nur zögernd und bisher nur orientierend dem estländischen Brennschiefer zugewandt, z. T. aus politischen Gründen (Nähe von Sovetrußland), z. T. der ungünstigen rechtlichen Abbau-möglichkeiten wegen. Die Rechtslage ist folgende: Durch das Agrargesetz von 1919 sind die Naturschätze Estlands zum Staatseigentum erklärt worden. Die Ausbeute erfolgt entweder durch den Staat selbst oder durch Privatunternehmungen, die zur Ausbeute vom Staat auf Grund einer Konzession berechtigt sind. Es ist zuzugeben, daß der Staat mit viel Initiative die neue Industrie zu fördern sucht, aber eine Ausnutzung allein durch ihn kommt schon des gewaltigen notwendigen Kapitals wegen nicht in Frage. So sind denn eine Reihe von Konzessionen vergeben worden. Daß ihre Zahl nicht größer ist, hängt u. a. mit den Bestimmungen des estländischen Berggesetzes zusammen, das die Betätigung privater Gesellschaften erschwert.

Immerhin haben sich bereits jetzt ausländische Kapitalgruppen einige Konzessionen erworben. Interesse zeigen englisches, schwedisches, belgisches und deutsches Kapital. Die Bedingungen, zu denen Konzessionen bisher vergeben worden sind, seien an Hand eines Beispiels charakterisiert: Die Konzession der schwedischen Gesellschaft „Aktiebolaget Emission-Institutet“ umfaßt 10 000 ha. Dem Grundeigentümer bezahlt der Konzessionär 5000 Emk pro ha im Monat. Die Schiefergruben sind innerhalb eines Jahres einzurichten und nach Ablauf der ersten drei Jahre muß die Ausbeute mindestens 300 000 t Brennschiefer jährlich erreichen. Nach Ablauf von sieben Jahren wird die Menge auf 500 000 t pro Jahr erhöht. Der Konzessionär ist verpflichtet, jährlich 10% der Rohproduktion bzw. 5% vom destillierten Öl an den Staat abzuliefern. Die Konzessionsdauer ist auf 50 Jahre festgesetzt.

Bisher hat unter den Konzessionsunternehmungen die „Nordische Zellstoff-fabrik“ die eifrigste Tätigkeit entfaltet. Sie schürft Brennschiefer zur Beheizung ihrer großen Fabrik in Reval. In der Nähe befindet sich die „Estnische Steinöl A. G.“, die Schiefer in geringeren Mengen fördert. Die englische Gesellschaft „Oil Chale Development“ in Vanamois verarbeitet den Schiefer in Rohöl und weiter in Benzin, Dieselöl und Pech. Die anderen Konzessionsunternehmungen beschränken sich z. Zt. noch auf Voruntersuchungen.

### 3. Die Wasserkräfte.

Für die Zukunft kann die Ausnutzung der Wasserkräfte in den baltischen Staaten von Bedeutung werden.

In L E T T L A N D treten die Pläne der Elektrizitätsgewinnung aus dem Gefälle der livländischen und kurländischen Aa, der Windau, Ammat, Sale und Ewst völlig zurück hinter dem sog. D ü n a b a u p r o j e k t, das bereits vor dem Kriege im Zusammenhang mit dem Düna-Dnjepr-Kanalprojekt erörtert wurde und nunmehr konkrete Gestalt anzunehmen beginnt. Der Plan ist von der Regierung fertiggestellt, die Durchführung aber nur mit ausländischer Unterstützung in Form eines Konzessionsunternehmens möglich. Für den Plan interessiert sich eng-

lisches, deutsches, belgisches und amerikanisches Kapital. Der Ausbau der Düna zwischen Dahlen (12 km von Riga) und Kokenhusen (ca. 100 km von Riga) wird die Ausnutzung der reichen Stromschnellen des Dünagefalles, deren Gesamtstärke auf über 300 000 PS. geschätzt wird, ermöglichen und den gesamten Kraft- und Lichtbedarf Lettlands, auch im Falle erheblich gesteigerter Konsumtion, sicherstellen.

Allein bei Dahlen (Fallhöhe der Düna 21 m) können 60 000—80 000 PS. gewonnen werden, eine Energiemenge, die den gegenwärtigen Bedarf Lettlands bereits übersteigt. Die Aufgaben der neuen Zentrale sind folgende: 1. Riga und Umgebung mit Elektrizität zu Beleuchtungszwecken zu versorgen, 2. die Industrie des Rigaer Rayons mit Antriebskraft zu versehen und 3. die zur Elektrisierung der Strandbahnen (Riga-Badeorte am Rigaschen Meerbusen) erforderliche Energie zu liefern.

Falls das Projekt realisiert wird — und das liegt durchaus im Bereich der Möglichkeit — vermag sich Lettland von der westeuropäischen Kohle zu befreien. Dies würde die Struktur des lettländischen Außenhandels nicht unwesentlich beeinflussen; andererseits würden die natürlich-technischen Grundlagen der Rigaer Industrie gebessert werden, was den 1914—24 aufgehaltene Industrialisierungsprozeß beschleunigen würde. Für die Gegenwart und die nächsten Jahre ist jedoch mit einer wesentlichen Verschiebung der Kraftstoffgrundlage Lettlands noch nicht zu rechnen.

In E S T L A N D können der Elektrizitätsgewinnung die Wasserkräfte der N a r o w a und einiger anderer kleinerer Flüsse dienstbar gemacht werden. Die Stärke der Wasserkräfte Estlands wird auf 170 000 PS. geschätzt, davon entfallen 80 000 PS. allein auf die Narowafälle. Die praktisch zu verwertende Leistungsfähigkeit der projektierten Kraftstation bei Narwa soll nach Berechnungen von Siemens-Schuckert 62 000 PS. betragen. Die Kosten sind auf 1,5—2 Milliarden Emk berechnet, die Bauzeit auf fünf Jahre veranschlagt, da an der Narowa und am Peipussee Regulierungsarbeiten vorgenommen werden müssen. Da der Ausbau der Narowafälle durch den estländischen Staat oder die estländische Wirtschaft aus eigener Kraft nicht durchgeführt werden kann, muß a u s l ä n d i s c h e s K a p i t a l herangezogen werden. Die Vergebung der Konzession ist noch nicht erfolgt, doch scheinen mehrere englische Firmen am meisten Aussicht auf Berücksichtigung zu haben.

## V. Die Industrie.

### 1. Die Industrie vor dem Kriege.

Die L E T T L Ä N D I S C H E I n d u s t r i e vor dem Kriege war nur ein Teil der gesamtrussischen Industrie. Ihr stand ein weiter Absatzmarkt zur Verfügung; der Hang zum Großen war vorherrschend; die Industrie Rigas, die dem Lande ihren Stempel aufdrückte, war Großindustrie. Die Gummiindustrie beschäftigte z. B. in drei Betrieben 15 000 Arbeiter, der Maschinenbau und verwandte

Zweige in 49 Betrieben 20 000 Arbeiter, die Textilindustrie in 19 Betrieben 10 000 Arbeiter usw. Im ganzen zählte man in Riga 1913 372 Betriebe mit 88 000 Arbeitern und einem Jahresumsatz von 220 290 000 Goldrubel. Außerhalb Rigas handelte es sich überwiegend um Klein- und Mittelbetriebe.

Ähnlich lagen die Dinge in E S T L A N D, wo die Textilindustrie in Narwa, die Holzverarbeitung in Pernau und die Maschinenindustrie sowie der Schiffsbau sich in Reval konzentrierten. Auch hier handelt es sich ausgesprochen um eine Großindustrie. Die kleinen industriellen Betriebe waren über das ganze Land verstreut.

## 2. Der Krieg.

Der Krieg wirkte sich auf die Industrien Estlands und Lettlands nicht gleichartig aus. Während die estländische Industrie nur teilweise unter den direkten Einwirkungen des Krieges zu leiden hatte (Vernichtung der Zellstoffabrik Waldhof bei Pernau), andererseits sogar durch Heereslieferungen gefördert wurde, brachte der Krieg, abgesehen von der Industrie Libaus, die Vernichtung der lettländischen Großindustrie. 1915/17 wurde die berüchtigte „Evakuat ion“ aller wichtigen Rigaer Betriebe in das Innere Rußlands durchgeführt, d. h. der größte Teil der Maschinen und beweglichen industriellen Anlagen mußte abmontiert werden. Nur teilweise ist es gelungen, die rigasche Industrie in Rußland selbst wieder aufzubauen. Diese tief einschneidende Maßnahme bedingte die Abwanderung eines großen Teils der Arbeiterbevölkerung, und auf diese Tatsache ist auch der Rückgang der Bevölkerungszahl Rigas zurückzuführen. Die Einwirkung der Frontnähe tat ein Übriges, so daß die Bevölkerung im Jahre 1917 nur noch 210 000 Personen betrug, gegenüber 515 000 im Jahre 1914.

## 3. Der Wiederaufbau.

Mit der Konstituierung der baltischen Staaten setzt 1920 der Aufbau der Industrie ein. Relativ am wenigsten hatten die ländlichen Industriezweige gelitten und die Industrie Libaus, am meisten die Industrien in Riga und Mitau. In Estland nimmt Pernau eine Sonderstellung ein. Ganz allgemein bedeutete der Bolschewikeneinfall 1919 eine schwere Schädigung der baltischen Industrie. Es galt nunmehr einen Wiederaufbau in großem Maßstabe in die Wege zu leiten. Auch in Estland war eine durchgreifende Reorganisation notwendig, da die ehemals für die russische Marine errichteten Revaler Großbetriebe den neuen Verhältnissen angepaßt werden mußten.

Der Aufbau bzw. die Reorganisation der lettländisch-estländischen Industrie mußte auf die mittlerweile veränderte Wirtschaftsstruktur beider Staaten Rücksicht nehmen. Es handelt sich hier einerseits um das Problem der Rohstoffgrundlage und Heizmittelbeschaffung, andererseits um das Absatzproblem. Schon vor dem Kriege waren die wichtigsten Industriezweige nicht auf den im Lande vorhandenen Rohstoffen aufgebaut; das gilt beispielsweise von der Rigaer Gummiindustrie (Prowodnik), dem Maschinenbau

und der Metallverarbeitung in Riga und Reval und überwiegend auch von der estländischen Textilindustrie, die mit auswärtigen Rohstoffen arbeiteten. Allgemein wurden auch auswärtige Heizmittel verwendet. Die Kohle kam fast ausschließlich aus England, Eisen und andere Metalle vornehmlich aus Schweden. Die Großindustrie hatte vor dem Kriege eine natürliche Existenzberechtigung insofern, als sie auf der Frachtenpolitik ausländischer und russischer Reeder beruhte. Es darf jedoch nicht verkannt werden, daß sie ferner auch nur dank der protektionistischen Wirtschaftspolitik Rußlands und dank der günstigen Absatzverhältnisse sich günstig entwickelte.

Gerade die Absatzverhältnisse haben sich in der Nachkriegszeit aber grundlegend verändert. Während früher die lettländische und estländische Großindustrie überwiegend nicht für den heimischen Markt arbeitete, sondern darüber hinaus weite Teile Rußlands mit Halb- und Fertigprodukten aller Art versorgte, ist dies heute nicht mehr der Fall. Die aufstrebende Entwicklung der russischen Volkswirtschaft, die steigende Kaufkraft der russischen Bevölkerung in Verbindung mit der Hochschutzzollpolitik des russischen Reiches, sicherten der baltischen Industrie steigenden Absatz und im letzten Jahrzehnt vor dem Kriege eine günstige Konjunktur. So waren mithin damals die Vorbedingungen zu einer Großindustrie in weitem Umfange gegeben. Anders heute. Der russische Absatzmarkt ist durch die staatliche Verselbständigung Estlands und Lettlands und durch die monopolistische Außenhandelspolitik Sovet-Rußlands, sowie durch den Niedergang der russischen Volkswirtschaft verlorengegangen. Dem Westen gegenüber befindet sich die baltische Industrie insofern in einer schwierigen Lage, als sie neue Absatzgebiete erst erobern muß, was bei der herrschenden wirtschaftlichen Depression nur bedingt und teilweise gelungen ist. Während man in Estland bemüht ist, die bestehende Großindustrie zu erhalten und hier infolgedessen das Absatzproblem von entscheidender Wichtigkeit ist, hat man in Lettland in richtiger Erkenntnis der wirtschaftlichen Gesamtlage von einem Wiederaufbau der alten großindustriellen Unternehmungen Abstand genommen. Die heutige lettländische Industrie ist überwiegend Mittel- und Kleinindustrie, die sich auf heimische Rohstoffe stützt. Es empfiehlt sich deshalb nicht von einem Wiederaufbau, sondern, soweit Lettland in Frage steht, von einem Neuaufbau der Industrie zu sprechen. Ein Wiederaufbau der alten Großindustrie ist in Lettland auch aus anderen Gründen unmöglich: Abgesehen von dem Kapitalmangel und der Kreditknappheit fehlt es an den notwendigen Fabrikeinrichtungen, die im Kriege nach Rußland evakuiert wurden und trotz der Bestimmungen des Lettländisch-Russischen Friedensvertrages vom 2. September 1920 nicht rückgeliefert worden sind.

#### 4. Die Gegenwartslage.

Ehe zu einer statistischen Darstellung der lettländischen und estländischen Industrie geschritten wird, sei kurz die Gesamtlage derselben skizziert. Wir wählen hierzu die Verhältnisse Estlands, die, soweit die Einwirkungen der Inflation und der späterhin einsetzenden Kreditrestriktion in Frage kommen, auch für Lettland

Gültigkeit beanspruchen können, dagegen ist die überragende Rolle des Staates als Unternehmer in der Hauptsache für die estländischen Verhältnisse typisch.

In E S T L A N D ist man, wie angedeutet, von vornherein bestrebt gewesen, die großen Betriebe der Vorkriegszeit mit allen verfügbaren Mitteln in Gang zu halten. Gleichzeitig sind aber Tausende neuer kleiner und mittlerer Industriebetriebe entstanden. Sie lebten samt und sonders von Darlehen der Bank von Estland, die solange Geld in die dem Niedergange geweihten industriellen Unternehmungen steckte, bis sie selbst im Jahre 1924 dem Nichts gegenüberstand und das Land haarscharf am Rande einer wirtschaftlichen Katastrophe stand.

Die zu diesem Zeitpunkt einsetzende Kreditrestriktion dämmte die Gründungswut erheblich ein und veranlaßte die Großunternehmungen, ihre Betriebe den Verhältnissen anzupassen, d. h. nur mit halber Kraft zu arbeiten. Eine weitere Folge der Krediteinschränkungen war der Zusammenbruch zahlreicher schlecht fundierter und noch schlechter geleiteter industrieller Unternehmungen, — ein Prozeß, der noch immer nicht abgeschlossen ist und die sonderbare Erscheinung nach sich gezogen hat, daß in einem ausgesprochen kapitalarmen Lande die Einlagen in den Banken und Sparkassen rasch anwachsen. Das frei gewordene Kapital, das sich aus dem Zusammenbruch industrieller und kaufmännischer Unternehmungen hat retten können, verzichtet auf Placement in der Industrie, da diese keine genügende Verzinsung zu bieten imstande ist. Einer der besten Kenner der estländischen Wirtschaft bestätigt, daß es heute in Estland kaum ein industrielles Unternehmen gibt, das eine Dividende zahlen und keins, das eine Verzinsung des investierten Kapitals zum bankmäßigen Zinsfuß zu gewährleisten imstande ist.

Damit ist die Gesamtsituation der estländischen Industrie gekennzeichnet. Die weitaus meisten Großunternehmungen arbeiten nur noch mit halber Kraft, wenngleich bemerkt werden muß, daß es einigen von ihnen gelungen ist, den Export, wenn auch nur in bescheidenem Maßstab, zu entwickeln. Besser steht es um die mittleren und kleinen Unternehmungen, die für den heimischen Bedarf arbeiten. Freilich müssen diese mit dem Geldmangel und der geringen Konsumkraft der Bevölkerung rechnen. Die Klage über mangelnde Absatzmöglichkeiten ist allgemein.

Ein Umstand, welcher der erfolgreichen Entwicklung der großen Privatunternehmungen abträglich ist, wird in der Konkurrenz von seiten der staatlichen Betriebe gesehen, die im Wirtschaftsleben Estlands eine überaus große Rolle spielen. Der Ostexpress vom 17. Juni 1926 charakterisiert jene Situation wie folgt: „Der estnische Staat hat sich von seiner Gründung an mit Erfolg bemüht, das direkte Staatseigentum möglichst zu vergrößern. So wurde der größte Teil der enteigneten Ländereien, besonders der Waldbestand Estlands als Staatseigentum erklärt. Ferner gingen alle von Sovetrußland nach dem Dorpater Frieden 1920 ausgelieferten privaten Wertobjekte in das Eigentum des Staates über (Schiffe, evakuierte Maschinen, Wertpapiere, die aus den estländischen Banken verschleppt waren usw.). Das Ergebnis dieser Finanzpolitik war, daß das Vermögen des Staates gegenwärtig größer ist, als das aller seiner Bürger zusammen.“

Der estländische Staat betreibt als Unternehmer eine ganze Reihe von gewerblichen Unternehmungen: Eisenbahnen, Post und Telegraph, die Hafenerwerbstätten in Reval, die Kochtelschen Brennschiefergruben und das dortige Öldestillationswerk, die Torfindustrie, die Gesellschaft zur Gewinnung von künstlichem Phosphor, die Waldwirtschaft, die Überlandzentrale Ellamaa u. a. m. In der Brennschieferindustrie wurden 1925 von der staatlichen Industrie 15 Mill. Pud Brennschiefer, von der privaten nur 3 Mill. gefördert. In der Torfindustrie bestand das Verhältnis von 15 000 Qu. Faden zu 4000 Qu. Faden. Die staatlichen Holzbetriebe bearbeiteten 2500 Desjatinen von der insgesamt 8000 Desjatine großen Abholzfläche des letzten Jahres.

Diese Zahlen zeigen das große Übergewicht der staatlichen Betriebe, zu denen in letzter Zeit auch noch die drei großen Werften Revals mit ihren ausgedehnten Anlagen hinzugekommen sind. Zieht man noch in Betracht, daß alle diese Betriebe mit zinslosen Darlehen arbeiten, während der in Estland für private Unternehmen übliche Satz 15—20% beträgt, daß sie von allen Steuern befreit sind, Vorzugstarife genießen und bei allen staatlichen Aufträgen bevorzugt werden, so erhellt hieraus, wie schwer es für die Privatunternehmungen ist, sich neben den privilegierten Staatsbetrieben zu halten. Die gefährliche Konkurrenz der Staatsbetriebe soll auch der Hauptgrund dafür sein, daß sich die Privatunternehmungen in der Brennschieferindustrie nicht recht vorwagen, da die in allem bevorzugte Kochtelsche Brennschiefergrube und Öldestillation auf die Dauer jede Konkurrenz totmachen kann. Den staatlichen Betrieben stehen die großen Genossenschaften nahe, die in der E. T. K., dem Zentralverband der estnischen Konsumvereine, zusammengeschlossen sind und ähnliche Vergünstigungen wie die Staatsbetriebe genießen.

Der Einfluß des Staates macht sich nicht nur in der mächtigen Position der rein staatlichen Betriebe geltend, sondern darüber hinaus durch Investierung staatlicher Gelder in der Volkswirtschaft. Nach amtlichen Angaben des Finanzministeriums betragen die Investitionen 1921 50,0 Emk, 1922 197,0, 1923 510,5, 1924 613,5, 1925 405,5 und 1926/27 (voraussichtlich) 401,5 Mill. Emk, insgesamt also 2178,0 Mill. Emk. Zusammen mit den Staatsbetrieben erhöht sich diese Summe auf rund 3 Milliarden Emk, wodurch es, wie gesagt, möglich wird, die Privatwirtschaft in ihrer Tätigkeit weitgehend zu beeinflussen. Es ist wohl kaum zuviel gesagt, wenn die gegenwärtige Industriepolitik Estlands als eine staatskapitalistischen Tendenzen nahestehende charakterisiert wird. In dieser Richtung bewegen sich auch die Bestrebungen, das staatliche Monopolwesen auszubauen. Der Staat beabsichtigt zum 1. Januar 1927 ein Monopol auf Tabak, Tabakerzeugnisse, Streichhölzer und Bier einzuführen. Als wichtigstes Motiv wird eine Erhöhung der Staatseinnahmen angegeben. Ob diese Bestrebungen bei der schon ohnehin dominierenden Stellung des Staates im estländischen Wirtschaftsleben zu rechtfertigen sind, muß bezweifelt werden, abgesehen von den Nachteilen, die jedes Monopol als solches mit sich bringt.

Trotz aller Bevorzugungen arbeiten die staatlichen Betriebe mit Ausnahme der Post mit Defizit, was teilweise auch auf Mißbräuche und Mißgriffe in ihrer Geschäftsführung zurückzuführen ist. Da diese Unterschüsse nun irgendwie gedeckt werden müssen, so sind in den letzten sechs Jahren ca. 6 Milliarden Emk. als Darlehen an Staatsbetriebe ausgegeben worden, während das Gesamteinkommen des Staates aus direkten Steuern in derselben Zeit nur 2,7 Milliarden Emk. betrug. Es hat also in den ganzen letzten Jahren eine fort dauernde Entnahme von Kapital aus der estländischen Volkswirtschaft zugunsten nichtrentabler Staatsbetriebe stattgefunden.

## 5. Statistische Darstellung der Industrie.

Da in ESTLAND die Betriebsstatistik bisher nur sehr unvollkommen ausgebaut ist, müssen wir uns ergänzend auf die Statistik der Industriinspektoren stützen. Nach ihr weisen die Zahlen der Betriebe folgende Veränderungen auf:

|                                     | Zahl der Betriebe 1921—24 |      |      |      |
|-------------------------------------|---------------------------|------|------|------|
|                                     | 1921                      | 1922 | 1923 | 1924 |
| Textil und Bekleidung . . . . .     | 124                       | 175  | 272  | 296  |
| Papier und Buchdruck . . . . .      | 73                        | 96   | 128  | 133  |
| Holzbearbeitung . . . . .           | 111                       | 188  | 194  | 215  |
| Leder . . . . .                     | 70                        | 96   | 153  | 165  |
| Steine und Erden. . . . .           | 56                        | 87   | 69   | 80   |
| Metallbearbeitung . . . . .         | 103                       | 128  | 250  | 275  |
| Chemische Industrie. . . . .        | 17                        | 34   | 42   | 47   |
| Nahrungs- und Genußmittel . . . . . | 289                       | 391  | 434  | 486  |
| Andere Industriezweige . . . . .    | 53                        | 77   | 113  | 170  |
| Insgesamt:                          | 875                       | 1292 | 1655 | 1867 |

Das Bild, das sich aus der Tabelle ergibt, die auf absolute Exaktheit nicht Anspruch erheben kann, vielmehr nur die Entwicklungstendenzen charakterisieren will, veranschaulicht einen scheinbar sehr günstigen Eindruck: die unaufhaltsame Zunahme der Zahl der Betriebe, eine Zunahme, die sich ziemlich gleichmäßig auf alle Industriezweige erstreckt. Eine Ausnahme bildet nur die Industrie der Steine und Erden, die 1923 einen Rückgang aufzuweisen hat, der 1924 jedoch fast wieder aufgeholt worden ist. Im übrigen zeigen die Textilindustrie, die Holzindustrie und die Lederindustrie eine Zunahme um das Doppelte, die Metallbearbeitung eine solche von mehr als anderthalb, die chemische Industrie und die Restgruppe eine Steigerung um das Dreifache. Geringer ist die Zunahme bei der Nahrungs- und Genußmittelindustrie.

Die Zahl der Betriebe allein genügt jedoch nicht zur Beurteilung der estländischen Industrieentwicklung. Sie muß in Parallele gesetzt werden zu den Ziffern der beschäftigten Arbeiter und Angestellten.

## Zahl der Arbeiter in der estländischen Industrie

|                                     | 1921—1924 |       |       |       |
|-------------------------------------|-----------|-------|-------|-------|
|                                     | 1921      | 1922  | 1923  | 1924  |
| Textil und Bekleidung . . . . .     | 6333      | 9940  | 10389 | 9160  |
| Papier und Buchdruck . . . . .      | 2736      | 3890  | 4039  | 3772  |
| Holzbearbeitung . . . . .           | 2403      | 5237  | 4228  | 3613  |
| Leder . . . . .                     | 792       | 1286  | 1474  | 1255  |
| Steine und Erden . . . . .          | 3504      | 5893  | 3573  | 2523  |
| Metallbearbeitung . . . . .         | 11306     | 8016  | 7869  | 7515  |
| Chemische Industrie . . . . .       | 574       | 967   | 1024  | 1364  |
| Nahrungs- und Genußmittel . . . . . | 2334      | 3729  | 3804  | 4069  |
| Andere Industriezweige . . . . .    | 1462      | 6397  | 3866  | 4362  |
| Insgesamt:                          | 31445     | 45355 | 42266 | 38733 |

Es ist deutlich erkennbar, daß die Kurve in einer Wellenbewegung verläuft: 1921/22 Aufstieg, 1923/24 Abfall. Das gilt für die Gesamtzahlen der beschäftigten Arbeiter wie für die einzelnen Industriezweige mit Ausnahme der Nahrungs- und Genußmittel-, wie der chemischen Industrie. Eine besondere Entwicklung weist die metallbearbeitende Großindustrie auf, die nicht einmal an dem Konjunkturaufschwung von 1921 und 1922 teilgenommen hat. Die Zahl der Betriebe und der in ihnen beschäftigten Arbeiter kombiniert, ergibt die Durchschnittszahl der in einem Betriebe Beschäftigten. Diese ist seit 1921 ständig im Sinken begriffen und betrug 1922 42,6; im darauffolgenden Jahre aber nur noch 25,5; 1924 sogar bloß 20,9. Wir können somit für Estland dieselben Tendenzen feststellen, wie wir sie unten für Lettland kennenlernen werden: Vermehrung der Zahl der Betriebe, bei gleichzeitigem Rückgang der beschäftigten Arbeiter, d. h. relativ starke Zunahme kleiner und kleinster Betriebe.

Ihrer Größe nach, an der Arbeitszahl gemessen, verteilten sich die Betriebe folgendermaßen:

| Arbeiterzahl  | Betriebe |      | Arbeiter |       |
|---------------|----------|------|----------|-------|
|               | 1923     | 1924 | 1923     | 1924  |
| weniger als 5 | 994      | 1200 | 2447     | 2842  |
| 5—50          | 554      | 562  | 7946     | 8472  |
| 51—100        | 43       | 43   | 3084     | 2926  |
| 101—500       | 49       | 51   | 10074    | 10867 |
| 501—1000      | 9        | 7    | 6477     | 5420  |
| über 1000     | 7        | 5    | 12215    | 9235  |

Somit gehören 64% der der Fabrikinspektion unterstellten Betriebe zur Kleinindustrie mit weniger als 5 Arbeitern. Die Zahl dieser Kleinbetriebe hat ferner ebenso wie die der Mittelbetriebe (5—50 Arbeiter) zugenommen, während die Betriebe, die mehr als 50 Arbeiter beschäftigen, entweder konstant geblieben sind oder sogar wie die großen Betriebe mit über 500 beschäftigten Arbeitern ab-

genommen haben. Genau die gleiche Entwicklung ist hinsichtlich der Arbeiterziffern zu beobachten.

Die estländische Industrie erhält also immer ausgeprägter den Charakter einer Mittel- und Kleinindustrie. Es entspricht diese Entwicklung der allgemeinen volkswirtschaftlichen Situation, insbesondere den veränderten Absatzbedingungen. In einzelnen Industriezweigen (Metall, Textil) herrschen allerdings die Großbetriebe vor.

Ogleich, wie oben bemerkt, die Industrie L E T T L A N D S sehr viel größere Strukturveränderungen erfahren hat als die estländische, ermöglicht es uns die Beschaffenheit des statistischen Materials dennoch, einen Vergleich der Gegenwartslage mit dem Vorkriegsstand durchzuführen. Das Annuaire statistique de la Latvia pour l'annee 1924 gibt eine Gegenüberstellung der Industrieunternehmen Lettlands der Jahre 1910 und 1920/24. Gerade durch diesen Vergleich werden die Strukturveränderungen besonders deutlich.

Zahl der Betriebe. Zunahme (+) oder Abnahme (—) der Betriebe

| Industriezweige                                     | 1910 | 1920 | 1924 | 1925 <sup>1)</sup> | 1920 zu | 1924 zu | 1925 zu |
|---|------|------|------|--------------------|---------|---------|---------|
|   |      |      |      |                    | 1910    | 1920    | 1924    |
| Textilindustrie . . . . .                           | 52   | 81   | 361  | 379                | — 29    | +280    | + 18    |
| Papier- und polygraph.<br>Industrie . . . . .       | 79   | 61   | 139  | 142                | — 18    | + 78    | + 3     |
| Holzindustrie . . . . .                             | 99   | 156  | 274  | 313                | + 57    | +118    | + 39    |
| Metallurgische Ind. . . . .                         | 115  | 102  | 278  | 302                | — 13    | +176    | +24     |
| Verarbeitung von Mine-<br>ralien . . . . .          | 150  | 31   | 102  | 102                | —119    | + 71    | — —     |
| Fleischverarbeitung . . . . .                       | 46   | 41   | 97   | 113                | — 5     | + 56    | + 16    |
| Nahrungsmittel und Ge-<br>tränkeindustrie . . . . . | 175  | 862  | 1161 | 1280               | +687    | +299    | +119    |
| Chemische Industrie. . . . .                        | 39   | 21   | 88   | 102                | — 18    | + 67    | + 14    |
| Verschiedene Industrien                             | 27   | 75   | 98   | 106                | + 48    | + 23    | + 8     |
| Insgesamt:  | 782  | 1430 | 2598 | 2839               | +648    | +1168   | +241    |

Die Tabelle zeigt, daß sich die Gesamtzahl der Industriebetriebe um das Dreieinhalbfache gehoben hat. In dieser Hinsicht marschieren an der Spitze die Textilindustrie, die Holzindustrie und die Industrie der Nahrungsmittel und Getränke. Eine absolute Abnahme weist nur die Verarbeitung von Mineralien auf. Das Bild verändert sich grundlegend, wenn die Zahl der beschäftigten Arbeiter erfaßt wird und stellt sich dann wie folgt dar:

<sup>1)</sup> Vorläufige Ergebnisse.

Zahl der Arbeiter in der lettländischen Industrie  
1910—24

| Industriezweig   | 1910  | 1920  | 1924  | 1925 <sup>1)</sup> | 1920 zu | 1924 zu | 1925 zu |
|--|-------|-------|-------|--------------------|---------|---------|---------|
|  |       |       |       |                    | 1910    | 1920    | 1924    |
| Textilindustrie . . . . .  | 12143 | 2000  | 6580  | 7870               | -10140  | +4580   | +1290   |
| Papier- u. polygraph.-<br>Industrie . . . . .                    | 5210  | 1710  | 5100  | 4970               | - 3490  | + 3390  | - 310   |
| Holzindustrie . . . . .  | 11300 | 3760  | 9550  | 8850               | - 7530  | + 5780  | - 700   |
| Metallindustrie . . . . .  | 25380 | 4750  | 9120  | 9430               | -20630  | + 4370  | + 310   |
| Verarbeitung von Mi-<br>neralien . . . . .                       | 12030 | 900   | 3450  | 3380               | -11120  | + 2550  | - 70    |
| Fleischverarbeitung . . . . .                                    | 3400  | 520   | 2050  | 2360               | - 2880  | + 1530  | + 310   |
| Herstellung von Nah-<br>rungsmitteln u. Ge-<br>tränken . . . . . | 8060  | 3560  | 8370  | 8500               | - 4500  | + 4820  | + 130   |
| Chem. Industrie . . . . .  | 12660 | 460   | 2450  | 3150               | -12190  | + 1980  | + 700   |
| Verschiedenes . . . . .  | 3150  | 3530  | 1450  | 2090               | + 390   | - 2080  | + 640   |
| Insgesamt:   | 93343 | 21213 | 48134 | 49900              | -72130  | +26920  | +1766   |

Mit Deutlichkeit treten die großen Einbußen in Erscheinung, die die lettländische Industrie erlitten hat. Die Steigerung der Zahl der Betriebe bedeutet an sich nichts; in Verbindung mit der zweiten Zusammenstellung ergibt sich das Bild eines starken Verfalls. In den Kriegsjahren und ersten Nachkriegsjahren ist die Arbeiterzahl auf etwa ein Viertel der Vorkriegsziffer gesunken. Fast ganz vernichtet war die Textilindustrie, die Metallindustrie, die Verarbeitung von Mineralien und die chemische Industrie; sehr stark gelitten hatten die Papier- und polygraphische Industrie, die Holzindustrie, die Fleischverarbeitung sowie die Nahrungsmittel- und Getränkeindustrie. Eine Zunahme weisen nur kleinere, wohl in der Hauptsache ländliche Industrien auf.

Seit 1920 sind jedoch merkliche Fortschritte zu verzeichnen. Die Gesamtzahl der Arbeiter hat um 50% zugenommen und die Hälfte des Vorkriegsstandes überschritten. Im einzelnen weisen die Holzindustrie, die Papier- und polygraphische sowie die Industrie der Nahrungsmittel und Getränke die größten Fortschritte auf. In zweiter Linie sind zu nennen die Textilindustrie und Fleischverarbeitung, während die chemische Industrie, die Metallindustrie und die Verarbeitung von Mineralien sich nur sehr wenig erholt haben. Auffallend ist es, daß die Gruppe „Verschiedene Industriezweige“ 1920 und 1921 stark gelitten, obgleich sie die Kriegszeit gut überstanden hat. Soweit es sich um ländliche Industrien handelt, dürfte die Ursache in der Agrarrevolution zu suchen sein. Nach den jüngsten vom Rigaer Berichterstatter des Osteuropainstituts übermittelten Angaben waren zum 1. Januar 1925 in Lettland 3200 industrielle Betriebe mit 51 300 Arbeitern beschäftigt.

<sup>1)</sup> Vorläufige Ergebnisse.

Somit ist die Anzahl der Unternehmungen im Laufe eines Jahres um 602 gestiegen, die der Arbeiter um 3200.

In den einzelnen Zweigen ist folgender Zuwachs im Jahre 1925 zu verzeichnen: In der Textilindustrie kamen zu den 361 Betrieben 65 neu hinzu mit ca. 500 Arbeitern, so daß die Gesamtzahl der Textilarbeiter 7000 beträgt; in der Papier- und polygraphischen Industrie kamen zu 139 Betrieben 21 neue mit ca. 100 Arbeitern (zusammen 5400 Arbeiter); in der Holzindustrie zu 274 69 neue Betriebe, wobei die Arbeiterzahl von 9600 auf 10 000 anwuchs; in der Metallindustrie ist ein Zuwachs von 68 Neugründungen mit 400 Arbeitern zu verzeichnen, zusammen 346 Betriebe mit 9600 Arbeitern. Die Mineralindustrie erfuhr einen Zuwachs von 25 neuen Betrieben mit ca. 150 Arbeitern (127 Betriebe mit 3600 Arbeitern). In der Tierprodukt-Verarbeitungsindustrie kamen 47 Betriebe hinzu mit ca. 300 Arbeitern (144 Betriebe mit 2300 Arbeitern), die Nahrungs- und Genußmittelindustrie vergrößerte sich um 220 Neugründungen mit 800 Arbeitern (zusammen 1381 mit 9000 Arbeitern); die chemische Industrie erweiterte sich um 65 Betriebe mit ca. 400 Arbeitern (zusammen 153, mit 2800 Arbeitern); schließlich sind 22 verschiedene Betriebe mit 150 Arbeitern gegründet worden, deren Gesamtzahl gegenwärtig 120 mit 1600 Arbeitern beträgt.

Aus diesen Zahlen ist zu ersehen, daß die größte Zahl der Neugründungen — 220 — sich auf die Lebens- und Genußmittel-Industrie bezieht; dann folgt die Holzindustrie, darauf die Metall- und Chemische Industrie. Über den Zuwachs von PS sind Angaben nicht vorhanden.

Die nicht bodenständigen, in der Hauptsache früher für den russischen Markt arbeitenden Industrien haben, wie die Darstellung zeigt, stärker gelitten als die den Inlandsmarkt versorgenden Industrien. Im Vergleich zu 1910 geht dem Rückgang der Arbeiterziffern parallel ein Steigen der Zahl der Betriebe, d. h. die lettländische Industrie hat den Charakter einer Klein- und Mittelindustrie angenommen.

Die Statistik zeigt jedoch, daß die Großbetriebe in Lettland die Klein- und Mittelbetriebe absolut an Bedeutung übertreffen, wenngleich sie, wie gesagt, im Verhältnis zur Vorkriegszeit auch stark dezimiert sind.

#### Betriebsgrößen:

|      | 1—9 Arbeiter      |                   | 10—49 Arbeiter    |                   | Über 50 Arbeiter  |                   |
|------|-------------------|-------------------|-------------------|-------------------|-------------------|-------------------|
|      | Zahl der Betriebe | Zahl der Arbeiter | Zahl der Betriebe | Zahl der Arbeiter | Zahl der Betriebe | Zahl der Arbeiter |
| 1921 | 1300              | 4600              | 294               | 6300              | 112               | 17600             |
| 1924 | 1800              | 6500              | 580               | 11700             | 200               | 30000             |

## 6. Die Entwicklung der Aktiengesellschaften.

Für das heutige Gebiet ESTLANDS ist der Bestand der Aktiengesellschaften der Vorkriegszeit nicht berechnet worden. Es muß daher auf einen Vergleich des gegenwärtigen Standes mit dem von 1914 verzichtet werden.

Ein solcher Vergleich hätte aber auch, selbst wenn er durchzuführen wäre, wenig Zweck, da der Charakter der ehemaligen russischen A.-G. und der neuen estländischen infolge der veränderten Aktiengesetzgebung grundlegend verschieden ist. Aus diesen Gründen beschränken wir uns auf eine Darstellung der Entwicklung des Aktienwesens im Zeitraum 1919—1925.

In der Nachkriegszeit setzte ebenso wie in Lettland ein Gründungsfieber von Aktiengesellschaften ein. Im Laufe der sieben Jahre 1919—1926 wurde vom Handels- und Industrieministerium die Gründung von 533 Aktiengesellschaften genehmigt. Die *G r ü n d u n g e n* verteilen sich auf die einzelnen Jahre wie folgt:

| Jahr    | Gesellschaften | Satzungsmäßiges Grundkapital bei der<br>Genehmigung in Tausend Emk. |
|---------|----------------|---|
| 1919/20 | 56             | 114 080   |
| 1920/21 | 93             | 304 650   |
| 1921/22 | 103            | 823 360   |
| 1922/23 | 119            | 936 630   |
| 1923/24 | 86             | 630 990   |
| 1924/25 | 48             | 501 000   |

Bis 1923 ist ein Steigen der Neugründungen festzustellen, seitdem ein ebenso regelmäßiges Fallen. Die Gründertätigkeit war besonders rege in der Hausseperiode 1921/22, in der alles aktioniert wurde, was irgend aktioniert werden konnte. In den Jahren der Depression seit 1923 bis zur Gegenwart handelt es sich ganz überwiegend nicht um Neugründungen, sondern um die Umwandlung Offener Handelsgesellschaften oder Kommanditgesellschaften in Aktienunternehmungen, bedingt durch die überaus empfindliche Geldknappheit und die durch sie hervorgerufene allgemeine Krisis der Volkswirtschaft. Hierdurch ist das Kreditbedürfnis der Wirtschaft außerordentlich gestiegen. Die Umwandlung in die Unternehmungsform der Aktiengesellschaft wird häufig als letzte Rettung vor dem Zusammenbruch angesehen. So sind also die Motive der Entstehung neuer Aktiengesellschaften auf zwei entgegengesetzte Ursachen zurückzuführen.

Die Möglichkeit einer derartig regen Gründertätigkeit wurde durch das Fehlen einer den Verhältnissen angepaßten *A k t i e n g e s e t z g e b u n g* gegeben. Das Grundkapital ist erst neuerdings auf 5 Millionen EGoldmark festgesetzt. Auch die Zahl der Aktionäre, die oft nicht ausreichte, um die satzungsmäßigen Verwaltungsorgane zu bilden, ist nunmehr erhöht.

Unter diesen Umständen ist es nicht auffallend, daß von den 533 Gesellschaften nur ein Teil wirklich gegründet worden ist. Nur 392 Gesellschaften, d. h. 73,5% der Gesamtzahl, haben ihre Tätigkeit aufgenommen. Von den 392 Aktiengesellschaften sind 47 bereits liquidiert, weitere 43 befinden sich in Liquidation. So bleiben nur 302 Gesellschaften übrig, mit einem Gesamtgrundkapital von 2,6 Milliarden Emk. Über die *K a p i t a l e r h ö h u n g e n* und die Verteilung der Gesellschaften auf die einzelnen Gewerbebezüge berichtet der „Revaler Bote“ wie folgt:

In den einzelnen Jahren fanden Kapitalerhöhungen statt:

|      | bei Gesellschaften | im Betrage von 1000 Emk. |
|------|--------------------|--------------------------|
| 1920 | 26                 | 142 610                  |
| 1921 | 30                 | 141 060                  |
| 1922 | 41                 | 451 890                  |
| 1923 | 38                 | 623 590                  |
| 1924 | 24                 | 128 730                  |
| 1925 | 7                  | 78 800                   |

Weder 1919 noch im ersten Drittel des Jahres 1926 haben Kapitalerhöhungen stattgefunden. Übrigens muß festgestellt werden, daß es sich bei den oben angeführten Beträgen nicht um die tatsächlich eingezahlten, sondern um die genehmigten Kapitalerhöhungen handelt, wobei lange nicht in allen Fällen von dieser Genehmigung auch wirklich Gebrauch gemacht worden ist.

Auf Grund vorliegender Zahlen läßt sich leider kein einigermaßen genaues Bild über das in Aktiengesellschaften investierte Kapital machen. Einerseits sind die Fälle zahlreich, wo kein Aktienkapital eingezahlt wurde, sondern Vermögensbestände früherer Firmen, zu deren Fortführung die Gesellschaften gegründet wurden. Weiter ist es nicht selten vorgekommen, daß überhaupt kein Kapital zusammengelegt wurde, statt dessen wurde dem Handelsministerium eine Bankbescheinigung vorgewiesen, daß so und so viel von den Gründern eingezahlt sei. Endlich gibt es noch 28 Gesellschaften aus russischer Zeit, bei denen das Aktienkapital meistens anstatt der früheren Goldrubel in ebensoviel Eestimark angegeben worden ist. Dem soll nun das neue Goldbilanzgesetz abhelfen und erst nachdem alle Aktiengesellschaften ihr Kapital auf den zu diesem Gesetz vorgesehenen Grundlagen umgerechnet haben werden, wird sich die Möglichkeit ergeben, über das Gesamtkapital Klarheit zu erhalten.

Nach den einzelnen Gewerbezeigen verteilen sich die zurzeit bestehenden Aktiengesellschaften wie folgt:

| Gewerbezeige  | Zahl der Gesellschaften | Aktienkapital in 1000 Mk. |
|---|-------------------------|---------------------------|
| Handel . . . . .  | 62                      | 329 990                   |
| Transport . . . . .   | 17                      | 205 690                   |
| Verwertung von Erzeugnissen der Landwirtschaft und des Gartenbaus . . . . . | 23                      | 82 280                    |
| Forstwirtschaft . . . . .   | 17                      | 137 700                   |
| Bergbau . . . . .   | 5                       | 102 780                   |
| Nahrungs- und Genußmittel . . . . .   | 25                      | 301 890                   |
| Holzbearbeitung . . . . .   | 11                      | 93 300                    |
| Papier . . . . .  | 8                       | 276 550                   |
| Steine, Erden und Baumaterial . . . . .                                     | 16                      | 171 180                   |
| Leder . . . . .   | 4                       | 49 000                    |
| Metallbearbeitung . . . . .   | 14                      | 144 750                   |
| Chemische Industrie . . . . .   | 14                      | 343 350                   |

| Gewerbebezüge                            | Zahl der Gesellschaften | Aktienkapital in 1000 Mk. |
|--|-------------------------|---------------------------|
| Textil- und Bekleidungsgewerbe . . . . . | 20                      | 161 350                   |
| Schiffbau . . . . .                      | 3                       | 22 500                    |
| Elektrizität . . . . .                   | 5                       | 23 800                    |
| Verlag und Buchdruck . . . . .           | 31                      | 135 920                   |
| Verschiedenes . . . . .                  | 27                      | 71 320                    |

Nach der Größe des Grundkapitals verteilen sich die zurzeit bestehenden 320 Aktiengesellschaften folgendermaßen:

| Mit einem Kapital von   | gibt es Gesellschaften |
|-------------------------|------------------------|
| weniger als 1 Mill. Mk. | 32                     |
| über 1 bis 5 Mill. Mk.  | 166                    |
| „ 5 „ 10 „ „            | 46                     |
| „ 10 „ 20 „ „           | 33                     |
| „ 20 „ 30 „ „           | 10                     |
| „ 30 „ 50 „ „           | 10                     |
| „ 50 „ 100 „ „          | 2                      |
| „ 100 „ 200 „ „         | 3                      |

Wie hieraus zu ersehen, arbeitet der größte Teil (63,6%) aller Gesellschaften mit einem bescheidenen Grundkapital, dessen Betrag 5 Mill. Mk. nicht überschreitet, darunter mehr als ein Zehntel aller Gesellschaften (32) sogar mit einem Kapital, das nicht einmal eine Million Emk. erreicht. Nur 8 Gesellschaften verfügen über ein mehr oder weniger bedeutendes Grundkapital von 50 und mehr Millionen Emk.

Der Durchschnittsbetrag des Aktienkapitals für eine Gesellschaft beträgt 8,8 Mill. Emk. Vergleicht man die einzelnen Gewerbebezüge, auf die sich die Gesellschaften verteilen, so hat die Gruppe Papier den höchsten Durchschnittssatz mit 34,3 Mill. Emk.; der zweitgrößte Durchschnittsbetrag kommt mit 20,54 Mill. Emk. auf den Bergbau und an dritter Stelle stehen die Gruppen Leder und Transport mit je 12,1 Mill. Emk., während die Metallbearbeitung nur einen Durchschnitt von 10,1 Mill. Emk. aufweist; der kleinste Betrag entfällt auf die Gruppe Landwirtschaft und Gartenbau mit 3,6 Mill. Emk.

Für den kleinen, kapitalarmen, kreditschwachen Agrarstaat L E T T L A N D ist die Unternehmungsform der Aktiengesellschaft nicht so typisch, wie für den industrialisierten Westen. Immerhin mögen zur Vervollständigung des Bildes einige Angaben über die lettländischen Aktiengesellschaften und deren Entwicklung nachfolgend Platz finden. Es läßt sich hier dasselbe beobachten, was der statistische Überblick bereits vermittelte, eine stürmische Entwicklung bis 1914, Stillstand und Vernichtung im Kriege und Neuaufbau in veränderter Ausprägung in den letzten Jahren. Die Vorkriegsverhältnisse werden durch folgende Zusammenstellung verdeutlicht. Nach den Berechnungen des lettländischen Nationalökonomen F. J. Jurewitz im „Economist“ bestanden auf dem Territorium des heutigen Lettlands:

|                              | 1897              |                          | 1914              |                          |
|------------------------------|-------------------|--------------------------|-------------------|--------------------------|
|                              | Zahl der<br>A.-G. | Kapital in<br>Mill. Rbl. | Zahl der<br>A.-G. | Kapital in<br>Mill. Rbl. |
| Textilindustrie . . . . .    | 4                 | 2,20                     | 10                | 13,42                    |
| Papierindustrie . . . . .    | 2                 | 0,74                     | 3                 | 2,99                     |
| Holzbearbeitung . . . . .    | 4                 | 3,80                     | 4                 | 6,40                     |
| Metallindustrie . . . . .    | 6                 | 7,70                     | 20                | 48,00                    |
| Lebens- u. Genußmittel       | 4                 | 1,85                     | 9                 | 6,10                     |
| Chemische Industrie. . . . . | 4                 | 4,16                     | 15                | 39,68                    |
| Lederbearbeitung . . . . .   | —                 | —                        | 3                 | 3,60                     |
| Verkehr . . . . .            | 3                 | 1,41                     | 12                | 13,26                    |
| Banken . . . . .             | 1                 | 3,00                     | 2                 | 11,00                    |
| Sonst. Industriezweige.      | 2                 | 1,05                     | 11                | 12,97                    |
| <b>Insgesamt:</b>            | <b>30</b>         | <b>25,91</b>             | <b>89</b>         | <b>157,42</b>            |

Am stärksten vertreten war die Metallindustrie mit etwa einem Drittel des gesamten Aktienkapitals; es folgte mit einem Viertel die Chemische Industrie sodann in weitem Abstand die Textilindustrie.

Mit dem Ausbruch des Krieges kommt die günstige Entwicklung zum Stillstand. Die „Evakuierung“ der Rigaer Industrie, der Bolschewikeneinfall u. a. führten zur Auflösung der Industrie. Mit der Begründung des neuen lettländischen Staates ändert sich die Lage. Bezeichnend ist jedoch, daß nur ein Teil der früher bestehenden Aktiengesellschaften ihre Tätigkeit wieder aufgenommen hat. Die Neugründung von Aktiengesellschaften wird durch die Gesetzgebung gefördert. Während in der ersten Periode des Bestehens Lettlands die Regierung an dem alten russischen Prinzip festhielt, daß die Statuten einer Aktiengesellschaft ein Gesetz für sich vorstellen, das einer besonderen Bestätigung bedarf, ist nunmehr ein Normalgesetz ausgearbeitet, und es sind allgemeine Bestimmungen erlassen, um die Gründung neuer Aktiengesellschaften zu erleichtern. „Über die Tätigkeit ausländischer Aktien- und Anteilscheingellschaften in Lettland“ sind 1922 besondere Bestimmungen publiziert worden.

Für das Jahr 1924 ergibt sich im Vergleich zu 1914 folgendes Bild:

|                                     | Z a h l   |           | Kapital in Mill. Lat. |             |
|-------------------------------------|-----------|-----------|-----------------------|-------------|
|                                     | 1914      | 1924      | 1914                  | 1924        |
| Textil . . . . .                    | 10        | 6         | 35,8                  | 4,2         |
| Metall . . . . .                    | 20        | 4         | 128,0                 | 0,2         |
| Holzbearbeitung . . . . .           | 4         | 12        | 17,0                  | 2,3         |
| Papier und Polygraphie . . . . .    | 3         | 6         | 8,1                   | 11,5        |
| Leder . . . . .                     | 3         | 4         | 9,6                   | 1,3         |
| Mineralien . . . . .                | —         | 7         | —                     | 3,2         |
| Chemie . . . . .                    | 15        | 12        | 105,8                 | 7,4         |
| Nahrungs- und Genußmittel . . . . . | 9         | 19        | 16,2                  | 4,7         |
| <b>Insgesamt:</b>                   | <b>64</b> | <b>70</b> | <b>320,5</b>          | <b>34,8</b> |

Es ist interessant festzustellen, daß nach dem Kriege (bis Mitte 1924) nur wenige der Aktiengesellschaften aus der Vorkriegszeit ihre Tätigkeit wieder aufgenommen haben. Seit 1922 hat aber eine fieberhafte Neugründungstätigkeit eingesetzt, über die folgende Zusammenstellung orientiert:

Im ganzen bestanden in Lettland

|               |              |                                  |
|---------------|--------------|----------------------------------|
| im Jahre 1922 | 87 A.-G. mit | 33 327,7 Mill. Lat. Grundkapital |
| „ „ 1923      | 156 „ „      | 58 025,3 „ „ „                   |
| „ „ 1924      | 232 „ „      | 79 970,0 „ „ „                   |

Die Zahl der Aktiengesellschaften ist mithin 3 bis 4 mal größer als 1914, das auf sie entfallene Kapital aber um ein Vielfaches kleiner. Zur Charakterisierung des Aktienwesens in Lettland in der gegenwärtigen Entwicklungsperiode ist abschließend hervorzuheben, daß, sofern in den beiden letzten Jahren Aktiengesellschaften gegründet worden sind, dies in der Regel nur dann geschah, um vor dem Zusammenbruch stehende kaufmännische Unternehmungen durch Umwandlung der Unternehmensform zu sanieren, wobei die Hoffnung der Kreditoren maßgebend ist, wenigstens einen Teil ihrer Forderungen eintreiben zu können. Im wesentlichen ist aber das Gründungsfieber der „romantischen“ Epoche der lettländischen Wirtschaft vorüber und es ist Stille auf diesem Gebiet eingetreten. Das ist im wesentlichen darauf

Beteiligung des Auslandes an der  
In Tausend Lat

|   | Lettland | Frankreich | Belgien | Rußland<br>(zarisches) | England |
|---|----------|------------|---------|------------------------|---------|
| Textilindustrie . . . . .                         | 1388,5   | —          | 420,0   | 117                    | 2139,5  |
| Metallindustrie . . . . .                         | 6292     | —          | —       | 1902                   | 785     |
| Holzverarbeitung . . . . .                        | 2170,8   | 51         | 158     | 71,8                   | 627     |
| Papier- und Polygraph-<br>industrie . . . . .     | 6689,8   | 384        | —       | 2276                   | 407,9   |
| Tierprodukte . . . . .                            | 2320     | —          | 210     | 688                    | 95      |
| Mineralstoffe . . . . .                           | 2681     | —          | —       | 52                     | 320     |
| Chemische Industrie. . . . .                      | 1931,6   | 18         | —       | 531                    | 83,2    |
| Nahrungs- und Genuß-<br>mittelindustrie . . . . . | 5574,6   | 563        | —       | 5,8                    | —       |
| Verkehr . . . . .                                 | 6218     | 6129       | 6042    | 1,5                    | 96,5    |
| Versicherung . . . . .                            | 2225     | —          | —       | 21                     | —       |
| Banken . . . . .                                  | 8175,8   | —          | 66      | 302,9                  | 855     |
| Handel . . . . .                                  | 8806,5   | 96,8       | —       | 451                    | 637,8   |
| Insgesamt:  | 56109,4  | 7242       | 6896    | 6504                   | 6067    |
| %   | 50       | 6,5        | 6,2     | 5,8                    | 5,4     |

zurückzuführen, daß das Ausland sich aus verschiedenen Gründen bisher noch immer recht ablehnend verhält, während im Inland keine disponiblen Kapitalien vorhanden sind, die sich auf lange Sicht festlegen wollen. Es ist bezeichnend für die Beurteilung der Lage in Lettland, daß gut arbeitende Unternehmungen ihre Überschüsse ins Ausland verbringen, statt sie in lettländischen Banken zu placieren. Der Zufluß von Einlagen bei den Banken verstärkt sich allerdings, doch sind diese kurzfristigen Einlagen ihrem Wesen nach als umlaufende Mittel des Handels anzusehen. Sich an Gründungen zu beteiligen, sind die Banken, die fast ausnahmslos sehr schwach fundiert sind, nicht imstande. Wenn gegenwärtig Gründungen noch stattfinden, so ist bei diesen ausländisches Kapital maßgebend.

## 7. Beteiligung von Auslandskapital in Handel und Industrie.

Für die Beurteilung der wirtschaftlichen Struktur L E T T L A N D S und Estlands ist es nicht bedeutungslos festzustellen, wie weit sich in Handel und Industrie A u s l a n d s k a p i t a l betätigt. Aus der Literatur geht hervor, daß ausländisches Kapital überwiegend in Großunternehmungen angelegt ist, die Klein- und Mittelindustrie ist dagegen in lettländischen Händen. Nachfolgende Zusammenstellung bietet ein anschauliches Bild der Beteiligung des Auslandes in der lettländischen Industrie.

lettländischen Industrie 1924.

| In Tausend Lat |          |        |         |         | Insgesamt           |       |              |       |
|----------------|----------|--------|---------|---------|---------------------|-------|--------------|-------|
| Deutschland    | Dänemark | U.S.A. | Estland | Holland | Auslandskapital Lat | %     | Zusammen Lat | %     |
| 1396,8         | —        | —      | 501,6   | 842,7   | 5751,5              | 10,29 | 7140         | 6,36  |
| 504,9          | —        | —      | —       | —       | 3546,3              | 6,34  | 9838,5       | 8,73  |
| 906,9          | 130      | 22     | 42,6    | 139,9   | 2501,7              | 4,46  | 4672,5       | 4,17  |
| 84,6           | 20,7     | —      | 958     | 749,2   | 6074,2              | 10,84 | 12764        | 11,40 |
| 400,9          | —        | 77     | 242     | 586     | 2765                | 4,95  | 5085         | 4,54  |
| 150            | —        | —      | —       | —       | 654                 | 1,17  | 3335         | 2,98  |
| 389,6          | 4681     | —      | 72      | —       | 6336                | 11,31 | 2267,8       | 7,38  |
| 257,5          | 14       | 6,5    | —       | —       | 1606,8              | 2,88  | 7181         | 6,40  |
| 181,8          | 4        | 44,5   | —       | —       | 12572,9             | 22,44 | 18790,9      | 16,73 |
| 114            | —        | —      | 270     | —       | 781                 | 1,39  | 3006         | 2,68  |
| 852,6          | —        | 4024   | 60,9    | —       | 8760,7              | 15,68 | 16966        | 15,18 |
| 505            | 5        | 143,8  | 355,8   | 40      | 3809                | 6,80  | 12615,7      | 11,22 |
| 5828           | 4861     | 4618,6 | 2633    | 2357,7  | 56002,9             | 100   | 112112,3     | 100   |
| 5,2            | 4,3      | 4,1    | 2,4     | 2,7     | 50                  | —     | 100          | —     |

Es geht aus ihr hervor, daß die Hälfte des Aktienkapitals in Lettland ausländisches ist, ein ungemein hoher Prozentsatz. Die stärkste Beteiligung weist mit 6,5% des gesamten Aktienkapitals Frankreich auf, dann folgen Belgien mit 6,2%, Rußland mit 5,8%, England mit 5,4% und Deutschland mit 5,2%; Dänemark und die Vereinigten Staaten sind mit 4,3 und 4,1% beteiligt.

Der Anteil in den einzelnen Industriezweigen ist naturgemäß unterschiedlich. In der Textilindustrie führt England (2 139 500 Lat), es folgt mit 1 397 000 Lat Deutschland und in weitem Abstand Holland, Estland, Belgien. In der Metallindustrie beteiligen sich Rußland mit 1,9 Mill., England mit 785 000 und Deutschland mit 505 000. In der Holzindustrie steht Deutschland (906 000) an der Spitze, an zweiter Stelle England (627 000) und an dritter Norwegen (217 000). Die polygraphische und Papierindustrie wird durch Rußland (2,3 Mill.) beherrscht, die Tschechoslowakei folgt mit 750 000 Lat und steht direkt hinter Estland, das fast 1 Mill. investiert hat. Bei der Erzeugung von tierischen Produkten kommt wieder Rußland (688 000) und in gleicher Höhe (400 000) Deutschland und die Schweiz. In der Industrie der Steine und Erden (Mineralstoffe) macht die Beteiligung Deutschlands ungefähr 50% derjenigen Englands (320 000) aus. Die chemische Industrie ist durch den beherrschenden Einfluß Dänemarks charakterisiert (4,7 Mill.); Rußland und Deutschland folgen in weitem Abstand mit 531 000 und 390 000 Lat. In der Nahrungs- und Genußmittelindustrie hat Frankreich 563 000 angelegt, die Tschechoslowakei 321 000 und Deutschland 257 000 Lat. In dem Verkehrsgewerbe dominiert wie vor dem Kriege belgisches und französisches Kapital, in einer Höhe von je rund 6 Mill. Lat. Im Bankgewerbe führen die Vereinigten Staaten (4 Mill.) und Sovet-Rußland (1 Mill.), dann folgen Deutschland, Schweden und England mit je ca. 850 000), die Tschechoslowakei (490 000) und Rußland (302 000). Im Handel beteiligt sich England mit 638 000 Lat, Deutschland mit 505 000, Rußland und Finnland mit ca. 405 000 Lat.

Am meisten Auslandskapital ist investiert im Transportgewerbe (22,44% des gesamten ausländischen Kapitals), im Bankgewerbe (15,68%), in der chemischen Industrie (11,31%), in der polygraphischen und Papierindustrie (10,31%), sowie im Handel und in der Metallindustrie (mit ca. 6,5%).

**Bemerkung:** Unter Rußland wird nicht Sovet-Rußland verstanden, das im Bankgewerbe ausdrücklich als solches bezeichnet ist; in allen übrigen Fällen handelt es sich um Gesellschaften des zarischen Rußlands, die in Lettland weiterarbeiten. In der Tabelle sind die Staaten, deren Gesamtbeteiligung weniger als 2% beträgt, ebenso wie die Gruppe „restliche Gewerbe“ nicht berücksichtigt.

Das westeuropäisch-amerikanische Kapital beteiligt sich an der lettländischen Industrie entweder direkt, wie z. B. an der Papier-, Zündholz- und Metallindustrie, oder auf dem Umweg über Estland. Das gilt insbesondere für die Textilindustrie; hier eröffnen häufig estländische Textilunternehmungen, in denen bereits Auslandskapital investiert ist, Filialen in Lettland. Die Beteiligung von ausländischem Kapital an Handel und Industrie konnte naturgemäß nicht ohne gleichzeitige Einwanderung von ausländischem Bankkapital vor sich gehen. Unter dessen mehr oder minder weitreichendem Einfluß stehen beispielsweise die Rigaer

Börsenbank (Deutschland, Litauen), die Genossenschaftliche Transitbank (Sovet-Rußland). Neuerdings steht erheblicher Zustrom amerikanischen Kapitals bevor — die Chancen für den Abschluß einer amerikanischen Anleihe sind so gut wie gesichert — das Verwendung in der Industrie finden soll.

Die Beteiligung der einzelnen Staaten an den lettländischen Aktienbanken ist laut Mitteilung der Staatlichen Statistischen Verwaltung vom Oktober 1926 aus folgender Zusammenstellung zu ersehen:

|                                   | 1925       | 1926       |
|-----------------------------------|------------|------------|
|                                   | Lat        | Lat        |
| Ver. Staaten v. Amerika . . . . . | 4 024 470  | 6 898 500  |
| Sovet-Rußland . . . . .           | 1 000 000  | 2 000 000  |
| Deutschland . . . . .             | 852 530    | 1 419 000  |
| Tschechoslowakei . . . . .        | 490 000    | 1 406 300  |
| England . . . . .                 | 855 000    | 866 980    |
| Schweden . . . . .                | 852 508    | 852 500    |
| Rußland . . . . .                 | 302 812    | 253 180    |
| Holland . . . . .                 | —          | 216 773    |
| Belgien . . . . .                 | 66 000     | 192 000    |
| Estland . . . . .                 | 60 930     | 172 000    |
| Schweiz . . . . .                 | 90 000     | 95 000     |
| Litauen . . . . .                 | 54 340     | 68 250     |
| Dänemark . . . . .                | —          | 4 000      |
| Andere Staaten . . . . .          | 142 110    | 110 659    |
|                                   | <hr/>      | <hr/>      |
| Insgesamt:                        | 16 966 450 | 23 509 900 |

Wenn vorstehende Zusammenstellung auch nur das in den Aktienbanken Lettlands investierte Auslandskapital erfaßt, so können dennoch einige interessante Schlüsse gezogen werden. Die Tabelle zeigt, daß absolut die Vereinigten Staaten von Amerika (mit 29,3%), Sovet-Rußland (8,5%), Deutschland (6,1%) und die Tschechoslowakei (6%) an der Spitze stehen, daß hingegen den stärksten Zuwachs die kleineren Staaten, insbesondere die Tschechoslowakei, ferner Sovet-Rußland und Deutschland aufweisen. Die Vereinigten Staaten stehen ihnen gegenüber zurück. England und Schweden haben neues Kapital in den lettländischen Aktienbanken nicht angelegt, und die Investitionen Rußlands aus der Vorkriegszeit sind sogar zurückgegangen. Lettland selbst ist 1926 mit 8 954 750 Lat gegen 8 175 750 im Jahre 1925 vertreten. Der Zuwachs ist relativ geringer als derjenige des Auslandes. Es ist deshalb der Prozentsatz Lettlands von 48,0 auf 38,1 gesunken.

Durch das am 23. November 1926 vom Parlament angenommene „Wucher-gesetz“ sind für die Zukunft die Voraussetzungen ausländischer Kapitalbeteiligung an der lettländischen Wirtschaft ungünstiger gestaltet worden. Das Gesetz, das am 1. Januar 1927 in Kraft getreten ist, sieht eine allgemeine Beschränkung des Zinsfußes auf 12% vor. Überschreitung dieser Höchstnorm wird als Wucher angesehen und gleich einem krimi-

nellen Vergehen behandelt. Mit Recht haben die Abgeordneten Hahn, Berg und Schiemann das Gesetz als „Windmühlenkampf mit wirtschaftlichen Symptomen“ bezeichnet. Der hohe Zinssatz in Lettland ist durch den Mangel an Kapital bedingt; eine künstliche Herabsetzung desselben „kann daher dem Staate nicht nützen, sondern nur schaden“, denn es erscheint sehr fraglich, ob zu dem angestrebten Satz auswärtiger Kredit überhaupt noch flüssig gemacht werden kann. Jedenfalls liegt die Gefahr vor, daß die ausländische Kapitalbeteiligung, sofern sie sich nicht in eigenen Unternehmungen vollzieht, künftighin zurückhaltender sein wird. Diese Möglichkeit fällt umsomehr ins Gewicht, als der Kreditbedarf der lettländischen Wirtschaft infolge der Umstellung der Kreditpolitik der Bank von Lettland ohnedies bereits schwerer zu befriedigen sein dürfte. Aus währungspolitischen Gründen beabsichtigt die Bank künftighin nur denjenigen Branchen Kredit zu gewähren, „die von wirtschaftlicher Bedeutung für den Staat sind und Exportwerte produzieren“.

Für die Wirtschaft E S T L A N D S ist die Beteiligung von ausländischem Kapital eine ebenso wichtige Lebensfrage wie für Lettland. Das in russischer Zeit investierte Kapital ist zum großen Teil vernichtet; das nunmehr vorhandene Kapital kann den Ansprüchen der Wirtschaft nicht genügen. Die Eesti-Bank, die als Emissionsbank vor allem sich von währungspolitischen Gesichtspunkten leiten lassen muß, kann nur einen Teil der Wünsche der Wirtschaft befriedigen. Deshalb müssen, wie der neuernannte Bankpräsident J. Jaakson erst kürzlich wieder betont hat, die aktiven Operationen „mit äußerster Zurückhaltung und Vorsicht“ durchgeführt werden. Zwar hat der Staat einen beträchtlichen Teil des laut Friedensvertrag aus Sovet-Rußland erhaltenen Goldes auf dem Kreditwege der Industrie, vornehmlich der staatlichen, nutzbar gemacht, doch haben die vorstehenden Darlegungen ergeben, wie sehr Estland an Kapital- und Kreditknappheit leidet. Der Zustrom ausländischen Kapitals ist deshalb wichtigste Voraussetzung eines wirtschaftlichen Aufstieges Estlands.

Im „The Estonian Economic Review“ findet sich eine überaus interessante Untersuchung über das zur Erörterung stehende Problem:

„Abgesehen vom schwedischen Warenkredit in Höhe von 800 000 Kr., der unter staatlicher Garantie für den Import von landwirtschaftlichen Maschinen gewährt wurde, und von 100 000 Dollar für den Bau des Revaler Wasserwerks, welche inzwischen zurückgezahlt worden sind, hat das ausländische Kapital auf verschiedene Weise seinen Weg direkt in die Wirtschaft gefunden.

Der Anteil des ausländischen Kapitals an den estländischen B a n k e n beziffert sich auf ca. 30% des Grundkapitals. Von den 24 estländischen Banken werden 4 mehr oder weniger vom Ausland kontrolliert. Das Grundkapital aller Banken beträgt 905 119 000 Mk., oder 500 000 Pfund Sterling, von denen ca. 115 000 Pfund im Auslande gehalten werden.

In die estländische I n d u s t r i e ist das ausländische Kapital auf zwei Wegen gekommen. Einmal haben ausländische Gesellschaften frisches Kapital beschafft, um ihre Interessen in verschiedenen Unternehmungen zu wahren; zweitens hat es unmittelbar an der Gründung neuer Unternehmungen mitgewirkt.

Folgende Tabelle zeigt die Beteiligung des Auslandes in den verschiedenen Zweigen der Industrie:

|  | Pfund Sterling |
|--|----------------|
| Textil: England (Majorität) . . . . .                  | 900 000        |
| Zement: England . . . . .                              | 40 000         |
| Zement: Dänemark . . . . .                             | 150 000        |
| Papier: England, Frankreich . . . . .                  | 300 000        |
| Leder und Schuhwerk: Holland,<br>Deutschland . . . . . | 100 000        |
| Leder und Schuhwerk: England . . . . .                 | 25 000         |
| Streichhölzer: Schweden . . . . .                      | 50 000         |
| Furnier: England . . . . .                             | 300 000        |
| Sägemühlen: England . . . . .                          | 100 000        |
| Kühlwesen, Bacon: England . . . . .                    | 25 000         |
| Brauereien: England . . . . .                          | 50 000         |
| Mechanik: England . . . . .                            | 150 000        |
| Tabak: Frankreich . . . . .                            | 70 000         |
| Brennschieferöl: England, Schweden . . . . .           | 100 000        |
| Zusammen: Pfund Sterling                               | 2 360 000      |

Weitaus an erster Stelle steht also E n g l a n d. In der Hauptsache handelt es sich bei obenstehender Summe um Kredite, die für die technische Erneuerung solcher Betriebe bestimmt sind, welche durch Krieg und Revolution ihres Kapitals verlustig gegangen sind. Nur ein geringer Teil ist zur Gründung neuer Unternehmungen bestimmt (Schuhwerk und Leder, Brennschiefer).

Eine besondere Stellung nimmt die S o v e t u n i o n ein. Begünstigt durch die Bestimmungen des Dorpater Friedens hat es Rußland verstanden, wirtschaftlich in Estland festen Fuß zu fassen, und zwar einerseits als selbständiger Handeltreibender, der z. T. auch Kleinhandelsoperationen durchführt, andererseits als Kapitalinvestor, wodurch für die estländische Wirtschaft unerwünschter Einfluß des gefährlichen östlichen Nachbarn gegeben ist. Es hat in letzter Zeit der Präsident der Revaler Handels- und Industriekammer, J. Puhk, darauf hingewiesen, daß die weitgehende Investierung russischen Staatskapitals den Interessen Estlands widerspricht, weil die wirtschaftliche Selbständigkeit hierdurch gefährdet werde. Die Eroberung des estländischen Marktes erfolgte von seiten Sovet-Rußlands nicht nur aus ökonomischen, sondern auch aus politischen Erwägungen heraus.

Über das gesamte in Estland arbeitende ausländische Kapital gibt folgende Tabelle Aufschluß:

|   |           |
|---|-----------|
| Banken, Kapitalinvestierung . . . . .               | 150 000   |
| Industrie, Kapitalinvestierung u. Kredite . . . . . | 2 360 000 |
| Importhandel, Kurze Rembourskredite . . . . .       | 600 000   |
| Exporthandel, Kurzterm. Rembourskredite . . . . .   | 600 000   |
| Pfund Sterling                                      | 3 710 000 |

Diese Ziffern, die auf Grund privater Informationen vom Bankhaus C. Scheel & Co. errechnet worden sind, erheben, wie der Autor hervorhebt, keinen Anspruch auf vollständige Genauigkeit, sondern geben nur ein annäherndes Bild von der tatsächlichen Beteiligung des ausländischen Kapitals an der Wirtschaft Estlands.

Für die Vorkriegszeit wird für Estland eine Beteiligung ausländischen Kapitals in Höhe von 80 Mill. Goldrubel (10 Mill. Pfund Sterling) berechnet, von denen 23 Mill. Rbl. in der Textilindustrie, 18 Mill. im Schiffsbau, 16 Mill. im Maschinenbau, 10 Mill. in der Zementindustrie und 3 Mill. Rbl. in der Furnierfabrikation investiert waren.

## 8. Einzelne Industriezweige.

Zur Vervollständigung der allgemeinen Darlegungen der industriellen Entwicklung Lettlands und Estlands war ursprünglich eine Analyse der einzelnen Industriezweige vorgesehen und durchgeführt. Aus Raum-mangel ist es jedoch nicht möglich, dieses Kapitel im vorliegenden Sammelband wiederzugeben. Es sei an dieser Stelle deshalb auf die Spezialarbeit von Dr. H. Wollert, „Die Industrie Lettlands“ verwiesen<sup>1)</sup>, die die Lage zwar optimistischer beurteilt, jedoch zu ähnlichen Ergebnissen gelangt, wie die in vorstehendem zusammenfassenden Überblick gekennzeichneten.

# VI. Kaufbedürfnis und Kaufkraft.

Das Kaufbedürfnis und die Kaufkraft Lettlands und Estlands exakt festzustellen, ist unmöglich. Der statistische Weg versagt bei der Analyse des Kaufbedürfnisses ganz, der Kaufkraft zum großen Teil. Es ist daher nur möglich, aus allgemeinen Symptomen ein allgemeines Bild der Nachfrageseite des Marktes zu gewinnen.

## 1. Das Kaufbedürfnis.

Das Kaufbedürfnis wird allgemein als groß bezeichnet. Das Kultur-niveau der Bevölkerung ist im Gegensatz zu Litauen und Rußland hoch, besonders gilt dies von der Stadtbevölkerung, vornehmlich der deutschen Minderheit. Das neu entstandene lettische Bürgertum entfaltet als herrschende Schicht immer neue Bedürfnisse bis zu ausgesprochenen Luxusbedürfnissen. Die baltische Industrie-arbeiterschaft stand bereits vor dem Kriege auf höherer Stufe als die übrige russische Arbeiterschaft.

Was den Bedarf der Industrie an Produktionsmitteln, Halbfabrikaten, Rohstoffen und Heizmitteln anbelangt, so ist dieser, wie die Ausführungen des vorigen Abschnittes erkennen lassen, im Verhältnis zur Vorkriegszeit erheblich gesunken. Doch dürfte der Neuaufbau bzw. der Wiederaufbau der Industrie immerhin Produktionsmittel in nennenswertem Umfang beanspruchen, so in Lettland die Flachsaufbereitungsindustrie, die Holz- und Leder-

<sup>1)</sup> Verlag H. Sack Berlin, Quellen und Studien des Osteuropa-Instituts, 1927.

industrie, in Estland die Textil- und Papierindustrie. In diesem Zusammenhang muß festgestellt werden, daß bedauerlicherweise die deutschen Firmen sich mehr als gerechtfertigt vom baltischen Markt fernhalten. In einem authentischen Bericht heißt es hierüber: „Es könnte Deutschland unter der Voraussetzung systematischer Bearbeitung des Gebietes nicht schwer fallen, sich einen stärkeren Einfluß zu verschaffen.“ Sollte die Elektrifizierung der baltischen Staaten ernstlich in Angriff genommen werden, so wird auch hierdurch der Bedarf an entsprechenden Installationen erheblich wachsen.

Es darf jedoch nicht verkannt werden, daß die Industrie und infolgedessen der Bedarf derselben an Produktionsmitteln usw. an Bedeutung zurücktritt hinter der Landwirtschaft. Der landwirtschaftliche Bedarf hat sich infolge der Agrarumwälzung grundlegend verändert, wenn auch keinesfalls verringert. Durch die Vernichtung der Großbetriebe ist der Bedarf an Landwirtschaftsmaschinen gewisser Typen zurückgegangen oder in Fortfall geraten. Die Vernichtung der einst reichen Gutshöfe hat den ganzen Bedarf, der mit ihrer Instandsetzung und mit der Lebensführung des Großgrundbesitzerstandes verknüpft war, ausgeschaltet. Andererseits sind jedoch ganz neue Bedürfnisse entstanden. Schon allein der Aufbau und Ausbau vieler Zehntausende von Neusiedlungen und Gehöften hat den Bedarf an Baumaterialien, Bauwerkzeugen usw. gesteigert. Dessenungeachtet hat aber allein das Bestehen dieser neuen Siedlungen tiefgreifende Veränderungen des ländlichen Bedarfs zur Folge. Die ganze Wirtschaftsführung ist umgestaltet, infolgedessen auch der Bedarf der Landwirtschaft.

Es seien in Nachfolgendem einige Angaben über gewisse Bedarfsverschiebungen angeführt, soweit sie die Landwirtschaft betreffen. Der Bedarf an Landmaschinen und Geräten, vorzugsweise für Klein- und Mittelbetriebe, ist groß und muß unter dem Zwang der bestehenden Umstände möglichst rasch gedeckt werden. Die Betriebsführung ist teilweise noch sehr extensiv und rückständig: in Lettland sind z. B. 42% der im Gebrauch befindlichen Pflüge Hakenpflüge, mehr als die Hälfte der Eggen sind Holzeggen, komplizierte Landmaschinen sind in völlig unzulänglicher Zahl vorhanden und werden von der einheimischen Industrie auch nicht hergestellt. Die Kleinsiedler können sich vorläufig nur auf das notwendigste Inventar beschränken, während die Großhofbesitzer im Hinblick auf die Verteuerung der Arbeitshände sich veranlaßt sehen, den Betrieb nach Möglichkeit zu mechanisieren und größeren Landmaschinen Beachtung zu schenken. Die steigenden Löhne bewirken es auch, daß die durch den Kleinbetrieb gegebenen Erschwerungen der Anwendung größerer Maschinen mit der Zeit überwunden werden müssen. Man versucht dies auf genossenschaftlicher Grundlage zu erreichen, beispielsweise bei der Anschaffung von Traktoren, deren kleinere und kleinste Typen begehrt sind.

Auf die Agrarumwälzung ist ferner der gesteigerte Bedarf an Rassevieh zurückzuführen. Die alten Stammmherden sind vernichtet, der Bedarf an Rassevieh infolgedessen groß. Die Schwierigkeiten, im Kleinbetrieb rationelle Viehwirtschaft zu betreiben — es handelt sich vornehmlich um Rindvieh —, hofft

man ebenfalls durch das Genossenschaftswesen aus der Welt schaffen zu können. Jedenfalls können sich für Ostdeutschland, Schweden und Dänemark mit der Zeit hier beträchtliche Absatzmöglichkeiten eröffnen.

Einstweilen ist der Viehbestand keineswegs auf der erforderlichen Höhe: der Viehstapel genügt nicht, um die unter dem Pfluge stehende Ackerfläche rationell zu düngen. Es ist somit eine starke Einfuhr von **K u n s t d ü n g e r** erforderlich, zumal im Lande selbst nur eine verhältnismäßig kleine Menge Knochenmehl produziert wird. Die Einfuhr von Kunstdünger hat sich daher außerordentlich stark entwickelt, doch ist sie noch lange nicht auf das Maß gestiegen, das erreicht werden muß, um die Ernten sichtbar zu steigern. Besonders notwendig ist erhöhter Verbrauch von Stickstoff und Kali. Immerhin hat sich die Einfuhr künstlicher Düngemittel in Lettland 1922—1925 von 11 996 t auf 91 958 t gehoben, in Estland aber nur von 12 630 t auf 36 299 t.

Obgleich die Viehwirtschaft Lettlands und Estlands, wie angedeutet, sich noch sehr im Rückstand befindet, gewinnt die Milchwirtschaft wachsend an Bedeutung. Im Zusammenhang damit steigt der Bedarf an **M o l k e r e i m a s c h i n e n u n d - g e r ä t e n**, umsomehr als die weitaus meisten Sammelmolkereien sich gezwungen sehen, ihren Betrieb zu erweitern und vom Handbetrieb zu maschinellen Vorrichtungen überzugehen. In der Belieferung mit derartigen Produktionsmitteln ist Deutschland führend, es folgen Schweden und Finnland.

## 2. Die Kaufkraft.

Ist das Kaufbedürfnis als relativ hoch zu bewerten, so kann dasselbe nicht von der **K a u f k r a f t** gesagt werden. Eine exakt zuverlässige Analyse läßt sich auf Grund des spärlichen vorliegenden Materials nicht durchführen, doch ist es möglich, allgemeine Tendenzen aufzudecken und eine allgemeine Zustandsschilderung zu geben.

Zunächst muß als überaus wichtig eine tiefgreifende **U m s c h i c h t u n g** der Kaufkraft der einzelnen Bevölkerungsschichten und Erwerbsstände hervorgehoben werden.

a) **D a s L a n d**. Der **G r o ß g r u n d b e s i t z e r s t a n d**, einst das wirtschaftliche Rückgrat des Landes, existiert nicht mehr, seine früheren Träger haben teils Lettland und Estland verlassen, teils leben sie völlig verarmt in den Städten. Soweit sie auf dem Lande als Restgutsbesitzer verblieben sind, übersteigt ihre Kaufkraft kaum die der lettischen Groß- und Mittelbauern.

An ihre Stelle sind Zehntausende von **N e u s i e d l e r n** getreten, die, unzulänglich mit Kapital und Kredit versehen, ein kümmerliches Dasein fristen. Sie sind Eigenproduzenten, arbeiten nur in verschwindendem Ausmaß für den Markt, haben geringe Bedürfnisse und verfügen über eine sehr bescheidene Kaufkraft. Wie wenig befriedigend die Lage der Neusiedler ist, zeigt die Erscheinung, daß in Lettland bis zum 1. Januar 1925 etwa 12% der Stellen in andere Hände übergegangen sind.

Unverändert ist die Stellung des alteingesessenen lettischen und estnischen Groß- und Mittelbauertums, das Rückgrat der heutigen baltischen Landwirtschaft. Die großen bäuerlichen Betriebe befinden sich fast ausnahmslos in den Händen erfahrener Landwirte, die ihre Betriebe gut fundiert haben und bestrebt sind, sich den Forderungen der Neuzeit mit ihren vollständig veränderten Verhältnissen rasch anzupassen.

Berücksichtigt man zusammenfassend, daß in Südlivland und Kurland blühende deutsche Kolonistensiedlungen durch Vertreibung der deutschen Bauern von Haus und Hof und durch Ansetzung lettischer Jungwirte wirtschaftlich auf das schwerste geschädigt sind, so ist das allgemeine Bild für die Landbevölkerung überaus ungünstig.

Eine wichtige Gruppe der Landbevölkerung stellen die Landarbeiter (rund 185 000) dar, deren Lage sich infolge des starken Arbeitsmangels gehoben hat. Die Lohngestaltung in Lettland — für Estland sind Angaben nicht zu erlangen — entwickelte sich wie folgt:

|                   | 1921/22 | 1922/23 | 1923/24 | 1924/25 | 1925/26 |
|-------------------|---------|---------|---------|---------|---------|
| Knechte . . . . . | 236     | 359     | 385     | 488     | 537     |
| Mägde . . . . .   | 146     | 216     | 233     | 296     | 334     |
| Saisonnarbeiter   |         |         |         |         |         |
| Knechte . . . . . | 182     | 243     | 290     | 343     | 376     |
| Mägde . . . . .   | 119     | 160     | 195     | 215     | 214     |
| Hirten            |         |         |         |         |         |
|                   | 97      | 132     | 147     | 172     | 200     |

Abgesehen von der Strukturveränderung innerhalb der ländlichen Bevölkerung verschiebt sich die Kaufkrafthöhe zuungunsten des flachen Landes durch die bekannte Erscheinung der Preisschere, die in Lettland und Estland, ebenso wie in den meisten Staaten Europas, in den letzten Jahren beobachtet werden konnte. Die Preisgestaltung landwirtschaftlicher und gewerblicher Erzeugnisse verringerte die Kaufkraft des Bauerntums und machte es ihm unmöglich, wichtige Bedürfnisse ausreichend zu befriedigen.

b) Die Stadt. Für die Kaufkraft der städtischen Bevölkerung liegen nur lückenhafte Unterlagen vor. Halbwegs zuverlässiges Material ist bloß der Lohnstatistik zu entnehmen, kommt also lediglich für die Beurteilung der Kaufkraft der Arbeiterschaft in Frage.

Eine Untersuchung in der „Rigaer Zeitschrift für Handel und Industrie“ (November 1925) bringt für LETTLAND folgende Ergebnisse. In Riga betragen die durchschnittlichen Monatslöhne für ungelernete Arbeiter (in Lat):

|                | Arbeiter | Arbeiterinnen |
|----------------|----------|---------------|
| 1913           | 113.25   | 40.00         |
| 1922           | 44.25    | 36.75         |
| 1925 (Oktober) | 85.50    | 57.75         |

„Wie zu ersehen, hat der Lohn der Schwarzarbeiter 75% vom Friedensgoldniveau erreicht und ist seit der Stabilisierung der Landesvaluta auf annähernd das Doppelte gestiegen. Diese Tatsache der Steigerung bedeutet an sich wenig, da sie nur als Folge der starken Preissteigerungen auf dem inneren Markt des Landes und der infolgedessen gestiegenen Kosten der Lebenshaltung auftritt.“ Stellt man unter Berücksichtigung dieser Preissteigerung einen Lebenshaltungsindex auf und zwar für einen einzelnen Arbeiter und eine normale Arbeiterfamilie von vier Personen (unter Berücksichtigung der Posten: Nahrungsmittel, Beheizung, Beleuchtung und Wohnung) so ergibt sich folgende Steigerung:

|                | Einzelner Arbeiter | 4-Personenhaushalt |
|----------------|--------------------|--------------------|
| 1913           | 41,15              | 100,48             |
| 1922           | 26,18              | 66,56              |
| 1925 (Oktober) | 37,98              | 94,97              |

Wenn man den vorstehenden Lebenshaltungsindex um Bekleidung (= 15% der Gesamtausgaben) und Varia (= 10%) erweitert (Nahrung, Beleuchtung, Wohnung = 75%), dann würde sich folgender Vollbedarf ergeben:

|                          | 1913   | 1925 (Oktober) |
|--------------------------|--------|----------------|
| Einzelner Arbeiter . . . | 54,87  | 50,64          |
| 4-Personenhaushalt. . .  | 133,97 | 126,66         |

„Während der allein verdienende Schwarzarbeiter der Vorkriegszeit von seinem Einkommen nicht nur sich selbst, sondern noch eine Frau und ein Kind unterhalten konnte, so heute nur die Frau allein. Ein Arbeiterehepaar, dessen beide Teile verdienen, konnte in der Vorkriegszeit außer zwei Kindern, wenn auch knapp, eine weitere Person durchbringen, heute langt es einstweilen zum Unterhalt dieser weiteren Person nicht recht.“ Als Ergebnis ist also eine Abnahme der Kaufkraft festzustellen.

Für das Jahr 1924 sind wir auch über die Effektivlöhne der Industriearbeiterschaft ESTLANDS ausreichend unterrichtet. Einen Einblick gewähren die mittleren Tageslöhne der Bauarbeiter. Diese stellen sich in Emk.:

| Für:                        | in Reval<br>und Harien | Walk, Stadt<br>und Land | Ösel,<br>Arensburg |
|-----------------------------|------------------------|-------------------------|--------------------|
| Männl. ungel. Arbeiter . .  | 220                    | 180                     | 160                |
| Weibl. ungel. Arbeiterinnen | 175                    | 145                     | 130                |
| Zimmerleute . . . . .       | 320                    | 220                     | 200                |
| Tischler . . . . .          | 360                    | 300                     | 220                |
| Maurer . . . . .            | 360                    | 300                     | 200                |
| Klempner . . . . .          | 360                    | 300                     | 200                |
| Schlosser . . . . .         | 360                    | 300                     | 220                |
| Schmiede . . . . .          | 340                    | 280                     | 200                |
| Ofensetzer . . . . .        | 400                    | 320                     | 220                |
| Erdarbeiter. . . . .        | 260                    | 200                     | 170                |

Die Zusammenstellung vermag nur den Gegenwartsstand der Löhne zu verdeutlichen. Vergleichsmöglichkeiten mit der Vorkriegszeit sind auf Grund der dem Verfasser zur Verfügung stehenden statistischen Quellen nicht durchzuführen, infolgedessen können auch keine Lohnentwicklungstendenzen aufgedeckt werden. Aus dem vorliegenden Zahlenmaterial ist jedoch einiges Interessante zu entnehmen. Die mittleren Tageslöhne der Bauarbeiter weisen erhebliche örtliche Schwankungen auf, eine Erscheinung, die selbstverständlich auch für die einzelnen Industriezweige allgemein gültig ist.

Die höchsten Lohnsätze finden sich naturgemäß in der Hauptstadt Reval, die niedrigsten auf Ösel und in Petschur. Zu beachten ist ferner die Differenz zwischen männlichen und weiblichen Arbeitskräften, die besonders deutlich in der zweiten Tabelle zum Ausdruck kommt. Im Zusammenhang mit dem Problem der Beurteilung der Kaufkraft ist es notwendig, auf die relative Niedrigkeit des Lohnniveaus selbst bei den Spitzenlöhnen, wie etwa bei der Polygraphie, Konfektion, Metallindustrie, hinzuweisen, wobei allerdings die im Verhältnis zu Deutschland niedrigen Lebenshaltungskosten zu berücksichtigen sind.

Bei der allgemeinen Tendenz der Nachkriegszeit, Gehälter und Löhne der qualifizierten Angestellten und Arbeiter relativ stärker zu drücken, als die der ungelerten — und Lettland und Estland machen hierin keine Ausnahme — ist auch für diese Berufsgruppen ein erheblicher Rückgang der Kaufkraft festzustellen. Ein gewisser Ausgleich dürfte vielleicht durch das Emporkommen des national lettisch-estnischen Bürgertums geschaffen sein, das in Regierungsbehörden, freie Berufe u. a. m. aufgerückt ist. Andererseits bedeutet aber die katastrophale Verarmung der deutschen Minderheit die vor dem Kriege über einen sehr behaglichen Wohlstand verfügte, ein ernstes Minus. Wenn die Verarmung des deutschen Bürgertums auch nicht die Ausmaße derjenigen des Landadels erreicht, so fällt sie immerhin schwer ins Gewicht, stellte doch der deutsche Volksteil früher die höchste Schicht der städtischen Intelligenz.

Durch die wirtschaftlichen und sozialen Umwälzungen der Kriegs- und Nachkriegszeit hat endlich das Handwerk gelitten, wie J. Hahn in der „Rigaer Wirtschaftszeitung“ vom 9. Oktober 1926 nachweist. In den größeren Städten führt der Stillstand der Bautätigkeit für Wohn- und industrielle Zwecke zu einer Krisis vieler Handwerkszweige (Maurer, Zimmerleute, Klempner, Schlosser, Glaser usw.), in den kleinen Städten und Flecken, sowie auf dem Lande hat die übereilte Durchführung der Agrarreform sich überaus nachteilig ausgewirkt. „Der landwirtschaftliche Großbetrieb, verbunden mit der landwirtschaftlichen Industrie, versah das Handwerk mit auskömmlichen Aufträgen. Kupferschmiede, Sattler, Töpfer, Stellmacher, Tischler usw. fanden genügend Arbeit und konnten sorglos in die Zukunft blicken.“ Die neugeschaffenen landwirtschaftlichen Kleinwirtschaften, die schwer um ihre Existenz kämpfen müssen und das Notwendigste in der eigenen Wirtschaft herzustellen bemüht sind, kommen vorläufig als Auftraggeber für das ländliche Handwerk nicht in Betracht. Daß sich dieser Zustand auch auf die Kaufkraft jener Bevölkerungsschicht auswirken muß, liegt auf der Hand.

## VII. Handelspolitische Richtungen und Maßnahmen.

### 1. Das Problem einer baltischen Zollunion.

Im Mittelpunkt der Handelsvertragspolitik Lettlands und Estlands stehen die Bestrebungen, die wirtschaftlichen Beziehungen mit den Nachbarstaaten zu festigen und auszubauen. Bis zur Begründung der baltischen Staaten bildeten die Gouvernements Estland, Livland und Kurland eine geschlossene wirtschaftliche Einheit gegenüber dem eigentlichen Rußland. Sehr nahe stand dem Charakter jener Gebiete Litauen (Gouv. Kowno). Durch die Verselbständigung der drei baltischen Staaten wurden jahrhundertelange Bindungen zerrissen. Daß sich dies nachteilig bemerkbar gemacht hat, ist von den beteiligten Kreisen früh eingesehen worden.

Dazu kommt ein zweites Moment: die Wunden, die den kleinen baltischen Staaten im und nach dem Kriege geschlagen sind, ihre wirtschaftliche Bedeutungslosigkeit gegenüber Sovet-Rußland und den Staaten des Westens lassen es gerechtfertigt erscheinen, auf eine enge gegenseitige wirtschaftliche Bedingung hinzuarbeiten, ohne dabei die politische Selbständigkeit anzutasten. Man will also den aus politischen Gründen auseinandergerissenen wirtschaftlichen Einheitskomplex etappenweise wiederherstellen. Das ist die Erwägung, die den baltischen Zollunionsbestrebungen zugrunde liegt.

Zunächst versuchte man den Gedanken eines „Großen Randstaatenbundes“ (Polen, Litauen, Lettland, Estland, Finnland) zu verwirklichen (Konferenz vom Bilderlingshof bei Riga 1920), stieß dabei aber auf so große Schwierigkeiten, daß die Einbeziehung Finnlands und Polens fallen gelassen wurde und der Plan eines „Kleinen Baltischen Staatenbundes“ (Lettland, Estland, Litauen) nunmehr allein diskutiert wurde. Aber bereits auf der Revaler Konferenz vom Juli 1921 verfolgte Litauen eine so reservierte Haltung, daß hinfort die Verhandlungen ernstlich nur noch zwischen Lettland und Estland im Gange sind.

Eine im September 1921 in Riga abgehaltene Konferenz kam zu dem Ergebnis, daß — so lautet die Resolution — „zuförderst eine Zollvereinheitlichung nur zwischen Lettland und Estland möglich ist. Diese Vereinigung soll sich sowohl auf inländische, wie auf ausländische Erzeugnisse beziehen. Die Zolltarife sind in Einklang zu bringen, wobei als Grundlage der Goldfrank zu nehmen ist. Bei der Ausarbeitung von Bestimmungen und Tarifen sollen die gemeinsamen Wirtschaftsinteressen der Verbündeten maßgebend sein und nicht die fiskalischen Interessen jedes einzelnen Staates berücksichtigt werden.“

Im Verfolg dieser Bestrebungen unterzeichneten beide Staaten in Reval am 1. November 1922 einen Handelsvertrag unter dem Titel „Vorvertrag über die Wirtschafts- und Zollunion zwischen Lettland und Estland“, der neben den den Handelsverträgen üblichen Bestimmungen im Art. 7 eine engere wirtschaftliche Bindung vorsieht.

„Die Wirtschafts- und Zollunion wird — laut Art. 7 — in nachstehender Weise durchgeführt:

1. Beide Regierungen ernennen eine gemischte Kommission auf paritätischer Grundlage, die im Laufe von drei Monaten, gerechnet vom Tage des Inkrafttretens dieses Vertrages, einen gemeinsamen Zolltarif und eine unifizierte Zollgesetzgebung für beide Länder zusammenstellt.

2. Der gemeinsame Zolltarif, der von der genannten gemischten Kommission ausgearbeitet wird, wird seitens der kompetenten Institutionen beider Staaten ratifiziert und als integraler Teil dem vorstehenden Vertrage in Gestalt eines Ergänzungsprotokolls beigefügt.

3. Sobald der gemeinsame Zolltarif in beiden Ländern in Kraft tritt, werden die Produkte der Landwirtschaft und der Industrie beider Vertragskontrahenten, außer denjenigen, welche im Absatz 4 dieses Artikels vorgesehen sind, auf dem Territorium des anderen Vertragskontrahenten von allen Ein- und Ausfuhrzöllen befreit.

4. Produkte, die Staatsmonopole sind, und Produkte, welche der Akzise oder indirekten Steuern unterliegen, wie alkoholische Getränke — einbegriffen Weine, Bier, ferner Hefe, Tabak, Zündhölzer usw. — erhalten eine bevorrechtete Position, wie sie im Absatz 3 dieses Artikels vorgesehen ist, nicht früher, als bis die Gesetzgebung in Bezug auf die Staatsmonopole und die indirekten Steuern seitens derselben gemischten Kommission vereinheitlicht ist und bis das Spezialabkommen seitens der gesetzgeberischen Institutionen beider Vertragskontrahenten ratifiziert ist.“

Estländischerseits wird die Auffassung vertreten, daß kein Grund vorliege, von einer *Zollunion* zu sprechen, da die Zollgrenze zwischen beiden Staaten nicht aufgehoben werden soll. Erstrebt wird nur die Vereinheitlichung der beiderseitigen Zolltarife und nach deren Inkrafttreten die Zollfreiheit der Landesprodukte beider Länder. Auslandsprodukte dagegen, die aus Estland nach Lettland gehen oder umgekehrt, werden als solche behandelt und in bisheriger Form verzollt. Dieser Auffassung ist zuzustimmen, doch darf nicht übersehen werden, daß die *Zollvereinheitlichung* als Vorstufe zu einer Zollunion gedacht ist.

Die Verwirklichung des an sich unbestreitbar richtigen Gedankens stieß in der Folgezeit auf große *Schwierigkeiten*, die den Abschluß eines Übereinkommens verzögert haben. Es ist nicht zu verkennen, daß das zentral gelegene Lettland an der Verwirklichung des Planes am meisten interessiert ist, Estland in geringerem Maße und Litauen erst in letzter Linie. Erhebliche Gegensätze ergeben sich bei Überprüfung der zu erwartenden Wirkungen der Zollvereinheitlichung. Diese muß sich für die lettländische Industrie insofern nachteilig auswirken, als die estländische, durch den Krieg nicht zerstörte Industrie leistungsfähiger ist und manche lettländische Industriezweige ernstlich bedrohen kann. Das gilt insbesondere von der hoch entwickelten estländischen Papier- und Textilindustrie. Mit anderen Worten, es würde die estländische Groß- und Mittelindustrie auf Kosten der lettländischen Mittel- und Kleinindustrie erstarken. Demgegenüber steht jedoch außer Frage, daß bei anderen Industriezweigen (Holzbearbeitung) Lettland sich in günstigerer Position befindet. So wäre das Ergebnis einer Zollvereinheitlichung wohl eine interbaltische industrielle Arbeitsteilung, die privat-

wirtschaftlich zwar oft drückend empfunden werden mag, vom volkswirtschaftlichen Standpunkt jedoch die einzige Lösung der permanenten industriellen Krisis in den baltischen Staaten darstellt. Die beiden kleinen Republiken, die zudem noch an ihrem Wiederaufbau zu arbeiten und einen teuren Verwaltungsapparat zu unterhalten haben, können einzeln für sich genommen keine nationalen Industrien auf die Dauer unterhalten. Die Ausweitung des Absatzgebietes stellt daher eine dringende Notwendigkeit dar.

Auf der anderen Seite fühlt sich der estländische Handel durch die Zollvereinheitlichungsbestrebungen bedroht. Riga hatte bereits vor dem Kriege Reval als Handelsstadt völlig in den Hintergrund treten lassen. Estländischerseits fürchtet man daher nicht mit Unrecht eine Handelshegemonie Lettlands und die Konkurrenz Rigas auf dem Hinterlande Revals.

Man hat versucht, die Vor- und Nachteile, die beiden Staaten aus einer Zollunion erwachsen würden, ziffernmäßig zu berechnen. Wenn diesem Vorgehen auch nur ein bedingter Wert zuzuerkennen ist, so bietet es doch gewisse Anhaltspunkte und bekräftigt die oben ausgesprochene Auffassung, daß Estland Vorteile auf industriellem Gebiete, Lettland solche beim Handel haben würde. Unter der Voraussetzung, daß die estländische Textilindustrie — diese kommt hauptsächlich in Betracht — den ganzen lettländischen Bedarf zu befriedigen in der Lage ist, würde folgende Bilanzverschiebung eintreten:

|                          | Estlands Export nach<br>Lettland 1925 in Mill. Lat | Estlands Exportmöglich-<br>keit nach Lettland im<br>Fall einer Zollunion<br>in Mill. Lat |
|--------------------------|--|--|
| Baumwollerzeugnisse . .  | 3,816  | 14   |
| Sonstige Exportartikel . | 3,716  | 7,5  |
| Zusammen:                | 7,552  | 21,5   |

Während Estland seine Ausfuhr verdreifachen könnte, würde sich vermutlich der lettländische Export nach Estland nur um 100%, d. h. von 3,4 auf 6,8 Mill. Lat heben. Dagegen würde der Handel Rigas ungemein gewinnen. Nimmt man an, daß bei einer vollen Zollunion ein Zehntel des estländischen Außenhandels über lettländische Häfen geht — vor dem Kriege handelte es sich ungefähr um ein Fünftel — dann würde das unter Zugrundelegung der Export- und Importziffern Estlands von 1925 eine Summe von 28 Mill. Lat ergeben, von denen aber natürlich nur ein kleiner Teil als reiner Handelsgewinn zu betrachten ist. Die Gegenüberstellung der Bilanzen für beide Staaten ergibt somit rechnerisch annähernd einen Ausgleich. Immerhin werden privatwirtschaftliche Interessen hier wie dort in Mitleidenschaft gezogen.

Weitere Schwierigkeiten sind durch den Wegfall von Zolleinnahmen gegeben. Lettischerseits wünscht man infolgedessen eine vollständige Zollunion, während Estland, in Anbetracht der Bedrohung des Revaler Handels, nur für eine Zollvereinheitlichung eintritt. Lettland hatte Ende 1925 beschlossen, sich den Wünschen Estlands in dieser Beziehung zu fügen, doch ist es ihm ein Jahr später

gelungen, seinen Standpunkt erneut durchzusetzen. Die Frage der Staatsmonopole und deren Vereinheitlichung, die Vereinheitlichung der Zollerhebungen erfordern überdies ein besonderes Verrechnungssystem über die eingegangenen Zölle, das um so schwieriger ins Leben zu rufen ist, als die Währungen beider Staaten noch nicht in gleicher Weise konsolidiert sind. Weitere Komplikationen sind entstanden durch die Annahme des lettländischen Wuchergesetzes, das im Gegensatz zu Estland den Zinssatz auf 12% begrenzt. Will man gleichartige wirtschaftliche Verhältnisse als Vorbedingung einer Zollunion schaffen, so muß auch auf diesem Gebiet Einheitlichkeit erreicht werden, da der Zinssatz unter Umständen für die Wirtschaft eine größere Rolle spielt als die Steuern.

Neben allen jenen wirtschaftlichen Momenten spielen politische Faktoren eine bedeutende Rolle. Vor allem versucht Polen, das seit jeher das baltische Gebiet als seine Interessensphäre ansieht, einen Keil zwischen beide Staaten zu treiben.

Zwar ist nach Ratifizierung des Vorvertrages über die Wirtschafts- und Zollunion vom 1. November 1922 am 21. Oktober 1924 eine gemischte lettländisch-estländische Kommission zusammengetreten, deren Arbeiten zunächst einen befriedigenden Verlauf nahmen, doch ist es lange Zeit nicht gelungen, die Hindernisse zu beseitigen. Durch die Annahme eines selbständigen lettländischen Zolltarifes hat der Zollvereinheitlichungsgedanke einen starken Stoß erhalten. Mitte 1926 schien es, daß „der Zeitpunkt zu einer Vereinheitlichung der Wirtschaftsbedingungen und damit zur Zollunion wohl endgültig verpaßt“ sei. Neuerdings scheint jedoch wieder die zollunionsbejahende Richtung in beiden Staaten an Einfluß zu gewinnen.

Die Verhandlungen des Jahres 1926 haben am 5. Februar 1927 in Riga zu der Unterzeichnung eines Vertrages geführt, der folgende Bestimmungen enthält. Es wird eine gemischte Kommission gebildet, deren Aufgabe es ist, die Vorarbeiten für eine lettländisch-estländische Zollunion durchzuführen. Laut Art. 6 gehören zu den Aufgaben jener Kommission: Die Ausarbeitung eines gemeinsamen lettländisch-estländischen Zolltarifs; die Vereinheitlichung der Zollgesetzgebung beider Staaten; die Vereinheitlichung der Gesetzgebung beider Staaten in bezug auf Akzise und Monopole; die Vereinheitlichung des gesamten Transportwesens insbesondere der Verkehrstarife; die Fragen der Zolleinnahmen in einer Weise zu lösen, daß eine gerechte gegenseitige Verteilung stattfindet, ferner die eventuellen Verluste des Fiskus festzustellen, die sich bei dem Übergang von Waren aus dem Territorium des einen Landes auf das Territorium des anderen ergeben könnten; die Vereinheitlichung der Gesetzgebung über direkte Steuern, Gebühren und Handelspatente sowie der Arbeiterschutzgesetzgebung; Vereinheitlichung der Diskont- und Emissionspolitik der beiden staatlichen Zentralbanken; die Überprüfung sämtlicher Handelsverträge, um ein einheitliches System für beide Staaten durchzuführen; die Überprüfung sämtlicher Fragen, die im Zusammenhang mit der Zollunion stehen und die Begutachtung derselben, um sie den entsprechenden Regierungen vorzulegen.

Nach Art. 9 sollen die Sätze des gemeinsamen Zolltarifs in Goldfranken festgesetzt werden und in Estland wird die Gold-Estikron auf der Paritätsgrundlage in Zahlung genommen (1 : 0,72 009). Die Arbeiten der allgemeinen Kommission sind (Art. 8) im Laufe von spätestens eineinhalb Jahren gerechnet vom Tage des Inkrafttretens des Vertrages auszuführen und die Ratifikationsurkunden im Laufe dreier Jahre nach Inkrafttreten des vereinheitlichten Zolltarifs auszutauschen. Es soll also spätestens nach 4 ½ Jahren die estländisch-lettländische Grenze dem zollfreien Verkehr geöffnet werden. Die Zollunion wird auf 10 Jahre abgeschlossen.

Der Vertrag besagt ferner in Art. 11, daß ohne die Verwirklichung der Konvention abzuwarten, beide vertragschließenden Teile an die Ausarbeitung eines provisorischen Vertrages gehen, der beiden Staaten den Austausch der Erzeugnisse des Bodens, der Landwirtschaft und der Industrie noch vor der Verwirklichung der Zollunion erleichtern soll. Es handelt sich also um den bereits seit Jahren diskutierten vorläufigen Handelsvertrag, der für beide Staaten nachgerade eine dringende Notwendigkeit geworden ist.

Bei der Beurteilung des lettländisch-estländischen Vertrages vom 5. Februar 1927 verdient hervorgehoben zu werden, daß Estland sich auf den Boden einer völligen Zollunion stellt, und somit sich den lettländischen Standpunkt zu eigen gemacht hat. Im übrigen läuft die Konvention darauf hinaus, den Boden für eine Zollunion langsam vorzubereiten. Treffend faßt die Rigaer Wirtschaftszeitung (vom 23. Oktober 1926) das Wesentliche, wie folgt zusammen, damals allerdings erst die Vorschläge Estlands beurteilend die in der Folgezeit zu dem Vertrage vom 5. Februar geführt haben. „Wie ein roter Faden läuft durch die neuen estländischen Vorschläge die Absicht, vor Abschluß der Union die die Wirtschaft beeinflussenden Faktoren in beiden Staaten möglichst gleichartig zu gestalten. Bei einer Zollunion werden Landwirtschaft, Industrie und Handel in Estland mit der Landwirtschaft, der Industrie und dem Handel in Lettland konkurrieren müssen. Es ist daher nicht allein wünschenswert, sondern direkt notwendig, daß die genannten wirtschaftlichen Zweige unter den gleichen sie beeinflussenden Faktoren arbeiten können. Dazu gehören aber nicht allein gleiche Zollsätze, sondern auch gleiche Steuerverhältnisse, Transporttarife, gleiche Zollbestimmungen und gleiche soziale Gesetze“, überhaupt die Gleichheit der Gesamtheit der Produktionsbedingungen. Es wird nunmehr an der wirtschaftlichen Gesetzgebung Lettlands und Estlands liegen, diesem weitgesteckten Ziel zu dienen. Die Wuchergesetzgebung in Lettland zeigt, daß die gesetzgebenden Körperschaften das Problem in seiner ganzen Tragweite bisher nicht erfaßt haben.

Die gegenwärtigen Handels- und Wirtschaftsbeziehungen zwischen Lettland und Estland beruhen auf dem bereits erwähnten Vorvertrag vom 1. November 1922, der auf dem Grundsatz der Meistbegünstigung aufgebaut ist. Weitergehende Bindungen sind nur in Art. 7 (Zollvereinheitlichung) vorgesehen.

## 2. Handelsvertragspolitik Lettlands.

Charakteristisch für die L E T T L Ä N D I S C H E H a n d e l s v e r t r a g s - p o l i t i k ist es, daß gerade mit den für Lettland wichtigsten Nachbarstaaten Rußland, Litauen und Polen keine endgültigen Verträge abgeschlossen sind.

Die Gegensätze zu L i t a u e n wurden bereits angedeutet. Der Gedanke einer Zollvereinheitlichung muß vorläufig als gescheitert angesehen werden. Ein Handelsvertrag ist ebenfalls noch nicht abgeschlossen, obgleich seit langer Zeit verhandelt wird. Litauen stellt Bedingungen, die Lettland unannehmbar erscheinen, so z. B. Monopolstellung in der Belieferung Lettlands mit Getreide. Der Expansionsdrang der lettländischen Industrie nach Litauen wird dort wieder als untragbar beurteilt. Die eigentlichen Zollverhandlungen haben bisher ebensowenig zu positiven Ergebnissen geführt, wie die Verhandlungen über den Teil der Libau-Mitauer Eisenbahn, der über litauisches Gebiet führt. Die Freigabe dieser Strecke ist für den Handelshafen Libau eine Existenzfrage.

Ebenso ungeklärt sind die Beziehungen zu P o l e n. Die Handelsvertragsverhandlungen befinden sich in der Schwebel. Infolge der Haltung Polens ist vorläufig mit einer baldigen Einigung nicht zu rechnen. Die von Polen im Jahre 1925 durchgeführte K o n t i n g e n t i e r u n g d e r E i n f u h r hat den Handel und die Industrie Lettlands schwer getroffen. Die gegen das Lizenzsystem erhobenen Einsprüche führten lediglich dazu, daß im Dezember 1925 für einige besonders wichtige lettländische Ausfuhrwaren ein sehr knappes Einfuhrkontingent konzediert wurde. Im Zusammenhang mit den Handelsvertragsverhandlungen hat die polnische Regierung eine Milderung der Kontingentierung vorgenommen, die jedoch von den lettländischen Interessentenkreisen als viel zu geringfügig angesprochen wird, zumal die Lizenzen nur einen Monat Gültigkeit haben und zudem auf Waren lauten, die für Lettland ernstlich nicht in Betracht kommen können. Dazu kommt, daß Polen hinsichtlich der sog. Baltischen Klausel Forderungen stellt, die für Lettland unannehmbar sind. Die Haltung Polens ist umso unverständlicher, als Polen weit mehr nach Lettland exportiert, als von dort Waren einführt und auf den lettländischen Absatzmarkt nicht ohne weiteres verzichten kann. Lettländischerseits werden bereits Stimmen laut, die die Notwendigkeit eines Zollkrieges mit Polen in Erwägung ziehen, doch haben in letzter Zeit die durch den englischen Bergarbeiterstreik bedingten großen Kohlenexporte, die Polen z. T. über Riga geleitet hat, und die für Lettland einen nicht unbeträchtlichen Gewinn bedeuteten, die Handelsbeziehungen zwischen beiden Staaten belebt und temporär gebessert.

Auch mit S o v e t - R u ß l a n d ist ein endgültiger Handelsvertrag noch nicht abgeschlossen. Den Beziehungen liegt der R u s s i s c h - L e t t l ä n d i s c h e F r i e d e n s v e r t r a g v o m 11. A u g u s t 1920 zugrunde, der u. a. die Rückerstattung aller im Kriege evakuierten Materialien, Archive, Urkunden, Wert-sachen usw. vorsieht; ferner wird Lettland von der Verantwortlichkeit für russische Schuld- und andere Verbindlichkeiten aller Art befreit. Alle derartigen Forderungen der Gläubiger Rußlands sollen zu dem Lettland betreffenden Teile lediglich gegen

Rußland gerichtet werden (Art. XVI). Besonders wichtig ist der Art. XVII, dessen Absätze 1 und 2 lauten:

1. Die vertragschließenden Parteien kommen überein, unmittelbar nach der Ratifizierung dieses Vertrages einen Handels- und Transitvertrag, eine Konsular-, Post- und Telegraphenkonvention und eine Konvention bezüglich der Vertiefung der Düna zu schließen.

2. Bis zum Abschluß eines Handels- und Transitvertrages kommen die vertragschließenden Parteien überein, daß die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen ihnen nach nachfolgenden Grundsätzen geregelt werden:

a) beide Parteien gewähren einander gegenseitig die Rechte der meistbegünstigten Nation,

b) die Waren, die im Transitwege über die Gebiete der vertragschließenden Parteien befördert werden, werden keinen Gebühren noch Steuern unterworfen,

c) die Frachttarife für Transitwaren können nicht höher sein als die Frachttarife für gleichartige Waren lokaler Bedeutung.

Zum Abschluß eines endgültigen Handelsvertrages mit Rußland ist es bisher nicht gekommen, weil lettischerseits gegen die Sovet-Union ein sehr großes Mißtrauen besteht, das z. T. auf die abweisende politische Haltung der Sovet-Union zurückzuführen ist.

Mit D e u t s c h l a n d, das als Ostseestaat zu den Nachbarn Lettlands zu rechnen und als wichtigster Handelspartner anzusehen ist, konnte erst am 26. Juni 1926 ein regulärer Handelsvertrag zustande kommen. Es sind ganz überwiegend politische Motive, die an der Herauszögerung des Vertragsabschlusses schuld waren. Die abweisende Haltung gegen alles Deutsche bestimmte in weitem Maße die lettländische Politik. Andererseits glaubte man, England, auf dessen Wohlwollen größter Wert gelegt wird, zu Diensten zu sein, wenn man außen- und wirtschaftspolitisch deutschfeindlich auftrat. Auf derselben Linie bewegen sich die wiederholten Kundgebungen gegen deutsche Waren, die immer noch als „Ersatz“ bezeichnet werden. — Es gehört zu den Verdiensten des verstorbenen Außenministers M e j e r o v i z, daß er mit dem traditionellen Deutschenhaß brach und die Abrechnungsfrage reichsdeutschen Grundbesitzes in großzügiger Weise zu erledigen beabsichtigte. Die von ihm eingeschlagene Politik wurde, wenn auch nicht mit gleicher Entschiedenheit, weiter verfolgt. Das Ergebnis ist der nach fünfjährigen Verhandlungen zustande gekommene Handelsvertrag mit Deutschland.

Die Rechtsgrundlage der deutsch-lettischen Beziehungen ist das Vorläufige Abkommen über die Wiederaufnahme der Beziehungen zwischen dem Deutschen Reich und Lettland vom 15. Juli 1920, das nur gewisse Grundlinien der Wirtschaftspolitik zwischen beiden Staaten festlegt. Auf dieses Abkommen stützt sich der Vertrag vom 27. März 1922, der das Meistbegünstigungsrecht für Handel und Gewerbe festlegt und die gegenseitige Anerkennung der Aktiengesellschaften und anderer Gesellschaften bringt. Der wechselseitige Handelsverkehr zwischen beiden Ländern soll grundsätzlich keinerlei Aus-, Ein- und Durchfuhrverboten unterliegen. Beachtlich an dem Vertrage ist, daß die Meistbegünstigung

nicht Anwendung findet hinsichtlich der Vergünstigungen, die Deutschland laut Versailler Vertrag zugestehen mußte, sowie derjenigen Vorteile, die Lettland allein den anliegenden baltischen Staaten und Rußland zugesteht, es sei denn, daß jene Vergünstigungen auch dritten Staaten gewährt werden.

Neben dem kleinen Grenzverkehr sind von der Meistbegünstigung die Vorteile ausgenommen, die ein Vertragsteil einem anderen Staate im Wege der Zollunion gewährt. Deutschland gestand ferner Lettland einen Warenkredit in Höhe von 500 Mill. Papiermark zu. Der Vertrag ist auf drei Jahre terminiert. Von diesem Zeitpunkt kann er mit sechsmonatlicher Frist gekündigt werden. In diesem Fall tritt das Abkommen vom 15. Juli 1920 in Kraft.

Wie oben erwähnt, ist es am 27. Juni 1926 zu einem endgültigen Handelsvertrag zwischen Deutschland und Lettland gekommen, der am 1. Dezember 1926 in Kraft getreten ist.

Art. I des neuen Handelsvertrages besagt zunächst allgemein, daß beide Staaten sich gegenseitig die uneingeschränkte Meistbegünstigung in ihren Handels- und Wirtschaftsbeziehungen, in der Seeschifffahrt und der Niederlassung zugestehen, vorbehaltlich der Regelung des Paßwesens und des Schutzes der heimischen Arbeitsmärkte.

Daraus ergibt sich im einzelnen: § 1. Die Meistbegünstigung umfaßt den Schutz des gewerblichen Eigentums, sowie des Urheberrechts an Werken der Literatur und Kunst; ferner das Zollwesen (Höhe und Erhebung der Zölle), die Behandlung der beiderseitigen Handlungsreisenden und den Musterverkehr, endlich die Güter- und Personenbeförderung.

Laut § 2 werden die Angehörigen jedes vertragschließenden Teiles nicht ungünstiger gestellt werden, als die Angehörigen irgend eines dritten Staates. Ausdrücklich wird jedoch festgestellt, daß vorstehende allgemeine Bestimmungen nicht das Recht beschränken, „einem Angehörigen des anderen Teiles den Aufenthalt auf seinem Staatsgebiet zu verbieten, soweit solches auf Grund der Landesgesetze im Interesse der inneren und äußeren Sicherheit, der öffentlichen Ordnung, der sozialen Fürsorge oder aus sanitären oder sittenpolizeilichen Gründen erforderlich erscheint“, eine Einschränkung, die für Deutschland jedenfalls von größerer Bedeutung ist, als für Lettland.

Nach § 3 sollen die Angehörigen jedes Vertragsteils berechtigt sein, bewegliches und unbewegliches Vermögen zu erwerben, zu nutzen und darüber zu verfügen, sowie ihr Vermögen und den Erlös aus demselben auszuführen, ohne höheren Abgaben unterworfen zu sein als Angehörige eines dritten Staates unter gleichen Verhältnissen.

Freier Zutritt zu den Gerichten, Verfolgung und Vertretung ihrer Rechte usw. wird in § 4 ausgesprochen.

§ 6 behandelt die Befreiung von jedem Militärdienst, Geld-, Natural- oder Dienstleistungen und Zwangsanleihen. Ausgenommen sind die mit dem Besitz, der Miete oder der Pacht von Grundstücken verbundenen Lasten usw., hinsichtlich

deren die Angehörigen des anderen Teiles nicht ungünstiger behandelt werden als die Inländer oder die Angehörigen der meistbegünstigten Nation.

Aktiengesellschaften und andere Gesellschaften kommerzieller, finanzieller oder industrieller Art des einen Staates werden vom anderen als zu Recht bestehend anerkannt. Ihre Gründung und Zulassung zum Geschäftsbetrieb auf dem Gebiet des anderen Teiles bestimmt sich nach den dort jeweils geltenden Gesetzen und Bestimmungen, doch sollen sie nach erfolgter Zulassung nicht ungünstiger gestellt werden als gleichartige Gesellschaften eines dritten Staates (§ 5).

Im § 7 werden dann diejenigen Fälle aufgezählt, in denen die vereinbarten Meistbegünstigungen nicht zur Anwendung gelangen. Es handelt sich um dieselben *Ausnahmen* zugunsten der Sovet-Union und der baltischen Nachbarstaaten, die bereits im Vertrag vom 27. März 1922 ausgesprochen waren (s. oben).

Art. 2 behandelt die *Ein-, Aus- und Durchführung* von Waren, die gemäß § 1 nach Möglichkeit durch keinerlei Ein- und Ausfuhrverbote oder Beschränkungen gehemmt werden soll.

*Ausnahmen* von diesem Grundsatz betreffen Waffen, Munition, Kriegsgewehre, Waren, die Gegenstand eines Staatsmonopols sind und die aus Gründen der öffentlichen Sicherheit, der Gesundheitspolizei oder zum Schutz von Tieren besonders behandelt werden.

§ 3 spricht den Grundsatz der *Freiheit der Durchführung* aus und verweist auf die Bestimmungen des Übereinkommens von Barcelona vom 20. April 1921.

Der Art. 3 nebst Anlage A behandelt den wechselseitigen *Eisenbahnverkehr*, der in anderem Zusammenhang gewürdigt werden wird. Art. 4 sieht weitere Vereinbarungen vor, u. a. über das *Konsularwesen*, gegenseitige *Rechtshilfe*, *Steuersachen* usw. *Meinungsverschiedenheiten* sollen laut Art. 5 durch ein *gemischtes Schiedsgericht* ihre Erledigung finden. Art. 6 und 7 befassen sich mit der Ratifizierung und dem Inkrafttreten des Vertrages.

Vielleicht beachtlicher als die genannten positiven Bestimmungen ist die gleichzeitig erfolgte gegenseitige Streichung der aus dem Kriege resultierenden Forderungen. Lettländischerseits hatte man sich auf den Standpunkt gestellt, daß vor dem Abschluß eines Handelsvertrages erst die Regelung der „Kriegsentschädigung“ erfolgen müsse. Es ist ein unbestreitbarer Erfolg der deutschen Diplomatie, daß es gelang, die *beiderseitigen Forderungen als annähernd gleichwertig einfach fallen zu lassen*. In der Hauptsache liegt also der Gewinn des deutsch-lettländischen Vertrages auf wirtschaftsmoralischem Gebiet: er führte zu der offiziellen Anerkennung seitens Lettlands, daß Deutschland sich zu einem der wichtigsten wirtschaftlichen Kontrahenten aufgeschwungen hat. Damit wird im Grunde nur ein bereits bestehender Zustand legalisiert. Ein fühlbarer Aufschwung des Handels zwischen beiden Staaten dürfte aus dem Vertragswerk kaum resultieren. Immerhin ist die Stellung des deutschen Staatsbürgers, insbesondere des deutschen Unternehmers in Lettland gefestigt, z. T. auch deshalb,

weil nach Abschluß des Vertrages vom 26. Juni 1926 die öffentliche Meinung Lettlands einen gewissen Umschwung zugunsten Deutschlands erfahren hat. Daß von deutsch-baltischer Seite die Einigung lebhaft begrüßt wird, braucht nicht hervorgehoben zu werden, daß aber die lettische Presse einen Deutschland günstigen Ton anschlägt, ist beachtlich und erfreulich. So schreibt der „Kursemes Vards“, das führende Organ Kurlands — und ähnlich äußern sich die maßgebenden Blätter verschiedener Parteirichtungen Rigas —: „Es ist an der Zeit, die Kultivierung des alten traditionellen Hasses und die Schürung der Feindschaft gegen das deutsche Volk zu begraben. Mit dem deutschen Volke und dem heutigen Deutschen Reiche verbinden uns die engsten Bande wirtschaftlicher und geistiger Zusammenarbeit. Wir schulden den Deutschen mehr Dank als allen anderen europäischen Kulturvölkern zusammen.“

Mit den skandinavischen Staaten und Finnland hat Lettland im Jahre 1924 Handelsverträge abgeschlossen und zwar mit Finnland am 23. August, mit Norwegen am 14. August, mit Dänemark am 3. November und mit Schweden am 23. Dezember. Der lettländische Generalsekretär des Äußeren, Albat, charakterisiert die Verträge wie folgt:

„Die Verträge sind auf der Basis der Meistbegünstigung und Reziprozität geschlossen worden. Hinsichtlich der Schifffahrt sind Norwegen größere Rechte zugebilligt. Die baltische und die russische Klausel wurden in den Vertrag aufgenommen. Der provisorische Handelsvertrag mit Schweden entspricht im großen und ganzen dem mit Holland vereinbarten Verträge und basiert gleichfalls auf dem Meistbegünstigungsprinzip. Ursprünglich wollte Schweden sein Verhältnis zu Lettland auf dem Wege eines Notenaustausches (ebenso wie früher Holland) regeln, doch wurde dieser Vorschlag von Lettland abgelehnt. Auch der Vertrag mit Schweden enthält die baltische und die russische Klausel. Was Finnland betrifft, so ist zwar der Anschluß Finnlands an die geplante lettländisch-estländische Zollunion in nächster Zukunft nicht vorauszusehen, doch ist zu erwarten, daß der Ratifizierung eines Handelsvertrages der Abschluß eines speziellen Zollabkommens folgen wird, welches die Entwicklung der gegenseitigen Wirtschaftsbeziehungen wesentlich fördern wird. Auch hier ist dem Vertrag das Meistbegünstigungsprinzip zugrunde gelegt worden. Da Finnland zu den baltischen Staaten gehört, kommt die baltische Klausel nicht in Betracht. Auch die Rußland-Klausel fällt hier nicht ins Gewicht. Finnland beansprucht nicht die Sonderrechte, welche Lettland dem estländischen und litauischen Staat im Resultat der projektierten Zollunion gewähren könnte. Dafür verzichtet Lettland auf die seitens Finnlands gewährten Sonderrechte.“

Wichtig für Lettland sind neben den Verträgen mit der Schweiz (4. Dezember 1924), der Tschecho-Slowakei (21. Juli 1923), Holland (2. Juli 1924), Österreich (9. August 1924) und Ungarn (19. November 1923) diejenigen mit England und Frankreich. Der Handelsvertrag mit England ist der erste, den Lettland abgeschlossen hat und zwar am 21. Juli 1923. Dem Vertrag liegt der Grundsatz der Meistbegünstigung zugrunde. Die Meist-

begünstigung erstreckt sich jedoch nicht auf Zollvergünstigungen und Erleichterungen, welche Lettland den Staaten Rußland, Finnland, Estland, Litauen, in bezug auf russische, finnländische, estländische oder litauische Waren zugebilligt hat oder zubilligen könnte, bezw. solange, bis Lettland diese Vergünstigungen oder Erleichterungen nicht auch auf einen anderen Auslandsstaat ausdehnen wird (Art. 7).

Der Handelsvertrag zwischen Lettland und Frankreich ist am 20. Oktober 1924 unterzeichnet worden. Auch hier hat die Meistbegünstigung Einschränkungen hinsichtlich des Grenzverkehrs, einer Zollunion und der baltisch-russischen Klausel erfahren. Diese Forderung durchzusetzen, fiel Lettland überaus schwer. Trotzdem hat Frankreich ein großes Entgegenkommen bewiesen, indem Lettland für wichtige Ausfuhrpositionen (Holz, Flachs, Butter, Käse, Kartoffeln, Eier, Papier usw.) Minimalzollsätze oder Mittelsätze konzedierte wurden. Der Vertrag mit Frankreich wird lettischerseits als großer Erfolg angesprochen.

### 3. Handelsvertragspolitik Estlands.

Auf Grund seiner geographischen Lage ist ESTLAND nebst Lettland das wichtigste und geeignetste Transitland zum großen russischen Markt. Deshalb sind seine Welthandelsbeziehungen umfassender als die der anderen baltischen Staaten, vor allem Litauens. Dieser Umstand hat dazu beigetragen, daß Estland mit fast allen größeren Staaten Handelsverträge abgeschlossen hat.

Der erste Handelsvertrag, der für den nach wirtschaftlicher Verankerung strebenden jungen Staat besondere Bedeutung hatte, war das im Juli 1920 mit England abgeschlossene Handelsabkommen, das auf der Grundlage beiderseitigen Meistbegünstigungsrechts im übrigen keine besonderen Bestimmungen enthielt.

Für den Handelsverkehr mit Rußland bilden noch immer die Bestimmungen des Art. XVI des Dorpater Friedensvertrages vom 2. Februar 1920 die Grundlage. Die Handelsbeziehungen gestalteten sich so, daß etwa bis 1923 der Export Estlands nach Rußland überwog. Insbesondere mußte Rußland in dem Jahre der Hungersnot 1922 größere Mengen estländischen Getreides und estländischer Kartoffeln einführen. Seit 1923 gewinnt der Export Rußlands nach Estland immer mehr an Bedeutung. Estland kommt für Rußland in erster Linie als Transitland in Betracht. In dieser Frage hat sich Estland Rußland gegenüber immer sehr entgegenkommend gezeigt. Daher scheint Rußland, das Estland in den letzten Jahren stark in wirtschaftliche Abhängigkeit gebracht hat, kein besonderes Interesse an dem Abschlusse eines Handelsvertrages zu haben, umso mehr als auch der unmittelbare estländisch-russische Warenverkehr die Tendenz steigender Aktivität zugunsten Rußlands zeigt. Im Oktober 1924 fand in Reval die Eröffnung der estländisch-russischen Handelskammer statt, die nach Ansicht der Russen als ein den kommenden Handelsvertrag vorbereitendes Institut anzusehen ist. Der geplante und immer wieder hinausgeschobene Handelsvertrag ist bis heute nicht über das Stadium von Vorverhandlungen hinausgekommen.

Mit dem Nachbarstaat **F i n n l a n d** gelang es erst nach langwierigen Verhandlungen zu einem Abschluß zu gelangen. In dem Handelsvertrag, der am 29. Oktober 1921 unterzeichnet wurde, findet der Grundsatz der Meistbegünstigung volle Anwendung. Beide Staaten räumen sich ferner eine Reihe von Zollvergünstigungen ein, die aber auf Grund der Meistbegünstigungsklausel auf andere Staaten nicht ausgedehnt werden können. Finnland gewährt Estland zollfreie Einfuhr verschiedener Erzeugnisse, wie Fleisch, Vieh, Getreide, Kartoffeln u. a. m., Estland seinerseits gab die Einfuhr von Vieh, Holzwaren, Getreide, Bausteinen u. a. m. für Finnland frei. Der Vertrag führte zu einer bedeutenden Ausfuhr landwirtschaftlicher Erzeugnisse aus Estland nach Finnland. In den letzten Jahren ist ein Rückgang der finnischen Ausfuhr nach Estland und ein zunehmendes Anwachsen der estländischen Ausfuhr nach Finnland unverkennbar. Finnland regte daher eine Revision des Vertrages an, der Estland auch zustimmte. Verhandlungen über eine Erneuerung und Revision des Vertrages werden seit längerer Zeit in Reval geführt.

Am 7. Januar 1922 ist in Paris ein **f r a n z ö s i s c h - e s t l ä n d i s c h e r** **H a n d e l s v e r t r a g** unterzeichnet worden, dem mehr politische als wirtschaftliche Bedeutung beizumessen ist, insofern als durch ihn Estland in die politische Interessensphäre Frankreichs einbezogen wird. Das Meistbegünstigungsprinzip bildet die Grundlage. Ausgenommen von der Meistbegünstigung sind die Vergünstigungen, die Estland an Lettland und Finnland gewährt, während Estland seinerseits auf die Vergünstigung verzichtet, die Frankreich an seine Nachbarländer einräumen sollte. In dem Vertrage werden auf der anderen Seite Zollnachlässe für die Erzeugnisse der estländischen Holzindustrie und für andere Warengattungen vorgesehen. Die bestehenden Einfuhrverbote werden durch ein besonderes Abkommen aufgehoben.

Der scharfe Konkurrenzkampf, dem verschiedene deutsche Waren durch Erzeugnisse derjenigen Länder, die auf Grund von Handelsverträgen in Estland Zollvergünstigungen genossen, ausgesetzt waren, legte bei dem regen Warenverkehr zwischen beiden Staaten den Abschluß eines Handelsvertrages nahe. Die gegenseitigen Forderungen aus der Kriegs- und Okkupationszeit standen jedoch dem Abschluß entgegen. Erst die Einigung hierüber auf Grundlage der Annullierung machte den Weg frei. Am 27. Juni 1923 wurde daraufhin in Reval ein Vorläufiger Handelsvertrag zwischen **D e u t s c h l a n d** und Estland abgeschlossen und unterzeichnet. Bei Beurteilung dieses Vertrages ist zu beachten, daß Deutschland hinsichtlich der Wareneinfuhr nach Estland an erster Stelle vor England, bei der Ausfuhr an dritter Stelle hinter Rußland und England steht.

Auf Grund des **H a n d e l s v e r t r a g e s** wenden beide vertragsschließenden Teile den **G r u n d s a t z** der **M e i s t b e g ü n s t i g u n g** an:

1. auf die Durchfuhr, die Wiederausfuhr und das Recht der zollamtlichen Einlagerung,
2. auf die Zollförmlichkeiten,
3. auf den Erwerb und Besitz von beweglichem und unbeweglichem Vermögen, sowie die Verfügung darüber,

4. auf die Zulassung zur Ausübung von Handel, Gewerbe, Industrie und Landwirtschaft,

5. auf den Schutz des gewerblichen Eigentums u. a. m.

Dagegen ist die Frage der Meistbegünstigung in Zollangelegenheiten der bestehenden Bindungen Deutschlands durch den Versailler Friedensvertrag wegen nicht berührt worden. Nach Wegfall dieser Bindungen wurde von der estländischen Regierung die Ausdehnung der beiderseitigen Meistbegünstigung auch auf die zolltariflichen Bestimmungen vorgeschlagen. Die Schwierigkeiten, hierüber eine Einigung zu erzielen, liegen z. T. daran, daß die deutsche Meistbegünstigung Estland viel größere Vorteile bietet, als die estländische Deutschland, da die zolltariflichen Abschläge, die Estland anderen Staaten gewährt hat, meist Positionen betreffen, die für den deutschen Export weniger Interesse bieten. Dessenungeachtet fürchtet die estländische Industrie, vor allem die Tuchindustrie, schwere Verluste durch den Abschluß eines Handelsvertrages mit Deutschland. Andererseits ist ein solcher vom Standpunkt der estländischen Landwirtschaft dringend zu wünschen. Es ist nämlich die Butterausfuhr Estlands, die seit 1924 überwiegend über Deutschland geleitet wird, durch den am 1. Oktober 1926 in Kraft getretenen Handelsvertrag zwischen Deutschland und Finnland, der den Ausfuhrzoll auf finnländische Butter von 30 auf 27,50 Mk. für 100 kg herabsetzt, erheblich gefährdet. Die hierdurch bedingte Benachteiligung kann nur durch einen Meistbegünstigungsvertrag beseitigt werden. Welche Interessen in Estland sich durchsetzen werden, bleibt abzuwarten. Bei der überragenden Bedeutung, die die Buttererzeugung und -ausfuhr für die estländische Volkswirtschaft besitzt, werden deren Erfordernisse jedenfalls in irgend einer Form berücksichtigt werden müssen. Zunächst sind die vorläufigen Verhandlungen, die von beiden Staaten geführt werden, unterbrochen, da das Inkrafttreten des neuen estländischen Zolltarifs, der im Gegensatz zu den bisherigen autonomen Zollsätzen Minimal- und Maximalsätze aufweisen wird, abgewartet werden soll. Aus allem ergibt sich, daß die Verhandlungen sich noch längere Zeit hinziehen dürften.

Der im Oktober 1922 mit Ungarn abgeschlossene Handelsvertrag hat die gleiche allgemeine Grundlage wie der französisch-estländische Handelsvertrag. Der ungarische Minimaltarif wird auf begrenzte Kontingente estländischer Erzeugnisse angewandt, während Estland für eine Reihe ungarischer Waren Zollermäßigungen gewährt.

Mit Litauen ist noch kein Vertrag zustande gekommen. Der Grund liegt wohl hauptsächlich darin, daß man das Ergebnis der Verhandlungen Litauens mit Lettland betreffs Regulierung ihrer gegenseitigen Handelsbeziehungen abwarten will.

In dem Handelsverkehr Estlands mit Polen herrscht immer noch ein vertragsloser Zustand. Zwar ist neuerdings die Notwendigkeit eines Vertragsabschlusses dringend geworden und man hat Anfang 1926 Vorarbeiten in Angriff genommen, doch wird das Zustandekommen einer Übereinkunft durch die starke Aktivität des estnisch-polnischen Warenaustausches zugunsten Polens, ferner durch die Hindernisse, die dem freien Zutritt estnischer Waren zum polnischen Markte

seitens der polnischen Behörden in ihrer Handhabung des Lizenzsystems entgegengesetzt werden, erschwert. Im ganzen ist der Warenverkehr zwischen Estland und Polen unbedeutend.

Mit der Schweiz ist im Oktober 1925 ein vorläufiges Abkommen unterzeichnet worden, das inhaltlich fast wörtlich mit demjenigen zwischen der Schweiz und Lettland übereinstimmt und die gegenseitige Meistbegünstigung ohne besondere Zugeständnisse auf Zölle ausspricht. Desgleichen sind mit Holland (am 22. Juli 1924) und mit Norwegen (am 29. August 1925) Handelsverträge auf der Basis der Meistbegünstigung zum Abschluß gekommen.

Auch mit den Vereinigten Staaten kam im März 1925 ein nach dem Muster des deutsch-amerikanischen Vertrages entworfenes Vorläufiges Abkommen zustande, das die unbedingte gegenseitige Meistbegünstigung zur Grundlage hat. Estland hat Vorbehalte gemacht bezüglich der Zugeständnisse, die es Finnland, Litauen und Rußland eingeräumt hat oder machen wird.

#### 4. Zollpolitik.

Als im November 1918 nach Abzug der deutschen Behörden eine neue Regierungsgewalt in E S T L A N D begründet wurde, fand sie sich vor der Aufgabe, unter anderem auch den Handel, insbesondere den Außenhandel zu regeln. In fast allen europäischen Staaten stand um diese Zeit der Außenhandel noch unter schärfster Regierungskontrolle, die durch die damaligen politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse bedingt waren, welche aus dem Krieg und aus den mit den neuen Staatenbildungen zusammenhängenden Erscheinungen erwachsen.

Die Freiheit des Außenhandels war insofern unterbunden, als die Ein- und Ausfuhr, sowie die Durchfuhr nur auf Grund von L i z e n z e n zugelassen wurde. Auch die estländische Regierung sah sich durch die obwaltenden Umstände gezwungen, zu demselben Mittel zu greifen. Durch Regierungsbeschluß vom 21. November 1918 wurde der A u ß e n h a n d e l s a u s s c h u ß beim Handels- und Gewerbeministerium ins Leben gerufen, der mit der K o n t r o l l e d e r A u s -, E i n - u n d D u r c h f u h r betraut wurde.

Das Verbot der freien Einfuhr bezweckte den Zustrom aller Waren zu sperren, deren Erwerb die beschränkten Geldmittel des jungen Staates nicht gestatteten. Durch Verbot der freien Ausfuhr sollte verhindert werden, daß Waren, die das Land selbst benötigte, in das Ausland abfließen. Nur langsam drangen in der estländischen Handelspolitik auch andere Gesichtspunkte durch, die hauptsächlich auf einen Ausgleich der Handelsbilanz gerichtet sind.

Auf dem Gebiete der Z o l l p o l i t i k beließ die estländische Regierung den durch die deutschen Behörden am 24. Juni 1918 eingeführten Zolltarif einstweilen in Kraft. Jener Tarif ist nur ein Auszug aus dem allgemeinen Tarif für das Deutsche Reich und entsprach keineswegs den Sonderinteressen Estlands, da er auf ganz anderen Grundsätzen aufgebaut war als der bis dahin gültige frühere russische Zolltarif. Dieser Umstand bewog denn auch die Regierung, baldmöglichst wieder auf den letzteren zurückzugreifen, und durch V e r o r d n u n g v o m

25. März 1919 den deutscherseits eingeführten Zolltarif außer Kraft zu setzen, so daß vom 1. April 1919 der ehemalige russische Zolltarif in der Fassung vom 19. Juli (1. August) 1914, ausgenommen die Zollsätze, erneut in Wirksamkeit trat. Es verdient hervorgehoben zu werden, daß der russische Zolltarif auf dem Grundsatz der spezifischen Zölle aufgebaut war. Da dieselben in Rubel und Kopeken bewertet waren, mußte eine Umrechnung in Emk. durchgeführt werden, die auf Grund des Wertverhältnisses 1 Rubel = 1 Estmark geschah; dem Verhältnis zwischen Goldrubel und Estmark entsprechend, wurden die meisten Zollsätze um das Zehnfache erhöht, so daß dadurch im Grunde nur der relative Betrag der Zollsätze wiederhergestellt wurde.

Gleichzeitig wurde aber auch dem Umstand Rechnung getragen, daß im Lande eine starke Nachfrage nach Waren für den persönlichen Gebrauch der Bevölkerung, sowie für den Bedarf der Industrie sich fühlbar machte. Es wurden daher vom Zoll landwirtschaftliche Geräte und Maschinen zwecks Hebung der Landwirtschaft befreit; die Zollsätze wurden nicht erhöht für Metalle und Faserstoffe, sowie für Bücher; nur um das Dreifache erhöht für Maschinen, Schiffe, rohe Wolle, Baumwollgewebe, Erzeugnisse aus Wolle, und um das Fünffache auf Wäsche und Kleider. Andererseits werden aber auch einige Zölle in festen Beträgen eingeführt, die in vielen Fällen das Zehnfache der früheren Sätze um ein bedeutendes überschreiten, so die Zölle auf Reis, Steinkohle, Parfümerien, Seifen usw. Es handelt sich hier entweder um Luxusartikel oder um solche Waren, die aus rein fiskalischen Erwägungen höher verzollt werden sollten.

1919 und 1920 hatte die Zollpolitik nur eine untergeordnete Bedeutung, da in Estland das Lizenzsystem Richtung und Ausmaß des Außenhandels vollkommen beherrschte. Einfuhrgenehmigungen wurden selten erteilt, so daß Waren nur beschränkt importiert wurden. Es verringerte sich ferner der Bestand der in den Verkehr gelangenden Waren noch dadurch, daß viele Händler dieselben in Erwartung einer weiteren Preissteigerung zurückhielten. Bei derartigen Zuständen eines dauernd ungestillten Warenhungers bot sich die Möglichkeit, die Preise in die Höhe zu treiben, so daß die Höhe der Zölle gar keine Rolle spielte.

Das Lizenzsystem dauerte das ganze Jahr 1920; damals aber wurde schon dessen Abänderung vorbereitet, die mit Umgehung der Gesetzgebung im Verwaltungswege verwirklicht wurde. Die Möglichkeit hierzu war gegeben durch ein Gesetz vom 2. März 1920, das der Regierung in Sachen der Ein- und Ausfuhrregelung freie Hand ließ. Unter den damaligen Verhältnissen konnten derartig weitgehende Vollmachten der Regierung gerechtfertigt werden, da es sich meist darum handelte, gewisse Maßnahmen sofort und ohne Verzug durchzuführen, was bei dem stets langsam arbeitenden gesetzgebenden Apparat unmöglich gewesen wäre. Die Regierung interpretierte die ihr erteilten Vollmachten dahin, daß sie auch das Recht, die Höhe der Zölle festzusetzen, für sich in Anspruch nahm. Andererseits unterwarf sie, gestützt auf jene Vollmachten, das Lizenzsystem einer weitgehenden Revision. Hiermit wurde ein besonderer Ausschuß betraut, der im November 1920 seine Tätigkeit aufnahm.

Der Ausschuß entschied sich für einen allmählichen A b b a u d e s L i z e n z s y s t e m s. Zwecks Ermöglichung dieser Maßnahme wurden neue Zollsätze ausgearbeitet und am 10. Dezember 1920 auf telegraphischem Wege eingeführt. Nebenbei sei bemerkt, daß dieser Tarif niemals im Regierungsanzeiger veröffentlicht worden ist. Gleichzeitig wurden die zuständigen Behörden angewiesen, allen Gesuchen um Einfuhrbewilligung, soweit es sich nicht um Luxuswaren handelte, anstandslos Folge zu geben. Über Gesuche um Einfuhrbewilligungen für sog. Luxuswaren dagegen hatte der Außenhandelsrat zu entscheiden.

Die neuen Zollsätze waren anfänglich als eine zeitweilige Maßnahme gedacht. Da sich jedoch die Ausarbeitung eines neuen Zolltarifes in die Länge zog, erstreckte sich die Geltungsdauer der zeitweiligen Zollsätze auf einen viel größeren Zeitraum, als ursprünglich beabsichtigt war.

Die E i n n a h m e n a u s d e n Z ö l l e n im Jahre 1920 standen infolge des Währungsverfalls in keinem Verhältnis zu der Gesamtsumme der Einnahmen aus den Steuern: diese belief sich auf 209,6 Mill. Emk., während jene nur 48,1 Mill. Emk. oder 23% der Steuergesamtsumme ausmachten, gegen 60% im vorhergehenden Jahre, in dem 74,2 Mill. Emk. Gesamteinnahmen aus Steuern den Zolleinnahmen von 42,3 Mill. Emk. gegenüberstanden. Daß unter solchen Verhältnissen eine Heraufsetzung der Zölle geboten erschien, ist verständlich. Diese wurde denn auch durch V e r o r d n u n g der Minister für Finanzen und für Handel und Gewerbe v o m 10. D e z e m b e r 1920 durchgeführt. Infolge der durch den Währungsverfall gebotenen Beschleunigung griff man wieder bloß zu einer prozentualen Erhöhung der bestehenden Zölle, wobei als Norm eine dreißigfache Erhöhung angenommen wurde, fast doppelt so viel, als die Kursdifferenz der Emk. zwischen April 1919 und Dezember 1920 ausmachte.

Darüber hinaus betragen für viele Positionen die Zollerhöhungen mehr als das Dreißigfache, so z. B. für Wäsche und Konfektion das 45 fache, für Waren, deren Einfuhr ursprünglich überhaupt verboten werden sollte (z. B. Früchte, Bier, Austern, Leder u. a.) das 60fache, ja teilweise sogar das 120fache. Daneben gab es eine ganze Reihe Positionen, für welche die Zölle weniger als auf das 30 fache erhöht wurden.

Bei diesen neuen Zollsätzen tritt zum ersten Mal in der estländischen Zollpolitik die Tatsache in Erscheinung, daß der I n d u s t r i e ein besonderes Interesse zugewandt wird. Zu deren S c h u t z wurden die Zölle so berechnet, daß sie 10 bis 30% der damaligen Preise der Waren ausmachten. Andererseits wurden Zollermäßigungen für Waren vorgesehen, die für den Gebrauch in der Industrie bestimmt waren (z. B. Treibriemen).

Die durch Gesetz vom 2. März 1920 der Regierung gegebenen besonderen Vollmachten betreffend Regelung der Ein- und Ausfuhr erloschen mit dem Ablauf desselben Jahres. Da aber der Zolltarif vom 10. Dezember 1920 auf diesem Gesetz fußte, so ergab sich die Notwendigkeit, die Vollmacht zu verlängern, insbesondere den Umfang derselben genauer festzulegen. Das geschah durch das G e s e t z v o m 3. J a n u a r 1921, auf Grund dessen der Finanzminister im Einvernehmen mit dem Handelsminister befugt ist, Zolltarife und bestimmte Steuern, die die

Ein- und Ausfuhr betreffen, auch in Gold- oder fremder Währung festzusetzen, sowie die Ein- und Ausfuhr einzelner Warengattungen zu untersagen. Die auf Grundlage dieses Gesetzes erlassenen Verordnungen sollten zunächst bis zum 31. Dezember 1921 Geltung haben. Durch Gesetz vom 16. Dezember 1921 wurde jedoch die Dauer obiger Vollmachten der Minister bis auf weiteres verlängert und zwar bis zu dem Inkrafttreten eines auf gesetzgeberischem Wege zustande gekommenen Zolltarifs. Da im Verlaufe von zwei Jahren ein neuer Tarif der Staatsversammlung nicht vorgelegt wurde, war die Zollpolitik Estlands ausschließlich dem Ermessen der Regierungsgewalt überlassen. Erst am 14. Juni 1924 kam auf Initiative der sozialdemokratischen Partei der Staatsversammlung ein Gesetz zustande, — es trat am 7. Juli 1925 in Kraft — demzufolge künftighin Zolltarife nur auf gesetzgeberischem Wege eingeführt werden können. Bis dahin hatte die Regierung somit volle Freiheit bei der Gestaltung der Zollpolitik des Landes gehabt, von der sie mehrfach Gebrauch gemacht hat.

Besondere Beachtung verdient die Bestimmung des Gesetzes vom 3. Januar 1921, nach der die Zollsätze auch in Gold- oder fremder Währung ausgedrückt werden können. Trotz starken Wahrungsverfalls hat die Regierung jedoch diese Bestimmung — von einigen unbedeutenden Versuchen abgesehen — erst beim Erlaß des Zolltarifs vom 25. Januar 1924 angewandt.

Eine der ersten zollpolitischen Maßnahmen im Jahre 1921 war die Einführung eines festen Ausfuhrzolles für Kartoffeln im Betrag von 10 Emk. je Pud, anstelle der früheren Berechnung des Zolles ad valorem. Weiter folgte ein Einfuhrverbot für Weingeist und Bier. Es wurde ferner der bestehende Zolltarif einer Revision unterworfen, mit der ein besonderer Ausschu unter Vorsitz des Gehilfen des Handels- und Gewerbeministers betraut wurde. Der Ausschu ließ sich von dem Gedanken leiten, die Zölle nach einem bestimmten prozentualen Verhältnis zum Preise der Waren zu bemessen. Je nach der Ware wurde das Verhältnis mit 10 bis 30% angenommen, wobei mit den zurzeit in Deutschland, als dem Exportlande, geltenden Warenpreisen gerechnet wurde. Die Arbeiten des Ausschusses dauerten etwa ein halbes Jahr und führten zum Erlaß eines Zolltarifs am 29. April 1921 mit Wirkung vom 1. Mai d. J. Hauptzweck des neuen Tarifes war die Abänderung des Lizenzsystems für die Ein- und Durchfuhr. Die Forderung einer besonderen Genehmigung zur Einfuhr blieb nur für einige besondere Warenarten (z. B. Waffen) bestehen. Gleichzeitig wurden aber auch die Zollsätze für fast alle Positionen des Tarifs geändert, sowie einige wesentliche Textänderungen vorgenommen.

Jedoch sehr bald nach Inkrafttreten des Zolltarifs von 1921 machten sich die Folgen der Arbeitsmethoden des Ausschusses bemerkbar. Da die Vorarbeiten ungefähr ein halbes Jahr gedauert hatten und die Preise der deutschen Waren dank dem steten Fallen der Reichsmark mittlerweile stark gesunken waren, entsprachen die neuen Zollsätze keineswegs den bei deren Ausarbeitung gegebenen Voraussetzungen und dem Bestreben, ein gewisses Verhältnis zwischen Zoll und Warenpreis herzustellen. Es erwies sich, daß die beabsichtigten Normen in vielen Fällen überschritten waren und gelegentlich sogar der Zoll dem Preise der Ware

gleichkam. Man sah sich daher gezwungen, ständig Korrekturen des Zolltarifes im einzelnen vorzunehmen.

So wurde drei Jahre lang an dem Zolltarif herumgeflickt. Leitendes Motiv war jedoch bei allen Einzelmaßnahmen, Zölle und Warenpreise in ein gewisses Verhältnis zueinander zu bringen. Einzelne Änderungen wurden am Zolltarif vorgenommen im Jahre 1921 15 mal, im Jahre 1922 21 und im Jahre 1923 14 mal.

Der Beginn des Jahres 1924 brachte dem Lande wieder einmal einen neuen Zolltarif, der am 19. Dezember 1923 vom Finanzminister im Einvernehmen mit dem Handelsminister erlassen worden war. Dieser Tarif weist zwei grundlegende Neuerungen gegenüber der bisherigen Zollpolitik auf. Erstens hält er sich an das metrische System, so daß die früheren russischen Gewichte und Maße durch Kilogramm und Meter ersetzt sind, zum anderen ist der Zollbetrag in Goldfranken angegeben, wobei die Entrichtung des Zolles in Estmark nach einem Kurse zu erfolgen hat, der vom Finanzminister bestimmt wird. Dieser Kurs wurde anfänglich mit 1 Goldfranken = 75 Emk. und am 1. September 1924 = 85 Emk. festgesetzt.

Die Höhe der Zollsätze ist nur wenig geändert worden. Bei der Ausarbeitung des neuen Zolltarifes beschränkte man sich in den meisten Fällen darauf, die in Estmark angegebenen Zölle in Goldfranken umzurechnen, wobei die Umrechnungsergebnisse bei solchen Waren, deren Einfuhr weniger erwünscht war (Luxuswaren), nach oben, bei Rohstoffen gewöhnlich nach unten abgerundet wurden. Der neue Tarif ist als streng s c h u t z z ö l l n e r i s c h anzusehen, jedoch sind in ihm noch keine Prohibitivzölle anzutreffen.

Betreffs der A u s f u h r z ö l l e setzte der neue Zolltarif die bisherige Politik fort, d. h. es wurde die Zahl der bei der Ausfuhr zu verzollenden Waren eingeschränkt, sowie die Höhe der Zollsätze herabgesetzt.

In der Folgezeit tritt allmählich eine Ausfuhrkontrolle z. B. bei Kartoffeln, Fleisch, Molkereiprodukten, Holz usw. an die Stelle des Ausfuhrverbots. Es ist anzunehmen, daß mit der Zeit die Ausfuhrzölle überhaupt abgeschafft werden. Einige Zollpositionen werden aus rein fiskalischen Erwägungen beibehalten, z. B. der Ausfuhrzoll auf Flachs, da die Einnahmen daraus sehr beträchtlich sind, während der Gesichtspunkt, die Ware dem Lande selbst zu erhalten, in Wegfall kommt.

Alle diese Zollmaßnahmen erwiesen sich jedoch als ungenügend, um eine G e s u n d u n g d e r H a n d e l s b i l a n z Estlands herbeizuführen. Dieselbe leidet an einer chronischen Passivität. Im Jahre 1923 trat sie besonders deutlich zutage: einer Einfuhr von 9332 Mill. Emk. stand eine Ausfuhr von 5711 Mill. Emk. gegenüber. Eine derartige Erscheinung erregte berechnete Besorgnisse, und es schienen Maßnahmen zur Einschränkung der übermäßigen Einfuhr geboten. Anfangs wurde sogar der Gedanke eines allgemeinen zeitweiligen Einfuhrverbotes in Erwägung gezogen, doch begnügte man sich mit erneuten Z o l l e r h ö h u n g e n. Eine solche fand am 3. J u n i 1925 statt. Am stärksten — mit 75% Erhöhung — wurden betroffen: Weizen, Steinkohle, Tabak und Früchte. Die Zölle auf Lebensmittel (Kaffee, Tee, Schokolade, Käse, Fische), ferner Weine, Seide und Spitzen wurden um 50% und die der übrigen Waren um 30% erhöht, während eine ganze

Reihe von Positionen (Weizenmehl, Kakao, rohe Häute, Naphtha, Gerbstoffe, Rohmetalle, Instrumente, landwirtschaftliche Maschinen und deren Teile, Lumpen, Zellulose, rohe Faserstoffe, Garne, Netze und Kanzleibedarf) unberührt blieb.

Die Einführung dieser erhöhten Zölle fiel in die Zeit der Revaler Messe und der gleichzeitig in Reval veranstalteten sog. Estländischen Woche. Die Schau der einheimischen Industrie legte den interessierten Kreisen den Gedanken nahe, einen wirksamen Schutz derselben vor der Konkurrenz des Auslandes durch eine weitere Zollerhöhung zu beantragen. Den diesbezüglichen Gesuchen der Gewerbetreibenden kam der Finanzminister entgegen und setzte durch **V e r o r d n u n g v o m 4. J u l i 1924** die Zollerhöhungen vom 3. Juni d. J. außer Kraft und führte statt dessen neue Zollsätze ein, die diesmal für einige Waren schon einen reinen **p r o h i b i t i v e n C h a r a k t e r** trugen.

Nach Ablauf der dem Finanzminister zustehenden Vollmachten erfolgte am 22. **A u g u s t 1924** zum ersten Mal nach fast fünf Jahren die Festsetzung der Zollsätze auf gesetzgeberischem Wege, wie es das Gesetz vom 14. Juni 1924 vorschreibt, wobei es sich jedoch nicht um eine grundlegende Revision des ganzen Zolltarifes, sondern nur um die Einschaltung einer Anmerkung zu Art. 4 des Zolltarifes handelte. Durch sie wird u. a. die Einfuhr von Zement aus einem beliebigen Staat zollfrei zugelassen, wenn die Einfuhr von Zement auf der Gegenseite ebenfalls zollfrei erfolgt.

Das **G e s e t z v o m 6. N o v e m b e r 1924** bezweckt vornehmlich, der im Lande zunehmenden Teuerung durch Herabsetzung der Zölle auf notwendige Bedarfsmittel zu steuern. In der Hauptsache bedeutet dieses Gesetz für gewisse Waren eine Rückkehr zum ursprünglichen Januartarif und zwar für Weizen, einige gewöhnlichere Sorten Schuhwerk, Petroleum, Anilinfarben, hydroskopische Watte, Baumwoll- und Wollgewebe und Leibwäsche. Auf Mehl wird der Zoll sogar gegen den Zollsatz vom Januar 1924 im Betrag von 0,15 auf 0,09 Centimes herabgesetzt, gewöhnliche Arbeitstiefel werden ganz vom Zoll befreit usw.

Mittlerweile ist mit den Vorarbeiten zur Vereinheitlichung der Zolltarife zwischen Estland und Lettland begonnen worden. Wie oben dargelegt, hat man sich zwar grundsätzlich geeinigt, ohne jedoch bereits zu praktischen Ergebnissen gelangt zu sein.

Die **Z o l l p o l i t i k L E T T L A N D S** hat sich nur langsam in systematische Bahnen bringen lassen. Am 6. **A p r i l 1919** wurde der erste „**Z o l l t a r i f**“ veröffentlicht, der bis zum April 1921 in Kraft blieb. Daß es sich um keinen systematisch aufgebauten Tarif sondern um ein Notgebilde handelt, geht aus der amtlichen Bezeichnung „Zölle in Lettland“ hervor. Die Liste umfaßte 115 Waren, eingeteilt in 10 Gruppen. Die Zölle wurden in Prozenten des deklarierten Wertes der zollpflichtigen Waren erhoben.

Entsprechend den merkantilen und autonomistischen Bestrebungen der ersten Nachkriegsjahre wurde am 19. November 1920 durch die „**V e r f ü g u n g ü b e r d i e E i n f u h r v o n W ä r e n a u s d e m A u s l a n d e**“ ebenso wie in Estland ein **L i z e n z s y s t e m** eingeführt. Die **E i n f u h r w a r e n** wurden in drei Kategorien eingeteilt: zu der A-Kategorie gehörten Waren erster Notwendigkeit, für deren Einfuhr keine besondere Erlaubnis notwendig war; die B-Kategorie umfaßte nicht not-

wendige Waren, deren Einfuhr gänzlich verboten wurde; zu der C-Kategorie wurden Waren gerechnet, die nur mit besonderer Erlaubnis eingeführt werden durften<sup>1)</sup>.

Das Lizenzsystem hatte einen regen Schmuggelhandel zur Folge, und die erhoffte Unterbindung der Einfuhr blieb aus. Ebenso verhängnisvoll erwiesen sich die *Ausfuhrbestimmungen*. Bei der Ausfuhr war in jedem Einzelfall eine Genehmigung des Handels- und Industrieministeriums notwendig. Bei Nichtbeachtung dieser Verordnung vom 12. Dezember 1918 konnten die Waren beschlagnahmt bzw. Geld- und Gefängnisstrafen verhängt werden.

Erleichterungen für den Außenhandel traten durch den *Einfuhrzolltarif* vom 7. Juli 1921 ein, der sich in seinem Aufbau auf den früheren russischen Tarif stützte. Das Lizenzsystem fiel und damit eine der schwersten Fesseln des lettländischen Außenhandels. Im übrigen handelt es sich um ein Hochschutzzollsystem, das ausgesprochen prohibitiv wirken sollte. Eine bevorzugte Position hatten vornehmlich landwirtschaftliche Bedarfsartikel (Maschinen, Kunstdünger, lebendes Inventar). Die Zölle wurden in Gewichtseinheiten (Kilogramm) und Goldfranken berechnet, letzteres um dem Fiskus stabile Zolleinnahmen zu sichern. Wie unten ausgeführt werden wird, hatte der Tarif aus währungspolitischen Erwägungen einen rein fiskalischen Charakter.

Durch den *Ausfuhrzolltarif* vom 16. Dezember 1921, durch den die bisherigen Verfügungen in dieser Richtung aufgehoben wurden, ist auch die Ausfuhr freigegeben und ferner der Ausfuhrzoll auf Fertigfabrikate aufgehoben,

<sup>1)</sup> B. Waren, deren Einfuhr verboten war.

1. Berauschende Getränke, alkoholfreie Weine, Fruchtsaft, Spirituspräparate, mit Ausnahme von Weintraubenwein, für dessen Einfuhr eine besondere Erlaubnis notwendig war.
2. Mode- und Luxusartikel, Galanterie- und Toilettegegenstände, die aus Bernstein, Elfenbein, Seide usw. hergestellt sind, Sonnenschirme und Stöcke.
3. Seide, Halbseide, Sammet, Plüsch und andere Luxusgewebe, Spitzen und Teppiche.
4. Edelsteine, Perlen und Korallen.
5. Zigarren, Zigaretten, Papier.
6. Spielkarten.
7. Gold, Silber, Bronze und deren Erzeugnisse.
8. Porzellan (ausgenommen weißes), geschliffenes Glas.
9. Konditorwaren.
10. Obst (mit Ausnahme von Zitronen), Beeren, Marmelade, Gemüse.
11. Parfümerien, Toiletteseife und kosmetische Mittel.
12. Hefe.
13. Verschiedene Konserven, Kaviar, Austern usw.
14. Nüsse, Mandeln, Safran, Kardamon und Vanille.
15. Honig und Sirup.
16. Grammophone und automatische Musikinstrumente.
17. Lackschuhe, Chevreau.
18. Spielwaren.
19. Möbel.
20. Leichte Automobile.
21. Pelze
22. Verschiedene Präparate.

mit Ausnahme der Zölle auf landwirtschaftliche Exportgüter. Es handelt sich auch hier um einen Gewichtszoll, erhoben in Goldfranken-Rechnung. Zum Zwecke der Industrieförderung wurde bestimmt, „daß dem Finanzminister das Recht zusteht, über die völlige bzw. teilweise Rückerstattung der Einfuhrzölle beim Import von den in Lettland verarbeiteten Rohstoffen und Materialien zu beschließen.“

In der Folgezeit wurde zwecks Förderung des Exports die Zahl der zollpflichtigen Ausfuhrwaren weiter herabgesetzt, so daß nunmehr neben wenigen Rohstoffen nur noch Holzmaterialien Ausfuhrzöllen unterliegen.

Mit dem Inkrafttreten des Ausfuhrzolltarifs vom 20. Mai 1923 wurden weitere Ausfuhrwaren vom Zoll befreit, so daß ein Ausfuhrzoll nur noch für Holz besteht.

In neuester Zeit hat die Zolltarifpolitik Lettlands erneut eine andere Richtung genommen. Während ein Tarif vom Juni 1922 nicht unwesentliche Zollherabsetzungen brachte, weist der Tarif vom 25. März 1925 sehr erhebliche Erhöhungen auf. Bezweckt ist ein gesteigerter Industrieschutz, und zwecks Aktivierung der Handelsbilanz und somit Festigung der Währungslage Drosselung der Einfuhr und Förderung des Exports. Es sind deshalb in der Hauptsache Fertigfabrikate und einige Agrarprodukte stärker mit Zöllen belegt, während Rohstoffe und Halbfabrikate im wesentlichen die alten Sätze aufweisen<sup>1)</sup>.

<sup>1)</sup> Der Umfang der Zollerhöhungen geht aus folgender Zusammenstellung hervor (in Lat; in Klammern der bisherige Satz): Weizen, Erbsen, Bohnen 0,07 (0,06); Früchte und Beeren nicht bes. benannt, 4,00 (1,40); Apfelsinen 1,50 und 2,25 (0,50); Nüsse 4 (2); Mandeln 6 (3); Schokolade, Konfekte, Eingemachtes 9 (3); starke alkoholische Getränke 13,50 und 18 (3); Weine 5,25 und 14,25 (9 und 12); Lichte 1,50 (2); Häute gegerbt 0,75 und 9,00 (1,00); Stiefel und andere Lederwaren und Stiefel aus Juchtenleder 1,50 und 9 (0,50 und 6); Tischler- und Drechslerarbeiten aus Holz 1,20 (1 und 60); Fayencewaren 0,20 und 1 (zollfrei); Porzellanwaren 0,50 und 1,5 (0,16 und 0,80); Glaswaren (außer Spiegelglas) 0,20 und 7,50 (0,40 und 12); Spiegelglas und Spiegel erhöht um 25% (0,10 und 5); Saccharin 1,20 (0,60); Arzeneien und Präparate 5 (2,50); Pflanzenöle 0,30 (0,20); Puder, Schminke und kosmetische Präparate 12 und 40 (6 und 20); alkoholhaltige Parfümerien und Kosmetika 40 (20); Seife 0,60 und 6 (0,30 und 3); Blei- und Zinkweiße 0,30 (0,20); Farben und Farbstoffe 2 (1); Erzeugnisse aus Kupfer und Aluminium 4 (2); Erzeugnisse aus Blech 0,60 (0,30); elektrisches Zubehör 0,75 (0,50); Kinofilme, entwickelte oder unentwickelte, ausgenommen für Bildungszwecke, brutto pro Kilo 5; Uhren und Uhrenteile 0,40 und 20 (0,20 und 10); Taschenuhren in goldenen Gehäusen — erhöht auf 40; Taschenuhren, außer goldenen, erhöht um 100%; Musikinstrumente, Flügel — erhöht auf 300; Pianinos erhöht auf 100; transportable Orgeln, Harmonikas erhöht auf 40; Baumwollgarn 0,66 und 4,40 (0,60 und 4); Seidengarne 9(6); Wollgarne 0,96 und 2,40(0,80 und 2); einfaches weißes Baumwollgewebe 1,80 (1,50); feine weiße Baumwollgewebe 7,75 (5,50); einfache gefärbte Baumwollgewebe 3,60 (3); feine gefärbte Baumwollgewebe 13,50 (9); Samt und Plüsch 4,50 und 15 (3 und 10); Gewebe aus Jute, Flachs und Hanf 3 und 12 (2 und 8); Seidengewebe 80 und 100 (40 und 50); halbseidene Gewebe 60 (30); Filz 3 (2); Wollgewebe — erhöht um 20% bis 50%, Wirkwaren und Posamentierwaren aus Seide, Wolle und Baumwolle 6 und 75 (4 und 50); Tüll 12 und 30 (8 und 20); Spitzen 45 und 150 (30 und 100); Stickereien 45 und 225 (30 und 150); Wäsche 30 und 105 (20 und 70); Hüte und Mützen 1,50 und 3,60 (1 und 2,40); Galanterie- und Toiletteartikel 6 und 60 (4 und 40).

So zeigt die Zollpolitik Lettlands die Tendenz, die zunächst stark reglementierte Ausfuhr von allen Fesseln zu befreien. Es werden daher sukzessive die Ausfuhrzölle abgebaut. Die Einfuhr, die anfangs durch ein Lizenzsystem beschränkt war, wird nunmehr durch Zölle beeinflusst, die seit dem März 1926 sehr stark gesteigert sind.

## 5. Eisenbahnpolitik.

Nicht unwichtig ist die Eisenbahn- und insbesondere die Eisenbahntarifpolitik für die Entwicklung des Außenhandels und Transits in L E T T L A N D und Estland. Über die Schaffung einer neuen Linie Libau—Mitau—Riga ist bereits oben gesprochen. Es ist deshalb in diesem Zusammenhang nur notwendig, den allgemeinen Wiederaufbau des lettländischen Eisenbahnwesens kurz zu würdigen.

A. Von besonderer Bedeutung ist hier der Zustand des rollenden Materials. Zur Zeit der Verselbständigung Lettlands befanden sich die Eisenbahnen in völliger Auflösung: 60% der Bahnhofsgebäude waren zerstört, sämtliche größeren Brücken gesprengt, das rollende Material evakuiert usw.

Im Laufe von fünf Jahren (bis 1924) ist es der lettländischen Bahnverwaltung trotz aller Schwierigkeiten gelungen, das Netz einigermaßen in Ordnung zu bringen.

Die Zahl der Lokomotiven für Breitspurbahnen ist von 27 auf 219 gestiegen (um 711%), diejenigen der gebrauchsfähigen Lokomotiven aber von 14 auf 137 (um 878%) und auf den Schmalspurbahnen von 4 auf 98. Der Bestand von Personenwagen für Breitspurbahnen ist von 40 auf 445 (um 1012%), diejenigen der Schmalspurwaggons von 12 auf 75 (um 520%) angewachsen. Die Ziffer der breitspurigen Frachtwagen konnte von 2091 auf 4460 erhöht werden (113%), wobei der Prozentsatz der schadhafte Waggons von 47 auf 7,5 zurückgegangen ist. Die Zahl der durchschnittlich am Tage gefertigten Züge ist von 44 auf 245 (um 457%), die Zahl der Wagenachsen der Züge von 38,0 auf 68,2 (um 85%), das Bruttogewicht der Frachtzüge von 340 auf 480 t (um 41%) gestiegen, wobei sich die mittlere Waggonladung pro 1 Fracht-Wagenachse von 2,0 auf 3,45 (um 71%) erhöhte. Die Zahl der täglich verladene Waggons hat sich von 152 auf 780 (um 412%) vergrößert.

1925 ist eine weitere Besserung der Verkehrsverhältnisse festzustellen, so daß in technischer Beziehung die lettländischen Eisenbahnen den gegenwärtigen Anforderungen zu entsprechen vermögen.

Ein wichtiges Mittel zur Förderung des Transits sowie Erleichterung der Ausfuhr ist die Eisenbahntarifpolitik. Die Tarifpolitik der lettländischen Staatseisenbahnen basierte bisher auf rein fiskalischen Grundsätzen; die Sätze waren so hoch bemessen, daß sie eine schwere Gefährdung des Handels und der Industrie sowie der Landwirtschaft darstellten. Besonders drückend wurden die hohen Tarife auf Holzmaterialien, eines der wichtigsten Ausfuhrprodukte, empfunden. Nunmehr besteht der Plan, die Tarife nach volkswirtschaftlichen Gesichtspunkten zu gestalten, d. h. sie für landwirtschaftliche Produkte und Bedarfsartikel (landwirtschaftliche Maschinen und Geräte) herabzusetzen und die Vorzugstarife für industrielle Rohstoffe sowie die Exporttarife auszugestalten.

Am 15. Oktober 1922 ist unabhängig vom allgemeinen lettländischen Tarif ein „Tarif für den Transport von Transitwaren in Lettland“ in Kraft getreten. Laut § 1 werden als Transitgüter solche Waren angesehen, „welche aus dem Auslande in lettländische Häfen oder Grenzstationen eingeführt worden sind, und welche unverzollt mit den lettländischen Eisenbahnen nach einem anderen Hafen oder einer anderen Grenzstation zur Weiterbeförderung ins Ausland abtransportiert werden“. Besonders bevorzugt ist der russische Transit in der Richtung von Rußland nach Lettland; in diesem Fall wird nach § 2 Abs. E die Transportgebühr um 20% herabgesetzt. Im großen ganzen entspricht der lettländische Transittarif dem estländischen.

Bisher konnte aus den Eisenbahnen ein Reingewinn herausgewirtschaftet werden, der allerdings nur auf Konto der Vollbahnen zu setzen ist; die Schmalspur- und Zufuhrbahnen weisen Verluste auf. Der Reingewinn aus den lettländischen Eisenbahnen belief sich im Wirtschaftsjahr 1925/26 auf 2,2 Mill. Lat (34,7 Mill. Lat Einnahmen und 32,2 Mill. Lat Ausgaben). Bezeichnend ist die ungewöhnlich große Bedeutung des Personenverkehrs, wie aus nachfolgender Zusammenstellung für sieben Monate des Jahres 1925 und 1926 hervorgeht:

| Einnahmen der Lettländischen Staatsbahnen vom<br>vom 1. April bis 31. Oktober (in Mill. Lat). |      |      |
|---|------|------|
|   | 1925 | 1926 |
| Vom Personenverkehr . . . . .   | 9,3  | 9,6  |
| Vom Gepäckverkehr . . . . .   | 0,7  | 0,7  |
| Vom Güterverkehr . . . . .  | 9,5  | 10,4 |
| Verschiedene Einnahmen . . . . .  | 0,9  | 1,5  |
| Insgesamt:  | 20,5 | 22,3 |

Die Zunahme ist am größten bei den „Verschiedenen Einnahmen“ (+ 74%), es folgt mit 9% der Güterverkehr und mit 3% der Personenverkehr, während der Gepäckverkehr konstant geblieben ist.

Die technische Ausrüstung der Eisenbahnen ESTLANDS hat sich in den letzten Jahren bedeutend gebessert. Im Jahre 1920 besaß der junge Staat 3277 Güterwagen und 80 Lokomotiven, von denen sich überdies noch 413 bzw. 38 in Reparatur befanden. Für den Personenverkehr besaß die Bahnverwaltung 377 Personenwagen und 31 Lokomotiven, von denen ebenfalls noch ein großer Teil, nämlich 108 bzw. 17, in den Werkstätten ihrer Wiederherstellung harrten. Die Statistik vom 1. Januar 1925 weist folgendes Bild auf. Es belief sich die Zahl der Güterwagen auf 3577, von denen nur 94 oder 9,6% weniger als 1920 wegen vorzunehmender Ausbesserungen fehlten. Von den dazugehörigen 76 Lokomotiven waren nur 14 oder 26,3% weniger als 1920 ausbesserungsbedürftig. Im Personenverkehr ist infolge rücksichtsloser Ausmerzungen alles unbrauchbaren Materials eine Minderung der Personenwagen auf 326 zu verzeichnen, von denen 59 wegen Überholung zeitweilig außer Dienst gestellt sind, während sich die Lokomotiven um 3 auf 28 vermehrt haben, von denen aus genanntem Grunde nur 6 nicht verfügbar sind.

B. Internationale Vereinbarungen. Für Lettland und Estland kommt nicht nur der Transit von einem heimischen Hafen in einen Nachbarstaat, sondern ebenfalls der Transit ausschließlich über die Landgrenzen in Frage. Um für alle beteiligten Staaten Einheitlichkeit zu verbürgen, ist im August 1925 eine Konvention zwischen Deutschland, Litauen, Lettland, Estland und der Sowjet-Union zustande gekommen, die eine Neuregelung des direkten Personen- und Güterverkehrs gebracht hat. Es wurde eine Anpassung der Fahrpläne erzielt, direkte Tarife für die hauptsächlichsten Güter festgelegt und eine Vereinbarung über den direkten Verkehr zwischen Ostpreußen und Rußland durch Umsetzung der Güterwagen ohne Umladung in Düna-burg getroffen.

Nach den von der Konferenz angenommenen Bestimmungen wird in Zukunft der Güterverkehr mit der auf den Bahnen bestehenden Höchstgeschwindigkeit vor sich gehen, so daß der Expreßgüterverkehr Königsberg—Moskau und umgekehrt nicht mehr als drei Tage dauern wird. Nach den festgesetzten Frachtermäßigungen werden die Gütertarifsätze die Seefrachten nicht übersteigen. Auf Grund der Konvention werden die Güter aller Staaten ohne Öffnung der Waggons, lediglich auf Grund der Eisenbahndokumente und Plomben angenommen.

Eine weitere Besprechung zwischen Deutschland und den baltischen Staaten regelte das Verfahren der Avisierung der Güter, die bisher in Lettland und Estland bahnsseitig nicht vorgenommen wurde. So sind nunmehr sowohl die Fragen des direkten Gütertransportes durch Lettland sowie gewisse technische Vereinheitlichungen im Eisenbahnverkehr geklärt; insbesondere zwischen Deutschland und Lettland ist dieser Problembereich eingehend im Artikel 3 des Handelsvertrages vom 26. Juni 1926 geregelt. Die Anlage A hat folgenden Wortlaut:

1. „Die Grundlage des Eisenbahnverkehrs zwischen den vertragschließenden Teilen bildet bis zum Inkrafttreten der Berner Konvention vom 23. Oktober 1924 das Internationale Übereinkommen von Barcelona über den Eisenbahnfrachtverkehr vom 14. Oktober 1890 nebst Nachträgen. Etwa zurzeit notwendige Abweichungen werden — sofern die beiderseitigen Regierungen dies nicht in unmittelbarem Benehmen regeln wollen — von den beteiligten Eisenbahnverwaltungen, vorbehaltlich der Genehmigung ihrer Regierungen, festgesetzt werden.

2. Auf den Eisenbahnen soll im Personen- und Gepäckverkehr hinsichtlich der Abfertigung der Beförderungspreise und der mit der Beförderung zusammenhängenden öffentlichen Abgaben kein Unterschied zwischen den Bewohnern der Gebiete der vertragschließenden Teile gemacht werden.

3. In Deutschland aufgelieferte, nach Lettland oder durch Lettland nach einem dritten Staate zu befördernde Gütertransporte werden, bei Erfüllung der gleichen Bedingungen auf den lettländischen Eisenbahnen, weder in bezug auf die Abfertigung, noch hinsichtlich der Beförderungspreise oder der mit der Beförderung zusammenhängenden öffentlichen Abgaben ungünstiger behandelt

werden, als gleichartige einheimische Gütertransporte oder solche eines dritten Staates in derselben Richtung und auf derselben Verkehrsstrecke. Das gleiche wird auf den deutschen Eisenbahnen für in Lettland aufgelieferte Gütertransporte gelten, die nach Deutschland oder durch Deutschland nach einem dritten Staate befördert werden. Dieser Grundsatz findet wechselseitig auch Anwendung auf Gütertransporte aus den Gebieten des einen Teiles, die mit Schiffen in See- oder Flußhäfen des anderen Teiles getragen und dort auf Eisenbahnen aufgeliefert werden.

4. Für den Personen- und Güterverkehr sollen, sobald es die Verhältnisse gestatten, nach Maßgabe des tatsächlichen Bedürfnisses direkte Tarife hergestellt werden. Auf Verlangen des anderen Teils sind die bei gebrochener Abfertigung sich ergebenden Frachtsätze auch in die direkten Tarife einzurechnen.

5. In der Beförderung wird grundsätzlich keine Bevorzugung der Güter des eigenen oder eines dritten Landes gegenüber Gütern des anderen stattfinden.

6. Beide Teile werden den Eisenbahnverkehr zwischen den beiderseitigen Gebieten gegen Störungen und Behinderungen sicherstellen. Bei der Wagenzustellung, namentlich auch zur Umladung aus den Gebieten des anderen Teiles kommender oder nach diesen Gebieten bestimmter Güter wird den Bedürfnissen der Ein- und Ausfuhr des anderen Teiles in gleicher Weise Rechnung getragen werden, wie den Bedürfnissen des Binnenverkehrs oder den Bedürfnissen der Ein- und Ausfuhr eines dritten Landes. Den Bedürfnissen des durchgehenden Verkehrs soll durch günstige Zugverbindungen sowie durch Herstellung ineinandergreifender Fahrpläne für den Personen- und Güterverkehr Rechnung getragen werden. Es entsprechen vorstehende Bestimmungen den oben angeführten Konventionen.

## 6. Schifffahrtspolitik.

Für die Ausgestaltung der Außenhandelsbeziehungen, insbesondere des russischen Transits, ist eine zielbewußte Seeschifffahrtspolitik Vorbedingung. Eine eigene Schifffahrtspolitik kann LETTLAND nur in bescheidensten Grenzen treiben, verfügt es doch nur über 96 Handelsschiffe mit etwa 31 000 Netto-Reg-Tonnen, die zudem ganz überwiegend der Küsten- und Binnenwasserstraßenschifffahrt dienen. Ganz anders liegen die Dinge bei der Seehafenpolitik. Lettland verfügt über drei gute ausgebaute Häfen (Riga, Libau, Windau), die mit dem russischen Hinterland und den Nachbarstaaten durch Eisenbahnen verbunden sind. Die Häfen haben im Kriege sehr stark gelitten. Es ist eine wichtige Aufgabe, sie technisch den Anforderungen des modernen Schiffsverkehrs anzupassen. Die lettländischen Häfen waren 1920 sehr stark versandet, so daß z. B. Windau selbst von mittelgroßen Ostseedampfern nicht angelaufen werden konnte. Nunmehr sind alle Häfen wieder für große Schiffe nutzbar: die Tiefe der drei Häfen schwankt zwischen 6 und 11 Metern.

Auch sonst ist in den letzten Jahren viel getan: in Riga und Libau sind die Kais ausgebessert, die Zufuhrstraßen und Eisenbahngleise erneuert, Krähne instand-

gesetzt usw. Ende 1925 ist in Riga ein neuer Speicher mit 10 000 t Fassungsvermögen erbaut, der mit den neuesten Ladevorrichtungen ausgerüstet ist. Vier Hebekräne sind im Bau, ein neues Kühlhaus im Entstehen. Die lettländische Regierung hat im Budget für 1926 über 2 Mill. Lat für den Ausbau der Häfen vorgesehen. — Der schwierigen Eisverhältnisse wegen spielt die Frage der Eisbrecher im Rigaer und Windauer Schiffsverkehr eine große Rolle. Es ist der lettländischen Regierung gelungen, die notwendige Zahl von Eisbrechern in Dienst zu stellen. Durch den in England erbauten „Krischjahn Waldemar“ ist Lettland in den Besitz eines modernen Eisbrechers gelangt, durch den es möglich ist, den Rigaer Hafen zu einem eisfreien zu gestalten und den Schiffsverkehr das ganze Jahr hindurch aufrechtzuerhalten.

Für die Förderung des Transithandels ist die Frage der Errichtung von Freihäfen in Lettland überaus wichtig. Am 31. Mai 1921 ist ein „Gesetz über die Freihäfen“ publiziert, dessen wichtigste Absätze lauten:

1. Zwecks Förderung des Handels, der Industrie und der Schifffahrt Lettlands, sowie auch des internationalen Warenaustausches transito Lettland, sind in Lettland Freihäfen einzurichten.

3. In bezug auf Akzise, Handelspatente, Zoll- und Kommunalsteuern sind die Freihäfen exterritorial. Die im Freihafen abgeschlossenen Geschäfte sind auch von der Stempelsteuer befreit.

4. Die Freihäfen in Lettland kann der Staat mit seinen Mitteln einrichten und ausnutzen oder zwecks Einrichtung und Ausnutzung den städtischen Selbstverwaltungen, den Börsenkomitees abtreten oder die Monopolkonzession Gesellschaften übertragen, wobei Beteiligung ausländischen Kapitals nicht ausgeschlossen ist. Der Staat kann sich beteiligen oder nur die Aufsicht führen. Die territorialen Grenzen, die Art der Einrichtung und Ausnutzung und die Bestimmungen und Verträge sind auf gesetzgeberischem Wege zu bestätigen.

6. Die Konzessionen zur Einrichtung und Ausnutzung von Freihäfen sind auf eine bestimmte Frist zu erteilen.

17. Die Einfuhr von Waren in den Freihäfen ist unbegrenzt, ausgenommen Sprengstoffe und Kriegsmaterial, die in die Freihäfen einzuführen verboten ist.

18. Die in einem Freihafen befindlichen Waren können in das Ausland und in andere Freihäfen Lettlands auf Wasser- oder Landwegen ausgeführt werden ohne Zoll zu zahlen. Für Lettland bestimmte Waren sind bei der Ausfuhr aus dem Freihafen auf Grund des bestehenden Zollgesetzes zu verzollen.

Auch in E S T L A N D ist die Schifffahrtspolitik im engeren Wortsinn bedeutungslos. Die estländische Handelsflotte ist relativ klein. Am 1. Januar 1926 bestand sie aus 81 Dampfern und Motorschiffen mit 31 375 Register-Tonnen, sowie 355 Seglern mit 29 100 t. Die Zahl der Segler hat sich in den letzten Jahren etwas vermindert. Der Charakter der estländischen Schifffahrtsverhältnisse bedingt es, daß der H a f e n p o l i t i k besondere Bedeutung beizumessen ist. Estland hat als ausgesprochenes Transitland, ebenso wie Lettland, ein großes Interesse daran, die Durchfuhr durch Vervollkommnung der Transithandelswege und Hafenanlagen zu fördern. Es geschieht dies durch Errichtung von Freihäfen in

Reval und Baltischport. Der Freihafen von Baltischport soll räumlich die gleichzeitige Löschung und Ladung von vier mittelgroßen oder zwei 8000 t-Schiffen ermöglichen. Für Freihafenzwecke sind 7 je 2000 t fassende Lagerschuppen instandgesetzt. Im Revaler Hafen ist erst zu Beginn 1926 auf Grund des Gesetzes vom Jahre 1923 der erste Freispeicher von einer privaten Firma eröffnet worden.

Sehr viel Aufmerksamkeit wird der technischen Instandhaltung und Vervollkommnung der Hafenanlagen gewidmet. An erster Stelle steht naturgemäß der Revaler Hafen. Zu erwähnen sind der Ausbau der Nord- und Westmolen, die Errichtung einiger wichtiger Hochbauten (Hauptverwaltung für Seewesen, Zollhaus) und der Flugzeughalle der A.-G. „Aeronaut“. Nach einem Bericht der Hauptverwaltung für Seewesen hat sich der Revaler Hafen wie folgt seit 1919 entwickelt: Die Länge der für das Laden und Löschen größerer Schiffe in Betracht kommenden Kais an allein drei Bassins betrug 2470 Meter, während jetzt 3148 zur Verfügung stehen, was einen Zuwachs von 21,5% ausmacht. Zu russischer Zeit gab es weit weniger Schienenstränge im Hafen als gegenwärtig und zwar 1041 gegen 2201 Meter Normalbahnen und 295 gegen 542 Meter Schmalspurbahnen. Die neue Südmole, die Baikow- und Viktoria-Brücke sowie der neue Hafen sind derart mit Schienen versehen worden, daß die Waggons überall direkt bei den Schiffen vorfahren können. In letzter Zeit sind von Staats wegen Güterschuppen erbaut worden; es stehen nunmehr 32 649 Quadratmeter gegen 17 754 Quadratmeter vor 1920 zur Verfügung. Die neuen Gebäude sind an zweckdienlichen Stellen aufgeführt worden. Der Zuwachs an privaten Lagerräumen ist gering: 48 900 gegen 47 650 Quadratmeter. Ferner sind seit 1922 zehn elektrische Hebekräne aufgestellt worden, die sich auf 610 Metern Schienenstrang bewegen und an jedes an den Kais festgemachte Schiff herangebracht werden können. Der Elevator ist nach den neuesten Errungenschaften der Technik aufgebaut worden. Die Hafenbassins sind derartig ausgebaggert, daß Schiffe mit einem Tiefgang bis zu 30 Fuß sie benutzen können, während die Tiefe der Bassins selbst zu russischer Zeit nur 25 Fuß betrug. In Anbetracht der überaus schwierigen Eisverhältnisse im Winter muß die Tätigkeit der staatlichen Eisbrecher „Suur Töll“ und „Tasuja“, denen es ununterbrochen gelungen ist, die Schifffahrt aufrechtzuerhalten, besonders hervorgehoben werden. Bis 1914 stand allerdings meist nur der weit kleinere und schwächere Eisbrecher „Stadt Reval“ dem Hafen zur Verfügung, da der „Jermak“ ständig in Petersburg stationiert war.

Neben dem Ausbau des Revaler Hafens sind zu verzeichnen Vertiefungsarbeiten in den übrigen estländischen Häfen. Die Anlage eines völlig eisfreien Hafens an der NW-Küste Ösels am Eingang zur Kielkondschon Bucht ist seit langem projektiert, aber bei den Finanzverhältnissen des estländischen Staates auf absehbare Zeit unausführbar. Voraussetzung wären nicht nur größere Hafenanlagen, sondern auch der Bau einer Eisenbahn über Arensburg, deren Hafen Romasaar mit 16 bis 17 Meter Tiefe den Ansprüchen zur Not genügt, nach Werder und Risti. Der Vorteil wäre für Estland eine stets freie Verbindung und Unabhängigkeit von den häufig sehr ungünstigen Eisverhältnissen des Finnischen

Meerbusens. — In den Binnengewässern hat auf dem Peipusseesee eine Verbreiterung und Vertiefung der Flußmündung Wöbs bei Rappin bis auf 12 Fuß stattgefunden; vor allem aber ist 1924 die Vertiefung des Fahrwassers bei Prisaar an der Stelle, wo der See am engsten ist, zu Ende geführt worden. Der Kanal hat bei einer Breite von 42,6 Meter eine Gesamtlänge von 1245 Meter.

## 7. Ausstellungen und Messen.

Zu den außenhandelsfördernden Mitteln gehören neben den oben dargestellten die Messen und Ausstellungen. In Lettland ist von Bedeutung die Rigaer Mustermesse, in Estland die Revaler Messe. Mehr lokalen Charakter haben die estländischen landwirtschaftlichen Ausstellungen in Dorpat.

## 8. Ursächliche Bedingungen der Handels- und Zollpolitik.

Die treibenden Kräfte der lettländischen und estländischen Handelspolitik sind im Vorstehenden wenigstens teilweise dargelegt worden. Das gilt insbesondere für die Motive, die den Zollvereinheitlichungsbestrebungen zugrunde liegen, ebenso aber auch für die Gründe, die die Pflege des Warentransits bestimmen.

Nicht so auf der Hand liegend sind die Ursachen, die die Zollpolitik bestimmen. Wir greifen nur ein besonders wichtiges Moment heraus: die Währungsfrage, die in Verbindung mit dem Problem der Zahlungsbilanz zu untersuchen ist.

Im Frühjahr 1921 wurde Ringold Kalning lettländischer Finanzminister, und damit begann eine zielbewußte Politik der Währungsstabilisierung<sup>1)</sup> in L E T T L A N D. Er erzwang im Inlande die Anerkennung der lettländischen Währung und vermochte auch den intervalutarischen Kurs des lettländischen Rubels seit dem Frühjahr 1922 zu stabilisieren. Der Zolltarif von 1921 ist als eines der Mittel der Kalningschen Finanzpolitik anzusehen, deren wichtigste Aufgabe es war, besonders seit Einführung der Goldfranken-Währung (1 Goldlat = 1 Goldfranken), einen ausreichenden Devisen- und Valutenfonds anzusammeln. Das war natürlich nur möglich bei einer aktiven Zahlungsbilanz, deren wichtigster Bestandteil in Lettland die Handelsbilanz ist. Schon vor der Währungsreform versuchte man durch das oben erwähnte Lizenzsystem die Wareneinfuhr zu drosseln, mit dem Erfolg, daß bei dem überwuchernden illegalen Handel die Preise in die Höhe schnellten und hierdurch die innere Kaufkraft des lettländischen Rubels gedrückt wurde. 1920 und 1921 war der Außenhandel außerordentlich stark passiv, z. T. zurückzuführen auf die ausfuhrhemmende Politik der Regierung. Unter diesen Umständen ist es begreiflich, daß der Rubel gerade Mitte 1921 den Höhepunkt seiner Entwertung erreichte.

Die Stabilisierung gelang nur dank dem tatkräftigen Eingreifen des „Finanzdiktators“ Kalning, der eine großzügige Sparsamkeitsaktion in Verbindung mit der Aufgabe der Monopolwirtschaft des Staates und Freigabe des Außenhandels durchführte. Alle Momente zusammen führten zu einer bedeutenden Erhöhung des ausländischen Valutenbestandes in Händen des Staates und zwar von

<sup>1)</sup> Dr. O. Lehnich, Währung und Wirtschaft usw., Berlin 1923.

0,07 Mill. Lat 1920 auf 45,02 Mill. 1923. Die Währungsreform des Jahres 1922 im einzelnen darzulegen, ist hier nicht der Ort, wir begnügen uns damit anzudeuten, daß sie die bereits durchgeführte Stabilisierung sanktionierte, gesetzlich verankerte und Eventualsicherungen für ihre künftige Erhaltung schuf. Im Hinblick auf vorstehende auf den Außenhandel abzielende Untersuchung ist es von größerer Bedeutung festzustellen, daß seit der Reform die lettländische Wirtschaftspolitik von der Währungspolitik weitgehend beherrscht wird. Insbesondere gilt dies von der Außenhandelspolitik, die ihrerseits in den Dienst des Zieles gestellt wurde, die Außenhandelsbilanz Lettlands aktiv zu gestalten. Von diesem Standpunkt aus sind denn auch ebenso die Bestrebungen zu erklären, den lettländischen Export zu forcieren (Abbau der Ausfuhrzölle, Massenverkäufe ausgedehnter Waldbestände usw.), wie den Import zu drosseln. Die bisherige Einfuhrzollpolitik hat aber durchaus nicht den gewünschten Erfolg erzielt: die Handelsbilanz ist nach wie vor passiv, ja die Passivität ist in starker Zunahme begriffen. Die Lage gestaltet sich so kritisch, daß die Regierung neuerdings eine starke Erhöhung der Einfuhrzölle durchgesetzt hat. Ein kurzer Überblick genügt zum Beweise, daß tatsächlich die Möglichkeit einer Gefährdung der Währung diese letzte Maßnahme veranlaßt hat. In der baltischen Tagespresse ist die Lage treffend wie folgt charakterisiert worden:

„Der mühsam vor einigen Jahren angesammelte Valutenbestand der Lettlandbank, der sein Bestehen hauptsächlich den Verkäufen von Wald und Flachs verdankt, nimmt in beängstigender Weise ab. Die Lettlandbank verfügte gegen Ende Januar des Jahres 1925 noch über einen Devisenbestand von 40 Mill. Lat, Ende Januar 1926 war er auf 27,6 Mill. Lat gesunken, ein deutliches Zeichen für die Passivität der Zahlungsbilanz. Die Forderungen des Auslandes sind größer, als die Verpflichtungen gegenüber Lettland, daher der Valutenabfluß. Der einzige Ausweg ist in der Aktivgestaltung der Zahlungsbilanz zu suchen, die noch verhältnismäßig leicht durchzuführen ist, solange die Währung stabil ist.

Der wesentliche Faktor unter den Komponenten der lettländischen Zahlungsbilanz ist die Handelsbilanz, deren zunehmende Passivität tatsächlich erschreckend ist. Die Folgerung, daß die Handelsbilanz aktiv gestaltet werden muß, ist somit richtig. Das Mittel des Hochschutzzolls ist jedoch falsch und schädlich und wird einen Erfolg nicht bringen. Die übrigen Komponenten der Zahlungsbilanz lassen sich ziffernmäßig nicht erfassen, doch ist unzweifelhaft, daß mehr ausländisches Kapital in Lettland investiert ist, daß im internationalen Kapitalverkehr mehr Forderungen gegen Lettland bestehen, als umgekehrt. Die Gestaltung der Handelsbilanz ist also für die Zahlungsbilanz ausschlaggebend. Die lettländische Regierung ist nun überzeugt, daß eine Aktivierung der Handelsbilanz durch die Erhöhung des Zolltarifs möglich ist, wobei sie einseitig nur die Prohibitivwirkung im Auge hat — welche zudem auch noch bezweifelt werden muß — ohne an die Wirkung im Inlande zu denken.

Die wirtschaftliche Struktur Lettlands ist agrarisch orientiert und muß es bleiben, so lange sich kein Absatzgebiet als Voraussetzung für die Entwicklung der

Industrie eröffnet. In absehbarer Zeit wird davon keine Rede sein können. Auch die Einführung eines Schutzzolles wird hierin keine Änderung bringen, weil der Eigenmarkt nicht aufnahmefähig genug ist. Der Zoll würde also auch nicht die Wirkung der Hebung der Industrie haben — mit Ausnahme vielleicht einzelner Industriezweige, die durch den Zoll gestärkt werden würden.

Wenn man bedenkt, daß aus dem jetzigen Gebiete Lettlands in Friedenszeiten beträchtliche Mengen Getreide ausgeführt wurden und daß seit der Agrarreform Lettland Getreide einführen muß — im Jahre 1925 für 16 Mill. Lat — so ist diese Tatsache wohl der schlagendste Beweis dafür, daß die Agrarreform keine wirtschaftliche Notwendigkeit war . . . In der Hebung der Landwirtschaft liegt die einzige Möglichkeit der Aktivierung der lettländischen Handelsbilanz.

Statt dessen führt man eine allgemeine Erhöhung des Zolltarifs ein und glaubt dadurch die Einfuhr eindämmen zu können. Für einige Warengattungen mag das stimmen. Der Import der meisten Erzeugnisse wird jedoch nicht eingeschränkt werden, weil es sich um Bedarfsartikel des täglichen Lebens handelt, die im Inlande nicht hergestellt werden. Der Valutenabfluß wird also nicht geringer, sondern eher größer werden. Die Maßnahme kann ihren Zweck nicht erreichen und bedeutet einen Schlag ins Wasser. Dagegen werden sich im Inlande nur unangenehme Begleiterscheinungen bemerkbar machen, nämlich eine allgemeine Verteuerung der Lebenshaltungskosten, was zur Erleichterung der Wirtschaftslage nicht beitragen dürfte.“

Wie sich die Dinge seit Jahren in Lettland entwickelt haben, dürfte der Berichterstatter die Lage zutreffend beurteilen. Ob erhöhte Zölle die erhoffte Wirkung zeitigen werden, ist unwahrscheinlich. Das Problem der Aktivgestaltung der lettländischen Zahlungs- und Handelsbilanz kann nur durch eine Intensivierung der Grundlage der lettländischen Volkswirtschaft erreicht werden, der Landwirtschaft. Es ist oben dargelegt worden, wie schwer aber die Landwirtschaft durch die Umwälzungen der Nachkriegszeit gelitten hat. Wichtigste Aufgabe aller lettländischen Wirtschaftspolitik muß es sein, auf diesem Gebiet grundsätzlich andere Wege einzuschlagen.

Die Zoll- und Handelspolitik E S T L A N D S wurde von der jeweiligen W ä h r u n g s l a g e, die ihrerseits mit der Finanz- und Wirtschaftslage aufs engste verknüpft ist, in entscheidender Weise beeinflußt. Die innigen Beziehungen zwischen den zoll- und handelspolitischen Maßnahmen und der Währungspolitik treten in allen Stadien der Entwicklung der estnischen Währung sehr deutlich zutage. Zum Teil handelt es sich um dieselben Probleme, die vorstehend für Lettland als bedeutungsvoll hingestellt worden sind und die deshalb hier nicht mehr erwähnt zu werden brauchen, z. T. sind sie der estländischen Volkswirtschaft eigentümlich.

In den Jahren 1919 und 1920 standen die handels- und zollpolitischen Maßnahmen unter dem Einfluß sinkender Währung infolge großer finanzieller Schwierigkeiten der jungen, um ihre Freiheit und Anerkennung kämpfenden Republik. Vor allem beanspruchte der Krieg mit Rußland große Mittel (dasselbe gilt auch von Lettland), die nur zum geringen Teil durch eine Anleihe in Finnland und durch Lieferung von Kriegsmaterial und Lebensmitteln aus Amerika, England, Frankreich und teilweise auch aus Dänemark gedeckt werden konnten, in der Hauptsache

aber durch die Notenpresse beschafft werden mußten. Die Folge war ein rasches Sinken des Kurses der Estmark. Den politischen und finanziellen Schwierigkeiten gegenüber traten alle Bestrebungen zur Förderung der Wirtschaft in den Hintergrund. Dagegen schienen Maßnahmen besonders dringend erforderlich, die den Schutz des estländischen Nationalgutes vor einem vollständigen Ausverkauf gewährleisten konnten. Man griff zu Mitteln, wie sie in Kriegszeiten an der Tagesordnung sind: es wurde wie oben dargelegt, eine Kontrolle des Außenhandels geschaffen. Ausfuhr und Durchfuhr waren nur mit Erlaubnis des Außenhandelsrates gestattet. Die Einfuhr für heimischen Bedarf erfolgte zum größten Teil durch die Regierung selbst, und es wurde im Zusammenhang hiermit eine Reihe von Staatsmonopolen eingeführt. Vom Rat für den Außenhandel wurden die allgemeinen Richtlinien festgesetzt, auf Grund deren die Abteilung für Außenhandel beim Handelsministerium ihre Entscheidungen im einzelnen Falle traf.

Der Friedensschluß mit Rußland und die Handelsmöglichkeiten mit diesem Lande besserten die Währungs- und Wirtschaftsverhältnisse und legten den Gedanken eines Abbaus der Handelskontrolle und der Zollschränken nahe. Da aber weitere Summen von Papiergeld ausgegeben wurden, setzte nach vorübergehender Besserung der Währung ein weiteres Sinken der Estmark ein, das im Juni 1921 seinen Höhepunkt erreichte, um unmittelbar darauf von einer längeren Periode der Währungsstabilität abgelöst zu werden. Ohne größere währungspolitische Zwangsmaßnahmen, lediglich auf Grund wirtschaftlicher Gesundung, konnte dem Währungsverfall Einhalt geboten werden. Die Zufuhr russischen Goldes förderte das Vertrauen zur Stabilität der Estmark. Das Wirtschaftsleben nahm einen unerwarteten Aufschwung. Die Außenhandelskontrolle war der Entwicklung nur hinderlich und wurde beseitigt. Mit der Gesundung von innen heraus ging man allmählich auch an einen Abbau der Zollsätze und an ein Anpassen derselben an die Bedürfnisse der einzelnen Wirtschaftszweige.

Die friedensmäßige Gestaltung der Zoll- und Handelspolitik wurde jedoch im weiteren Verlauf durch neue währungspolitische Schwierigkeiten unterbrochen. Dank dem zeitweilig einträglichen Handel mit Rußland glaubte man sich in Estland durchaus berechtigt, aus dem Vollen wirtschaften zu können. Es entstanden ungezählte kaufmännische Firmen, und neben den alten industriellen Großbetrieben etablierten sich neue, die den Kredit der Staatskasse in weitestgehendem Maße beanspruchten. Die Wirtschaft begann auf Kosten des Staates zu leben, der seine Kredite in außerordentlich weitherziger Weise austeilte, so daß sich bald eine ganz ausgeprägte *Kreditinflation* bemerkbar machte. Die Folge der verfehlten Kreditpolitik der Staatsbank war ein erneuter rapider Sturz der Estmark.

Eine der ersten Sanierungsmaßnahmen, die der Finanzminister *Strandman* ergriff, war die Erhöhung der Einfuhrzölle (Verordnung vom 3. Juni 1924), die sich fast auf alle Waren erstreckte und bei vielen Warengattungen bis zu 75% der alten Zollsätze betrug. Die Verordnung der Regierung bezweckte die Eindämmung des Imports, um damit die Handelsbilanz ins Gleichgewicht zu bringen. Da die Zollerhöhungen die erwünschten Resultate nicht zeitigten, griff man Ende

1924 von neuem zu die Ein- und Ausfuhr stark beschränkenden reglementierenden Maßnahmen merkantilistischer Art. Nach Auffassung des estnischen Handelsministeriums waren diese drakonischen Maßnahmen aus währungspolitischen Gründen unumgänglich geworden.

Ein weiterer Schritt zur Stabilisierung wurde durch Schaffung einer neuen Geldeinheit — der estnischen Krone — mit einem Feingoldgehalt von 0,403 226 g (Gesetz vom 20. Juni 1924) getan. Die Krone war als stabiler Wertmesser gedacht, der jedermann die Möglichkeit geben sollte, Verträge auf wertbeständiger Basis abzuschließen, während die Estmark nach wie vor gesetzliches Zahlungsmittel blieb und in kein festes Verhältnis zur Krone gebracht wurde. Durch diese und einige andere Maßnahmen, insbesondere durch äußerste Einschränkung der Kreditgewährung, gelang es, den Sturz der Estmark aufzuhalten.

Die engen Wechselbeziehungen zwischen Währungs- und Außenhandelspolitik treten in dieser Phase der Entwicklung wieder besonders deutlich in Erscheinung. Die Handelsbilanz, die in den ersten Monaten des Jahres 1924 wie auch im Jahre 1923 eine starke Passivität aufwies, gestaltete sich unter dem Druck der währungspolitischen und zollpolitischen Maßnahmen der Regierung in der zweiten Hälfte des Jahres 1924 sogar aktiv. Das Jahr 1925 zeigte im Vergleich zu der starken Passivität früherer Jahre nur noch einen geringen Einfuhrüberschuß, während für das laufende Wirtschaftsjahr sogar ein Überwiegen des Exports zu erwarten ist. Was die Zahlungsbilanz anbelangt, so sind hierüber exakt-zuverlässige Angaben begreiflicherweise nicht zu erlangen. Doch hat eine Berechnung des Revaler Bankhauses G. Scheel & Co. in der „Estonian Economic Review“ einige Klarheit gebracht. Außer den Außenhandelsziffern kommen die Zinsen für vom Ausland beanspruchte Kredite in Frage. Der Zinsendienst für die Schuld an die Vereinigten Staaten und England im Gesamtbetrage von 70 000 Pfund und die Zinsen für private ausländische Kredite von 150 000 Pfund sind die wichtigsten Posten. An Aktivposten der Zahlungsbilanz sind zu nennen die Einnahmen aus dem Transit und der estländischen Reederei, sowie die Hafengebühren. Auf der Debetseite steht der Import von Schmuggelwaren. So kommt jene Berechnung hinsichtlich der unsichtbaren Posten zu der Feststellung eines geringen Aktivums zugunsten Estland. Alles in allem kann die estländische Zahlungsbilanz nicht als ungünstig angesprochen werden.

Auch der Staatshaushalt ist im Gleichgewicht. Wie nachfolgende Zusammenstellung zeigt, übertreffen seit 1922 die Einnahmen die Ausgaben (in Mill. Emk.):

| Jahr             | Einnahmen | Ausgaben | Überschuß |
|------------------|-----------|----------|-----------|
| 1922             | 7083,8    | 5515,3   | + 1566,5  |
| 1923             | 7434,7    | 7097,2   | + 337,5   |
| 1924             | 7475,5    | 7407,8   | + 67,7    |
| 1925 (Budget)    | 7427,0    | 7424,6   | + 2,4     |
| 1926/27 (Budget) | 7734,2    | 7734,2   | —         |

Zieht man ferner in Betracht, daß sich auch die gesamte Wirtschaftslage nach den Erschütterungen des Jahres 1924 langsam zu konsolidieren beginnt, so

wird die Folgerung berechtigt sein, daß in Estland mit stabilen Währungsverhältnissen gerechnet werden kann. Zu dieser Ansicht ist kürzlich der belgische Außenminister Vandervelde gelangt, der als Vertreter des Völkerbundes die Finanzlage Estlands zu begutachten hatte, und zwar im Zusammenhang mit dem Projekt einer estländischen Völkerbundsanleihe, die laut Genfer Protokoll vom 8. Dezember 1926 als gesichert angesehen werden kann. Es handelt sich um den Beschluß, Estland zu günstigen Bedingungen eine auswärtige Anleihe von 1 350 000 Pfund zu vermitteln, als deren wichtigste Vorbedingung die seit langem dringende Durchführung der Finanzreform gefordert ist. Heute ist Estland der einzige Staat Europas, der eine reine Papierwährung besitzt; nunmehr soll eine Goldkernwährung geschaffen werden, wobei die künftige Geldeinheit 100 Emk gleichgesetzt werden soll. Zu den Vorbedingungen einer vom Völkerbund vermittelten Anleihe gehört ferner die Satzungsänderung der Eestibank und die Schaffung eines besonderen Hypothekeninstituts. Das Genfer Protokoll sieht deshalb in Art. 5 die Durchführung folgender Gesetzprojekte vor: über die Reform der Staatsbank, über die Übergabe der Staatskassenscheine an die Emissionsbank, das Geldgesetz. Das neue Statut der Eestibank ist Ende Februar 1927 fertiggestellt. Sie ist eine zentrale Emissionsbank, die auf 25 Jahre das Monopolrecht auf die Banknotenemissionen erhält. Ihre wichtigsten Aufgaben sind die Sicherung des Geldwertes der Noten, die Organisation des Geldumlaufs und des Kredits. Die Bank ist eine Aktiengesellschaft mit einem Kapital von 500 Mill. Emk, das in 100 000 Aktien zu 5000 Emk. zerfällt. Die leitenden Organe sind: der Rat, die Direktion, das Diskonto-Komitee und die Revisionskommission. Die Regierung kann einen Kommissar ernennen, der das Recht hat, in alle Geschäfte der Bank einzusehen; die gleichen Befugnisse stehen einem vom Völkerbundsrat auf 3 Jahre bestellten Ratgeber zu. Die Operationen der Bank richten sich nach ihrem oben dargelegten Zweck. Es dürfen folgende Operationen nicht ausgeführt werden: die selbständige Handelstätigkeit und Teilnahme an Unternehmungen; Erwerb von Immobilien; die Vergütung von Zinsen für Einlagen; die Prolongation von Wechseln; die Erteilung von Darlehen an Selbstverwaltungen, Unternehmungen der Selbstverwaltungen und an ähnliche Institutionen; die Gewährung unbesicherter Darlehen; Eröffnung von Krediten gegen Hypotheken. Was die Deckung der Banknoten anbelangt, so müssen diese und die laufenden Verpflichtungen mindestens zu 40% gedeckt sein. Als Deckungswerte gelten unbelastetes Gold in Münzen und Barren sowie Golddevisen.

Auf Grund der im Art. 5 vorgesehenen Neuregelung der Gesetzgebung erhält Estland eine Anleihe, die zur Zahlung der estländischen Regierung an die Emissionsbank in Höhe von 1 000 000 Pfund als Entgelt für die übernommenen langfristigen Aktivposten der Bank, sowie zur Gründung eines Hypothekeninstituts verwandt werden muß; eine andere Verwendung ist laut Art. 1 Abs. 2 ausgeschlossen. Die estländische Regierung ist nach Art. 2 verpflichtet, als Sicherheit für die Anleihe die Akziseeinnahmen von Tabak, Bier, Streichhölzern und anderen kleineren Artikeln bereitzustellen. Die genannten Einnahmen dürfen ohne Einverständnis eines vom

Völkerbund eingesetzten Vertrauensmannes, dessen Befugnisse im Art. 3 geregelt werden, nicht zur Besicherung eines anderen Darlehens verwandt werden.

Es ist ohne weiteres klar, daß durch die Neuregelung des Geld- und Bankwesens die Kreditpolitik der Staatsbank stark beeinflußt werden wird und daß andererseits auch die Handelspolitik nicht unberührt bleiben kann.

## VIII. Gesamteinfuhr und Gesamtausfuhr.

### 1. Methodische Vorbemerkung.

Bei der Darstellung des lettländisch-estländischen Außenhandels muß von einem Vergleich des Gegenwartsstandes mit dem Außenhandel der Vorkriegszeit notgedrungen Abstand genommen werden. Zwar gibt es für die Vorkriegszeit zuverlässige Statistiken über die Ein- und Ausfuhr über die baltischen Häfen, doch handelt es sich hierbei um die Warenbewegung Gesamtrußlands. 1906/12 machte die Einfuhr über Riga, Libau und Windau 20,6% der gesamtrussischen Einfuhr aus, und die Ausfuhr über dieselben Häfen 24 bis 31% der gesamtrussischen Ausfuhr. 1913 wird der Importwert auf 236,8 Mill. Rbl. und der Exportwert über die baltischen Häfen mit 348,4 Mill. Rbl. beziffert. Nur zu einem geringen Teil blieben aber die Waren im Gebiet des heutigen Lettland und Estland oder stammten aus ihm. Es sind mit anderen Worten Vergleichsmöglichkeiten nicht gegeben. Wenn die nachfolgende Zustandschilderung auch überaus wichtige Probleme nicht zu klären vermag, so zeigt sie jedoch andererseits mit genügender Deutlichkeit die weltwirtschaftliche Verflechtung der baltischen Staaten.

Methodisch ist zu bemerken, daß in Lettland und Estland kaum ein Zweig der Statistik so gepflegt wird, wie gerade die Außenhandels-Statistik, die im ganzen berechtigten Anforderungen genügen dürfte. Daß auch sie mit den Fehlern jeder Außenhandels-Statistik belastet ist, bedarf kaum der Erwähnung. Tendenziöse Zahlenbeeinflussung liegt nicht vor. Eine erhebliche Fehlerquelle, die im einzelnen mit Genauigkeit nicht bestimmt werden kann, ist durch den Schmuggelhandel sowohl über die Seegrenze als vor allem über die Landgrenze nach Sovet-Rußland gegeben.

Die Angaben sind sowohl dem Gewichte wie dem Werte nach gemacht. Die Wertzahlen zu unterdrücken, liegt keine begründete Veranlassung vor, da die Werteinheiten — der Lat und die Emk — relativ stabil sind. Das Bestreben, die Darstellung für beide Staaten nach Möglichkeit zu vereinheitlichen, findet in nachfolgendem statistischen Kapitel über den Außenhandel Lettlands und Estlands eine Grenze durch die ungleichartige statistische Gruppierung und Warenklassifizierung auf Grund der estländischen bzw. lettländischen Statistik. Es wird das Material in nachfolgendem derart gegliedert werden, daß die Einteilung des Stoffes nach sachlichen Gesichtspunkten erfolgt, wobei jeweils die beiden Staaten eine getrennte Darstellung erfahren. Der Verfasser ist sich darüber im klaren, daß hierdurch eine Reihe von Nachteilen gegeben sind, deren wichtigster in einer gewissen Unübersichtlichkeit besteht; doch kann nur auf

diese Weise der leitende Gedanke der Studie zum Ausdruck gebracht werden, nämlich die ähnlich gelagerten Verhältnisse hier wie dort für jedes Spezialproblem möglichst deutlich herauszuarbeiten. Es empfiehlt sich dieses Vorgehen unter anderem schon deshalb, um das auf diese Weise bis zu einem gewissen Grade vereinheitlichte Material als Grundlage zur Beurteilung der Zollunionsbestrebungen zwischen Estland und Lettland verwerten zu können. Es ist in nachfolgendem grundsätzlich nur die amtliche endgültige Statistik verwertet worden. Sie umfaßt für beide Staaten die Zeit bis 1925 einschließlich. Von der Wiedergabe der vorläufigen Ergebnisse für das erste Halbjahr 1926 ist Abstand genommen worden.

## 2. Ausfuhr und Einfuhr.

Seit 1921 hat die Einfuhr LETTLANDS dem Gewicht nach um fast das Sechsfache, dem Wert nach um fast das Vierfache zugenommen, wie nachfolgende Zusammenstellungen zeigen:

Tabelle 1.  
Lettlands Einfuhr 1921 bis 1925.

| Waren-<br>abteilungen | 1925                                     |                         | 1924                      |                         | 1921                      |                         |
|-----------------------|--|-------------------------|---------------------------|-------------------------|---------------------------|-------------------------|
|                       | Gewicht<br>in Mill.<br>kg                | Wert<br>in Mill.<br>Lat | Gewicht<br>in Mill.<br>kg | Wert<br>in Mill.<br>Lat | Gewicht<br>in Mill.<br>kg | Wert<br>in Mill.<br>Lat |
|                       | Rohstoffe und Halb-<br>fabrikate . . . . | 570,9                   | 66,0                      | 572,4                   | 60,9                      | 64,4                    |
| Fertigfabrikate . . . | 164,3                                    | 132,5                   | 116,2                     | 119,5                   | 39,8                      | 33,3                    |
| Nahrungsmittel . . .  | 230,7                                    | 77,7                    | 234,9                     | 69,9                    | 63,7                      | 0,7                     |
| Vieh (Stück) . . . .  | 53137                                    | 3,9                     | 70087                     | 6,0                     | 3794                      | 0,7                     |

Tabelle 2.  
Lettlands Ausfuhr 1921 bis 1925.

| Waren-<br>abteilungen | 1925                                     |                         | 1924                      |                         | 1921                      |                         |
|-----------------------|--|-------------------------|---------------------------|-------------------------|---------------------------|-------------------------|
|                       | Gewicht<br>in Mill.<br>kg                | Wert<br>in Mill.<br>Lat | Gewicht<br>in Mill.<br>kg | Wert<br>in Mill.<br>Lat | Gewicht<br>in Mill.<br>kg | Wert<br>in Mill.<br>Lat |
|                       | Rohstoffe und Halb-<br>fabrikate . . . . | 530,5                   | 112,6                     | 708,2                   | 131,1                     | 183,7                   |
| Fertigfabrikate . . . | 28,5                                     | 25,6                    | 20,7                      | 18,4                    | 4,7                       | 1,8                     |
| Nahrungsmittel . . .  | 31,1                                     | 40,2                    | 20,6                      | 19,4                    | 3,9                       | 1,1                     |
| Vieh (Stück) . . . .  | 5162                                     | 0,5                     | 18181                     | 1,7                     | —                         | —                       |

Tabelle 1 und 2 gewähren bereits einen Einblick in die innere Struktur des lettländischen Außenhandels. Sofern die Wertziffern in Frage stehen, wird die Einfuhr charakterisiert durch das Überwiegen von Fertigfabrikaten und bezeichnenderweise von Nahrungsmitteln (Agrarreform und ihre Folgen!). Dem Gewicht nach stehen Rohstoffe und Halbfabrikate an der Spitze. Bei der Ausfuhr dominiert die Abteilung Rohstoffe und Halbfabrikate sowohl dem Wert nach wie dem Gewicht nach, in weitem Ab-

stand folgen Nahrungsmittel und Vieh (als Einheit genommen), während die Ausfuhr von Fertigwaren sehr geringfügig ist. Es bietet sich uns also das typische Bild eines Rohstoffe exportierenden und Fertigerzeugnisse importierenden Agrarlandes dar.

Von Interesse ist die Verschiebung der Bedeutung der einzelnen Warenabteilungen. Bei der Einfuhr weisen Rohstoffe und Halbfabrikate, in zweiter Linie Nahrungsmittel eine stärkere Zunahme auf als die Abteilung Fertigfabrikate, eine Entwicklung, die auf die protektionistische Handelspolitik Lettlands zurückzuführen ist. Bei der Ausfuhr bleiben Rohstoffe und Halbfabrikate relativ hinter Nahrungsmitteln und Fertigfabrikaten zurück, doch ist, wie betont, die erste Position bei weitem die wichtigste.

Die Handelsbilanzbewegung 1921—1925 verlief nach den neuesten amtlichen Angaben wie folgt (in Mill. Lat):

| Jahr | Einfuhr | Ausfuhr | Insgesamt | Bilanz |
|------|---------|---------|-----------|--------|
| 1925 | 281,0   | 179,6   | 460,6     | —101,4 |
| 1924 | 255,9   | 169,6   | 425,5     | — 86,3 |
| 1923 | 211,9   | 162,0   | 373,9     | — 49,9 |
| 1922 | 106,4   | 101,2   | 207,6     | — 5,2  |
| 1921 | 73,7    | 29,3    | 103,1     | — 44,4 |

Es ist mithin seit 1922 — das Jahr 1921 nimmt eine Sonderstellung ein — die Passivität der Handelsbilanz schnell gestiegen. Lettland muß mehr einführen als es auszuführen in der Lage ist. Es hängt dies Ergebnis z. T., wie wiederholt bemerkt wurde, mit der auf Grund der Agrarreform erfolgten Strukturveränderung der Landwirtschaft zusammen.

Über die Ein- und Ausfuhr ESTLANDS orientiert nachfolgende Zusammenstellung:

Tabelle 3.

Ein- und Ausfuhr Estlands 1920—1925

| Jahre | in Tonnen (abgerundet) |         | in Mill. Eimk. |         | % zum Gesamtwert |         |
|-------|------------------------|---------|----------------|---------|------------------|---------|
|       | Einfuhr                | Ausfuhr | Einfuhr        | Ausfuhr | Einfuhr          | Ausfuhr |
| 1925  | —                      | —       | 9 655          | 9 655   | 49,9             | 40,1    |
| 1924  | 351 600                | 376 400 | 8 204          | 7 866   | 51,1             | 48,9    |
| 1923  | 352 100                | 279 200 | 9 332          | 5 712   | 62,2             | 37,8    |
| 1922  | 315 000                | 307 700 | 5 589          | 4 812   | 53,7             | 46,3    |
| 1921  | 153 600                | 117 500 | 4 483          | 2 287   | 66,3             | 33,7    |
| 1920  | 88 700                 | 137 800 | 1 395          | 1 228   | 53,2             | 46,8    |

Hieraus ergibt sich, daß die estländische Handelsbilanz langsam gesundet. Die Aktivität (+) bzw. Passivität (—) der Bilanz gestaltete sich wie folgt:

|      |        |
|------|--------|
| 1921 | — 2196 |
| 1922 | — 778  |
| 1923 | — 3620 |
| 1924 | — 338  |
| 1925 | + 10   |

Nimmt man als Basisjahr 1920 = 100, dann ergibt sich folgende anschauliche Entwicklungskurve der Ein- und Ausfuhr:

|      | Einfuhr | Ausfuhr |
|------|---------|---------|
| 1924 | 588,0   | 640,3   |
| 1923 | 668,9   | 465,0   |
| 1922 | 400,6   | 391,7   |
| 1921 | 321,3   | 186,2   |
| 1920 | 100,0   | 100,0   |

Vorstehende Ziffern lassen zunächst ganz allgemein eine nicht ungünstige Entwicklung der Außenhandelsbilanz erkennen.

### 3. Die Einfuhr nach Warengruppen.

Wenden wir uns nunmehr der Einfuhr im einzelnen zu und betrachten zunächst die Einfuhr LETTLANDS, gegliedert nach Warenabteilungen und Warengruppen. Es ergibt sich nach der Klassifikation der lettländischen Statistik<sup>1) 2)</sup> folgendes Bild:

<sup>1)</sup> Ein Vergleich der Wertziffern liegt erst für 1923 vor. Um die Entwicklung schärfer hervortreten zu lassen, ist als Vergleichsjahr 1921 gewählt und der Vergleich nur für die Gewichtszahlen durchgeführt.

<sup>2)</sup> Bemerkung. Die Terminologie der lettländischen Statistik bedarf einiger Erläuterungen, da nicht ohne weiteres ersichtlich ist, aus welchen Waren die einzelnen Gruppen gebildet sind. Es seien daher nachfolgend die wesentlichen Waren für jede Gruppe aufgeführt:

#### A. Rohstoffe und Halbfabrikate.

1. für die Textilindustrie, darunter: Flachs, Wolle, Wollgarn, Hanf, Baumwolle.
2. für die Metallindustrie, darunter: Eisen, Eisendraht.
3. Holzmaterial aller Art.
4. für die polygraphische und Papierindustrie, darunter: Zellulose aller Sorten.
5. Mineralien und Mineralöle, darunter: Kreide, Asphalt, Zement, Naphtha.
6. Pflanzliche Stoffe, darunter: Saaten aller Art, Koproh.
7. Tierische Stoffe, darunter: Rohhäute, bearbeitete Häute, Tierfett für industrielle Zwecke.
8. für die chemische und pharmaz. Industrie, darunter: bearbeitetes Kautschuk, Schwefel aller Sorten, Gummi aller Sorten.
9. andere Rohstoffe und Halbfabrikate, darunter: Kohle, Teer.

#### B. Fertigfabrikate.

1. der Textilindustrie, darunter: Baumwollgewebe, Wollstoffe und Garne.
2. der Metallindustrie, darunter: landwirtschaftliche Maschinen, sonstige Maschinen, Werkzeuge aller Art, Gegenstände aus Edelmetallen.
3. Holzzeugnisse aller Art.
4. der Industrie der Steine und Erden, darunter: Porzellan, Fayence, Glas.
5. der polygraphischen Industrie und Papierindustrie, darunter: Papier, Dachpappe, Druckerzeugnisse.
6. Pflanzliche Produkte aller Art.
7. Tierische Produkte, darunter Lederartikel.

Tabelle 4.

Lettlands Einfuhr 1921 bis 1925 nach Warengruppen.

| a) Rohstoffe u. Halbfabrikate,<br>darunter:                    | Gewicht in Mill. kg |       |      | Wert in Mill. |       | Lat  |
|--|---------------------|-------|------|---------------|-------|------|
|  | 1925                | 1924  | 1921 | 1925          | 1924  | 1921 |
| für die Textilindustrie . . . . .                              | 3,9                 | 3,4   | 0,7  | 9,3           | 11,2  | —    |
| für die Metallindustrie . . . . .                              | 29,8                | 26,4  | 4,1  | 9,2           | 8,0   | —    |
| Holzmaterial . . . . .   | 25,5                | 1,6   | —    | 1,4           | 0,5   | —    |
| für die polygraphische u. Papier-<br>industrie . . . . .       | 3,6                 | 11,4  | 0,4  | 1,2           | 0,8   | —    |
| Mineralien und Mineralöle . . . . .                            | 64,8                | 48,9  | 12,5 | 3,4           | 3,1   | —    |
| Pflanzliche Stoffe . . . . .                                   | 20,1                | 15,1  | 1,7  | 10,4          | 18,1  | —    |
| Tierische Stoffe . . . . .                                     | 5,3                 | 4,3   | 3,0  | 17,1          | 11,3  | —    |
| für die chemische und pharma-<br>zeutische Industrie . . . . . | 2,7                 | 2,7   | 15,2 | 2,7           | 2,1   | —    |
| andere Rohstoffe und Halbfabri-<br>kate . . . . .              | 4,5                 | 458,6 | 49,7 | 11,3          | 15,7  | —    |
| Insgesamt:   | 570,9               | 572,4 | 88,1 | 66,0          | 60,9  | —    |
| b) Fertigfabrikate,<br>darunter:                               | Gewicht in Mill. kg |       |      | Wert in Mill. |       | Lat  |
|  | 1925                | 1924  | 1921 | 1925          | 1924  | 1921 |
| der Textilindustrie . . . . .                                  | 4,3                 | 4,1   | 1,1  | 54,3          | 46,7  | —    |
| der Metallindustrie . . . . .                                  | 17,1                | 17,1  | 8,8  | 29,8          | 35,0  | —    |
| Holzerzeugnisse . . . . .                                      | 0,2                 | 6,3   | 0,1  | 0,5           | 0,4   | —    |
| der polygraphischen und Papier-<br>industrie . . . . .         | 1,7                 | 2,2   | 2,8  | 2,9           | 2,5   | —    |
| der Industrie der Steine und<br>Erden . . . . .                | 6,8                 | 7,1   | 1,1  | 2,9           | 2,5   | —    |
| Pflanzliche Produkte . . . . .                                 | 0,2                 | 0,1   | —    | 0,1           | 0,1   | —    |
| Tierische Produkte . . . . .                                   | 0,02                | 0,02  | 0,07 | 0,5           | 0,4   | —    |
| der chemischen Industrie . . . . .                             | 28,6                | 80,4  | 0,2  | 25,1          | 20,0  | —    |
| andere Industrieerzeugnisse . . . . .                          | 5,3                 | 4,9   | 0,9  | 16,4          | 11,9  | —    |
| Insgesamt b)   | 164,3               | 116,2 | 15,4 | 132,5         | 119,5 | —    |

8. der chemischen Industrie, darunter: Petroleum, Benzin, Schmieröl, Fett, Pflanzenöl, Farben und Farbstoffe, Düngemittel und zwar Superphosphat, Thomasmehl, Kainit, Chilesalpeter.

9. andere Industrieerzeugnisse, darunter: Luxusgegenstände und Kurzwaren, Bürobedarfsartikel, elektrotechnische Artikel, optische, physikalische und medizinische Instrumente, Fortbewegungsmittel aller Art.

#### C. Lebensmittel, Getränke und Tabak.

Darunter: Roggen, Weizen, Gerste, Hafer, Mehl, Reis, Zucker, Salz, kondensierte Milch, Heringe, Kakao, Tee, Kaffee, Zitronen, Tabak und Tabakerzeugnisse, Kleie und Ölkuchen.

#### D. Tiere.

Darunter: Pferde, Rindvieh, Schweine, Geflügel.

|                            |        |              |     |       |       |   |
|----------------------------|--------|--------------|-----|-------|-------|---|
| c) Lebensmittel, Getränke, |        |              |     |       |       |   |
| Tabak . . . . .            | 230,8  | 234,8        | 1,8 | 77,7  | 69,8  | — |
| d) Tiere . . . . .         | 53 100 | 70 000 Stck. |     | 3,9   | 6,0   | — |
| a—d) insgesamt             | 965,9  | 923,4        |     | 281,0 | 256,4 | — |

Bei Analyse der Tabelle 4 fallen unter a) die Rohstoffe und Halbfabrikate für die Metallindustrie, ferner die Einfuhr von Mineralien und Mineralölen auf, die dem Gewicht nach an erster Stelle stehen. Dem Wert nach sind jedoch am wichtigsten die Rohstoffe und Halbfabrikate für die Textilindustrie, für die Metallindustrie, ferner tierische und pflanzliche Stoffe.

Die Entwicklung der Einfuhr ESTLANDS in den letzten Jahren wird durch nachfolgende Tabelle 5 verdeutlicht:

Tabelle 5.  
Die estländische Einfuhr 1923—25.

| Warengruppen  | 1923    | 1924         |        | 1925          |      |
|---|---------|--------------|--------|---------------|------|
|   | in t    | in Mill. Emk | in t   | in Mill. Emk. | in t |
| 1. Getreide, Mehl, Kartoffeln,<br>Krafftutter . . . . . | 63 300  | 1059,6       | 98 900 | 1699,2        | 1947 |
| 2. Lebensmittel, Viehprodukte                           | 120     | 7,6          | 100    | 7,4           | 25   |
| 3. Fischwaren . . . . .                                 | 12 200  | 209,9        | 8 100  | 224,1         | 328  |
| 4. Sonstige Lebens- und Genuß-<br>mittel . . . . .      | 45 300  | 991,8        | 44 700 | 1089,4        | 995  |
| 5. Lebende Tiere . . . . .                              | 230     | 1,9          | 270    | 0,6           | 1    |
| 6. Häute und Lederwaren . .                             | 1 500   | 289,6        | 1 200  | 184,6         | 368  |
| 7. Saaten und Pflanzen . . .                            | 275     | 53,1         | 2 200  | 160,2         | 58   |
| 8. Holzmaterial . . . . .                               | 1 300   | 53,2         | 2 200  | 44,8          | 48   |
| 9. Papier und Drucksachen .                             | 8 600   | 238,9        | 3 900  | 144,9         | 231  |
| 10. Faserstoffe . . . . .                               | 5 400   | 1219,4       | 3 500  | 947,0         | 1692 |
| 11. Textilwaren . . . . .                               | 2 400   | 1172,5       | 1 200  | 950,0         | 886  |
| 12. Metalle . . . . .                                   | 16 000  | 282,2        | 11 700 | 263,4         | 359  |
| 13. Metallwaren . . . . .                               | 9 900   | 487,7        | 5 900  | 381,4         | 406  |
| 14. Landw. Maschinen . . . .                            | 5 500   | 330,4        | 2 100  | 154,3         | 96   |
| 15. Sonst. Maschinen, Transport-<br>mittel . . . . .    | 6 600   | 992,1        | 3 000  | 624,6         | 588  |
| 16. Instrumente, Apparate . .                           | 220     | 198,3        | 100    | 88,4          | 94   |
| 17. Steine und Erden . . . .                            | 15 200  | 188,3        | 11 900 | 128,3         | 120  |
| 18. Kohle, Koks . . . . .                               | 110 800 | 307,9        | 99 700 | 309,4         | 238  |
| 19. Öle und Fette . . . . .                             | 22 800  | 469,0        | 22 400 | 541,4         | 533  |
| 20. Kunstdünger . . . . .                               | 17 600  | 80,3         | 21 000 | 131,4         | 242  |
| 21. Chemikalien . . . . .                               | 6 800   | 585,7        | 6 600  | 348,2         | 300  |
| 22. Sonstiges . . . . .                                 | 200     | 112,7        | 100    | 72,0          | 99   |

Sehr bezeichnend ist die Steigerung der Gruppen 1—4. Besonders auffällig ist die Zunahme der Gruppe Getreide, Mehl, Kartoffeln, Kraftfutter von 1059 Mill. Emk. im Jahre 1923 auf 1947 Mill. Emk. 1925, zurückzuführen auf den Rückgang der Körnerwirtschaft (Agrarreform!). 1924/25 stellte sich das Verhältnis der heimischen Getreideproduktion zum Getreideimport in Tonnen wie folgt (das importierte Mehl ist in die entsprechende Körnermenge umgerechnet):

|              | Ernte   | Import | Import % von<br>der Ernte |
|--------------|---------|--------|---------------------------|
| Roggen . . . | 138 471 | 36 207 | 26,1                      |
| Weizen . . . | 14 772  | 34 094 | 163,1                     |
| Gerste . . . | 120 595 | 2 016  | 1,4                       |
| Hafer. . . . | 140 457 | 3 425  | 2,4                       |
| Zusammen:    | 465 471 | 66 934 | 14,3                      |

Während die Gerste- und Hafereinfuhr relativ geringfügig sind, macht sie beim Roggen bereits ein Viertel der inländischen Produktion aus und übertrifft beim Weizen die Produktion um 63%. Im ganzen stellt die Einfuhr von Körnerfrüchten ein Siebentel der heimischen Körnerproduktion dar, eine für das ausgesprochen agrare Estland ungeheure Quote. Vergleichsweise sei angeführt, daß der Getreideimport im Wirtschaftsjahre 1921/22 0,9% der Ernte betrug, 1922/23 8,3% und im schlechten Erntejahr sogar 22,8%, d. h. fast ein Viertel der estländischen Produktion.

An sonstigen Einfuhrwaren für die Landwirtschaft sind vor allem künstliche Düngemittel, überwiegend aus Deutschland, zu nennen. Die Steigerung der Einfuhr ist bedeutend. Sie betrug in Tonnen für

|                 | 1925 (9 Monate) | 1924 (12 Monate) |
|-----------------|-----------------|------------------|
| Thomas-Phosphat | 4 400           | 2 470            |
| Superphosphat   | 24 460          | 14 639           |
| Kalisalz        | 4 880           | 3 545            |
| Chilesalpeter   | 840             | 260              |

Dagegen ist die Einfuhr landwirtschaftlicher Maschinen und Geräte sehr stark zurückgegangen, und zwar von 330,4 Mill. Emk. 1923 auf 96 Mill. Emk. im Jahre 1925.

Die Tabelle 5 zeigt ferner ein Ansteigen der Einfuhr von Faserstoffen, Metallen und Rohstoffen für die Lederindustrie. Die Zunahme dieser Einfuhrpositionen ist der Verstärkung der industriellen Produktion zuzuschreiben. Ein Vergleich ist hier ebenso wie bei den landwirtschaftlichen Produkten begründeterweise nur zwischen den Jahren 1925 und 1923 (etwa gleich gute Erntejahre) möglich. Die Einfuhr von 1924 ist in hohem Maße bestimmt durch den schlechten Ernteausfall und zwar nicht nur bei den Gruppen 1, 2, 4 und 7, sondern auch infolge der flauen Marktkonjunktur bei den Gruppen 9, 10, 13, 14, 15, 16 und 22. Der Rückgang der Kohle- und Kokseinfuhr ist auf die Umstellung einiger Industriezweige und der Eisenbahnen auf Brennschiefer zurückzuführen.

#### 4. Die Ausfuhr nach Warengruppen.

Über die Ausfuhr LETTLANDS nach Warengruppen orientiert folgende Tabelle:

Tabelle 6.

| Lettlands Ausfuhr 1921 bis 1925 nach Warengruppen.       |                        |              |              |                      |              |          |
|--|------------------------|--------------|--------------|----------------------|--------------|----------|
| a) Rohstoffe und<br>Halbfabrikate,<br>darunter:          | Gewicht in<br>Mill. kg |              |              | Wert in<br>Mill. Lat |              |          |
|  | 1925                   | 1924         | 1921         | 1925                 | 1924         | 1921     |
| für die Textilindustrie . . .                            | 21,8                   | 24,2         | 7,0          | 41,7                 | 48,4         | —        |
| für die Metallindustrie . . .                            | 6,5                    | 3,4          | 1,5          | 0,9                  | 3,4          | —        |
| Holzmaterial . . . . .                                   | 450,4                  | 46,7         | 190,8        | 47,0                 | 59,1         | —        |
| für die polygraphische und<br>Papierindustrie . . . . .  | —                      | 0,6          | —            | —                    | 0,2          | —        |
| Mineralien u. Mineralöle . .                             | 16,1                   | 6,5          | 1,2          | 0,3                  | 0,1          | —        |
| pflanzliche Stoffe . . . . .                             | 26,4                   | 19,0         | 5,0          | 13,2                 | 9,2          | —        |
| tierische Stoffe . . . . .                               | 1,7                    | 1,9          | —            | 9,4                  | 9,2          | —        |
| für die chemische und phar-<br>mazeutische Industrie . . | —                      | —            | 0,2          | —                    | 0,02         | —        |
| andere Rohstoffe und Halb-<br>fabrikate . . . . .        | 7,5                    | 5,8          | —            | 0,3                  | 0,3          | —        |
| <b>Insgesamt:</b>  | <b>530,5</b>           | <b>708,2</b> | <b>206,1</b> | <b>112,6</b>         | <b>131,1</b> | <b>—</b> |
|  |                        |              |              |                      |              |          |
| b) Fertigfabri-<br>kate,<br>darunter:                    | Gewicht in<br>Mill. kg |              |              | Wert in<br>Mill. Lat |              |          |
|  | 1925                   | 1924         | 1921         | 1925                 | 1924         | 1921     |
| der Textilindustrie . . . . .                            | 0,8                    | 0,2          | 0,02         | 3,6                  | 0,7          | —        |
| der Metallindustrie . . . . .                            | 3,7                    | 5,8          | 1,3          | 3,9                  | 5,9          | —        |
| Holzerzeugnisse . . . . .                                | 1,6                    | 0,5          | 1,1          | 0,9                  | 0,3          | —        |
| der polygraphischen und<br>Papierindustrie . . . . .     | 8,0                    | 6,0          | 0,6          | 6,7                  | 3,9          | —        |
| der Industrie der Steine und<br>Erden . . . . .          | 1,1                    | 1,3          | 1,1          | 0,4                  | 0,4          | —        |
| pflanzliche Produkte . . . .                             | 0,4                    | 0,2          | —            | —                    | —            | —        |
| tierische Produkte . . . . .                             | 0,1                    | 0,2          | —            | —                    | —            | —        |
| der chemischen Industrie . .                             | 13,0                   | 6,8          | 0,1          | 9,5                  | 6,7          | —        |
| andere Industrieerzeugnisse                              | 0,2                    | 0,1          | 0,2          | 0,4                  | 0,3          | —        |
| <b>Insgesamt:</b>  | <b>28,5</b>            | <b>20,7</b>  | <b>4,5</b>   | <b>25,6</b>          | <b>18,4</b>  | <b>—</b> |
|  |                        |              |              |                      |              |          |
| c) Lebensmittel, Ge-<br>tränke, Tabak . . . . .          | 31,1                   | 20,6         | 3,9          | 40,2                 | 19,4         | —        |
| d) Tiere . . . . .                                       | 5150                   | 18200 St.    |              | 0,5                  | 170,5        | —        |
| <b>a) — d) insgesamt:</b>                                | <b>590,1</b>           | <b>749,5</b> | <b>179,6</b> | <b>214,6</b>         | <b>339,5</b> | <b>—</b> |

Die Tabelle zeigt u. a. als die beiden wichtigsten Ausfuhrartikel *F l a c h s* (Rohstoffe für die Textilindustrie) und *Holzmaterial* sowie pflanzliche und tierische Stoffe.

Tabelle 7.

Die Ausfuhr von Butter, Fleisch und Eiern  
in den Jahren 1922—1925

|      | Butter                |             | Fleisch                 |             | Eier     |             |
|------|-----------------------|-------------|-------------------------|-------------|----------|-------------|
|      | Mill. kg              | in 1000 Lat | Mill. kg                | in 1000 Lat | Mill. kg | in 1000 Lat |
| 1922 | 1,0                   | 2 758       | 0,4                     | 530         | 0,1      | 192         |
| 1925 | 7,1                   | 30 263      | 2,1                     | 3 569       | 0,08     | 153         |
|      | Insgesamt in 1000 Lat |             | % von der Gesamtausfuhr |             |          |             |
| 1922 | 3 480                 |             | 3,44                    |             |          |             |
| 1925 | 33 984                |             | 18,92                   |             |          |             |

Die Ausfuhr der landwirtschaftlichen Produkte gliedert sich im einzelnen wie folgt:

Tabelle 8.

Die Ausfuhr von Gerste, Hafer und Erbsen 1922—25.

|      | Gerste                 |                     | Hafer                  |                     | Erbsen                 |                     |
|------|------------------------|---------------------|------------------------|---------------------|------------------------|---------------------|
|      | Gewicht in<br>Mill. kg | Wert in<br>1000 Lat | Gewicht in<br>Mill. kg | Wert in<br>1000 Lat | Gewicht in<br>Mill. kg | Wert in<br>1000 Lat |
| 1922 | 3,2                    | 582                 | 13,5                   | 2509                | 2,3                    | 638                 |
| 1924 | 2,7                    | 631                 | 4,7                    | 945                 | 0,3                    | 59                  |
| 1925 | 2,2                    | 636                 | 2,7                    | 637                 | 0,06                   | 15                  |

Demgegenüber stellt sich die Einfuhr der drei wichtigsten Körnerfrüchte auf:

|      | Weizen                 |                      | Weizenmehl             |                      |
|------|------------------------|----------------------|------------------------|----------------------|
|      | Gewicht in<br>Mill. kg | Wert in<br>Mill. Lat | Gewicht in<br>Mill. kg | Wert in<br>Mill. Lat |
| 1922 | 33,5                   | 11,3                 | 8,6                    | 3,8                  |
| 1924 | 51,8                   | 14,8                 | 1,2                    | 0,5                  |
| 1925 | 48,2                   | 17,7                 | 0,4                    | 0,2                  |
|      | Roggen                 |                      | Hafer                  |                      |
|      | Gewicht in<br>Mill. kg | Wert in<br>Mill. Lat | Gewicht in<br>Mill. kg | Wert in<br>Mill. Lat |
| 1922 | 13,6                   | 3,2                  | —                      | —                    |
| 1924 | 55,4                   | 12,0                 | 18,9                   | 3,7                  |
| 1925 | 75,5                   | 18,8                 | 8,1                    | 2,0                  |

Dazu kommen 1925 4,9 Mill. kg Gerste im Werte von 1,3 Mill. Lat.

Die Ausfuhr von Zerealien spielt mithin der enorm starken Einfuhr gegenüber nur eine ganz untergeordnete Rolle.

Ein viel erfreulicheres Bild bietet die Flachs ausfuhr. Sie steigt von Jahr zu Jahr und weist Lettland eine der bedeutendsten Stellen in der Weltversorgung zu. Während die weitaus meisten flachsbauenden Staaten ihre Produktion in ihrer Textilindustrie verarbeiten, gelangen in Lettland beinahe 80% der Produktion zur Ausfuhr.

Die Ausfuhr stellt sich wie folgt:

|      | Flachs                 |                      | Leinsaat               |                      |
|------|------------------------|----------------------|------------------------|----------------------|
|      | Gewicht in<br>Mill. kg | Wert in<br>Mill. Lat | Gewicht in<br>Mill. kg | Wert in<br>Mill. Lat |
| 1922 | 16,0                   | 20,0                 | 11,3                   | 5,1                  |
| 1924 | 24,2                   | 48,4                 | 18,7                   | 9,7                  |
| 1925 | 21,8                   | 41,7                 | 25,1                   | 11,4                 |

Das Jahr 1925 hat in die steigende Entwicklung eine gewisse Stockung insofern gebracht, als die staatliche Monopolverwaltung, in deren Händen der Flachshandel liegt, sich gezwungen sah, den Einkaufspreis im Frühjahr 1925 erheblich herabzusetzen. Maßgebend hierfür war die Flaute auf dem Weltmarkt, die zu einem gewissen Teil durch das verstärkte Angebot Rußlands und der übrigen baltischen Staaten hervorgerufen worden ist. Die Herabsetzung des Einkaufspreises hat die in ungünstiger Lage befindliche Landwirtschaft so schwer getroffen, daß die Monopolverwaltung auf Weisung der Regierung der weiteren Senkung der Preise auf dem Weltmarkt nicht folgte, sondern zugunsten der Flachsbauer auf einen wesentlichen Teil ihres Nettoverdienstes verzichtet hat.

Von großer Bedeutung ist der Holz export.

Tabelle 9.

Holz export 1923 bis 1925.

|  | 1925        | 1924  | 1923  |
|--|-------------|-------|-------|
|  | in Mill. kg |       |       |
| Bretter, Bohlen . . . .                    | 242,8       | 348,1 | 383,0 |
| Schwellen . . . . .                        | 7,1         | 18,7  | 12,0  |
| Grubenholz . . . . .                       | 81,3        | 34,9  | 201,9 |
| Papierholz . . . . .                       | 56,9        | 93,2  | 112,5 |
| Holzdraht für Streich-<br>hölzer . . . . . | 3,6         | 5,1   | 2,1   |

Wie ersichtlich, ist die lettländische Holz ausfuhr in dauerndem Rückgang begriffen; das zeigt sich besonders deutlich beim Vergleich der Ziffern von 1925 und 1923, aber auch gegenüber 1924 ist mit Ausnahme von Grubenholz eine rückläufige Bewegung festzustellen.

Die A u s f u h r E S T L A N D S weist in den drei letzten Jahren folgende Entwicklung auf:

T a b e l l e 10.

Die estländische Ausfuhr 1923—25 nach Warengruppen.

| Warengruppen   | 1923      |               | 1924      |               | 1925          |
|--|-----------|---------------|-----------|---------------|---------------|
|  | in Tonnen | in Mill. Emk. | in Tonnen | in Mill. Emk. | in Mill. Emk. |
| 1. Getreide, Mehl, Kartoffeln, Kraftfutter . . . . . | 15 700    | 66,3          | 23 700    | 173,1         | 180           |
| 2. Lebensmittel, Viehprodukte . . . . .              | 3 700     | 663,9         | 4 700     | 1190,0        | 2491          |
| 3. Fischwaren . . . . .                              | 85        | 5,1           | 375       | 23,0          | 43            |
| 4. Sonstige Lebens- und Genußmittel . . . . .        | 2 500     | 167,9         | 1 400     | 83,3          | 55            |
| 5. Lebende Tiere . . . . .                           | 14 100    | 134,4         | 11 700    | 95,8          | 163           |
| 6. Häute u. Lederwaren . . . . .                     | 570       | 82,2          | 700       | 128,5         | 168           |
| 7. Saaten u. Pflanzen . . . . .                      | 550       | 25,9          | 2 800     | 94,3          | 36            |
| 8. Holzmaterial . . . . .                            | 185 700   | 1397,0        | 233 600   | 1752,4        | 1628          |
| 9. Papier u. Drucksachen . . . . .                   | 19 900    | 590,2         | 24 100    | 646,1         | 1135          |
| 10. Faserstoffe . . . . .                            | 10 300    | 1155,5        | 11 400    | 1783,0        | 1346          |
| 11. Textilwaren . . . . .                            | 3 600     | 1065,7        | 2 800     | 1457,7        | 1821          |
| 12. Metalle . . . . .                                | 11 500    | 43,2          | 10 500    | 59,9          | 43            |
| 13. Metalle . . . . .                                | 70        | 26,9          | 200       | 15,4          | 11            |
| 14. Landw. Maschinen . . . . .                       | 200       | 18,6          | 50        | 4,2           | 12            |
| 15. Sonst. Maschinen, Transportmittel . . . . .      | 140       | 72,7          | 350       | 52,9          | 46            |
| 16. Instrumente, Apparate . . . . .                  | 30        | 37,8          | 3         | 1,1           | 3             |
| 17. Steine u. Erden . . . . .                        | 23 500    | 96,9          | 58 300    | 214,6         | 270           |
| 18. Kohle, Koks . . . . .                            | 180       | 0,1           | 100       | 0,07          | —             |
| 19. Öle und Fette . . . . .                          | 40        | 1,8           | 50        | 3,3           | 9             |
| 20. Kunstdünger . . . . .                            | 200       | 0,6           | 60        | 0,9           | 1             |
| 21. Chemikalien . . . . .                            | 1 600     | 57,8          | 1 100     | 82,9          | 136           |
| 22. Sonstiges . . . . .                              | 15        | 1,3           | 10        | 3,2           | 5             |

Bei Analyse der Tabelle 10 ist folgendes bemerkenswert: Die Zunahme der Gruppe 1 ist überwiegend auf erhöhte Kartoffelausfuhr infolge des Rückganges der Spiritusproduktion (Agrarreform) zurückzuführen. Gewaltig ist die Steigerung der Gruppe 2 (Viehzuchtprodukte). Es prägt sich hierin deutlich die Umstellung der estländischen Landwirtschaft aus. Der Export von B u t t e r zeigt folgende Entwicklung (in Tonnen):

|      |       |
|------|-------|
| 1921 | 218   |
| 1922 | 999   |
| 1923 | 2 347 |
| 1924 | 3 187 |
| 1925 | 6 445 |

Gegenüber 1922 hat sich der Butterexport dem Werte nach versiebenfacht, so daß die Butter heute eines der wichtigsten Ausführprodukte darstellt. Von den übrigen landwirtschaftlichen Produkten sind zu nennen: Eier, von denen 1924 9,9 Mill. Stück im Werte von 109,8 Mill. Emk. exportiert wurden. Im ersten Halbjahr 1925 sind 3,6 Mill. Stück ausgeführt; gegen das erste Halbjahr 1924 (Export: 1,9 Mill. Stück) hat sich die Ausfuhr beinahe verdoppelt.

Von besonderer Bedeutung ist der Flachsexport. Er weist folgende Entwicklung auf:

| Jahr | Tonnen | Wert in Mill. Emk. |
|------|--------|--------------------|
| 1921 | 5 226  | —                  |
| 1922 | 9 659  | 988                |
| 1923 | 9 327  | 1085               |
| 1924 | 10 433 | 1690               |
| 1925 | 7 574  | 1287               |

1925 ist die Flachsausfuhr geringer gewesen als in irgend einem der vorangegangenen Jahre. Der Rückgang ist nicht so sehr auf eine Verschlechterung des Ernteausfalls zurückzuführen, vielmehr auf die ungünstige Konjunktur, die die Landwirte veranlaßt hat, mit der Ware zurückzuhalten.

Der bei weitem wichtigste Exportartikel ist das Holz. Im Jahre 1924 wurden für rund 1752 Mill. Emk. Holzwaren ausgeführt, 1925 dagegen nur für 1638 Mill. Emk. Es hängt dieser Rückgang z. T. mit der ungünstigen Konjunktur für diesen Exportartikel auf dem Weltmarkt zusammen, z. T. jedoch auch mit der Überspannung der Abforstungen in den vorangegangenen Jahren (vergl. Abschnitt Waldwirtschaft). Im einzelnen gestaltete sich die Holzausfuhr in den beiden letzten Jahren wie folgt:

#### Holzexport 1924 und 1925.

|                                | 1925                      | 1924    |
|--------------------------------|---------------------------|---------|
|                                | Kubikfuß                  |         |
|                                | (100 Kubikfuß = 16,38 mt) |         |
| Planken und Klötze . . . . .   | 75,6                      | 41,3    |
| Schwellen . . . . .            | 378,1                     | 157,0   |
| Grubenholz . . . . .           | 3252,3                    | 5549,8  |
| Kiefern Bretter und Planken.   | 9333,1                    | 7736,2  |
|                                | in Tonnen                 |         |
| Fournierplatten . . . . .      | 9409,1                    | 10142,3 |
| Stuhlsitze . . . . .           | 2288,6                    | 1654,5  |
| Holzdraht . . . . .            | 296,3                     | 340,4   |
| Tischler- und Drechslerarbeit. | 477,1                     | 212,4   |

An sonstigen Industrieprodukten ist Papier beachtlich. Der Wert der exportierten Papierwaren ist 1923—25 von 590 auf 1136 Mill. Emk. gestiegen, wobei die Steigerung hauptsächlich auf die erhöhte Ausfuhr von Druckpapier (626 gegen 141 Mill. Emk.) zurückzuführen ist. Die Baumwollindustrie hat an Stoffen und Garnen 1925 für 1624 Mill. Emk. gegen 1091 Mill. im Vorjahr exportiert.

## 5. Gesamteinfuhr nach Herkunftsländern.

Die Entwicklung der Anteile der einzelnen Staaten an der Einfuhr L E T T L A N D S 1922—25 wird durch nachstehende Tabelle verdeutlicht<sup>1)</sup>:

Tabelle 11.

### Die Einfuhr Lettlands nach Herkunftsländern.

|                   | Gewicht in<br>Mill. kg |       |       | Wert in<br>Mill. Lat |      |      | % der Gesamt-<br>einfuhr |       |      |
|-------------------|------------------------|-------|-------|----------------------|------|------|--------------------------|-------|------|
|                   | 1925                   | 1924  | 1922  | 1925                 | 1924 | 1922 | 1925                     | 1924  | 1922 |
| 1. Deutschland    | —                      | 166,4 | 123,3 | 116,4                | 99,7 | 45,4 | 41,40                    | 38,89 | 42,2 |
| 2. England . . .  | —                      | 438,3 | 171,0 | 38,7                 | 41,8 | 19,9 | 13,78                    | 16,31 | 18,5 |
| 3. Dänemark . .   | —                      | 33,5  | 9,7   | 14,9                 | 11,6 | 4,9  | 5,31                     | 4,58  | 4,6  |
| 4. Ver. Staaten . | —                      | 26,1  | 13,6  | 14,4                 | 10,4 | 7,4  | 5,15                     | 4,04  | 6,3  |
| 5. Litauen . . .  | —                      | 27,0  | 8,4   | 11,1                 | 12,9 | 4,0  | 3,96                     | 5,02  | 3,7  |
| 6. Rußland . . .  | —                      | 75,0  | 2,0   | 10,6                 | 16,4 | 1,6  | 3,79                     | 6,40  | 1,5  |
| 7. Polen . . . .  | —                      | 16,1  | 6,8   | 10,4                 | 8,0  | 2,6  | 3,71                     | 3,14  | 2,4  |
| 8. Holland . . .  | —                      | 29,5  | 14,5  | 10,3                 | 10,9 | 4,2  | 3,67                     | 4,23  | 3,9  |
| 9. Schweden . .   | —                      | 35,0  | 8,1   | 9,2                  | 6,8  | 2,2  | 3,30                     | 1,43  | 2,0  |
| 10. Tschechoslow. | —                      | 8,7   | 1,7   | 8,9                  | 7,3  | 1,1  | 3,17                     | 2,85  | 1,04 |
| 11. Estland . . . | —                      | 17,2  | 3,6   | 7,5                  | 7,6  | 3,5  | 2,68                     | 2,96  | 3,3  |
| 12. Belgien . . . | —                      | 17,5  | 2,7   | 3,9                  | 4,2  | 1,1  | 1,37                     | 1,63  | 1,—  |

Bei der Einfuhr dem Werte nach steht Deutschland 1924 bei weitem an erster Stelle, es folgen mit Abstand England, Dänemark, die Vereinigten Staaten von Amerika, Litauen und Sovet-Rußland.

Der Vergleich mit 1922 zeigt folgende Verschiebung der Länderanteile bei der lettländischen Einfuhr. England und Holland haben relativ verloren, letzteres nicht bedeutend und zwar auf Kosten Litauens, Polens, Rußlands und der Tschechoslowakei, deren Handelsbeziehungen auf Grund des Handelsvertrages recht intensiv ist. Deutschland und die Vereinigten Staaten von Amerika haben die Einbußen z. T. wieder wettgemacht. Absolut zurückgegangen ist im letzten Jahr die Einfuhr aus England, Sovet-Rußland, Litauen, Holland und Est-

<sup>1)</sup> Erst für 1922 sind Vergleichsberechnungen in Lat vorgenommen.

land, bei den drei letztgenannten allerdings nur in geringem Maße. Ganz allgemein ist jedoch auf der Einfuhrseite sowohl dem Werte wie dem Gewichte nach eine erhebliche Vergrößerung der Umsätze festzustellen und zwar auch bei den Staaten, die relativ eingebüßt haben. Die Steigerung beträgt im Durchschnitt über 100%; über dem Durchschnitt liegen Litauen, Polen, die Tschechoslowakei, Rußland und Belgien; unter dem Durchschnitt Schweden.

Die Entwicklung des Anteils der einzelnen Länder an der Einfuhr ESTLANDS zeigt folgende Tabelle:

Tabelle 12.

Einfuhr Estlands nach Herkunftsländern 1922—25.

|                                | in Tonnen in Mill. Emk. |        |      | % vom Gesamtwert |      |      |
|--------------------------------|-------------------------|--------|------|------------------|------|------|
|                                | 1925                    | 1924   | 1922 | 1923             | 1924 | 1925 |
| 1. Belgien . . . . .           | 7 200                   | 131,7  | 1,0  | 2,3              | 1,6  | —    |
| 2. Dänemark . . . . .          | 4 900                   | 214,8  | 3,5  | 3,1              | 2,6  | —    |
| 3. Danzig . . . . .            | 2 100                   | 93,1   | 7,3  | 4,1              | 1,1  | —    |
| 4. Deutschland . . . . .       | 81 300                  | 3003,3 | 54,7 | 51,0             | 36,6 | 29,5 |
| 5. England . . . . .           | 97 300                  | 1147,3 | 14,9 | 19,7             | 14,0 | 12,2 |
| 6. Finnland . . . . .          | 7 300                   | 196,1  | 6,4  | 3,2              | 2,4  | —    |
| 7. Frankreich . . . . .        | 2 300                   | 91,2   | 0,2  | 0,6              | 1,1  | —    |
| 8. Holland . . . . .           | 20 600                  | 223,4  | 1,0  | 1,0              | 2,7  | 3,6  |
| 9. Lettland . . . . .          | 10 100                  | 314,5  | 4,5  | 3,8              | 3,8  | 4,1  |
| 10. Norwegen . . . . .         | 3 000                   | 71,5   | —    | 0,1              | 0,9  | —    |
| 11. Polen . . . . .            | 2 400                   | 79,7   | —    | —                | 1,0  | 1,4  |
| 12. Rußland . . . . .          | 66 600                  | 1048,1 | 1,5  | 4,0              | 12,8 | 4,4  |
| 13. Schweden . . . . .         | 19 400                  | 325,7  | 2,7  | 3,2              | 2,4  | —    |
| 14. Tschechoslowakei . . . . . | 1 800                   | 87,0   | —    | —                | 1,1  | 1,4  |
| 15. Ver. Staaten . . . . .     | 19 300                  | 1029,3 | 2,3  | 3,7              | 12,5 | 23,6 |
| 16. Andere Länder . . . . .    | 5 100                   | 147,5  | —    | 0,1              | 1,8  | —    |
| 17. Insgesamt . . . . .        | 351 600                 | 8204,2 | 100  | 100              | 100  | 100  |

Die Tabelle ist überaus bedeutungsvoll. Sie zeigt, daß im Laufe der letzten Jahre sehr tiefgreifende Umgruppierungen stattgefunden haben. Besonders n a c h t e i l i g ist die Entwicklung für Deutschland verlaufen. Deutschland war noch 1922 mit über 50% an der gesamten Einfuhr nach Estland beteiligt. Seitdem ist der Anteil dauernd gefallen und zwar auf knappe 30% im Jahre 1925. Diese Erscheinung ist zurückzuführen in erster Linie auf die veränderten innerdeutschen Preisverhältnisse, die eine erfolgreiche Konkurrenz mit dem übrigen Ausland immer mehr erschweren. Es ist bezeichnend, daß die Verluste Deutschlands fast ausschließlich den Vereinigten Staaten zugute gekommen sind. Diese

haben ihren Anteil von 2,3% im Jahre 1922 auf 23,6% 1925 erhöhen können, und folgen somit direkt hinter Deutschland, das noch die Führung inne hat. England hat seine Position nicht ganz halten können, doch sind die Einbußen bisher geringfügig. Die Schwächung der Stellung Finnlands (Rückgang von 6,4 auf 2,4%) ist dagegen bedeutend, ebenso diejenige Danzigs. Die anderen Staaten weisen z. T. eine Konstanz, z. T. eine geringe Zunahme auf.

## 6. Gesamtausfuhr nach Bestimmungsländern.

Die Ausfuhr LETTLANDS, gegliedert nach Bestimmungsländern, wird durch nachstehende Zusammenstellung verdeutlicht:

Tabelle 13.

Die Ausfuhr Lettlands nach Bestimmungsländern.

|                                | Gewicht in<br>Mill. kg |       |       | Wert in<br>Mill. Lat |      |      | % der<br>Gesamtausfuhr |      |      |
|--------------------------------|------------------------|-------|-------|----------------------|------|------|------------------------|------|------|
|                                | 1925                   | 1924  | 1922  | 1925                 | 1924 | 1922 | 1925                   | 1924 | 1922 |
| 1. England . . . . .           | —                      | 406,6 | 318,1 | 62,2                 | 70,4 | 40,7 | 34,6                   | 41,4 | 39,9 |
| 2. Deutschland . . . . .       | —                      | 84,4  | 66,4  | 40,6                 | 27,7 | 13,1 | 22,6                   | 16,3 | 12,9 |
| 3. Belgien . . . . .           | —                      | 123,7 | 56,7  | 29,6                 | 31,5 | 21,1 | 16,5                   | 18,5 | 21,1 |
| 4. Rußland . . . . .           | —                      | 4,5   | 7,6   | 7,5                  | 4,3  | 6,8  | 4,2                    | 2,6  | 6,6  |
| 5. Litauen . . . . .           | —                      | 17,8  | 20,7  | 7,1                  | 3,3  | 1,2  | 3,0                    | 2,0  | 1,2  |
| 6. Holland . . . . .           | —                      | 60,2  | 34,7  | 5,9                  | 5,4  | 3,3  | 3,3                    | 3,2  | 3,2  |
| 7. Ver. Staaten . . . . .      | —                      | 1,7   | 0,7   | 4,2                  | 3,8  | 1,4  | 2,4                    | 2,2  | 1,4  |
| 8. Polen . . . . .             | —                      | 3,1   | 0,2   | 4,0                  | 4,8  | —    | 2,2                    | 2,8  | —    |
| 9. Dänemark . . . . .          | —                      | 6,2   | 4,8   | 3,8                  | 3,8  | 2,1  | 2,1                    | 2,2  | 2,1  |
| 10. Estland . . . . .          | —                      | 5,2   | 4,2   | 3,4                  | 2,2  | 2,0  | 1,9                    | 1,3  | 1,9  |
| 11. Tschechoslowakei . . . . . | —                      | 0,2   | —     | 0,7                  | 2,1  | —    | 0,4                    | 1,2  | —    |

Die Ausfuhr richtet sich in erster Linie nach England, sodann nach Deutschland und Belgien. Es ist anzunehmen, daß ein erheblicher Prozentsatz der nach Belgien wie nach Dänemark exportierten Waren nach Deutschland weitergeleitet wird, daß mithin Deutschlands Bedeutung größer ist, als aus der lett-ländischen Statistik hervorgeht. Die übrigen Staaten folgen in weitem Abstand.

Ein Vergleich der Jahre 1922 bis 1925 zeigt, daß bei der Ausfuhr Deutschland, Litauen, Rußland, Estland, Holland und die Vereinigten Staaten gewinnen konnten und zwar auf Kosten Belgiens, Englands, Polens und der Tschechoslowakei. Es ist festzustellen, daß die Wertziffern absolut im ganzen gestiegen sind, wenn auch nicht so stark wie bei der Einfuhr.

Die Ausfuhr ESTLANDS nach Bestimmungsländern weist folgendes Bild auf:

Tabelle 14.

Die Ausfuhr Estlands nach Bestimmungsländern  
1922—25.

|                              | in Tonnen | in Mill. Emk. | in % vom Gesamtwert |      |      |      |
|------------------------------|-----------|---------------|---------------------|------|------|------|
|                              | 1924      | 1924          | 1922                | 1923 | 1924 | 1925 |
| Belgien . . . . .            | 16 900    | 617,3         | 1,0                 | 9,0  | 6,6  | 4,3  |
| Dänemark . . . . .           | 16 700    | 504,0         | 3,5                 | 6,2  | 6,4  | 4,7  |
| Danzig. . . . .              | 400       | 28,2          | 7,3                 | 1,2  | 0,4  | —    |
| Deutschland . . . . .        | 14 700    | 1773,8        | 54,7                | 10,8 | 22,5 | 31,0 |
| England . . . . .            | 207 400   | 2632,8        | 14,9                | 34,1 | 33,5 | 25,0 |
| Finnland . . . . .           | 34 400    | 521,6         | 6,4                 | 8,5  | 6,6  | 3,9  |
| Frankreich . . . . .         | 16 700    | 261,9         | 0,2                 | 1,5  | 3,3  | 3,6  |
| Lettland . . . . .           | 16 300    | 586,6         | 4,5                 | 8,0  | 7,5  | 6,6  |
| Litauen . . . . .            | 5 400     | 89,8          | —                   | 1,3  | 1,1  | —    |
| Rußland . . . . .            | 14 800    | 415,7         | 1,5                 | 6,7  | 5,3  | 10,8 |
| Schweden . . . . .           | 16 900    | 411,1         | 2,7                 | 10,0 | 5,2  | 5,9  |
| Vereinigte Staaten . . . . . | 5 700     | 29,4          | 2,3                 | 1,3  | 0,4  | —    |
| Andere Staaten . . . . .     | 1 700     | 9,6           | —                   | 0,3  | 0,2  | —    |
| Insgesamt:                   | 376 400   | 7865,8        | 100                 | 100  | 100  | 100  |

Für Deutschland gestaltet sich die Position günstiger. Seit 1923 ist eine Steigerung der estländischen Ausfuhr nach Deutschland um das Dreifache eingetreten, so daß gegenwärtig Deutschland der wichtigste Absatzmarkt für estländische Exportwaren ist. Die Stellung Englands, das bisher die größte Rolle spielte, ist bedeutend zurückgegangen. Dasselbe gilt von Finnland, den Vereinigten Staaten, die als Absatzmarkt von ganz untergeordneter Bedeutung sind, Dänemark und Danzig, während Belgien, Frankreich, vor allem Rußland (von 1,5 auf 10,8%) neben Deutschland gewonnen haben. Die estländische Ausfuhr nach Lettland ist unverändert geblieben.

Die Nachweisungen der Tabellen 11 bis 14 werden zusammengefaßt in folgender Statistik, die die Bedeutung der einzelnen Staaten, soweit die Einfuhr und Ausfuhr betrachtet wird, für den auswärtigen Handel Lettlands klärt. Es ergibt sich auch hieraus die aktive bzw. passive Stellung der verschiedenen Länder im Jahr 1925.

Tabelle 15.

|                       | Aus- und<br>Einfuhr<br>1925 in<br>Mill. Lat | % des<br>Gesamt-<br>handels | Zunahme (+)<br>oder<br>Abnahme (-)<br>1925 gegenüber<br>1924 in<br>Mill. Lat | Überwiegen der<br>Einfuhr (-)<br>oder<br>der Aus-<br>fuhr (+) 1925 in<br>Mill. Lat |
|-----------------------|---|-----------------------------|--|--|
| Deutschland . . . . . | 157,0                                       | 34,08                       | - 29,5   | - 75,7   |
| England . . . . .     | 100,9                                       | 21,91                       | - 10,9   | + 23,5   |
| Belgien . . . . .     | 33,5  | 7,27                        | - 2,2  | + 25,8   |
| Dänemark . . . . .    | 18,7  | 4,07                        | + 3,3  | - 11,1   |
| Vereinigte Staaten    | 18,7  | 4,06                        | + 4,5  | - 10,2   |
| Litauen . . . . .     | 18,3  | 3,97                        | + 2,0  | - 4,0  |
| Sovet-Rußland . . .   | 18,1  | 3,94                        | - 2,6  | - 3,1  |
| Polen . . . . .       | 14,4  | 3,13                        | + 1,6  | - 6,4  |
| Holland . . . . .     | 16,2  | 3,52                        | - 0,02   | - 4,4  |
| Estland . . . . .     | 10,9  | 2,38                        | + 1,2  | - 4,1  |
| Schweden . . . . .    | 10,8  | 2,35                        | + 2,1  | - 7,7  |
| Tschechoslowakei . .  | 9,6   | 2,08                        | + 0,2  | - 8,2  |

Im Gesamtaußenhandel Lettlands steht Deutschland nach wie vor an erster Stelle, es folgen England, Belgien, Dänemark und die Vereinigten Staaten von Amerika. Die übrigen Länder mit weniger als 4% Beteiligung haben geringere Bedeutung. Die meisten Staaten führen mehr nach Lettland ein als sie von dort beziehen, das gilt insbesondere von Deutschland. Nur England und Belgien nehmen eine Sonderstellung ein.

## 7. Der Transithandel.

Die geographische Lage L E T T L A N D S und Estlands bedingt es, daß der Transithandel stark entwickelt ist. Besondere Bedeutung hat der Transithandel von und nach Sovet-Rußland. Die nachfolgenden Tabellen 16 und 17 bringen die Ziffern der Jahre 1922, 1924 und 1925 für die vier Hauptabteilungen. Das Jahr 1922 ist deshalb anstelle von 1921 gewählt worden, weil es für die russische Einfuhr bei schlechter Ernte charakteristisch ist:

Tabelle 16.

Transit durch Lettland aus Rußland 1922 bis 1925.

| Jahr | Rohstoffe und<br>Halbfabrikate<br>in Mill. kg | Fertigfabrikate<br>in Mill. kg | Nahrungs- und<br>Genußmittel<br>in Mill. kg | Insgesamt |
|------|---|--------------------------------|---|-----------|
| 1922 | 44,8  | 0,3                            | 1,8   | 46,9      |
| 1924 | 182,8   | 6,4                            | 118,8                                       | 308,0     |
| 1925 | 159,6   | 6,8                            | 27,9  | 194,3     |

Bis 1924 ist eine Zunahme der Durchfuhr aus Rußland festzustellen, seitdem eine erhebliche Abnahme. Wie zu erwarten, spielen Fertigwaren eine sehr geringfügige Rolle, Roh- und Halbfabrikate dominieren; Nahrungs- und Genußmittel, die 1924 infolge des beginnenden russischen Getreideexports eine starke Steigerung aufwiesen, sind 1925 wieder zurückgegangen. In den beiden letzten Jahren konstant geblieben ist die Durchfuhr von Roh- und Halbstoffen sowie Fertigfabrikaten. Der Gesamttransit aus Rußland verliert aber immer mehr an Bedeutung. Dasselbe gilt, wie Tabelle 17 zeigt, von der Durchfuhr nach Rußland:

Tabelle 17.

Transit durch Lettland nach Rußland 1922 bis 1925.

| Jahr | Rohstoffe und<br>Halbfabrikate<br>in Mill. kg | Fertigfabrikate<br>in Mill. kg | Nahrungs- und<br>Genußmittel<br>in Mill. kg | Insgesamt |
|------|---|--------------------------------|---|-----------|
| 1922 | 23,8  | 61,3                           | 242,5                                       | 327,6     |
| 1924 | 3,9   | 16,9                           | 10,2  | 31,0      |
| 1925 | 2,7   | 6,3                            | 12,9  | 22,0      |

Der Transit nach Rußland hat sich bedeutend verringert. Der Rückgang trifft alle Warenabteilungen, wenn auch nicht gleichmäßig. Während 1922 (Mißernte in Rußland) Nahrungs- und Genußmittel den größten Anteil der Durchfuhr stellten, sinken sie 1924 unter die Quote der Fertigfabrikate, die nunmehr den Hauptteil des Transits ausmachen. 1925 stellt sich allerdings das alte Verhältnis wieder her. Die beiden Zusammenstellungen werfen im übrigen ein Schlaglicht auf die wirtschaftliche Entwicklung Rußlands.

Die Durchfuhr von und nach Rußland zusammengenommen ergibt eine konstante Abnahme. Der russische Gesamttransit durch Lettland betrug 1922 374,5, 1924 339,0 und 1925 216,3 Mill. kg. Am Gesamttransit Lettlands ist Rußland 1924 mit 56% (1923 67%, 1922 76%) beteiligt. Der russische Anteil ist somit relativ in starkem Rückgang begriffen.

Die Beteiligung der anderen Staaten verdeutlicht folgende Zusammenstellung:

Tabelle 18.

## Transitverkehr 1923/24 nach Herkunftsländern.

| Herkunftsländer              | in Mill. kg |       |
|------------------------------|-------------|-------|
|                              | 1924        | 1923  |
| Rußland . . . . .            | 308,0       | 170,0 |
| Polen . . . . .              | 130,2       | 29,3  |
| Litauen . . . . .            | 43,6        | 53,6  |
| England . . . . .            | 30,4        | 26,4  |
| Deutschland . . . . .        | 25,6        | 30,7  |
| Schweden . . . . .           | 10,9        | 7,3   |
| Vereinigte Staaten . . . . . | 10,7        | 33,5  |

Tabelle 18 zeigt erhebliche Verschiebungen. Der Anteil Deutschlands, Schwedens und Englands hat sich zwar nur unbedeutend erhöht, derjenige Rußlands, vor allem aber Polens dagegen sprunghaft gesteigert, während die Quote für die Vereinigten Staaten und Litauen gesunken ist.

Nach Bestimmungsländern gliedert sich der lettländische Transit 1925 (in Mill. kg) wie folgt:

England 143,0, Litauen 69,6, Deutschland 50,9, Holland 48,7, Belgien 33,5, Polen 31,8, Sovet-Rußland 22,0, Estland 11,3, Frankreich 10,2 und Dänemark 9,6 Mill. kg.

Betrachtet man abschließend den lettländischen Gesamttransit, so ergibt sich folgendes Bild (in Mill. kg):

Tabelle 19.

|                                       | 1925  | 1924  | 1923  | 1922  |
|---------------------------------------|-------|-------|-------|-------|
| Rohstoffe und Halbfabrikate . . . . . | 283,7 | 352,7 | 167,9 | 161,8 |
| Fertigfabrikate . . . . .             | 30,9  | 33,8  | 34,1  | 65,1  |
| Nahrungs- und Genußmittel . . . . .   | 126,2 | 187,9 | 158,7 | 262,6 |
| Zusammen                              | 440,8 | 574,7 | 360,7 | 389,5 |

Sehr stark gestiegen und zwar um 194,8 Mill. kg oder 110% ist im Jahre 1924 gegenüber 1923 der Transit von Rohstoffen und Halbfabrikaten, während die Gruppe der Nahrungs- und Genußmittel bloß eine Zunahme von 29,2 Mill. kg oder 18% aufweist, und die Durchfuhr von Fabrikaten sich etwa auf der Höhe des Jahres 1923 gehalten hat, dem Jahre 1922 gegenüber aber sogar stark zurückgeblieben ist. Der Transitverkehr des Jahres 1925 weist bei allen drei Warenabteilungen starke Rückgänge auf. Eine gewisse Konstanz ist nur bei Fertigfabrikaten festzustellen.

In ESTLAND ist die Entwicklung des Transithandels wie folgt verlaufen:

Tabelle 20.  
Estlands Transithandel in  
(Zahlen in

| Warengruppen   | 1924           |                | 1923           |                |
|--|----------------|----------------|----------------|----------------|
|  | für<br>Rußland | von<br>Rußland | für<br>Rußland | von<br>Rußland |
| 1. Getreide, Mehl, Kartoffeln,<br>Kraftfutter . . . . .      | —              | 87 978,8       | 99,0           | 53 889,2       |
| 2. Lebensmittel, Viehzuchtprod. .                            | 15,2           | 1 902,6        | 335,7          | 239,1          |
| 3. Fischwaren . . . . .                                      | 2 604,3        | 0,8            | 668,3          | 2,5            |
| 4. Sonstige Lebens- und Genuß-<br>mittel . . . . .           | 1 496,5        | 2 894,5        | 914,3          | 269,0          |
| 5. Lebende Tiere . . . . .                                   | —              | —              | —              | —              |
| 6. Häute und Lederwaren . . . .                              | 34,9           | 625,4          | 106,7          | 288,6          |
| 7. Saaten und Pflanzen . . . . .                             | 368,1          | 1 188,8        | 4,4            | 1 350,7        |
| 8. Holzmaterial . . . . .                                    | 1 822,7        | 31 387,9       | 174,8          | 81,6           |
| 9. Papier und Drucksachen . . .                              | 2 084,5        | —              | 380,8          | 8,2            |
| 10. Faserstoffe . . . . .                                    | 430,3          | 15 794,3       | 4 758,7        | —              |
| 11. Textilwaren . . . . .                                    | 93,2           | 613,7          | 309,8          | 2,6            |
| 12. Metalle . . . . .  | 266,0          | —              | 1 093,4        | —              |
| 13. Metallwaren . . . . .                                    | 895,5          | —              | 2 640,6        | 0,5            |
| 14. Landwirtschaftl. Maschinen. .                            | 167,0          | 4,3            | 297,2          | —              |
| 15. Transportmittel . . . . .                                | 1 646,0        | 0,3            | 2 330,9        | —              |
| 16. Sonstige Maschinen, Instru-<br>mente, Apparate . . . . . | 149,9          | —              | 46,9           | —              |
| 17. Steine und Erden . . . . .                               | 127,0          | 760,7          | 95,0           | —              |
| 18. Kohle, Koks . . . . .                                    | —              | —              | 10 416,3       | —              |
| 19. Öle und Fette . . . . .                                  | 1 198,8        | 38,9           | 1 343,7        | 190,9          |
| 20. Kunstdünger . . . . .                                    | 2,5            | —              | 478,8          | —              |
| 21. Chemikalien . . . . .                                    | 2 783,1        | 17,4           | 979,5          | 457,0          |
| 22. Sonstiges . . . . .                                      | 780,5          | 512,3          | 1 428,8        | 224,8          |
| Zusammen   | 16 965,4       | 3 720,7        | 28898,6        | 66 106,3       |

Dank Estlands geographischer Lage ist der Transitverkehr vom und zum russischen Markt relativ rege. Als Übersicht über die Entwicklung dieses Verkehrs ist die beigefügte Tabelle sehr lehrreich. Bei einem Vergleich der Gesamtzahlen miteinander fallen die hohen Ziffern der Jahre 1921 und 1922 auf. Es zeigt sich, daß die gewaltige Steigerung der Gesamtdurchfuhr dieser Jahre gegenüber dem Jahre 1920 auf den Transithandel nach Rußland, und zwar so gut wie ausschließlich auf die hohen Durchfuhrziffern für Lebensmittel zurückzuführen ist. Zum Verständnis der Entwicklung sei auf die Mißernte des Jahres 1921 und auf das darauffolgende Hungerjahr 1922 in Rußland hingewiesen. Scheidet man diesen Zufallsfaktor aus, so läßt die Tabelle ein ständiges Ansteigen der Durchfuhr von

den Jahren 1920—1924.

Tonnen)

| 1922           |                | 1921           |                | 1920           |
|----------------|----------------|----------------|----------------|----------------|
| für<br>Rußland | von<br>Rußland | für<br>Rußland | von<br>Rußland | für<br>Rußland |
| —              | —              | —              | —              | —              |
| 259 647,4      | 8,6            | 123,6          | 180,1          | 249,2          |
| —              | —              | —              | —              | —              |
| —              | —              | —              | —              | —              |
| 713,4          | 202,7          | 985,2          | 49,7           | 139,2          |
| 212,2          | 555,1          | 764,8          | —              | —              |
| —              | —              | —              | —              | —              |
| —              | —              | —              | —              | —              |
| 436,2          | 22,4           | 269,9          | 22,9           | 484,6          |
| —              | —              | —              | —              | —              |
| 4 542,6        | 7 838,4        | 763,5          | 1 480,1        | 2 049,5        |
| —              | —              | —              | —              | —              |
| 11 797,4       | 0,6            | 284,3          | —              | —              |
| —              | —              | —              | —              | —              |
| 21 517,1       | —              | —              | —              | —              |
| —              | —              | 864,0          | 16,4           | —              |
| —              | —              | —              | —              | —              |
| 38,1           | —              | 905,8          | —              | 366,0          |
| 728,8          | 1 191,5        | 813,8          | 623,7          | 1 310,3        |
| —              | —              | —              | —              | —              |
| 3 526,6        | 635,6          | 892,9          | —              | 1 975,2        |
| 9 885,4        | 281,6          | 320,1          | —              | 743,7          |
| 333 046,1      | 12 742,2       | 800,3          | 2 350,1        | 4 484,4        |

und nach Rußland erkennen. Am deutlichsten ist in den Zahlen des Transit handels von Rußland eine einheitliche Entwicklungstendenz in der Richtung einer Zunahme sowohl der Anzahl der Warengattungen, als auch der durch geführten Mengen der einzelnen Warengattungen zu beobachten. Im einzelnen fällt die beträchtliche Steigerung der Papierdurchfuhr über Estland nach Rußland im Jahre 1924 gegenüber den Vorjahren ins Auge. Beachtlich ist auch das starke Emporschnellen der Zahlen für die Lebensmitteldurch fuhr von Rußland in den Jahren 1923 und 1924. Über den est ländischen Transithandel 1925 liegen endgültige amtliche Nachweisungen bis lang nicht vor.

# IX. Der Anteil Lettlands und Estlands am deutschen Außenhandel.

## 1. Methodisches.

Im letzten Abschnitt wurde eine eingehende Darstellung des lettländischen Außenhandels gegeben. Es läßt sich diese Übersicht ergänzen durch die Statistik des Deutschen Reiches, freilich nur für die Jahre 1922—25, da die früheren Veröffentlichungen des Statistischen Reichsamtes<sup>1)</sup> die baltischen Staaten nicht gesondert, sondern in ihrer Gesamtheit unter dem Stichwort „Baltikum“ behandelten. Ein Vergleich der deutschen mit der lettländischen bzw. estländischen Statistik stößt auf die größten Schwierigkeiten. Auf Grund der bekannten divergierenden Erhebungsmethoden in der Außenhandelsstatistik der einzelnen Staaten sind die Ergebnisse ungleich, d. h. unvergleichbar. Die Probleme seien an Hand eines von der deutschen Statistik gebrachten Beispiels näher charakterisiert.

Ein Vergleich der Gesamtwerte des Warenverkehrs zwischen Deutschland und Lettland auf Grund der beiderseitigen Anschreibungen führte zu folgenden Ergebnissen:

Tabelle 1.

|  | Der Warenverkehr                 |      |      |                                  |      |      |
|--|----------------------------------|------|------|----------------------------------|------|------|
|  | von Deutschland nach<br>Lettland |      |      | von Lettland nach<br>Deutschland |      |      |
|  | 1925                             | 1924 | 1923 | 1925                             | 1924 | 1923 |
|  | Wert in Mill. Rm.                |      |      |                                  |      |      |
| Nach der Statistik Lettlands . . . . .       | 93,9                             | 81,9 | 77,6 | 32,8                             | 22,8 | 10,0 |
| Nach der deutschen Statistik (Spezialhandel) | 57,2                             | 60,4 | 48,8 | 52,9                             | 33,5 | 10,9 |

|  | Der Warenverkehr                |      |      |                                 |      |      |
|--|---------------------------------|------|------|---------------------------------|------|------|
|  | von Deutschland<br>nach Estland |      |      | von Estland<br>nach Deutschland |      |      |
|  | 1925                            | 1924 | 1923 | 1925                            | 1924 | 1923 |
|  | Wert in Mill. Rm.               |      |      |                                 |      |      |
| Nach der Statistik Estlands . . . . .          | 31,8                            | 39,0 | 71,4 | 33,5                            | 23,1 | 9,2  |
| Nach der deutschen Statistik (Spezialhandel) . | 22,3                            | 26,0 | 37,1 | 31,1                            | 17,6 | 6,4  |

<sup>1)</sup> Der Auswärtige Handel Deutschlands, Statistik des Deutschen Reiches. Bd. 318, Heft VI und Bd. 330, Heft III. Berlin 1925 und 1926. Bearbeitet im Statistischen Reichsamte.

Danach sind die Werte auf Grund der Einfuhrstatistiken in jedem Falle höher als nach den entsprechenden Ausfuhrstatistiken des anderen Landes, im Warenverkehr mit Estland sind ferner auffallenderweise auch beim Verkehr von Estland nach Deutschland die estländischen Anschreibungen größer als die deutschen, während üblicherweise nur die Zahlen der Einfuhrstatistik des einen Landes höher zu sein pflegen als die entsprechenden Zahlen der Ausfuhrstatistik des anderen Landes.

Diese Abweichungen sind beim Verkehr von Deutschland nach Lettland und Estland vor allem dadurch zu erklären, daß in der Handelsstatistik der baltischen Staaten ein erheblicher Teil von Waren als aus Deutschland eingeführt nachgewiesen wird, der aus anderen Ländern als aus Deutschland stammt und lediglich durch Deutschland durchgeführt wurde, in der deutschen Statistik darum nur im Gesamteigenhandel oder in der Durchfuhr erscheint. Abweichungen dieser Art waren hinsichtlich Lettlands besonders bei Getreide, Zucker und Textilwaren festzustellen.

Beim Warenverkehr von Lettland und Estland nach Deutschland dürften die Differenzen z. T. darauf zurückzuführen sein, daß jene Staaten den Teil der Ausfuhr nach Deutschland, der über holländische Häfen geht, als Ausfuhr nach Holland anschreiben. Zum anderen Teil dürften die Gründe für die Abweichungen in den Anschreibungen der deutschen Statistik zu suchen sein. Wenn z. B. die deutsche Statistik für 1924 eine höhere Einfuhr von Eiern aus Lettland nachweist, als von Lettland insgesamt ausgeführt wurden, so scheint das darauf zurückzuführen zu sein, daß in der deutschen Statistik auch Waren russischer Herkunft, die lediglich durch Lettland durchgeführt sind, nachgewiesen werden.

Es leuchtet ein, daß ein Vergleich der Einzelpositionen undurchführbar ist. Die Differenz beider Statistiken ins Einzelne zu verfolgen, würde das oben gewonnene Bild nur verwirren; eine Erklärung der Unterschiede zu finden, ist unmöglich. Dazu kommt ein zweiter Umstand: das Schema der deutschen Statistik ist anders aufgebaut, als das der lettländischen und estländischen. Schon aus diesem Grunde ist es geboten, nur das unbedingt Typische nochmals zur Darstellung zu bringen. Die Aufgabe wird dadurch erleichtert, daß zu Vergleichszwecken die deutsche Statistik die deutsche Ein- und Ausfuhr aus und nach Lettland und Estland auf die Gruppeneinteilung des Internationalen Warenverzeichnisses umgerechnet hat. Dieses Verzeichnis liegt auch den baltischen Statistiken zugrunde.

## 2. Lettland.

Von Interesse ist es, festzustellen, wie groß der Anteil Lettlands am deutschen Gesamthandel ist. Hierüber gibt folgende Zusammenstellung Aufschluß:

Tabelle 2.  
Lettlands Anteil an der  
1925

| Warengruppen nach dem<br>internationalen Verzeichnis           | Gesamteinfuhr |             | davon aus Lettland         |
|--|---------------|-------------|----------------------------|
|  | in 1000 Rm.   | in 1000 Rm. | v. H. der<br>Gesamteinfuhr |
| 1  | 2             | 3           | 4                          |
| I. Lebende Tiere . . . . .                                     | 122 022       | —           | —                          |
| II. Lebensmittel u. Getränke                                   | 4 022 929     | 28 187      | 0,7                        |
| III. Rohstoffe und halbfertige<br>Waren . . . . .              | 6 211 714     | 20 823      | 0,3                        |
| IV. Fertige Waren . . . . .                                    | 2 005 390     | 3 258       | 0,6                        |
| Reiner Warenverkehr .  | 12 362 055    | 52 268      | 0,4                        |
| Hierzu:  |               |             |                            |
| V. Gold u. Silber, nicht bearbei-<br>tet, Gold-u. Silbermünzen | 718 110       | 662         | 0,1                        |
| Insgesamt:   | 13 080 165    | 52 930      | 0,4                        |

Aus der Tabelle ist zu ersehen, daß Lettland in den Jahren 1924 und 1925 mit je 0,4% am deutschen Einfuhrhandel teilnimmt. Am größten ist der Anteil in der Gruppe Lebensmittel und Getränke. Anteilsmäßig an zweiter Stelle

Tabelle 3.  
Lettlands Anteil an der  
1925

| Warengruppen nach dem<br>internationalen Verzeichnis           | Gesamtausfuhr |             | davon nach Lettland        |
|--|---------------|-------------|----------------------------|
|  | in 1000 Rm.   | in 1000 Rm. | v. H. der<br>Gesamtausfuhr |
| 1  | 2             | 3           | 4                          |
| I. Lebende Tiere . . . . .                                     | 15 256        | 42          | 0,3                        |
| II. Lebensmittel und Getränke                                  | 516 919       | 3 828       | 0,7                        |
| III. Rohstoffe und halbfertige<br>Waren . . . . .              | 1 640 555     | 8 886       | 0,5                        |
| IV. Fertige Waren . . . . .                                    | 6 625 767     | 44 385      | 0,7                        |
| Reiner Warenverkehr .  | 8 798 497     | 57 141      | 0,6                        |
| Hierzu:  |               |             |                            |
| V. Gold u. Silber, nicht bearbei-<br>tet, Gold-u. Silbermünzen | 39 564        | 43          | 0,1                        |
| Insgesamt:   | 8 838 061     | 57 184      | 0,6                        |

Gesamteinfuhr Deutschlands 1923/25.

| 1924                      |                                |                         | 1923                      |                                |                         |
|---------------------------|--------------------------------|-------------------------|---------------------------|--------------------------------|-------------------------|
| Gesamteinfuhr in 1000 Rm. | davon aus Lettland in 1000 Rm. | v. H. der Gesamteinfuhr | Gesamteinfuhr in 1000 Rm. | davon aus Lettland in 1000 Rm. | v. H. der Gesamteinfuhr |
| 5                         | 6                              | 7                       | 8                         | 9                              | 10                      |
| 92 480                    | —                              | —                       | 41 185                    | —                              | —                       |
| 2 666 399                 | 14 849                         | 0,6                     | 1 186 447                 | 1 444                          | 0,1                     |
| 4 602 312                 | 15 755                         | 0,3                     | 4 094 249                 | 7 495                          | 0,2                     |
| 1 721 628                 | 2 783                          | 0,2                     | 827 848                   | 909                            | 0,1                     |
| 9 082 818                 | 33 387                         | 0,4                     | 6 149 729                 | 9 848                          | 0,2                     |
| 181 780                   | 122                            | 0,1                     | —                         | —                              | —                       |
| 9 264 598                 | 33 509                         | 0,4                     | 6 161 168                 | 10 878                         | 0,2                     |

stehen 1924 Rohstoffe und Halbfabrikate, 1925 die Gruppe der fertigen Waren. Wie unten im einzelnen dargelegt werden wird, sind die Zahlen jedoch zu hoch gegriffen.

Gesamtausfuhr Deutschlands 1923/25.

| 1924                      |                                 |                         | 1923                      |                                 |                         |
|---------------------------|---------------------------------|-------------------------|---------------------------|---------------------------------|-------------------------|
| Gesamtausfuhr in 1000 Rm. | davon nach Lettland in 1000 Rm. | v. H. der Gesamtausfuhr | Gesamtausfuhr in 1000 Rm. | davon nach Lettland in 1000 Rm. | v. H. der Gesamtausfuhr |
| 5                         | 6                               | 7                       | 8                         | 9                               | 10                      |
| 13 716                    | 2                               | 0,0                     | 3 102                     | 11                              | 0,4                     |
| 438 044                   | 7 491                           | 1,8                     | 132 143                   | 498                             | 0,4                     |
| 910 286                   | 4 434                           | 0,5                     | 766 424                   | 2 650                           | 0,3                     |
| 5 189 602                 | 48 527                          | 0,9                     | 5 200 604                 | 45 660                          | 0,9                     |
| 6 534 763                 | 60 454                          | 0,9                     | 6 102 273                 | 48 819                          | 0,8                     |
| 33 437                    | 23                              | 0,1                     | 14 167                    | 15                              | 0,1                     |
| 6 568 200                 | 60 477                          | 0,9                     | 6 116 440                 | 48 834                          | 0,8                     |

Wie bereits die lettlandische Statistik zeigte, steht bei weitem an der Spitze die deutsche Ausfuhr von Fertigfabrikaten; von Bedeutung ist ferner der Export von Rohstoffen und Halbfabrikaten.

Im einzelnen ergibt sich folgendes Bild:

Tabelle 4.  
Deutschlands Einfuhr aus  
Mengen in Doppelzentnern

| Warengattungen   | 1925      | 1924    | 1923    |
|--|-----------|---------|---------|
| II. Lebensmittel u. Getränke   | 123 170   | 88 682  | 82 635  |
| darunter:  |           |         |         |
| Butter . . . . .   | 55 997    | 23 298  | 23      |
| Eier . . . . .   | 18 699    | 19 904  | 53      |
| III. Rohstoffe und halbfertige<br>Waren . . . . .                              | 965 501   | 815 653 | 562 737 |
| darunter:  |           |         |         |
| Wolle u. and. Tierhaare . .  | 6 926     | 3 931   | 514     |
| Flachs, Hanf, Jute u. dgl. .   | 30 918    | 25 437  | 13 218  |
| Felle zu Pelzwerk, roh . .   | 747       | 574     | 333     |
| Federn und Borsten . . . .   | 513       | 426     | 383     |
| Ölfrüchte und Ölsaaten . .   | 45 485    | 26 774  | 4 817   |
| Bau- und Nutzholz . . . .  | 620 237   | 221 647 | 210 118 |
| Holz zu Holzmasse. . . . .   | 213 999   | 489 484 | 296 047 |
| IV. Fertige Waren . . . . .  | 25 998    | 12 889  | 9 835   |
| darunter:  |           |         |         |
| Garn aus Flachs, Hanf, Jute<br>und dergl. . . . .                              | 3 620     | 2 592   | 491     |
| Gewebe aus Baumwolle. . .  | 71        | 353     | 11      |
| Pelze und Pelzwaren . . . .  | 38        | 52      | 38      |
| V. Gold und Silber, nicht be-<br>arbeitet, Gold- u Silber-<br>münzen . . . . . | 80,36     | 46,00   | 185,03  |
| Insgesamt:   | 1 114 749 | 917 270 | 655 392 |

Die deutsche Einfuhrstatistik weist z. T. zu hohe Ziffern auf, das gilt u. a. von Butter, Eiern, Fellen, Borsten. Hier sind zweifellos nicht nur lettische, sondern auch Waren russischen Ursprungs z. T. mitgezählt. Lassen wir jedoch die deutsche Statistik gelten, dann ergibt sich, daß Lebensmittel und Getränke 53,3% im Jahre 1925, im voraufgegangenen Jahr 44,3% der gesamten Einfuhr aus Lettland ausmachen, gegen nur 13,3% im Jahre 1923. Diese Steigerung ist auf Kosten der Rohstoffe und Halbfabrikate vor sich gegangen, deren Import von 68,9% auf 47,0% im Jahre 1924 und 39,3% im Jahre 1925 eingeschrumpft ist. Die Quote der Fertigfabrikate hat sich nur wenig verändert. Absolut ist bei fast allen Positionen eine Zunahme festzustellen. Diese ist besonders groß

## Lettland 1923/25.

Wert in 1000 Rm.

| 1925    |                       | 1924    |                       | 1923    |                       |
|---------|-----------------------|---------|-----------------------|---------|-----------------------|
| absolut | v. H. der Gesamteinf. | absolut | v. H. der Gesamteinf. | absolut | v. H. der Gesamteinf. |
| 28 187  | 53,3                  | 14 849  | 44,3                  | 1 444   | 13,3                  |
| 20 889  | 39,5                  | 8 384   | 25,0                  | 9       | 0,1                   |
| 3 899   | 7,4                   | 3 869   | 11,6                  | 8       | 0,1                   |
| 20 823  | 39,3                  | 15 755  | 47,0                  | 7 495   | 68,9                  |
| 986     | 1,9                   | 847     | 2,5                   | 212     | 2,0                   |
| 6 342   | 11,9                  | 4 927   | 14,7                  | 1 898   | 17,5                  |
| 3 776   | 7,1                   | 2 309   | 6,9                   | 1 837   | 16,9                  |
| 664     | 1,3                   | 338     | 1,0                   | 502     | 4,6                   |
| 1 742   | 3,3                   | 982     | 2,9                   | 179     | 1,6                   |
| 4 154   | 7,8                   | 1 030   | 3,1                   | 857     | 7,9                   |
| 695     | 1,3                   | 2 527   | 7,5                   | 1 131   | 10,4                  |
| 3 258   | 6,2                   | 2 783   | 8,3                   | 909     | 8,3                   |
| 1 640   | 3,1                   | 1 103   | 3,3                   | 202     | 1,9                   |
| 77      | 0,1                   | 404     | 1,2                   | 21      | 0,2                   |
| 100     | 0,2                   | 139     | 0,4                   | 153     | 1,4                   |
| 662     | 1,3                   | 122     | 0,4                   | 1 030   | 9,5                   |
| 52 930  | 100                   | 33 509  | 100                   | 10 878  | 100                   |

bei Butter, eine Erscheinung, die z. T. auf die Umstellung der lettländischen Landwirtschaft zurückzuführen ist. Auch der Flachsimport hat sich, absolut gesehen, beachtlich erhöht, weist aber trotzdem eine geringfügige relative Abnahme auf. Von Bedeutung für die Verteilung des Imports auf die einzelnen Warenpositionen sind ferner die Verschiebungen in den Posten: Bau- und Nutzholz und Holz zu Holzmasse. Unter den fertigen Waren sticht Garne aus Flachs, Hanf und Jute hervor; die Wertzunahme ist bei diesen Posten beträchtlich.

Eine ganz andere Struktur als die Einfuhr weist die Ausfuhr nach Lettland auf:

Tabelle 5.  
Deutschlands Ausfuhr nach  
Mengen in Doppelzentnern

| Warengattungen  | 1925      | 1924    | 1923    |
|---|-----------|---------|---------|
| II. Lebensmittel und Getränke . . .                               | 316 867   | 386 380 | 124 776 |
| darunter:   |           |         |         |
| Zucker . . . . .  | 29 593    | 126 164 | 26      |
| III. Rohstoffe u. halbfertige Waren . .                           | 1 310 101 | 269 203 | 211 666 |
| darunter:   |           |         |         |
| Wolle und andere Tierhaare . . .                                  | 954       | 912     | 691     |
| Nichtöhlhaltige Sämereien . . . .                                 | 7 749     | 7 606   | 824     |
| Steinkohle und Koks . . . . .                                     | 902 072   | 48 945  | —       |
| IV. Fertige Waren . . . . .                                       | 241 287   | 284 254 | 292 830 |
| darunter:   |           |         |         |
| Gewebe aus Seide u. Kunstseide . .                                | 184       | 369     | 630     |
| Gewebe aus Wolle u. and. Tier-<br>haaren . . . . .                | 1 477     | 1 831   | 1 691   |
| Gewebe aus Baumwolle . . . . .                                    | 5 245     | 5 675   | 8 409   |
| Leder . . . . .   | 1 584     | 1 917   | 4 404   |
| Papier und Papierwaren . . . . .                                  | 9 602     | 23 424  | 32 693  |
| Farben, Firnisse und Lacke . . .                                  | 5 751     | 9 079   | 17 906  |
| Sonstige chemische und pharma-<br>zeutische Erzeugnisse . . . . . | 24 592    | 28 171  | 21 142  |
| Sonstige Eisenwaren . . . . .                                     | 58 246    | 52 423  | 45 412  |
| Textilmaschinen . . . . .   | 3 150     | 8 817   | 8 932   |
| Werkzeugmaschinen . . . . .                                       | 4 175     | 7 540   | 13 116  |
| Landwirtsch. Maschinen . . . . .                                  | 5 077     | 9 126   | 16 938  |
| Sonstige Maschinen (auß. elektr.)                                 | 13 457    | 21 440  | 30 493  |
| Elektr. Maschinen (einschl. Teile) .                              | 2 683     | 4 004   | 3 247   |
| Elektrotechnische Erzeugnisse . .                                 | 8 320     | 8 630   | 5 894   |
| Reiner Warenverkehr . . . . .                                     | 1 868 258 | 939 848 | 629 334 |
| Insgesamt:  | 1 868 259 | 939 849 | 629 335 |

Hier gewinnt die Gruppe „Rohstoffe und Halbfabrikate“ immer mehr an Bedeutung gegenüber den anderen Warengruppen. Nach wie vor beherrscht die Gruppe „Fertigfabrikate“ die deutsche Ausfuhr. Doch fällt der relative und absolute Rückgang dieser Gruppe im Jahre 1925 gegenüber dem Vorjahre auf. Faßt man die einzelnen Positionen ins Auge, so vermag man schwerlich eine einheitliche Tendenz zu erkennen. Vermindert hat sich u. a. die Ausfuhr von Geweben aus Seide und Wolle, von Papier und Papierwaren, von Farben, Firnissen und Lacken,

Lettland 1923/25.

Wert in 1000 Rm.

| 1925    |                       | 1924    |                       | 1923    |                       |
|---------|-----------------------|---------|-----------------------|---------|-----------------------|
| absolut | v. H. der Gesamtausf. | absolut | v. H. der Gesamtausf. | absolut | v. H. der Gesamtausf. |
| 3 828   | 6,7                   | 7 420   | 12,3                  | 498     | 1,0                   |
| 1 194   | 2,1                   | 5 823   | 9,6                   | 3       | 0,0                   |
| 8 886   | 15,5                  | 4 434   | 7,4                   | 2 650   | 5,5                   |
| 444     | 0,8                   | 410     | 0,7                   | 234     | 0,5                   |
| 1 502   | 2,6                   | 1 021   | 1,7                   | 89      | 0,2                   |
| 1 901   | 3,3                   | 115     | 0,2                   | —       | —                     |
| 44 385  | 77,6                  | 48 527  | 80,3                  | 45 660  | 93,5                  |
| 828     | 1,4                   | 1 300   | 2,2                   | 1 572   | 3,2                   |
| 3 176   | 5,5                   | 3 327   | 5,5                   | 2 059   | 4,2                   |
| 7 004   | 12,2                  | 6 834   | 11,3                  | 7 548   | 15,5                  |
| 2 168   | 3,8                   | 2 120   | 3,5                   | 2 573   | 5,3                   |
| 1 114   | 1,9                   | 1 479   | 2,4                   | 1 025   | 2,1                   |
| 1 144   | 1,9                   | 2 830   | 4,7                   | 2 064   | 4,2                   |
| 1 674   | 2,9                   | 2 279   | 3,8                   | 1 387   | 2,8                   |
| 4 700   | 8,2                   | 4 513   | 7,5                   | 4 905   | 10,1                  |
| 873     | 1,5                   | 1 663   | 2,8                   | 1 422   | 2,9                   |
| 701     | 1,2                   | 991     | 1,6                   | 1 348   | 2,8                   |
| 482     | 0,8                   | 803     | 1,3                   | 1 414   | 2,9                   |
| 2 010   | 3,5                   | 2 697   | 4,5                   | 2 960   | 6,1                   |
| 512     | 0,9                   | 690     | 1,1                   | 632     | 1,3                   |
| 2 645   | 4,6                   | 2 002   | 3,3                   | 1 956   | 4,0                   |
| 57 141  | 100                   | 60 383  | 100                   | 48 819  | 100                   |
| 57 184  | 100                   | 60 406  | 100                   | 48 834  | 100                   |

Textilmaschinen, Werkzeug- und Landwirtschaftsmaschinen u. a. m. Erhöht hat sich dagegen u. a. der Export von Geweben aus Baumwolle und elektrotechnischen Erzeugnissen.

Zusammenfassung: Für Deutschlands Außenhandels spielt die Ein- und Ausfuhr aus und nach Lettland nur eine untergeordnete Rolle. Bei der Einfuhr dominieren einige lettländische Lebensmittel und Rohstoffe, bei der Ausfuhr deutsche Industrieerzeugnisse.

### 3. Estland.

Für den Anteil Estlands am Gesamthandel Deutschlands ergibt sich folgendes Bild:

Tabelle 6.  
Estlands Anteil an der Gesamteinfuhr  
1925

| Warengruppen   | Gesamteinfuhr<br>in 1000 Rm. | davon aus Est-<br>land in 1000 Rm. | in % |
|--|------------------------------|------------------------------------|------|
| 1  | 2                            | 3                                  | 4    |
| I. Lebende Tiere . . . . .   | 122 022                      | 31                                 | —    |
| II. Lebensmittel u. Getränke . .   | 4 022 929                    | 22 440                             | 0,5  |
| III. Rohstoffe u. halbfert. Waren  | 6 211 714                    | 3 845                              | 0,1  |
| IV. Fertige Waren . . . . .  | 2 005 390                    | 4 782                              | 0,2  |
| Reiner Warenverkehr . . .  | 12 362 055                   | 31 098                             | 0,3  |
| Hierzu:  |                              |                                    |      |
| V. Gold und Silber, nicht bear-<br>beitet, Gold- und Silber-<br>münzen . . . . . | 718 110                      | —                                  | —    |
| Insgesamt:   | 13 080 165                   | 31 098                             | 0,2  |

Tabelle 7.  
Estlands Anteil an der Gesamtausfuhr  
1925

| Warengruppen  | Gesamt-<br>ausfuhr<br>in 1000 Rm. | davon nach<br>Estland<br>in 1000 Rm. | in % der Ge-<br>samtausfuhr |
|---|-----------------------------------|--------------------------------------|-----------------------------|
| 1   | 2                                 | 3                                    | 4                           |
| I. Lebende Tiere . . . . .  | 15 256                            | 2                                    | 0,0                         |
| II. Lebensmittel u. Getränke . .  | 516 919                           | 2 531                                | 0,5                         |
| III. Rohstoffe u. halbfert. Waren   | 1 640 555                         | 2 293                                | 0,1                         |
| IV. Fertige Waren . . . . .   | 6 625 767                         | 17 480                               | 0,3                         |
| Reiner Warenverkehr . . .   | 8 798 497                         | 22 306                               | 0,3                         |
| Hierzu:   |                                   |                                      |                             |
| V. Gold und Silber, nicht bear-<br>beitet, Gold- u. Silber-<br>münzen . . . . . | 39 564                            | 2                                    | —                           |
| Insgesamt:  | 8 838 061                         | 22 308                               | 0,3                         |

Deutschlands 1923/25.

| 1924                          |                                     |      | 1923                          |                                     |      |
|-------------------------------|-------------------------------------|------|-------------------------------|-------------------------------------|------|
| Gesamt-einfuhr<br>in 1000 Rm. | davon aus<br>Estland<br>in 1000 Rm. | in % | Gesamt-einfuhr<br>in 1000 Rm. | davon aus<br>Estland<br>in 1000 Rm. | in % |
| 5                             | 6                                   | 7    | 8                             | 9                                   | 10   |
| 92 480                        | 8                                   | 0,0  | 41 185                        | 70                                  | 0,2  |
| 2 666 399                     | 10 762                              | 0,4  | 1 186 447                     | 1 501                               | 0,1  |
| 4 602 312                     | 3 072                               | 0,1  | 4 094 249                     | 3 735                               | 0,1  |
| 1 721 628                     | 3 670                               | 0,2  | 827 848                       | 859                                 | 0,1  |
| 9 082 818                     | 17 512                              | 0,2  | 6 149 729                     | 6 165                               | 0,1  |
| 181 780                       | 114                                 | 0,1  | 11 439                        | 186                                 | 1,6  |
| 9 264 598                     | 17 626                              | 0,2  | 6 161 168                     | 6 351                               | 0,1  |

Die Aufstellung zeigt, daß Estland in den Jahren 1924 und 1925 insgesamt nur mit je 0,2% am deutschen Einfuhrhandel beteiligt war, und zwar an erster Stelle mit Lebensmitteln und Getränken.

Deutschlands 1923/25.

| 1924                          |                                      |                            | 1923                          |                                      |                            |
|-------------------------------|--------------------------------------|----------------------------|-------------------------------|--------------------------------------|----------------------------|
| Gesamt-ausfuhr in<br>1000 Rm. | davon nach<br>Estland in<br>1000 Rm. | in % der<br>Gesamt-ausfuhr | Gesamt-ausfuhr in<br>1000 Rm. | davon nach<br>Estland in<br>1000 Rm. | in % der<br>Gesamt-ausfuhr |
| 5                             | 6                                    | 7                          | 8                             | 9                                    | 10                         |
| 13 716                        | 4                                    | 0,0                        | 3 102                         | 12                                   | 0,4                        |
| 438 044                       | 2 862                                | 0,7                        | 132 143                       | 383                                  | 0,3                        |
| 910 286                       | 1 831                                | 0,2                        | 766 424                       | 1 837                                | 0,2                        |
| 5 189 602                     | 21 258                               | 0,4                        | 5 200 604                     | 34 825                               | 0,7                        |
| 6 551 648                     | 25 955                               | 0,4                        | 6 102 273                     | 37 057                               | 0,6                        |
| 33 437                        | 2                                    | 0,0                        | 14 167                        | —                                    | —                          |
| 6 585 085                     | 25 957                               | 0,4                        | 6 116 440                     | 37 057                               | 0,6                        |

Der Anteil Estlands am deutschen Ausfuhrhandel ist, wie Tabelle 7 zeigt, ebenfalls gering. Die deutsche Ausfuhr an Fertigfabrikaten überwiegt bei weitem gegenüber den anderen Warengruppen. Nähere Einzelheiten zeigen folgende Tabellen 8 u. 9:

Tabelle 8.

| Warengattungen:                            | Einfuhr aus              |         |         |
|--|--------------------------|---------|---------|
|  | Mengen in Doppelzentnern |         |         |
|  | 1925                     | 1924    | 1923    |
| I. Lebende Tiere . . . . .                 | 80                       | 81      | —       |
| II. Lebensmittel und Getranke . . .        | 105 267                  | 81 157  | 84 901  |
| darunter: Speisebohnen, Erbsen, Linsen . . | 39 998                   | 54 232  | 3 239   |
| Butter . . . . .                           | 49 937                   | 21 570  | 16      |
| III. Rohstoffe und halbfertige Waren .     | 71 003                   | 25 634  | 49 456  |
| darunter: Flachs, Hanf, Jute u. dgl. . . . | 14 021                   | 17 157  | 13 519  |
| Bau- und Nutzholz . . . . .                | 12 822                   | 3 582   | 18 674  |
| IV. Fertige Waren . . . . .                | 17 113                   | 9 399   | 4 945   |
| darunter: Garn aus Baumwolle . . . . .     | 7 047                    | 4 490   | 1 030   |
| Papier und Papierwaren . . . . .           | 1 087                    | 213     | —       |
| Möbel und andere Holzwaren . . . . .       | 7 624                    | 3 232   | 3 090   |
| Reiner Warenverkehr . . . . .              | 193 463                  | 116 271 | 139 302 |

Tabelle 9.

| Warengattungen  | Ausfuhr nach             |         |         |
|---|--------------------------|---------|---------|
|   | Mengen in Doppelzentnern |         |         |
|   | 1925                     | 1924    | 1923    |
| I. Lebende Tiere . . . . .                              | 2                        | 7       | 17      |
| II. Lebensmittel und Getranke . . .                     | 283 308                  | 240 396 | 120 172 |
| darunter: Reis . . . . .                                | 11 007                   | 7 564   | —       |
| Zucker . . . . .  | 5 945                    | 39 178  | 55      |
| III. Rohstoffe u. halbfertige Waren . .                 | 216 306                  | 136 303 | 115 615 |
| darunter: Nichtöhlhaltige Sämereien . . . .             | 593                      | 2 916   | 280     |
| Steinkohlen . . . . .                                   | 100 260                  | 63 400  | —       |
| Kalisalze . . . . .                                     | 32 555                   | 4 000   | —       |
| Sonstige chemische Rohstoffe und<br>Halbzeuge . . . . . | 23 051                   | 16 809  | 3 458   |
| IV. Fertige Waren . . . . .                             | 98 687                   | 127 489 | 235 246 |
| darunter: Gewebe aus Seide u. Kunstseide                | 210                      | 90      | 365     |
| Gewebe aus Wolle u. Tierhaaren .                        | 619                      | 771     | 1 650   |
| Gewebe aus Baumwolle . . . . .                          | 888                      | 1 333   | 2 773   |
| Kautschukwaren . . . . .                                | 917                      | 1 267   | 2 462   |
| Papier und Papierwaren . . . . .                        | 2 886                    | 3 920   | 20 274  |
| Sonstige Eisenwaren . . . . .                           | 21 934                   | 28 965  | 52 626  |
| Sonst. Maschinen (außer elektr.).                       | 2 601                    | 7 944   | 23 665  |
| Reiner Warenverkehr . . . . .                           | 598 303                  | 504 195 | 471 050 |

Estland.

| Wert in 1000 Rm. |                         |        |                         |       |                         |
|------------------|-------------------------|--------|-------------------------|-------|-------------------------|
| 1925             |                         | 1924   |                         | 1923  |                         |
|                  | v. H. der Gesamteinfuhr |        | v. H. der Gesamteinfuhr |       | v. H. der Gesamteinfuhr |
| 31               | 0,1                     | 8      | 0,0                     | 70    | 13,7                    |
| 22 440           | 72,0                    | 10 762 | 61,0                    | 1 601 | 23,7                    |
| 1 464            | 4,7                     | 2 221  | 12,6                    | 140   | 2,2                     |
| 19 447           | 62,5                    | 7 880  | 44,7                    | 6     | 0,1                     |
| 3 845            | 12,3                    | 3 072  | 17,4                    | 3 735 | 58,8                    |
| 2 325            | 7,5                     | 2 550  | 14,5                    | 2 273 | 35,8                    |
| 156              | 0,4                     | 34     | 0,2                     | 73    | 1,1                     |
| 4 782            | 15,4                    | 3 670  | 20,9                    | 859   | 13,5                    |
| 3 894            | 12,5                    | 2 410  | 13,7                    | 499   | 7,9                     |
| 31               | 0,1                     | 6      | —                       | 185   | 2,9                     |
| 417              | 1,3                     | 136    | 0,8                     | 49    | 0,8                     |
| 31 098           | 100,0                   | 17 512 | 100,0                   | 6 165 | 100,0                   |

Estland.

| Wert in 1000 Rm. |                         |        |                         |        |                         |
|------------------|-------------------------|--------|-------------------------|--------|-------------------------|
| 1925             |                         | 1924   |                         | 1923   |                         |
|                  | v. H. der Gesamtausfuhr |        | v. H. der Gesamtausfuhr |        | v. H. der Gesamtausfuhr |
| 2                | 0,0                     | 4      | 0,0                     | 12     | 0,0                     |
| 2 531            | 11,3                    | 2 821  | 10,9                    | 383    | 1,0                     |
| 345              | 1,5                     | 220    | 0,9                     | —      | —                       |
| 251              | 1,1                     | 1 868  | 7,2                     | 3      | 0,0                     |
| 2 293            | 10,3                    | 1 831  | 7,1                     | 1 837  | 5,0                     |
| 106              | 0,5                     | 412    | 1,6                     | 35     | 0,1                     |
| 206              | 0,9                     | 165    | 0,7                     | —      | —                       |
| 259              | 1,2                     | 30     | —                       | —      | —                       |
| 215              | 0,9                     | 142    | 0,6                     | 85     | 0,2                     |
| 17 480           | 78,4                    | 21 258 | 82,0                    | 34 825 | 94,0                    |
| 431              | 1,9                     | 284    | 1,1                     | 862    | 2,3                     |
| 1 131            | 5,1                     | 1 181  | 4,6                     | 2 026  | 5,5                     |
| 1 630            | 7,3                     | 1 879  | 7,3                     | 3 024  | 8,2                     |
| 478              | 2,1                     | 503    | 1,9                     | 1 016  | 2,7                     |
| 543              | 2,4                     | 646    | 2,5                     | 1 319  | 3,6                     |
| 2 374            | 10,6                    | 2 595  | 10,0                    | 4 516  | 12,2                    |
| 447              | 2,0                     | 1 088  | 4,2                     | 2 826  | 7,6                     |
| 22 306           | 100,0                   | 25 914 | 100,0                   | 37 057 | 100,0                   |

Wie aus der Tabelle 8 hervorgeht, macht die Einfuhr von Lebensmitteln und Getränken 1925 72%, im Jahre 1924 61% der gesamten Einfuhr aus Estland aus, gegenüber nur 23,7% im Vorjahre. Diese Steigerung ist in der Hauptsache auf die starke Zunahme in den Warengattungen Butter und Hülsenfrüchte zurückzuführen, denen gegenüber die Einfuhr von Roggen, die im Jahre 1923 noch fast ein Fünftel der Gesamteinfuhr ausmachte, vollständig an Bedeutung verloren hat. Die Steigerung in der Gruppe Lebensmittel und Getränke ist z. T. auf Kosten der Einfuhr von Rohstoffen und Halbfabrikaten vor sich gegangen, die 1924 eine relative Abnahme gegenüber dem Vorjahre von nicht weniger als 41,4% aufweist. Der relative Rückgang ist am auffallendsten beim Import von Flachs, Hanf, Jute und dgl., die absoluten Zahlen zeigen jedoch eine im großen ganzen wenig veränderte Höhe der Einfuhr in dieser Warengattung. Unter den fertigen Waren fällt die beträchtliche Zunahme in der Einfuhr von Garne aus Baumwolle besonders ins Auge. Die Steigerung in Prozenten der Gesamteinfuhr beträgt hier 1924 fast das Doppelte, die Wertzunahme etwa das Fünffache des Vorjahres.

Bei der Ausfuhr nach Estland (Tabelle 9) überwiegt die Gruppe Fertigwaren bei weitem die anderen Warengruppen. In Prozenten der Gesamtausfuhr weisen aber die wichtigeren Warengattungen dieser Gruppe fast durchweg eine Abnahme auf. Auch in den Wertzahlen ist ein Rückgang zu beobachten. Doch läßt sich in der Veränderung der Zahlen keine einheitliche Tendenz feststellen.

In den Gruppen „Lebensmittel und Getränke“ sowie „Rohstoffe und halbfertige Waren“ läßt sich eine Steigerung des Exports beobachten. Die Zunahme der ersten Gruppe ist fast ausschließlich auf die Steigerung des deutschen Zuckerexports zurückzuführen, während bei den Rohstoffen und Halbfabrikaten insbesondere die Positionen: Steinkohlen, Kalisalze, chemische Rohstoffe und Halbzeuge mit ihren höheren Prozentzahlen die relative Zunahme erklären.

**Zusammenfassung:** Der geringe Anteil Estlands am deutschen Außenhandel zeigt, daß Estland für den deutschen Warenverkehr mit dem Auslande eine untergeordnete Rolle spielt. Bei der Einfuhr sind es estländische Lebensmittel, bei der Ausfuhr deutsche Fertigwaren, denen die Hauptbedeutung zukommt.

Dr. C. PORALLA = BERLIN

# Litauen

Einzelheft aus dem Band I der  
» Osteuropäischen Länderberichte «

Herausgegeben in Verbindung mit der  
Industrie- und Handelskammer Breslau  
vom Osteuropa-Institut in Breslau

SCHRIFTEN DER INDUSTRIE-  
UND HANDELSKAMMER BRESLAU

HEFT 6 · MAI 1927

VERLAG VON M. & H. MARCUS, BRESLAU

Verlag von M. & H. Marcus, Berlin  
Dr. C. PORALLA-BERLIN

# Litauen

Einzelheft aus dem Band Litauen  
Osteuropäische Industrie

Herausgegeben in Verbindung mit der  
Industrie und Handelskammer Preußen  
vom Osteuropa-Institut in Breslau

SCHRIFTEN DER INDUSTRIE-  
UND HANDELSKAMMERE BRESLAU  
HEFT 5. MAI 1921  
VERLAG VON M. & H. MARCUS, BERLIN

# Inhaltsverzeichnis.

Vorwort.

## I. Bevölkerungsverhältnisse.

1. Bevölkerungsbewegung.
2. Berufsstatistik.
3. Nationale Minderheiten.
4. Auswanderung.

## II. Land- und Forstwirtschaft, Fischerei.

1. Bodenfläche.
2. Stand der landwirtschaftlichen Kultur.
3. Die Agrarreform.
4. Anbaufläche.
5. Ernteerträge.
6. Flachsbaum.
7. Die Viehzucht.
8. Forstwirtschaft.
9. Fischerei.

## III. Industrie.

1. Allgemeines.
2. Bodenständige Industrien.
3. Nichtbodenständige Industrien.

## IV. Kaufbedürfnis und Kaufkraft.

1. Allgemeines.
2. Kaufkraft und Landwirtschaft.
3. Arbeitslosenfrage.
4. Kaufkraft des Staates.
5. Kaufkraft der Litwährung.
6. Abhängigkeit des Konsums von der Kaufkraft.
7. Voraussichtliche Entwicklung der Kaufkraft.
8. Löhne und Preise.
9. Kaufkraft im einzelnen.

## V. Handels- und zollpolitische Maßnahmen.

### A. Zollpolitik.

1. Allgemeines.
2. Die Einfuhr-Zollgesetzgebung.
3. Ausfuhrreglementierung und Ausfuhrzölle.
4. Die Zolltarife vom 13. IV. 1924 und 3. Januar 1926

### B. Handelsvertragspolitik.

1. Allgemeines.
2. Lettland.
3. Rußland.
4. Polen.
5. Deutschland.

### C. Hilfsmaßnahmen.

1. Verkehrspolitik.
2. Kreditpolitik.

## VI. Der Memelstrom und der Memeler Hafen.

1. Die politische Entwicklung der Memelfrage.
2. Das Memelstatut.
3. Durchführung.
4. Hafeneinrichtungen und Hafenabgaben.
5. Der Schiffsverkehr.

## VII. Gesamteinfuhr und Gesamtausfuhr Litauens.

1. Einfuhr und Ausfuhr.
2. Ein- und Ausfuhr nach Warengruppen.
3. Ein- und Ausfuhr aus und nach den wichtigsten Staaten.
4. Ein- und Ausfuhr nach Warengruppen und Ländern.
5. Der Transit durch Litauen.
6. Der Anteil Deutschlands am litauischen Außenhandel.

## Vorwort.

---

Der Länderbericht Litauen hat noch mehr als dies bei den anderen Studien dieses Sammelbandes der Fall ist, unter der Schwierigkeit der Materialbeschaffung zu leiden. Manches ist deshalb lückenhaft und unvollständig geblieben. Die amtliche Statistik ist noch nicht auf allen Gebieten des Wirtschafts- und Soziallebens ausgebaut. Zusammenfassende deutsche Darstellungen der nachkriegszeitlichen Entwicklung liegen, von wenigen Ausnahmen abgesehen, nicht vor und auch die Literatur in litauischer Sprache kann weitergehenden Anforderungen nur bedingt genügen. So mußte zu einem nicht geringen Teil auf das reichhaltige Archiv des Osteuropa-Instituts zurückgegriffen werden, das das Zustandekommen der Arbeit erst ermöglichte. Privatdozent Dr. H. J. S e r a p h i m hatte die Freundlichkeit, das Manuskript für den Druck vorzubereiten und zu ergänzen. Insbesondere stammen das Kapitel über die Handelsvertragspolitik und Teile des Industriekapitels sowie des Abschnitts „Der Memelstrom und der Memeler Hafen“ aus seiner Feder. Ihm wie allen privaten und amtlichen Stellen, die mich unterstützt haben, sage ich hierdurch meinen aufrichtigen Dank.

Dr. C u r t P o r a l l a.



# I. Bevölkerungsverhältnisse.

## 1. Bevölkerungsbewegung.

Die Bevölkerung Litauens zählte am 1. Januar 1926 2 230 000 Personen gegen 1 950 000 1897.

Auf Grund des „Statistikos Biuletinis“ stellt sich die Bevölkerungsbewegung in den Jahren 1920 bis 1925 wie folgt dar:

| Jahr | Geburten | Todesfälle | Bevölkerungs-<br>zunahme | auf 1000<br>Einwohner |
|------|----------|------------|--------------------------|-----------------------|
| 1920 | 43 260   | 41 180     | 2 070                    | 0,0                   |
| 1921 | 47 360   | 29 380     | 17 980                   | 8,9                   |
| 1922 | 53 810   | 34 710     | 19 105                   | 9,5                   |
| 1923 | 56 890   | 29 750     | 27 130                   | 13,5                  |
| 1924 | 60 030   | 33 120     | 26 920                   | 13,2                  |
| 1925 | 63 740   | 37 180     | 25 560                   | 12,1                  |

Aus der Tabelle ist zu ersehen, daß die Bevölkerungszunahme seit 1920 erheblich ist. Die Höchstziffer weist mit 27 130 das Jahr 1923 auf. Seitdem gehen die Geburtenüberschüsse langsam zurück.

## 2. Berufsstatistik.

Nach den Angaben des Statistischen Zentralamtes beim Finanzministerium beschäftigten die Anfang 1925 bestehenden 5800 industriellen und gewerblichen Unternehmungen in Litauen 84 900 Personen (56 700 Männer und 28 200 Frauen). Es waren beschäftigt: in der Flachsbearbeitung 9500, bei der Holzbearbeitung 8250, in der Papierindustrie 1000, in der Mineralindustrie 1400 Personen, in der Industrie tierischer Produkte 10 800, in der Metallindustrie 9600, in der chemischen Industrie 520, im Baugewerbe 9700 und in den übrigen Industriezweigen 26 100 Personen.

In der Landwirtschaft waren insgesamt 1 088 800, im Handel 32 400, im Verkehrswesen 13 000 Personen tätig. Bei den Staats- und Kommunalbetrieben waren 44 500 Personen beschäftigt (davon Landesschutz: 23 100 Personen).

In den Städten (über 5000 Einwohner) wohnen 14,9%, auf dem Lande und in Kleinstädten 85,1% der Bevölkerung. In der Landwirtschaft sind rund 80%,

in der Industrie und im Handel usw. 20% der Gesamtbevölkerung tätig. Die Industrie allein beschäftigt nur etwa 6% der Bevölkerung.

Nach „Lietuvie Gyventojai“ sind von 1000 Erwerbstätigen 790 in der Landwirtschaft, 61 in der Industrie, 9 beim Transportwesen, 64 im Handel, 32 im Dienst des Staates und 84 in anderen Arbeitsstellungen beschäftigt. 25,1% aller Erwerbstätigen sind Inhaber leitender Stellen in der Verwaltung, im Handel und in der Industrie usw., 3,2% sind als Angestellte und 24,2% als Arbeiter tätig. Die meisten Familienangehörigen arbeiten in der Landwirtschaft. Bei den im Staatsdienst Beschäftigten ist zu beachten, daß Litauen ein Beamtenverhältnis nach deutscher Art nur für die leitenden Stellen kennt, während die mittleren Beamtenstellen mit Angestellten und die unteren mit Arbeitern besetzt sind.

Mit Ausnahme der Juden sind die meisten Erwerbstätigen in der Landwirtschaft tätig und zwar wirken hier mehr Litauer in leitender Stellung denn als Arbeiter. In der Industrie überwiegt die Zahl der Litauer als Arbeitnehmer. Die Juden stellen das größte Kontingent der im Handel und in der Industrie Tätigen dar und zwar vornehmlich in leitender Stellung. Unter je 100 im Handel tätigen Personen befinden sich 77 Juden.

### 3. Nationale Minderheiten.

An nationalen Minderheiten gibt es in Litauen: 7% Juden, 4% Polen, 1,5% Deutsche und eine geringe Zahl Russen. 87% der Bevölkerung sind Litauer, der Rest sind Angehörige fremder Nationalitäten. Die Gesamtzahl der Deutschen mit Einschluß der in Litauen ansässigen Deutsch-Balten kann auf 30 000 veranschlagt werden. Die litauische Nation selbst ist räumlich nicht auf das Gebiet der heutigen litauischen Republik beschränkt. Staats- und Volksgrenzen decken sich nicht. Insbesondere spielen Litauer in dem zu Polen gehörigen Wilnagebiet eine Rolle, woraus die starken Gegensätze der beiden Staaten resultieren.

Die Verteilung der Bevölkerung nach ihren Nationalitäten in größeren und kleineren Städten sowie auf dem Lande wird aus folgender Tabelle ersichtlich. Von 100 der einzelnen Nationalitäten saßen

|                           | in den<br>Städten | in den Klein-<br>städten (Dörfern)<br>in Prozenten | Auf dem<br>flachen Lande |
|---------------------------|-------------------|--|--------------------------|
| Litauer . . . . .         | 10,2              | 6,5  | 83,3                     |
| Juden . . . . .           | 63,5              | 31,3   | 5,2                      |
| Polen . . . . .           | 13,5              | 5,0  | 82,5                     |
| Russen . . . . .          | 14,8              | 3,2  | 82,0                     |
| Deutsche . . . . .        | 34,7              | 7,2  | 58,3                     |
| Letten . . . . .          | 10,7              | 4,8  | 84,9                     |
| Weißrussen . . . . .      | 9,7               | 6,2  | 86,1                     |
| Andere Nationen . . . . . | 20,2              | 22,1   | 57,7                     |
| Fremde . . . . .          | 51,5              | 8,5  | 40,2                     |

Von der litauischen Bevölkerung wohnen nach dieser Zusammenstellung in den Städten nur 10,2%, während sich 83,3% auf dem flachen Lande befinden. Umgekehrt ist das Verhältnis bei der jüdischen Bevölkerung, von der nur 5,2% auf dem Lande und der Rest in den Städten ansässig sind. Auf dem Lande und den Dörfern hat sich auch der größte Teil der in Litauen befindlichen Letten, Polen, Weißrussen und Deutschen angesiedelt. Die Fremden überwiegen in den Städten. Die Städte Litauens weisen nach den neuesten Daten (April 1926) folgende Einwohnerzahlen auf:

|                          |         |           |
|--------------------------|---------|-----------|
| Kowno (Hauptstadt) . . . | 130 000 | Einwohner |
| Memel . . . . .          | 36 500  | „         |
| Schaulen . . . . .       | 21 000  | „         |
| Poniewiec . . . . .      | 19 000  | „         |
| Wilkomierz . . . . .     | 10 500  | „         |

Die restlichen Städte in Litauen erreichen 10 000 Einwohner nicht und haben dem Aussehen nach und angesichts des in ihnen überwiegenden ländlichen Bevölkerungselements ausgesprochenen Dorfcharakter. Dieses gilt streng genommen auch für einen großen Teil der obengenannten Städte.

#### 4. Auswanderung.

Nach einer Statistik des litauischen Statistischen Zentralbüros wanderten im Jahre 1923 aus Litauen nach Amerika insgesamt 2370 Personen aus. Die Auswanderung in die Vereinigten Staaten von Amerika, die schon früher recht beträchtlich war, hat durch die Kontingentierung von Seiten der Vereinigten Staaten, die jährlich nur 344 Einwanderer aus Litauen zuläßt, stark nachgelassen. Ein breiter Strom litauischer Auswanderer richtet sich daher nach Südamerika, vornehmlich nach Brasilien und Argentinien. Die Litauer, die nach Südamerika gehen, sind größtenteils Landwirte. Arbeiter lassen sich überwiegend nach Frankreich, in geringerem Umfange auch nach Lettland (Landarbeiter) anwerben.

Unter den Auswanderern dominiert die jüdische Bevölkerung, im Jahre 1925 etwa mit 60%.

1926 nimmt die Auswanderung noch größere Dimensionen als in den Vorjahren an. Das Hauptkontingent der Auswanderer besteht neuerdings aus Landleuten und zwar überwiegend aus Neusiedlern. Es ist diese Erscheinung höchst bedeutsam und symptomatisch. Durch die litauische Agrarreform ist es nicht gelungen, die Neusiedler an die Scholle zu binden, da ihnen die zum Betrieb notwendige Einrichtung, vor allem das erforderliche lebende Inventar fehlt. Das erworbene Land kann nur unter Schwierigkeiten bearbeitet werden und die Siedler verlassen aus Mangel an Lebensmöglichkeiten scharenweise die Heimat. Wenn auch die allgemeine Wirtschaftsdepression, insbesondere die Erwerbslosigkeit, von Einfluß ist, so ist jene Massenflucht doch vornehmlich auf die Agrarreform zurückzuführen.

Im ganzen wird die Zahl der im Ausland befindlichen Litauer auf 700 000 Personen geschätzt. Zeitweilig wurde die A u s w a n d e r u n g von der Regierung b e g ü n s t i g t, da sie zeitweise erheblich dazu beigetragen hat, die Z a h l u n g s - b i l a n z Litauens zu bessern. So sollen nach den Angaben des Kownoer Statistischen Amtes die im Laufe des Jahres 1924 von ausgewanderten Litauern in die Heimat übersandten Beträge 35 Millionen Lit betragen haben. Dabei darf man jedoch nicht übersehen, daß diese Beträge wohl meistens von solchen Auswanderern stammen, die bereits in der Vorkriegszeit Litauen verlassen haben; das gilt insonderheit von den nach Amerika Übergesiedelten. Die in der Nachkriegszeit ausgewanderten Litauer sind zum allergrößten Teil völlig mittellos und fristen ihr Leben in Brasilien und Frankreich als Landarbeiter. Eine Besserung der Zahlungsbilanz ist von diesen Auswanderern nicht zu erwarten.

In den ersten Jahren nach der Gründung des litauischen Staates ist die Zahl litauischer R ü c k w a n d e r e r, die ihre in Amerika ersparten Gelder nach der Heimat brachten, um sich dort eine neue Lebensstellung zu gründen, gestiegen. Bezeichnend für die wirtschaftlichen Verhältnisse in Litauen ist es jedoch, daß diese Rückwanderer vielfach wieder nach Amerika zurückgegangen sind, weil ihnen die wirtschaftlichen Verhältnisse in Litauen nicht zusagten.

## II. Land- und Forstwirtschaft, Fischerei.

### 1. Bodenfläche.

Litauen ist ohne das Memelgebiet 53 200 qkm oder 5 324 200 ha groß, von denen etwa 70% für landwirtschaftliche Zwecke geeignet sind. Gegenwärtig beträgt das Ackerland etwa 26% des gesamten Areals, 14% sind Wiesen, 38% Weide und Brachland, 16% Wald und 6% Ödland. Wege und Gewässer sind dabei jeweils in die einzelnen Prozentsätze eingerechnet. Nicht ganze  $\frac{3}{10}$  des gesamten Gebiets befinden sich demnach unter dem Pfluge.

### 2. Stand der landwirtschaftlichen Kultur.

Im Vergleich zu Deutschland ist Litauen hinsichtlich der landwirtschaftlichen Kultur um etwa ein Jahrhundert zurück. Auffallend ist der Mangel einer planmäßigen Entwässerung. Wo Röhrendrainage durchgeführt ist, hat sie glänzende Erfolge gezeitigt. Als Folge der Rückständigkeit der Bodenkultur ist eine außerordentliche Verunkrautung der Felder festzustellen. Durch die Bodenvernachlässigung ist sein geringer Schätzwert bedingt, der im Durchschnitt der Jahre 1901/10 nur 100—149 Mark pro Hektar betrug.

Die Wirtschaftsführung ist denkbar primitiv. Man verwendet vielfach völlig veraltete Holzeggen, Hakenpflüge, Blockwalzen, hölzerne Rechen usw., deren Ersetzung durch moderne Geräte und Maschinen neuerdings erst begonnen hat. Das herrschende Betriebssystem ist immer noch die Dreifelderwirtschaft. Das verbesserte Dreifeldersystem und die Fruchtwechselwirtschaft sind in großen

Ausmaßen nur im Memelgebiet verbreitet. Die Pflugtiefe geht in Litauen selten über 4 bis 5 Zoll hinaus. Die Verwendung künstlichen Düngers war bis vor wenigen Jahren, von Ausnahmen abgesehen, unbekannt. Auch heute noch sind die Wiesen un gepflegt und ungedüngt und werden in der Regel nur einmal gemäht. Durch Verbesserung der Vorflutverhältnisse ließen sich jedoch leicht große Strecken vorzüglicher Weideflächen gewinnen.

Die Besitz- und Betriebsverhältnisse in der Vorkriegszeit lassen sich aus den Angaben ersehen, die für die einzelnen heute zu Litauen gehörigen, ehemals russischen Gouvernements vorliegen. Wir beschränken uns auf die Zustände des Gouvernements K o w n o , das Kerngebiet des neuen litauischen Staates. 48,3% der Fläche befanden sich in Privatbesitz, 45,0% stellte durch Gesetz von 1861 zugewiesenes Bauernland dar, 5,8% waren Staatsländereien. Der Privatbesitz setzt sich überwiegend aus Großbetrieben zusammen. Betriebe über 200 Desjatinen (218 ha) nehmen 75,1% der Fläche des Privatbesitzes ein, solche von 50—200 Desjatinen (55—218 ha) 14,6%, der Rest 10,3%. Der Zahl der Betriebe nach treten die großen mit 12% hinter die mittleren (22%) und kleinen (66%) naturgemäß zurück. Die Latifundienbildung ist ausgeprägt: Güter von 100—5000 Desjatinen umfassen 12,5% der Gesamtfläche des Gouvernements Kowno, Herrschaften über 5000 Desjatinen immer noch 9,6%! Die mittlere Größe der Bauernwirtschaften schwankt zwischen 14 und 20 ha und beträgt im Durchschnitt 16,1 ha.

Die oben skizzierte rückständige Betriebsführung erstreckte sich nicht nur auf die bäuerlichen Wirtschaften sondern zum großen Teil auch auf die Großbetriebe. Der polnische und russische Adel huldigte weitestgehend einem sozial wie ökonomisch gleichermaßen nachteilig wirkenden Absentismus. Die wichtigste Mission des Großgrundbesitzes, dem Bauern gegenüber anspornendes Vorbild zu sein, fiel in Litauen weg. Unter diesen Umständen ist die ökonomische Rückständigkeit des Kleingrundbesitzers denn auch voll und ganz verständlich.

Aber auch während der Nachkriegszeit hat sich nach Durchführung der Agrarreform die Wirtschaftsführung des litauischen Bauern nicht geändert. Er gibt für produktive Zwecke so wenig wie möglich Geld aus und hält sich infolgedessen auf dem Niveau einer primitiven Naturalwirtschaft.

### 3. Die Agrarreform.

Von besonderer Bedeutung für die Struktur der Landwirtschaft Litauens ist die 1920 eingeleitete und seit 1922 sich stärker auswirkende Agrarreform, die ebenso wie in Lettland und Estland auf eine restlose Enteignung des Großgrundbesitzes hinausläuft. Zweck der Agrarreform ist nicht so sehr, wirtschaftliche und soziale Gesichtspunkte zur Geltung zu bringen, als vielmehr die nicht-litauische d. h. vornehmlich die polnische Oberschicht auf dem Lande aus ihrem Besitz zu verdrängen und auf diese Weise die Stellung der herrschenden Nationalität zu stärken.

Der Großgrundbesitz soll restlos enteignet werden. Industrieunternehmungen dagegen, die sich auf den enteigneten Landflächen befinden, bleiben unberührt. Eine gewisse Schonzeit erhalten die Güter bis zu 150 ha, die erst nach der Aufteilung der großen Güter in ganz Litauen parzelliert werden sollen. Den ehemaligen Besitzern verbleiben Restgüter bis zu 80 ha und außerdem bis zu 25 ha Wald. Mitenteignet werden sämtliche Gebäude und das unbewegliche Vermögen. Nur die zur Bewirtschaftung des Restguts erforderlichen Immobilien werden dem Besitzer gelassen. Land erhalten in erster Linie Militärpersonen, sodann Nachkommen der früher von den Russen enteigneten Bauern (bis zu 80 ha), Landarme und Landlose (8 bis 20 ha). Personen, die Land zum Eigentum erhalten, haben dem Staat hierfür Abschlagszahlungen zu leisten, welche nach Größe, Art und Lage des Bodens in Roggen festgesetzt werden. An die Enteigneten werden nur geringe Entschädigungen gezahlt, in vielen Fällen gar keine. Die Auszahlung der Entschädigungen erfolgt in Schuldscheinen, die erst nach 36 Jahren eingelöst zu werden brauchen. Im großen ganzen kann man sagen, daß es sich bei den großen Gütern de facto um eine entschädigungslose Enteignung handelt.

Als einen durch die Agrarreform bedingten Fortschritt kann man die Aufteilung der Dörfer in Einzelgehöfte bezeichnen, da hierbei die jede rationelle Wirtschaft verhindernde Streifenlage der Ländereien aufgehoben und jedem Einzelwirt das Land in einem Stück angewiesen wird. Die aus politischen und nationalen Motiven erfolgte überstürzte Zertrümmerung des Großgrundbesitzes bedeutet dagegen eine Desorganisation der Wirtschaft, die ökonomisch außerordentlich nachteilige Folgen gezeitigt hat, wenn auch der politische Hauptzweck erreicht sein mag. Den zum größten Teil völlig mittellosen Neusiedlern wurden Ackerstücke ohne Gebäude und Inventar zugewiesen. Da sie vielfach weder die erforderlichen Kenntnisse besaßen noch über Ackergeräte, Vieh, Pferde und zum größten Teil auch nicht über Gebäude verfügten, waren sie nicht imstande, die Bebauung und Bewirtschaftung ihrer Parzellen durchzuführen: zahlreiche Siedlungsstücke blieben brach liegen, viele Neusiedler zogen es vor, bei der ersten Gelegenheit den heimatlichen Boden zu verlassen und auszuwandern. Vom Staat geliefertes Bauholz wurde weiter verkauft und die Gebäude blieben ungebaut.

Während früher die großen Güter trotz aller im Verhältnis zum benachbarten ostpreußischen oder baltischen Großbetrieb in die Augen springenden Primitivität der landwirtschaftlichen Kultur einen gewissen Überschuß an Getreide zum Export und zur Versorgung der Städte aufbringen konnten, ist die litauische Landwirtschaft gegenwärtig auf einen naturalen selbstgenügsamen Zustand herabgesunken. Die meisten Neusiedler halten sich heute nur mühsam auf demselben Boden, auf dem sie früher als Landarbeiter ihr bescheidenes aber sicheres Auskommen hatten. An rationelle Acker- und Viehwirtschaft auf den neubegründeten Kleinsiedlungen ist einstweilen überhaupt nicht zu denken. Die Regierung sucht die verheerenden Folgen der überstürzten Landaufteilung durch Gewährung von Krediten, Bereitstellung von Ackergeräten, Hergabe von Bauholz usw. wieder wett zu machen. Es gelingt ihr dies aber bei der schwierigen Lage der Wirtschaft und Staatsfinanzen

nur sehr unvollkommen. Es ist ein gewisser Fortschritt, daß bei der weiteren Landaufteilung neuerdings vorsichtiger verfahren werden soll, so daß vielleicht nicht nur die Siedlungsparzellen, sondern auch die Restgüter bewirtschaftungsfähiger gestaltet werden. Wie unzulänglich sich die Getreideproduktion unter den neuen Verhältnissen entwickelt hat, zeigt die Mißernte der Jahre 1924 und 1926. Die geringen, nur für den eigenen Bedarf berechneten Anbauflächen der Neusiedler ergeben einen so großen Unterschub, daß große Partien Brotgetreide aus dem Ausland eingeführt werden müssen. Es ist anzunehmen, daß die Neusiedler in Zukunft wohl aus den Erträgen der Vieh- und Milchwirtschaft, nicht aber aus denjenigen der Körnerproduktion zum Export beitragen werden. So wird die weitere Ausgestaltung der Agrarreform von entscheidendem Einfluß auf die Entwicklung der Landwirtschaft und damit indirekt auf den Export und die Kreditfähigkeit Litauens einwirken.

Abschließend einige Angaben über Umfang und tatsächliche Durchführung der Agrarreform. Zur Parzellierung sind insgesamt vorgesehen 720 000 ha, von denen 1920—1924 418 000 ha aufgeteilt worden sind. 1926 sollten weitere 100 000 ha unter Neusiedler verteilt werden; es bleibt dann noch ein Rest von 202 000 ha, der im Laufe von zwei Jahren in Kleinbetriebe zerlegt werden soll.

#### 4. Anbaufläche.

Die gesamte Anbaufläche betrug 1913 1 365 900 ha, im Jahre 1924 dagegen 1 436 400 ha. Sie hat in 11 Jahren um 70 500 ha, d. h. jährlich durchschnittlich um 6 600 ha oder 0,5% zugenommen.

Im einzelnen verteilt sich die Anbaufläche vor dem Kriege und im Jahre 1924 wie folgt (in ha):

| Kulturen             | 1909/13 | in ganz Litauen | 1924                 |   |
|----------------------|---------|-----------------|----------------------|---|
|                      |         |                 | davon im Memelgebiet | Saatenfl. i. Litauen Vorkriegszeitl. %-Satz = 100 |
| Roggen . . . . .     | 552 400 | 537 600         | 16 000               | 97,3  |
| Weizen . . . . .     | 81 800  | 84 900          | 2 500                | 103,9   |
| Gerste . . . . .     | 183 200 | 196 000         | 6 500                | 107,0   |
| Hafer . . . . .      | 317 200 | 325 000         | 21 000               | 102,5   |
| Erbsen. . . . .      | 57 000  | 55 000          | 1 000                | 96,5  |
| Flachs . . . . .     | 55 200  | 61 500          | 1 000                | 111,4   |
| Kartoffeln . . . . . | 119 100 | 176 400         | 11 500               | 148,1   |

Die Hauptgetreideart ist Roggen. Er nahm in den Jahren 1906/10 im Bezirk Kowno 48,6% der gesamten Getreideanbaufläche ein; Winterweizen dagegen nur 6 bis 8%, Hafer 20—29,9%, Gerste 16,9% der Getreideanbaufläche. Der Anbau von Wintergetreide beträgt insgesamt 50—60% der Getreideanbaufläche. Nach dem Kriege weist die Roggenfläche von Jahr zu Jahr eine Erhöhung auf, überstieg 1923 die vorkriegszeitliche Durchschnittsfläche bereits um 5,5%, erfuhr aber 1924 infolge

der ungünstigen Witterung eine Kürzung um fast 8%. Gleichzeitig ist beim Anbau von Flachs und Kartoffeln eine Ausdehnung der Kultur zu beachten. Die Erweiterung der Flachsstaatenfläche ist auf die Aufhebung des Flachsmonopols, sowie auf die erhöhte Nachfrage des Auslandes nach Leinsaat und Flachs zurückzuführen; die erhöhte Kartoffelanbaufläche — 1924 wurden 48% mehr Ackerboden mit Kartoffeln bestellt als vor dem Kriege — ist wohl hauptsächlich auf das Konto der Agrarreform (Vermehrung der Kleinbetriebe) zu setzen.

Hülsenfrüchte, mit überwiegendem Erbsenanbau, sind in Litauen verhältnismäßig verbreitet. Von Öl- und Gespinstpflanzen kommen Hanf und besonders Lein in Frage. Die Qualität des litauischen Flachses entspricht der russischen und lettländischen Ware. Hanf wird in der Hauptsache nur für den eigenen Bedarf gebaut; nur geringe Mengen gelangen zur Ausfuhr.

Mit dem Anbau von Zuckerrüben sind ebenso wie im benachbarten Süd-Lettland erst in den letzten Jahren Versuche angestellt worden.

## 5. Ernteerträge.

Die Ernteergebnisse Litauens in den beiden letzten Jahren werden durch nachfolgende Tabelle verdeutlicht (in 1000 Zentnern)<sup>1)</sup>:

|                      | 1925   | 1926   |
|----------------------|--------|--------|
| Roggen . . . . .     | 6 633  | 3 490  |
| Weizen . . . . .     | 1 438  | 1 117  |
| Gerste . . . . .     | 2 450  | 2 234  |
| Hafer. . . . .       | 2 846  | 3 628  |
| Kartoffeln . . . . . | 15 811 | 16 126 |

Einen tieferen Einblick in die Verhältnisse der litauischen Landwirtschaft gewährt eine Untersuchung der Erträge pro ha. Es wurden geerntet im Durchschnitt der Jahre an Doppelzentnern pro ha:

### Hektarerträge Litauens in Doppelzentnern.

| Kulturen                | 1909/13 | 1921/23 |
|-------------------------|---------|---------|
| Roggen . . . . .        | 9       | 10,7    |
| Weizen . . . . .        | 10,5    | 10,8    |
| Gerste . . . . .        | 8,7     | 10,8    |
| Hafer. . . . .          | 8,4     | 10,7    |
| Leinsaat und Flachs . . | 9,2     | 9,5     |
| Kartoffeln . . . . .    | 66,8    | 119,5   |

Wieviel günstiger die Lage im Memelgebiet ist, geht aus nachstehender Tabelle, veröffentlicht vom Statistischen Büro des Memelgebiets, hervor, wobei allerdings zu bemerken ist, daß nur die letzten vier Jahre in der Aufstellung berücksichtigt sind.

<sup>1)</sup> Laut Ost-Expreß 1927, Nr. 17.

Hektarerträge des Memellandes in Zentnern

|                                  | 1926 | 1925 | 1924 | 1923 |
|----------------------------------|------|------|------|------|
| Winterroggen . . . . .           | 22,0 | 38,7 | 14,8 | 33,9 |
| Winterweizen . . . . .           | 24,8 | 36,3 | 22,1 | 30,3 |
| Sommerroggen . . . . .           | 22,8 | 23,3 | 20,2 | 26,0 |
| Sommerweizen . . . . .           | 28,4 | 27,7 | 23,7 | 26,9 |
| Gerste . . . . .                 | 32,0 | 33,2 | 27,9 | 31,1 |
| Hafer . . . . .                  | 31,6 | 27,1 | 31,2 | 32,0 |
| Erbsen. . . . .                  | 30,4 | 31,0 | 23,3 | 26,2 |
| Wicken (auch in Gemenge) . . . . | 28,2 | 28,8 | 24,0 | 28,5 |

Bedenklich ist das überaus starke Schwanken der Hektarerträge, ein Zeichen relativ geringer Wirtschaftsintensität. 1926 weist durchweg geringere Erträge auf als das Vorjahr, die beim Winterroggen und Winterweizen besonders in die Augen fallen. Es ist diese Tatsache auch für das eigentliche Litauen festzustellen: beim Winterroggen, der wichtigsten Körnerfrucht, beträgt 1926 der Hektarertrag schätzungsweise 10 Zentner, gegen 24,6 Zentner 1925. Man rechnet bis zur nächsten Ernte mit einem Roggenfehlbetrag von 218 000 t, der nur durch Einfuhr ausgeglichen werden kann. Die kritische Lage der Landwirtschaft äußert sich u. a. auch in den gesteigerten Viehverkäufen, die umso bedenklicher sind, als die Preise für Vieh ohnedies außerordentlich niedrig sind.

Bei Analyse der für Litauen mitgeteilten Durchschnittszahlen fällt die Rückständigkeit der Landwirtschaft in bezug auf ihre Ertragshöhe auf. Zum Vergleich seien die deutschen Vorkriegsernteergebnisse aus den Jahren 1901/10 herangezogen und den litauischen Nachkriegszahlen gegenübergestellt. Danach wurden an dz in Deutschland pro ha geerntet (die litauischen Zahlen in Klammern) Roggen 16,3 (10,7), Weizen 19,6 (10,8), Gerste 19,0 (10,8), Hafer 18,3 (10,7), Kartoffeln 135,1 (119,5). Die ostpreußische und die Ernte im Memelgebiet sind regelmäßig 50—100% größer als die litauische.

## 6. Flachsba u.

Ebenso wie für das benachbarte Lettland ist auch für Litauen der Fl a c h s - a n b a u von besonderer Bedeutung, der durch die Agrarreform nicht so gehemmt worden ist wie der Getreidebau. Nachfolgende Tabelle zeigt die Entwicklung der Anbaufläche in ha:

|      |        |      |        |
|------|--------|------|--------|
| 1913 | 55 200 | 1922 | 51 300 |
| 1919 | 50 000 | 1923 | 52 100 |
| 1920 | 51 200 | 1924 | 61 500 |
| 1921 | 67 200 | 1925 | 76 000 |

Relativ niedrig sind aber die Erntemengen, die bei der Flachsfas er pro ha mit 13 Zentnern weit hinter der westeuropäischen Norm zurückbleiben (Belgien z. B. 22 Zentner). Die absoluten Ernteziffern für die letzten drei Jahre stellen sich wie folgt (in t):

|      | Flachsernte | Leinsamenernte |
|------|-------------|----------------|
| 1923 | 30 220      | 26 080         |
| 1924 | 32 560      | 33 820         |
| 1925 | 38 760      | 39 900         |

Entsprechend ist auch die Ausfuhr von Flachs und Leinsaat gestiegen, und zwar von 2400 t 1921 auf 13 000 t 1925 beim Flachs und von 16 200 t 1921 auf 20 550 t 1925 bei Leinsaat.

## 7. Viehzucht.

### Die Entwicklung des Viehstandes 1920/24

| im Jahre | Pferde  | Rindvieh  | Schafe u. Ziegen | Schweine  |
|----------|---------|-----------|------------------|-----------|
| 1920     | 335 000 | 534 000   | 894 000          | 1 118 000 |
| 1921     | 376 000 | 780 000   | 1 036 000        | 1 262 000 |
| 1922     | 421 000 | 955 000   | 1 191 000        | 1 414 000 |
| 1923     | 505 000 | 1 285 000 | 1 413 000        | 1 697 000 |
| 1924     | 482 000 | 1 252 000 | 1 399 000        | 1 564 000 |

Das Jahr 1924 zeigt einen beträchtlichen Rückgang des gesamten Viehbestandes, der den Zusammenhang mit dem Ernteausfall dokumentiert. Geringeres Futterergebnis einerseits und größeres Geldbedürfnis andererseits haben zu einer Steigerung der Schlachtungen und teilweise auch der Viehausfuhr geführt.

Die erhebliche Vermehrung des Schweinebestandes dürfte auf die Agrarreform sowie auf erhöhten Eigenverbrauch und günstigere Absatzmöglichkeiten zurückzuführen sein.

**Molkereien.** Eine rationelle Milchwirtschaft war vor dem Kriege in Litauen wenig bekannt. Die deutsche Militärverwaltung begann mit der Anlage größerer und kleinerer Molkereien und die litauische Regierung hat sich die Weiterentwicklung dieses Zweiges der landwirtschaftlichen Produktion besonders angelegen sein lassen. Ende 1925 waren 92 Milchverwertungsanstalten in Betrieb, und die Einrichtung weiterer ist geplant. 1924 wurden 1 420 000 kg Milch verarbeitet. Die Erzeugnisse der Käseproduktion werden etwa zur Hälfte, die der Butterproduktion zu  $\frac{2}{3}$  ausgeführt; der Rest wird im Inlande verbraucht. Die Ausfuhr von Molkereiprodukten nimmt weiter zu, eine Erscheinung, die auch in Lettland und Estland zu beobachten ist: während 1924 erst 3200 dz Butter exportiert wurden, betrug die Ausfuhr 1925 bereits 9320 dz. Die Verdreifachung des Butterexports ist, wie angedeutet, auf die Intensivierung der litauischen Molkereiwirtschaft zurückzuführen.

**Geflügelzucht.** Erhebliche Bedeutung innerhalb der landwirtschaftlichen Produktion hat die Geflügelzucht. Litauische Gänse gingen schon vor dem Kriege in großen Partien über Eydtkuhnen zur Mast nach Deutschland. Der durch den Krieg stark reduzierte Vorkriegsstand an Legehühnern ist gegenwärtig wieder aufgeholt, wenn nicht gar (eine Folge der Agrarreform) übertroffen;

exakte statistische Unterlagen sind jedoch nicht vorhanden. Da die Zahl der landwirtschaftlichen Kleinbetriebe im Steigen begriffen ist, kann mit einer weiteren Zunahme der Erzeugung von Geflügel und Eiern gerechnet werden. Der Rückgang des Eierexports von 86 Millionen Stück im Jahre 1923 auf 64,9 Millionen 1925 soll auf schlechtere Qualität und Sortierung, z. T. auch auf erhöhten Inlandskonsum zurückzuführen sein, ist aber kein Zeichen einer zahlenmäßigen rückläufigen Gesamtproduktion.

## 8. Forstwirtschaft.

Eine geregelte Forstwirtschaft ist in Litauen wenig entwickelt. Plenterbetrieb und Kahlschlag sind die üblichen Nutzungsformen. Nur die Wälder des Memelgebietes werden nach deutschen forstwirtschaftlichen Gesichtspunkten genutzt. In Litauen sind die meisten Wälder aus natürlicher Verjüngung hervorgegangen.

Vorherrschend ist der Nadelwald; er steht zum Laubwald im Verhältnis von 2 zu 1. Nach dem Stande von 1921 hat mit insgesamt 252 950 ha die Kiefer die größte Verbreitung. Die Fichte erreicht 207 200 ha. Unter den Laubhölzern steht die Esche mit 91 180 ha an der Spitze; ihr folgen Birke, Schwarzerle und Eiche.

Der Holzgehalt auf 1 ha beträgt 133 Festmeter, sollte aber nicht unter 175 Festmeter stehen. Das Durchschnittsalter aller Wälder beträgt 55 Jahre, die mittlere jährliche Zunahme 5,5%. Der Holzverbrauch beträgt pro Kopf der Bevölkerung 2,2 Festmeter jährlich. In den Jahren 1919/1921 wurden insgesamt pro Jahr verbraucht:

|                                      |               |
|--------------------------------------|---------------|
| von den Eisenbahnen . . . . .        | 550 000 cbm   |
| von der Industrie . . . . .          | 300 000 „     |
| für Häuser und Umzäunungen . . . . . | 242 900 „     |
| für Geräte . . . . .                 | 607 250 „     |
| für Heizung (Hausbrand) . . . . .    | 3 410 600 „   |
| im ganzen                            | 5 060 750 cbm |

In der Vorkriegszeit betrug die Forstfläche Litauens rund 25% des Gesamtareals; sie ist jedoch bis zum Jahre 1921 auf 16—17% gesunken, ein Zeichen für die bedenklichen Auswirkungen der Agrarreform und der Exportpolitik der ersten Nachkriegsjahre. Ebenso wie in Lettland und Estland ist die litauische Forstpolitik nicht als rationell anzusprechen. In der Nähe flößbarer Gewässer findet man vielfach Stubbenfelder und dürrtig bestandene Strecken, die Zeugnis von einer auf schnellen Gelderwerb gerichteten Raubwirtschaft ablegen. Schließlich sah sich die Landesregierung gezwungen, durchgreifende Maßnahmen zu treffen, um dem raschen Schwinden des Volksvermögens entgegenzutreten. Außer einer strengen Rationierung für die nächsten Bedarfsperioden wurden die Altersklassen

um 20 Jahre erhöht. Infolge enormen Mehrbedarfs durch die Agrarreform und infolge des ständigen Geldmangels in den Staatskassen ist indes mit einem weiteren Rückgang der Waldflächen zu rechnen. Der Holzexport ist seit dem Jahre 1922, in dem er 394 400 t betrug, ständig zurückgegangen und betrug 1925 nur noch 185 850 t, worunter sich 78 400 t Papierholz befanden. Über  $\frac{3}{4}$  der gesamten Holzausfuhr aus dem Jahre 1925 gingen nach Deutschland.

## 9. Fischerei.

Die Fischerei, in Litauen noch wenig entwickelt, ist im Memelgebiet ein bedeutsamer Erwerbszweig.

Hier wird die Haff- und Seefischerei nach rationellen Grundsätzen betrieben. Die Erträge sind hoch und deshalb die Ausfuhr, besonders von Edelfischen, Lachs, Zander, Hecht und Aal nach Deutschland nennenswert, doch wirkt sich die neue Grenzziehung nachteilig aus, da der Versand nach Königsberg Pr. naturgemäß erschwert ist.

Über die Ergebnisse der memelländischen Fischerei in den letzten Jahren orientiert folgende Zusammenstellung:

| Gebiet         | 1923       |             | 1924       |             | 1925       |             |
|----------------|------------|-------------|------------|-------------|------------|-------------|
|                | in 1000 kg | in 1000 Lit | in 1000 kg | in 1000 Lit | in 1000 kg | in 1000 Lit |
| Ostsee . . . . | 605        | 447         | 414        | 384         | 662        | 419         |
| Kurisches Haff | 1804       | 642         | 1662       | 924         | 1403       | 881         |
| Binnengewässer | 886        | 780         | 1371       | 1626        | 1416       | 1595        |
| Insgesamt      | 1595       | 2169        | 3447       | 2934        | 3481       | 2895        |

Im Gegensatz zum Memelgebiet ist in Litauen der Frischfischhandel allein üblich. Die Fischerei in den zahlreichen Binnenseen (Gesamtumfang etwa 40 000 ha) ist verpachtet und wird im allgemeinen wild betrieben, da ein Fischereigesetz sich erst in Vorbereitung befindet.

## III. Industrie.

### 1. Allgemeines.

Als dünnbevölkertes Agrarland befand sich Litauen vor dem Kriege noch in den ersten Anfängen der Industrialisierung. Die Bedürfnisse der heimischen Bevölkerung konnten zu einem großen Teil durch eigene gewerbliche Tätigkeit oder durch Heimarbeit gedeckt werden. Die in Rußland in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts einsetzende gewerbliche Entwicklung hat Litauen nur in bescheidenem Ausmaß mitgemacht. Neben der Kownoer metallverarbeitenden und der Schaulener Lederindustrie war von einiger Bedeutung nur noch die

Tabakindustrie, die ihr Rohmaterial aus Südrußland bezog und einen erheblichen Prozentsatz der Zigaretten- und Machorkaerzeugung ausführte. Alle anderen industriellen Betriebe hatten in der Vorkriegszeit, vielleicht mit Ausnahme zweier Zündholzfabriken, nur lokale Bedeutung. Es handelt sich in der Hauptsache um die meist handwerksmäßige Verwertung und Bearbeitung landwirtschaftlicher Produkte für den lokalen Verbrauch. Anlagen zur Gewinnung und Verwertung von Bodenschätzen gab es der fehlenden Rohstoffbasis wegen außer Ziegeleien und Kalköfen nicht. Eine neuere amtliche Publikation gibt die Zahl der Industrieunternehmungen vor dem Kriege mit 3134 an, wobei aber sämtliche kleine Betriebe mitgerechnet sind.

Den K r i e g hat die litauische Industrie verhältnismäßig gut überstanden. Das Land stand unter deutscher Verwaltung; es mußte sich zwar den Kriegsnotwendigkeiten fügen, doch gingen andererseits von der Militärverwaltung mancherlei Anregungen aus. Eine Reihe von kriegsnötigen Betrieben wurde neu begründet. So entstanden an zahlreichen Stellen Sägewerke und Anlagen zur Gewinnung elektrischer Kraft, die dem Lande bei Räumung durch die deutschen Truppen verblieben.

Vor einer völlig neuen Lage sah sich die litauische Industrie bei der Gründung des litauischen Staates gestellt. Ihr früheres Absatzgebiet, das große russische Reich, auf das sie sich nach Qualität und besonders auch nach Quantität ihrer Erzeugnisse eingestellt hatte, war ihr verlorengegangen. Für die Großindustrie galt es somit die alten A b s a t z m ä r k t e zurückzugewinnen oder neue zu suchen. Solange dieser Prozeß noch nicht abgeschlossen ist, muß die Produktion eine wesentliche Einschränkung erfahren. Arbeitslosigkeit in den beiden Mittelpunkten litauischen gewerblichen Lebens, Kowno und Schaulen, mußte die Folge sein. Dazu kommt der in Litauen besonders stark ausgeprägte G e l d - u n d K a p i t a l - m a n g e l, die finanzielle Schwierigkeit, in der sich der Staat befindet und die g e r i n g e A u f n a h m e f ä h i g k e i t d e s h e i m i s c h e n M a r k t e s, der durch die schwankenden Ernten ungünstig beeinflußt wird. Auf die Konjunktur der Memelländischen Industrie (Holzbearbeitung) wirken zudem andere Faktoren, die unten näher erörtert werden sollen.

Für die Entwicklung der litauischen Industrie ist es bezeichnend, daß sie durch die Wirtschaftspolitik des Staates in eine Richtung gedrängt wird, die in der objektiven ökonomischen Lage des litauischen Wirtschaftsgebietes keine Begründung finden kann. Wie die meisten in der Nachkriegszeit entstandenen Kleinstaaten, versucht auch Litauen, sich in gewerblicher Beziehung auf eigene Füße zu stellen. Letztes Ziel ist auch hier die Erreichung eines möglichst autarken Zustandes. Es äußert sich dieses Bestreben nicht nur in der Außenhandels- und Zollpolitik, sondern auch in der unmittelbaren Industriepolitik des Staates und in der großen Zahl von Neugründungen gewerblicher Unternehmungen in den ersten Nachkriegsjahren. In dem Zeitraum 1921—1924 sind in Litauen folgende Unternehmungen ins Leben gerufen worden:

| Zahl  | der Unternehmungen der                           | mit Arbeitskräften |
|-------|--|--------------------|
| 21    | Flachsbearbeitung . . . . .                      | 586                |
| 21    | Papier- und polygraphische Bearbeitung . . . . . | 551                |
| 32    | Holzbearbeitung . . . . .                        | 432                |
| 10    | Metallbearbeitung . . . . .                      | 126                |
| 28    | Mineralbearbeitung . . . . .                     | 527                |
| 20    | Bearbeitung von Viehprodukten . . . . .          | 123                |
| 136   | „ „ Lebensmitteln . . . . .                      | 1452               |
| 16    | „ chemischer Erzeugnisse . . . . .               | 292                |
| 6     | Elektrische Stationen . . . . .                  | 126                |
| <hr/> |  |                    |
| 290   |  | 4215               |
| 89    | Kombinierte Unternehmungen . . . . .             | 758                |
| <hr/> |  |                    |
| 379   | Unternehmungen mit . . . . .                     | 4973               |

## 2. Bodenständige Industrien.

Die gegenwärtige litauische Industrie kann in zwei Gruppen geschieden werden: in die bodenständigen und nicht bodenständigen Industriezweige. Wie das Schwergewicht der Produktionspolitik in dem Agrarstaat Litauen naturgemäß auf der landwirtschaftlichen Erzeugung ruhen muß, so erstreckt sich auch die wichtigste industrielle Entwicklung in erster Linie auf land- und forstwirtschaftliche Produktionsgewerbe, deren Roh- bzw. Halbstoffe auch dem Exporthandel des Landes das Gepräge geben. Diese gewerblichen Unternehmungen beziehen ihre Rohstoffe ganz oder zum größten Teil aus der heimischen Agrarproduktion und führen sie in verarbeiteter Form dem Inlandsverbrauch oder als Halb- oder Fertigfabrikate dem Ausland zu. Sie sind also einerseits bodenständig und haben ferner die Bedeutung landwirtschaftlicher Nebengewerbe. Hierunter fallen die meisten Zweige der Lebensmittelindustrie: die Mühlen- und Spiritusindustrie, das Brauereiwesen, die Konservenherstellung, die Flachsverarbeitung, die Herstellung von Ziegeln, Glas usw.

In die Gruppe der überwiegend bodenständigen Industrien fällt auch die Lederindustrie in Schaulen. Vor dem Kriege arbeitete hier neben vier kleineren gut eingerichteten Werken mit Maschinenbetrieb, die Lederfabrik von C. H. Fränkel. Sie war schon damals nach westeuropäischem Muster mit neuzeitlichen Maschinen eingerichtet, beschäftigte 800—1000 Arbeiter und erzielte einen Jahresumsatz von rund 20 Millionen Mark. Verarbeitet wurden schwere überseeische und deutsche Häute. Einheimisches Rohmaterial fand nur in geringem Umfang Verwendung. Nahezu sämtliche Gerbereien arbeiteten nach dem pflanzlichen Gerbverfahren mit Gerbauszug und Lohe, die in den Wäldern Litauens selbst gewonnen wurde. Hauptabsatzmarkt der Lederproduktion war das gesamte russische Wirtschaftsgebiet.

In der Nachkriegszeit ist die Schaulener Lederindustrie den Verhältnissen entsprechend wieder aufgebaut. Von Bedeutung sind zwei Großbetriebe mit je

300 Arbeitern. Die Industrie hat also hinsichtlich ihrer Größenstruktur aus den veränderten Absatzverhältnissen die Konsequenzen gezogen. Neuerdings sind z. T. erfolgreiche Versuche unternommen worden, die alten Absatzgebiete wieder zu gewinnen.

Neben der Lederindustrie verdient die Holzverarbeitung Beachtung. In der holzbearbeitenden und verarbeitenden Industrie sind insgesamt 1200 Arbeiter beschäftigt. In Litauen nehmen die erste Stelle die Sägemühlen ein, die jedoch nur in geringem Umfange für den Export arbeiten. Sie sind infolge der Bedürfnisse, die durch die Agrarreform hervorgerufen sind und einen erhöhten Inlandsbedarf an bearbeitetem Holz hervorrufen, voll beschäftigt.

Anders liegen die Verhältnisse in Memel. Bei Ausbruch des Krieges waren, abgesehen von einigen größeren Betrieben in Heydekrug und Ruß, allein in Memel 15 Dampfschneidemühlen, eine Zellulosefabrik und zwei Schälffabriken (Sperrplattenfabriken) in Betrieb, die 600 000 Festmeter Holz verarbeiteten, während 1924 nur noch 120 000 Festmeter zur Verarbeitung gelangen konnten. Heute stehen die 60 Gatter des Gebietes fast sämtlich still. In der Stadt Memel arbeiten nur noch die Zellulosefabrik und eine Sperrplattenfabrik. Die Ursache dieses erschreckenden Niederganges steht nicht so sehr im Zusammenhang mit der Preis- und Absatzfrage, wenn auch der Preissturz auf dem Weltmarkt und die Absatzkrise nicht außer Betracht bleiben dürfen, als vor allem mit dem Fragenkomplex, der mit dem Problem der Flößung auf dem Memelstrom zusammenhängt, das an anderer Stelle ausführlich behandelt werden wird. Wie die Verhältnisse seit Beendigung des Krieges liegen, ist die Memeler Holzindustrie neben dem bei weitem nicht ausreichenden Bezug von Rundholz aus den memelländischen Forsten in seiner Rohstoffversorgung allein auf Litauen angewiesen. Dieses ist aber nicht in der Lage, den Rohstoffbedarf auch nur annähernd zu decken. Der Einschlag Litauens beträgt gegenüber den Mengen, die verarbeitet werden könnten, im besten Falle 8—10%. Zu hohe Rohstoffpreise auf den Auktionen ergeben außerdem so hohe Produktionskosten, daß die Werke beim Verkauf der Schnittware im Verhältnis zum Weltmarktpreise Verluste erleiden und zu Stilllegungen schreiten mußten. Der noch 1922 an 225 000 Festmeter betragende Export ging daher im Jahre 1925 auf 63 800 Festmeter zurück.

### 3. Nichtbodenständige Industrien.

Bereits vor dem Kriege wies Litauen einen bedeutenden nichtbodenständigen Industriezweig auf: die Kownoer metallverarbeitende Industrie, die sich eine gewisse Position innerhalb der Metallindustrie Rußlands gesichert hatte. Es handelt sich um zwei deutsche Unternehmungen, die mit einem eigenen Walzwerk verbundene Schraubenfabrik von Tillmann, in der 1600 Arbeiter beschäftigt wurden und die jährlich 13—14 000 t Eisen verbrauchte, ferner die Schmidtsche Schloßfabrik, eine Aktiengesellschaft mit 1,5 Millionen Rubel Kapital und 800 Arbeitern. Diese Betriebe hatten die Möglichkeit, auf dem Wasserwege aus Deutschland Rohstoffe und billige Kohle heranzuschaffen, und konnten so

erfolgreich mit größeren und älteren Werken Rußlands konkurrieren. Gegenwärtig haben die metallverarbeitenden Fabriken Kownos ihren Betrieb wieder aufgenommen, aber, wie die Lederindustrie, den veränderten Absatzverhältnissen entsprechend nur in beschränktem Umfange. Während sie vor dem Kriege etwa 1600 Arbeiter beschäftigten, beträgt ihre Arbeiterzahl in der Gegenwart nur 650. Wie schwer es der litauischen Metallindustrie fällt, im Westen des Landes sich den Markt zu erobern, zeigt der Umstand, daß es ihr bisher nicht gelungen ist, im Memelgebiet vollständig Fuß zu fassen.

Neben der Metallindustrie ist von einiger Bedeutung die Herstellung von Zündhölzern, die von 37 Millionen Schachteln 1921 auf 53,5 Millionen im Jahre 1925 gestiegen ist. Nach dem Kriege haben besondere Förderung erfahren die Farbenindustrie, die Herstellung künstlicher Düngemittel, die Elektroindustrie, die Kartonnagenfabrikation und die Tabakindustrie, deren Produktionsziffern erheblich angestiegen sind; verarbeitet wurden in ganz Litauen 1921 237 t, 1925 773,1 t Tabak. Der memelländische Zweig der Tabakverarbeitung ist aber in den letzten Jahren erheblich zurückgegangen.

Alle diese Industrien werden durch die Tatsache charakterisiert, daß sie ihre Rohstoffe und zum Teil auch die Hilfsstoffe aus dem Ausland beziehen müssen. Für die Ausfuhr werden jene meist auf schmaler finanzieller Basis aufgebauten Betriebe kaum jemals zu arbeiten in der Lage sein, da bei dem Fehlen heimischer Bodenschätze die Produktionsmöglichkeiten und infolgedessen die Konkurrenzfähigkeit ungünstig sind. Aus diesem Grunde ist denn auch der ursprüngliche sehr weitgehende Plan einer Industrialisierung des Landes von der Regierung bereits zum größten Teil aufgegeben. Der notorische Geldmangel in Verbindung mit Kreditteuerung macht ihn gegenstandslos. Hebung der Bodenkultur und Steigerung der landwirtschaftlichen Erträge sind die allein möglichen und ökonomisch zweckmäßigen Betätigungsgebiete innerhalb der litauischen Wirtschaft, denn für die neugegründeten Industrien haben sich trotz allen Zollschutzes in der letzten Zeit schier katastrophale Schwierigkeiten herausgebildet. Wir sind der Ansicht, daß auch die Gründung einer Industriebank, welche das Kreditbedürfnis der Industrie auch nur unvollkommen befriedigen könnte, an ihrer Lage nichts zu ändern vermag, denn es sind in letzter Linie die Probleme des Absatzes, die von entscheidender Bedeutung sind.

## IV. Kaufbedürfnis und Kaufkraft.

### 1. Allgemeines.

Das Kaufbedürfnis der litauischen Bevölkerung in der Vorkriegszeit war außerordentlich gering, ein Zeichen für die Armut des Volkes, das zudem jahrhundertlang von der Kulturentwicklung der westeuropäischen Staaten bewußt ferngehalten wurde. Statistisches Material aus der Vorkriegszeit liegt nicht vor, wie auch für die Gegenwart zahlenmäßige Unterlagen, die Anspruch auf Zuverlässigkeit erheben könnten, nur teilweise zu beschaffen sind.

Mit der Neugründung des litauischen Staates setzt in bescheidenen Grenzen eine Kulturbewegung ein. Der Elan, mit dem der Gedanke endlicher Befreiung vom Joch der Russen und Polen unter die Massen getragen wurde, löste das, was an Kulturauftrieb im litauischen Volke gebunden lag, aus, und erweckte naturgemäß mit dem Streben nach Fortschritt auch das Verlangen nach bisher unbekanntem materiellen Kulturgütern. Das in den ersten Jahren nach der Staatsgründung dem Lande von amerikanischen Litauern (Auswanderern) in nennenswertem Maße zufließende Kapital ermöglichte die Verwirklichung solchen Strebens: die Kaufkraft stieg.

Ihre natürliche Grenze mußte das Kaufbedürfnis an der kulturellen Unbildung der großen Volksmassen, an seiner Unwissenheit und schweren Belehrbarkeit finden, die Kaufkraftentwicklung aber wurde gehemmt durch die geringen Verdienstmöglichkeiten (Absatzschwierigkeiten in der Industrie, geringwertige Produktion der Landwirtschaft) und durch die ungeheure Kapital- und Kreditnot. Wenn es mit amerikanischer Hilfe gelang, eine stabile Währung zu begründen, und wenn auch, wie oben bemerkt, der Privatwirtschaft erhebliche Beträge zufließen, so konnte damit doch nicht die Tatsache, daß Litauen auch nach dem Kriege ein armes Land blieb, aus der Welt geschaffen werden.

Ein anderes Moment ist in diesem Zusammenhang von Wichtigkeit. Die Aufblähung des staatlichen Verwaltungsapparats verschlang einen großen Teil des Nationaleinkommens und des Arbeitsverdienstes der Bevölkerung, der vielleicht auf eine bessere Lebensführung hätte verwendet werden können. Für ein so kleines, im Verhältnis zu Westeuropa rückständiges und armes Agrarland wie Litauen, ist es unmöglich, einen vollausgebildeten Staatsapparat im Stile größerer Länder aufzuziehen, ihn nutzbringend zu beschäftigen und wirtschaftlich rationell auszunützen. Diplomatische Vertretungen, Heer und Verwaltung verschlingen Summen, die, da das alleinige Staatsvermögen, die Forsten, im Ganzen bereits erschöpft sind, durch Steuern, Zölle, Akzisen und Monopole aufgebracht werden und notwendigerweise zur immer weiteren Verarmung des Volkes führen müssen. Ein Teil der Summen, die dem Staat von den erwerbenden Kreisen zufließen, wird allerdings in Form von Löhnen und Gehältern der Staatsangestellten anderen Bevölkerungskreisen wieder zugeführt und tritt somit doch wieder als Kaufkraftelement in Erscheinung. Doch werden die Beamten und Staatsangestellten in Litauen mit Ausnahme der wenigen in leitender Stellung befindlichen so dürftig besoldet, daß Löhne und Gehälter nur zur Bestreitung der allernotwendigsten Bedürfnisse ausreichen.

## 2. Kaufkraft und Landwirtschaft.

Die Entwicklung der Kaufkraft und damit auch die Entfaltung des vorhandenen Kaufbedürfnisses hängt in Litauen wie in jedem Agrarstaat in erster Linie von der landwirtschaftlichen Entwicklung ab. Litauen ist auch heute noch ein typisches Agrarland, unbeschadet der oben geschilderten Anfänge einer sich

notgedrungen in bescheidenem Umfange vollziehenden Industrialisierung. Da nur geringe Barmittel vorhanden sind und die Bevölkerung sozusagen von der Hand in den Mund lebt (geringe Sparkasseneinlagen!), hängt die Kaufkraft in der Hauptsache von dem Ertrag der jeweiligen Ernte ab. Gute Ernten zeitigen erhöhte, schlechte verminderte Kaufkraft. Die Exportziffern geben daher ein anschauliches Bild von der Entwicklung der Kaufkraft, wobei jedoch die oben erwähnten allgemeinen Momente, die auf die Gestaltung der Kaufkraftverhältnisse von Einfluß sind, berücksichtigt werden müssen.

Einen weiteren brauchbaren Maßstab für die Entwicklung der Kaufkraft in der Landwirtschaft und damit für 85% der Bevölkerung Gesamtlitauens bieten Richtung und Maß der landwirtschaftlichen Konsumtion. Die Höhe der Einfuhr von landwirtschaftlichen Maschinen, Düngemitteln, Zuchtvieh und Saaten zwecks Verbesserung der Bodenkultur, der Viehhaltung usw. ist ein geeignetes Barometer für die jeweilige Kaufkraft, das zugleich Aufstieg oder Stillstand der kulturellen Entwicklung anzeigt. In diesem Zusammenhang gewinnt die Tatsache Bedeutung, daß im Jahre 1926 die Einfuhr von landwirtschaftlichen Maschinen zurückgegangen ist. Eine gewisse Belebung wird die Kaufkraft erfahren, sobald die diesjährige Ernte realisiert ist.

Die Kaufkraft der in der Landwirtschaft beschäftigten Arbeiter ist gering, da die Löhne als außerordentlich niedrig bezeichnet werden müssen. Gezahlt werden einem Landarbeiter nach der „Elta“ durchschnittlich 3,50 Lit in Großlitauen, dagegen beträgt im Memelgebiet der Durchschnittsatz 4,50 Lit. Am niedrigsten sind die Löhne im Kreise Utena, wo die Männer 2,50 und die Frauen sogar nur 1,50 Lit erhalten.

Welche Einwirkungen die Agrarreform auf die Gestaltung der Kaufkraft der landwirtschaftlichen Bevölkerung ausübt, läßt sich exakt nicht bestimmen, doch steht es außer Frage, daß Einflüsse von dieser Seite eine nicht zu unterschätzende Rolle spielen. Und zwar in mehrfacher Hinsicht. Infolge der grundlegenden Veränderung der Betriebsverhältnisse hat eine Strukturveränderung nicht nur des Kaufbedürfnisses sondern auch der faktischen Nachfrage stattgefunden: es werden zum großen Teil andere Maschinen und Geräte, andere Konsumartikel usw. benötigt als vor dem Kriege. Zudem bedingt die Errichtung der Neuwirtschaften mit ihren Wohn- und Wirtschaftsgebäuden einen Bedarf an Baumaterialien, Bauwerkzeugen usw. in einem früher nicht gekanntem Umfange. Hinsichtlich der Kaufkraft sind die Wandlungen nicht minder tiefgreifend. Die wirtschaftlich starke Schicht der russischen, polnischen und deutschen Großgrundbesitzer ist im Verschwinden begriffen, ohne daß ein vollgültiger Ersatz an ihre Stelle getreten wäre. Die Neusiedler befinden sich nach übereinstimmendem Zeugnis wissenschaftlicher Sachverständiger in einer ungünstigen wirtschaftlichen Lage, ohne zunächst die Möglichkeit zu haben, ihre Position grundlegend verbessern zu können, da der Kapital- und Geldmangel die notwendigen staatlichen Unterstützungen, vor allem die Kreditgewährung über das ökonomisch tragbare Maß hinaus einschränkt. So

ist nicht nur der Neusiedler, sondern auch der alteingesessene litauische Bauer weitgehend von der jeweiligen Konjunktur, d. h. vom Ernteausschlag, abhängig, der sich, wie oben angedeutet, denn auch regelmäßig in aller Schärfe auswirkt.

### 3. Arbeitslosenfrage.

Die schwierige Lage der litauischen Industrie ist in Abschnitt III geschildert worden. Sie hat zu einer verhältnismäßig umfangreichen Arbeitslosigkeit und damit zur völligen Vernichtung der Kaufkraft in den Industriearbeiterkreisen, besonders Memels, geführt.

Da die soziale Fürsorge und Sozialversicherung in Litauen noch in den ersten Anfängen steckt, hat man auch mit der Registrierung der Arbeitslosen erst in den letzten Jahren begonnen und sie auf Kowno beschränkt. Nach Angabe des Magistrats waren am 1. April 1925 in Kowno allein 2275 Arbeitslose vorhanden. Im Winter 1925/26 betrug die Zahl der unbeschäftigten Arbeiter in Kowno etwa 4500, in ganz Litauen rund 10 000. Noch Ende Juli 1926 wurden in Kowno 2170 Arbeitslose registriert, davon 480 Frauen. 1921 bis 1923 betrug die Zahl der registrierten Arbeitslosen in Kowno dagegen:

| Registrierte Arbeitslose |      |
|--------------------------|------|
| 1921                     | 2090 |
| 1922                     | 2190 |
| 1923                     | 2300 |

Selbst wenn man annimmt, daß auch diese Zahlen zu günstig sind, so erhellt aus ihnen doch, daß die Arbeitslosigkeit in der litauischen Hauptindustriestadt sich seit 1923 erheblich vermehrt hat. Die Not der Arbeitslosen ist so groß geworden, daß die Stadt Kowno sich seit dem Vorjahre gezwungen sieht, helfend einzugreifen und daß selbst das Innenministerium sich mit der Arbeitslosenfürsorge hat beschäftigen müssen. Eine gesetzliche Regelung der Arbeitslosenunterstützung gibt es im Gegensatz zum Memelgebiet noch nicht.

Die Rückwirkung der Arbeitslosigkeit auf die Kaufkraft der Bevölkerung zeigt sich im Rückgang des Konsums, also auch des Imports. Auch die Zahl der Selbstmorde aus wirtschaftlicher Not ist 1925 gegenüber 1924 gestiegen.

Die Arbeitslosigkeit im Memelgebiet ist in dem Maße gestiegen, wie die Holzindustrie zum Erliegen kam, denn 90% aller Arbeitslosen stellt heute das Holzgewerbe. Während in der Stadt Memel im Jahre 1924 im Monatsdurchschnitt 415 Arbeitslose registriert wurden, waren es 1925 bereits 502 im Monatsdurchschnitt. Dabei läßt sich nachgewiesenermaßen immer nur ein Teil der Arbeitslosen registrieren. In den Wintermonaten wies allein die Stadt Memel ständig über 1000 Arbeitslose auf, bei einer Gesamteinwohnerzahl von rund 38 000 Personen. Selbst im Hochsommer sank die Zahl der Memeler Arbeitslosen nicht unter 300—500.

Zwingender als durch die Not der Arbeitslosen und die Bürde an sozialen Lasten, die sie für den Staat und die großen Gemeinden bedeuten, und die aus den geschilderten Verhältnissen resultiert, kann das Bedürfnis nach Öffnung des

Memelstroms für die Holzflößerei nicht erwiesen werden. Wenn es nicht bald gelingt, der wirtschaftlichen Vernunft gegenüber politischen Einflüssen zum Siege zu verhelfen, so dürften die Verhältnisse in nicht zu ferner Zeit einer Katastrophe zutreiben. Die Öffnung des Memelstroms würde für Litauen und besonders für das Memelgebiet Arbeits- und Verdienstmöglichkeit, erhöhte Kaufkraft, Rückgang der Arbeitslosigkeit und Wohlstandsbildung bedeuten.

#### 4. Die Kaufkraft des Staates.

Die größte Rolle als Konsument spielt in Litauen der Staat. Sein Kaufbedürfnis ist am stärksten, da er die größte Zahl der Nur-Konsumenten, die Heeresangehörigen, zu versorgen hat und zudem als Verwalter der Verkehrsmittel als Käufer auftritt. Das Kaufbedürfnis des Staates ist im Gegensatz zu dem der einzelnen Bürger verhältnismäßig stabil. Als monopolistischer Verkehrsunternehmer hat sein Konsum die Tendenz zu steigen: diese Tendenz findet aber eine Grenze in der Höhe der hierfür bestimmten Staatseinnahmen, die wiederum mit der allgemeinen Produktions- und Beschäftigungskurve in Zusammenhang steht. Daß auch die Kaufkraft des Staates zu Bedenken Anlaß gibt, beweisen die Ersparnisdebatten im litauischen Sejm.

#### 5. Die Kaufkraft der Litwährung.

Obwohl die Litwährung formal als Goldwährung anzusprechen ist — die Deckung besteht nur teilweise in Gold und beruht in der Hauptsache auf Papierdollar, — so hat sie im Inlande doch nicht die Kaufkraft einer reinen Goldwährung. Da Litauen zahlreiche lebensnotwendige Erzeugnisse aus dem Auslande einzuführen gezwungen ist und die meisten Auslandswaren mit mehr oder weniger hohen Eingangszöllen belegt sind, findet eine künstliche Erhöhung der Weltmarktpreise um die Zollsätze statt, wodurch de facto eine Verminderung der Kaufkraft der Litwährung gegeben ist. Die notwendige Einschaltung des Handels zwischen Weltmarkt und den litauischen Produzenten einerseits und Konsumenten andererseits bewirkt die Angleichung der Preise für die im Inland erzeugten Waren an die künstlich erhöhten Weltmarktpreise, so daß die Kaufkraft des Lit allgemein unter seinem Goldwert steht.

Je mehr der Staat die Waren durch Zölle verteuert, um so geringer wird die Kaufkraft des Lit im Inland. Neue Zölle und Steuern bedeuten ohnehin immer Verringerung der Kaufkraft der Landeswährung, da mit der gleichen Geldsumme nach der Zollerhöhung nur ein entsprechend geringeres Quantum an Wareng ekauf werden kann. Soll der Konsum nach Zollerhöhungen nicht herabgemindert werden, so müssen Lohnsteigerungen eintreten, ein Vorgang, der sich in Litauen bei der Bedeutungslosigkeit der Arbeitnehmerorganisationen und dem Ueberangebot an Arbeitskräften gewöhnlich aber nicht vollzieht. Zu beachten ist ferner, daß Lohnerhöhungen im Regelfalle Erhöhungen der Preise zur Folge haben, durch welche die infolge Lohn- und Gehaltssteigerungen zustandegekommene zusätzliche Kaufkraft meist mehr denn ausgeglichen wird.

## 6. Abhängigkeit des Konsums von der Kaufkraft.

Wie der faktische Konsum mit sinkender Kaufkraft schwindet, zeigt das Memelgebiet. Die seit etwa drei Jahren stagnierende Wirtschaft hat die Einnahmen der produzierenden und werktätigen Bevölkerungskreise soweit herabgemindert, daß die effektive Nachfrage gegenwärtig überaus stark gesunken ist. Der anhaltende Rückgang des Imports von Luxuswaren ist für die ange deuteten Zusammenhänge symptomatisch. Auf allen Gebieten wird im Handel darüber geklagt, daß Qualitätswaren kaum noch abzusetzen sind, da von der Bevölkerung nur die allerdingendsten Bedürfnisse befriedigt werden können.

## 7. Voraussichtliche Entwicklung der Kaufkraft.

In dem Maße wie der Staatsapparat eingeschränkt und rationalisiert werden wird und infolgedessen weniger direkte und besonders indirekte Steuern erhoben zu werden brauchen, wird die Kaufkraft der Bevölkerung, gute Ernten vorausgesetzt, sich allmählich heben. Die Entwicklung der Kaufkraft der Industriearbeiterschaft ist darüber hinaus abhängig von der gewerblichen Konjunktur, von den Beschäftigungs- und Absatzmöglichkeiten der litauischen Industrie, der nur teilweise und bedingt eine günstige Prognose gestellt werden kann.

Soweit etwa aufzunehmende Anleihen von Staat und Gemeinden zur Schaffung produktiver Anlagen oder zur Rationalisierung landwirtschaftlicher oder gewerblicher Betriebe, sowie von Verkehrsanlagen verwandt werden, können sie zur Hebung der Kaufkraft beitragen, selbst wenn verhältnismäßig hohe Zinsen gezahlt werden müssen. Durch die Herstellung der Bahn Schaulen—Memel würden ganze Landesteile wirtschaftlich erschlossen und die Kaufkraft der Landbevölkerung ebenso gehoben werden, wie durch eine Modernisierung der Landwirtschaft überhaupt, durch Verbesserung der Vieh- und Pferdezucht, sowie der Ernteerträge usw.

## 8. Löhne und Preise.

Eine brauchbare Lohn- und Preisstatistik liegt nicht vor. Für das Memelgebiet wird zwar der Lebenshaltungsindex halbmonatlich berechnet und publiziert. Es hat aber wenig Wert, sich mit diesen Zahlen zu beschäftigen, da sie bis jetzt immer noch vergeblich zur Unterlage von Lohn- und Gehaltsverhandlungen mit der Regierung gemacht worden sind. Die Entlohnung der litauischen und memelländischen Beamten und Arbeiter richtet sich nicht so sehr nach den Lebenshaltungskosten, als nach den Beträgen, die für diese Zwecke zur Verfügung stehen. (Auf den hiermit indirekt in Beziehung stehenden Zusammenhang zwischen Korruption und Entlohnung kann im Rahmen dieser Untersuchung nicht eingegangen werden, da die in der Presse mitgeteilten Angaben zwar ein allgemeines Bild in dieser Beziehung ermöglichen, aber die Einzelfälle je nach Parteirichtung und Einstellung zur jeweiligen Regierungsmehrheit tendenziös geschildert werden, und die Möglichkeit der Ueberprüfung nicht gegeben ist). Als Beispiel für die Unterentlohnung mögen die oben angeführten Löhne der Landarbeiter dienen.

## 9. Die Kaufkraft an einzelnen Waren gemessen.

Die Kaufkraft der Bevölkerung in der Vorkriegszeit läßt sich für Litauen zahlenmäßig nicht feststellen. Will man dennoch ein anschauliches Bild von den Kaufkraftverhältnissen gewinnen, so bleibt, da ein zeitlicher Vergleich unmöglich ist, nur eine Gegenüberstellung mit dem Konsum anderer Länder übrig. Nur bei einzelnen Waren ist es möglich, aus den Zahlen der Jahre 1924 und 1925 die steigende bzw. fallende Tendenz der Kaufkraft festzustellen.

Anmerkung: Wo nichts anderes bemerkt ist, beziehen sich die errechneten Konsumzahlen auf das Jahr 1925. Als Bevölkerungsziffer wurde angenommen die Bevölkerung Litauens bei der Volkszählung von 1923 = 2 028 971 Personen plus einem Zuwachs für die Jahre 1924 und 1925 von 0,2% pro Jahr = 8116 Personen, sodaß sich für Litauen Ende 1925 eine Gesamtbevölkerung von 2 037 087 Personen ergibt. Dazu kommt das Memelgebiet mit 141 274 Einwohnern nach dem Stande der Volkszählung von 1925. Für ganz Litauen einschließlich des Memelgebiets ergibt sich demnach eine Bevölkerungsziffer von rund 2 178 500 Personen Ende 1925.

K a f f e e. Der in Litauen verbrauchte Kaffee muß eingeführt werden. Daher kann die Einfuhrziffer der Konsumziffer gleichgesetzt werden. Der an sich rege Schmuggelhandel von Kaffee aus Deutschland, besonders an der Memelgrenze ist zahlenmäßig nicht festzustellen und muß daher unberücksichtigt bleiben. Die Gesamtkaffeinfuhr betrug 1925: Rohkaffee 261 to und gebrannter Kaffee 75 to, im ganzen 336 to oder 336 000 kg; der Verbrauch pro Kopf beträgt somit 0,154 kg, wobei zu berücksichtigen ist, daß nach der Mißernte des Jahres 1924 der Kaffeeverbrauch 1925 wesentlich zurückgegangen sein dürfte.

Z u c k e r. Auch die Zuckereinfuhr ist dem Konsum gleichzusetzen, ebenfalls unter Nichtberücksichtigung des Schmuggels über die deutsch-litauische Grenze. Eingeführt werden 14 146 to Streuzucker und 5 665 to Stückzucker, zusammen 19 801 to oder 19 801 000 kg. Es ergibt sich pro Kopf der Bevölkerung ein Verbrauch von 9,09 kg.

### Alkoholische Getränke.

a) B i e r k o n s u m. Verbraucht wurde die ganze einheimische Produktion.

| Jahr | Gesamtproduktion | Verbr. pro Kopf der Bevölkerung im gesamten Gebiet | Produkt. in Liter in Litauen allein | Verbr. pro Kopf der Bevölkerung in Litauen | Produkt. in Liter allein im Memelgebiet | Verbr. pro Kopf der Bevölkerung in Liter im Memelgebiet |
|------|------------------|--|-------------------------------------|--|---|---|
| 1924 | 11 707 229       | 5,3  | 9 886 079                           | 4,9  | 1 821 150                               | 12,9  |
| 1925 | 8 584 212        | 3,9  | 6 625 112                           | 3,3  | 1 959 100                               | 13,9  |

b) W e i n k o n s u m. Eingeführt wurden 266 000 Liter und produziert 42 523 Liter Obstweine, insgesamt also wurden verbraucht im Jahre 1925 308 523 Liter d. h. auf den Kopf der Bevölkerung entfielen 0,14 Liter.

c) B r a n n t w e i n k o n s u m. Verbraucht wurden im Jahre 1924 in ganz Litauen Branntwein mit 40% reinem Alkoholgehalt pro Kopf der Bevölkerung 2,5 Liter. Im Jahre 1925 ging der Branntweinkonsum zurück.

T a b a k. Im Jahre 1924 wurden verarbeitet 729 243 kg, pro Kopf der Bevölkerung mithin 0,335 kg verbraucht. Im Jahre 1925 wurden verarbeitet 773 066 kg; der Verbrauch pro Kopf der Bevölkerung betrug 0,354 kg.

B a u m w o l l e. Im Jahre 1925 wurden eingeführt 470 000 kg Garne aus Baumwolle und 2 031 000 kg Baumwollstoffe, verbraucht wurden insgesamt 2 501 000 kg, auf den Kopf der Bevölkerung entfallen also 1,44 kg.

## V. Handels- und zollpolitische Maßnahmen.

### A. Zollpolitik.

#### 1. Allgemeines.

Als das Geschick der litauischen Republik in die Hände der provisorischen Regierung gelangte, waren die Produktionskräfte des Landes halb zerstört, das wirtschaftliche Leben lahmgelegt, die Kaufkraft der Bevölkerung auf ein Mindestmaß zusammengeschrumpft. So stand die erste Regierung vor einer unsagbar schweren, komplizierten Aufgabe: der Beschaffung der Mittel für die Deckung des mehr und mehr wachsenden staatlichen und militärischen Bedarfs, des Wiederaufbaus der produktiven Kräfte, der Organisation der Volksernährung. Im Zusammenhang mit der Lösung dieser Aufgaben mußte eine regellose Einfuhr nicht unbedingt notwendiger Waren verhindert werden. Zu diesem Zwecke erfolgte im April 1919 die Errichtung der Zollgrenze der Litauischen Republik mit der dazugehörigen staatlichen Kontrolle. Durch Gesetz vom 14. November 1919 wurde eine Grenzzone von 15 km festgelegt, innerhalb welcher der freie Handel verboten war, und für die Ein- bzw. Ausfuhr nach dem Innern des Landes oder nach dem Auslande die Genehmigung der Zentralregierung und der örtlichen Selbstverwaltung eingeführt wurde. Hierdurch wurde die Regierung in die Lage versetzt, einen bestimmenden Einfluß auf Richtung und Umfang des auswärtigen Handels zu erlangen: sie ließ zur Einfuhr nur die dringendsten Bedarfsgüter und zur Ausfuhr die heimischen Produktionsüberschüsse zu. In vielen Fällen mußte sie in der ersten Zeit selbst die Ein- und Ausfuhr in der angedeuteten Richtung organisieren; so entstand das staatliche Flachsmonopol, das allerdings der mangelhaften Organisation wegen weder dem Staate noch den Produzenten zugute kam.

Von der Aufrichtung der Republik bis zur Gegenwart weist die Zollpolitik Litauens zwei deutlich ausgeprägte Stadien auf. Die erste Periode dauerte für die Einfuhr bis Anfang des Jahres 1924 und für die Ausfuhr bis zu Beginn des Jahres 1923. Das charakteristische Merkmal dieser Periode ist durch die Drosselung der Ausfuhr gegeben. Bezüglich der Einfuhr hat man sich weder für einen starken Zollschutz, noch für freihändlerische Maßnahmen erklärt, sondern ist den Mittelweg einer gemäßigten Zollpolitik gegangen. Während dieser Periode wurden die Zölle in Prozenten des deklarierten Wertes der zollpflichtigen Waren erhoben. Das „Ad Valorem-System“ hat in Litauen bis zum 25. Februar 1924 Geltung gehabt.

Die zweite Periode der Handelspolitik ist sehr erheblich durch die schutzzöllnerischen Bestrebungen beeinflusst, die in dem Zolltarif vom 13. April 1924 zum Ausdruck kamen und eine andere Art der Zollberechnung mit sich brachten. Da die alte Berechnung der Zölle nach dem deklarierten Werte der zollpflichtigen Waren mit zahlreichen Kontrollmaßnahmen und Vorkehrungen gegen Unterschleife verbunden war, wurde der Verkehr sehr erschwert; das System gab den Zollpflichtigen vielfach Veranlassung, den Wert möglichst niedrig anzugeben, was zu zahlreichen Mißhelligkeiten führte. Man ist deshalb in dem neuen Zolltarif zu spezifischen Zöllen übergegangen, die einfacher erhoben werden können. Die Wertzölle wurden sogar dort inhiibiert, wo Gewichts- oder Stückzölle ihrer Natur nach nicht zweckentsprechend sind.

## 2. Die Einfuhr-Zollgesetzgebung.

Der erste litauische Zolltarif wurde am 8. Mai 1919 verkündet. Man hatte ihn in aller Eile aufgestellt, ohne sich der Mühe zu unterziehen, eine genauere Klassifizierung der Waren durchzuführen. Er wurde in 8 Gruppen nach der Höhe der erhobenen Prozentsätze eingeteilt, und im Laufe der Zeit wurden je nach Umständen und Bedürfnissen die Waren aus einer in die andere Gruppe übertragen.

Zu der ersten Gruppe gehörten Waren, für die keine Einfuhrzölle erhoben wurden: Getreide, Samen, Gemüse, Fleisch, Geflügel, Schmalz, Milch, Eier, Fische, Salz, Tiere, Düngemittel aller Art, rohe unbearbeitete Felle, unbearbeitetes Holz, Pflanzen, Heu und Stroh, unbearbeitete Steine, Gummi und Kautschuk, Metall und Mineralerde, usw. Diese Gruppe wurde später noch durch folgende Verordnungen ergänzt: das Gesetz vom 2. April 1920 gestattet zollfrei einzuführen landwirtschaftliche Maschinen und deren Teile, Sensen, Spaten, Gabeln u. a., ab 13. November 1920: Steinkohle, Koks, Anthrazit, Briketts, Torf und Holzkohle, Zellulose usw.; ab 28. Juni 1922: Ziegel, Glas, Kalk, Zement usw. und schließlich ab 18. Dezember 1923: Zuchtvieh und Zuchtgeflügel, unbearbeitete Baumwolle usw.

Zweite Gruppe. Nach dem Einfuhrzolltarif vom 8. Mai 1919 waren die folgenden Waren mit 5% Zoll zu belegen: Mehl und Graupen, Früchte und Beeren, getrocknete Pilze, Nüsse, Tee aller Art, Zucker, Honig, und verschiedene besonders nicht genannte Delikatessen, Körner und Hufe, verarbeitetes Holz, Ton aller Art, Gips, Zement, Kreide, Talg, Kalk, Asphalt, Schmieröle und Petroleum Wolle, Flachs, Hanf, Jute usw. Nach dem Weltkrieg fehlte es Litauen zeitweise an Lebensmitteln. Diese allernotwendigsten Bedarfsartikel wurden entweder zollfrei eingeführt oder aus fiskalischen Gründen mit ganz geringem Zoll belegt. Das Gesetz vom 13. November 1920 fügt dieser Gruppe folgende Waren zu: Treibriemen aller Art, Fensterglas, unbearbeitete Watte, Lumpen aller Art, Metalle, Späne, Platten, Bleche, Bänder, Stäbe auch mit anderen Metallen überzogen usw.; ab 28. Juni 1922: Paraffin, Stearin u. a. und ab 18. Dezember 1923: Personen- und Kraftautos und deren Teile, Drahtnägeln und Holzschrauben.

Zu der dritten Gruppe, Genußmittel und entbehrliche Bedarfsmittel, wurden mit einem 15%igen Zoll belegt: Kakao, Kaffee und Kaffeeersatzstoffe, Schokolade, Konfekt und Konditorwaren, Bier und Met, Kerzen und Lichte, Zwirn und Garn, aus Seide, Gewebe aller Art aus Baumwolle, Flachs und Hanf, Tüll, Stickereien usw. Das Gesetz vom 13. November 1920 ver-

minderte die Zahl der zu dieser Gruppe gehörenden Waren und übertrug einen Teil der Positionen als Luxusartikel in die IV. und V. Gruppe mit höherem Zoll. Eine weitere Verordnung vom 28. Juni 1922 überträgt ferner Hefe und Tee aller Art u. a. und die Verordnung vom 18. Dezember 1923: Kartoffeln, Gemüse, Margarine, Uhren aus Gold, Silber und Platin, Gummi- und Kautschukfabrikate, Schuhwerk aller Art, Hüte für Männer und Frauen, Mützen, Schirme aller Art, usw. in diese Gruppe.

**Vierte Gruppe:** Einen 20 %igen Zoll trugen Pasteten und Konserven aller Art, Tabakfabrikate aller Art, bearbeitete Pelzwaren, Bildhauerarbeiten, Fabrikate aus Ton, Gips, Zement, als Zimmer- und Gartenschmuck, Fabrikate aus Bernstein, Horn und Meerscham, Zündhölzer u. a. Das Gesetz vom 13. November 1920 ergänzte diese Gruppe noch durch Taschenuhren und deren Teile, Zwirn und Garn aus Seide, Gewebe aus Baumwolle, Wolle, Jute usw. Das Gesetz vom 28. Juni 1922 übertrug außerdem noch aus der III. in diese Gruppe folgende Waren: Fleisch aller Art, Fisch- und Gemüsekonserven, Kakao und Kerzen, das Gesetz vom 18. Dezember 1923 fügte schließlich einige neue Artikel hinzu wie: Toilettenseife, Kleider, Wäsche, Kinderspielzeug aller Art usw.

**Fünfte Gruppe.** Nach dem Zolltarif vom 8. Mai 1919 waren mit 25% Zoll belegt: Branntwein, Likör und Schaumwein, wertvolle bearbeitete und unbearbeitete Steine, kosmetische Präparate und Parfümerien aller Art; ätherische und wohlriechende Öle, Erzeugnisse aus Gold, Silber und Platin, Spielkarten u. a. Das Gesetz vom 13. Mai 1920 übertrug aus anderen Gruppen und ergänzte die Gruppe V mit: Drahtnägeln und Holzschrauben, Apfelsinen, Mandarinen, Pfirsichen, Weintrauben, Schokolade und Konfekt, Stickereien und Spitzen, Spielzeug aller Art usw. Das Gesetz vom 18. Dezember 1923 ergänzte die Gruppe durch frisches Fleisch, Butter, Eier, Geflügel usw.

Zu der sechsten Gruppe des Zolltarifs vom 8. Mai 1919 gehörten alle in den Gruppen I bis V nicht besonders genannten Waren; sie wurden mit 10% Zoll belegt. Das Gesetz vom 18. Dezember 1923 übertrug Waren aus anderen in diese Gruppe, wodurch sich der Zoll für folgende Waren verminderte: Personenautos, Motor- und Fahrräder, Motorboote, Taschenuhren, Tabak in Blättern usw.

In der siebenten Gruppe des Zolltarifs vom 8. Mai 1919 wurden diejenigen Waren, deren Einfuhr nach Litauen verboten, aufgezählt: Pulver und andere Sprengstoffe, sämtliche Arten von Waffen und Schießapparaten, Geschosse und Patronen aller Art, Stöcke usw. mit Messern, Klingen und Waffen, Erzeugnisse aus Margarine, sodann sämtliche gegen die Religion und gute Sitten verstoßenden Gegenstände, ferner Etiketts, Korken, Flaschen und sonstige Verpackungsmittel mit Aufschriften ausländischer Firmen ohne die dazu gehörenden Waren, endlich ausländische Lotterielose. Ein Teil der in diesem Abschnitt aufgeführten Gegenstände konnte gegen einen Zoll für behördliche Institute (10% des deklarierten Wertes) eingeführt werden, wenn der Finanz-, Handels- und Gewerbeminister hierzu seine Bewilligung erteilte.

**Achte Gruppe.** Das Gesetz vom 28. Juni 1922 erhöhte die Zölle auf 50% des deklarierten Wertes bei folgenden Waren: Kolonialwaren, Apfelsinen, Mandarinen, Pfirsichen, Ananas, Weintrauben, Nüssen, alkoholischen Getränken aller Art, Schokolade, Konfekt und Konditorwaren, Früchten und Beeren mit Zucker zubereitet, Tabakfabrikaten aller Art (ausgenommen Blättertobak), Fabrikaten aus Schildpatt, Perlmutter und Elfenbein, bearbeitete und unbearbeitete wertvolle Steine, Fabrikate aus Gold, Silber und Platin, Gewebe aus Seide und

Halbseide usw. Da diese größtenteils rein fiskalischen Zölle sich zu hoch erwiesen, haben sie eine ausgesprochen prohibitive Wirkung gehabt und dadurch die staatlichen Zolleinnahmen beträchtlich geschmälert. Infolgedessen hat das Gesetz vom 18. Dezember 1923 sie herabgesetzt und in zwei Abschnitte eingeteilt: 1. mit 40% Zoll belegt wurden: Apfelsinen, Mandarinen, Pfirsiche, Ananas, Weintrauben, Weine aller Art, Spiritus, Branntwein, Likör, Kognak, Konditorwaren, Tabak, kosmetische Waren und Parfümerien, wohlriechende Öle und 2. mit 25% Zoll: Schokolade, Vanille, Safran, Zimmt, Fabrikate aus Schildpatt, Perlmutter, Elfenbein, Galanteriewaren, Seide, Kleider, Wäsche aller Art usw.

Die Zollpolitik Litauens wurde in ihrer ersten Periode durch folgende Momente beeinflußt: möglichst billige Versorgung des Volkes mit lebensnotwendigen Waren und Werkzeugen, Schutz der Industrie, die Sorge um die Verbesserung der Handelsbilanz; da die Zölle geeignet schienen, die Einnahmen des Staates zu erhöhen, so hat das finanzielle Moment bestimmend mitgesprochen.

### 3. Ausfuhrreglementierung und Ausfuhrzölle.

Unterschiedlich entwickelte sich die Ausfuhrreglementierung. In vielen Ländern Europas zeigte sich nach Beendigung des Krieges ein großer Bedarf an Nahrungsmitteln, für die hohe Preise angeboten wurden. Litauen hielt es deshalb für notwendig, sich gegen die regellose Ausfuhr der noch vorhandenen knappen Lebensmittelbestände durch ein Lizenz-System zu wehren. Der Zolltarif vom 8. Mai 1919 besagte, daß die Ausfuhr nicht zollpflichtig sei, doch wurde sie von der Genehmigung des Handelsministeriums abhängig gemacht. Kurze Zeit nach Einführung dieses Systems wurden jedoch für einige Ausfuhrwaren Zölle festgelegt, die allmählich immer mehr Positionen umfaßten. Das Gesetz vom 10. November 1920 gewährte nämlich dem Finanzminister das Recht, Exportwaren mit Abgaben zu belegen.

Solange Litauen keine eigene Währung hatte, bestand mit dem Sinken der deutschen Ostmark die Gefahr eines Ausverkaufs der Volkswirtschaft, so daß im Herbst 1921 infolge des starken Sturzes der deutschen Mark eine außerordentliche Erhöhung der Ausfuhrzölle vorgenommen werden mußte. Sie wurde von zwei Gesichtspunkten geleitet: einem wirtschaftlichen, mit dem Ziel gegen den Ausverkauf zu Preisen, die unter denjenigen des Weltmarkts lagen, anzukämpfen, und einem finanziellen, der die mit der Geldentwertung eintretende Zerrüttung der Finanzen entgegenzutreten im Auge hatte. Besonders einschneidend waren diese Maßnahmen bei Getreide, Futtermitteln und Kartoffeln, da ihre Wirkung einem Ausfuhrverbot nahekam und Deutschland ganz besonders hart traf. Das Lizenzsystem für die Ausfuhr wurde formell erst durch das Gesetz vom 10. Juni 1923 aufgehoben, aber lückenlos hatte es tatsächlich nur zwei Jahre bestanden, da bereits das Gesetz vom 17. Juni 1921 gestattete, manche Waren gegen Entrichtung der Ausfuhrzölle auch ohne Bewilligung des Handelsministers auszuführen.

#### 4. Die Zolltarife vom 13. April 1924 und 3. Januar 1926.

Der neue Zolltarif vom 13. April 1924 stellt eine Übersetzung des im Jahre 1916 revidierten russischen Zolltarifs unter Außerachtlassung aller ergangenen Ergänzungen und Erklärungen des Senats und des Zolldepartements dar. Er ist nach der inneren Zusammengehörigkeit der Waren (systematisch) aufgebaut und zerfällt in 10 Abschnitte mit 534 einzelnen Positionen.

Die erste Gruppe umfaßt Lebensmittel und Vieh. Bei der Festsetzung der Zollsätze hat man im allgemeinen die Warenpreise als Grundlage herangezogen. Mit besonders hohen Zöllen sind folgende Waren belegt: Arbusen, Kürbis (mit 166,6% des Wertes), Ananas, Apfelsinen, Mandarinen, Bananen (mit 176%), Rosinen und schwarze Pflaumen (mit 60%), Schokolade (mit 43%), Salz gemahlen (mit 100%), ungemahlen (mit 83%) usw. Nicht ganz so hoch waren die neuen Zölle auf Erzeugnisse aus Viehprodukten. Zu niedrig erwies sich der Zoll auf Holzzeugnisse, Holz- und Flechtfabrikate, da für Produkte dieser Art ausreichend Rohstoffe in Litauen vorhanden sind. In der Gruppe der keramischen Fabrikate und Material für Keramik haben die Zölle prohibitiven Charakter. Bei Heizstoffen, Gummi, Kautschuk und Kautschukfabrikaten schwankt der Zoll zwischen 6 und 20%. Die Höhe der Zölle bei Rohstoffen und Erzeugnissen der chemischen Industrie, bei Metallen, Erzen und deren Fabrikaten ist stark differenziert. Besonders hohe Zölle wurden schließlich auf Fertigfabrikate der Gruppe Textilien und deren Fabrikate sowie der Gruppe Manufakturen, Kleidungsstücke und Galanteriewaren gelegt. Zu den bis jetzt verbotenen Einfuhrwaren fügte der Zolltarif von 1924 noch Kokoskörner, Rauchopium, Kakao-schalen und Spielkarten hinzu.

Bei Einführung des neuen protektionistischen Zolltarifs war es oberstes Prinzip, die heimische Produktion zu schützen. Man hat an erster Stelle an die Interessen der Landwirtschaft gedacht. Um ihre Entfaltung zu fördern, gestattete man, Düngemittel aller Art, Zuchtvieh, Samen usw., soweit sie im Inlande nicht produziert werden können, zollfrei aus dem Auslande zu beziehen. Ferner können um die im Wachsen begriffene Industrie zu erhalten und weiter zu entwickeln, die im Inlande fehlenden Rohstoffe und Maschinen unter erleichterten Bedingungen entweder zollfrei oder mit geringeren Zöllen belegt, eingeführt werden.

Man war bestrebt, die Wirtschaft Litauens so zu intensivieren, daß sich die Einfuhr mit der Ausfuhr ausbalanciert. Der Ausgleich der Handelsbilanz ist das zweite entscheidend wichtige Motiv, das für die Gestaltung des Zolltarifs maßgebend war. Doch darf die Bedeutung des fiskalischen Moments, in letzter Linie auch die Einwirkung der allgemeinen hochzöllnerischen Tendenzen in Europa bei der Ausgestaltung des litauischen Zollsystems nicht unterschätzt werden. Dieselben Gründe werden amtlicherseits für die Zolltarifsnovelle vom 3. April 1925, die am 3. Januar 1926 in Kraft getreten ist, angegeben. Die starke Passivität des Außenhandels im Jahre 1925 hatte eine Verminderung des Devisenfonds und Schmälerung der Depositenbestände zur Folge. Die Möglichkeit, daß infolge der Passivität der Handelsbilanz das Budget ins Schwanken geraten würde und ein verstärkter Notendruck mit

inflationistischen Wirkungen notwendig werden könnte, führte zu scharfen Maßnahmen. Als einzigen schnell wirksamen Ausweg sah die Regierung die Erhöhung der Zölle an.

So wurden die Zölle auf Baumwoll-, Halbseide- und Wollgewebe, Webwaren, Spitzen und Spitzenarbeit, Wäsche und Kleider bedeutend erhöht. Durch Fernhalten ausländischer Manufakturwaren versuchte man günstigere Produktions- und Absatzverhältnisse für die Inlandsindustrie zu schaffen und sie weiter auszubauen. Dieselbe Tendenz läßt sich auch bei den anderen wichtigeren Industriezweigen beobachten.

Schon vor dem Weltkriege war die Metall- und Lederindustrie so stark entwickelt, daß sie auf den großen russischen Absatzmarkt angewiesen war. Zur Zeit hat sich, wenn auch nicht in so großem Maße, die Lage dieser Industriezweige belebt. Um beide genannten Industriezweige konkurrenzfähiger und für den Export geeigneter zu gestalten, können die notwendigen Rohstoffe (z. B. Roheisen, Rohhäute) zollfrei eingeführt werden, während man bestrebt ist, die Einfuhr von Halb- und Fertigfabrikaten durch hohe Zölle zu unterbinden. Darüber hinaus aber verfolgt die Zollpolitik in manchen Fällen auch die Tendenz, neue Industriezweige zu schaffen; dies gilt beispielsweise von der Glasindustrie, der durch zollprotektionistische Maßnahmen gewisse Entwicklungsmöglichkeiten gegeben werden sollen.

Der neue Zolltarif hat auch die Einfuhrzölle auf Nahrungsmittel und Getränke erhöht, wie z. B. auf Gemüse, Früchte und Beeren bis 233%, auf Nüsse aller Art, Pilze und verschiedene andere Delikatessen bis 400%, auf Wein und Spiritus bis 599%. Mit besonders hohen Zöllen wurden naturgemäß Luxuswaren belegt, darunter auch die Zölle für Pianos, Flügel, Orgeln und verschiedene andere Musikinstrumente. Als rein fiskalisch sind die Zollsteigerungen auf Zucker, Salz, Kaffee, Tee usw. anzusprechen.

Ein Einfuhrverbot besteht wie früher nur noch für Waffen, Sprengstoffe und ausländische Lotterielose.

Was die Ausfuhr betrifft, so steht es dem Handelsminister frei, mit Zustimmung des Ministerkabinetts Abgaben auf Ausfuhrwaren festzusetzen; doch bestehen z. Zt. nur noch Ausfuhrzölle auf Flachs, Holz und Futtermittel.

Prämienpolitik. Seitens der litauischen Regierung hat man der Hebung des Butterexports besondere Aufmerksamkeit zugewandt. Zu den hierauf abzielenden Maßnahmen gehört eine vor kurzem eingeführte öffentliche Butterexportprämie für die beste Buttersorte. Es ist die einzige Prämie, die in Litauen besteht.

Mit steigender Entwicklung des litauischen Wirtschaftslebens verstärkt sich die Notwendigkeit, die Handelsbeziehungen mit dem Auslande durch Abschluß von Handelsverträgen weiter auszugestalten. Auf Grund des autonomen Einheitszolltarifs wurden alle Staaten gleich behandelt. Da aber der autonome Tarif außenhandelspolitischen Zwecken nicht mehr ausreichend zu dienen vermochte, hielt man es für zweckmäßig, bis zur Ausarbeitung eines Doppeltarifs in den gegenwärtigen Zolltarif eine Bestimmung aufzunehmen, die für Waren, die aus Staaten eingeführt werden, mit denen Litauen noch keinen Handels-

vertrag abgeschlossen hat, den Zoll mit einem 30 % ige n A u f s c h l a g festsetzte. Für Waren, die aus denjenigen Staaten eingeführt werden, mit denen Litauen Handelsverträge über die Meistbegünstigung hinaus abgeschlossen hat, kann der im Zolltarif bestimmte Zoll bis zu 30 % ermäßigt werden. Die Ausführungsbestimmungen festzusetzen, steht dem Finanzminister zu. Nach der Verordnung des Finanzministers sollte die Bestimmung über unterschiedliche Behandlung von „Vertrags-“ und „Nichtvertragsstaaten“ im Juni 1926 in Kraft treten. Kurze Zeit nach Verkündung jener Maßnahme hat die litauische Regierung von 8 Staaten Anträge zum Abschluß von Handelsverträgen erhalten. Da es unmöglich war, in kurzer Zeit eine derartige Vielzahl von Handelsverträgen abzuschließen, war der Finanzminister genötigt, die Verordnung wieder aufzuheben und auf ihre Ausführung für absehbare Zeit zu verzichten. So ist die zollpolitische Behandlung aller Staaten in praxi bis jetzt die gleiche geblieben.

## B. Handelsvertragspolitik.

### 1. Allgemeines.

Die litauische Zollpolitik trägt bisher einen weitgehend autonomen Charakter; Konventionaltarife auf Grund von Handelsverträgen sind bisher nicht wirksam geworden. Es hat deshalb die litauische Handelsvertragspolitik mehr allgemeine Fragen des wirtschaftlichen Zusammenarbeitens mit den anderen Staaten geklärt.

Auffallend ist die Erscheinung, daß Litauen nur eine sehr geringe Zahl von Handelsverträgen abgeschlossen und insbesondere — mit alleiniger Ausnahme Deutschlands — mit den Nachbarstaaten endgültige Abkommen nicht getroffen hat. Bei den engen wirtschaftlichen Bindungen, die nun zweifellos mit den Nachbargebieten bestehen, bedarf diese Tatsache einer Erklärung. Sie kann nur in außerwirtschaftlichen Momenten gefunden werden. Es handelt sich um die politische Konstellation, in die Litauen hineingestellt ist, und die sich als derartig kompliziert erweist und so viele Reibungsflächen hervortreten läßt, daß eine Überwindung derselben bisher nicht möglich gewesen ist.

### 2. Lettland.

Wenn wir uns nunmehr den einzelnen Nachbarstaaten zuwenden, so ist das wirtschaftliche Verhältnis zwischen Litauen und Lettland zwar nicht als schlecht zu bezeichnen, doch treten auch hier Reibungsflächen schwerwiegender Art in Erscheinung. Im „Länderbericht Lettland“ ist darauf hingewiesen worden, daß die Bestrebungen, die auf einen großen baltischen Staatenbund hinausliefen, an der Haltung Litauens gescheitert sind und zwar nicht zuletzt daran, daß sich für Litauen ein Zusammenarbeiten mit Polen als unmöglich herausstellte. Es ist aber auch bisher nicht zu dem Abschluß eines regulären Handelsvertrages mit Lettland gekommen. Litauen befürchtet die Eroberung seines industriellen Marktes durch die stärker entwickelte lettländische Industrie, während Lettland der von Litauen geforderten Vormachtstellung hinsichtlich der Be-

lieferung mit Agrarprodukten nicht glaubt zustimmen zu können. So ist es denn bislang nur zu dem Abschluß eines vorläufigen Wirtschaftsabkommens zwischen beiden Staaten gekommen, das, im Dezember 1925 unterzeichnet, allgemein die Meistbegünstigung vorsieht. Tarifverhandlungen, die im Januar 1926 eingesetzt haben, sind aus den oben erwähnten Gründen nicht zu einem positiven Ergebnis gediehen.

### 3. Rußland.

Im Gegensatz zu den russischen Randstaaten sind die Beziehungen zur Sovet-Union von Anbeginn an freundlich gewesen. Es hängt dies letzten Endes damit zusammen, daß Litauen in Rußland den großen Feind Polens erblickt und von ihm Unterstützung gegenüber letzterem erhofft. Die Grundlage der politischen und wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Litauen und der Sovetunion ist der zwischen beiden Staaten am 12. Juli 1920 in Moskau abgeschlossene Friedensvertrag, der folgende wirtschaftlich bedeutsamen Punkte enthält. Im Artikel I wird festgesetzt, daß die Tatsache der ehemaligen Abhängigkeit Litauens von Rußland jenem keinerlei Verpflichtungen Rußland gegenüber auferlegt. Desgleichen besagt Art. VIII, daß beide vertragschließenden Parteien gegenseitig auf alle Verrechnungen, die sich aus der früheren Zugehörigkeit Litauens zu dem ehemaligen russischen Kaiserreich ergeben, verzichten. Rußland verpflichtet sich im Art. IX, die während des Krieges evakuierten Gegenstände aller Art, u. a. Archive, Dokumente, vermögensrechtliche Urkunden, usw., zurückzusenden. Art. X befaßt sich mit den Bankeinlagen litauischer Staatsangehöriger; der folgende Artikel dagegen mit dem 1914—17 evakuierten Eigentum litauischer Staatsangehöriger oder Genossenschaften, Gesellschaften und Aktiengesellschaften. Art. XII regelt Litauens Haftung aus russischen Schuld- und anderen Verpflichtungen jeder Art. In wirtschaftlicher Beziehung ist besonders wichtig der Art. XIII, der folgenden Wortlaut hat:

1. Die vertragschließenden Parteien erklären sich bereit, möglichst bald nach der Ratifizierung dieses Vertrages in Verhandlungen zum Abschluß von Handels- und Transitverträgen zu treten.

2. Dem Handelsvertrag soll das Prinzip der Meistbegünstigung zu Grunde gelegt werden.

3. Dem Transitvertrag sollen folgende Prinzipien zu Grunde gelegt werden:

a) Die Waren, die als Transitgut das Territorium einer der vertragschließenden Parteien passieren, dürfen mit keinerlei Abgaben noch Steuern belegt werden;

b) die Frachttarife für die Transitwaren dürfen die Frachttarife für gleichartige Waren lokaler Bestimmung nicht übersteigen.

Anmerkung: Bis zum Eintritt normaler Verhältnisse werden die gegenseitigen Transitbeziehungen zwischen Rußland und Litauen von den gleichen

Prinzipien geleitet werden. Die übrigen Transitbedingungen werden durch besondere provisorische Abmachungen normiert.

4. Die Handelsflotten Rußlands und Litauens benutzen gegenseitig die Häfen der vertragschließenden Parteien mit gleichen Rechten.

Da bisher ein endgültiger Handelsvertrag zwischen beiden Staaten noch nicht zum Abschluß gelangt ist, bilden die in Art. XIII angegebenen Richtlinien die Grundlage der bisherigen litauisch-sovetrussischen Beziehungen, wobei betont sei, daß die Abmachungen über den Transport infolge der Sperrung der litauisch - polnischen Grenze de facto nicht zur Geltung gebracht werden konnten.

Der polnisch-litauische Gegensatz führte im September 1926 erneut zu einer in der Hauptsache politisch gefärbten Konvention zwischen Rußland und Litauen. Für die wirtschaftliche Betrachtung ist es wichtig, daß jener Vertrag erst die Vorbedingungen zu dem Abschluß eines Handelsvertrages zwischen beiden Staaten geschaffen hat. Eine aus Litauern und Memelländern bestehende Delegation begann im November 1926 in Moskau Verhandlungen, die sich auf die Erweiterung der litauisch-russischen Handelsbeziehungen, insbesondere auch auf die Ausnutzung des Memeler Hafens für die russische Ein- und Ausfuhr erstreckten. Es ist selbstverständlich, daß Rußland großes Gewicht auf die Freigabe des Memelstromes für die russische Holzflößerei legt. Für russisches Holz sollen litauischerseits weitgehende Vergünstigungen gewährt werden. Der litauische Handelsvertragsentwurf sieht ferner vor, daß in die Zahl der Staaten, welche größere Vergünstigungen genießen können, als das Meistbegünstigungsrecht festsetzt, Deutschland einbezogen wird, daß also die sogenannte Baltische Klausel eine erhebliche Erweiterung erfahren soll. Daß vor allem Litauen wesentliche Vorteile von einem Handelsvertrag mit der Sovet-Union erwartet, geht aus den Verhandlungen anläßlich der Ratifikation des Moskauer Vertrages im Kownoer Sejm hervor. Ein Vertreter der Regierungsparteien erhofft von dem Vertrag eine starke Belebung der beiderseitigen Handelsbeziehungen, vor allem auch des Transitverkehrs, da Litauen die natürliche Brücke zwischen Rußland und Westeuropa ist. Es fehlt allerdings auch nicht an skeptischen Stimmen, die derlei positive Resultate als unwahrscheinlich bezeichnen. Man weist darauf hin, daß Rußland bisher nicht einmal die Bestimmungen des Friedensvertrages von 1920 erfüllt habe, so die Überlassung von 100 000 ha Wald zur Nutzung. Ehe diese Frage bereinigt sei, könne man ein neues Vertragsverhältnis nicht eingehen. Die litauische Wirtschaftskrise würde dadurch am ehesten behoben werden können, wenn die Werte, die während des Krieges aus Litauen nach Rußland evakuiert wurden, zurückgegeben werden. Die neuerdings völlig veränderte Zusammensetzung der litauischen Regierung, in der diejenigen Elemente dominieren, die Rußland abwartend gegenüberstehen, macht es wahrscheinlich, daß der Abschluß eines Handelsvertrages mit der Sovetunion wieder in weite Ferne gerückt ist.

#### 4. Polen.

Vertraglich geregelte Wirtschaftsbeziehungen zwischen Litauen und seinem östlichen Nachbarn P o l e n existieren nicht. Politisch und wirtschaftlich befinden sich beide Staaten bis zur Gegenwart formal im K r i e g s z u s t a n d. Es ist diese Tatsache sowohl für die Wirtschaftslage Litauens wie für diejenigen polnischen Gebietsteile, die an dasselbe grenzen, endlich aber auch für das Memelland höchst bedeutsam und überaus nachteilig geworden. Der Kernpunkt der Gegensätze ist kein wirtschaftlicher, sondern ein machtpolitischer. Es handelt sich um den S t r e i t u m W i l n a und die angrenzenden Gebiete, die auf Grund des Moskauer Friedens von 1920 an Litauen gefallen waren und trotz der am 7. Oktober 1920 abgeschlossenen litauisch-polnischen Konvention von Suwalki durch den Handstreich des polnischen Generals Zeligowski zwei Tage später Polen einverleibt wurden. Wirtschaftlich gesehen ist die W i l n a f r a g e f ü r L i t a u e n e i n e L e b e n s f r a g e. Es sind nicht so sehr die historischen Ansprüche auf Wilna als der alten litauischen Hauptstadt, sondern wirtschaftliche Notwendigkeiten, die es Litauen nicht gestatten, die polnische Annektion anzuerkennen. „Litauen bedarf der Stadt deshalb unbedingt, weil ihr Besitz allein die unmittelbare Grenze mit Rußland garantiert, und dem litauischen Staat erst ein Verkehrsnetz in die Hand gibt, über dem ein staatlicher Wirtschaftskörper aufgebaut ist. Litauen ist wirtschaftlich gesehen Transitland, und auf die Dauer nur als solches lebensfähig. Heute sind ihm alle Bahnen an entscheidender Stelle abgeschnitten und sein ganzes, sowieso schwach entwickeltes und unter einseitig strategischen Gesichtspunkten aufgebautes Verkehrssystem verstümmelt.“ (Schierenberg, Die Memelfrage als Randstaatenproblem. 1925. S. 59). Dem Ziele der Rückgewinnung des Wilnagebietes dient die gesamte litauische Außen- und Wirtschaftspolitik, und nur unter diesem Gesichtspunkt ist der Vertrag mit Rußland vom 28. September 1926 zu würdigen, der russischerseits erneut die Anerkennung der Berechtigung der litauischen Ansprüche auf Wilna bringt. Auch die neuerliche politische Umwälzung in Litauen kann an dem bisherigen Zustand nichts ändern. So wird denn vorläufig auf längere Zeit die litauisch-polnische Grenze gesperrt bleiben. Ein direkter Warenverkehr irgend welcher Art zwischen beiden Staaten findet nicht statt.

#### 5. Deutschland.

Auch die d e u t s c h - l i t a u i s c h e n W i r t s c h a f t s b e z i e h u n g e n sind des öfteren durch politische Momente, so vor allem durch die Einverleibung des Memelgebiets und die antideutsche Politik ihm gegenüber, auf harte Belastungsproben gestellt worden. Doch ist es auch hier der litauische Gegensatz zum polnischen Nachbar gewesen, vor allem aber die engen wirtschaftlichen Bindungen, die ebengerade durch das Memelland zwischen Deutschland und Litauen bestehen, die zu einer vertraglichen Regelung der Handelsbeziehungen geführt haben. Wie stark die Bindungen sind, geht aus den nachfolgenden handelsstatistischen Abschnitten hervor. Am 31. Mai 1923 erfolgte die U n t e r z e i c h n u n g

eines Handelsvertrages zwischen Litauen und Deutschland, der aber erst Anfang Mai 1926 in Kraft getreten ist. Das Abkommen zerfällt in zwei Verträge. Der eine enthält die Bestimmung, daß beide Staaten aus den Ereignissen des Weltkrieges keine Ansprüche gegeneinander mehr herleiten wollen, während der andere Vertrag im eigentlichen Wortsinn als Handelsvertrag bezeichnet werden kann. Ihm liegt zu Grunde das Prinzip der Meistbegünstigung, das sich insbesondere erstreckt auf die Erhebung und Sicherstellung der Ein- und Ausfuhrzölle für die Gewerbe- und Bodenerzeugnisse der beiden vertragsschließenden Teile; den Erlaß und die Handhabung der Ein-, Aus- und Durchfuhrverbote; die Durchfuhr, die Wiederausfuhr und das Recht der zollamtlichen Lagerung; die Erhebung, Sicherstellung und Bemessung der örtlichen Gebühren; die Zollformalitäten; die Beförderung von Personen und Waren auf dem Land-, Wasser- und Luftwege; den Schutz des geistigen Eigentums, namentlich den Schutz von Patentrechten, Geschmacks- und Gebrauchsmusterrechten. Abschließend wird die Bereitwilligkeit ausgedrückt, in Bälde weitere Unterhandlungen über die Regelung des Postverkehrs, den Schutz des Urheberrechtes, den Ausschluß der Doppelbesteuerung, die Rechtshilfe in bürgerlichen Rechtsangelegenheiten, die konsularischen Beziehungen, die Behandlung der Nachlässe, die Regelung der Seuchenbekämpfung u. a. einzuleiten.

Bei Durchsicht des Vertragstextes kann man sich des Eindrucks nicht erwehren, daß das Abkommen in vielen Punkten einer Abänderung und Ergänzung bedarf. Es ist zu berücksichtigen, daß die Bestimmungen in einer Zeit festgelegt wurden, als in Deutschland der Währungsverfall besondere Verhältnisse geschaffen hatte; er enthält deshalb Bestimmungen, die Nachteile für Litauen vermeiden sollen, deren Entstehung Litauen damals auf die Gewährung der uneingeschränkten Meistbegünstigung zurückführte. Die Praxis der letzten drei Jahre hat zudem neue Voraussetzungen geschaffen, die zweifellos berücksichtigt werden müssen. Vor allem ist es notwendig, zu dem Abschluß eines Vollvertrages zu gelangen. Aus all diesen Gründen ist es erklärlich, daß der Vertrag, der unter ganz anders gelagerten Verhältnissen und Voraussetzungen zustande gekommen war, einen nennenswerten Einfluß auf die Entwicklung der beiderseitigen Wirtschaftsbeziehungen bisher kaum ausgeübt hat. Es ist bedauerlich, daß Maßnahmen, die von Litauen im Memelgebiet durchgeführt werden, den Fortgang der Zollverhandlungen immer wieder auf das empfindlichste benachteiligen, obgleich die litauische Regierung ihre Wirtschaftsdelegation, die Ende 1926 die Verhandlungen mit Deutschland wieder aufnehmen sollte, dem Grafen Subov unterstellt hatte, der als Exponent derjenigen für Litauen lebenswichtigen Interessen gilt, die eine Regelung mit Deutschland unter allen Umständen brauchen. Vielleicht kann als Symptom einer deutsch-litauischen Wirtschaftsverständigung die zu Beginn 1927 erfolgte Gründung eines deutsch-litauischen Wirtschaftsverbandes in Berlin angesehen werden, dem eine Reihe prominenter Persönlichkeiten des deutschen politischen und Wirtschaftslebens angehören.

## C. Hilfsmaßnahmen.

### 1. Verkehrspolitik.

Litauen gehörte in russischer Zeit zu den verkehrsmäßig besonders schwach entwickelten Landesteilen. Das *W e g e w e s e n* ist im Verhältnis zu den Nachbarstaaten Lettland und Deutschland in einem trostlosen Zustand. Von einiger Bedeutung ist nur die große Chaussee Tilsit-Tauroggen-Schaulen-Janischki-(Mitau).

Von den 2758 km *W a s s e r s t r a ß e n* sind 1977 km flößbar und nur 481 km schiffbar. Auch in dieser Beziehung ist noch vieles zu leisten.

Das *E i s e n b a h n n e t z* ist durch die Abtrennung Wilnas zerrissen. Von Bedeutung ist vor allen Dingen die Linie Eydtkuhnen-Kowno, mit der Fortsetzung einerseits nach Wilna, andererseits über Jonava-Schaulen-Moscheiki nach Libau. Von Moscheiki zweigt eine Bahn nach Mitau ab, von Radsivilischki über Ponevesch nach Dünaburg. Während des Krieges wurde die Bahnlinie Memel-Schoden(-Libau) eröffnet, die heute noch in Betrieb ist, ferner die Linie Tilsit-Tauroggen-Schaulen-Mitau, die gegenwärtig zum größten Teil außer Betrieb ist. Im südlichen Teil des Landes hat Bedeutung die von der Kowno-Eydtkuhnerer Strecke abzweigende Linie über Mariampol-Kalvarija-Alytus nach Grodno.

Am 1. Januar 1924 betrug die Gesamtlänge der litauischen Eisenbahnen 1600 km, von denen 1125 km Breitspur- und 475 km Schmalspurbahnen sind. Auf 100 qkm entfallen demnach 2,0 km Eisenbahnen. Zum selben Datum zählte Litauen 183 Lokomotiven und 3720 Waggons. Auch aus diesen Zahlen ist die relative Rückständigkeit des litauischen Eisenbahnwesens zu ersehen, woraus sich die verhältnismäßig kleine Zahl beförderter Reisenden erklärt, die bei erheblich größerer Einwohnerzahl als Lettland nur ein Drittel der dort beförderten Passagiere ausmacht.

Hinsichtlich der *V e r k e h r s p o l i t i k* steht im Mittelpunkt des Interesses der Maßnahmenkomplex, der die verkehrsmäßige Förderung des Transitwesens umschließt. Die litauische Verkehrslage würde einen Transitverkehr von Westen nach Osten bedingen. Der Wilnakonflikt hat aber bisher eine Förderung des Verkehrs von Süden nach Norden zur Folge gehabt, so daß bisher die in ostwestlicher Richtung verlaufenden Bahnen brach liegen. Als Transitlinie kommt heute nur die Strecke Riga-Kowno-Eydtkuhnen in Frage. — Über die internationalen Vereinbarungen ist im Länderbericht Lettlands das wichtigste gesagt.

### 2. Kreditpolitik.

Für die Entwicklung der Wirtschaft, insbesondere auch des Außenhandels ist die Kreditpolitik der Banken von ausschlaggebender Wichtigkeit. Die meisten heute in Litauen tätigen Kreditinstitute haben schon in der Vorkriegszeit bestanden. Nur ein kleiner Teil, darunter allerdings die größten Aktienbanken, so die Litauische Wirtschaftsbank und die Zentralbank, ist neu gegründet worden. Eine beherrschende Stellung nimmt die *B a n k v o n L i t a u e n*, die gleichzeitig Emissionsbank ist, ein. Ihre Umsätze sind doppelt so hoch wie die aller anderen

litauischen Aktienbanken. Für die Landwirtschaft ist die 1924 gegründete Agrarbank von besonderer Bedeutung. Die Abhängigkeit aller genannten Banken von der Bank von Litauen ist jedoch naturgemäß überaus groß. Die Litauische Bank kann aber als Emissionsbank der Wirtschaft mit Krediten nicht in notwendigem Ausmaß helfen. Sie muß sich auf die lebenswichtigen Zweige der Wirtschaft beschränken. 1926 wurde ein Drittel aller Kredite der Landwirtschaft zugeführt (18 055 Millionen Lit). Diese Kredite wurden wie folgt verteilt: für den Export 11 419 Millionen, für den Maschinenankauf 971 Millionen, für den Produktenkleinhandel 1008 Millionen, für landwirtschaftliche Verbände 2395 Millionen, Landwirte 1257 Millionen Lit. In der Industrie wurden von der Litauischen Bank in Form von Krediten etwa 22 200 Millionen angelegt, wobei in erster Linie Unternehmungen berücksichtigt wurden, die für den Export arbeiten. Auch auf dem Gebiete des Handels hat der Ausfuhrhandel eine besondere Berücksichtigung erfahren. Aus dem Gesagten geht hervor, daß die Bank von Litauen sich hauptsächlich die Kreditierung der für den Außenhandel wichtigen Zweige der Volkswirtschaft angelegen sein läßt, während die für den Inlandsmarkt wichtigen Wirtschaftszweige zu kurz kommen. Eine Besserung der Verhältnisse ist wohl ohne eine Auslandsanleihe nicht möglich, die jedoch nur unter bestimmten politischen Voraussetzungen zu realisieren ist. Deutschland verlangt einen Kurswechsel der litauischen Regierung gegenüber dem deutschen Memelland, während England eine Verständigung mit Polen über die Wilnafrage zur Bedingung macht. Litauen wird nicht umhin können, entweder der einen oder der anderen Forderung statt zu geben. Es läßt sich jedoch heute noch nicht übersehen, in welche Richtung die Entscheidung fallen wird. Nur eines kann bereits heute gesagt werden, daß nämlich Litauen nicht in der Lage ist, von sich aus die von der Wirtschaft benötigten Mittel zur Verfügung zu stellen.

## VI. Der Memelstrom und der Memeler Hafen.

Zu den schwierigsten Fragen der litauischen Wirtschaftspolitik gehört die wirtschaftliche Verschmelzung des Memellandes mit dem übrigen Wirtschaftskörper des litauischen Staates. Diese Verschmelzung ist bisher nur in sehr unzureichendem Maße, ja man kann sagen gar nicht verwirklicht worden. Das Memelgebiet führt auch heute noch zum Teil ein wirtschaftliches Sonderleben und ist durch die Abtrennung von Ostpreußen in mehr als einer Richtung schwer geschädigt worden. Die nachfolgende Darstellung wird zeigen, daß es ganz überwiegend politische Gründe gewesen sind, die die heute im Memelland herrschende Wirtschaftsdepression zur Folge gehabt haben.

### 1. Die politische Entwicklung der Memelfrage.

Bei Untersuchung der politischen Entwicklung der Memelfrage sind mehrere Perioden zu unterscheiden. Die erste umfaßt den Zeitraum bis zu der Brüsseler Konferenz, die zweite bis zum Litauereinfall, und die dritte umfaßt die Jahre

1923 und 1924, die durch die Verhandlungen über das Memelstatut ausgefüllt sind<sup>1)</sup>. Mit der Ratifikation des Vertrages von Versailles am 10. Januar 1920 schied das Memelgebiet aus dem deutschen Staatsverbande aus. Eine Zuteilung zu Litauen erfolgte jedoch noch nicht; vielmehr wurde Memel und das angrenzende Gebiet den alliierten und assoziierten Mächten übergeben, welche dasselbe am 15. Februar 1920 durch französische Truppen besetzen ließen.

Anfang 1921 wurde der erste Versuch unternommen, die Memelfrage endgültig zu lösen und zwar im Zusammenhang mit dem oben erwähnten Wilnaproblem. Unter dem Vorsitz des Belgiers Hymans tagte in Brüssel eine Konferenz, die die polnisch-litauischen Differenzen beilegen sollte. Das hier erörterte Hymans-Projekt sah eine vollständige, auch wirtschaftliche polnisch-litauische Union vor, bei gleichzeitiger formaler Unabhängigkeit beider Staaten. Es ist ohne weiteres klar, daß bei Durchführung des Hymans-Projekts Litauen sehr bald zu einer polnischen Kolonie geworden wäre. Um Litauen jedoch den Anschluß an Polen zu erleichtern, wurde die Angliederung des Memelgebiets, gleichsam als Morgengabe für den Unionstaat, in Aussicht gestellt. Kurz vor Annahme des Projektes durch Litauen hat dieses in letzter Stunde eine Kursänderung durchgeführt und das Projekt endgültig verworfen. Man hoffte nicht mit Unrecht in Litauen, den einzigen positiven Gewinn, nämlich das Memelland, auch auf andere und billigere Weise erlangen zu können.

In den beiden folgenden Jahren versuchte die französische Diplomatie, unterstützt durch die wirtschaftlichen Interessen und die öffentliche Meinung des Memellandes, dieses zu einem autonomen Gebiet auszugestalten. Es waren vor allen Dingen die Interessen des Handels, vornehmlich des Holzhandels und der Holzindustrie, die in der Autonomie günstigere Entwicklungsmöglichkeiten sahen, als in einem Anschluß an Litauen.

Die Bestrebungen, die auf die Schaffung eines Freistaates gerichtet waren, wurden jedoch plötzlich und scheinbar unerwartet durch den Litauereinfall vom 10. Januar 1923 vereitelt. Am 16. Januar besetzten die Litauer die Stadt Memel, die Franzosen mußten das Gebiet räumen und am 16. Februar 1923 erfolgte die folgenschwere Entscheidung der Botschafterkonferenz, die Litauen die Souveränität über das Gebiet unter einer Reihe von Bedingungen übertrug, die vorbehaltlos anzunehmen waren. Wirtschaftlich wichtig ist Punkt 3. Er fordert: „Organisation der Freiheit des Durchgangsverkehrs zur See, auf dem Fluß und zu Lande in einer Weise, welche den Interessen der litauischen und polnischen Gegenden Rechnung trägt, deren natürlicher Mündungspunkt Memel ist, und Schaffung einer wirtschaftlichen Verwaltung des Hafens von Memel, die seiner Entwicklung angepaßt ist, und welche besonders durch die Errichtung einer Freizone und durch die Anwesenheit qualifizierter Vertreter jede Gewähr gibt, daß die genannten interessierten Gegenden Litauens und Polens

<sup>1)</sup> Die Darstellung stützt sich auf R. Schierenberg, Die Memelfrage als Randstaatenproblem. 1925. S. 63 ff.

in diesem Hafen die für ihren Handel erforderlichen Erleichterungen finden werden.“ Punkt 6 bestimmt sodann die Ausarbeitung eines organischen Statuts des Memelgebiets, um dessen Fassung in der Folgezeit auf diplomatischem Wege gerungen wurde. Die Memelstatutverhandlungen der Jahre 1923 und 1924 betrafen vor allem die Frage der staatsrechtlichen Stellung des Gebietes innerhalb des litauischen Staates, die Frage des Transits und die Frage der Lastenübernahme sowie des Hafensrats. Die Verhandlungen gestalteten sich deshalb so schwierig, weil Frankreich auf dem Wege über das Memelstatut Polen Einflüsse auf litauischem und memelländischem Gebiet verschaffen wollte, die Litauen in ihrem ganzen Ausmaße erkannte, und deshalb den Alliierten nicht entgegentkam.

## 2. Das Memelstatut.

Nach langwierigen Verhandlungen kam es zum Abschluß des Memelabkommens, das am 16. Mai 1924 in Kowno vom litauischen Kabinett angenommen wurde. Dieses Memelabkommen bildet die Grundlage der gegenwärtigen Stellung des Memelgebiets innerhalb des litauischen Staates und ist auch für die Wirtschaftsentwicklung Memels von so ausschlaggebender Bedeutung geworden, daß die wichtigsten Punkte desselben hier angeführt seien.

In dem Artikel 2 des Allgemeinen Teils wird bestimmt, daß das Memelgebiet unter der Souveränität Litauens eine Einheit bilden solle, welche gesetzgebende, richterliche, Verwaltungs- und finanzielle Autonomie genießt. Artikel 12 besagt, daß die Staatsangehörigen fremder Mächte im Memelgebiet dieselben Rechte haben, wie die Bürger oder Korporationen Memels und Litauens in allem, was die Benutzung des Hafens und seiner Vorzüge, den Erwerb, die Pacht oder die Benutzung von Eigentum zu rechtmäßigem Handel bezweckt. In dem Anhang I wird u. a. in Artikel 5 die Zuständigkeit der örtlichen Behörden des Memelgebiets festgelegt, unter die als wirtschaftlich bedeutungsvoll fallen: Soziale Wohlfahrt und Arbeitsgesetzgebung; Lokalbahnen, außer denjenigen, die der litauischen Regierung gehören, Straßen, öffentliche Arbeiten lokalen Charakters; bürgerliche Gesetzgebung und Straf-, Agrar-, Forst- und Handelsgesetzgebung, einschließlich Gewichte und Maße; direkte und indirekte Steuern, die in dem Gebiet erhoben werden, mit Ausnahme der Zollabgaben, der Verbrauchssteuern, der Warensteuern und der Monopole auf Alkohol, Tabak und ähnliche Luxusartikel; Regelung der Holzflößerei und der Schifffahrt auf anderen Flüssen als der Memel und auf den Kanälen im Memelgebiet. Artikel 20 besagt u. a., daß die für den Schutz des Hafens erforderliche Polizeimacht von den Memeler Behörden zum Dienst unter den litauischen Behörden abkommandiert werden soll. Die Grenz- und Zollpolizei und die Eisenbahnpolizei wird von der litauischen Republik gestellt werden und ihr direkt unterstehen.

Der gesamte Anhang II befaßt sich mit dem Memeler Hafen, der laut Artikel 2 als international bezeichnet wird. Die Ausgaben, die sich aus der Instandhaltung und der Entwicklung des Hafens und der öffentlichen Wasserwege

ergeben, sollen von der litauischen Regierung bestritten werden (Artikel 4). Besonders wichtig ist die im Artikel 5 festgelegte **Z u s a m m e n s e t z u n g** d e r **H a f e n b e h ö r d e**, die besteht aus:

1. Einem Vertreter der litauischen wirtschaftlichen Interessen, der von der litauischen Regierung zu ernennen ist,

2. einen Vertreter der wirtschaftlichen Interessen des Gebiets, der von dem Direktorium des Gebiets zu ernennen ist,

3. einem Vertreter, der von dem Präsidenten des beratenden und technischen Komitees für Verkehr und Transit im Völkerbund ernannt wird. Dieses Mitglied soll nicht Bürger eines Uferstaates des Memelstroms sein. Es soll seine besondere Aufmerksamkeit auf die internationalen wirtschaftlichen Interessen richten, für welche der Hafen von Memel der natürliche Ausgang ist.

Nach Artikel 8 sollen alle Entscheidungen der Hafenbehörde mit Stimmenmehrheit gefaßt werden. Die übrigen Artikel des Anhangs II behandeln im einzelnen die Befugnisse der Hafenbehörde, ihr Arbeitsgebiet, die Stellung ihrer Mitglieder und endlich die Möglichkeit einer Revision ihrer Zusammensetzung nach einem Zeitraum von 5 Jahren.

Der für das Memelland besonders wichtige **T r a n s i t v e r k e h r** ist im Anhang III geregelt. Hier verpflichtet sich Litauen, im Hafen von Memel unter der Amtsgewalt der Hafendirektion eine Freizone einzurichten, die für die Lagerung, Bearbeitung und Zurichtung von Holz nichtlitauischen Ursprungs besonders geeignet ist, um bei allen diesen Verrichtungen jegliche finanzielle Belastung, Verzögerungen und Unzuträglichkeiten zu vermeiden, die sich aus der Erhebung von Zöllen ergeben könnten. Sägemühlen und andere Holzbearbeitungsbetriebe, ebenso wie die Holzlagerplätze sollen als Transitlager behandelt werden.

Weiter hat Litauen die Verpflichtung übernommen, die **F r e i h e i t** d e s **V e r k e h r s** zur See, auf Binnengewässern und Eisenbahnen **v o n** **o** **d** **e** **r** **n** **a** **c** **h** **d** **e** **m** **M** **e** **m** **e** **l** **g** **e** **b** **i** **e** **t** oder im Transit durch dieses Gebiet zu gewährleisten und sich nach den Vorschriften in dem Statut und dem Abkommen über die Freiheit des Transitverkehrs der Konferenz zu Barcelona zu richten. Dieselbe Verkehrsfreiheit wird auch den Postsendungen sowie postalischen und telegraphischen Verkehrswegen zugesichert.

In Anerkennung des internationalen Charakters des Memelstroms und des sich auf ihm vollziehenden Verkehrs sowie der allgemeinen wirtschaftlichen Vorteile, die sich aus der Ausbeutung der Wälder in litauischen und anderen Teilen des Stromgebietes des Njemen ergeben, hat sich die litauische Regierung verpflichtet, sofort für den Verkehr auf dem Flusse nach, von oder im Hafen von Memel selbst alle Erleichterungen zu gestatten und zuzugestehen, und nicht aus Anlaß der gegenwärtigen politischen Beziehungen zwischen Litauen und Polen die Bestimmungen 7 und 8 des Statuts von Barcelona über die Freiheit des Transits und des Artikels 13 der Vorschläge von Barcelona über die einem internationalen Regime unterstellten Häfen auf diesen Verkehr in Anwendung zu bringen.

Wir sehen, daß der untrennbare Zusammenhang zwischen Politik und Wirtschaft in Litauen sogar in die Bestimmungen der Memelkonvention hineingespielt hat. Der immer noch ungelöste Konflikt mit Polen wegen des Raubes von Wilna sollte durch die angeführten Bestimmungen des Anhangs III der Memelkonvention seiner wirtschaftlich schädigenden Folgen entkleidet werden. Memel sollte jede nur denkbare Entwicklungsmöglichkeit als internationaler Holzfreihafen erhalten.

### 3. Durchführung.

Da papiernene Bestimmungen aber keine praktische Wirksamkeit haben, solange Kraft und Wille zu ihrer Ausführung fehlen, ist das Gegenteil von dem eingetreten, was man erstrebt hat.

Die Hafendirektion ist zwar zustande gekommen, die litauische Regierung hat es aber verstanden, sich die Mehrheit in ihr zu schaffen, so daß dem vom Völkerbund entsandten Mitglied Kjelstrup, einem Fachmann von internationalem Ruf, keine Möglichkeit gegeben ist, die Verwaltung wirklich in dem vom Völkerbund beabsichtigten Sinne zu leiten.

Eine Lösung der Memelfrage ist also mit der nicht durchgeführten Memelkonvention allein noch nicht gegeben. Wie die Dinge liegen, hat man den Hafen von Memel von seinem Mutterlande losgerissen, wo er allerdings auch nur ein bescheidenes Dasein Königsberg gegenüber fristen konnte, und einem Staat zugeteilt, mit dem er keine Eisenbahnverbindung hatte und auch heute nur eine wenig gepflegte Wasserverbindung besitzt. Bevor nicht der Anschluß des Hinterlandes hergestellt ist, kann Memel nicht entfernt die Rolle spielen, die ihm die Väter der Memelkonvention zugedacht haben.

Des politischen Konflikts mit Polen wegen hat sich Litauen über die vielleicht vorhandene bessere wirtschaftliche Erkenntnis hinweggesetzt und die Bestimmungen und Verpflichtungen der Memelkonvention, soweit die Flößerei auf dem Njemen in Frage steht, nicht eingehalten. Der immer drückender werdenden wirtschaftlichen Not gehorchend, hat man sich zwar mit Vertretern Polens in Kopenhagen und später in Lugano im September und Oktober 1925 an einen Verhandlungstisch gesetzt. Eine Einigung ist aber nur über die Grundlinien der Holzflößerei zustande gekommen. Ein endgültiges Ergebnis konnte nicht herbeigeführt werden, weil sich die beiden Regierungen infolge des bestehenden latenten Kriegszustandes über die Errichtung eines polnischen Konsulats in Memel sowie eines litauischen in Polen und über die Wiederaufnahme des direkten Personen- und Güterverkehrs nicht zu einigen vermochten.

Anfang 1926 hat die litauische Regierung von sich aus die Frage der Holzflößerei auf dem Njemen durch eine Verordnung geregelt. Hiernach ist die Flößerei des Holzes aus allen Nachbarstaaten, einschließlich Polen, gestattet, und zwar wird zwischen litauischem Holz und Transitholz ein Unterschied insofern nicht gemacht, als die für jenes geltenden Vergünstigungen auch diesem zukommen. Aus diesem Grunde unterliegt das Transitholz keiner besonderen Besteuerung und keinen Sondergebühren. Die die Flöße begleitenden Ausländer

erhalten unentgeltlich Ausreisevisa, und den Holzhändlern derjenigen Staaten, mit denen Litauen keine diplomatischen Beziehungen pflegt — gemeint ist Polen — ist die Möglichkeit gegeben, ein Einreisevisum zu erhalten. Mit diesen Staaten ist, soweit das Transitgeschäft es notwendig macht, auch der Post- und Telegraphenverkehr freigegeben. Die technische Durchführung der Holzflößerei erfolgt derart, daß an der polnisch-litauischen Grenze bei Uciecha eine Kontrollzone eingerichtet wird, zu der alle an der Holzflößerei beteiligten Personen Zutritt haben. Dort werden auch die ausländischen Holzflößer durch litauische ersetzt; es ist nur einem Ausländer gestattet, je einen Holztransport zu begleiten. Die hierzu ausgestellten Legitimationen gelten für die ganze Flößdauer eines Jahres.

Es läßt sich nicht leugnen, daß durch diese Verordnung vom 27. Januar 1926 ein gewisser Fortschritt im Vergleich zu den bis dahin bestehenden Zuständen erreicht ist. Doch dürfen die Lücken, die die Verordnung offen läßt, nicht unerwähnt bleiben. Vor allem fällt auf, daß die Eisenbahnfrage, die auf das engste mit der Regelung des Floßverkehrs verknüpft ist, nicht eine Lösung gefunden hat. Dies wäre um so notwendiger gewesen, als beispielsweise bei terminierten Holzgeschäften bei einem Einfrieren des Njemenstromes die Transportmöglichkeit auf dem Eisenbahnwege Voraussetzung ist, abgesehen davon, daß einzelne Sortimente den Flußtransport überhaupt nicht vertragen. Die Verordnung beschränkt sich ferner grundsätzlich nur auf Holzflöße, d. h. auf Rohholz, während Polen in erster Linie an der Ausfuhr von Schnittholz, also möglichst hochwertigen Materialien liegt. Aus genannten Gründen kann die autonome Regelung von seiten Litauens nicht als endgültig betrachtet werden. Wie berichtet wird, ist deshalb auch eine wesentliche Belebung des Memeler Holzhafens nach Inkrafttreten der Verordnung nicht erfolgt.

Die Entwicklung Memels als Holzhafen ist im letzten Jahrzehnt außerordentlich ungünstig verlaufen. Vor dem Kriege war Memel der wichtigste Holzhafen der Ostsee, mit einer Ausfuhr von 277 800 t, gegenüber 259 000 t Danzigs und 237 000 t Königsbergs (1913). Nach dem Kriege hat sich das Bild grundlegend geändert. Auf Danzig entfallen 1925 900 000 t, auf Königsberg 115 000 t und auf Memel nur noch 45 000 t. Der Rückgang der Memeler Holz Ausfuhr ist mithin gewaltig; sie beträgt nur noch 16% des Jahres 1913. Auch in den letzten Jahren ist der Rückgang sehr groß gewesen, betrug doch noch die Ausfuhr 1924 rund 84 000 t. Dabei ist zu bedenken, daß die Memeler Holz Ausfuhr auch qualitativ sich verschlechtert hat, wie nachfolgende Zusammenstellung in Verhältniszahlen zeigt:

|                             | 1925 | 1924 | 1913 |
|-----------------------------|------|------|------|
|                             | %    | %    | %    |
| Rundholz . . . . .          | 15   | 6    | 1    |
| Grubenholz . . . . .        | 1    | 5    | 2    |
| Papierholzrollen . . . . .  | —    | 1    | 4    |
| Bearbeitetes Holz . . . . . | 84   | 88   | 93   |
|                             | 100  | 100  | 100  |

Die Ausfuhr von bearbeitetem Holz schrumpfte verhältnismäßig mehr zusammen als von unbearbeitetem; sie fiel 1925 auf 84% gegenüber 93% des Jahres 1913, während der Export des Rohholzes von 1 auf 15% gestiegen ist. Eine Belebung der Holzausfuhr Memels sowie der Holzflößerei des Njemenstromes, die auf 10% der Friedensmenge gesunken ist, ist nur dann zu erwarten, wenn der litauisch-polnische Wirtschaftskrieg und allgemeine Kriegszustand ein Ende findet und das polnische und russische Hinterland ungehemmten Zugang zum Memeler Hafen erhalten.

#### 4. Hafeneinrichtungen und Hafenabgaben.

Ebenso wie die Verkehrsverhältnisse entsprechen auch die technischen Einrichtungen im Memeler Hafen nicht weitergehenden Anforderungen. Der Hafen muß umgebaut und modernisiert werden, wenn er einem künftig auftretenden größeren Verkehr genügen soll. Die Erweiterung der Hafenanlagen ist auf 20 Millionen Lit veranschlagt worden. Litauen wird von sich aus kaum imstande sein, den Ausbau des Hafens vorzunehmen. Sollte er wirklich dringend notwendig werden, so wird ausländisches Kapital dazu herangezogen werden müssen. Einstweilen wird man sich wohl damit begnügen müssen, das Vorhandene zu erhalten und nur die allernotwendigsten Neuanlagen zu schaffen.

Die Hafena b g a b e n sind im Verhältnis zu den gebotenen Einrichtungen hoch. In Königsberg und Libau werden zwar noch höhere Gebühren erhoben, doch sind die Hafeneinrichtungen dort so vollkommen, daß die Lösch- und Ladezeit verkürzt wird, und auf diese Weise die Gesamtausgaben verringert werden. Memel hat also bei niedrigerem Tarif höhere Kosten, weil Lösch- und Ladezeit länger sind.

#### 5. Der Schiffsverkehr.

Die genannten Umstände lassen es erklärlich erscheinen, daß der Memeler Schiffsverkehr sich in verhältnismäßig bescheidenen Grenzen bewegt. Einen Überblick über die Frequenz des Memeler Hafens gewährt die Statistik des Schiffsverkehrs im Jahre 1926. Es sind im ganzen eingekommen 546 Frachtdampfer, 45 Segler bezw. Motorsegler und Seeleichter mit zusammen rund 847 000 cbm netto = rund 299 000 Registertonnen mit Ladung; leer 110 Fahrzeuge mit zusammen 125 000 cbm = 44 300 Reg.-t; zusammen 710 Schiffe mit rund 973 000 cbm netto = 342 000 Reg.-t. Nach Nationalitäten geordnet, ergeben die angekommenen Schiffe folgendes Flaggenbild:

| Nationalität            | Schiffe | cbm netto |
|-------------------------|---------|-----------|
| Dänische . . . . .      | 43      | 99 944    |
| Danziger . . . . .      | 21      | 30 338    |
| Deutsche . . . . .      | 360     | 422 134   |
| Englische . . . . .     | 54      | 139 420   |
| Lettländische . . . . . | 38      | 46 277    |
| Norwegische . . . . .   | 36      | 79 864    |
| Schwedische . . . . .   | 148     | 126 153   |
| Zusammen                | 717     | 974 525   |

Die Gesamtziffern umfassen neben den in der Tabelle angegebenen auch die Flaggen anderer Nationalitäten. Betrachtet man die Hauptabgangsländer, so ergibt sich, daß sich der Verkehr in erster Reihe in bezug auf die Anzahl der Schiffe aus dem Danziger Hafen, schwedischen Plätzen und deutschen Ost- und Nordseehäfen abgewickelt hat, während die größten Tonnagen Danzig, Holland, Schweden und die deutschen Häfen stellen.

Bezüglich der abgegangenen Schiffe verzeichnet die Statistik im Jahre 1926 im ganzen 391 Frachtdampfer, 22 Segler bzw. Motorsegler mit zusammen rund 199 000 Reg.-t mit Ladung; leere Fahrzeuge 297 mit 423 000 cbm netto = rund 150 000 Reg.-t; zusammen 711 Schiffe mit rund 988 000 cbm netto = 348 000 Reg.-t. Das Flaggenbild ist folgendes:

| Nationalität            | Schiffe | cbm netto |
|-------------------------|---------|-----------|
| Dänische . . . . .      | 43      | 97 781    |
| Danziger . . . . .      | 21      | 30 157    |
| Deutsche . . . . .      | 363     | 438 527   |
| Englische . . . . .     | 53      | 138 211   |
| Lettländische . . . . . | 36      | 45 566    |
| Norwegische . . . . .   | 35      | 78 841    |
| Schwedische . . . . .   | 149     | 129 553   |
| Zusammen                | 719     | 989 495   |

Auch diese Gesamtziffer umfaßt neben den angeführten Nationalitäten eine Reihe anderer, die mit geringfügigen Zahlen vertreten sind. Was die Richtung des Verkehrs anbelangt, so ist dieser besonders intensiv zwischen Memel und dem Danziger Freihafen, lettländischen Plätzen und deutschen Nord- und Ostseehäfen sowie Schweden.

Im Memeler Schiffsverkehr spielt die eigene Memeler Handelsflotte eine ganz untergeordnete Rolle. Sie bestand Ende des Jahres 1925 aus 3 Dampfern mit 4440 brutto Reg.-t. Zu Beginn 1925 hat die Memeler Reederei noch einen Bestand von 5 Schiffen mit 6860 brutto Reg.-t; die Bugsier- und Flußschifflotte bestand aus 12 Dampfern mit 582 brutto Reg.-t und 2056 PS. Die Hafenverwaltung verfügt über 12 Dampfer bzw. Motorboote mit zusammen 1200 PS.

## VII. Gesamteinfuhr und Gesamtausfuhr Litauens.

Die Statistik des Außenhandels Litauens war bis Ende 1923 eine „Sekundär-Statistik“, d. h. alle benötigten Daten wurden den Zollämtern entlehnt. Im November 1923 wurde die Außenhandelsstatistik neu organisiert und zu einer „Primär-Statistik“ umgestaltet, d. h. statische Spezialformulare eingeführt, die von nun an die Grundlage für die Berechnung des Warenverkehrs mit dem Auslande bilden. Nachdem die Reorganisation der litauischen Statistik im November 1923 durch-

geführt worden war, behielt man die alte Form der Tabellen und die alten Warenverzeichnisse noch bis Ende des Jahres 1923 bei, und erst seit Anfang 1924 wurde beides entsprechend abgeändert. Es können daher die Zahlen der Jahre 1919 bis 1923 nicht mit denen des Jahres 1924 verglichen werden. Der Vergleich ist auch deshalb unmöglich, weil die Zahlen der Jahre 1919 bis 1922 fast ausschließlich den Wert der Ausfuhr und der Einfuhr angeben. Erst die Zahlen vom Jahre 1923 an enthalten neben Wertangaben auch Mengenangaben. Angesichts der zu einem Vergleich mit dem Jahre 1924 völlig ungeeigneten statistischen Unterlagen der vorangehenden Jahre und des Fehlens spezialisierter, für die Bearbeitung dieses Kapitels erforderlicher Außenhandelsdaten für das Jahr 1925 (die erst teilweise erschienen sind) läßt sich im wesentlichen nur eine Zustandsschilderung des litauischen Außenhandels durchführen.

## 1. Einfuhr und Ausfuhr.

Tabelle 1.

Litauens Einfuhr 1924 und 1925.

| Warenabteilung                               | 1924                 |                      | 1925                 |                       |
|--|----------------------|----------------------|----------------------|-----------------------|
|  | Gewicht in<br>1000 t | Wert in<br>Mill. Lit | Gewicht in<br>1000 t | Wert in<br>Mill. Lit. |
| Lebende Tiere . . . . .                      | 0,2                  | 1,1                  | 0,6                  | 1,2                   |
| Lebens- und Genußmittel                      | 64,2                 | 37,6                 | 96,5                 | 57,9                  |
| Rohstoffe und halbfertige<br>Waren . . . . . | 306,7                | 41,7                 | 389,4                | 56,5                  |
| Fertigfabrikate . . . . .                    | 41,8                 | 126,2                | 35,5                 | 134,1                 |
| Gold und Silber . . . . .                    | 0,0                  | 0,0                  | 0,2                  | 2,4                   |
| Insgesamt                                    | 412,9                | 206,5                | 522,0                | 252,7                 |

Aus dieser Gegenüberstellung der Einfuhr der beiden letzten Jahre ist zu ersehen, daß sich der Warenimport des Jahres 1925 gegenüber 1924 sowohl mengen- wie wertmäßig gehoben hat. Das Bild der Entwicklung der Einfuhr wird noch übersichtlicher, wenn man die entsprechenden Ziffern der vorangehenden Jahre zum Vergleich heranzieht. Da die litauische Statistik für die ersten Jahre nur Wertziffern angibt, so beschränken wir uns auf die Wiedergabe der Einfuhrwerte.

Tabelle 2.

Litauische Einfuhr in den Jahren 1920 bis 1925.

|      |               |
|------|---------------|
| 1920 | 7,2 Mill. Lit |
| 1921 | 95,3 „ „      |
| 1922 | 74,9 „ „      |
| 1923 | 156,6 „ „     |
| 1924 | 206,5 „ „     |
| 1925 | 252,7 „ „     |

Außer einer vorübergehenden Abschwächung im Jahre 1922 weist die litauische Einfuhr anhaltend eine steigende Tendenz auf.

Tabelle 3.

Litauens Ausfuhr 1924 und 1925.

| Warenabteilung                               | 1924                 |                      | 1925                 |                      |
|--|----------------------|----------------------|----------------------|----------------------|
|  | Gewicht in<br>1000 t | Wert in<br>Mill. Lit | Gewicht in<br>1000 t | Wert in<br>Mill. Lit |
| Lebende Tiere . . . . .                      | 19,1                 | 38,7                 | 19,2                 | 40,2                 |
| Lebensmittel . . . . .                       | 41,3                 | 52,1                 | 23,7                 | 41,5                 |
| Rohstoffe und halbfertige<br>Waren . . . . . | 343,9                | 165,5                | 342,0                | 143,9                |
| Fertigfabrikate . . . . .                    | 5,9                  | 10,3                 | 5,5                  | 16,9                 |
| Gold und Silber . . . . .                    | 0,0                  | 0,0                  | 0,0                  | 0,2                  |
| <b>Insgesamt</b>                             | <b>410,2</b>         | <b>266,6</b>         | <b>390,4</b>         | <b>242,7</b>         |

In der litauischen Ausfuhr der beiden Jahre ist für 1925 ein gewisser Rückschritt zu verzeichnen, der sowohl der Menge wie dem Wert nach in Erscheinung tritt. Zur besseren Übersicht der Entwicklungstendenz der Ausfuhr seien auch hier die Ausfuhrwerte für die vorangehenden Jahre angeführt. Es wurden ausgeführt:

Tabelle 4.

Litauische Ausfuhr in den Jahren 1920 bis 1925.

|      |                |
|------|----------------|
| 1920 | 55,2 Mill. Lit |
| 1921 | 57,6 „ „       |
| 1922 | 76,9 „ „       |
| 1923 | 146,8 „ „      |
| 1924 | 266,6 „ „      |
| 1925 | 242,7 „ „      |

Die statistischen Wertziffern der litauischen Ausfuhr seit 1920 zeigen mit Ausnahme des Jahres 1925 eine steigende Tendenz, die besonders stark in den Jahren 1923 und 1924 in Erscheinung tritt.

Die obigen Zusammenstellungen gewähren bereits einen Einblick in die Struktur des litauischen Außenhandels. Die Einfuhr Litauens wird ausschlaggebend beeinflusst durch den Fertigwarenimport, der im Jahre 1924 61,1% und im Jahre 1925 58,3% des Gesamtimports darstellt. An zweiter Stelle in der litauischen Einfuhr stehen Rohstoffe und halbfertige Waren, die 1924 mit 20,2% und 1925 mit 22,4% am Import Litauens beteiligt sind. In dritter Reihe stehen Lebens- und Genußmittel (mit 18,2 bzw. 22,9%). Der Import von Lebewild nach Litauen spielt nur eine unwesentliche Rolle und beschränkt sich hauptsächlich auf Rassevieh. Die Ausfuhr Litauens ist gekennzeichnet durch das Überwiegen des Exports von Rohstoffen und Halbfabrikaten, deren Ausfuhr-

anteil sich im Jahre 1924 auf 62,1% und im Jahre 1925 auf 59,3% der litauischen Gesamtausfuhr belief. Hierauf folgen in weitem Abstand Lebensmittel mit 19,6 bzw. 17,2% und Lebendvieh mit 14,5 bzw. 16,6%. Die Ausfuhr von Fertigfabrikaten spielt im litauischen Außenhandel nur eine unbedeutende Rolle. Sie betrug im Jahre 1924 3,9% und im Jahre 1925 annähernd 7% der Gesamtausfuhr Litauens.

In welchen hauptsächlichen Warengruppen sich der Außenhandel Litauens abwickelt, wird durch Tabelle 5 und 6 illustriert.

## 2. Ein- und Ausfuhr nach Warengruppen.

(Tabelle 5<sup>1)</sup>).

Litauens Einfuhr nach Warengruppen (Spezialhandel).

|                                     | Mengen in 1000 t |       |
|-------------------------------------|------------------|-------|
|                                     | 1924             | 1925  |
| Nahrungsmittel . . . . .            | 64,2             | 96,5  |
| darunter:                           |                  |       |
| Zucker . . . . .                    | 14,5             | 20,0  |
| Salz . . . . .                      | 26,6             | 23,0  |
| Heringe . . . . .                   | 10,1             | 16,0  |
| Rohstoffe und Halbfertigwaren . . . | 306,7            | 389,4 |
| darunter:                           |                  |       |
| Düngemittel . . . . .               | 52,4             | 67,2  |
| Rohmetalle . . . . .                | 12,6             | 17,8  |
| Baustoffe . . . . .                 | 33,5             | 31,1  |
| Kohlen . . . . .                    | 149,8            | 138,7 |
| Naphtha . . . . .                   | 12,8             | 17,1  |
| Fertigwaren . . . . .               | 41,8             | 35,5  |
| darunter:                           |                  |       |
| Mineralprodukte . . . . .           | 12,9             | 2,5   |
| Metallwaren . . . . .               | 7,8              | 5,1   |
| Landmaschinen . . . . .             | 2,2              | 2,2   |
| Andere Maschinen . . . . .          | 3,6              | 1,6   |
| Apparate u. elektrische Maschinen   | 0,3              | 0,2   |
| Waggons und Lokomotiven . . .       | 1,2              | 0,7   |
| Papierwaren . . . . .               | 4,0              | 5,3   |
| Webwaren . . . . .                  | 2,8              | 2,4   |
| Chemische und pharmazeutische       |                  |       |
| Produkte . . . . .                  | 0,6              | 0,3   |
| Farbstoffe . . . . .                | 0,3              | 0,3   |

<sup>1)</sup> Anmerkung: Die Tabellen 5 und 6 stützen sich auf Daten des litauischen Zentralbüros für Statistik, doch können die Zahlen für 1925 nur als vorläufige gewertet werden.

Tabelle 6<sup>1)</sup>.

## Litauens Ausfuhr nach Warengruppen.

|                                     | Mengen in 1000 t |       |
|-------------------------------------|------------------|-------|
|                                     | 1924             | 1925  |
| Nahrungsmittel . . . . .            | 41,3             | 23,6  |
| darunter:                           |                  |       |
| Getreide . . . . .                  | 22,1             | 5,6   |
| Hülsenfrüchte . . . . .             | 2,4              | 4,0   |
| Fleisch . . . . .                   | 4,7              | 2,3   |
| Eier . . . . .                      | 4,0              | 3,2   |
| Molkereiprodukte . . . . .          | 4,6              | 0,4   |
| Rohstoffe und halbfertige Waren . . | 343,9            | 342,0 |
| darunter:                           |                  |       |
| Holz, unbearbeitet . . . . .        | 48,4             | 119,8 |
| Holz, bearbeitet . . . . .          | 200,4            | 51,8  |
| Leinsaat . . . . .                  | 18,6             | 20,6  |
| Flachs . . . . .                    | 14,0             | 11,1  |
| Fertigwaren . . . . .               | 5,9              | 5,5   |
| darunter:                           |                  |       |
| Papier und Papierwaren . . . . .    | 2,3              | 2,9   |
| Leder und Lederwaren . . . . .      | 0,3              | 0,4   |
| Lebende Tiere . . . . .             | 19,1             | 19,2  |
| darunter:                           |                  |       |
| Schweine und Ferkel . . . . .       | 55,5             | 56,6  |
| Pferde . . . . .                    | 23,2             | 22,4  |
| Rinder . . . . .                    | 28,0             | 9,3   |
| Schafe und Ziegen . . . . .         | 13,7             | 11,8  |
| Gänse . . . . .                     | 269,3            | 188,7 |
| Hühner . . . . .                    | 140,9            | 120,6 |

Bei der Einfuhr von Nahrungsmitteln nehmen — wie sich aus Tabelle 5 ergibt — Zucker, Salz und Heringe in bezug auf die Menge die ersten Stellen ein. Neben diesen Waren werden noch Genußmittel wie Kaffee, Tee, alkoholische Getränke eingeführt, doch hält sich diese Einfuhr in relativ geringen Mengen. Ebenfalls unbedeutend ist der Import von Mehl, Obst und Getreideprodukten (Grütze usw.), was sich aus dem Agrarcharakter Litauens ergibt.

In der Gruppe der eingeführten Rohstoffe und halbfertigen Waren spielen die verschiedensten Arten von Düngemitteln eine große Rolle, die von der litauischen Landwirtschaft zur Intensivierung ihrer Betriebe in steigendem Maße bezogen werden. Der Import von Rohstoffen und Halbfabrikaten für

<sup>1)</sup> Anmerkung: Die Tabellen 5 und 6 stützen sich auf Daten des litauischen Zentralbüros für Statistik, doch können die Zahlen für 1925 nur als vorläufige gewertet werden.

industrielle Zwecke ist unbedeutend, da die litauische Industrie in ihrer Entwicklung noch in den Anfängen steht.

Vielseitiger ist dagegen die litauische Einfuhr von F e r t i g w a r e n. Neben den in der Zusammenstellung angeführten Fertigwaren, die den Hauptteil der importierten Erzeugnisse darstellen, wären noch folgende zu nennen: Medikamente, Tabakwaren, Leder und andere Tierprodukte, Artikel aus Holz, Gummiwaren, Musikinstrumente.

Die A u s f u h r Litauens nach Warengruppen zeigt mengenmäßig ein Überwiegen des Rohstoffexports, der sich hauptsächlich aus unbearbeitetem und bearbeitetem Holz, Leinsaat und Flachs zusammensetzt. Die Ausfuhr von G e t r e i d e ist 1926 im Vergleich zum Jahre 1924 erheblich zurückgegangen, was einerseits auf die ungünstige Getreideernte, andererseits auf die Umstellung der landwirtschaftlichen Betriebsformen zurückzuführen ist.

### 3. Ein- und Ausfuhr aus und nach den wichtigsten Staaten.

Die Entwicklung des Anteils der einzelnen Länder am litauischen Außenhandel in den Jahren 1921, 1924 und 1925 wird durch nachstehende Zusammenstellung illustriert.

Tabelle 7.

|                   | Litauens Einfuhr in Millionen Lit. |                             |       |                             |       |                             |
|-------------------|------------------------------------|-----------------------------|-------|-----------------------------|-------|-----------------------------|
|                   | 1921                               | % der<br>Gesamt-<br>einfuhr | 1924  | % der<br>Gesamt-<br>einfuhr | 1925  | % der<br>Gesamt-<br>einfuhr |
| Deutschland . . . | —                                  | 70,7                        | 129,2 | 62,6                        | 143,0 | 56,6                        |
| Verein. Staaten . | —                                  | 3,0                         | 9,9   | 4,8                         | 18,3  | 7,2                         |
| Sovetrußland . .  | —                                  | —                           | —     | —                           | 4,1   | 1,6                         |
| Lettland . . . .  | —                                  | 1,6                         | 7,4   | 3,6                         | 13,8  | 5,5                         |
| England . . . . . | —                                  | 0,9                         | 16,7  | 8,1                         | 20,9  | 8,2                         |
| Tschechoslowakei  | —                                  | 0,01                        | 8,9   | 4,3                         | 13,8  | 5,5                         |
| Holland . . . . . | —                                  | 3,4                         | 4,8   | 2,3                         | 4,8   | 1,9                         |

Tabelle 8.

|                    | Litauens Ausfuhr in Millionen Lit. |                             |       |                             |       |                             |
|--------------------|------------------------------------|-----------------------------|-------|-----------------------------|-------|-----------------------------|
|                    | 1921                               | % der<br>Gesamt-<br>ausfuhr | 1924  | % der<br>Gesamt-<br>ausfuhr | 1925  | % der<br>Gesamt-<br>ausfuhr |
| Deutschland . . .  | —                                  | 53,4                        | 114,6 | 43,0                        | 123,1 | 50,7                        |
| Verein. Staaten .  | —                                  | 0,2                         | 8,1   | 3,4                         | 3,6   | 1,5                         |
| Sovetrußland . .   | —                                  | 10,1                        | —     | —                           | 6,4   | 2,7                         |
| Lettland . . . . . | —                                  | 4,5                         | 25,1  | 9,4                         | 20,7  | 8,53                        |
| England . . . . .  | —                                  | 24,0                        | 74,5  | 27,9                        | 58,6  | 24,2                        |
| Tschechoslowakei   | —                                  | 0,7                         | 10,4  | 3,9                         | 2,4   | 1,0                         |

Der Anteil Deutschlands am litauischen Außenhandel ist, wie aus den obigen Tabellen deutlich hervorgeht, sowohl in der Einfuhr wie in der Ausfuhr führend. Größere Beachtung verdienen ferner die Anteile Englands, Lettlands und der Vereinigten Staaten.

Tabelle 9.

|  | Die Einfuhr Litauens nach |          |                  |          |         |          |
|--|---------------------------|----------|------------------|----------|---------|----------|
|  | Deutschland               |          | Tschechoslowakei |          | England |          |
|  | t                         | 1000 Lit | t                | 1000 Lit | t       | 1000 Lit |
| Lebende Tiere . . . . .                      | 244                       | 576      | —                | —        | —       | —        |
| Nahrungsmittel . . . . .                     | 42192                     | 16766    | 9932             | 10048    | 9923    | 6461     |
| darunter:                                    |                           |          |                  |          |         |          |
| Getreide . . . . .                           | 1454                      | 733      | —                | —        | 47      | 21       |
| Mehl . . . . .                               | 16                        | 5        | 0,0              | 0,0      | —       | —        |
| Zucker . . . . .                             | 6657                      | 6003     | 9506             | 9763     | 305     | 322      |
| Salz . . . . .                               | 20673                     | 1929     | 232              | 26       | 52      | 9        |
| Heringe . . . . .                            | 2799                      | 1247     | —                | —        | 9207    | 5860     |
| Rohstoffe u. Halbfabrikate                   | 120687                    | 22681    | 44               | 95       | 92230   | 7545     |
| darunter:                                    |                           |          |                  |          |         |          |
| Superphosphate . . . . .                     | 15246                     | 1829     | —                | —        | 447     | 63       |
| für gewerbl. Zwecke . . .                    | 184                       | 276      | —                | —        | 180     | 256      |
| Baustoffe . . . . .                          | 11826                     | 1095     | —                | —        | 1       | 0,2      |
| Steinkohlen . . . . .                        | 41585                     | 2468     | —                | —        | 87397   | 5045     |
| Rohnaphtha . . . . .                         | 2232                      | 409      | —                | —        | 15      | 4        |
| Petroleum . . . . .                          | 1039                      | 165      | —                | —        | 160     | 41       |
| Eisen u. Stangen usw. . .                    | 9105                      | 3612     | —                | —        | 396     | 144      |
| Fertigwaren . . . . .                        | 26981                     | 103021   | 687              | 3706     | 679     | 4511     |
| darunter:                                    |                           |          |                  |          |         |          |
| Steingut, Glas- und Porzellanwaren . . . . . | 1974                      | 2934     | 421              | 299      | 4       | 9        |
| Chem. u. pharm. Produkte                     | 240                       | 1214     | 0,1              | 0,8      | 2       | 23       |
| Gußeisenerzeugnisse . . .                    | 1471                      | 1493     | —                | —        | 0,2     | 1        |
| Blecherzeugnisse . . . . .                   | 684                       | 1272     | 8                | 25       | 4       | 6        |
| Drahtwaren . . . . .                         | 593                       | 1241     | 0,0              | 1        | 6       | 16       |
| Landmaschinen . . . . .                      | 1257                      | 2410     | 18               | 14       | 64      | 281      |
| Andere Maschinen . . . . .                   | 1286                      | 2821     | 8                | 15       | 1       | 6        |
| Papier u. Papierwaren . .                    | 4178                      | 5543     | 4                | 4        | 1       | 6        |
| Strick- u. Webwaren . . .                    | 2094                      | 37822    | 108              | 2233     | 141     | 2363     |
| Wäsche u. Konfektion . .                     | 39                        | 2176     | 2                | 118      | 0,0     | 18       |
| Galanteriewaren . . . . .                    | 88                        | 1649     | 2                | 54       | 0,0     | 4        |

#### 4. Die Ein- und Ausfuhr nach Warengruppen und Ländern im Jahre 1924.

Wie sich der litauische Im- und Export nach Warengruppen auf die einzelnen Länder verteilt, soll im folgenden dargestellt werden.

##### Warengruppen und Ländern.

| Lettland |          | Holland |          | Rußland |          | Schweden |          | Amerika |          |
|----------|----------|---------|----------|---------|----------|----------|----------|---------|----------|
| t        | 1000 Lit | t       | 1000 Lit | t       | 1000 Lit | t        | 1000 Lit | t       | 1000 Lit |
| 201      | 238      | —       | —        | 105     | 223      | 46       | 127      | —       | —        |
| 5373     | 3974     | 1750    | 1413     | 1810    | 572      | 641      | 474      | 13623   | 8612     |
| 3042     | 2011     | 300     | 172      | —       | —        | —        | —        | 9052    | 4830     |
| 18       | 17       | 16      | 13       | 0,0     | 0,0      | —        | —        | 85      | 84       |
| 629      | 634      | 127     | 174      | 0,0     | 0,2      | 0,1      | 0,7      | 219     | 224      |
| 49       | 5        | 33      | 7        | 1637    | 161      | 0,3      | 0,1      | 17      | 2        |
| 492      | 314      | 699     | 430      | —       | —        | 141      | 83       | —       | —        |
| 24544    | 3286     | 15873   | 3124     | 7112    | 1956     | 68865    | 6128     | 14397   | 6191     |
| 149      | 27       | 15296   | 2027     | —       | —        | 30000    | 4172     | —       | —        |
| 43       | 92       | 7       | 18       | 1       | 4        | 8        | 11       | 179     | 382      |
| 1473     | 186      | 15      | 2        | —       | —        | 16364    | 1532     | 2       | 0,2      |
| 593      | 82       | —       | —        | 50      | 4        | —        | —        | 3230    | 539      |
| 2        | 0,4      | —       | —        | 10      | 2        | —        | —        | 41      | 21       |
| 34       | 10       | —       | —        | 6134    | 1299     | —        | —        | 5927    | 1370     |
| 1777     | 716      | 72      | 37       | 32      | 11       | 10       | 4        | 0,0     | 0,7      |
| 2748     | 6292     | 32,3    | 265,2    | 1103    | 1364     | 1510     | 2148     | 585     | 3508     |
| 65       | 111      | 9       | 6        | 0,1     | 0,1      | 6        | 7        | 0,2     | 2        |
| 11       | 26       | 0,0     | 1,1      | 0,1     | 0,2      | 10       | 8        | 1       | 9        |
| 69       | 61       | 4       | 5        | —       | —        | 28       | 49       | 0,2     | 1        |
| 79       | 207      | 0,1     | 1        | —       | —        | 1        | 2        | 0,1     | 1        |
| 224      | 106      | —       | —        | —       | —        | 0        | 2        | —       | —        |
| 218      | 371      | 0,4     | 4        | —       | —        | 264      | 878      | 284     | 1824     |
| 163      | 287      | —       | —        | 2       | 4        | 68       | 246      | 13      | 38       |
| 400      | 536      | 3       | 5        | 23      | 62       | 575      | 195      | 17      | 11       |
| 42       | 854      | 1       | 13       | 0       | 1        | 15       | 166      | 9       | 254      |
| 18       | 334      | 0       | 0        | 0       | 1        | 0        | 3        | 2       | 109      |
| 2        | 28       | 2       | 95       | 1       | 9        | 1        | 7        | 0       | 2        |

Tabelle 10.

| Warengruppen:                         | Die Ausfuhr Litauens nach |             |          |             |
|---------------------------------------|---------------------------|-------------|----------|-------------|
|                                       | Deutschland               |             | Dänemark |             |
|                                       | t                         | 1000<br>Lit | t        | 1000<br>Lit |
| Lebende Tiere . . . . .               | 12144                     | 27907       | 1500     | 2614        |
| Nahrungsmittel . . . . .              | 15000                     | 28612       | 41       | 62          |
| darunter:                             |                           |             |          |             |
| Getreide . . . . .                    | 1869                      | 955         | —        | —           |
| Hülsenfrüchte . . . . .               | 1496                      | 776         | 18       | 10          |
| Fleisch . . . . .                     | 2238                      | 5439        | 18       | 37          |
| Eier . . . . .                        | 1288                      | 6063        | 4        | 16          |
| Rohstoffe und Halbfabrikate . . . . . | 245134                    | 61462       | 4866     | 1617        |
| darunter:                             |                           |             |          |             |
| unbearbeitetes Holz . . . . .         | 115014                    | 11438       | —        | —           |
| bearbeitetes Holz . . . . .           | 30164                     | 8453        | 4786     | 1320        |
| Leinsamen . . . . .                   | 2993                      | 2619        | 32       | 31          |
| Flachs . . . . .                      | 4835                      | 19170       | 37       | 129         |
| Fertigwaren . . . . .                 | 2318                      | 5138        | 6        | 6           |
| darunter:                             |                           |             |          |             |
| Papier . . . . .                      | 640                       | 816         | —        | —           |
| Kartonnage . . . . .                  | 293                       | 384         | —        | —           |
| Bernsteinwaren . . . . .              | 0,0                       | 31          | —        | —           |
| Sohlenleder . . . . .                 | 2                         | 27          | 0,0      | 0,4         |

Die Tabellen 9 und 10 geben ein ungefähres Bild von dem Anteil der wichtigsten Staaten am litauischen Außenhandel. Besonders fällt die überaus starke Beteiligung Deutschlands in der litauischen Ein- und Ausfuhr auf. Nur bei vereinzelt Waren ist der Anteil anderer Länder etwas größer als der Deutschlands. (Steinkohleneinfuhr und Heringimport aus England, Petroleumzufuhr aus Rußland, Eier- und Leinsamenexport nach England, Sohlenlederexport nach Rußland usw.)

## 5. Der Transit durch Litauen.

In ähnlicher Weise wie die übrigen Randstaaten ist auch Litauen Transitland. Der Warentransit wickelt sich hauptsächlich in der Richtung Lettland und Deutschland ab. Der Transitverkehr von und nach diesen beiden Ländern ist auch in der litauischen Statistik getrennt aufgeführt, während der Warentransit von und nach den übrigen Staaten (Polen, Rußland usw.) zusammengefaßt dargestellt wird. Aus den gleichen methodischen Gründen, die bei der Darstellung der litauischen Ein- und Ausfuhr geltend gemacht wurden, kann auch beim Transithandel Litauens das Jahr 1921 als Vergleichsjahr nicht herangezogen werden. Die Darstellung muß sich vielmehr auf die statistischen Daten der beiden Jahre 1924 und 1925 beschränken.

Warengruppen und Ländern.

| England |          | Lettland |          | Holland |      | Rußland |          | Amerika |          |
|---------|----------|----------|----------|---------|------|---------|----------|---------|----------|
| t       | 1000 Lit | t        | 1000 Lit | t       | Lit  | t       | 1000 Lit | t       | 1000 Lit |
| 191     | 327      | 4013     | 6917     | 1250    | 2177 | 11      | 32       | —       | —        |
| 5470    | 9457     | 2947     | 3126     | 36      | 34   | 0,0     | 0,1      | 12      | 30       |
| 1908    | 806      | 1688     | 796      | —       | —    | —       | —        | —       | —        |
| 1747    | 766      | 695      | 343      | —       | —    | —       | —        | 10      | 12       |
| 2       | 6        | 68       | 167      | 27      | 24   | —       | —        | —       | 1        |
| 1624    | 7339     | 336      | 1432     | —       | —    | —       | —        | —       | —        |
| 50912   | 47307    | 6858     | 9246     | 5344    | 2647 | 13      | 21       | 4700    | 3163     |
| 1543    | 166      | 468      | 46       | 2351    | 295  | —       | —        | —       | —        |
| 9506    | 2341     | 915      | 37       | 1862    | 534  | —       | —        | —       | —        |
| 14862   | 12468    | 1747     | 1499     | 602     | 541  | —       | —        | —       | —        |
| 4261    | 16249    | 252      | 829      | —       | —    | —       | —        | —       | —        |
| 871     | 1516     | 584      | 1188     | 551     | 708  | 423     | 6393     | 128     | 400      |
| 385     | 521      | 0,0      | 0,3      | 364     | 467  | —       | —        | 82,6    | 99       |
| 417     | 533      | —        | —        | 105     | 131  | —       | —        | 26      | 39       |
| 0,2     | 203      | —        | —        | —       | —    | —       | —        | 0,0     | 144      |
| 2       | 25       | 1        | 9        | —       | —    | 393     | 6312     | —       | —        |

Der Umfang des Transithandels Litauens geht aus nachfolgender Zusammenstellung hervor:

Gesamter Transitverkehr durch Litauen in 1000 t

|      |       |
|------|-------|
| 1924 | 20,2  |
| 1925 | 108,9 |

Der Warenverkehr hat sich demnach im letzten Jahr gegenüber 1924 um mehr als das Fünffache gesteigert. Im einzelnen zeigt der litauische Transitverkehr folgendes Bild (in 1000 t):

a) Warentransit aus Deutschland nach

|                             | 1924 | 1925 |
|-----------------------------|------|------|
| 1. Lettland . . . . .       | 3,5  | 3,2  |
| 2. Andere Staaten . . . . . | 7,5  | 55,5 |

b) Warentransit aus Lettland nach

|                             | 1924 | 1925 |
|-----------------------------|------|------|
| 1. Deutschland . . . . .    | 0,6  | 0,99 |
| 2. Andere Staaten . . . . . | 0,38 | 0,49 |

c) Warentransit aus anderen Ländern nach

|                             |      |      |
|-----------------------------|------|------|
| 1. Deutschland . . . . .    | 4,99 | 48,7 |
| 2. Andere Staaten . . . . . | 3,22 | 0,6  |

Nach Warengruppen und Ländern verteilt sich der Transit durch Litauen wie folgt:

| Warengruppen                                   | Von Deutschland |      |                      |       | Von Lettland     |      |
|--|-----------------|------|----------------------|-------|------------------|------|
|  | nach Lettland   |      | nach anderen Staaten |       | nach Deutschland |      |
|  | 1924            | 1925 | 1924                 | 1925  | 1924             | 1925 |
| I. Lebende Tiere. . . . .                      | 1,7             | 33   | —                    | 27    | 8,1              | 2    |
| II. Nahrungsmittel . . . . .                   | 782             | 548  | 263                  | 456   | 270              | 522  |
| darunter:                                      |                 |      |                      |       |                  |      |
| Zucker u. Zuckerwaren . . . . .                | 8,8             | 2,5  | 54                   | 46    | 15               | 17   |
| Kaffee, Kakao, Tee . . . . .                   | 3               | 0    | 29                   | 366   | —                | —    |
| Mehl . . . . .                                 | 17              | 0    | 0,3                  | —     | 90               | —    |
| Spirituosen u. Getränke . . . . .              | 750             | 323  | 73                   | 10    | 0,5              | 0    |
| Fische u. Fischwaren . . . . .                 | —               | 10   | 37                   | 21    | 96               | —    |
| III. Rohstoffe und halbfertige Waren . . . . . | 1442            | 1590 | 6374                 | 45169 | 254              | 338  |
| darunter:                                      |                 |      |                      |       |                  |      |
| Holzmaterialien . . . . .                      | 22              | 536  | 5679                 | 22865 | 11               | 138  |
| Mineralien . . . . .                           | 8               | 17   | 1,6                  | 14517 | 36               | —    |
| Sämereien . . . . .                            | 1251            | 474  | 394                  | 50    | 38               | 80   |
| Düngemittel . . . . .                          | 1               | 0,5  | —                    | 3828  | —                | —    |
| IV. Fertigfabrikate . . . . .                  | 1124            | 948  | 794                  | 9820  | 49               | 67   |
| darunter:                                      |                 |      |                      |       |                  |      |
| Tabak und Waren daraus . . . . .               | 9,8             | 0    | 43                   | 1     | —                | 0    |
| Farben . . . . .                               | 61              | 1    | 22                   | 26    | —                | 0    |
| Chemische Erzeugnisse . . . . .                | 43              | 1    | 47                   | 1     | —                | —    |
| Holzwaren . . . . .                            | 39              | 18   | 41                   | 1     | 0                | 5    |
| Textilien . . . . .                            | 46              | 37   | 50                   | 259   | 10               | 635  |
| Landmaschinen . . . . .                        | 99              | 227  | 161                  | 1805  | 0                | 10   |
| Andere Maschinen . . . . .                     | 545             | 127  | 260                  | 419   | 13               | 5    |
| Werkzeuge . . . . .                            | 48              | 7    | 2                    | 242   | 0                | 0    |
| Eisenwaren . . . . .                           | 63              | 129  | 37                   | 1166  | 4                | 8    |
| Andere Metallwaren . . . . .                   | 41              | 97   | 16                   | 626   | 0                | 13   |
| Elektrische Artikel . . . . .                  | 17              | 9    | 1                    | 174   | 0                | —    |
| Papier . . . . .                               | 10              | 1    | 14                   | 3791  | —                | —    |
| Papierwaren . . . . .                          | 3               | 0    | 2                    | 0     | —                | 0    |
| Druckschriften . . . . .                       | 4               | 10   | 42                   | 2     | 3                | 8    |

Wie aus der vorstehenden Tabelle 11 zu entnehmen ist, bezieht sich der gegenüber 1924 stark vergrößerte Transitverkehr durch Litauen im Jahre 1925 auf alle Warengruppen. In der Gruppe der Lebendtiere hat besonders der Geflügel-export nach Deutschland stark zugenommen. Bei den Nahrungsmitteln fällt der erhöhte Transitverkehr in Kaffee, Kakao, Tee und deren Surrogaten

1924 und 1925 in Tonnen.

| Von Lettland    |      | Von anderen Ländern |       |                 |      | Insgesamt |       |
|-----------------|------|---------------------|-------|-----------------|------|-----------|-------|
| nach            |      | nach                |       | nach            |      |           |       |
| anderen Staaten |      | Deutschland         |       | anderen Ländern |      |           |       |
| 1924            | 1925 | 1924                | 1925  | 1924            | 1925 | 1924      | 1925  |
| —               | —    | 1,5                 | 52    | 4,4             | —    | 15,7      | 114   |
| 319             | 477  | 242                 | 12611 | 327             | 43   | 2202      | 14657 |
| 79              | —    | —                   | —     | —               | 6    | 158       | 55    |
| —               | —    | —                   | —     | —               | —    | 38        | 366   |
| 37              | —    | 14                  | —     | —               | —    | 159       | 0     |
| —               | —    | 1,2                 | 32    | 320             | —    | 1145      | 365   |
| 202             | 300  | 196                 | 27    | —               | 3    | 532       | 373   |
| 60              | 6    | 4717                | 35916 | 2790            | —    | 15637     | 83019 |
| —               | 6    | 302                 | —     | 2785            | 3    | 8800      | 23548 |
| —               | —    | 4415                | 31013 | —               | —    | 4461      | 45547 |
| —               | —    | —                   | 689   | 0,3             | —    | 1684      | 1293  |
| 43              | —    | —                   | —     | —               | —    | 44        | 3828  |
| 1,4             | 8    | 23                  | 96    | 70              | 2    | 2062      | 10959 |
| —               | —    | 0                   | 10    | 21              | —    | 74        | 11    |
| —               | 0    | —                   | —     | 0               | —    | 85        | 27    |
| —               | —    | —                   | 0     | —               | —    | 90        | 2     |
| —               | —    | —                   | —     | 6               | —    | 81        | 24    |
| —               | —    | 9                   | 39    | 36              | 4    | 151       | 340   |
| —               | —    | —                   | 13    | —               | —    | 261       | 2055  |
| —               | —    | 0                   | 2     | 5               | 3    | 824       | 554   |
| —               | —    | —                   | 1     | —               | 0    | 50        | 251   |
| —               | —    | —                   | 0     | —               | 1    | 105       | 1305  |
| —               | —    | —                   | —     | —               | —    | 57        | 736   |
| —               | 4    | —                   | 0     | —               | —    | 18        | 187   |
| —               | —    | —                   | 11    | 0               | —    | 24        | 3803  |
| —               | —    | —                   | —     | —               | —    | 5         | 1     |
| —               | —    | 11                  | 15    | 1               | —    | 59        | 35    |

auf; dagegen ist die Durchfuhr von Mehl, Zucker und alkoholischen Getränken zurückgegangen. Bei „Fisch- und Fischkonserven“ ist — was aus der obigen Tabelle nicht ohne weiteres hervorgeht — die Durchfuhr von Heringen von 517 t im Jahre 1924 auf 325 t im Jahre 1925 gesunken, die Durchfuhr sonstiger Fische und Fischkonserven dagegen weist für den gleichen Zeitraum Steigerungen von

15 t auf 49 t auf. In der Gruppe Rohstoffe und halbfertige Waren ergibt sich eine Vergrößerung des Transits (innerhalb der beiden zur Betrachtung herangezogenen Jahre) von 15 637 t auf 83 019. In erster Linie ist die Durchgangsverkehrssteigerung auf Holzmaterialien und Mineralien zurückzuführen die von Deutschland über Litauen nach „anderen Staaten“ ausgeführt worden sind. Diese Waren zeigen auch im Durchgang durch Litauen nach Deutschland erheblich größere Umsätze (von 4415 t auf 31 013 t).

Ein vermehrter Durchgangsverkehr ist auch in der Gruppe IV (Fertigwaren) zu verzeichnen, wenn diesen Waren auch für den Transit durch Litauen — was ihre Mengen anbetrifft — nicht die gleiche Bedeutung wie den Rohstoffen zuzuschreiben ist. Die Steigerungen betragen 8887 t und erstrecken sich vor allem auf Textilien, Landmaschinen, Werkzeuge, Eisen- und Metallwaren, elektrische Artikel und Papier. Der weitaus größte Teil dieser Waren geht von Deutschland im Transit durch Litauen nach den übrigen Randstaaten und Rußland.

## 6. Der Anteil Deutschlands am litauischen Außenhandel.

Der deutsche Außenhandel mit Litauen (Spezialhandel) stellt sich in den Jahren 1924 und 1925 wie folgt dar:

Tabelle 1.

|                                | Wert in Mill. RM |      | v. H. d. Gesamteinfuhr |      |
|--------------------------------|------------------|------|------------------------|------|
|                                | 1925             | 1924 | 1925                   | 1924 |
| Einfuhr nach Litauen . . . . . | 51,7             | 44,4 | 0,4                    | 0,4  |
| Ausfuhr aus Litauen . . . . .  | 53,7             | 48,8 | 0,6                    | 0,7  |

Nach Warengruppen und den wichtigsten Warengattungen geordnet, zeigt der deutsche Warenverkehr mit Litauen für die gleiche Zeit folgendes Entwicklungsbild:

Tabelle 2.

### Deutsche Einfuhr nach Litauen.

|                                 | Mengen in dz |           | Wert in 1000 RM |        |
|---------------------------------|--------------|-----------|-----------------|--------|
|                                 | 1925         | 1924      | 1925            | 1924   |
| I. Lebende Tiere. . . . .       | 87 400       | 62 339    | 11 952          | 8 763  |
| II. Lebensmittel und Getränke.  | 149 679      | 191 185   | 13 940          | 14 051 |
| darunter:                       |              |           |                 |        |
| Gerste . . . . .                | 8 485        | 32 761    | 173             | 550    |
| Hafer . . . . .                 | 6 168        | 23 425    | 125             | 399    |
| Speisebohnen, Erbsen, Linsen    | 9 681        | 28 134    | 251             | 870    |
| Obst. . . . .                   | 35 693       | 6 752     | 1 208           | 218    |
| Fleisch, Speck, Fleischwürste   | 25 091       | 26 635    | 2 935           | 3 212  |
| Eier von Federvieh . . . . .    | 15 108       | 21 003    | 3 256           | 4 096  |
| III. Rohstoffe und halbfertige  |              |           |                 |        |
| Waren . . . . .                 | 2 144 775    | 1 864 236 | 24 200          | 20 618 |
| darunter:                       |              |           |                 |        |
| Flachs, Hanf, Jute u. dergl..   | 27 122       | 25 323    | 4 283           | 2 884  |
| Ölfrüchte u. Ölsaaten . . . . . | 64 422       | 50 587    | 2 263           | 1 987  |

|                               | Mengen in dz |           | Wert in 1000 RM |        |
|-------------------------------|--------------|-----------|-----------------|--------|
|                               | 1925         | 1924      | 1925            | 1924   |
| Bau- und Nutzholz . . . . .   | 776 612      | 554 624   | 6 150           | 4 114  |
| Holz zu Holzmasse . . . . .   | 753 590      | 826 043   | 2 866           | 3 298  |
| IV. Fertige Waren . . . . .   | 20 348       | 3 204     | 1 513           | 998    |
| darunter:                     |              |           |                 |        |
| Pelze und Pelzwaren . . . . . | 254          | 88        | 136             | 305    |
| Reiner Warenverkehr . . . . . | 2 402 202    | 2 120 964 | 51 605          | 44 430 |

Tabelle 3.  
Ausfuhr aus Litauen.

|                                  | Mengen in dz |         | Wert in 1000 RM |        |
|----------------------------------|--------------|---------|-----------------|--------|
|                                  | 1925         | 1924    | 1925            | 1924   |
| I. Lebende Tiere. . . . .        | 345          | 65      | 195             | 24     |
| II. Lebensmittel und Getranke.   | 286 552      | 224 792 | 4 650           | 2 978  |
| darunter:                        |              |         |                 |        |
| Reis . . . . .                   | 16 798       | 8 859   | 530             | 265    |
| Zucker . . . . .                 | 8 379        | 22 452  | 285             | 996    |
| Fische u. Fischzubereitungen.    | 15 939       | 4 526   | 464             | 162    |
| Branntwein u. Sprit aller Art    | 3 429        | 5 375   | 173             | 246    |
| II. Rohstoffe und halbfertige    |              |         |                 |        |
| Waren . . . . .                  | 1 094 066    | 481 043 | 5 174           | 3 117  |
| darunter:                        |              |         |                 |        |
| Nichtoelhaltige Saemereien . . . | 3 013        | 5 021   | 354             | 542    |
| Steinkohlen . . . . .            | 531 458      | 24 428  | 1 128           | 99     |
| Koks . . . . .                   | 21 632       | 11 575  | 66              | 34     |
| Preßkohlen . . . . .             | 174 317      | 69 877  | 385             | 145    |
| Zement . . . . .                 | 75 453       | 145 060 | 277             | 535    |
| Kalisalze . . . . .              | 74 452       | 23 519  | 517             | 137    |
| IV. Fertige Waren . . . . .      | 275 167      | 257 786 | 43 689          | 42 729 |
| darunter:                        |              |         |                 |        |
| Gewebe aus Wolle und anderen     |              |         |                 |        |
| Tierhaaren . . . . .             | 3 523        | 3 313   | 4 942           | 4 695  |
| Baumwolle . . . . .              | 7 745        | 5 890   | 7 459           | 6 020  |
| Leder . . . . .                  | 437          | 1 886   | 614             | 1 060  |
| Kautschukwaren . . . . .         | 3 025        | 2 301   | 1 719           | 1 072  |
| Papier und Papierwaren . . .     | 36 507       | 32 382  | 2 223           | 1 852  |
| Waren aus Eisen . . . . .        | 109 759      | 95 278  | 6 167           | 6 176  |
| Textilmaschinen . . . . .        | 1 670        | 2 683   | 348             | 514    |
| Landwirtschaftl. Maschinen .     | 4 843        | 5 523   | 421             | 488    |
| Fahrräder, Fahrradteile . . .    | 1 713        | 831     | 892             | 365    |
| Reiner Warenverkehr . . . . .    | 1 656 130    | 963 686 | 53 708          | 48 848 |











|   |                   |
|---|-------------------|
|  <p>wrocław<br/>POLITECHNIKA</p> | BIBLIOTEKA GŁÓWNA |
| 351666 L/1  |                   |